

# Die politische Linke im Spannungsfeld deliberativer Demokratie

Deutschland und Dänemark im sozioökonomischen Vergleich

Uwe Lammers



**„Die politische Linke im Spannungsfeld deliberativer Demokratie.  
Deutschland und Dänemark im sozioökonomischen Vergleich“**

Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktors der Wirtschaftswissenschaften  
(*Dr. rer. pol.*)

an der Europa-Universität Flensburg

vorgelegt von

Uwe Lammers

Erstgutachter: Prof. Dr. Hauke Brunkhorst

Zweitgutachter: Prof. Dr. Mario Keßler

## Danksagung

Jeder, der solch eine Arbeit geschrieben hat, berichtet stets von den gleichen Problemen und Entwicklungen, aber auch von einer ganzen Reihe wundervoller Personen, die dahinterstanden und alles erst ermöglichten. Mein größter Dank geht natürlich an Prof. Dr. Hauke Brunkhorst als Betreuer und Erstprüfer dieser Arbeit. Ohne ihn wäre vieles hier gar nicht möglich gewesen. Sehr gut waren unsere halbjährlichen und durch ihn organisierten Kolloquien an der Europa-Universität Flensburg, in denen wir als Doktoranden (u. a.) den Bachelorstudierenden unsere Themen präsentieren durften. Die Ergebnisse flossen dann im Wintersemester 2015/16 in die Leistungen der Studenten ein. Es war beeindruckend ihr Engagement und das von Hauke Brunkhorst zu erleben.

Mein großer Dank geht natürlich auch an den Zweitprüfer, Prof. Dr. Mario Keßler, der mich insbesondere in der frühen Vorbereitungsphase erst auf die Idee eines transnationalen Vergleiches der Linken in Europa bzw. zwischen Deutschland und Dänemark brachte. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Linken schwebte mir zwar schon längere Zeit vor, es fehlte aber anfangs noch eine präzisere Fragestellung, die über bekannte Phrasen hinausging.

Es fällt mir schwer, abschließend nun eine Rang- oder Reihenfolge der Personen zu bilden, die mich hier begleitet und unterstützt haben. Denn die gesamte Entwicklung hin zu diesem Ergebnis war ein oft mühsamer Weg, der über viele persönliche Freundschaften, Kontakte und Treffen mit sehr verschiedenen Menschen führte. Zum Teil entstanden die Freundschaften auch erst im Rahmen dieser Arbeit. Sie alle haben auf ganz unterschiedliche Art und Weise zu verschiedenen Zeitpunkten und mit sehr unterschiedlicher Intensität diese Arbeit tatkräftig unterstützt. Dennoch muss ich zuerst Dipl.-Soz. Ulla Ralfs am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg erwähnen, die mich dort als akademische Lehrerin lange Jahre beeindruckt, begleitet und beeinflusst hat, und die diese Arbeit abschließend sehr sorgfältig redigiert hat, so dass aus meinen Gedanken schließlich ein geschlossener Text wurde. Sämtliche verbliebene Fehler gehen zu meinen Lasten. Ich möchte aber auch Dr. Rainer Volkmann nicht vergessen, der mir als Ökonom meines ehemaligen Fachbereichs und fast väterlicher Freund ebenso viele hilfreiche Hinweise gab. Wir verbrachten jeweils viel Zeit und Diskussionen miteinander, die oft schon einer Privatvorlesung glichen.

Mein Dank geht außerdem an Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel für seine Stichworte während einer Konferenz und an Søren Nagbøl für die Vermittlung zu seinem Freund Prof. Dr. Henning Eichberg. Insbesondere Henning schulde ich enormen Dank, da er mir als engagiertes Mitglied der dänischen SF viel über das stille Innenleben der dänischen Politik und das Land vermittelte. Leider ist Henning im April 2017 überraschend verstorben. Peter Hansen aus dem Regionskontor Sønderjylland-Schleswig schulde ich ebenso Dank für seine Mithilfe. Nicht zuletzt muss ich mich auch bei meinen persönlichen Freunden Gerd Nickel, Ralf Schattschneider und meiner Lebensgefährtin Kristin Maleck bedanken, die mir allzu oft mit praktischer Hilfe sowie oft endlosen, kontroversen Diskussionen zur Seite standen. Mein Dank gilt ferner Alperen Atik, Janis Zaurins, Antje Felkel, Meinulf Krön, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Hans Modrow, Jan Vahlenkamp, Dr. René Schlott, Dr. Alexander Gilan-Schah und Lars Clausen sowie dem quasi unsichtbaren Personal der Europa-Universität Flensburg und allen, die ich hier nicht namentlich erwähnen konnte oder fahrlässig vergessen haben sollte.

In gewisser Weise macht solch eine Arbeit einsam, da sie den Autor ganz auf sich selbst und seine eigenen Gedanken zurückwirft. Max Weber hatte das in seinem Essay zur *Wissenschaft als Beruf* einst als positive Leistung und persönliche Herausforderung beschrieben. In meiner Heimat in Norddeutschland gilt die Redewendung, dass man nur vor Gericht und auf hoher See allein und in Gottes Hand ist. Ich möchte ergänzen: Und am Schreibtisch. Das muss man aushalten. Ich habe es trotz allem genossen. Es war für mich alternativlos.

## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Hilfsmittel angefertigt habe; die aus fremden Quellen (einschließlich elektronischer Quellen, dem Internet und mündlicher Kommunikation) direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind ausnahmslos unter genauer Quellenangabe als solche kenntlich gemacht. Insbesondere habe ich nicht die Hilfe sogenannter Promotionsberater in Anspruch genommen. Dritte haben von mir weder unmittelbar noch mittelbar Geld oder geldwerte Leistungen für Arbeiten erhalten, die im Zusammenhang mit dem Inhalt der vorgelegten Dissertation stehen. Die Arbeit wurde bisher weder im Inland noch im Ausland in gleicher oder ähnlicher Form einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

## Inhaltsverzeichnis

DANKSAGUNG.....	2
EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG .....	3
ABBILDUNGEN.....	5
EINLEITUNG .....	6
VORGEHEN UND GLIEDERUNGSSTRUKTUR.....	9
1 DAS DILEMMA DER LINKEN .....	13
2 KRITIK DER KRITIK DES NEOLIBERALISMUS. ODER: WHO'S TO BLAME? .....	20
2.1 Keynes als Allheilmittel? .....	20
2.2 Ökonomie im Konflikt der Einzel- und Gemeinschaftsinteressen.....	22
2.3 Soziale Differenzierung von Markt und Staat einer politischen Mitte.....	26
2.4 Kapitalismus als historisch kontingente Wirtschaftsform .....	28
2.5 Soziale Kämpfe um Rechtsnormen .....	30
2.6 Wandel durch Diskurs?.....	31
2.7 Fehler im System? .....	33
2.8 Starker Staat als Chimäre .....	41
3 DISPARITÄT SOZIALER UND ÖKONOMISCHER KRISENANALYSEN.....	46
3.1 Politische Parteien als Residuum sozialer Differenzierung.....	50
3.2 Radikale Mitte zwischen Spaß- und Volkspartei? .....	55
3.3 Links als selbstreferentielle Leerformel .....	76
4 DAS SPANNUNGSFELD DELIBERATIVER DEMOKRATIE.....	96
4.1 Wunderland Dänemark? .....	102
4.2 Symbiose von Markt, Ökonomie und Sozialismus?.....	110
4.3 Kritik und Paradox politischer Deliberation.....	122
5 DILEMMATA ALTER UND NEUER PARTEIENKRITIK.....	131
6 DIVERGENZ AUFGRUND DIFFERENZIERUNG.....	165
FAZIT.....	188
LITERATURVERZEICHNIS.....	191

## Abbildungen

Abbildung 1: Parteifamilien (Deutschland) .....	54
Abbildung 2: Durchschnittsalter deutscher Parteimitglieder (2014) .....	62
Abbildung 3: Mediennutzung in Deutschland seit 1990 .....	67
Abbildung 4: „Der Sozialismus war eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“ .....	84
Abbildung 5: „Sophie Scholl würde AfD wählen“ .....	91
Abbildung 6: Dimensionen von links und rechts .....	92
Abbildung 7: Achsen der Parteikonkurrenz .....	93
Abbildung 8: Hauptfronten der politischen Auseinandersetzung um europäische Integration.....	93
Abbildung 9: Verteilung der Beschäftigten in Dänemark 2015.....	104
Abbildung 10: Dänische Arbeitsplätze nach Branchen und Beschäftigten .....	104
Abbildung 11: Business sectors in general (Denmark).....	105
Abbildung 12: Not interested in politics? (OECD) .....	148
Abbildung 13: Die 7 stärksten Parteien seit 100 Jahren (DK) .....	154
Abbildung 14: Summary Parliamentary Elections 1990 – 2011 (Denmark).....	155
Abbildung 15: Sinus Milieus 2016 .....	163
Abbildung 16: Sinus Milieus 2007 .....	163
Abbildung 17: Einkommensverteilung und Armut: DE, DK und OECD.....	170
Abbildung 18: Income inequality in OECD 2012 .....	172

## Einleitung

*Es gibt keine Antworten, nur Querverweise.*

Wiener's Law of Libraries

Dass *die politische Linke tot ist*, wie bspw. Alexander Grau Mitte 2016 im eher bürgerlichen Politmagazin *Cicero* schrieb (Grau 2016), ist als Befund keineswegs neu oder spektakulär. Vielmehr wird das seit Jahrzehnten von der Linken und ihren Protagonisten in ganz Europa und den USA periodisch selbst diagnostiziert. Verbunden wird diese Beschreibung häufig mit der selbstreferentiellen Frage, die ihre Antwort damit oft schon vorwegnimmt, was denn heute jeweils noch links und entsprechend zu tun sei (Drohse 2009; Krüger 1963; Brie und Spehr 2006; Dahrendorf 1987; Maurer 2006; Dahrendorf 1979; Lafontaine 2000; Seitz 2009; Giddens 2000; Koppetsch 2016; Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016), um diesem Anspruch gerecht zu werden. Armin Nassehi löste in der *ZEIT* vom 13. Juli 2017 sogar eine kurze Diskussion um die Frage aus, ob die Gesellschaft überhaupt noch eine Linke benötigt: *„Die Formeln der Kapitalismuskritik sind leer geworden. Als politische Lösung taugen sie kaum noch, um eine Gesellschaft zu ändern. Wir benötigen neue Denkmodelle.“* (Nassehi 2017) Stefan Lessenich (Lessenich 2017) und Dieter Thomä reagierten darauf jeweils in Verteidigung der Linken und gesellschaftlicher Kritik; Nassehi wiederum verteidigte seine Gegenkritik, die allerdings innerhalb der Linken (abgesehen von den üblichen Kommentaren der Leser) kaum Beachtung fand.

Eine chronologische Aufzählung, gar vollständige Auswertung von Beiträgen, die der sozialistischen Linken und insbesondere der europäischen Sozialdemokratie (sowie den US-amerikanischen Demokraten) ein Versagen im Sinne des Mangels an stringenten Lösungen und konsequenten Umsetzungen vorwerfen, erscheint nahezu als unmöglich, da sie über die Zeit mit großer Regelmäßigkeit vorgetragen worden sind. Sie wählen häufig eine normativ aufgeladene Argumentation, die das richtige Linkssein vordefiniert, und suchen personifizierend nach Schuldigen, verlieren sich hierdurch in sehr kleinteilige, rechthaberische, selten analytische Debatten. Anstatt dieses *„Versagen“* (Lapuente 2018) aber in diachroner Perspektive in seine jeweiligen sozioökonomischen Kontexte einzuordnen und nach strukturellen Ursachen zu suchen, die es quasi zwangsläufig hervorrufen, ist so ein diskursiver Flickenteppich von hoher Beliebigkeit entstanden.

Darüber hinaus ist die Geschichte der politischen Linken eine fortwährende Geschichte der immanenten Konflikte und Spaltungen, wobei sich das wertorientierte Fundament linker Lager und Parteien kaum unterscheidet: Grob zusammengefasst ist es von der Überzeugung getragen, dass man per imperativem Mandat eine radikale Umverteilung (*„von oben nach unten“*) – und darin machen sich die normativen Unterschiede und Querelen untereinander dann auch fest – entweder durch Sozialpolitik oder durch die Kollektivierung von Eigentum bei relevanten Gütern erreichen und die Verhältnisse im Sinne eines Gemeinwohls und somit besseren und gerechteren Gesellschaft umgestalten kann.

Auffällig tritt dabei ein Argumentationsstrang zutage. Denn so als habe es in der Entwicklungsdynamik kapitalistischer Gesellschaften keinerlei Zugewinne, sondern nur Verluste gegeben, behaupten Autoren linker Provenienz innerhalb einer moralisch aufgeladenen Dauerschleife, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, dass die Ungleichheit, gar das soziale Elend zunehme. Indem sie aber historisch gewachsenes Unvergleichbares vergleichen, berauben sie sich selbst der Möglichkeit, irgendetwas näher erklären zu können (Mau und Schöneck 2016; Bude 2016; Peichl und Ungerer 2017). Unisono kritisieren sie die als ungerecht etikettierte soziale Ungleichheit in den Lebenslagen moderner Vergesellschaftung und gehen davon aus, diese mehr oder minder über rein materielle Aspekte erklären und durch politische Neuformierung auch beheben zu können. In ihrer Ursachenvermutung hält die Linke somit bis heute daran fest, dass soziale Ungleichheit allein durch das kapitalistische Wirtschaftssystem als solchem hervorgerufen und dadurch wie in einem Perpetuum mobile immer wieder aufs Neue angestoßen und akzeleriert

wird. Die Lösung scheint in dieser Perspektive die *Systemüberwindung* und *Abschaffung des Kapitalismus* zu sein, obgleich sich der so diskreditierte Kapitalismus für breite Bevölkerungsschichten dennoch als sehr attraktiv, integrativ und wandlungsfähig zeigt(e), dessen regelmäßig prognostizierter Zusammenbruch stets aufs Neue vertagt wird (Streeck 2015). In dieser Hinsicht liegt aber möglicherweise eine fundamentale Fehleinschätzung vor. Denn bereits in den späten 1960er-Jahren fand ein allgemeiner sozioökonomischer Struktur- und Funktionswandel statt (Habermas 1990), der den ursprünglichen Handels- und Produktionskapitalismus des 18. und 19. Jahrhunderts, den die politische Linke für gewöhnlich adressiert, hinter sich gelassen hat.

Gemeinhin wird die darauffolgende Phase der 1970er-Jahre als Abkehr vom keynesianischen Zeitalter hin zum Neoliberalismus bezeichnet und bis heute mit Phänomenen ungezügelter Freiheiten und Märkte illustriert wie assoziiert. Innerhalb der Linken geschieht dabei eine Engführung auf den sogenannten Neoliberalismus, der als Verursacher aller negativen Erscheinungen angenommen wird. Daraus entsteht aber durchaus ein reizvolles Paradox. Paradox deshalb, weil sich eben jener Neoliberalismus – ganz anders als noch seine ideologischen Vorgänger der ökonomischen Klassik und Neoklassik – ausdrücklich gegen die zuvor rein kaufmännische und damit sehr paternalistische Ordnung der Diskurse wendet und sie überwindet. Gleichzeitig schreibt er den gesellschaftlichen Ressourcen eine hohe qualitative sowie quantitative, politische und ökonomische Bedeutung zu, vereint sie hinterrücks mit der Wirtschaftstheorie und ökonomisiert ganze Gesellschaftsbereiche, die darüber hoch (ent-)politisiert werden. Die Grenzen der jeweiligen gesellschaftlichen Teilsysteme werden so im Ergebnis nach innen und außen verflüssigt.

Während die neoliberale Ideologie von einer absoluten Gleichheit der Interessen aller Akteure,<sup>1</sup> die in einer zwanglosen und hoch rationalen Tauschgesellschaft über den Markt zueinanderfinden, ausgeht, thematisierte die ökonomische Klassik im 18./19. Jahrhundert dagegen noch den rein wirtschaftlichen Eigennutz des einzelnen bürgerlichen Kaufmanns und dessen Auswirkungen auf das Gemeinwohl. Daher rührte das frühe Postulat des Liberalismus nach Nichteinmischung des Staates in die Geschäfte der Unternehmen und Kaufleute. Dagegen stellte die neoklassische Theorie des 19. Jahrhunderts die Wirtschaft vor allem als mittelbar koordiniertes System von komplexen Märkten dar, auf denen Angebot und Nachfrage durch die Güterpreise ins Gleichgewicht gebracht werden. Dem schloss sich Keynes im frühen 20. Jahrhundert an, indem er explizit die Nachfragesteuerung thematisierte.

Derartige Paradigmen können als mehr oder minder überholt gelten, da sie oft rein statisch und normativ argumentieren. Der Neoliberalismus als neue ideologische und rationale Blick- und Denkrichtung schöpft seine Kraft dagegen aus der Annahme eines gleichermaßen dynamischen, innovativen wie adaptiven Wirtschaftsgeschehens, allesamt Eigenschaften, die für den klassisch buchhalterischen Kapitalismus industrieller Prägung noch als Hindernis oder zufälliges Desiderat galten. Gleichzeitig unterstellt die neoliberale Perspektive einen fortlaufenden, rationalen und von allen Akteuren getragenen Ausgleich über den Markt. Bleibt dieser aus, gilt dies als Beleg der Fehlallokationen der jeweils anderen und lässt sich als Markt-, Staats-, Politik- oder Demokratiever sagen oder jenes der Parteien und weiterer Akteure bezeichnen und frontal angreifen. Damit wird aber auch die wortgleiche Kritik der Linken an ihren Gegnern selbst neoliberal, weil sie mit nahezu identischer Rationalität begründet wird, etwa wenn ein Demokratiedefizit ausgerufen und staatliches Fehlverhalten in der Steuerung und Allokation von Ressourcen unterstellt und die Politik als Hauptverursacher zunehmender sozialer Ungleichheit angeklagt wird, wenn fortwährend Interventionen verlangt und personifizierte Gegner benannt werden, anstatt sich auf eben diese Dynamik

---

<sup>1</sup> Diese Arbeit unterscheidet nicht zwischen männlichen und weiblichen oder jeglichen anderen geschlechtlichen oder sonstigen Merkmalen, um damit keine einzige Form der Identität gegeneinander abzugrenzen, zu überhöhen oder abzuwerten. Sämtliche Formulierungen sind daher ausdrücklich neutral zu verstehen.

einzulassen, der sie ohnehin kaum entgehen können, und diese analytisch zum Ausgangspunkt zu machen, an dem sich politisches Handeln, letztlich auch das eigene, bewähren muss.

Viel entscheidender aber ist, dass das Lager der politischen Linken selbst erst aufgrund der hohen eigenen wie beanspruchten Rationalität politischer Ideale solche Entwicklungen hervorgebracht hat, wie sie heute von ihm beklagt werden. Die vermeintliche Lösung liegt für sie dann in der ‚*Demokratisierung der Demokratie*‘, ergo der positiven Gestaltung der Gesellschaft über direkte Eingriffe der Wähler und Bürger. Die soziale Ungleichheit lässt sich aber nicht per Akklamation und politischer Deliberation lösen, da sowohl die Adressaten als auch die Absender selbst viel zu heterogen sind, um sich jemals auf eine annähernd gemeinsame Haltung zu verständigen.

Zwar kann man der Linken nicht unterstellen, für unregulierte Märkte einzutreten, wie viele Unternehmer, Händler, Kapitaleigner und deren diffuse Peripherie es tun; das verhindert aber nicht, dass sie dem fortwährenden Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen und politischen Freiheiten ebenso wie diese Akteure unterworfen sind. Oder zugespitzter: Die politische Linke agiert in der schwierigen Situation, häufig das zu bekämpfen, was sie andererseits fordert und umkehrt. Sie verliert dabei regelmäßig Anhänger und disqualifiziert sich selbst in einer Fundamentalopposition, in der sie zwar ebenso regelmäßig neue Anhänger gewinnt, aber ebenso schnell wieder einbüßt, wenn sie deren individuelle Lebenslagen eben nicht umgehend verbessern kann.

Zugleich ist diese Erörterung weitaus komplexer, als man annehmen könnte, da hier der Konflikt zwischen politischer und sozialer (Un-)Gleichheit und Freiheit und deren doppelter Negation eröffnet wird, der gemeinhin allen politischen Ideologien mit unterschiedlichen Interpretationen zugrunde liegt. Die Unterschiede sind insbesondere zwischen dem klassischen Liberalismus und dem Sozialismus eher gering, da sich beide Ideologien (1.) an einer staatlichen und positiven wie negativen Neuausrichtung des Marktes als Verteilungsinstrument abarbeiten und (2.) die Frage nach dem politischen Engagement bei beiden Ähnlichkeiten aufweist. Offen bleibt in beiden Perspektiven und politischen Lagern allerdings, wie diese Konflikte einvernehmlich gelöst werden sollen. Keineswegs lassen sich diese Positionen in die bekannten Klischees und Stereotype pressen.

Markt und Staat, die auf Seiten der Linken immer in Richtung Staat und politischer Herrschaft und auf Seiten neoliberalen Denkens immer in Richtung Markt und ökonomischer Herrschaft aufgelöst werden sollen, sind de facto, insbesondere in ihrem historischen Entstehungskontext und in ihrer verfassungsrechtlichen Institutionalisierung, mehr als nur Antagonisten: Sie sind wechselseitig notwendige Voraussetzung als auch sich gegenseitig beeinflussende Größen, die sich in ihrer Komplexität nicht per politischem Beschluss einfach machen oder gar auflösen lassen.

Darüber hinaus fallen der Linken – bildlich gesprochen – die soziale wie ökonomische Rationalität ihres Universalismus einerseits und das Denken in exklusiven Minderheitsproblemen andererseits nun vor die eigenen Füße, denn diese Widersprüchlichkeit sozialer (Welt-)Probleme, auf die dieses Denken rekurriert, ist nicht Folge und Konsequenz des von ihr diskreditierten Neoliberalismus. Als Ursache muss vielmehr die zunehmende Individualisierung und soziale Differenzierung betrachtet werden. Hier betritt schlussendlich die Debatte um ein sozialdemokratisches Jahrhundert, dessen Evidenz, Ende und Reanimation die Bühne (Dahrendorf 1979, 1983; Gehler et al. 2001; Dahrendorf 1987; Meyer 2016). Ein Zurück in die Vergangenheit als Zukunft inklusive der Argumentation, was alles besser wäre, wenn vieles anders wäre und umgekehrt, kann es aber nicht geben.

Im Folgenden wird daher untersucht, wie sich diese Dilemmata, in denen die Linke fortwährend steckt, annähernd erklären und einordnen lassen und wie sie sich letztlich in der politischen und sozioökonomischen Praxis auswirken. Als Referenzfolie dient in gewisser Weise Dänemark, dem sowohl als Land und Staat als auch als politischem System häufig und nicht zuletzt aus Sicht der deutschen Linken idealisierte Vorbildfunktionen zugeschrieben werden. Denn kaum fällt irgendwo das Schlagwort Dänemark, überbietet sich eine Vielzahl internationaler Akteure mit der Betonung vermeintlich großer sozialer Errungenschaften, die als politisches Resultat einer authentischen Sozialdemokratie, starken Linken sowie handlungsfähigen Gewerkschaften gedeutet werden. Befürworter sehen dort häufig den realen Vollzug linker Utopie, wohingegen Ordoliberale hier

eher die Errungenschaften einer erfolgreichen Deregulierung sehen. Beiden Perspektiven gemeinsam ist allerdings die tradierte Haltung fordristisch-industrieller Prägung. Damit – so wird zu zeigen sein – ist das politische System Dänemarks nicht zu verstehen.

Die daraus resultierende Fragestellung dieser Arbeit lautet schlicht, warum die politische Linke nicht Erfolge in Form von dauerhaften Anhängern und Wählerstimmen mobilisieren kann, um ihr Ziel einer besseren Gesellschaft zu erreichen. Sie sucht vor allem in den sozioökonomischen Veränderungen der Gesellschaft – exemplarisch und vergleichend untersucht anhand Deutschlands und Dänemarks – nach Antworten.

## Vorgehen und Gliederungsstruktur

Das Attribut *links* versteht sich hier nicht als besonderes (Qualitäts-)Merkmal oder scholastische Abgrenzung respektive Erhöhung einer bestimmten Partei oder Strömung gegen die andere, um diese oder jene Gruppe als *echte* oder *bessere* (oder gar: *falsche*) Linke, Sozialisten, Kommunisten, Marxisten, Keynesianer oder Sozialdemokraten und Grüne (usw.) zu definieren respektive ihren Wandel en detail zu rekonstruieren oder entsprechend moralisch oder politisch zu beurteilen (dazu bspw. Frenzel 2002; March 2008; Daiber et al. 2010; Heilig 2016).<sup>2</sup> Der gesamte Diskurs dieses heiklen Begriffs (Nassehi 2015) steht im Mittelpunkt dieser Arbeit, seine Analyse über ein dekonstruktives Verfahren erfolgt in einem gesonderten Kapitel. Daher steht hier nicht eine deskriptive Genealogie oder Chronik der Parteien, die dem linken Spektrum zugerechnet werden, im Vordergrund, sondern ihre gesellschaftliche Einbettung in differenzierte Gesellschaften, in denen sie sich als bedeutsamer Teil des politischen Systems bewähren müssen. Die deutsche Linkspartei (*DIE LINKE*) kann zwar als Kumulationspunkt der aktuellen sowie historischen Diskurse gelten, da sie kontinuierlich viele Personen aus den jeweils anderen politischen und sozialen Gruppen angezogen und absorbiert, aber auch schnell wieder abgestoßen hat. Dennoch bezieht sich diese Arbeit keineswegs ausschließlich auf diese Partei oder ihre diffuse Sammlungsbewegung. Eine sprachliche Abgrenzung ist hier schwierig, da diese Partei diese Verortung rein semantisch und politisch doppelt für sich beansprucht. Sofern sie hier ausdrücklich benannt wird, geschieht das in ihrer eigenen Schreibweise in Versalien: DIE LINKE oder wird als Linkspartei benannt.

Für Dänemark lassen sich sowohl historisch als auch gegenwärtig ähnliche Übertritte und Austritte innerhalb der Parteien des linken Spektrums konstatieren, ohne dass hier ein konkreter Bezug zu einer einzelnen Partei hergestellt werden soll. Damit bewegt sich diese Arbeit auf der Ebene der kritisch-dialektischen und hermeneutischen Makrosoziologie. Sie abstrahiert notwendig von Einzelbetrachtungen und ihren Dispositiven und Narrativen. Diese Arbeit versteht sich daher als theoretisch verfahrenende Kritik an der Kritik (siehe dazu etwa: Vobruba 2017).

Im ersten Kapitel erfolgt eine Einführung in das klassische Dilemma der Linken, das sich auch als *Gefangenendilemma* der ökonomischen Spieltheorie beschreiben lässt: Trotz hoher Transparenz gelingt ihnen kaum eine kohärente Übereinstimmung und Koordination ihrer Ziele. Hier zeigt sich zudem schnell, dass die Linke (sowohl als Partei als auch als soziales Milieu) von ihren originär intendierten Absichten weit entfernt ist, da sie die Lösung der benannten Probleme stets nur in die politische Deliberation zurückverlagert, anstatt dass sie selbst konkrete Lösungen hätte, die sie sogar dezidiert ablehnt. Dazu wird die Frage nach einer ‚*echten Wirtschaftsdemokratie*‘ und ihrer Entstehungsgeschichte kurz erläutert. Das Resultat jener Debatten war zwar historisch schon früh die institutionelle Mitbestimmung, die aber umgehend als Verrat an der Arbeiterklasse diskreditiert

---

<sup>2</sup> Die Linke findet zudem selbst von Beginn an zahllose, teils sektiererische jeweils diskreditierende oder überhöhende Bezeichnungen der gegenseitigen Selbst- und Fremdzuschreibung, wie der Maoisten, Leninisten, Trotzlisten, Stalinisten, Spartakisten, des Sozialdemokratismus und Sozialfaschismus, der Querfrontler und viele andere mehr.

wurde – auch wenn sie bis heute erhebliche politische Bedeutung erlangt hat. Allerdings galt sie zunächst nur überbetrieblich, umfasste aber bereits die Frage nach dem Eigentum der Produktionsmittel und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen. Problematisch blieb allerdings die gesamtwirtschaftliche Ausrichtung jener Mitbestimmung, die sich weniger anhand der Eigentumstitel zeigte als vielmehr an der hohen Dynamik divergierender gesellschaftlicher Realitäten und deren Komplexität. Bereits dort entstehen die ersten Widersprüche, die sich mittlerweile auf Ebene der Mitbestimmung der Einzelunternehmen nach innen verlagert haben. Ihre Fortführung zeigt sich seit Jahrzehnten in vulgärökonomischen Postulaten, die sich einer Steuerung vollends entziehen, aber gleichzeitig Produkt der zahlreichen Entscheidungen diverser Ebenen und Konflikte sind und im Ergebnis nur jeweils reagieren. Hier zeigt sich, dass sich die derart erhofften sozialen Effekte wirtschaftspolitischer Steuerung relativ schnell nivellieren bzw. außerhalb eines bestimmten Zugriffs liegen.

Das leitet über zum zweiten Kapitel und der Frage der doppelten Kritik am Neoliberalismus. Die Schwachstelle in dem Versuch organisierter Steuerung der Ökonomie ist deren normative Homogenisierung und Antizipation völlig heterogener Milieus und Motive im Zeitverlauf, da sich diese fortlaufend verändern, während man sie selbst zu verändern versucht. Die Ableitung schlichter Kausalitäten ist hier unzulässig und darüber hinaus wenig hilfreich, da sie zum einen zeitverzögert asynchron und zum anderen wiederum völlig synchron mit bestimmten Phänomenen auftreten, die aber kaum eine gemeinsame Form der Plausibilität aufweisen. Im Ergebnis zeigen sich teils widersprüchliche und konkurrierende Auswirkungen und Ursachen, die ihrerseits wiederum am politischen und sozialen Konflikt sowie der Deliberation (respektive der erforderlichen Kompetenz und Rationalität) der Akteure in Bund, Land und Kommune scheitern. Im Ergebnis entsteht so ein Potpourri hoher Beliebtheit, das alles andere als den Eindruck großer Geschlossenheit und hoher Eindeutigkeit vermittelt, die sich extern oder intern steuern ließe. Jegliche Aggregatsformen im Form einer spezifischen Gesellschaftsform, die es zu erreichen oder zu verteidigen gelte, entziehen sich so nahezu jeglicher Art der Steuerung. Das leitet über zur Frage einer Einordnung des als Neoliberalismus bezeichneten Paradigmas der Wirtschaftspolitik, das seine große Stärke aus eben genau jener Dynamik schafft, sich auf keinerlei Beschränkungen festzulegen, sondern sich völlig agil dem Markt anzupassen und zwischen Aktion und Reaktion zu oszillieren.

Daraus ergeben sich Paradoxien scheinrationaler Erwartungen einer völlig unrealistischen Trennung von Markt und Staat. Denn diese Perspektive würde bedeuten, dass beide Aggregate jeweils unabhängig voneinander und parallel nebeneinander her existieren würden, was wiederum schnell widerlegt ist, da umgekehrt beide Formen sogar füreinander konstitutiv sind. Viel wichtiger erscheint aber die häufig unterbelichtete Dimension des Rechts näher zu betrachten, das erst den reflexiven Kern eines Gemeinschaftswesens (anstelle des Überbaus bei Marx) schuf, das seinerseits die dialektische Kernstruktur der Gesellschaft bildet. Denn der Staat muss in modernen Gesellschaften als juristische Person verstanden werden, der bis ins späte Mittelalter noch vom Monarchen als natürliche Person und persönlicher Gegner repräsentiert wurde. Die Intention sozialer Unruhen war historisch eine anonyme Verrechtlichung des Staates unter Umwandlung und Anerkennung der Herrschaftsbeziehungen zwischen Staat und Individuum, die allerdings nur unter der Preisgabe der Souveränität zugunsten des Rechtsstaates möglich war. Daraus entsteht eine Vielzahl unterschiedlicher und fast unlösbarer Konflikte und Widersprüche, die in sich selbst und eben nicht von außen begründet sind. Dennoch ist zu beachten, dass derartige Konflikte völlig entkoppelt auftreten und die Lösung innerhalb eines bestimmten gesellschaftlichen Teilsystems keineswegs eine intendierte Wirkung in einem anderen Teilsystem zeigt. Eine schlichte Krisenanalyse, die nur auf den Kapitalismus als kausale Ursache rekurriert, muss daher umgehend scheitern.

Der Wohlfahrtsstaat zeigt sich so als Ergebnis jener historischen Konflikte, der aber zugleich damit selbst zur Disposition steht, sobald er einmal errichtet ist. Dadurch wird die populäre, marxistische Diskussion jedoch weitaus komplexer und unübersichtlicher als zu vermuten wäre. Der ‚Klassenkampf‘ wird so zum individuellen, kognitiven wie sozialen, mehrschichtigen und damit

letztlich erfolglosen Lernprozess, in dem alles gleichzeitig, nebeneinander und versetzt abläuft, ohne jemals irgendeine Form der Homogenität beanspruchen zu können.

Daraus folgt aber auch, dass sich die sozialen und politischen Forderungen der Linken mittlerweile umgekehrt haben in ihr Gegenteil individueller Verteilungskämpfe und deren unübersichtlicher Gemengelage einschließlich hoher Dynamiken der jeweiligen Gegner und Adressaten. Im Kern ihrer gesellschaftlichen Kritik steht zwar permanent die Frage nach der Ungleichheit, die sich aber einerseits kaum über die Art ihres historischen Materialismus auflösen lässt. Andererseits bieten selbst qualitative Veränderungen kaum noch hinreichende Verbesserungen für die von ihnen intendiert ‚*bessere Welt*‘ einschließlich höherer Gerechtigkeit als gesellschaftlichem Ziel oder Aufgabe. Damit steht letztendlich neben der Ökonomie der Konflikt um Demokratietheorien im Raum, da die Linke fortwährend beansprucht, mittels anderer politischer Mehrheiten die von ihnen benannte Form sozialer Ungleichheit aufheben zu können.

Im Ergebnis führt solch eine Disparität sozialer und ökonomischer Krisenanalysen zu tatsächlich unlösbaren Fragen der jeweiligen Interpretationen der völlig fluiden wie nicht minder volatilen Begriffe und ihrer Inhalte, wie sie hier im dritten Kapitel vorgestellt werden. Das heißt, selbst wenn eine bestimmte Gruppe in Form zivilgesellschaftlichen Engagements, etwa als politische Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative (usw.), versucht, die jeweilige Konfliktlage zu analysieren und entsprechende Erklärungen (etc.) zu erarbeiten, entsteht daraus keine abschließende Lösung, da eben diese Form der Bearbeitung selbst wiederum Konflikte auslöst, die so in einer endlosen Kette der jeweiligen Rationalitäten und Gegenrationalitäten aufgehen. Damit ist allerdings weniger das herkömmliche Argument bestimmter Sachzwangslogiken gemeint, die unumgebar wären, als vielmehr der soziale und politische Konflikt selbst, der erst aufgrund politischer Deliberation und ihrer Auseinandersetzung entsteht. Für welche Gruppe und welches Teilsystem dann welche Interpretation und welcher Konflikt entsteht, bekommt dann Relevanz, wenn es um Angriff oder Verteidigung der jeweiligen Privilegien geht.

Politische Parteien müssen so vielmehr als Residuum sozialer Differenzierung gesehen werden, anstelle der Rolle als aktive Gestalter, die ihnen regelmäßig zugeschrieben wird und die sie selbst fortwährend beanspruchen. Hier liegt ein fundamentales Missverständnis vor, wenn Parteien als Problemlöser oder zwischenstaatliche Agenten gesehen werden. Vielmehr sind sie selbst erst das Produkt ihrer jeweiligen Epoche und exogener Eindrücke. Dieser Perspektivenwechsel ist notwendig, um erstens den Gegenstand demokratischer Politik selbst näher zu verstehen; und zweitens um deren gesellschaftliche Verortung zu verstehen, die eben selbst wenig homogen und statisch, sondern völlig fluide ist und ihren Ausdruck in einer nahezu unübersichtlichen Vielzahl diverser sozialer Milieus findet, die sich mit dem Terminus der Arbeiterklasse überhaupt nicht erfassen lässt. Eben diese Milieus suchen und determinieren wechselseitig erst die politischen Parteien, die auf jene Trends reagieren (müssen). Damit entkoppelt sich aber umgehend deren Funktion als Taktgeber sozioökonomischer Entwicklungen, denen sie nur noch hinterher laufen können und sich mal in der einen oder anderen Ecke bestimmter Zuschreibungen wiederfinden, ohne je ein Monopol darauf zu besitzen. Die hilflosen Versuche einer Verortung der sozialen Mitte illustrieren das allzu deutlich, da damit eben kein statischer Ort bezeichnet ist, sondern jene Terminologie bewusst offen gelassen ist, die aber zugleich historisch nicht neu, sondern eben kontingent ist. Daraus resultiert, dass eine entsprechende Verortung, was nun aus welchem Grund spezifisch links sein soll, nahezu unmöglich ist, da sich derartige Interpretationen ebenso fortlaufend verändern und anpassen, ganz verworfen oder reanimiert werden. Dennoch erscheint auch das als wenig steuerbarer Prozess und gerät an die Grenzen hoch entwickelter Gesellschaften und ihrer sozialen und funktionalen Differenzierungen. Eine entsprechende Dichotomie nach rechts und links zeigt sich daher auch historisch als ebenso wenig stringent.

Diese hohe wie unbefriedigende Kontingenz leitet dann in einem vierten Kapitel über zur näheren Auseinandersetzung um den Gegenstand der deliberativen Demokratie. Daraus resultiert letztlich die Frage danach, ob und wie sich erklären lässt, wie diese genannten Entscheidungen für das eine oder andere politische Lager zustande kommen. Entscheidend ist hier die Frage nach Legitimation und Legalität sozialer Praxis der unterschiedlichen Akteure und ihrer jeweiligen

Teilsysteme. Diese zeigt sich zwar als erstaunlich geschlossen, indem das liberale Design hier maßgeblich für die Entstehung westlicher Gesellschaften war. Dennoch zeigt sich auch hier, dass sich Begriff und Gegenstand des Liberalismus selbst fortwährend veränderten und sich einer vorschnellen Definition und Bewertung vollends entziehen. Viel entscheidender, als der Versuch bestimmte Definitionen zu finden, ist aber die Diskussion um den reichlich diffusen Freiheitsbegriff, der sich als negative und positive Freiheit oder einer Symbiose daraus ausdrücken kann und allein daraus gesellschaftliches Handeln beschreibt, ohne ein Ergebnis vorweg zu nehmen. Damit ist im Kern die wesentliche Funktion demokratisch verfasster Gesellschaften erfasst, mit der sich im Grunde alle politischen Lager anfreunden können, auf die sich (zumindest gegenwärtig) sogar alle Akteure ausdrücklich berufen.

Dennoch bleibt damit das permanente Spannungsfeld zwischen einem beanspruchten Partikularismus einerseits und dem Universalismus andererseits bestehen, das nur durch den Kompromiss gelöst werden kann, selbst wenn es zum eigenen Nachteil und Zurückstecken der hohen Ziele führt, wenn diese Entscheidung im Sinne politischer Deliberation nachvollzogen und akzeptiert werden kann. Im Zuge solcher Deutungskämpfe gelingt selbst solch vordergründig verschiedenen Ideologien wie dem Liberalismus und dem Sozialismus eine annähernde Symbiose von Markt, Staat, Politik und Ökonomie, die dennoch fortlaufend jeweils ihre eigene Rationalität herstellen und verteidigen. Ob und wie daraus staatliche Steuerung gerechtfertigt wird, kann als Dilemma der jeweiligen Ideologien gelten, da sowohl Liberale als auch Sozialisten Gründe für die Notwendigkeit und Unzulässigkeit solcher Interventionen finden. Gleichzeitig folgt daraus genau die notwendige Kritik und das Paradox politischer Deliberation, da die Perspektiven und ihre jeweiligen Annahmen der Akteure in der Regel normativ ausfallen und im Falle der Abweichung stets auf genau die Dogmatik zurückfallen, die sie ja eigentlich auflösen wollen, die sie aber erst damit auslösen und damit alle Diskurse fortwährend in genau die Deliberation zurückverlagern, die als Lösung gedacht war und fortwährend neue Probleme schafft.

Letzten Endes resultieren daraus im fünften Kapitel die vielfachen Dilemmata alter und neuer Parteienkritik, die eben jenen Akteuren fortwährend vorwerfen, den Wählerwillen und das Gemeinwohl sträflich zu vernachlässigen und obendrein korrupt zu sein. Das zieht häufig bestimmte Protestformen bis hin zur Parteigründung und Spaltung nach sich, die sich allerdings allesamt schnell wieder in eben genau jener Alltagspraxis politischer Deliberation wiederfinden, die ihre Gründung erst begünstigte. Ob und wo nun die Grenzen eines solchen ‚Verrats‘, wie er speziell (aber nicht ausschließlich) der Sozialdemokratie in ganz Europa vorgeworfen wird, liegen, ob also die Sozialdemokratie rechts und die vormals bürgerliche Rechte links geworden ist, lässt sich kaum seriös auflösen. Vielmehr veweist solch eine Diskussion auf die dahinterliegenden, aber öffentlich kaum berücksichtigten sozioökonomischen Aspekte unterschiedlicher Rationalitäten im fortwährenden Konflikt zueinander.

Das Ergebnis ist die vereinte Divergenz in sozialer Differenzierung des sechsten und letzten Kapitels dieser Arbeit, die im Idealfall mit ihrem Widerspruch pluraler Gesellschaft gut leben kann und im worst case nicht (mehr) bereit ist, diesen Zustand zu akzeptieren.

Im Fazit wird demzufolge versucht, dieses Spannungsfeld zusammenzufassen. Als Quintessenz kann gelten, dass der Hinweis auf die Veränderbarkeit sozialer Verhältnisse erst genau die Konflikte eröffnet, die dadurch gelöst werden sollen. Dennoch generieren all diese geforderten und teils vollzogenen Alternativen regelmäßig nur Varianten desselben Gegenstands, die zudem an der Ökonomie nicht vorbeikommen und in Union mit politischer Ideologie einen semantisch zähen Brei bilden, deren Widersprüche real kaum noch auflösbar sind. Das eigentlich Reizvolle an dieser Arbeit bleibt aber die Frage nach der Einordnung des Neoliberalismus, der für die Linke als idealisiertes Feindbild und schlichte Erklärung allen Übels gilt. Dennoch bleibt kritisch, wie links der Neoliberalismus eigentlich ist, und wie sehr die Linke selbst von der für sie feindlichen Ideologie motiviert ist, der sie gar nicht entgehen kann.

## 1 Das Dilemma der Linken

Auch wenn man berücksichtigt, dass Parteiprogramme häufig ein zufälliges Amalgam diverser interner Gruppierungen sind, gerät das Parteiprogramm der deutschen Linkspartei (*DIE LINKE*) hier problematisch. Damit ist nicht gesagt, dass Programme anderer Parteien, etwa der Christ- und Sozialdemokraten, der Grünen oder Freien Demokraten und diverser Splittergruppen, ‚besser‘ wären, da derartige Texte immer Interpretationen zulassen und von allen Seiten angreifbar bleiben, egal wie oft Formulierungen verändert werden. Die Linkspartei bietet aber eine ganze Ansammlung intellektueller Fallstricke und Sackgassen, die als stellvertretend für ähnliche Positionen anderer Akteure der politischen Linken gelten können. Die Partei beansprucht sogar selbst ein derartiges Amalgam zu sein und einen dezidiert offenen Multipluralismus sowie die Anschlussfähigkeit für nahezu alle Gruppen der politischen Linken zu pflegen:

*„Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei. Bei politischen Richtungsentscheidungen muss DIE LINKE in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentarischen Basis diskutieren und in bindenden Mitgliederentscheidungen klären, wie sie sich verhält.“*  
(DIE LINKE 2012: 77)

Im weiteren Text ihres Programms ist sie daher umso mehr bemüht, möglichst alle gesellschaftlichen Gruppen, Akteure und Adressaten aufzuzählen, die „unverzichtbar für einen demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts [sind]“ (DIE LINKE 2012: 33). Der gesamte Text gerät damit beliebig, wobei fraglich bleibt, ob das seine Anschlussfähigkeit nun wirklich erhöht. Auf ihrer Homepage erklärt die Partei selbstbewusst (DIE LINKE 2017b), dass der Erfurter Parteitag das Parteiprogramm am 23. Oktober 2011 mit 503 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen und einer Zustimmung von 96,9 Prozent beschlossen habe. Und: „Beim Mitgliederentscheid vom 17. November bis 15. Dezember 2011 wurde das Parteiprogramm mit 95,81 Prozent bestätigt.“

Grundsatzprogramme lehnt die Partei dagegen – so die Antwort auf eine Nachfrage – ab, so dass das hier zitierte Parteiprogramm den aktuellen Stand parteiinterner Verständigungsverfahren repräsentiert. Hierin erklärt sie zu ihrer für sie zentralen Eigentumsfrage und der Wirtschaftsdemokratie, dass sich ohne Demokratie in der Wirtschaft die Interessen der Allgemeinheit gegenüber engen Profitinteressen nicht durchsetzen ließen: „Die Demokratie bleibt unvollkommen“, so der weitere Wortlaut (DIE LINKE 2012: 29). Dabei berücksichtigt sie - ganz abgesehen von der Begriffsgeschichte der Wirtschaftsdemokratie - allerdings nicht, dass Demokratie ihrem Wesen nach und unabhängig von jedweder Wirtschafts- und Sozialordnung immer unvollendet und konfliktbeladen ist. Denn Begriff und Gegenstand der Demokratie beziehen sich sui generis auf Staaten als politische Abstraktion, aber nicht auf die geronnenen Artefakte sozialen Zusammenlebens, wie etwa Betriebe und Organisationen oder gar auf das Verhalten individueller Personen oder Gruppen. Zudem übersieht die Linkspartei hier, dass der Staat in jener Abstraktion des Souveräns selbst erst den nötigen Rahmen im Form einer bewusst offenen Wirtschafts- und Sozialordnung innerhalb der Verfassung setzt, in dem sich die gesellschaftlichen Akteure und ihre Artefakte dann bewegen – und nicht umgekehrt.

Auch wenn hier der Raum für die Geschichte der Arbeit und der Sozialversicherung fehlt, lässt sich mit Wolfgang Ayaß (Ayaß 2010) und Axel Honneth (Honneth 2015) festhalten, dass sich die frühen Sozialisten und die daraus hervorgegangene Sozialdemokratie seit Beginn an im fast unlösbaren Konflikt zu sich selbst und der Regierung befanden. Die Sozialdemokraten lehnten 1881 zunächst aufgrund der Sozialistengesetze von 1878 bis 1890 ursprünglich sämtliche Regierungsentwürfe Bismarcks zu den drei Zweigen der Arbeiterversicherung mit der Begründung ab, diese Sozialreform sei nur ein taktisches Mittel der herrschenden Klassen, um die Arbeiter vom wahren Weg abzulenken (Ayaß 2010: 17): „Euer Zuckerbrot verachten wir, Eure Peitsche zerbrechen wir“, so der

Parteivorsitzende Paul Singer 1889.<sup>3</sup> Karl Marx formulierte zuvor 1848 im Manifest der Kommunistischen Partei eine grundlegende Kritik sozialer Reformen: „*Ein Teil der Bourgeoisie wünscht den sozialen Missständen abzuhelpfen, um den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft zu sichern.*“ (Marx und Engels 2010: 50) Die kommunistischen Parteien und Regime griffen diese Kritik später auf und taten bis in die 1960er-Jahre Sozialpolitik als eine ‚*Krücke des Kapitalismus*‘ ab, investierten aber zusehends selbst darin. Teile der Linken halten daher noch heute daran fest, dass die Realisierung des Sozialismus und Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse die Sozialpolitik erübrige.

Die Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts konnte ihre Ablehnung jedoch nicht lange aufrechterhalten und stimmte der Novelle 1899 schließlich zu. Kritiker sahen darin einen ersten aufkommenden Revisionismus in Form der Aussöhnung der Sozialdemokratie mit Staat und Kapital. Offen blieb allerdings, wie nun derartige staatlich organisierte Versicherungen und selbstverwaltete freie Hilfskassen der 1880er-Jahre anstelle früherer paternalistischer Armengesetze (Townsend et al. 2011) beschaffen sein und was und wen sie jeweils abdecken oder ausschließen sollten. Arbeiter über 45, unstete Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter wurden bspw. nicht in die Kassen der freien Arbeiterbewegung aufgenommen; also insbesondere jene wurden von den Sozialdemokraten und ihren Hilfskassen selbst ausgeschlossen, die das Angebot umso mehr benötigt hätten (Ayaß 2010: 31). Da sich in Deutschland Sozialdemokratie und Gewerkschaften ab 1848 getrennt voneinander entwickelten, entstanden zunächst parallele und konkurrierende Strukturen der relativ früh privilegierten, exklusiven und organisierten Arbeiterbewegung und erster sozialstaatlicher Versicherungsleistungen. Zwischen 1890 und 1913 konnten die deutschen Gewerkschaften so ihre Mitgliederzahlen zwar von knapp 300.000 auf mehr 2,5 Mio. nahezu verzehnfachen. Das war jedoch zum einen nur aufgrund der Aufhebung der Sozialistengesetze möglich. Zum anderen führte der Halberstädter Kongress 1892 dazu, dass sie an Bedeutung und Einfluss gewannen. Carl Legien als Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften leitete den Kongress, der zu einer Neuorganisation der Gewerkschaften führte. Ein Ergebnis war die Kompetenzverlagerung auf die Generalkommission. Die deutschen Gewerkschaften lehnten fortan alle Formen einer revolutionären Politik ab. Das französische Vorbild einer ‚*syndikalistischen Revolutionspolitik*‘, nach der sich die Gewerkschaften die Produktionsmittel aneignen und zentral verwalten sollten, stieß mehrheitlich auf Ablehnung (Hellfeld 2015: 190). Gewerkschaften und Sozialdemokratie galten so bereits relativ früh als Teil des Staates („*Fleisch vom Fleische*“) und gleichsam als ‚*Verräter*‘, was Dahrendorf später als eben jene äußerst erfolgreichen, rechten Sozialdemokraten Europas bezeichnete, die ihre Erfolge nur gegen Angriffe von links verteidigen (Dahrendorf 1979: 147).

Unabhängig davon aber, wie eine Wirtschaftsverfassung als Gesamtheit der rechtlichen und sozioökonomischen Regelungen der Wirtschaftsordnung konzipiert ist, schließt sie stets Gruppen und Phänomene ein oder aus, erzeugt sie fortwährend unlösbare Konflikte, die eher nach Ordnung der Konflikte als nach Auflösung rufen. Das Resultat jener Debatten ist die institutionelle Mitbestimmung, die als Konzept bereits 1848 in den Verhandlungen der Frankfurter Paulskirche auftauchte und 1925 als Begriff erstmals auf dem Breslauer Kongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes verwendet wurde. Allerdings galt sie dort nur überbetrieblich. 1951 folgte (als Reaktion der Alliierten auf das zuvor autoritär-diktatorische ‚*Führerprinzip*‘ der Deutschen Arbeitsfront als Einheitsverband des NS-Regimes) das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer

---

<sup>3</sup> Diese Formulierung wurde zur zeitgenössischen Losung, obgleich diese Metapher von ‚*Zuckerbrot und Peitsche*‘ deutlich älter ist als der Kontext der kaiserlichen Sozialpolitik. Sie taucht scheinbar erstmals 1878 in der ‚*Berliner Freien Presse*‘ und einem Artikel über die sozialdemokratisch beeinflusste neue Krankenkasse der Maschinenbauer auf. Die Arbeitgeber versuchten hier mit Drohungen und Lockungen („*mit Zuckerbrot und Peitsche*“) die Arbeiter zum Austritt aus der Kasse zu bewegen, so Ayaß. Die Linkspartei selbst greift diesen Terminus in ihrem Programm sogar auf und betont die positive Bedeutung jener Tradition der frühen Sozialdemokratie für die Gegenwart (DIE LINKE 2012: 9).

in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen der Montanindustrie. 1952 erging das Betriebsverfassungsgesetz, das 1972 und 2001 novelliert wurde, wodurch die Konflikte und die hohe Komplexität der Realität aber keineswegs minimiert wurden. Zentral war die Frage,

*„ob das Eigentum an den Produktionsmitteln als solches allein zur Entscheidung legitimieren sollte oder ob, in welcher Form und wie weit daneben den im Betrieb und in der Verwaltung Tätigen eine Mitwirkung durch Risikoübernahme zustehen soll. Es bleibt dabei zu beachten, daß letztlich 3 Sozialpartner eine Aufgabe zu erfüllen haben: der Unternehmer, der Eigentümer oder Kapitalbesitzer und der Arbeitnehmer.“*

Für staatliche Verwaltungen, Holdinggesellschaften und die paritätische Mitbestimmung liegen jene Verhältnisse „noch komplizierter“ (Recktenwald 1975: 331). Problematisch ist seither die überbetriebliche und gesamtwirtschaftliche Ausrichtung dieser Mitbestimmung.

Nach dem Scheitern staatssozialistischer Zentralsteuerung nach 1989 verblieb im Ergebnis nur eine Expansion der Mitbestimmung und Beteiligung innerhalb der Betriebe auf der Mesoebene, die als solche einer gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Steuerung auf der Makroebene fundamental entgegensteht, sich dem Intendiertem sogar geradezu entzieht und permanent alte Antworten ergebnislos neu befragt (Meine 2011; Werner 1994). Als aktuelle Antwort auf jene fortwährenden wie ungelösten Konflikte hält die Linkspartei in ihrem Programm unter dem Punkt des Öffentlichen und Belegschaftseigentums fest (DIE LINKE 2012: 30 f.):

*„Wir wollen mehr öffentliches Eigentum in verschiedenen Formen. Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden.“*

Damit wiederholt sie zwar nur längst verworfene Konzepte, wie sie selbst dort einräumt („Allumfassendes Staatseigentum ist aufgrund bitterer historischer Erfahrungen nicht unser Ziel“). Legendär ist die in dem Zusammenhang oft wiederholte Formulierung Gregor Gysis, dass man natürlich keine Staatsbäckerei wolle, aber eine faire Marktwirtschaft und Verstaatlichung sensibler Bereiche fordere (Gysi 2007).<sup>4</sup> Viel gravierender aber ist, dass sie selbst nicht hinreichend benennen kann, wie diese zweifellos hohen Ideale einer ‚besseren Welt‘ notwendigerweise erreicht werden sollen:

*„Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden. DIE LINKE setzt sich dafür ein, geeignete Rechtsformen zu schaffen, welche die gemeinschaftliche Übernahme von Betrieben durch die Beschäftigten erleichtern und fördern.“* (DIE LINKE 2012: 30)

Abgesehen davon existieren in Deutschland zum einen bereits heute mehr als 15.000 Unternehmen, die mehrheitlich in kommunalem Eigentum sind. Zum anderen weisen diese Unternehmen untereinander diverse Verknüpfungen und Mischformen kollektiven und privaten Eigentums und ihrer Rechtsformen auf, ohne dass sich die beklagten Probleme beheben ließen (Burth 2016a). Dennoch hält DIE LINKE fest: „Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.“ (DIE LINKE 2012: 4) Die Partei tappt allerdings so in die Falle deliberativer Demokratie und den ihr inhärenten Konflikten, in der sich Entscheidungen und Partizipation nicht aufgrund von Klassenlagen, Besitz oder hoher Transparenz, sondern aufgrund eines gemeinsamen Konsenses von zahllosen Individuen zeigen, die ihre jeweils hoch differenzierten Gruppen- und Milieuzugehörigkeiten erst selbst im Diskurs herstellen, verteidigen, überprüfen oder verwerfen und fortlaufend sowohl untereinander als auch gegeneinander Dissens erzeugen. Darüber hinaus eröffnet sie damit erst jene Semantik eines freien Marktes, den sie selbst offensichtlich ablehnt bzw. von dem sie

---

<sup>4</sup> Diese Formulierung entstand offenbar auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der PDS, verbunden „[...] mit der Forderung, alle Schlüsselbereiche der Wirtschaft in die öffentliche Hand zu geben, genauso wie die öffentliche Daseinsvorsorge. Unterhalb dessen wollen wir eine faire Marktwirtschaft.“ (Gysi 2007)

überzeugt ist, diesen Steuern zu können. Was sich aber realiter als Mehrheitsmeinung und gemeinsamer Konsens durchsetzt, ist volatil, weil abhängig von den fluiden Interpretationen der Akteure im Rahmen des Diskurses. Als solche entzieht sich die vermeintliche Lösung der bewussten Steuerung und Intention. Die intendierte Begründung wird so laufend in den Diskurs zurückverlagert, anstatt dort normativ gelöst zu werden. Dies wird daran deutlich, wenn die Linkspartei im Programm postuliert:

*„Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen. Wir setzen uns dafür ein, dass Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen kollektiv beteiligt werden. In wichtigen Fragen, etwa wenn Massenentlassungen oder Betriebsschließungen geplant sind, muss es Belegschaftsabstimmungen geben. Eigentumsverhältnisse sind mehr als nur Besitzverhältnisse. Allein die Änderung der Eigentumstitel ist unzureichend. Letztlich kommt es auf die Verfügung und die Zugänge zum gesellschaftlichen Reichtum an.“* (DIE LINKE 2012: 30)

Hier taucht allerdings umgehend die Frage auf, was geschieht, wenn diese Privilegierung von abhängig Beschäftigten, etwa als Anteils- und Kapitaleigner, dazu führt, dass diese (gerade in turbulenten Zeiten) ihre Privilegien verteidigen, anstatt nach Lösungen für alle Arbeitenden zu suchen, was nur in Form eines Kompromisses möglich sein kann, bei dem man auch eigene Verluste, nicht zuletzt des Kapitals und der Rendite, in Kauf nehmen müsste. Zudem werden durch eine solche Privilegierung Minderheiten ausgegrenzt, bzw. ist man am Prozess ihrer Erzeugung permanent mitbeteiligt, wie etwa in Form des neuen Prekariats des 21. Jahrhunderts (Castel und Dörre 2009b; Vogel 2006).

Außerdem vernachlässigt die Linke (sowohl als Partei und als gesellschaftliches Milieu) die Selbstreferenzialität des ökonomischen Systems, dessen Idiosynkrasien sie selbst nicht ausweichen kann. Was politisch zwar erreicht werden kann, ist seine Einbettung in allgemeinere rechtlich-normative Institutionen (bspw.: Antidiskriminierungsgesetze) bzw. die Einengung von Entwicklungskorridoren (etwa: Verbote bestimmter Produkte oder Produktionsverfahren, insbesondere durch die Umweltpolitik usw.), bei denen man sich allerdings nie ganz sicher sein kann, ob sie nicht mit negativen Folgen verbunden sind, die man eigentlich verhindern wollte. Stattdessen betreibt die gesamte Linke (Partei und Milieu) einen Vulgärökonomismus, indem sie fortlaufend die immanenten Widersprüche reproduziert, anstatt sie aufzulösen. So proklamiert sie: *„DIE LINKE kämpft für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet.“* (DIE LINKE 2012: 5) Eine (daraus resultierende) *„zielgerichtete öffentliche Investitionstätigkeit, die Vollbeschäftigung anstrebt und inländische Nachfrage stärkt“* (DIE LINKE 2012: 33), mag als Forderung durchaus legitim sein, ihre Umsetzung aber ist umso diffiziler, wenn nicht gar unmöglich. Allein das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 hat seine Bedeutung de facto längst verloren, auch wenn es de jure noch gilt. Vielmehr hat dessen inhärente Logik („Allgemeininteresse“) die Widersprüche und Konflikte der Gegenwart erst erzeugt und verstärkt (Huffs Schmidt 1972). Seine insbesondere von links geforderte Renaissance wird daher geradezu unlösbar, weil hier viel zu viele Interpretationsräume und damit Konflikte einer deliberativen („pluralen“) Gesellschaft liegen (Koll 2016). Debatten und Forderungen um Angebots- oder Nachfragesteuerung oder eine ‚kluge‘ Kombination aus allem verhaken sich seit Jahrzehnten untereinander, ohne inhaltlich je viel klären zu können.<sup>5</sup> Die Diskussion auf europäischer Ebene im Rahmen der Lissabon-Strategie ver-

---

5 In dem als Schröder-Blair-Papier bezeichneten Entwurf („Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999“) hieß es u. a.: „Angebots- und Nachfragepolitik gehören zusammen und sind keine Alternativen“; und: „Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, den Scheinwiderspruch von Angebots- und Nachfragepolitik zugunsten eines fruchtbaren

deutlich dieses Dilemma um soziale Sicherheit und Stabilität versus nötiger Flexibilität der gemeinsamen Währung und Ökonomie umso mehr (Offe 2016; Caesar et al. 2005; Kronauer und Linne 2007a).

An dieser Stelle scheint es bereits schwer, von einem vielbeklagten, monistischen Siegeszug des Neoliberalismus zu sprechen. Vielmehr scheint es in allen politischen Lagern, aber auch in den Wissenschaften selbst, so etwas wie eine Unkenntnis der politischen wie wirtschaftswissenschaftlichen Diskurse zu geben (Nullmeier 2016, Heise 2016; Hanimann 2016). So kritisiert etwa Georg Vobruba als Soziologe, dass Fragen nach der Wirkung von Sozialpolitik weitgehend der Ökonomie und den Stammtischen überlassen werden. Ähnlich äußert sich hier Frank Nullmeier als Politologe, indem er von der Politikwissenschaft fordert, sich neben der Gesellschaftstheorie stärker den Sozialkomparativen zuzuwenden (Nullmeier 2016). Dennoch gibt es keine Evidenz, Wähler mit sozialpolitischen Themen zurückzugewinnen: „*Das hat nirgendwo funktioniert*“, so die Politologin Silja Häusermann in einem Zeitungsinterview.<sup>6</sup>

De facto dominiert (nicht nur) in der politischen Linken eine konstante Form der Voodoo-Ökonomie, die im nostalgisch verklärten Rückblick von einer linearen Beherrschbarkeit einer unklaren Zukunft ausgeht. Viele Missverständnisse treffen hier aufeinander, die suggerieren, einzig steigende Nachfrage aufgrund höherer Löhne und Umverteilung führten zum Wachstum und der Überwindung sozialer Probleme. Die entscheidende Frage lautet dann allerdings, ob Vollbeschäftigung überhaupt Gegenstand staatlicher Politik ist. Tatsächlich lautete die politische Entscheidung zu Beginn der 1980er-Jahre, das Ziel der Vollbeschäftigung zugunsten der Inflationsbekämpfung aufzugeben. Der Ökonom David Worswick schrieb 1994 zur Frage nach dem Ende der Vollbeschäftigung: „*Als die Politik vom Ziel der Stabilisierung der Produktion und der Beschäftigung zur Bekämpfung der Inflation verändert wurde, brachte dies zwar die gewünschte Minderung der Inflation, aber nur auf Kosten eines Anstiegs der Arbeitslosigkeit [...].*“ (Worswick 1994)

Unter Ökonomen gilt dies als bekanntes Dilemma offener Volkswirtschaften<sup>7</sup> und differenzierter Gesellschaften, entweder die Inflation oder die Arbeitslosigkeit zu verändern. Es verweist auf die modifizierte Phillips-Kurve von Samuelson und Solow,<sup>8</sup> die eine feste gleichgerichtete Beziehung zwischen Preisniveauänderungen und Arbeitslosigkeit unterstellt. Senkt man die Inflation, steigt mitunter die Arbeitslosigkeit und umgekehrt. Beides gleichzeitig zu tun, gilt als ausgeschlossen.

---

*Miteinanders von mikroökonomischer Flexibilität und makroökonomischer Stabilität zu überwinden.*“ (Schröder und Blair 1999: 5)

<sup>6</sup> Carlos Hanimann (2016): Linke Identitätspolitik: «Egal was die Linke macht». Interview mit Silja Häusermann, in: *Die Wochenzeitung* 47/2016 vom 24. November 2016; Hg. v. WOZ. Online verfügbar unter <https://www.woz.ch/-74ce>, zuletzt aktualisiert am 24.11.2016.

<sup>7</sup> Eine ‚offene Volkswirtschaft‘ bedeutet, dass wechselseitige Handelsbeziehungen zum Ausland bestehen. Diese Beziehungen werden (u. a.) in der Leistungsbilanz erfasst. Konjunkturpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Binnennachfrage, etwa in Form der Lohnerhöhung, können aber einerseits zu verstärkten Importen, also Abfluss von Devisen, und andererseits auch zu zusätzlichem Sparen im Inland führen, was beides nicht unmittelbar zur inländischen Produktions- und Beschäftigungserhöhung führt. Das bedeutet auch, dass in der offenen Volkswirtschaft das inländische Kostenniveau über die Preise der Importgüter beeinflusst wird. Diese Austauschbeziehung beschränkt daher die Wirksamkeit nationaler Konjunkturpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oder Inflation.

<sup>8</sup> Die Phillips-Kurve (1958) geht auf den Ökonomen A.W. Phillips (\*1914 †1975) zurück und beschreibt eine stabile negative Beziehung zwischen Lohn- und Arbeitslosenquote. Damit behauptet sie einen umstrittenen Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Da sich eine solche feste Beziehung seit dem Auftreten hoher Inflationsraten nicht mehr rechtfertigen ließ, wurde sie 1960 von Samuelson und Solow um die von den Marktteilnehmern erwartete Inflationsrate erweitert. Heute spielt sie eine zentrale Rolle in der Neuklassischen Makroökonomik. Dabei hängt die aktuelle Inflationsrate von der zukünftig erwarteten und realen Output-Lücke als Maß für die Arbeitslosenquote sowie der unternehmerischen Grenzkosten ab, so die gängige lexikalische Definition.

Leichte Preissteigerungen könnten theoretisch zwar unter bestimmten Annahmen zu wirtschaftlicher Belebung und Wachstum führen (Müller 2004: 216 ff.).<sup>9</sup> Einzig das Verhältnis und die Bedingungen der Werte und Hebel zueinander bestimmen aber erst ex post ihre Wirkung, die sich kaum exakt vorhersagen lässt, da je nach Modell, Perspektive und Umwelt die Bedingungen variieren und sich gegenseitig beeinflussen. Was so letztlich als Intentionen und interne oder externe Effekte gilt, hängt entscheidend vom jeweiligen Modell, seiner Annahme und Perspektive ab, entzieht sich aber sowohl dem Zugriff als auch der Prognose, die der jeweiligen Ausgangskonzeption zugrunde liegt. Grob vereinfacht gesagt, gleicht eine solche Wirtschaftspolitik einem Brett- oder Kartenspiel, bei dem jeder Akteur und jede Gruppe mit anderen Karten und Figuren ein völlig anderes Spiel mit eigenen Regeln spielt. Die Gemeinsamkeit ist zwar bildlich der Spieltisch, dennoch sind sich die Akteure nicht bewusst, dass sie kaum eine weitere Verbundenheit aufweisen. Sie würden sogar alle bestreiten, dass sie jeweils eigene Regeln befolgen und stets den anderen der Abweichung bezichtigen, wie der Geisterfahrer, der sich über die vielen anderen Geisterfahrer beklagt. Etwas elaborierter formuliert, ist der menschliche Intellekt schlicht nicht in der Lage, die notwendige Hyperkomplexität der Ökonomie zu denken, sondern reduziert sie auf Kausalitäten, die auf eigenen Ausgangsannahmen basieren, die dann freilich differieren.

Populäre Erklärungsversuche dieses erlebten Kontrollverlustes sind etwa Behauptungen über korrupte Politiker und von Macht- und Funktionselementen oder vulgärmarxistische Begründungen, die mit der Vormacht des Kapitals und den damit verbundenen Klischees argumentieren. Diese Ansätze geraten jedoch zum Zirkelschluss, indem sie anhand der eigenen Heuristik die eigenen Vorurteile bestätigen bzw. anhand von Aggregatdaten auf Individualdaten schließen. Umgekehrt besteht ein unzulässiger methodologischer Individualismus, wenn von bekannten Einzelfällen auf den Gesamtzusammenhang geschlossen wird. Das heißt, die Strukturzusammenhänge, die sich auf der Makroebene nur im Zusammenspiel von Deduktion und Induktion erklären lassen, bleiben hier vollkommen unberücksichtigt. Dahrendorf schrieb bereits 1979, dass Antworten auf Fragen keineswegs mit der Lösung eines Problems zu verwechseln sind und umgekehrt, da diese aufgrund der inhaltlichen Differenzierungen ihres Gegenstandes jeweils hoch komplex und nicht zwingend füreinander konstitutiv sind. Sie entkoppeln sich also. Eine Benennung und Wiederholung vormals erkannter Mängel, wie in der Freigabe der Wechselkurse, dem Freihandel, der nicht mehr den gewünschten Effekt bringe, oder den wirtschaftspolitischen Konzepten von Keynes, die nicht mehr greifen, sei dennoch nicht ausgeschlossen, sondern eher die Regel. Wobei anzunehmen ist, dass nur die Wenigsten überhaupt die Tragweite und Zusammenhänge dieser Befunde tatsächlich verstehen (Dahrendorf 1979: 164). Arne Heise erklärt daher, dass es nicht nur vielen Wählern verständlicherweise schwerfalle, bei einer Vielzahl von Informationen und Interpretationsmöglichkeiten der Kausalzusammenhänge rationale, abgesicherte, Entscheidungen zu treffen (Heise 2011: 3 zit. Roemer 1998): „*Wer weiß schon sicher, ob die Reduktion von Sozialausgaben funktionale Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung ist?*“ Dem US-Mathematiker und Kybernetiker Norbert Wiener (\*1894 †1964) wird die Phrase zugeschrieben, wonach es keine Antworten, sondern nur Querverweise gibt (Masani 1990: 337).<sup>10</sup>

---

<sup>9</sup> Dem lag das bekannte, aber oft fehlinterpretierte Zitat von Helmut Schmidt 1972 zugrunde, der äußerte, Deutschland könne mit 5 % Inflation besser umgehen als mit 5 % Arbeitslosigkeit. Schmidt sprach 1972 allerdings als Wirtschaftsminister auf einer Wahlveranstaltung der SPD vor zehntausend Ruhrkumpeln in der Dortmunder Westfalenhalle, denen die Entlassung drohte. Fachlich und inhaltlich gilt diese Darstellung als falsch, da schon damals wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse und praktische Erfahrungen gezeigt hatten, dass mit inflationärer Politik und Verschuldung allenfalls ein beschäftigungspolitisches Strohfeuer entfacht werden kann, dem höhere Zinsen und Lohnkosten sowie verschlechterte Erwartungen der Unternehmer, Arbeitnehmer und Konsumenten auf dem Arbeitsmarkt folgen.

<sup>10</sup> „*There are no answers, only cross references*“, auch bekannt als Wiener's Law of Libraries.

Zwar folgt bei nahezu der gesamten Linken – trotz Diskurswirrwarrs – seit Jahrzehnten regelmäßig die Zustimmung zum Sozialismus respektive die unbestimmte Sehnsucht nach einer gesellschaftlichen wie ökonomischen Alternative (Abb. 4). Einzig aber in der Frage ihrer konkreten Gestaltung, Umsetzung und Erreichung herrscht seit Entstehung und Weiterentwicklung zunächst religiöser, theologisch-sozialistischer und später philosophisch-politischer Ideen im 17./18 Jahrhundert erheblicher Dissens (Honneth 2015). Im Vorwort zum Manifest der Kommunistischen Partei, auf das sich Teile der Linken gerne berufen, hieß es zwar, dass der Sozialismus von 1847 eine Bewegung des Mittelstandes bzw. der Bourgeoisie und der Kommunismus eine Bewegung der Arbeiterklasse sei (Marx und Engels 2010: 9, 17). In den anschließenden Grundsätzen des Kommunismus heißt es dann wie im übrigen Text aber recht vage und verschränkt, der entschiedene Kampf zwischen der Bourgeoisie und der absoluten Monarchie stehe in Deutschland erst noch bevor, weshalb man erst jener Bourgeoisie an die Macht verhelfen müsse, um sie dann umgehend wieder zu stürzen:

*„Die Kommunisten müssen also, gegenüber den Regierungen, stets für die liberalen Bourgeois Partei ergreifen und sich nur davor hüten, die Selbsttäuschungen der Bourgeoisie zu teilen oder ihren verführerischen Versicherungen von den heilsamen Folgen des Siegs der Bourgeoisie für das Proletariat Glauben zu schenken.“* (Marx und Engels 2010: 79)

Wenn man so will, findet man hier ein historisches Beispiel dafür, in welchem Dilemma sich die Linke politisch bewegt: stets befürworten zu müssen, was sie eigentlich nicht wollen und vice versa. Zusammenfassend gesagt, steckt die Linke in einem Gefangenendilemma, wie es die ökonomische Spieltheorie (Axelrod 2000) so eindrucksvoll beschrieben und empirisch immer wieder bestätigt hat, fest.

## 2 Kritik der Kritik des Neoliberalismus. Oder: Who's to blame?

Massiv macht sich die Kritik der Linken am Neoliberalismus fest, dem vorgeworfen wird, als wirkmächtiger Akteur und Ideenwelt politisches Handeln weltweit und national infiltriert zu haben. So berechtigt diese Kritik, die unter den Stichworten der Finanzialisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie staatlicher Austeritätspolitik eine Vielzahl empirischer Belege findet, sein mag, ist auffällig, dass sie den Kernbereich neoliberaler ökonomischer Argumentation selten berührt. Anders als die klassische Ökonomik in all ihren Varianten – also einschließlich der sogenannten Neoklassik – geht dieser nämlich von einem ökonomischen Nullsummenspiel aus: Er hat – bildlich gesprochen – einen gegebenen Kuchen vor Augen, bei dem ein Teil nur größer werden kann, wenn der andere Teil kleiner wird. Und diese Regel gilt ihm für alle Märkte – unabhängig davon, ob es sich um Produktions- und Dienstleistungsmärkte oder Kapitalmärkte handelt. Gewinne können danach nur dann steigen, wenn die Löhne sinken und umgekehrt. Damit korrespondieren die zahllosen Konflikte um makroökonomische Wachstumstheorien und Verteilung.

### 2.1 Keynes als Allheilmittel?

Linke Keynesianer gehen dagegen davon aus, dass prozessual durch höhere Löhne höhere Nachfrage entsteht und es daraus mehr Anreize zu mehr Produktion, Kapazitätsaufbau und letztlich mehr Investitionen gibt. Der Kuchen wächst dann insgesamt und lässt nach dem Modell auch steigende Gewinne und höhere sozialstaatliche Umverteilung zu. Darauf beruhte lange Zeit die populäre Formel des ‚Wohlstands für Alle‘ (Erhard 2009); Effekte, die sich heutzutage nicht mehr so einfach einstellen. Im Gegenteil: Die an ökonomischen Indikatoren (Einkommen und Vermögen) gemessene soziale Ungleichheit spitzt sich derart zu, und zwar einseitig zugunsten derjenigen, die über Vermögen verfügen, dass sich hieraus politische Agenden bis weit in die politische Rechte hinein bilden lassen. Dazu kommt die politische und ökonomische Nutzung rechtskeynesianischer Konzepte, wie etwa die Staatsverschuldung für staatliche Investitions- und Beschäftigungsprogramme, Investitionen in Militärtechnik, Sicherheit, Polizei und Infrastruktur oder für Olympische Spiele und die entsprechende Festivalisierung der Stadtpolitik (Häußermann und Siebel 1993).<sup>11</sup> Linkskeynesianer sehen dagegen eher die Möglichkeit zur Entwicklung eines qualitativen und staatlich organisierten Wachstumsprogramms mit sozialen Dienstleistungen in Bildung, Erziehung und Pflege und der Schaffung weiterer öffentlicher Güter.<sup>12</sup> Die rein ideologische Differenz zwischen Links- und Rechtskeynesianern wird allerdings zunehmend geringer, da auch (bspw.) die Polizei, Justiz oder

---

<sup>11</sup> Die Nationalsozialisten nutzten bekanntermaßen große Teile der Keynes'schen Konzeptionen, etwa für den Autobahnbau und die massive (Kriegs-)Rüstung zum Abbau der Arbeitslosigkeit, wie später auch Ronald Reagan mit seiner *Strategic Defense Initiative*, kurz SDI, einer 1983 offiziell angeordneten Initiative zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen sowjetische Interkontinentalraketen. Es gibt zahlreiche weitere Beispiele.

<sup>12</sup> Als *öffentliche Güter (Kollektivgüter)* zählen gemeinhin alle vom Staat angebotenen und von ihm produzierten Güter und Dienstleistungen sowie nach der Wirtschaftstheorie alle wirtschaftlichen Güter, die bei der Nutzung durch die eine Person gleichzeitig von einer anderen Person genutzt werden können, wie bspw. Straßenbeleuchtung, Infrastruktur oder Sicherheit. Einzelne können nicht ausgeschlossen werden, wenn sie nicht bereit sind, für Autobahnen, Feuerwehr, Polizei, Justiz oder Armee (usw.) Geld zu bezahlen, selbst wenn sie die Angebote nachweislich gar nicht nutzen oder benötigen. In diesem Fall muss der Staat für das Güterangebot sorgen und dieses Angebot durch öffentliche Abgaben finanzieren. Allerdings verhindern hohe Investitionsrisiken und lange Reife- und Tilgungsdauern eine Kompensation und das Angebot über den Markt, so dass es häufig zu Mischformen (*meritorischen Gütern*) kommt, deren optimale Auslastung allerdings schwer zu bestimmen ist und stets zu Ungleichgewichten und Konflikten führt.

Infrastruktur zu den staatlichen Gütern gehören, die von Rechten und Linken problemlos anerkannt und gefordert werden. In dem Fall ist es unerheblich, ob und wie Sicherheitsorgane reguliert oder kontrolliert werden, wie etwa die Linkspartei es fordert.<sup>13</sup>

Ob all diese wirtschaftspolitischen Programme in ihrer Umsetzung aber langfristig für mehr Beschäftigung sorgen und zu positiven Konjunkturtrends sowie Wachstum führen, oder ob vermeintliche Erfolge und Misserfolge nicht nur das Ergebnis zyklischer Krisen sind, ist seit Jahrzehnten umstritten (Haberler 1955; Lammers und Maleck 2015; Münch 2016b; Worswick 1994; Dahrendorf 1979). ‚Der kurze Traum immerwährender Prosperität‘ (Lutz 1989) liegt in ganz Europa inzwischen länger zurück, als er überhaupt andauerte (Barthelheimer 2015). Die populär gewordene These eines Aufschwungs und ‚Wirtschaftswunders‘ nach dem Ersten und insbesondere Zweiten Weltkrieg muss vor diesem Hintergrund deutlich kritischer interpretiert werden (Roesler 2008), da diese (1.) oft schuldenfinanziert waren - nicht selten durch US-Kredite oder Auslandsinvestitionen. Zudem ist (2.) zu berücksichtigen, dass dieser ‚Aufschwung‘ durch den notwendig gewordenen Wiederaufbau nach den umfassenden Zerstörungen, die der Zweite Weltkrieg mit sich gebracht hatte, als irregulärer Aufschwung verstanden werden muss. Darüber hinaus nahm Westdeutschland nach Kriegsende einen großen Zustrom von Flüchtlingen aus dem Osten auf, was die Ausgangslage am Arbeitsmarkt zusätzlich verfälschte sowie zu Schwankungen in Nachfrage und Produktion führte (Heise 2012; Worswick 1994).

Hinsichtlich der Planungen der Olympischen Spiele 2024/28 in Hamburg ließ sich beispielhaft zeigen (Lammers und Maleck 2015), dass durch sie keineswegs der vermutete ökonomische Nutzen in Form dauerhafter Beschäftigung und höherer Standortattraktivität garantiert ist, da bereits die quantitative Erfassung von Kosten, Nutzen und Erträgen hochproblematisch ist (Kronthaler und Franz 2003; Franz und Kronthaler 2003).<sup>14</sup> Etwaige Einnahmen, Ausgaben und Salden werden außerdem im Staatshaushalt nicht sofort, sondern erst am Ende eines Haushaltsjahres oder gar einer Legislatur wirksam und lassen sich später nur schwerlich irgendeinem Ausgangsereignis zuordnen. Dazu treten makroökonomische und fiskalische Fragen nach der interdependenten Wirkung kommunaler und nationaler Maßnahmen und Investitionen, die teils widersprüchliche und konkurrierende Auswirkungen zeitigen oder am politischen und sozialen Widerstand und der Deliberation (respektive der erforderlichen Kompetenz) der Akteure in Bund, Ländern und Kommunen scheitern.<sup>15</sup> Problematisch ist außerdem, dass rein konsumtive Staatsausgaben in der Regel nicht nachhaltig sind. Hier existiert von vornherein eine erhebliche Lücke an Produktivität und Wertschöpfung sowie wirtschaftlicher Tragfähigkeit solcher Investitionen.

---

<sup>13</sup> „Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, insbesondere auch im Finanzsektor, die Stärkung des Öffentlichen und einer demokratischen Öffentlichkeit sind unsere Alternativen zu neoliberaler Privatisierung und einem autoritären Sicherheitsstaat“, so die DIE LINKE in ihrem Erfurter Programm 2012, S. 45. Deren weitere Verlautbarungen dort zu Justiz und Demokratie bleiben ambivalent.

<sup>14</sup> Die beiden Autoren zeigten, dass bereits die Annahmen der in Leipzig geplanten Infrastrukturinvestitionen für die Olympischen Spiele 2012 dort mehr als fragwürdig waren.

<sup>15</sup> Die Literatur dazu ist umfangreich. Einen Überblick liefert hier das WSI Sonderheft 5/2009 zur Frage der ‚Rückbesinnung auf den Staat‘ (Hans Böckler Stiftung 2009). Dierk Hirschel konstatiert dort, dass sich die erhofften positiven Ergebnisse der Privatisierungen zwar nicht gezeigt hätten, aber sie dennoch durch mehr Wettbewerb und Regulierung erreicht werden könnten. Die Diskussion bewegt sich in einem Teufelskreis, indem sinkende Staatsausgaben und staatliche Leistungen eine sinkende Zustimmung zum Staat auslösen und die Bereitschaft, Steuern zu zahlen immer weiter sinkt, wodurch die Leistungsfähigkeit des Staates weiter abnimmt und weitere Privatisierungen auslöst, die nachweislich wenig positive Effekte zeigen. Die Debatte ist letztlich eine politische, keine ökonomische. Dennoch verzerren sich die Ergebnisse am ökonomischen In- und Output und um politische Diskussionen um staatlichen Einfluss und dessen induzierte Kosten und Wirkungen.

Insbesondere bei Sozialen Dienstleistungen und Investitionen in die Infrastruktur handelt es sich zumeist um langfristige Schulden über Jahrzehnte zugunsten eines relativ kurzfristigen staatlichen Konsums, dessen Multiplikatoreffekte sich in aller Regel sehr schnell verzehren oder sogar umkehren.<sup>16</sup> Die rhetorische und politische Wendung zur Beschreitung eines Dritten Weges zwischen Markt und Staat, etwa in der Beschäftigungspolitik und den Sozialen (ergo: sozialstaatlichen) Dienstleistungen, löst diese Bipolarität aber keinesfalls auf, sondern verschärft sie im Gegenteil noch. Denn insbesondere die Bereiche der Daseinsfürsorge, Infrastruktur, Kultur oder Bildung (usw.) sind in hohem Maße abhängig von staatlichen Subventionen respektive Allokationen sowie der entsprechenden Nachfrage und stehen unter enormen Druck, wirtschaftlich erfolgreiche Performances nachzuweisen. Das Resultat ist (nicht nur) in Deutschland die prekäre Beschäftigung und globale Krise dieser Bereiche (Scharpf 2000), die (auch in Dänemark, UL) mit ebenso prekären wie unklaren Marktbedingungen des Public Private Partnership (PPP) und dem New Public Management (NPM) einhergehen (Scheuerle et al. 2013).

## 2.2 Ökonomie im Konflikt der Einzel- und Gemeinschaftsinteressen

Allein die Frage der Wirtschaftlichkeit solcher Unternehmungen und (Teil-)Bereiche, ob und wann sie kapitalrechtliche Gewinne oder gemeinwirtschaftliche Überschüsse erwirtschaften müssen, dürfen oder sollen und wie damit jeweils umzugehen ist, erzeugt endlose Kontroversen, in denen nahezu weltweit Markt-, Staats- oder Politikversagen vermutet werden. Der Markt für Soziale Dienstleistungen und entsprechende Investitionen ist allerdings europaweit von schwacher Datelage und deshalb vielen Klischees gekennzeichnet (Weber und Scheck 2012; Scheuerle et al. 2013). Schwierig sind bspw. exakte Ein- und Abgrenzungen sowie die Einordnung sozialer Bereiche, Unternehmen oder Branchen. Oft überschneiden sich Bereiche wie (bspw.) Studienfinanzierung, soziale Infrastruktur in Form von Gesundheit, Pflege, Ver- und Entsorgung, Bildung, Arbeitsvermittlung, Fair-Trade-Unternehmen oder Anbieter alternativer, regenerativer Energien (usw.) mit herkömmlichen kommerziellen Anbietern und internationalen Großkonzernen wie Banken, Sparkassen, Handel oder Energieversorgern. Hier handelt es sich häufig um Angebote, die auch von nationalen und internationalen Großkonzernen im Rahmen ihrer (umstrittenen) *Corporate Social Responsibility* (CSR) angeboten oder an sie ausgelagert werden können. Allein dieses Spektrum eröffnet schon einen großen Raum für vielfältige Themen und Konflikte.

Als Reaktion auf das hochdiverse und konfliktär überlagerte staatliche Wirtschaftsgeschehens erfolgt

*„[d]ie Implementierung zeitgemäßer Steuerungsinstrumente, die [...] den öffentlichen Sektor in die Lage versetzen, mit den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen effizient und wirksam zu wirtschaften [...]. Die Reformen in der öffentlichen Verwaltung haben auf wissenschaftlicher Ebene ein vielstimmiges Echo ausgelöst. Auf der einen Seite wird vom Scheitern der NPM Reformen berichtet, auf der anderen Seite auf erste Erfolge und die dringliche Notwendigkeit der Weiterentwicklung der Reforminstrumente hingewiesen.“* (Raupach 2017)

Ob also bspw. kommunale und/oder teilstaatliche Akteure am hoch spekulativen Kapitalmarkt aktiv sind oder sogar sein müssen, lässt sich keineswegs pauschal beantworten, sondern rückverweist

---

<sup>16</sup> Der *Multiplikatoreffekt* beschreibt klassisch keynesianisch die Annahme und Wirkung, dass Ausgaben in Form von Investitionen und Konsum als Einnahmen wieder wirksam werden und daraus zu höherer Nachfrage und Anstieg der Produktion und Beschäftigung führen. Diese Erhöhungen wirken sich idealtypisch langfristig aus und verstärken Folgeeffekte, deren Hebelwirkungen über einen Multiplikator bestimmt werden können. Idealtypisch wiederholt sich dieser Effekt, läuft aber irgendwann aus. Damit wird ein intendierter Prozess beschrieben, der insgesamt größer ausfällt als die ursprünglichen Initialanstöße. Zusätzlich gewonnene Kaufkraft fließt aber in der Realität in Form von Importen, gestiegenen Steuereinnahmen oder Sparquoten in andere Regionen, den Nationalstaat und ans Ausland ab, bis der Effekt endgültig aufgezehrt ist und sogar umschlägt.

auf die prekäre Sandwich-Situation der Akteure. Allein die Diskussion um den Derivatehandel offenbart die Unkenntnis der Komplexität dieser Diskurse, die sich zwischen der benötigten Sicherheit und Planung einer unsicheren Realität und seiner Antizipation bewegt (Institut für Bankhistorische Forschung 2013). Dazu treten häufig die Probleme, die mit der Digitalisierung der Verwaltung („*digitales Rathaus*“) verbunden sind und von Implementations- und Abbildungsschwierigkeiten, Kostenexplosionen, mangelnden Funktionsfähigkeiten, Datensicherheitsproblemen etc. begleitet werden. Dänemark steht hier gegenwärtig vor Finnland und Schweden (2017) auf Platz 1 des EU-Digitalisierungsindex, während Deutschland weit abgeschlagen auf Platz 11 liegt. Gleichzeitig ist diese Digitalisierung bei Dänemarks Bevölkerung weitaus beliebter als in Deutschland. Bedenken des Datenschutzes sind hier offensichtlich deutlich geringer ausgeprägt als in Deutschland. Die dänische Verwaltung spart nach Angaben des *Behörden Spiegels* durch die Digitalisierung der kommunalen Dienste rund 300 Mio. Euro im Jahr:

*„Das Finanzministerium hat es durchgerechnet: Die Kosten für einen Anruf der Verwaltung liegen bei 14 Euro, ein Brief an den Bürger kostet 11,70 Euro und auch der Email-Versand schlägt beim Staat jeweils mit elf Euro zu Buche. Der E-Service im Netz über Selbstbedienungsportale [...] fällt mit 4,20 dagegen nicht nur weitaus günstiger, sondern auch weniger zeitintensiv aus.“* (Behörden Spiegel 2017)

Zudem erwarten die Bürger vom Staat stets effektive Lösungen und erheben allzu oft Einspruch gegen schwerfällige, teure Bürokratien. Dieser eher mikroökonomische Befund eröffnet aber erneut den Blick für die zahlreichen Widersprüche zwischen Sein und Sollen, die ökonomischen ebenso wie normativ-moralischen Prozessen oder politischem Handeln inhärent sind.

Herbert Schui führt für die weitere makroökonomische Debatte die Unterscheidung zwischen *Kapitalrestriktion* (verstanden als unzureichende Kapitalausstattung einer Volkswirtschaft) und *Nachfragerestriktion* (verstanden als Nachfragedefizite entwickelter Volkswirtschaften) ein, in deren Spannungsfeld sich staatliche Wirtschaftspolitik bewegt. Insofern ist in entwickelten kapitalistischen, aber immer noch überwiegend national sedierten Ökonomien von *Nachfragerestriktion* auszugehen, deren erste Erscheinungsformen sich in Westdeutschland bereits Anfang der 70er-Jahre und dann durchgängig bis zum Mauerfall gezeigt haben. Dazu gehört ein Überschuss an Realkapital im Verhältnis zur Nachfrage, sodass Ersteres nicht mehr zur Erreichung lohnender Renditen investiert wird (Schui 2003: 19). Im Sinne der Theorie der Unterkonsumtion sorgt nunmehr der Sozialstaat für die Kompensation unzureichender privater Nachfrage, um die Nachfragerückstände zu schließen und Vollbeschäftigung, auch im sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt – ein durch staatliche Nachfrage hervorgerufener und auch durch ihn organisierter Arbeitsmarkt – zu gewährleisten. Das ist aber nur durch staatliche Budgetdefizite zu ermöglichen. Hieraus entsteht aber langfristig eine fiskalische Governance-Krise im sozialstaatlichen Reformismus, der per Kompromiss an sich selbst scheitert und in eine Krise stolpert, die er selbst nicht mehr lösen kann:

*„Der Sozialstaat ist an seinem Unvermögen gescheitert, die Verteilungspolitik auch dann durchzuhalten, als die Unternehmen aufgrund der günstigen Auftragslage – dies war das zwingende Ergebnis der Nachfragepolitik – zu Ende der 1960er Jahre begannen, die Preise zu erhöhen. Sie konnten sich so der Einkommenspolitik entziehen. Der nächste, notwendige Schritt wäre eine weitere Beschränkung ihrer Autonomie gewesen, nun im Bereich der Preisbildung.“* (Schui 2003: 22)

Ein derart massiver Eingriff ist jedoch nicht nur de jure ausgeschlossen, sondern auch, allen moralischen und gut gemeinten Intentionen zum Trotz, ökonomisch nicht folgenlos: So zieht er die Inflation nach sich, deren Bekämpfung wiederum Arbeitslosigkeit nach sich zieht (Worswick 1994). Den Entwicklungsländern wurden zudem seit den 1970er-Jahren ihre Auslandsverschuldungen zum Verhängnis, was zusammen mit der Krise des Sozialstaats der Industrieländer sowie den (immer schon) transnational agierenden Devisenmärkten eine globale Ketten- und Krisenreaktion globalen Ausmaßes auslöste. Auf diese Krise reagierte die Wirtschaftspolitik – und zwar nationale, inter- und transnationale wirtschaftspolitische Institutionen im Gleichklang – mit einer Öffnung von Märkten durch den Abbau von Zoll- und Handelsschranken, Erzeugung neuer Produktionsstandorte durch die Gewährung komparativer Vorteile (Stichwort: ‚*Steuerparadiese*‘), Freigabe des Kapitalverkehrs,

staatlichen Budgetauflagen und dem Verkauf von Staatsunternehmen an meistbietende Konzerne, was eine unabhängige nationale Planung mittlerweile nahezu völlig ausschließt. Damit sind genau die Prozesse beschrieben, die man aufseiten nationalstaatlicher politischer Institutionen besser als Freigabe, denn als Deregulierung bezeichnet, allerdings ohne dass es gleichzeitig zu transnationalen politischen Institutionen gekommen wäre, denen vom Souverän (in Form der Bürger) Legitimität aufgrund deliberativer Prozesse temporär zugesprochen würde und die deshalb über so viel Entscheidungsmacht verfügten, dass sie (auch wirtschafts-)politische Regulierungen durchsetzen könnten.

Erst diese komplexe Ausgangslage hat den Aufstieg des Neoliberalismus als Gegenaufklärung ausgelöst und ermöglicht. Dieser reagiert als theoretisch-ideologisches Konzept nur auf äußere Einflüsse und zerstört bereitwillig alte Traditionen und auch den klassischen Kapitalismus, um daraus etwas gänzlich revolutionär Neues zu formen, das dennoch jederzeit wandelbar und dynamisch bleibt. Daraus folgt aber auch, dass die allzu häufige Benennung des Neoliberalismus und Kapitalismus deren hohe Komplexität und Attraktivität verkennt. Die Linke selbst tappt so unweigerlich in die ideologischen Fallen des Neoliberalismus und seines mikroökonomischen Methodenimperialismus. Die Folge sind der methodologische Individualismus wissenschaftlicher und alltagsmäßiger Provenienz, der fordert, die Individuen zur Selbstbehauptung auf dem Markt zu befähigen, auf dem kollektivistische Gerechtigkeitsideen schon lange ihren Sinn verloren haben (Münch 2016b). Der weltweite Erfolg des Neoliberalismus beruht zudem darauf, dass er das weit verbreitete Unbehagen (bei Rechten und Linken) an staatlicher Bürokratie und seinem Paternalismus kanalisiert und mit dem Versprechen von mehr individueller Freiheit, hoher Effizienz, Souveränität und Nonkonformismus wirbt. Oliver Nachtwey spricht von der „kongenialen neoliberalen, diabolischen Komplizenschaft“, die sich darin zeigt, dass Individuen jenseits des Kollektivs mit geringem Einkommen und sozialem Status durchaus partizipieren können, wenn sie bspw. Low-Budget-Angebote der Discounter und Low-Cost-Carrier wahrnehmen (respektive darauf explizit angewiesen sind) und damit das System kapitalistischer Ausbeutung und positiver Skaleneffekte unfreiwillig stabilisieren (Nachtwey 2016). Das beginnt bereits mit der politischen Forderung nach sinkenden Preisen. Wobei diese Effekte im Rahmen neuer Wachstumsmärkte wechselseitig staatlich organisiert oder am freien Markt gebildet werden. Computer, Laptops, Mobiltelefone und seit etwa 10 Jahren Smartphones waren noch vor ca. 20, 30 Jahren für die Masse der Konsumenten unbezahlbar und galten als absolutes Luxusgut oder überflüssiges Statussymbol, während ihre Verbreitung nicht zuletzt aufgrund sinkender Mobilfunktarife und Gerätepreise sowie den Ausbau digitaler Infrastruktur gegenwärtig inflationär ist. Diese Effekte entstanden aber erst aufgrund massiver Unterstützung seitens des Europäischen Binnenmarktes und der Lissabon-Strategie der EU (Caesar et al. 2005). Gegenwärtig gehören diese Geräte (fast) zum soziokulturellen Existenzminimum.<sup>17</sup> Je größer aber der Markt, desto niedriger sind die globalen Transaktionskosten, desto besser die Wettbewerbsbedingungen für das ebenfalls global mäandierende Kapital und umso günstiger sind die Massenprodukte.

Durch die globale Arbeitsteilung und Vernetzung steigt dieser Vorteil für Unternehmen, Konsumenten und Kunden unentwegt, kehrt sich für die Beschäftigten allerdings um, die dennoch als (relativ einkommensarme) Konsumenten genau den Kreislauf günstiger Preise versus Ausbeutung der Beschäftigten stabilisieren. Die Linke kann sich daher von dieser Realität nicht abtrennen, wird davon okkupiert und zum unfreiwilligen Apologeten dieser für sie feindlichen Ideologie, die Herbert Schui unter abstrakteren Aspekten als ein Ende der Reformierung der Produktionsverhältnisse, als die Entmaterialisierung des Glücksversprechens der Moderne und schließlich als das moderne Projekt der Gegenaufklärung zu würdigen weiß. Das heißt,

---

<sup>17</sup> Nach aktueller Rechtsprechung gelten sie grundsätzlich als unpfändbar, sofern es sich nicht um sehr exklusive Geräte handelt und der Delinquent nicht über mehrere derartige Geräte verfügt.

*„wenn der Kapitalismus seine Versprechen nicht mehr einzulösen weiß, haben die Menschen das Recht, ihre gemeinsame Lage zu verbessern, indem sie sich von überkommenen Traditionen, Institutionen, Normen und Konventionen befreien, die vernunftmäßig nicht mehr zu begründen sind.“* (Schui 2003: 23 f.)

In diese Lücke stößt der Neoliberalismus als ebenso rationaler wie plausibler Begründungszusammenhang. Der Rückgriff auf den Kant'schen Imperativ der rationalen Vernunft gehört substantiell zum Neoliberalismus, der damit aber nicht länger nur auf Eliten- oder Spezialistenkompetenz abzielt, sondern zumindest theoretisch-konzeptionell jedem Individuum diese Fähigkeit zuschreibt. Sämtliche Theorien und Ansätze von Rational und Public Choice (ergo: individueller wie kollektiver Entscheidungen und intendierter Handlungswahlen) sind als Eigentumsrechte – und zwar nahezu ohne irgendwelche Einschränkungen – konzipiert, was seine außerordentliche Attraktivität und Flexibilität ausmacht (Ptak 2007: 24). In seinem Namen lassen sich Kämpfe gegen Diskriminierung sozialer Gruppen ebenso führen wie Verteilungskämpfe für ein gerechteres Bildungswesen (beispielhaft der neue Präsident des DIW, Marcel Fratzscher<sup>18</sup>, der sich auch gegen ererbte und nichterworbene Privilegien stemmt) – und natürlich ist auch das Umgekehrte möglich. Man muss sich deshalb vorsehen, von dem Neoliberalismus nicht als einem singulären Akteur, einem intendierten Netzwerk spezifischer Personen oder Gespenst, das umgeht, zu sprechen und die Effekte entsprechend zu moralisieren. Es scheint in der Konsequenz leichter zu sein, anzunehmen, dass es irgendwo Personen und Komplote gibt, die alles langfristig steuern und beeinflussen, als dass niemand irgendetwas lenkt und alles Ergebnis des (auch eigenen) kommunikativen Handelns ist. Somit zeigt sich diese Dynamik umgekehrt als Ergebnis diskursiv eingebetteter Prozesse. Darauf rekurriert auch die Argumentation Armin Nassehis, der deutlich macht, dass es keineswegs sichtbare, soziale Gruppen und Individuen seien, sondern unsichtbare, statistische Gruppen und Effekte sind, die den Diskurs determinieren (Nassehi 2015). Der Neoliberalismus ist vielmehr ein universalistisch-abstraktes Dispositiv im Diskurs, das zudem ursprünglich europäisch, weil geschichtsphilosophisch an Kant orientiert, ist. Joseph Stiglitz schließt daher einen Presseartikel vom 17.8.2016 mit den Worten, das Problem sei nicht die Globalisierung, sondern die Weise, wie der Prozess gesteuert würde. Daher sei eine pauschale Kritik am Neoliberalismus wenig hilfreich. Vielmehr gehe es darum, die Prozesse selbst besser zu verstehen, wobei Letzteres für alle Ökonomen gelte (Stiglitz 2016).

Der Neoliberalismus setzt zwar individuelle Präferenzen (Ego und Alter) absolut, er bleibt aber dabei nicht stehen, sondern unterstellt einen permanenten Ausgleich über den Markt, der selbst nicht als Entität, sondern prozessual und als kurz- oder langfristig wirkender Mechanismus konzipiert ist. Seine Signale sind (wie in der klassischen ökonomischen Theorie auch) die Preise, ergo vom Konkreten – oder um einen Marx'schen Terminus zu benutzen – vom Gebrauchswert abstrahierende Indikatoren. Dass ihm dabei die Mesebene, die Produktion und Konsumtion in Organisationen und Gruppen mit ihren Eigengesetzlichkeiten – abhandenkommt, teilt er mit vielen Diskursteilnehmern. So kann er auftretende Verwerfungen wiederum nur als Markt-, Staats-, Politik- oder Demokratieversagen oder der Parteien und Akteure (usw.) bezeichnen, ergo als Beleg der Fehlallokationen der jeweils anderen. Damit wird aber auch die wortgleiche Kritik der Linken an ihren Gegnern umgehend dialektisch selbst erst neoliberal motiviert, die ein Demokratiedefizit ausrufen und staatlichen Absentismus in der Steuerung und Allokation oder zunehmende Ungleichheit (usw.) beklagen. Deutlich wird das zum einen an der relativ statischen und normativen Perspektive der politischen Linken, die mit der fortwährenden Annahme argumentiert, wenn nur die Richtigen an der Macht wären und die richtigen, ergo basis- und direktdemokratischen, nachfrageorientierten Entscheidungen getroffen und die Dominanz internationaler Konzerne gebrochen würden, wären alle sozioökonomischen Probleme gelöst, wenn man nur wollte. Dass die sozioökonomische Umwelt

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu exemplarisch Fratzscher (2016): Die Elite verschließt die Augen. In: DIE ZEIT vom 23. Dezember 2016: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-12/soziale-ungleichheit-elite-bildung-arbeitsmarkt-fratzschers-verteilungsfragen>. Stand: 30/08/2017.

auf solche Maßnahmen nur reagiert und ein funktionales Eigenleben hat, ist solchen Perspektiven fremd und stützt eher den Neoliberalismus, denn die ideologisch motivierten Perspektiven vernachlässigen die hohe Dynamik gesellschaftlicher Prozesse. Ob man das im Resultat als Kapitalismus oder Sozialismus in all ihren jeweiligen Varianten bezeichnen will, ist im Grunde relativ bedeutungslos, da Gesellschaft selbst die jeweiligen Aggregatformen findet, um mit Kontingenz umzugehen, sie zu integrieren und zu adaptieren oder ganz zu verwerfen.

Aus all diesen schlichten Annahmen resultieren politische Arrangements, die auf problematischen Schlussfolgerungen und Zuschreibungen basieren. Dazu gehört der unterstellte Antagonismus von Markt und Staat und die Annahme, dass staatliche Steuerung *gut* und der freie Markt *schlecht* sei, da dieser nach rein betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkülen operiere und soziale Belange völlig ignoriere. Die jeweiligen Gegner lesen dieses Postulat dann freilich mit umgekehrten Vorzeichen. Faktisch bedeutet das aber eine unrealistische Trennung von Markt und Staat, die bei aller Eigengesetzlichkeit auf den jeweils anderen angewiesen sind.

### 2.3 Soziale Differenzierung von Markt und Staat einer politischen Mitte

Der Markt ist stets sozial integriert sowie umkämpft und ruft nach Schutz. Das ließe sich auch so formulieren, dass man die Geister, die man mit der Betonung der Marktwirtschaft rief, nun nicht mehr loswird.<sup>19</sup> Ebenso ist es ausgeschlossen, die individuellen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Freiheiten, deren Durchsetzung historisch erst die Voraussetzung für die spätere Etablierung des Neoliberalismus bildete, zurückzunehmen. Markt und Staat sind insbesondere verfassungsrechtlich und historisch betrachtet mehr als Antagonisten, sondern sie bedingen und beeinflussen sich gegenseitig: Erst der freie Markt und Wettbewerb der Individuen und Ideen haben den Rahmen und die Bühne gebildet, auf der sich subversive Gedanken und die Linke selbst von staatlicher Repression emanzipieren konnten (Habermas 2008: 137).

So setzte sich im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts die allgemeine Auffassung durch, dass der Staat fortan als juristische Person verstanden werden müsse, der bis dahin noch vom Monarchen als natürliche Person und persönlichem Gegner dargestellt wurde. Somit ging es um eine anonyme Verrechtlichung des Staates und die Anerkennung der Herrschaftsbeziehungen zwischen Staat und Individuum unter teilweiser Preisgabe individueller Souveränität zugunsten des Rechtsstaates (Forsthooff 1971: 13 f.). Das Recht bildet so den reflexiven Kern eines modernen Gemeinschaftswesens: Staatlich sanktioniertes Recht und rechtsförmig ausgeübte politische Macht stabilisieren und fordern sich gegenseitig heraus (Habermas 1992: 99). Allerdings war das Wahlrecht noch weitaus länger an den Bedürfnissen des autoritären Staates ausgerichtet, während dies für das moderne Wahlrecht nicht mehr gilt und sich umgekehrt hat. Es besteht um seiner selbst willen als Ausdruck individueller Autonomie. Es spitzt aber auch den Widerspruch zwischen individuellen Freiheiten und kollektiv bindenden Entscheidungen zu und erzeugt spannungsreiche Konflikte, in denen sich politische Akteure – Parteien und Politiker – jetzt bewähren müssen.

Das Resultat ist eine demokratische, sich selbst verwaltende Gesellschaft, die in der bürokratisch organisierten Staatsmacht in Verknüpfung mit der kapitalistischen Wirtschaft aufzugehen scheint. Der Staat bildet nunmehr ein Teilsystem neben anderen funktional differenzierten Teilsystemen. Diese stehen zwar durchaus zueinander in funktionaler Beziehung wie zuvor die Personen zur Gesellschaft (Habermas 1992: 15 f.). Mit der Organisationssoziologie gesprochen herrscht insbesondere im politischen und ökonomischen Feld organisierte, lose gekoppelte Anarchie. Jedes

---

<sup>19</sup> Siehe dazu Hauke Brunkhorst, der das Beispiel Chinas nennt, wo Sozialismus und Kapitalismus kombiniert wurden, um dessen ungeheuren Produktivkräfte zu entfesseln, was aber nur um den Preis der Krisenanfälligkeit und einer katastrophischen Tendenz zu haben ist (Brunkhorst 2012: 276 f.).

Teilsystem funktioniert autonom vom anderen, aber alle Systeme zusammen funktionieren dennoch – trotz vielfältiger Defizite – mehr oder minder ausreichend. Juristische Probleme lassen sich nicht länger politisch lösen und umgekehrt (Arendt 1964).<sup>20</sup> Individuelle Angelegenheiten lassen sich zudem selten kollektiv lösen und umgekehrt. Somit bildet der freie Markt erst den liberalen Rahmen und die Konfliktzone staatlich organisierter Demokratie, den die Linke in dem von ihr beanspruchten Pluralismus und diffus bleibenden Freiheitsbegriff nur inadäquat zu fassen bekommt, zumal der Staat in einigen Güter-Bereichen selbst als monopolistischer Quasi-Markt fungiert. In der Konsequenz reduziert staatliche Regulierung und Verknappung keineswegs Ungleichheiten, sondern verschärft sie häufig noch. Umgekehrt erzeugt die Freigabe der Ressourcen und Güter in das Wirtschaftssystem die Konflikte, die dann wiederum kritisiert werden.

Offen ist daher auch, ob nicht die Linke und ihre Anhänger selbst zu den – jetzt immer mehr bedrohten – Profiteuren sozialer Stratifikation gehören, wie etwa Heinz Bude bemerkt, statt zu dem abgehängten Prekariat und der Klasse der Verlierer (Bude 2016). Bude spricht hier von einem Prozess der fortwährenden Überlagerung und Verflechtung anstelle der sukzessiven Verdrängung sozialer Milieus, der sich vornehmlich innerhalb der weißen, männlichen Mehrheitsmittelschichten zeigt, die – berechtigt oder nicht (Peichl und Ungerer 2017) – nun um ihren soziokulturellen und ökonomischen Status ringen (Vogel 2009; Neugebauer 2007; Bude 2016). Demgegenüber steht ein diffuses und häufig durch (Flucht und) Migration entstandenes *Serviceproletariat* (Bude 2016), das keinen einheitlichen Block mehr bildet, wie etwa das vormalige männliche weiße Industrieproletariat der hochqualifizierten, einkommensstarken und organisierten sowie patriarchalisch orientierten Facharbeiter. Letzteres hat im Übrigen selbst eine Reihe von sehr unterschiedlichen individualisierten Grenzgängern des Arbeitsmarkts (Vogel 2006) miterzeugt, die ihre neu gewonnene (wie nicht minder prekäre und selbst erzeugte) Freiheit häufig verteidigen, aber zugleich die ihr inhärente Unsicherheit beklagen. Die Konjunktur des Protestwortes der *Gentrifizierung* betrifft so – laut Bude – eher die weißen und vormals etablierten, nun aber (gefühlte oder real)<sup>21</sup> erodierenden Mittelschichten als die proletarische Stammbevölkerung jener Bezirke, denen steigende Miet- und Immobilienpreise und der Zuzug der *creative class* (Florida) reichlich gleichgültig sei, da sie (1.) dem ohnehin kaum ausweichen respektive umziehen können; und (2.) spielen buchhalterische Wertverluste oder Steigerungen in dieser Gruppe keine Rolle, da sie ohnehin kaum über entsprechende Immobilien und Kapitaleinkommen verfügt. Eine Homogenisierung respektive Instrumentalisierung oder gar ein Vergleich solch heterogener Milieus und ihrer widersprüchlichen Interessenkonflikte und politischen Ausdrucksformen als Klassenkonflikt ist daher wenig hilfreich, auch wenn hier regelmäßig versucht wird das vordergründig Trennende als eigentümlich Verbindendes umzuinterpretieren. Allein daraus entstehen massive Konflikte politischer Deliberation. So schrieb Ralf Dahrendorf bereits 1979, es gebe anstelle des Klassenkampfes nur noch *Wohlstandsbürger* (Dahrendorf 1979: 159 f.). Berthold Vogel habilitierte 30 Jahre später den Begriff der *Wohlstandskonflikte*; mithin von Konflikten, „*die aus der Mitte kommen*“ (Vogel 2009: 45). Die metaphorische Nutzung eines räumlichen Begriffs für eine in sich differenzierte soziale Schicht ist zwar nicht unproblematisch, zielt aber in erster Linie auf das politische Verhalten dieser Zwischenschicht ab. Karl-Rudolf Korte betont deshalb zu Recht, dass soziale oder moralische Milieus nicht zwangsläufig den ökonomisch definierten sozialen Schichten entsprechen müssen (Korte 2013: 106). Das stellt auch die Wahlforschung und Politik selbst vor Herausforderungen, da ihnen dadurch sowohl ein eindeutiger Adressat als auch eine eindeutige Ursache für angenommene Verwerfungen genommen wird. Auch hieraus lässt sich erklären, weshalb im Diskurs der Linken widerstrebende Akteure

---

<sup>20</sup> Hannah Arendt wies hier auf das enorme Problem hin, angemessene Maßstäbe zu finden, die Gräueltaten und Täter der NS-Diktatur hinreichend zu be- und verurteilen, die über die schlichte Empörung und Fassungslosigkeit hinausgehen.

<sup>21</sup> Hier wird die Diskussion kompliziert, wenn gefühlte Wahrheiten zu realen Wahrheiten uminterpretiert werden.

immer abstrakter aufgefasst werden und im unbestimmt bleibenden Neoliberalismus jedwede Gegnerschaft vermutet wird.

## 2.4 Kapitalismus als historisch kontingente Wirtschaftsform

Als weiterer Befund lässt sich festhalten, dass sich der Kapitalismus bisher als recht wandelbar mit hoher Integrations- und Sogwirkung gezeigt hat, so dass eine rein kausale Ableitung als Wurzel allen Übels problematisch wird. Der US-amerikanische Investor George Soros vertrat 1997 die These, dass vor 1989 der größte Feind der offenen Gesellschaft der Kommunismus gewesen sei, heute sei es der Kapitalismus. Dahrendorf antwortete ihm darauf mit den Worten: „*Was für ein erstaunlicher Irrtum!*“ (Dahrendorf 1998: 53) Es gebe in einer offenen Gesellschaft unglaublich viele Arten von Kapitalismen, bspw. in Form des asiatischen, angelsächsischen oder rheinischen Kapitalismus, die jedoch allesamt keine Deckung mit den unterschiedlichen Formen der jeweiligen Nationalstaaten und Regionen aufweisen (Dahrendorf 1998: 53). Insofern ist schon eine Charakterisierung eines (alternativen) nordischen Modells (Brödner et al. 2009) zumindest erklärungsbedürftig.

Der Terminus des Kapitalismus selbst ist aus sozioökonomischer Sicht bereits völlig interpretationsoffen. Etymologisch leitet sich das Wort *Kapitalismus* vom mittelalterlichen *capitalis* ab, was einst die Grundsumme und das Vermögen bezeichnete (Hillmann 2007: 412). Jenes Wort geht zudem zurück auf den lateinischen Begriff *caput* für *Kopf* oder *Haupt*. Andere Quellen sprechen ab dem 16. Jahrhundert vom italienischen Lehnwort des *capitale*, welches einst die Zahl der Köpfe an Viehbestand und dadurch den vermeintlichen Wohlstand seines Eigentümers deklarierte. Im Englischen bezeichnet der Terminus *per capita* daher bis heute die Formel ‚*pro Kopf*‘. Im Deutschen wandelte sich das Wort zum Präfix des *Haupt*-, welches sich später in der Buchhaltung als sog. Hauptsumme der Wirtschaftsrechnungen (*summa capitalis*) darstellte. Ganz allgemein spricht man daher von drei Phasen des Kapitalismus. Diese gliedern sich grob in den Frühkapitalismus des Mittelalters vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, über den englischen Hochkapitalismus des 19. Jahrhunderts bis zur Phase des Spätkapitalismus nach dem Ersten Weltkrieg. Damit einher gehen die Industrialisierung und der industriegesellschaftlich geprägte Kapitalismus der Gegenwart, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg als *Soziale Marktwirtschaft* bezeichnet wurde, obgleich bereits Max Weber den Begriff *Marktwirtschaft* benutzte. Die Autoren des frühen 19. Jahrhunderts benutzten das Substantiv *Kapitalismus* kaum, sondern verwendeten eher das Adjektiv *kapitalistisch*. Marx oder Ricardo sprachen meist nur vom *Kapital*. Erst ab der Jahrhundertwende kam vor allem durch Werner Sombart und Max Weber der Begriff des Kapitalismus in Mode. Von da an bezeichnete der Kapitalismus vor allem ein Wirtschaftssystem, das sich im Zuge der industriellen Revolution (vor allem in Europa) ab dem 18./19. Jahrhundert entwickelt hatte und auf einem rational kalkulierten Gewinnstreben der Eigentümer an den Produktionsmitteln basierte.<sup>22</sup>

Allmählich zeigte sich jedoch immer deutlicher, dass der national heftig umkämpfte Sozialstaat und die ebenfalls umkämpfte Demokratie sowohl als Bedingung wie auch als Resultat des Kapitalismus, nicht aber als dessen Gegner gelten können (Brunkhorst 2014). Damit steht zugleich die klassisch linke Perspektive als Oppositionsbewegung unter enormen Legitimitätsdruck. Friedrich Naumann, John Maynard Keynes, Joseph Schumpeter und John Rawls ebenso wie viele andere vertraten daher die These, der Kapitalismus mutiere aus sich selbst heraus in eine Art regulierten („guten“) Sozialismus, wie er sich früh in Zügen im skandinavischen und sozialdemokratisch, etatistisch geprägten Wohlfahrtsstaat zeigte. Hauke Brunkhorst spricht daher lieber vom *Kapitalismus*

---

<sup>22</sup> So bezeichnete Lenin die Spätphase des Kapitalismus als Imperialismus, der zum Staatskapitalismus führe, also durch eine zunehmende ökonomische Ausweitung der Staatsintervention und des öffentlichen Sektors gekennzeichnet sei. All diese eher begrifflichen Varianten haben aber eher literarische Bedeutung als wissenschaftlich sozioökonomische (Heise 2012; Dahrendorf 1998).

*sozialistischer Prägung*, der sich dennoch im laufenden Konflikt mit sich selbst befindet, weshalb sich der reale in einen nunmehr symbolischen Vorteil zurückverwandele (Brunkhorst 2017b).<sup>23</sup> Zu dieser komplexen Überlagerung von kapitalistischem Wirtschaftssystem und dem Sozial- respektive Wohlfahrtsstaat tritt seit Beginn der 70er-Jahre die Kontroverse immer deutlicher zutage, in der darum gerungen wird, ob der industrielle Kapitalismus an sein Ende gekommen sei (zumindest in den klassischen europäischen und angloamerikanischen Ursprungsländern) und sich im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft nicht gänzlich neue Finanzierungsfragen im Hinblick auf Sozialstaatlichkeit und Teilhabemodi stellen (beispielhaft: Boltanski und Chiapello 2006). Allerdings stehen derartige Zeitdiagnosen, die ein unaufhaltsames Ende der Industriegesellschaft und deren Erneuerung durch eine Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft oder sogar ihre Auflösung prognostizieren (Stehr 2001), unter Erklärungsdruck, da lineare Trendprognosen der komplexen und widersprüchlichen Realität der gesellschaftlichen Arbeitsteilung oft nicht gerecht werden (Vester 2011). Denn Befunde nach sozialer Differenzierung, die für eine Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung politischer Parteien und Erosion sozialer Milieus sorgen, finden sich bereits in der Weimarer Republik (Hoeres 2014: 14, 84 ff.).<sup>24</sup> Demokratie und Parteiensystem wurden dort bereits als Symptome des Amerikanismus, der Amerikanisierung und des Dollar-Imperialismus gewertet und mal abschätzig als undeutsche Entfremdung, mal durchaus als positive Modernisierung und Alternative zur deutschen Gesellschaft bezeichnet (Hoeres 2014: 85). Ob es also jemals stabile Verhältnisse gab, ist gar keine neue Frage und wohl eher mit Nein zu beantworten. Jedenfalls häufen sich die Hinweise, dass sich sowohl die Wirtschaft als auch die moderne Staatlichkeit und Politik in einem permanenten Wandlungsprozess befinden, der sich mal eruptiv, meistens aber sukzessive vollzogen hat. Wer dabei immer treibende Kraft war und nach wie vor ist, lässt sich zumindest ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr eindeutig beantworten. Vielmehr ist von wechselseitigen Beeinflussungen mit innovativen Konsequenzen oder Rebound-Effekten auszugehen. Deshalb müsste die Frage dann lauten, welche Faktoren zu einer Stabilisierung bzw. Destabilisierung geführt haben.

Eine mögliche Erklärung ist neben anderen Faktoren die expansive Differenzierung der Arbeits-, Lebens- und Produktionsverhältnisse, die sich gegenwärtig tatsächlich von vorangegangenen Phasen der Differenzierung unterscheidet. Allein die Ausrichtung staatlicher Interventionen änderte sich spätestens seit den 1970/80er-Jahren. Schaut man sich außerdem die Veränderung in den Erwerbsformen, der geschlechtsspezifischen Arbeits- und Rollenteilung und der Wohlfahrtsproduktion an, so mehren sich die Hinweise auf die Entstehung neuer sozialer Fragen, auf die alte

---

<sup>23</sup> Berthold Vogel (2011) betont hier, dass es sich bei dem Wohlfahrtsstaat im weiteren Sinne um ein generalisiertes politisches Ordnungsmodell des Sozialen handelt und nicht um den Sozialstaat im engeren Sinne, der auf die soziale Sicherung der Risiken des Erwerbslebens, Alters und der Gesundheit zielt. Zwar hat sich in Deutschland der Begriff des Sozialstaates nach Art 20 (1) und 28 (1) GG durchaus etabliert. Der Begriff der Sozialpolitik sei jedoch nur auf spezifische Eingriffe des Staates beschränkt, die der Sozialstaat erst gesetzlich ermöglicht und regelt. Der Begriff des *Wohlfahrtsstaates* dagegen umfasse vielmehr das spannungsreiche Verhältnis von Staat und Gesellschaft mit der erst notwendigen Frage nach der *Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft*, die Ernst Forsthoff Anfang der 1970er-Jahre formulierte. Zugleich entzieht sich der *Welfare State* damit einer präzisen Definition (Barr 1993: 6): „*Welfare derives from many sources in addition to state activity: individual welfare derives not only, nor necessarily primarily, from state institutions, but from at least four sources.*“ (ebd.) Er beschreibt hier die vier Faktoren *labour market*, *private provision*, *voluntary welfare* und *the state*.

<sup>24</sup> Die Teilkulturen der Weimarer Republik (1919 – 1933) zeichneten sich aus durch höfisch-aristokratische, bürgerlich-liberale, katholisch-kleinbürgerliche, bäuerliche und sozialdemokratisch-proletarische Milieus, die wiederum innerhalb ihrer Milieus zersplittert waren in Varianten des Liberalismus, des Kommunismus, der Handwerker, altem und neuem Mittelstand, der Angestellten und Arbeiter, kleinen Beamten und dem Bürgertum, das sich zwischen nationalistischen, protestantischen, katholischen, neureligiös Völkischen, rechtsliberalen Industriellen bis zu linksliberalen Bildungsbürgern ausdifferenzierte. Selbst die katholische Zentrumspartei umfasste sozialkatholische Gewerkschafter und autoritäre Konservative. Dazu traten Formen des religiösen Sozialismus (Hoeres 2014: 14).

und neue Parteien offensichtlich keine ausreichenden Antworten mehr finden (Castel 2008). Alles ändert sich, bleibt aber auch in veränderter Form erhalten: Dieses Paradox lässt nicht nur (linke) Parteien, Akteure, Bürger und (Zivil-)Gesellschaft ratlos zurück, die sich dadurch einer neuen Form gesellschaftlicher Prekarität gegenübersehen, die längst als überwunden galt.

## 2.5 Soziale Kämpfe um Rechtsnormen

Aus revolutionären Ideen werden so vergleichsweise schnell Rechtsnormen, die ihre ursprünglichen Anhänger oft genug als Verrat zugunsten der Herrschenden und des Kapitals (um-)interpretieren. Darauf wies nicht zuletzt Max Weber inmitten der Revolutionen und Kämpfe von 1918 hin. Revolutionen gelten deshalb gemeinhin als Rechtsrevolutionen, die ihrerseits als Schrittmacher einer evolutionären Entwicklung gelten. Und es gehört zu den zentralen Aufgaben der Parlamentarier aller Fraktionen in einer repräsentativen Demokratie, Rechtsnormen für neue soziale Probleme zu verabschieden bzw. bestehende zu modifizieren und veränderten sozialen Realitäten anzupassen. Die politische Öffentlichkeit, von alteingesessenen Verbänden über neue zivilgesellschaftliche Bewegungen bis hin zur (sog.) ‚Macht der Straße‘ (Stichwort: ‚Demonstrationsrecht‘), können zwar auf soziale Probleme hinweisen, Gesetzesinitiativen einbringen und im Nachhinein die Rechtmäßigkeit erlassener Gesetze überprüfen lassen; allein: Gesetze zu verabschieden ist ihre Sache nicht. Sie können einzig und allein die Mehrheitsentscheidungen den Parlamentariern – und damit indirekt den gewählten Parteien – überlassen. Nachweislich ist die deliberative Demokratie heutzutage (wobei bereits Max Weber und der Verein für Sozialpolitik erste Enqueten für den Reichstag formulierten) doppelt deliberativ, weil neben der Beratung und Entscheidung der Parlamentarier im Gesetzgebungsverfahren vorab eine Expertenberatung stattfindet, an der neben (Fach-)Wissenschaftlern und Juristen häufig auch Repräsentanten von Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen und sonstigen Verbänden teilnehmen. Da die Parteien ein Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung dieser Beratungskommissionen haben, benennen sie nachweislich Akteure, die ihren Positionen nahestehen. Auf diese Weise kontrollieren sie die wertgemäße Übereinstimmung zwischen ihren Überzeugungen und von Externen eingebrachte Ratschläge. Eine Überwindung des eigenen ideologischen Kosmos und eine Erweiterung von Perspektiven sind deshalb nahezu ausgeschlossen, und das gilt für alle Parlamentarier (Fraenkel-Haeberle et al. 2015). Damit werden aber das Recht und seine Normen selbst erst zur Trennlinie, ob man ihnen individuell zustimmt, ob es die persönlichen und sozialen Verhältnisse stabilisiert, oder ob man dagegen opponiert, weil es die persönlichen bzw. sozialen Verhältnisse einschränkt und destabilisiert. Nur wer aber ein entsprechend elaboriertes Recht im Rücken hat, kann sich damit legal als zu Unrecht exkludiert artikulieren. Daraus folgt aber auch, dass derart positives Recht (in Form von Gesetzestexten und Gewohnheitsrecht) per se zwischen Legitimität, Faktizität und Geltung (Habermas 1992) als gerecht empfunden wird respektive werden muss. Andernfalls ist die Opposition dagegen buchstäblich macht- und sinnlos und stürzt sich stattdessen in immer neue (buchstäblich: sinnlose) Revolutionen, Wortgefechte und Aufstände.

Das klassisch linke und kirchlich-soziale Diktum der Flüchtlingshilfe, dass *kein Mensch illegal ist*, ist daher sowohl de jure als auch de facto falsch, da es nicht das Individuum, sondern sein Rechts- und Aufenthaltsstatus und seine individuellen Handlungen des Grenzübertritts (u. Ä.) sind, die als illegal gelten und sanktioniert werden. Dennoch erwecken diese Aktivisten den Eindruck, es handele sich um absolute und universelle Freiheitsrechte, sich jederzeit jenseits nationaler Grenzen bewegen und niederlassen zu können. Die Linke selbst tut sich allerdings schwer, hier entsprechende konsensuale Lösungen zu finden, da (auch) linke Migrationspolitik stets Teil der Ausgrenzung ist, die sie beheben will (Bröning und Mohr 2017). Gleichzeitig opponiert die Linke fortwährend gegen die Niederlassungsfreiheiten in der EU, die sie als neoliberal (ergo: als zu unternehmensfreundlich) abwertet. Eine neutrale Perspektive, die sowohl die negative als auch die positive Diskriminierung im Umgang mit Einwanderermilieus selbst der zweiten und dritten Generation überwinden würde, findet aber auch selbst die Linke nicht (Castel 2009b). Hinsichtlich des unmittelbaren Umgangs mit Flucht und Migration herrscht zusätzlich erheblicher Dissens auf allen Seiten,

da es hier an einem gemeinsamen Problemverständnis und adäquater Lösung mangelt. So ist unklar, ob das Problem darin besteht, dass a) Menschen fremder Kulturkreise kommen oder b) nicht mehr gehen können, weil ihre Staaten nicht mehr existieren, wie c) mit ihnen zu verfahren ist und wer dann d) entsprechend in welcher Weise, nicht zuletzt fiskalisch und organisationell, zuständig ist. Allein das Asyl- und Aufenthaltsrecht ist in seiner Wirkung (neben dem Haushaltsrecht und vielen anderen Normen) hochkomplex, wirkt hoch selektiv und segregierend. Robert Castel (Castel 2009a) schrieb hier zur Frage des Neuen Prekariats im 21. Jahrhundert, nicht Rechtslücken im Sinne nicht vorhandener Normen erzeugen die Unsicherheiten der modernen Welt, sondern erst die hohe bürokratische Regulierung (nicht: Deregulierung) und Verschränkung der Normen stoße die Individuen in die Lücken der widersprüchlichen Normen und ihrer Interpretationen. Damit wird aber erst das Recht fortwährend zum funktionalen System selbstreferentieller sozialer Schließung und Differenzierung wie zum Produzenten sozialer Ungleichheit (Maiwald 2010).<sup>25</sup> Nicht Klasse und Stand, sondern die Rechtspositionen determinieren hier situativ die soziale Lage und Position. Erst in Kombination mit dem jeweils davon unabhängigen Wirtschaftssystem entstehen so die bekannten und benannten kapitalorientierten Konflikte, die inflationär als Klassenkonflikte benannt werden: arm gegen reich, rechts gegen links, alt gegen jung definiert per sozialer Lage, Besitz, Qualifikation, Status (etc.), die sich dennoch fortwährend überlagern, statt nur getrennt nebeneinander her zu existieren. Es gibt also keinen ‚Großen Graben‘ und ein ‚Ende der Konsensgesellschaft‘, wie Gerhard Matzig (Matzig 2005) wortreich beschwört, sondern viele divergierende und konvergente Konsense, die gemeinsam um Bedeutung ringen.

## 2.6 Wandel durch Diskurs?

Marxistische Kritik an den Verhältnissen hat entsprechend schon lange ihre Deutungshoheit verloren, und zwar selbst bei denjenigen, die sich referenzierend auf sie beziehen. Hauke Brunkhorst hält dazu fest: „Obwohl Marx den inneren Zusammenhang von funktionaler Differenzierung und funktionsabhängiger Klassenbildung richtig erkannt hat, reduziert er ihn, statt ihn zu generalisieren, auf das ökonomische Subsystem.“ Allein die Bedeutung des Rechts entgeht Marx nahezu völlig (Brunkhorst 2012: 273). Der Jurist Forsthoff kritisierte im Hinblick auf das Recht, dass die Marx'sche Fokussierung auf Eigentumstitel an Produktionsmitteln schon lange der Geschichte angehöre. So sind bei Kapitalgesellschaften die Eigentumstitel so gestreut, dass es bei Investitionsentscheidungen und dergleichen zu konfliktreichen Auseinandersetzungen kommt, weil die Shareholder ganz unterschiedliche Interessen geltend machen, zumal sie stets mit dem Abzug ihres Kapitals drohen können. Viel entscheidender seien – so Forsthoff weiter – die technischen Entwicklungen und ihre ökonomisch-rationale Kapitalisierung, die ja gerade zur Veränderung der Eigentumsordnung bzw. des Streubesitzes an Produktionsmitteln geführt habe. Technik löst allerdings nur technische Probleme, aber keine politischen oder sozialen. Zugleich weist die technische Entwicklung eine Dynamik auf, nach der es ihr selten gelingt, die durch sie verursachten Probleme zu lösen: Vielmehr ergänzt sie eine Technik durch eine neue, sodass die Probleme eher kumulieren, anstatt minimiert zu werden (Beck 2016).<sup>26</sup> So lässt sie ganze Entwicklungsstadien hinter sich und ihre soziale Umwelt quasi ratlos zurück. Dazu tritt allerdings der Aspekt politischer Macht, den technische Möglichkeiten seit jeher, so Forsthoff dort – von der Erfindung des Schießpulvers bis zur Atombombe – affizieren. Allein die Bedeutung moderner Kommunikationstechnik, die alle Lebensbereiche des Menschen

---

<sup>25</sup> Die Zeitschrift für Rechtssoziologie hatte der Frage der ‚Individualisierung und Integration durch Recht‘ im Sommer 2010 eine eigene Ausgabe gewidmet. In den Beiträgen dort stellt sich die Frage, inwieweit eine Abkehr vom universalistischen Rechtsprinzip zugunsten einer zunehmenden Partikularisierung zu beobachten ist, so Maiwald dort - eine Frage, die allerdings gar nicht so neu ist.

<sup>26</sup> Darauf rekurrierte Becks Titel der ‚Risikogesellschaft‘ (1986), die als Begriff Eingang in die deutsche Sprache gefunden hat.

durchdringt, lässt sich mit dem marxistischen Theorem der grundlegenden Bedeutung des Eigentums an Produktionsmitteln nicht länger erklären. Dazu kommen Aspekte der Standort-/Regional- und Strukturpolitik, die sich ebenso hierdurch nicht (mehr) erklären lassen – jedenfalls, wenn sie allein auf Dienstleistungen, Start-ups, Kunst, Kultur, Gesundheit etc. abzielen, die sich im Rahmen der Deindustrialisierung (bzw. der Diversifikationen, Ver- und Auslagerungen ganzer Produktionsbereiche) von der klassischen Industrie letztlich in vielen Punkten erheblich unterscheiden (Volkmann und Lammers 2014).<sup>27</sup>

So wenig wie die Linke in der Lage ist, Komplexitäts- und Optionssteigerungen in nationalstaatlich verfassten Gesellschaften zu erklären und zu verstehen, so wenig gelingt es ihr im Hinblick auf eine pluralisierte Weltgesellschaft: Sie begegnet ihr deshalb mit ausschließlich negativer Kritik und Ablehnung (Habermas 2013: 59 ff.). Recktenwald schrieb hier 1975 im *Wörterbuch der Wirtschaft*, dass

*„die immense Produktivität der Marktwirtschaft die Voraussetzungen geschaffen [hat], ein System der Sozialen Sicherheit aufzubauen und öffentliche Güter in einem Maße anzubieten, wie es niemand im 19. Jahrhundert voraussehen konnte. Die Thesen und Vorhersagen des Marxismus sind von der Wirklichkeit geradezu auf den Kopf gestellt worden.“* (Recktenwald 1975: 238)

Die alleinige Reduktion auf Arbeit als Konstituens sozialer Evolutionsprozesse greift zu kurz (Arendt 2016: 23 ff.), da auch (bspw.) Primaten dasselbe soziale und interaktive Verhalten zeigen wie der Mensch, ohne aber einen wie auch immer gearteten Fortschritt zu erreichen. Was den Primaten allerdings fehlt, so Brunkhorst hier mit Tomasello, ist das kommunikative Handeln und die intellektuelle Fähigkeit zum Dissens jenseits der selbst eingesetzten Normen und Werte. Mit Ausnahme des Menschen wundert sich kein Lebewesen über seine Existenz. Erst der Mensch beginnt mit entsprechender Auseinandersetzung, Infragestellung und Variation seiner Positionen im Diskurs (Brunkhorst 2012: 274).

Gesellschaftliche Entwicklung muss zumindest aus zwei verschiedenen, evolutionären Prozessen heraus erklärt werden. So existieren zum einen adaptive, inkrementelle oder graduelle Formen des Wandels durch soziale Selektion, der durch das systemimmanente Wachstum der Produktivkräfte und der steigenden Systemkomplexität erklärt werden kann. Zum anderen gibt es ferner Formen eines relativ plötzlichen, katalytischen oder revolutionären Wandels, die sich eben nicht durch ihre Anpassungsfähigkeit aufgrund sozialer oder natürlicher Selektionen auszeichnen, sondern durch spontane Ordnung, etwa durch individuelle Präferenzen und ein wettbewerbliches Marktgeschehen (Ptak 2007: 47). Deshalb geht es in sozialen Revolutionen keinesfalls nur um soziale Verdrängungsprozesse, sondern vielmehr auch um das bessere Argument im Diskurs. Revolutionärer Wandel entsteht eben nicht durch das Wachstum der Produktivkräfte, sondern durch die Eigenlogik diskursiv eingebetteter sozialer Kämpfe (Brunkhorst 2012: 275). Dadurch werden jedoch als paradoxes Ergebnis einzig die sozial gut integrierten Gruppen stabilisiert. Opfer und Verlierer der Geschichte, Recht und Unrecht spielen eine untergeordnete Rolle, wenn es um die Anpassung an die Verhältnisse geht. Damit widerspricht dieser Prozess dem eigentlichen Anliegen jeder Revolution, in der sich eben jene Verlierer nur für einen kurzen Moment der Geschichte zu Wort melden. Dennoch geht es in den großen Revolutionen keineswegs nur um materielle Klasseninteressen, so

---

<sup>27</sup> Standortpolitik stellt im Ergebnis einen neuen Ansatz der Regionalpolitik im Sinne der Neuen Ökonomischen Geografie dar. Wenn neue Produktionsstätten vor Ort eher selten oder gar nicht mehr errichtet oder gar abgebaut werden, kommt es auch nicht zu einem Zuwachs der Einkommensentstehung. Denn jede Produktionsstätte materieller und immaterieller Werte ist ein Ort der Einkommensentstehung, da dort Kapital, Löhne und Sozialeinkommen erwirtschaftet werden. Als Reaktion kann eine andere Politikkonzeption entworfen werden, die den Zuwachs an Gelegenheiten der Einkommensverwendung, etwa durch Dienstleistungen, schaffen will. Arbeitsplätze werden dann dadurch geschaffen, dass man vielfältige Möglichkeiten der Verwendung der in der Region entstandenen Einkommen und darüber hinaus schafft.

Brunkhorst, sondern ebenfalls um ‚Ideen egalitärer Freiheit‘. Derartige Klassenkämpfe gelten Brunkhorst nach Kluge als normative, individuelle wie kollektive Lernprozesse – mit oft tödlichem Ausgang (Brunkhorst 2012: 276). Agnes Heller schrieb hier unlängst, dass Utopien über gerechte Gesellschaften daher regelmäßig in Dystopien, Gewaltexzessen und Diktaturen enden (Heller 2016). Nicht zuletzt der bürokratische (real existierende) Sozialismus sei daran gescheitert, so Brunkhorst (Brunkhorst 2012: 274, zit. Eder 1983).

## 2.7 Fehler im System?

Ob nun, wie im klassisch linksradikalen Duktus, entweder das System keinen Fehler hat, oder das System selbst der Fehler ist, ist eine scholastische Behauptung, aber kaum handlungsanweisend. Problematisch ist eher die Erzeugung sozialer Ungleichheit durch das Rechtssystem aufgrund politischer Entscheidungen. In Zeiten sozialer und wirtschaftlicher Unsicherheit potenziert sich diese Ausgangslage in gefühlte oder tatsächliche Legitimationskrisen der funktionalen Teilsysteme, wie des Rechts, der Wirtschaft, der Bildung, der Wissenschaft etc., die dann von links als ‚Fehler im Gesamtsystem‘ erklärt und ‚das System‘ damit als ‚Fehler‘ etikettiert wird. Damit entzieht sich aber die Linke selbst relativ bequem der Lösung und verweist stattdessen nur auf eine wie auch immer geartete ‚Überwindung‘ und ‚Systemfrage‘. Dabei ist die Spannung

„zwischen einer Erweiterung privater und staatsbürgerlicher Autonomie einerseits, der Foucault’schen Normalisierung des passiven Genusses paternalistisch verliehener Rechte andererseits [...] im Status von Bürgern sozialstaatlicher Massendemokratien selber angelegt.“  
(Habermas 1992: 105)

Funktional hoch differenzierte Systeme erzeugen so regelmäßig sehr verschiedene Realitäten und Lebenswelten sowie Klassen von Verlierern und Gewinnern, die sich durchaus überschneiden, aber auch widersprechen können. Johannes Popitz sprach hier von *Polykratie* (Forsthoff 1971: 17). Aus dem Klassenkampf werden so rein individuelle Lernprozesse. Ein und dasselbe kommunikative Ereignis ist dementsprechend an unendlich viele, völlig unterschiedliche soziale Diskurse angeschlossen, die alle für sich genommen jeweils völlig heteronome Auswirkungen und Zusammenhänge zeigen. Die Ansicht, nach der laut Habermas „die (deliberative) Demokratie als problemlösender Entdeckungszusammenhang verstanden wird, der vom Erfolg kooperativer Lernprozesse abhängig ist, kommt eine Einsicht zum Zuge, die den geschichtsphilosophischen Horizont, den Marx [...] noch voraussetzt, sprengt“, so Hauke Brunkhorst (Brunkhorst 2016b). So liegt im Kompromiss stets der Verzicht eines Teils eigener Interessen, wobei Habermas darauf verweist, dass letztlich der Rechtsstaat diese Konflikte bestenfalls neutralisieren würde. Neutralisierung von Interessenkonflikten durch das Recht ist aber nur dann möglich, wenn sich die Beteiligten anschließend selbst disziplinieren. Das setzt wiederum ein Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit voraus. Geht das verloren bzw. betreibt man als politischer Akteur eine Argumentation, nach der der Rechtsstaat nichts anderes als Erfüllungsgehilfe des Kapitals sei, betreibt man aktiv seine Delegitimierung und sorgt für nichtlösbare Konfliktszenarien.<sup>28</sup> Oft entsteht aber eher der Eindruck, man lasse die Bürger bspw. bei öffentlichen Bauten zwar partizipieren, um buchstäblich die Form und Farbe der Türklinken zu bestimmen, setze sie aber dennoch hinsichtlich des Bauplans vor vollendete Tatsachen. Die handelnden Akteure haben vielmehr keine Chance, ihre eigenen Ziele in ihrem eigenen kognitiven Lernprozess zu bestimmen, so Brunkhorst. Man fällt gewissermaßen auf den Standpunkt der Hegel’schen Logik zurück, „der zufolge die ganze Weltgeschichte nur als ein blutiger Umweg zu dem Ziel erscheint, an dem die Idee immer schon angekommen ist“, deren Praxis aber uneinholbar erscheint (Brunkhorst 2016b). Denn der von Habermas begründete Zusammenhang von modernem Rechtsstaat und de-

---

<sup>28</sup> Stuttgart 21 ist nur eines von zahllosen Beispielen, bei denen viele Bürger weder das Verfahren noch seine Konsequenzen anerkennen.

liberativer Demokratie setzt auf die Aufhebung des Dualismus von Vernunft und Wirklichkeit, indem die (schein-)rationale Beherrschbarkeit der öffentlichen Debatten und sozialer Konflikte angenommen wird, die aber faktisch nicht eingelöst wird. Habermas versucht daher, an konkurrierenden Theorien demokratischer Legitimation zu zeigen, dass sie die legitimierende Kraft demokratischer Verfahren nicht erklären können. Deshalb unterstellt er den Konkurrenten ein ‚Selbstmissverständnis‘ ihrer eigenen alltäglichen Praxis (Brunkhorst 2016b).

Dagegen resümiert Brunkhorst, dass die deliberative Demokratie ausschließlich dann funktioniert, wenn:

1. die Möglichkeit besteht, „*nicht nur grundlegende kulturelle, sondern auch grundlegende politische, soziale und ökonomische Alternativen zum Status quo demokratisch zu entscheiden, die nicht verfassungsrechtlich, institutionell, polizeilich und/oder durch überwältigende ökonomische Erpressungsmacht blockiert ist.*“ (Brunkhorst 2016b: 17)
2. die dafür benötigte Öffentlichkeit eine gesellschaftliche Basis hat, in der die gleichen Staatsbürgerrechte dieselbe Wirkung entfalten. Mit Armin Schäfer (Schäfer 2015) kann das mittlerweile als empirisch bewiesen gelten. Denn: „*Nicht Armut, sondern wachsende soziale Ungleichheit erzeugt politische Ungleichheit.*“ Die demokratische Rechtsordnung wird so zur folkloristischen Jahrmarktsfassade ohne Inhalt (Brunkhorst 2016b: 18).

Beide Bedingungen sieht Brunkhorst infolge der ‚neoliberalen Wende‘ seit den 1970er-Jahren als nicht erfüllt an, was die deliberative Demokratie eines Nationalstaates massiv untergrabe und zu einem erneuten Strukturwandel der Öffentlichkeit (Habermas 1990) führe. Der vormals so bezeichnete bipolare Klassenkonflikt hat sich relativ schnell zu einer unübersichtlichen, multipolaren, multivariaten Konfliktkonstellation verschoben, die die Weltgemeinschaft dennoch zu einer einzigen – wenn nicht gar: einzigartigen – Schicksalsgemeinschaft verbunden hat, so Brunkhorst hier. Ob das das Ende, die Wende oder eine Renaissance der deliberativen Demokratie bedeutet, müsse an dieser Stelle offenbleiben (Brunkhorst 2016b: 18).

Allerdings findet damit auch ein quasi unsichtbarer Wandel des Konflikts statt, den auch Marx nicht hinreichend erkennen konnte (Brunkhorst 2012: 277). Denn im Übergang von der ökonomischen zur demokratisch-parlamentarischen Legitimationskrise wechselt die Systemreferenz und Rationalität zum politischen (oder: rechtlichen) System und umgekehrt. Das war Marx zwar noch eingängig, dennoch ging er hier einzig von dem ökonomisch erzeugten Primat des Gegensatzes von Arbeit und Kapital aus und setzte alle Konfliktlinien gleich, statt sie zu differenzieren: „*Statt den exemplarisch erkannten Zusammenhang von funktionaler Differenzierung und Klassenkampf, von Funktionsstörung und Legitimationskrise auf die Ökonomie zu reduzieren, hätte er ihn generalisieren müssen [...].*“ (Brunkhorst 2012: 277).

Daraus folgt, dass sich die bisherigen sozialen und politischen Forderungen der Linken mittlerweile umgekehrt haben in ihr Gegenteil individueller und paradoxer (Luxus-)Probleme und deren unübersichtlicher Gemengelage mit hoher Dynamik. So bedeutet beispielsweise mehr Bildung auch mehr soziale Ungleichheit. Sie verschärft Konflikte um Bildungstitel, Einkommen und Konsum, Status, Habitus, Prestige und mündet in dem Wettbewerb von Schulen, Hochschulen, Universitäten und Bildungsträgern (Münch 2016b). Der Arbeitsmarkt ist völlig außerstande, der immer größer werdenden Zahl der (mehr oder minder) qualifizierten und motivierten Absolventen eine Perspektive zu geben, die ihnen auch nur annähernd gerecht würde.<sup>29</sup> Selbst unter der Bedingung freiwilliger Prekarität und *feudalistischer Abhängigkeit* (Ulrich 2016) lässt sich hier keine Perspektive entwickeln, die das Überangebot akademischer Bildung und Beschäftigung jenseits des sogenannten Schweinezyklus lösen würde. Das heißt, selbst wenn man einen Abbau respektive die Prekarisierung

---

<sup>29</sup> Im Wintersemester 2015/16 waren nach Aussage des Statistischen Bundesamtes mit 2,8 Mio. so viele Studierende wie noch nie an den deutschen Hochschulen eingeschrieben. Münch schreibt dazu, dass in immer mehr Ländern der Welt ein großer Anteil einer Alterskohorte ein Studium an einer Hochschule beginnt. Das Resultat ist der ‚*global war for talents*‘ (Münch 2016b: 67).

des öffentlichen Dienstes – ob in Deutschland oder Dänemark (Vogel 2009; Ritzau 2017) – umkehren würde, hätten Personen – kollektiv wie individuell – auch langfristig nur geringe Perspektiven.

Forsthoff hielt 1971 fest, dass Bildungspolitik in einer industriellen Gesellschaft notwendigerweise immer Ausbildungspolitik sein müsse, ohne diese Feststellung bewerten zu wollen (Forsthoff 1971: 58). Deutlich wird daran vor allem, so Forsthoff, in welchem ordnungspolitischen Verhältnis Staat und Technik zueinanderstehen. Staatlichkeit wird dann zu einer Komplementärfunktion der Industriegesellschaft; ganz gleich, wie die politische Ausgestaltung der Machtverhältnisse und Ideologien im Einzelnen ausfällt. Die Industriegesellschaft setze voraus, dass jede Gruppe und jeder Einzelne an die Prosperität des Ganzen gekettet sei und eine Stabilität erzeuge, von der sowohl Staat und Gesellschaft profitierten (Forsthoff 1971: 42 ff.).

Wie Peter Ulrich deutlich macht, beginnen zwar aktuell immer mehr Personen eine wissenschaftliche Karriere, die Zahl der Professorenstellen an der Spitze sei aber seit etwa 20 Jahren dennoch nahezu konstant geblieben. Zudem ist die Zahl der befristeten Stellen an den Universitäten und an Stipendien für Graduierte und Postgraduierte förmlich explodiert; Anschlussoptionen sind aber kaum vorgesehen. Diese Situation führe dazu, dass letztlich nur sehr wenige die (feudalistische) Lebenszeitprofessur (respektive Positionen im akademischen Mittelbau; UL) erhalten – wobei selbst die neuen Professorenstellen kaum noch attraktiv wären. Die meisten enden in der Zone gesellschaftlicher Prekarität zwischen Phasen der Erwerbslosigkeit und prekärer Beschäftigung sowie instabilen Arrangements, die sie selbst zum Teil verursacht haben.

Weder Hayek als Marktapologet noch die Vertreter etatistischer Regulierungs- oder Emanzipationstheorien können daher das Rätsel lösen, wie marktförmiges, verstreutes oder organisiertes Wissen innerhalb und außerhalb gesellschaftlicher Kooperationen den gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen und sich organisieren soll (Ptak 2007: 49 f.). Das heißt, ein Ausweg des Dilemmas der Bildung versus Beschäftigung ist - trotz aller Bemühungen - nicht in Sicht (van Dyk und Reitz 2017; Münch 2016a). Das Resultat ist ein Paradox hoch qualifizierter und motivierter Erwerbsloser und eines diffusen Prekariats, die es beide nach der gängigen Wirtschaftstheorie gar nicht geben dürfte, da Bildung, Ausbildung und Qualifikation weltweit stets als Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ungleichheit betrachtet werden (Münch 2016b). In gewisser Hinsicht verhindert die hohe Qualifikation sogar die schnelle Reintegration in den Arbeitsmarkt und verstärkt die Arbeitslosigkeit. Hier ist hauptsächlich die stetig zunehmende unterwertige Beschäftigung von Akademikern zu nennen, die zum einen unweigerlich dazu führt, dass hochqualifizierte Personen die geringer Qualifizierten verdrängen. Zum Anderen verfestigt sich diese Beschäftigungs- und Qualifikationslücke für die Hochqualifizierten umso mehr, je länger sie dort verweilen (Boll und Leppin 2013). Dagegen erscheint die Kritik von Jutta Allmendinger, dass Bildung mehr sei ‚*als die Magd der Wirtschaft*‘, falsch. Vor allem deshalb, weil sie zum einen die gängigen Klischees nur wiederholt und falsch interpretiert; und zum anderen, weil sie erneut jenseits der Empirie in den Konjunktiven stecken bleibt, was alles besser wäre, wenn vieles anders wäre und vice versa (Allmendinger 2016).

Im Kern der Linken und ihrer gesellschaftlichen Kritik steht zwar permanent die Frage nach der Ungleichheit, die sich aber keineswegs so einfach über Erhöhung und Verteilung von (bedingungslosem Grund-)Einkommen (Neuendorff et al. 2009) und Löhnen (Horn 2017), Bildung und/oder Beschäftigung, Umverteilung oder (sog.) Millionärsteuer (u. Ä.)<sup>30</sup> auflösen lässt, wie zu vermuten wäre. Denn die Französische Revolution von 1789 schuf erst die Möglichkeit für die Entfaltung

---

<sup>30</sup> Die Konzepte einer höheren Besteuerung der ‚*Reichen*‘ sind seit Jahrzehnten zahl- und ergebnislos. Am 11. November 2005 wurde bspw. zwischen CDU, CSU und SPD eine als ‚*Reichensteuer*‘ bezeichnete Erhöhung der Einkommensteuer für hohe Einkommen (45 % ab 250.000 p.a. €) im Koalitionsvertrag (S. 68) vereinbart und mit dem Steueränderungsgesetz 2007 eingeführt. Sie gilt seit dem 1. Januar 2007. Sie ist dagegen gar keine eigene Steuer, die vermutlich sogar verfassungswidrig wäre, sondern lediglich eine Erhöhung des Einkommensteuersatzes für höhere Einkommen. Die Diskussion darüber wird periodisch mit wechselnden Begriffen neu belebt, wie der ‚*Millionärsteuer*‘. Effektive Erträge und

einer Sozialordnung, in der sich Ungleichheit und Freiheit angemessen vereinigten, indem sie Geburt und Beruf als Basis für die Bildung und den Bestand der Privilegien beseitigte. Die gesellschaftliche Ungleichheit findet so ihre Entsprechung in der staatsbürgerlichen Gleichheit, während die grundsätzliche Freiheit den Schutz des Staates genießt, um zu verhindern, dass sich aus der gesellschaftlichen Ungleichheit eine neue privilegierte Rechtsklasse entwickelt (Forsthoff 1971: 22 f.). Das Ergebnis ist die viel diskutierte Chancengleichheit anstelle der Ergebnisgleichheit,<sup>31</sup> die sich jedoch kaum adäquat mit der Debatte um deren Gerechtigkeit verbinden oder auflösen lässt; geschweige, dass sich Gerechtigkeit überhaupt jemals messen, formulieren und berechnen lässt, da sie ohnehin stets als negative Freiheit und Abwesenheit äußerer Konventionen und Diskriminierungen formuliert wird und damit reziprok auf sich selbst als Erklärung verweist. Der Jurist Benedikt Czok wies auf das unzulässige Werturteil jener Formulierungen der sozialen Gerechtigkeit hin, die für ihn ein *reines Phantasiegebilde* ist (Czok 2010: 64). Das heißt, die rein emotionale Aussage nach dem subjektiven Gerechtigkeitsempfinden wird hier unzulässig objektiviert. Daraus folgt, dass jene Gerechtigkeit ein normativer Idealtypus bleibt, der nie für alle gleichermaßen erreicht werden kann – und stets Konflikte erzeugt. Allein die Intention, dass Managergehälter nicht mehr als das Zwanzigfache der untersten Gehaltsgruppe im gleichen Unternehmen betragen sollten, wie bspw. DIE LINKE postuliert, läuft in die Irre, da dann jene Grenze und ihre Begründung erneut zur Diskussion stehen – zumal sich die Einkommen jener Gruppe nicht ausschließlich über reine Löhne definieren, sondern kumulativ durch Kapitaleinkommen und Incentives (*engl. für Anreiz*) ergänzt und akzeleriert werden. Max Weber wies in dem Zusammenhang bereits darauf hin, dass die zumeist von Oppositionellen beanspruchte Ethik kein Fiaker ist, den man beliebig halten lassen könne, um nach Befinden ein- und auszustiegen. Sie gilt ganz oder gar nicht für alle; eben das ist der Sinn einer Ethik. Das wird bei allen politischen Forderungen oft vergessen (Weber 1999: 73). Vielmehr gelte stattdessen die Ethik des Rechthabens:

*„Wenn die Folgen einer aus reiner Gesinnung fließenden Handlung üble sind, so gilt nicht der Handelnde, sondern die Welt dafür verantwortlich, die Dummheit der anderen Menschen“,* so nach Weber die bekannte Rechtfertigung für den ewigen Misserfolg politischer Forderungen (Weber 1999: 72, 75).

Steffen Mau spricht infolgedessen von der *halbierten Meritokratie*, die als Wahlverwandtschaft zwischen Vermarktlichung der gegensätzlichen Interessen und ihrer Meritokratisierung (*der Interpretation der Leistungsorientierung und Belohnung*) daherkommt. Dahinter steht die Annahme, dass vor allem über Märkte entsprechend (und buchstäblich: ausgleichende) Gerechtigkeit aufgrund der grundsätzlichen Gleichheit hergestellt wird. Wenn diese Annahme schon nicht widerlegt werden kann, so ist sie zumindest unauflösbar, da sie stets nach Legitimation sucht und gleichsam findet

---

Nutzen waren bisher recht gering, da sie nur rund 0,2 % der Steuerpflichtigen betrifft und es stets legale Möglichkeiten zur Steuervermeidung oder -reduzierung gibt. Der Vorwurf lautet daher oft, es handele sich um Symbolpolitik und Polemik.

<sup>31</sup> Als *Chancengleichheit* gilt die sozialpolitische Maxime, nach der für alle Bürger unabhängig von ihrer sozialen Herkunft das Grundrecht auf gleiche Lebens- und Sozialchancen in Ausbildung und Beruf besteht. Nach Art. 3 (3) GG darf niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Damit stellt die Chancengleichheit ein fundamentales Grundrecht der Gerechtigkeit und seiner inhärenten Wertvorstellungen dar, jedem im Rahmen seiner eigenen Fähigkeiten freie Entfaltung zu ermöglichen. Grundlage ist hier die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Zugleich wendet sie sich damit gegen rational nicht begründbare Strukturen sozialer Ungleichheit oder totaler Gleichheit und kippt gewissermaßen in den (Neo-)Liberalismus und die Konkurrenz als Gegenauflösung. Im Ergebnis entbrennt ein Streit um die tatsächliche Chancengleichheit, die der theoretischen Begründung weit entgegensteht, da hier eine Vielzahl an Selektionsprozessen unterschiedlicher Realitäten wirksam werden. Daraus folgt, dass zwar *jeder* eine Chance hat, aber nicht *alle* können sie realisieren.

(Mau 2016). Jeder kann also Beispiele für das Eine wie das Andere finden, um schlicht die eigene Haltung und die des Anderen zu bestätigen, zu bestreiten, zu verteidigen oder zu widerlegen.

So ist unklar, ob und wie die Linke jene advokatorische Funktion einnehmen kann, die sie stets beansprucht. Johannes Weiß schrieb, die Linke scheitere bisweilen an der intellektuellen Vertretungsfrage der Repräsentation, d.h. der mangelnden Frage und Antwort, wer hier überhaupt für wen in welcher Art und Weise sprechen darf. Insbesondere gelte das für revolutionäre und sozialistisch-kommunistische Bewegungen, die Ideen und gleichsam Wahrheiten verkünden und gegen jede Kritik verteidigen, während sie selbst jedoch damit genau gegen diesen Anspruch der jeweils anderen opponieren (Weiß 2015: 400). Ralf Ptak weist in den Zusammenhang auf den *bisweilen autistischen Selbstbezug der (frühen); Neoliberalen* hin, das sich schon bei Mises Anfang der 1920er-Jahre in ausgeprägten Freund-Feind-Schemata zeigte (Ptak 2007: 24 ff.). Die unterschiedlichen Milieus unterscheiden sich hinsichtlich dessen kaum voneinander. Die Ansätze der Linken lassen dennoch neben der hohen wie komplexen, sozialen und funktionalen Differenzierung und ihrer Interdependenz den Gegenstand der Gesellschaft selbst völlig außer Acht, die jene Neoliberalen jedoch über die Funktion des Marktes einbeziehen.

Habermas schrieb 1992, dass sich für den Einzelnen in einer funktional immer weiter ausdifferenzierten Gesellschaft die Organisationsmitgliedschaften und damit auch die Optionsspielräume nahezu unendlich erweitern (Habermas 1992: 104). Die Soziologie subsumiert das gemeinhin unter den Rollenkonflikten.<sup>32</sup> Das Bild eines solchen Fortschritts verdankt sich freilich einer Beschreibung, die gegenüber Zuwächsen und Verlusten an Autonomie neutral bleibt, so Habermas hier. Diese Beschreibung sei aber blind gegenüber der tatsächlichen Nutzung eines aktiven Staatsbürgerstatus, über den der Einzelne auf die demokratische Veränderung seines Status einwirken könne. Daraus resultiert die Frage nach der Adaptionswirkung und den Epistemen linker Konzepte durch den politischen Gegner und umgekehrt. Dahrendorf schrieb hier recht früh, es sei bezeichnend, dass europaweit rechte Sozialdemokraten die politisch erfolgreicheren Konservativen sind, wohingegen die eigentlich bürgerlich-konservativen, rechten Parteien und die Linke selbst nach Orientierungen suchen (Dahrendorf 1979: 147).

Damit steht der Konflikt um Demokratietheorien im Raum. Mit anderen Worten: jene Frage nach der Demokratisierung der Demokratie, die die Linke zwar allzu oft einfordert, aber regelmäßig verfehlt. Ob damit tatsächlich eine Krise der Demokratie zu konstatieren ist, scheint mehr als fraglich. Eher ist zu befürchten, dass die Linke gesellschaftliche Eliten, sich selbst und damit die soziale Schließung eher fördert und stabilisiert als bekämpft. So bleibt sie allerdings in genau jenem Partikularismus und seinem Konflikt stecken, der erst den Neoliberalismus begründet, den sie ursprünglich bekämpfen will. Gleichzeitig versteht sich auch der Neoliberalismus als ganzheitlicher und politischer Ansatz, der über rein mechanische Marktfunktionen der Neoklassik weit hinausreicht. Wer den Neoliberalismus allein darauf reduziert, hat ihn nicht verstanden.

Der Blick in die Politische Ökonomie, deren prominente Kritik lange selbst von links motiviert war, zeigt, dass sich die Linke auch davon längst verabschiedet hat. Sie ist in ihrer *klassenkampffixierten Sozialkritik* (Rosa 2016) stecken geblieben, ohne erneut zu erkennen, dass sich die gesellschaftliche Realität längst verändert hat; während sich die Bedingungen ansonsten eben nicht verändern lassen, da die Nichtteilnahme am Spiel (des Kapitalismus) eben keine Option für die Individuen ist, und die Gewinnchancen originär ungleich verteilt sind, so Hartmut Rosa (Rosa 2016: 31 f.). Soziale Ungleichheit lässt sich demnach schon nicht aufheben, nur weil alle mehr haben wollen

---

<sup>32</sup> Diese unterscheiden nach Inter- und Intrarollenkonflikten sowie der Rollenübernahme und ihrer wechselseitigen Interpretation, dem *role-making* und dem *role-taking*, also Konflikten innerhalb eines Rollensets und jenen, die erst an der Peripherie solcher komplexen Arrangements untereinander entstehen und weitere Eskalationen auslösen. Elementar sind hier die mikrosoziologischen Ansätze und Entwicklungen des Symbolischen Interaktionismus nach G.H. Mead (1934). Diese stoßen unweigerlich auf Konflikte auf der Makroebene.

und nicht bekommen, von dem, was ohnehin begrenzt ist und durch zahllose sozialpsychologische, moralische wie ökonomische und strukturelle oder soziale Mechanismen, wie Neid, Egoismus, Verdrängungswettbewerb, Reduktion kognitiver Dissonanzen und Konkurrenz (usw.) flankiert wie motiviert und fortlaufend reproduziert wird. Die Linke wird damit ebenso Teil der neoliberalen Verteilungskämpfe, die sie beenden will, aber dadurch umso mehr manifestiert. Gäbe es diese Knappheit nicht, wäre es kein Gewinn, der anzustreben, umzuverteilen oder zu verteidigen wäre:

„Indem sie die einen – die wenigen – zu den Gewinnern des Systems erklärt, die erfolgreich um ihre Position kämpfen, und in den vielen anderen das (durchaus berechnete) Begehren weckt, mehr vom Kuchen abhaben zu wollen, versorgt sie beide Seiten mit der motivationalen Energie, das Steigerungsspiel in Gang zu halten – und die pathologischen Nebeneffekte zu verdrängen.“ (Rosa 2016: 33)

Allein der spiegelbildliche und für Linke diskreditierte Begriff der Deregulierung meint keineswegs, „die bedingungslose Beseitigung von Regeln, sondern deren Anpassung an Marktlogiken“ (Kronauer und Linne 2007b). Offe hält dazu fest, dass der EU-weite Markt mit zehntausenden Seiten an gemeinsamen Rechtsvorschriften (u. Ä.) keineswegs dereguliert, aber der Modus der Regulierung entpolitisiert, ergo: dem demokratischen Zugriff und der Deliberation einzelner Nationalstaaten und seiner Akteure weitestgehend entzogen ist (Offe 2016: 27). Gleichwohl kommen die Entscheidungen in der EU über politisch-demokratische, deliberative Verhandlungen unter Beteiligung der Nationalstaaten und ihrer Organe und Bürger zustande. Andererseits ist der Diskurs über jene Demokratiedefizite der EU problematisch, da sich der Begriff und Gegenstand der Demokratie per definitionem auf Staaten bezieht, die EU aber gar kein Staat ist. Man könnte durchaus einwenden, dass jene Deliberation nur auf abstrakte Weise geschieht und eben wenig direkten Zugriff auf die Entscheidungen der Organe ermöglicht. Allerdings liegt genau in jener abstrakten Verrechtlichung der Beziehungen der enorme Vorteil zivilisatorischer Gesellschaften.

Weitere Begriffe wie *Flexibilisierung* oder *De- und Rekommodifizierung* erweisen sich beim näheren Hinsehen als wenig eindeutig, ihre Beziehung zueinander als eben nicht linear, sondern sie verschwimmt in der erhöhten Komplexität konkurrierender Realitäten. Denn mit dem Wandel von (paternalistischen) Anbieter- zu (emanzipierten) Käufermärkten auf breiter Front erweiterten sich (a) der Spielraum für alle Akteure und damit (b) die Diskussion respektive Intentionen um Flexibilisierungen und Deregulierungen, die wiederum (c) den nationalstaatlichen Interventionsraum verringerten. Allein die Expansion der Bildung seit den 1960/70er-Jahren als ‚*Bürgerrecht*‘ (Dahrendorf 1965) und die Flexibilisierung und Humanisierung der Arbeit und Beschäftigung in den 1970/80er-Jahren enthält ein Versprechen höherer Selbstbestimmung und Attraktivität (nicht nur) der Arbeit für Alle. Sie eröffnen aber auch die inneren sozialen Widersprüche dieser Marktlogik des *Arbeitskraftunternehmers* (Voß und Pongratz 1998) zwischen *Selbstbestimmung* und *Selbstaussbeutung* (Martens et al. 2001). Die Konkurrenz und Anpassung in Form der (De-/Re-)Regulierung steigt im Ergebnis dort, wo die seitens der Akteure erwünschte Vielfalt und deren verursachte Abstraktion zunehmen. In der Konsequenz wird die Flexibilisierung - vor allem der (sog.) *Employability* - zwar in erster Linie von den (,atmenden‘) Unternehmen getragen (Hartz 1996), aber von arbeits- und sozialpolitischen Maßnahmen nur mehr flankiert als vorangetrieben. Zugleich ist das kein Naturgesetz, wie die Beispiele anderer europäischer Länder zeigen - etwa der Niederlande oder Dänemark, die eine Politik mit dem Markt statt gegen ihn organisierten.

Seit den 1990er-Jahren dominiert in Europa der Begriff von der *Flexicurity* die Debatte um eine Verbindung von nötiger Flexibilität und notwendiger Sicherheit. Karl Polanyi hielt zwar (ähnlich wie zuvor Habermas oder Adorno) 1995 fest, „dass die Koordination des gesellschaftlichen Lebens nicht den Märkten überantwortet werden kann und darf“ (Kronauer und Linne 2007a: 13, zit. Polanyi 1995); dennoch bleibt stets das Paradox bestehen, dass nur in gesellschaftlicher Begrenzung die marktformige Flexibilität möglich ist. Daraus resultieren verschiedene ideologische Leitbilder einer unterschiedlich konnotierten Staatskonzeption und seiner begrifflich sehr diffusen Ordnungspolitik und deren Interventionen, die alternierend dämonisiert, aber von gleicher Seite ausdrücklich gefordert werden. Allerdings können die Protagonisten dieser Ansätze weder das eine wie das andere notwendig voneinander abgrenzen.

Spätestens seit Fritz Tarnows Bonmot von der unlösbaren Doppelrolle als Arzt und Erbe am Krankenbett des Kapitalismus (Tarnow 1931: 20) weiß die Linke selbst nicht genau, wo sie sich infolge ihrer Kritik verorten soll, ergo: welches Staatsverständnis sie eigentlich hat, verteidigt und ablehnt: den starken, aktiven und aktivierenden oder den schwachen und schlanken Staat; ob sie also staatliche Interventionen begrüßt oder nicht und in welchem Ausmaß. Ob und welche Aufgaben dem staatlichen Dirigismus und seiner Ordnungspolitik unterliegen sollen, oder welche dem freien Markt und Wettbewerb der Privatwirtschaft und damit persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit und Verantwortung überlassen werden, ist völlig unklar. Allein der klassisch linke Rekurs auf soziale Freiheiten anstelle der privaten Freiheiten verschleiern deutlich mehr als er erklärt.

Der Ruf nach Verstaatlichung, ergo: dem Staat als Aufsichts-, Leitungs- und Kontrollorgan – zur vermeintlichen wie ebenso normativen (Auf-)Lösung der Konkurrenz und Ungleichheit – geht am Thema vorbei, da dadurch – mit Friedrich Engels gesprochen – der Staat dann selbst zum Kapitalisten und Ausbeuter wird (MEW Bd. 19, S. 222). Der Grat zwischen *echtem und falschem Sozialismus* (Engels) in jener Verstaatlichung, zwischen Staatssozialismus und -kapitalismus, ist – abgesehen von dessen unzählbaren Konditionen und Varianten – somit recht dünn.<sup>33</sup> Die Diskussion um staatliche Beteiligung an (oder Übernahme von) privaten Unternehmen oder umgekehrt um private Beteiligung oder Übernahme staatlicher oder teilstaatlicher Einrichtungen, wie Wohnungsunternehmen, Theatern, Universitäten, der Oper, Banken, Schwimmbädern oder Energieversorgern (usw.) verdeutlicht diese nahezu weltweit vorzufindende Zwangslage. Diese haben zu völlig undurchschaubaren Verflechtungen geführt (Engartner 2007), die von außen nicht mehr nachvollziehbar sind und endlose Kontroversen erzeugen.<sup>34</sup> Adam Smith vertrat bereits im 18. Jahrhundert die

---

<sup>33</sup> Engels (1880/82) dazu in einer Fußnote an der zitierten Stelle: „[...] Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unabweisbar geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst. Es ist aber neuerdings, seit Bismarck sich aufs Verstaatlichen geworfen, ein gewisser falscher Sozialismus aufgetreten und hie und da sogar in einige Wohldienerei ausgeartet, der jede Verstaatlichung, selbst die Bismarcksche, ohne weiteres für sozialistisch erklärt. Allerdings, wäre die Verstaatlichung des Tabaks sozialistisch, so zählten Napoleon und Metternich mit unter den Gründern des Sozialismus. Wenn der belgische Staat aus ganz alltäglichen politischen und finanziellen Gründen seine Haupteisenbahnen selbst baute, wenn Bismarck ohne jede ökonomische Notwendigkeit die Hauptbahnlinien Preußens verstaatlichte, einfach, um sie für den Kriegsfall besser einrichten und ausnützen zu können, um die Eisenbahnbeamten zu Regierungsstimmvieh zu erziehen und hauptsächlich, um sich eine neue, von Parlamentsbeschlüssen unabhängige Einkommensquelle zu verschaffen - so waren das keineswegs sozialistische Schritte, direkt oder indirekt, bewußt oder unbewußt. Sonst wären auch die königliche Seehandlung, die königliche Porzellanmanufaktur und sogar der Kompanieschneider beim Militär sozialistische Einrichtungen oder gar die unter Friedrich Wilhelm III. in den dreißiger Jahren alles Ernstes von einem Schlaumeier vorgeschlagene Verstaatlichung der Bordelle.“ (MEW 19: 222, Fußnote 4)

<sup>34</sup> Allein der offizielle *Hamburger Beteiligungsbericht* der Hansestadt Hamburg (hamburg.de 2017) umfaßt ca. 400 Seiten solcher hochkomplexen Verflechtungen. Die Bäderland Hamburg GmbH bspw., die die Schwimmbäder der Stadt betreibt, weist seit vielen Jahren enorme Defizite von jährlich ca. 20 Mio. € auf. Diese werden einzig aufgrund interner Umverteilungen innerhalb der zahlreichen und komplexen Verknüpfungen der Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsmanagement mbH (kurz HGV) nicht wirksam. Allerdings mahnt der Rechnungshof hier seit langem die Bäderland GmbH an. Die Folge sind marode Bäder oder Schließungen und Proteste der Bürger gegen das eine wie das andere. Ähnliche kommunale Beispiele finden sich in Kopenhagen oder Berlin (usw.). Eine Aufzählung wäre hier endlos, denn Staat, Bund, Länder und Kommunen können ihre Aufgaben jeweils unterschiedlich wahrnehmen und verteilen. Sie haben die Möglichkeit, öffentliche Unternehmen zu gründen und diese mit der Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zu betrauen. Der deutsche Bund, die 16 Länder und rund 12.000 Kommunen wiesen zum 31.12.2013 15.314 öffentliche Unternehmen

Vorzüge solch einer Veräußerung, die mit der deutlichen Entlastung des Staatshaushalts einhergeht. Tim Engartner hält dazu allerdings fest, dass es in der Bundesrepublik zu keiner einzigen Epoche überhaupt jemals eine derart umfassende Verstaatlichung gab, der Manche heute fälschlich nachtrauern. Allenfalls die Infrastruktur stand bis in 1990er-Jahre unter solchem Einfluss (Engartner 2007: 104). Eine Verstaatlichung setzt außerdem – ungeachtet seiner tatsächlichen Handhabung – einen unitären Zentralstaat, wie bspw. in Dänemark voraus, der hoheitliche Kompetenzen der Gesetzgebung, Gestaltungs- und Zugriffsrechte, etwa auf Haushaltstitel, Normen, Steuern und dergleichen hat und vereint - nicht aber einen föderalen Bundestaat wie Deutschland. Gleichzeitig schützen das deutsche (wie auch das dänische) Grundgesetz und die meisten westlichen Verfassungen die Bürger vor dem direkten physischen Zugriff des Staates und anderer Rechtssubjekte.

Oft wird hier auf Absatz 3, Satz 1 des Art. 14 und auf Art. 15 GG verwiesen, wonach *eine Enteignung und Vergesellschaftung (nur) zum Wohle der Allgemeinheit zulässig* ist.<sup>35</sup> Diese Referenznahme übersieht jedoch, dass sich das Verfahren in aller Regel auf Infrastrukturmaßnahmen bezieht, wie zum Beispiel Straßen- und Schienenbaumaßnahmen oder städtebauliche Maßnahmen (o. Ä.). Dort werden oftmals Grundstücke oder Rechte daran benötigt, die von den Maßnahmeträgern üblicherweise im Rahmen freiwilliger Vereinbarungen erworben werden (sollen). Um eine Behinderung der Baumaßnahmen auszuschließen, und diese im Interesse der Allgemeinheit nicht scheitern zu lassen, wird mit Art. 14 Absatz 3 GG unter bestimmten, engen Voraussetzungen der Eingriff in das starke Grundrecht des Eigentums zugelassen. Allein die Ausstrahlung und verfassungsrechtliche Debatte des Art. 14 GG als normgeprägtes Grundrecht ist allerdings enorm und wird allenfalls durch Richterrecht, oft zugunsten der natürlichen und juristischen Personen, ergänzt respektive geschützt. Man muss an dieser Stelle nicht in die juristischen Details einsteigen; es reicht aber, darauf zu verweisen, dass eine solche Enteignung generell den Anforderungen an die so genannten Junktimklausel (*Bedingung einer Entschädigung*) des Art. 14 (3) S. 2 GG genügen und verhältnismäßig sein muss. Ein Enteignungsgesetz ohne angemessene Entschädigungsregel ist verfassungswidrig. Letztlich gilt diese Enteignung im Sinne des Art. 14, 15 GG nur insofern ‚zum Wohl der Allgemeinheit‘ als dass rein fiskalische Interessen betroffen sein müssen.

Auch Keynes war im Übrigen jener Meinung, dass das Allgemeinwohl ausschließlich über fiskalische Motive zu erreichen sei, weshalb das vielzitierte physische Eigentum an Produktionsmitteln nachrangig sei. Hier können demnach keine moralischen, praktischen oder politisch-ideologischen Gründe vorgebracht werden. Die Enteignung ist ferner kein Instrument, um die zwischen Rechtssubjekten auftretenden Konflikte zu lösen. Wobei ohnehin unklar wäre, was der Staat in Form seiner hoheitlichen Organe und in seiner Abstraktion des auf Legitimität gestützten Herrschaftsverhältnisses von Menschen über Menschen und gemäß juristischer Definition bestehend aus Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt mit solchen Produktionsmitteln in Form etwa der Immobilien einer Fabrik oder Büros, den Maschinen und Geräten (u. Ä.), anfangen sollte, die gar nicht im

---

auf (8.950 hiervon in der Rechtsform der GmbH). Allerdings ist die Datenlage hier problematisch, da viele Daten nicht publikationspflichtig und einschlägige Finanzkennzahlen [wie auch die im europäischen Vergleich höchste Staatsquote Dänemarks mit 56 % 2014; UL] im europäischen Vergleich, weder nach innen noch nach außen, wenig aussagekräftig sind, je nachdem, was sie überhaupt erfassen und ausdrücken (Burth 2016b; Schratzenstaller 2013).

<sup>35</sup> Art. 14 (3) GG: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“ Art. 15 GG: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.“

originären Aufgabengebiet des Staates liegen, sondern ohnehin ausgelagert werden. Die Logik dreht sich also im Kreis und wird auch nicht durch eine wie auch immer geartete Systemüberwindung gelöst.

## 2.8 Starker Staat als Chimäre

Erschwert wird der Diskurs zur Rolle des Staates allein dadurch, dass diese Episteme des aktiven oder aktivierenden Staates letztlich allesamt und jenseits ihrer plakativen Begriffe unvollendet, nahezu unerforscht und polyvalent geblieben sind. Zuweilen wurden sie als *progressive Bürgergesellschaft* bezeichnet, die zivilgesellschaftliches Engagement und deren Rechte stärken sollte. Eine Bezeichnung respektive Verkürzung als *neoliberaler Staat* schien ungerechtfertigt (Blanke 2009; Lamping und Koschützke 2002). Ob nun der vielzitierte Rückzug des Staates und der (*Nozick'sche*) *Minimalstaat*<sup>36</sup> (Heise 2011; Altvater 2010) seine Schwächung oder das genaue Gegenteil bedeutet, bleibt daher ambivalent, da dies keine wissenschaftlichen Kategorien sind, sondern einzig politisch-ideologische und moralische Bewertungen. Als solche sind sie in genau jener Ambiguität doppelter Kontingenz gefangen.

Der rechtskonservative und antiliberalen Staatsrechtler Carl Schmitt unterschied in seinem Vortrag *„Starker Staat und gesunde Wirtschaft“* bereits 1933 zwischen zwei Typen des totalen Staates, der als positiver Begriff auch bei John Maynard Keynes auftaucht. Schmitt nannte zuerst den starken Staat, der total sei im Sinne der Qualität und der Energie, so wie sich der faschistische Staat selbst einen *stato totalitario* nannte. Die zweite Variante des totalen Staates, die Schmitt nannte, ist einer, der sich unterschiedslos auf alle Sphären des menschlichen Daseins begibt, der überhaupt keine staatsfreien Räume mehr kennt, weil er dahingehend überhaupt nichts mehr unterscheiden kann. Er sei total in einem rein quantitativen Begriff, im Sinne des bloßen Volumens, nicht der Intensität und der politischen Energie, wie etwa der demokratische deutsche Parteien- und Sozialstaat der Weimarer Republik. Dieser Staat sei total aus der Schwäche, Widerstandslosigkeit und Unfähigkeit, sich dem Ansturm der Parteien und der organisierten Interessen entgegenzustellen. Jener Staat ist nach Schmitt deutlich abzulehnen. Der wirklich starke Staat, der total ist im Sinne der Qualität und Energie, wäre dagegen ein autoritärer Staat, der sich auf die Führung durch Eliten stützt und mit aller Macht (s)eine liberale Wirtschaftsordnung verteidigt (Ptak 2007: 34; zit. Carl Schmitt 1933: 84).

An solch einem Leitbild orientierten sich allerdings auch die frühen Ordoliberalen, auf die sich Sähra Wagenknecht und ihre Anhänger wiederum gerne berufen, um an eine vermeintlich stabile soziale Ordnung und Sicherheit zu appellieren (Wagenknecht 2013). Alexander Rüstow hob 1932 hervor, dass der totale Staat, den Carl Schmitt in Anlehnung an Ernst Jünger formulierte, in Wahrheit das genaue Gegenteil dessen sei: nicht Staatsallmacht, sondern Staatsohnmacht. Die Ordoliberalen forderten daraus aber nicht die Entstaatlichung, sondern ebenfalls den starken Staat, der das Gemeinwohl artikulieren und durchsetzen solle. Walter Eucken formulierte, der Staat habe die Aufgabe, einem einheitlichen Gedanken und Willen zu folgen und das reine Staatsinteresse zu repräsentieren, so Ralf Ptak hier mit den Worten Euckens. Rüstow formulierte (ähnlich wie später Gregor Gysi 2007 mit seiner *Antithese der Staatsbäckerei*), dass der neue Liberalismus daher einen starken Staat fordere, der oberhalb der Wirtschaft und der partikularen Interessen liege. Der starke Staat und der Liberalismus sind in dieser Perspektive füreinander konstitutiv. Zugleich entsteht damit ein intellektuell reizvoller Widerspruch. Denn offen bleibt darin regelmäßig, wie ein derart organisierter und *„sozialer“* Staat seine Macht dann einsetzen soll (Heise 2012); und wie sich diese

---

<sup>36</sup> Arne Heise greift hier auf Robert Nozick zurück, der 1974 in seinem Hauptwerk *„Anarchy, State and Utopia“* einen Minimalstaat als einzig zu rechtfertigende Form des Gemeinwesens beschreibt, der eine Umverteilung allerdings nicht gestatte. Damit stellt sich Heise selbst ausdrücklich gegen jene Transformationsprognosen, die eine Erneuerung des Wohlfahrtsstaates sehen und befürchtet eher die Transformation hin zum sog. *Minimalstaat*.

Forderung mit der scharfen liberalen Kritik am Weimarer Interventionismus vereinbaren lässt. Rüstow formulierte daraufhin einen kongenialen *liberalen Interventionismus*, der eben nicht gegen den Markt, sondern mit ihm erfolgen sollte, um diesen nicht in seinem natürlichen Ablauf zu stören. Noch in den 1930er-Jahren entstand daraus die organisierte Wettbewerbswirtschaft der Freiburger Schule: Aus der natürlichen Ordnung wurde so eine staatliche Veranstaltung (Ptak 2007: 5; zit. Rüstow, Eucken und Miksch). Daraus entstand in den 1960ern – aus einer Gemengelage der totalitären Erfahrungen und Katastrophen des Zweiten Weltkriegs, des NS-Regimes sowie des nicht minder früh diskreditierten Sowjetkommunismus – die wirtschaftspolitische Konzeption des als Dritten Weges und einer fortan so bezeichneten wie mystifizierten ‚*Sozialen Marktwirtschaft*‘ als Wirtschaftsordnung, auf die sich auch Teile der Linken, heute wie einst, verständigen können. Dennoch lässt sich, so Arne Heise, daraus keine kohärente Überzeugung der frühen Ordoliberalen mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ableiten, sondern eher eine „*Orwell’sche Sprachschöpfung [...] einer von Eliten favorisierten Wirtschaftsordnung mit den realpolitischen Zwängen der deutschen Nachkriegsdemokratie*“ (Heise 2012: 3).

Unstrittig ist zwar die bisher unter dem Label des „*Modell Deutschland*“ als korporatistisch bezeichnete institutionelle Einbettung marktlicher Prozesse, mit einem im internationalen Vergleich hohem Maß an sozialer Absicherung und hohen Leistungsbilanzüberschüssen. Umstritten ist dagegen die sozioökonomische Performanz jenes Modells Deutschland insbesondere seit den 1990er-Jahren, das als Chimäre zurückbleibt. Auf Michel Albert geht das Paradox zurück, dass Deutschland zwar ökonomisch dem liberalen, angelsächsischem Typus überlegen ist, und es sich dennoch scheinbar unter dem Druck internationaler Finanzmärkte dem liberalen Modell anpassen muss (Heise 2012: 5). Die empirische Evidenz steht dennoch aus - bzw. sie bleibt nach Erkenntnissen der SOEB hoch widersprüchlich: So kann man für Deutschland in den 1990ern zwar einen Finanzialisierungsschub<sup>37</sup> konstatieren; dieser hat aber eine begrenzte Reichweite und wird in seinen Wirkungen durch Gegenbewegungen und widersprüchliche Elemente modifiziert:

*„Ob und wie Finanzialisierung wirkt, richtet sich dann nach typischen Konstellationen. Je nach Definition kann sich die Finanzialisierung auch nur auf die kognitiv-kulturelle Dimension beschränken, etwa indem wirtschaftliche Entscheidungen stark durch die Orientierung an Finanzkennzahlen geprägt sind oder durch die nachahmende Orientierung an Praktiken in börsennotierten Unternehmen: Welcher Manager verdient nicht gern so viel wie ein CEO aus der DAX-Welt?“* (Faust und Thamm 2016)

Im Ergebnis dreht sich dieses Narrativ allerdings mehr um empfundene und stilisierte Klischees als die Realität selbst. Ulrich Wickert sprach davon, dass die Grenze zwischen populären Spielfilmen, wie dem US-Klassiker *Wall Street* (1987) und der Realität der Ökonomie, zuweilen stark verschwimmt und sich die Protagonisten aus Fiktion und Realität gegenseitig imitieren (Wickert 2013). Dennoch hat solch eine übersteigerte Fiktion der US-Filmindustrie - bei aller Evidenz - relativ wenig mit der Realität deutscher Banken und Sparkassen, den Unternehmen und internationalen Gesetzen zu tun.

---

<sup>37</sup> Hier verstanden als stärkere Orientierung an den Finanzmärkten anstelle der Realgüterwirtschaft, was Keynes 1936 als ‚*Casino*‘ bezeichnete. Das heißt, Anleger orientieren sich weniger an den dauerhaften Ertragsaussichten, als vielmehr am kurzfristig vermuteten Verhalten anderer Marktteilnehmer und den daraus zu erwartenden Kursschwankungen und Gewinnen. Das Ergebnis sei eher ein Glücksspiel anstelle der langfristigen Investition der Realwirtschaft. Die Politikwissenschaftlerin Susan Strange prägte daher 1986 den Begriff des *Casino Capitalism*. Der Begriff ist jedoch wissenschaftlich hoch umstritten und wird oft polemisch benutzt.

Der Anteil der Großunternehmen in Deutschland (> 500 Beschäftigte) liegt zwar bei etwa 0,3 % aller Unternehmen, die dennoch für ca. 40 % der Beschäftigung verantwortlich sind. Je nachdem welcher Parameter und Index<sup>38</sup> hier angesetzt wird, liegt der Anteil der börsennotierten Unternehmen darunter bei wenigen hundert bis zu max. 3.600, denen ca. 3,6 Mio. KMU's gegenüberstehen, die für ca. 60 % der Beschäftigung verantwortlich sind. Im Ergebnis wird die Diskussion also zuweilen recht polemisch geführt, die eher einzelne Symptome skandalisiert, als die Ursache und den Prozess selbst zu verstehen.

Spätestens seit Anfang der 1990er-Jahre galt die im EU-Vergleich unterdurchschnittliche Entwicklung der Wachstumszahlen und des Arbeitsmarktes als ein Zeichen der Erschöpfung der Sozialen Marktwirtschaft und des Modells Deutschland. Entstanden ist dann das Leitbild des aktiven Staates in 1990er-Jahren aufgrund der als *erfolgreich* bezeichneten Politik der sozialdemokratischen Länder Europas und ihrer Reformen des Dritten Weges mit dem Markt statt gegen ihn. Prägend war hier allen voran das skandinavische und dänische Leitbild (Blanke 2009: 116, 121), das spätestens ab 2003 unter Gerhard Schröder (SPD) ein mehr klischeehaftes als reales Vorbild für die deutschen Hartz-Reformen wurde, die dennoch unter den Gesichtspunkten von Beschäftigung und Wirtschaftswachstum nahezu wirkungslos blieben. Wobei bemerkt werden muss, dass jene Flexibilisierungen bereits weit vorher unter der CDU-Regierung Kohl in den 1980er-Jahren begannen und sich in den 1990/2000ern nur fortsetzten. Sie lassen sich also nicht rein affektiv auf die Regierung Schröder reduzieren.<sup>39</sup> Arne Heise betont, dass spätestens ab 1982 mit der geistig-moralischen und vor allem wirtschaftspolitischen Wende der Regierung Kohl ein wesentlicher Teil der deutschen Sozialen Marktwirtschaft weggebrochen war: „*die keynesianisch inspirierte Konjunktur- und Wachstumssteuerung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes wurde zugunsten eines monetaristischen aufgegeben.*“ Kanzler Schröder folgte dem lediglich mit seinem öffentlich längst vergessenen Bündnis für Arbeit (1998 - 2002) und scheiterte letztlich an dem intendierten Moderationsversuch der Expertenrunden mit Teilnehmern aus Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Dem folgte als Konsequenz 2003 die sogenannte Agenda 2010 des ‚Basta-Kanzlers‘ Schröder (Heise 2012: 6 f.).

Vergleichsstudien mit eben jenen („erfolgreichen“) Ländern Skandinaviens und Dänemarks zeigen dennoch, dass eben nicht die mikroökonomischen Motive höherer Flexibilisierungen am Arbeitsmarkt, sondern makroökonomische Policy Mixes die Grundlage für jene apostrophierten Job-Wunder bildeten. Hier schließt sich für Arne Heise der Kreis zur fehlenden ordoliberalen Fundierung jener Sozialen Marktwirtschaft. Sie bleibt (für ihn) seit den frühen 1980er-Jahren in genau jenem Paradox stecken, dem Staat nach der (sog.) ‚Bochumer Leitregel‘ des ‚Freiburger Imperativs‘ eben nicht so viel Markt wie möglich, aber so viel Planung wie nötig einzuräumen (Heise 2012: 8). Man könnte im Ergebnis von einer gewissen Hilfs- und Orientierungslosigkeit und der Suche nach der richtigen Balance und neuen Narrativen sprechen, die bis heute in der Rhetorik fortlaufender Krisen anhält und auch vor der Linken zwischen Auftrag und Anpassung (Maurer 2006) nicht Halt macht. Zudem geraten derartige Vergleiche schnell an ihre Grenzen der Darstellung.

---

<sup>38</sup> Hier existieren knapp 500 verschiedene deutsche Indizes. Die bekanntesten sind vermutlich der DAX, TecDAX, MDAX, SDAX. In den USA zählt man ca. 50 Indizes, wie den Dow Jones, Nasdaq und S&P usw. Diese Reihe setzt sich international fort und ist zum Teil füreinander konstitutiv; sie beeinflussen sich also gegenseitig.

<sup>39</sup> Man denke hier nur an das als *Lambsdorff-Papier* bezeichnete ‚Konzept für eine Überwindung der Wachstumsschwäche und der Arbeitslosigkeit‘ des damaligen Bundeswirtschaftsministers Otto Graf von Lambsdorff (FDP) vom 9. September 1982 (Lambsdorff 09.09.1982). Dessen Auswirkungen waren zum Teil enorm und wirken bis heute, sind aber dem kollektiven Gedächtnis längst entfallen. Heiner Geißler (Geißler 1976) betonte bereits 1976 die *Neue Soziale Frage* und den Versuch der Christdemokraten, jene 1975 auf dem Mannheimer Parteitag zu beantworten.

Während die hoheitlichen Aufgaben in Deutschland weitgehend auf der Länderebene liegen, liegen sie in Dänemark auf kommunaler und regionaler Ebene und haben gleichzeitig eine erheblich größere Kompetenz und Zuständigkeit als in Deutschland, sind aber ebenfalls hoch reglementiert. Die Aufgaben sind also nicht komplementär. Ferner sind die regionale und örtliche Selbstverwaltung in Dänemark getrennt, während die örtliche Selbstverwaltung in Deutschland dem regionalen Apparat bzw. dem Bundesland unterstellt ist. In Dänemark untersteht die Gesetzgebung ausschließlich dem nationalen Einkammerparlament in Kopenhagen, während Deutschland mit dem Bundestag und Bundesrat über ein Zweikammerparlament organisiert ist.<sup>40</sup> Regionen, Kommunen und andere Interessengruppen wirken in Dänemark dennoch an Anhörungsprozessen mit (Dall Schmidt 2015).

Hier muss zudem die Größe und Funktion der Parlamente berücksichtigt werden: Im Bundestag sind derzeit (Stand: Oktober 2017) 709 Abgeordnete vertreten, während das Folketing über 179 Delegierte verfügt, die sich in ihrem Abstimmungsverhalten mitunter schneller gegenseitig koordinieren und Vorhaben beeinflussen als in Deutschland, das die Verfahren erst mühsam aufeinander abstimmt. Daraus folgt, dass die Parlamentarier in nationalen Einkammerparlamenten über direkten Zugriff auf die Gesetzgebung verfügen, während das in föderalen Zweikammerparlamenten arbeitsteilig organisiert wird und nicht selten zu Konflikten politischer Deliberation führt.

In Deutschland erfolgt die Gesetzgebung auf Bundes- und Länderebene, wobei Bundesgesetze stets Vorrang vor Länderrecht haben, sofern der Bund dort die Kompetenz nach der Verfassung besitzt. Gleichzeitig sind aber die Länder im Bundesrat (der Länderkammer) organisiert und haben dort jeweils verschiedene Rechte, wie ein Mitwirkungs- und Initiativrecht sowie Zustimmungs- und Einspruchsrechte. Die Länder können die Bundesgesetze ergänzen und eigene Gesetze erlassen, die wiederum dem Bundesrecht nicht widersprechen dürfen. Außerdem gibt es in Deutschland Bereiche, die ausschließlich in die Kompetenz der Länder gehören, wie etwa Kultur, Polizei, Bildung oder das Wahlrecht (usw.). Die kommunalen Aufgaben lassen sich zudem grob in die freiwilligen Aufgaben (bspw. Theater, Bäder, Museen, Grünanlagen, Sportplätze usw.) und die Pflichtaufgaben (jene, zu denen gesetzliche Normen bestehen, wie Pass- und Meldewesen, Polizei, Soziales usw.) und entsprechende Haushalte unterteilen. Die einzelnen Aufgaben deutscher Kommunen lassen sich aber kaum abschließend aufzählen und abgrenzen, da Kommunen rein formal ein so genanntes Aufgabenfindungsrecht haben. Das heißt, sofern der neuen Aufgabe kein Bundes- oder Landesrecht entgegensteht, können die Kommunen durchaus neue Aufgaben entwerfen. Diese zählen dann zu den genannt freiwilligen Aufgaben. Dazu ist die Gesamtheit der kommunalen Aufgaben auf die unterschiedlichen Kommunaltypen verteilt, was sich ungleich in den Kommunalfinanzen und öffentlichen Haushalten auswirkt (Burth 2016b, 2016a).

In Deutschland stellt sich ferner aufgrund des Föderalismus und des Länderfinanzausgleichs die Frage der Einnahmen-Ausgaben-Konstellationen und ihrer Umverteilung. Die deutschen Länder haben keine eigene steuerpolitische Hoheit über ihre Einnahmen und Ausgaben. Diese liegt beim Bund und wechselseitig den anderen Ländern, die dann über den Bundesrat Einfluss nehmen. In die Verantwortung der Länder und Kommunen fallen so nur so genannte Bagatellsteuern, wie bspw. die Hunde- o. Getränkesteuer oder Hebesätze der Gewerbesteuer und örtliche Gebühren

---

<sup>40</sup> In einem Bundesstaat wie Deutschland besteht das Parlament immer aus zwei Kammern. Die Volksvertretung in Deutschland ist der Bundestag und wird immer vom Volk direkt gewählt. Die andere Kammer kann auf unterschiedliche Weise gebildet werden, beispielsweise durch direkte Wahl in den Bundesstaaten-/ländern, wie der amerikanische Senat, in den jeder Staat unabhängig von seiner Einwohnerzahl zwei Senatoren entsendet. Die zweite Kammer kann aber auch aus Regierungsmitgliedern der Länder bestehen, wie in Deutschland der Bundesrat. Der Bundesrat ist dabei eines der fünf Verfassungsorgane des Bundes (neben Bundestag, Bundespräsident, Bundesregierung und Bundesverfassungsgericht) und das gemeinsame Organ der Länder auf Bundesebene. Etwa die Hälfte der Länder der Erde ist dagegen in einem Einkammerparlament organisiert.

(usw.). Daraus folgt ein Spannungsfeld speziell des deutschen Föderalismus, dass die Länder zum einen zwar eigenverantwortlich sind und über hohe Autonomie verfügen. Sie können aber zum anderen ihre finanzielle Situation nicht wesentlich durch den eigenen fiskalpolitischen Rückgriff auf den Bundes-/Nationalstaat verbessern, sondern sind auf den Länderfinanzausgleich angewiesen, der oft genug Streitgegenstand ist, da finanzstarke Länder die entsprechend schwächeren unterstützen müssen. Das Ergebnis ist eine Unterscheidung zwischen Geber- und Nehmerländern, die auf ihrer partikularen Konkurrenz der Vor- und Nachteile und Interessen beharren.<sup>41</sup> Sie können ihre eigenen Interessen, etwa für beschäftigungswirksame Wirkungen oder in der Bildung und Infrastruktur, kaum beeinflussen oder müssen sie mühsam im Bundesrat durchsetzen (Burth 2016a; Dall Schmidt 2015; Lammers und Maleck 2015).

In Dänemark ist die politische Bilanz vordergründig zwar eine deutlich andere, die sich hauptsächlich in der nationalen Steuerfinanzierung des Welfare States und der europaweit höchsten Staatsquote von 56 % zeigt, während das deutsche System mit einer Staatsquote von 44 % überwiegend auf Länderebene organisiert und zumeist als Versicherungsleistung beitragsfinanziert ist (Scharpf 2000). Dennoch lässt sich das Stereotyp des starken, ergo guten Staates und staatlicher Alimentierung des großzügigen Welfare States hieraus nicht ableiten, da auch hier immer mehr das Versicherungsprinzip greift. Populäre Übertragungen, Vergleiche und Ableitungen sind daher schwer möglich, wenngleich sich hier zwar ähnliche Herausforderungen, aber völlig unterschiedliche Pfadabhängigkeiten und Bedingungen zeigen (Bogedan 2011). Dazu kommen verschiedene Aspekte der geographischen, örtlichen und regionalen Selbstverwaltung und ihrer ungleichen Verwaltungsstrukturen. Dieselben Begrifflichkeiten drücken oft sehr Unterschiedliches aus; Finanzkennzahlen sind entgegen der Annahme wenig aussagefähig, da sie nichts über Entstehung, Verwendung und Verlauf aussagen und viele Daten ohnehin nicht publikationspflichtig oder verfügbar sind. Daraus resultieren völlig unterschiedliche Kompetenzen, Zuständigkeiten und Ergebnisse. In Dänemark können die Kommunen bspw. innerhalb eines Gesamtrahmens ihre kommunalen Steuern (hauptsächlich auf Grund, Lohn und Einkommen) zur Finanzierung ihrer öffentlichen Leistungen zwar gedeckelt, aber relativ frei festlegen, dürfen aber keine eigenen Steuern erheben. Sie sehen sich daher sowohl ähnlichen, als aber auch völlig anderen Problemen der Umverteilung der Steuereinnahmen und Belastungen gegenüber. Dennoch bleibt eine Gegenüberstellung der Steuereinnahmen und Anreizstrukturen, der Steuerarten und der jeweiligen Verwendung und Erlöse, freilich komplex und lässt sich jenseits nominaler Abbildungen kaum seriös vergleichen. Sie müsste vielmehr anspruchsvoll errechnet werden.

Entscheidender aber ist nach Korte, dass die genannten Differenzen staatlichen Handelns sich auch auf den Organisationsgrad und die Aktivität und Möglichkeiten der Parteien und Fraktionen auswirken, was eine Wahl vorab erheblich beeinflusst und das Handeln der Wähler, Bürger, Parteien und Fraktionen samt der Haushaltspolitik wechselseitig determiniert: Je kleiner eine Gemeinde ist, desto geringer ist die traditionelle Rollenorientierung sowohl der Parteien als auch der Wähler. Das Wahlverhalten ist eher pragmatisch an Sachthemen orientiert als auf Landes- oder Bundesebene. In größeren Kommunen stimmen die Wähler dagegen eher für kleinere Parteien, Bürgerinitiativen oder rechtsextreme Parteien. Der zuvor bis in die 1980er-Jahre eindeutige bzw. negative Zusammenhang zur Bundespolitik und dem Nationalstaat ist nahezu erodiert (Korte 2013: 93). Armin Schäfer konstatierte hier, dass es entgegen des populär behaupteten Trends durchaus kein Ende des Klassenwahlverhaltens gebe, wenngleich sich dieses Wahlverhalten immer stärker in Nichtwahl äußere (Schäfer 2015). Das heißt, die relative und absolute Milieufestigkeit der Parteien bleibt bestehen, die Personen wählen ‚ihre‘ Partei nur nicht mehr, so Schäfer. Ob das freilich eine

---

<sup>41</sup> Allerdings endet diese Regel, wenn auch nicht vollständig, mit der neuen Föderalismusreform ab 2020, in der der Bund in einer zweiten Stufe verbleibende Lücken der Umverteilung ausgleicht. Komplexität, Kontroverse und Disput bleiben dennoch bestehen.

Auswirkung oder eher eine Koinzidenz des Neoliberalismus ist, eröffnet spannende Diskussionen um jene damit verbundenen Krisenanalysen.

### 3 Disparität sozialer und ökonomischer Krisenanalysen

Unabhängig davon, ob man jene Vokabeln und Rhetorik fortlaufender Krisen teilt oder nicht (Boltanski 2010), zerfällt die gesamte Diskussion und ihre Analyse in mehrere und keineswegs abschließende Teile, die zusammen gebracht werden müssen. Hinsichtlich des Sozialstaats lässt sich zunächst festhalten, dass zu keiner Zeit und in keinem Staat der Welt jemals eine absolute Absicherung existierte (Fink und Tálos 2007; Becker und Haerendel 2010; Vogel 2011). Selbst in der einstigen DDR existierte sie nicht, die hier oft zum Idealbild sozialer (respektive sozialistischer) Absicherung und Gleichheit verzerrt wird (Reuter-Boysen 2010).<sup>42</sup> Denn auch eine noch so umfassende Sozialversicherung hat systemisch ihre Grenzen, die Personen und Phänomene qua Statut (ergo: Beitrags- und Steuerfinanzierung) und entsprechender Leistung oder Sanktion entweder inkludiert oder exkludiert. Das Sozialrecht bspw. unterscheidet hier schon grundsätzlich nach *haftungserfüllenden* und *haftungsbegründenden* Tatsachen, die zum Ausschluss der Haftung führen können. Außerdem beruht ein solch generalisiertes Modell auf Senioritätsrechten, die nicht zuletzt juristisch mittelbar oder unmittelbar erworben oder verliehen und begründet werden müssen. Hier scheint das größte Missverständnis überhaupt zu liegen, an eine vollends umfassende und quasi natürliche Sozialversicherung zu glauben (Vogel 2011; Becker und Haerendel 2010).

Auch hier zeigt sich am Beispiel Dänemarks, dass es sich keineswegs um die vielzitierte generöse und kostenlose Krankenversicherung für Alle handelt. Vielmehr ist nach Marktgrundsätzen schon seit 1976 hoch reguliert, wer welche Leistungen erhält, je nachdem, welche öffentliche oder private und betriebliche Basis- o. Zusatzversicherung man abschließt.<sup>43</sup> Historisch baut die Krankenversicherung in Dänemark sogar auf privaten Krankenkassen auf. Durch das Krankenkassengesetz von 1892 unterstützte der Staat allerdings die freiwillige Krankenversicherung von Einkommensschwachen. Ab 1933 war die Mitgliedschaft in einer privaten Krankenkasse sogar Voraussetzung für die Auszahlung von Alters- und Invalidenrenten. Nach dem Zweiten Weltkrieg übernahm die öffentliche Hand zunehmend die Aufwendungen für ärztliche und Krankenhausbehandlungen.

---

<sup>42</sup> Gerhard A. Ritter hatte 2005 darauf hingewiesen, dass die ungenügende Sicherung bei Alter, Invalidität und Tod die Achillesferse der Sozialpolitik der DDR war. Hauptsächlich lag das an der ‚extremen Erwerbsorientierung‘ der Sozialpolitik der DDR, die eben jene nicht am Produktionsprozess beteiligten Erwachsenen stark benachteiligte und hauptsächlich Frauen und Witwen betraf. Siehe dazu: Reuter-Boysen 2010: 81, zit. Ritter 2005: 19 in: Hoffmann 2005, Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sven Korzilius ging 2008 ferner der kontroversen Frage der äußerst repressiven Sozialpolitik der DDR nach, die (sog.) ‚Arbeitsscheue und Asoziale‘ und Opfer des Zweiten Weltkriegs kriminalisierte, strafrechtlich verfolgte, inhaftierte und hart sanktionierte, ihnen also auch Renten und Entschädigungen (u. Ä.) verweigerte (Korzilius 2008). Ob es sich dabei um ein spezifisch sozialistisches oder rein sowjetisches Arbeitsethos und Erbe handelte, ist umstritten.

<sup>43</sup> Die Basis-Krankenversicherung umfasst zwei verschiedene Gruppen, deren Mitgliedschaft frei wählbar ist. In der Gruppe 1 wählt man seinen niedergelassenen Arzt, der dann als verbindlicher Ansprechpartner zum öffentlichen Gesundheitswesen dient. Hier haben die Mitglieder Anspruch auf kostenlose Behandlung bei niedergelassenen Allgemeinärzten und Fachärzten. Für weitere Behandlungsmöglichkeiten werden Zuschüsse gewährt. In der zweiten Gruppe wählt man nicht einen bestimmten Arzt oder Facharzt, sondern kann sich an einen Arzt seiner Wahl wenden. Im Gegensatz zu den Mitgliedern der Gruppe 1 erhalten die Mitglieder hier ihre Ausgaben nur teilweise erstattet. Ursprünglich war die Einteilung in diese beiden Gruppen einkommensabhängig, seit 1976 können die Bürger aber frei wählen. Die meisten Bürger wählen die Gruppe 1.

1973 wurden die privaten Krankenkassen zwar zunächst abgeschafft und durch die heutige öffentliche, steuerfinanzierte Krankenversicherung ersetzt. Ein Großteil der dänischen Bevölkerung (>50 %) hat heute jedoch eine zusätzliche Versicherung bei der privaten *Sygeforsikringen Danmark* abgeschlossen, die die Eigenanteile der Mitglieder bspw. für Medikamente, Brillen und zahnärztliche Behandlung (usw.) nur teilweise erstattet. Nur wenige haben dagegen eine umfassende Deckung, die allerdings auch nur 2/3 der Aufwendungen – etwa für Knie- und Hüftoperationen oder Zahnersatz (usw.) – außerhalb des öffentlichen Gesundheitswesens erstattet. Daraus resultieren ein unterschiedlich hoher Selbstkostenanteil und Lücken in der Abdeckung der Leistungen sowie die Frage und Sanktion der freien Arztwahl oder der Zuweisung eines bestimmten Arztes (Region Sønderjylland-Schleswig 2017a). Die Folgen liegen auf der Hand. Insbesondere im Flensburger Grenzland florieren bspw. private dänische Zahnarztpraxen, die sich auf solvente Dänen spezialisiert haben. Jene zahlungskräftigen Bürger bevorzugen ohnehin eher Aufenthalte in deutschen statt dänischen Krankenhäusern. Die dänische Presse meldete unlängst unter Berufung des Dänischen Apothekenverbands, dass sich viele dänische Bürger ihre ärztlich verschriebenen Medikamente nicht mehr leisten können. Die Apotheken geben zwar „*dem Zuschuss-System die Schuld dafür und fordern eine Änderung. Die Gesundheitsministerin sieht hingegen die Apotheker selbst in der Pflicht*“, die wiederum alle Schuld von sich weisen. Das Problem sei eher, dass viele Bürger diese Option der Zuschüsse gar nicht in Anspruch nehmen können und daher zwischen den Konditionen selbst stecken bleiben (Dose 2017).<sup>44</sup>

Peter A. Köhler ging ferner der Frage nach dem Ende des schwedischen ‚*Volksheims*‘ (*folkhem*) nach – einem paternalistisch geprägten, gemeinwohlorientierten Sozialstaat nach dem klischeehaften Vorbild einer Familie und ihres gemeinsamen Heims. Das Modell galt gemeinhin als weiteres Ideal urtümlich funktional-sozialistisch (ergo: sozialdemokratisch-etatistischer und universalistischer) Politik und damit typisch ‚*skandinavisch-generöser*‘ Absicherung, die allerdings seit den 1970ern auch dort sukzessive abnimmt. Von hoher Bedeutung ist hier im schwedischen *folkhem* (wie auch im dänischen Modell seit den 1920er-Jahren) seit jeher die Betonung der Rechte und Pflichten.<sup>45</sup> Obgleich jenes schwedische Modell – wie auch das dänische – gar kein unmittelbares Produkt der Sozialdemokratie war, sondern historisch Ergebnis vieler politischer Kompromisse und ihrer sozioökonomischen Bedingungen, die Erling Frederiksen für Dänemark als ‚*bürgerlich-liberal inspiriert*‘ bezeichnet (Frederiksen 2004: 93). Wie andere Studien zu diesem Begriff des *Volksheims* kommt auch Köhler zu dem Schluss, dass es sich dabei eher um einen ‚*sinnstiftenden Ordnungsbe-griff*‘ handelt; *dem Traum einer bürgerlichen und harmonischen Gesellschaft (...) nicht ohne utopisches Potential, dieses auf dem Weg sozialer Reformen zu verwirklichen*. Zugleich lag dort, so Köhler, in dem Begriff jene technizistische Ambivalenz von architektonischem und politischem Funktionalismus eines Social Engineering, also der Unterstellung, man könne *das Ideal einer konfliktfreien*

---

<sup>44</sup> Sobald ein neues Zuschuss-Jahr beginnt, müssen die Bürger die ersten 950 Kronen (ca. 127 €) der Medikamentenrechnung selbst bezahlen, bevor sie Anspruch auf Zuschüsse erhalten. Hier gibt es zwar eine gesetzliche (sog.) *Aufschubslösung (henstandsordning)*. Die steht aber erst Personen zur Verfügung die pro Jahr mehr als 18.331 Kronen (ca. 2.464 €) an Medikamentenausgaben haben. Das heißt, sie haben damit die Möglichkeit monatlich 330 Kronen (ca. 45 €) an die Apotheker zu zahlen, um zu Beginn des Zuschuss-Jahres einen großen Betrag zu umgehen, so Dose. Deutsche Regeln sind allerdings ähnlich strukturiert.

<sup>45</sup> Martin Frenzel bemerkt hier, dass Dänemarks Sozialdemokraten bereits in den 1920/30er-Jahren das Prinzip der Rechte und Pflichten, also der Bringschuld des Bürgers, in der als populär geltenden Stauning-Ära des Wohlfahrtsstaates verteidigten; wengleich dieses Paradigma in den späten 1950er-Jahren zugunsten sozialer Klassenpräferenzen verdrängt und in den 1980ern wieder reanimiert und durch individuelle Präferenzen ersetzt wurde (Frenzel 2002: 126). Eine späte, vulgäre Verortung jenes Prinzips erst in die Phase der 1990/2000er-Jahre und des marktradikalen Neoliberalismus ist also falsch.

*Familiengemeinschaft (...) mit dem sozialdemokratischen Projekt einer konfliktfreien Volksgemeinschaft* gleichsam steril am Reißbrett entwerfen und organisieren. Das kann bei aller Komplexität des Gegenstandes - sowohl in Schweden als auch in Dänemark und samt des vormaligen Ostblocks - als gescheitert angesehen werden (Köhler 2010; Birke 2003a). Weniger scheiterte das Modell an den hohen Kosten und der Steuerbelastung, wie oft postuliert wird. Diese mögen zwar sicherlich einen Anteil daran haben, aber vielmehr liegt der Grund in der deliberativen Interpretation und dem mangelnden Konsens, was denn ein derart konzipierter Sozialstaat konkret leisten und wie er seinen komplexen Herausforderungen und den Ansprüchen der Individuen und Akteure entsprechend begegnen soll. Es sei weniger jene ‚*sinnstiftende Ordnung*‘, als vielmehr die Sehnsucht der Menschen danach, so Köhler (Köhler 2010: 238). Diese muss freilich immer enttäuscht werden, da jeder – je nach persönlichem und politischem Standpunkt und Betroffenheit – darunter etwas völlig anderes versteht und erwartet: Vordergründig so eindeutige Begriffe wie Menschenwürde, Sozialstaat, Grundversorgung oder Existenzminimum (usw.) können daher nicht teleologisch und abschließend definiert werden, sondern sind stets nur umkämpfte Interpretationen. Das zeigt sich (u. a.) in der prekären Situation (nicht nur; UL) der schwedischen Sozialdemokratie (Gmeiner 2013).

Die Demontage der sozialdemokratischen Hegemonie in ganz Skandinavien hält lange schon an und gerät zunehmend von rechts unter Druck (Birke 2003a; Frederiksen 2004). Dieser Befund gilt allerdings seit den 1970ern analog für die gesamte europäische Sozialdemokratie samt Gewerkschaften. Zwar fragte Gøsta Esping-Andersen unlängst, ob nordeuropäische, skandinavische Gesellschaften traditionell stärker egalitär sind und sich daher einen großzügigen Sozialstaat leisten, oder ob der Sozialstaat die Nordeuropäer egalitärer gemacht habe. Er tendiert positivistisch zu letzterem, da erst die sozialdemokratischen Reformen der 1960er-Jahre zu dem heutigen Ergebnis hoher Egalität geführt hätten (Esping-Andersen 2015). Das Ergebnis ist trotz dieser im Kern (vielleicht) richtigen Dialektik der allzu häufige Dissens im Sinne politischer Deliberation, ergo: der Frage nach Verteilung, Macht und Einfluss zur Gestaltung. Denn die von Esping-Andersen dort genannten Faktoren, wie die Bildungsreformen und Emanzipation der Frauen jener Jahrzehnte, zeigten sich in Deutschland und anderen Ländern ähnlich. Sie lassen sich also kaum dergestalt auf Skandinavien oder Nordeuropa reduzieren.

Auf ihre Frage *What Makes Scandinavia Different?* antworten bspw. die zwei dänischen Doktoranden Rune Møller Stahl und Andreas Møller Mulvad völlig klischeehaft - und tapen in die alte linke Falle -, es sei nicht *white homogeneity*, sondern (u. a.) „*the rise of organized labor movements (...), politically empowered by robust alliances with social democratic parties*“ (Møller Stahl und Møller Mulvad 2015). Was all jene Glorifizierungen (vermeintlich) sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Erfolge übersehen, ist der neue Strukturwandel der Öffentlichkeit und die in ihrem Schatten zunehmende soziale Differenzierung, die sich periodisch seit den 1960er-Jahren in ganz Europa ausbreitet und sich in einer Entpolitisierung sowie Entkollektivierung und Expertokratie zeigte (Brunkhorst 2016a zit. Habermas 1969). Der soziale Aufstieg, die Emanzipation und die positive Inklusion des Individuums jener Jahrzehnte allein durch die absichtsvolle Befähigung zur Selbstbehauptung war nur auf Kosten des Kollektivs möglich. Familie und Berufsstände einerseits und Gewerkschaften oder Parteien andererseits spielten fortan nur noch eine ergänzende, aber längst keine tragende Rolle mehr im Wohlfahrtsstaat, der fortan zwischen ‚*Chance and Choice*‘<sup>46</sup>, der Eröffnung und realen Einforderung der Aussichten, oszilliert (Ptak 2007: 57):

---

<sup>46</sup> Ursprünglich handelte es sich bei der Formulierung ‚*From Chance to Choice*‘ um den gleichnamigen US-Titel Politischer Philosophie als „*the first systematic treatment of the fundamental ethical issues underlying the application of genetic technologies to human beings*“ (Buchanan 2000). Diese Losung lässt sich m. E. problemlos auf alle anderen Bereiche sozialer Realität übertragen.

„Hier treffen sich Konservative, Sozialdemokraten und Liberale, die an jene Selbstverantwortung des Individuums appellierten. Aufgabe des Staates ist es dann nur noch, den Ordnungsrahmen für jene Möglichkeiten zu bieten und die Bedingungen sozialer Ungleichheit zu beseitigen, also formale Chancengleichheit herzustellen.“ (Münch 2016b)

Dahrendorf bezeichnete das als ‚Das Elend der Sozialdemokratie‘ (Dahrendorf 1987), die an ihren eigenen Erfolgen als kulturelle Linke zugrunde geht und dort stagniert.

Entsprechende Publikationen zu gefühlten oder tatsächlichen politischen, ökonomischen und sozialen Krisen und vom Ende der Geschichte oder der Moderne, der Parteien und Parlamente, der Linken, von Staat, Kapitalismus und Gesellschaft, des Arbeitsmarktes und der Ökonomie oder der Philosophie (usw.) erscheinen massenhaft von Autoren aller politischen, geistigen, sozialen oder wissenschaftlichen Lager seit Jahrzehnten - meist ohne besondere Wirkung oder historisches Gedächtnis. Agnes Heller beklagte daher jüngst, dass jene Autoren stets vom ‚Ende von irgendwas‘ fabulieren, das sich dann überraschendweise doch fortsetzt (Heller 2016). Der Inhalt jener zahllosen Titel wirkt so jenseits aller Emphase austauschbar. In der Regel werden die bekannten Narrative endlos reproduziert, ohne sie zu hinterfragen, zu verstehen oder zu erklären. Chantal Mouffe (Mouffe 2011) fragte daher, welchen Anteil Parteien des linken Spektrums selbst an einer solchen Entfremdung von demokratischer Politik gespielt haben, die recht inflationär als *Postdemokratie* (Crouch 2015) bezeichnet wird – und am Gegenstand weit vorbei geht. Für sie haben vormals sozialistische und sozialdemokratische Parteien der linken Mitte gegenüber dem Neoliberalismus kapitulierte und einzig seither erfolglos versucht, die Realität ‚menschlicher‘ zu gestalten. Im Ergebnis wurde einzig der Liberalismus demokratisiert und die Demokratie liberalisiert, die sich beide fortan dialektisch nur noch auf den universalistischen Rechtsstaat kaprizieren (Mouffe 2011: 3 f.).

Die Sozioökonomische Berichterstattung (SOEB) des SOFI Göttingen untersucht zwar derzeit empirisch die Fragen nach jener Einordnung von Wandel oder Umbruch der Gesellschaft Deutschlands jenseits ‚großer Erzählungen‘. Dennoch gelingt auch der SOEB kaum eine theoretische Erklärung jenseits ihrer anspruchsvollen wie umfangreichen empirischen Daten. Freilich ist auch dieser Befund nach Wandel versus Kontinuität und Transformation strittig. Denn insbesondere auf politischer Ebene ist die Feststellung der Schwäche der einen Partei als Stärke der anderen Partei aus sozialwissenschaftlicher Perspektive schon lange dem Befund der Schwäche und relativen Einflusslosigkeit aller politischen Parteien und Akteure gewichen. Die Parteienforschung konstatiert an dieser Stelle bereits, dass der Blick auf rein quantitative oder qualitative Daten und Merkmale wie Wahlergebnisse, Mitglieder, Wähler oder Ein- und Austritte (usw.) indes kaum Aufschluss über Potential und Kontext der Parteien gibt. Wer sie nur auf ihre Funktionen der Interessenartikulation und deren Bündelung reduziert, dreht sich im hermeneutischen Kreis. Zudem ist die Rolle der seit den 1980er-Jahren zunehmenden Wechselwähler bisher wenig erforscht (Jun 2006).

Dennoch ist auch dieser Befund von Krise, Wandel, Chance oder Scheitern von Politik, Parteien und Parlamenten aufgrund sozioökonomischer Umbrüche bisher hoch umstritten, da sich dieser Befund in allen OECD-Ländern ähnlich zeigt (Schäfer 2015), so dass sich hier kaum eine einzelne, mechanisch-kausale Erklärung finden lässt, die auf das Handeln der Akteure und das jeweilige Land selbst zurückginge. Im Mittelpunkt stehen vielmehr strukturelle Gründe. Die politische Partizipation und Artikulation nimmt zudem in den OECD-Ländern immer mehr zu, wenn auch Wahlbeteiligungen und Wählerstimmen je Lager und Partei immer mehr zurückgehen. Korte spricht davon, dass manche Autoren hier zwar einen deutlichen Zusammenhang von Wahlsystem, Wahlrecht und Parteiensystem erkennen wollen; andere Autoren wiederum erkennen den Zusammenhang eher in den gesellschaftlichen Verhältnissen, die völlig entkoppelt vom Wahlsystem bestehen respektive entstehen.<sup>47</sup> Vielmehr ist es aber ihre Interdependenz (Korte 2013: 36).

---

<sup>47</sup> Die belastbare Diskussion um die Wirkung allein der Wahlsysteme auf das Wahlergebnis lässt sich kaum ohne statistische und fachliche Expertise lösen. Korte betont hier, dass es weltweit insgesamt

Die wissenschaftliche Forschung bleibt im Ergebnis häufig inhaltslos und gerät in die Falle, selbst zu politisieren, zu skandalisieren und zu moralisieren und dabei nur Altbekanntes empirisch und normativ zu wiederholen („*Das nicht sein kann, was nicht sein darf*“), ohne inhaltlich viel zu klären (Nachtwey 2009; Nullmeyer 2016; Vobruba 2016). Tim König betont hier, dass die Kontroversen der Theorien nicht selten damit enden, dass ihre Unvereinbarkeit zwar festgestellt, aber nicht hinreichend erklärt oder aufgelöst wird (König 2012). Gleichzeitig findet sich diese Kritik der unzulässigen Politisierung und des Positivismus bereits 1904 bei Max Weber und seiner frühen Auseinandersetzung zum Werturteils- und Methodenstreit, die sich periodisch nur wiederholt und keinesfalls erst mit Max Weber begann.

Die Diskussion etwa, ob und wie stark (nicht ausschließlich, aber bspw.) der deutsche Sozialstaat reduziert oder schlicht nur angepasst wird (Frech und Schmid 2004), lässt sich keineswegs so einfach und polemisch beantworten, wie Schäfer hier bemerkt. Nimmt man einerseits den Anteil der Sozialpolitik am BIP und schaut man andererseits, wie großzügig einzelne Programme in Bezug auf die individuellen Leistungsansprüche ausgelegt sind, zeigt sich zwar in beiden Fällen ein relativer, aber kein absoluter Rückgang. Ende der 2000er-Jahre war der deutsche Sozialstaat weitaus generöser als noch 1980, aber gleichzeitig weniger großzügig als noch 10 oder 15 Jahre zuvor (Schäfer 2015: 231 f.). Der simple Beleg, dass immer mehr Menschen Sozialleistungen beziehen, weil deren Einkommen so gering sind, kann so keineswegs einen Rückgang des Sozialstaates und die Zunahme der Armut erklären. Nimmt man die Daten anderer OECD-Länder dazu, wird die Diskussion noch diffiziler. Zudem besteht seit Jahrzehnten das Symptom, alltägliche Phänomene und die des sozialen und technischen Wandels erst zu ominösen Krisen umzudeuten und sie dem methodologisch-ökonomischen Individualismus anekdotischer Evidenz zu unterwerfen („*Früher war alles besser*“). Vielmehr ist nach den theoretischen und empirischen Konstellationen zu fragen, die solches Handeln begleiten. Als Intermediäre gelten zwar politische Parteien. Diese haben jedoch kaum Einfluss auf den beanspruchten Gegenstand und existieren quasi parallel zu den durch sie erkannten und benannten Problemen. Sie weisen im Ergebnis sogar kaum einen Berührungspunkt zur Außenwelt auf und sind sogar eher Produkt ihrer eigenen sozialen Innen- und Außenwelt als dessen Gestalter.

### 3.1 Politische Parteien als Residuum sozialer Differenzierung

Historisch betrachtet stehen die sozialdemokratischen Parteien zwar für das Erbe und die Tradition der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung. Sie verkörpern damit die Emanzipation der unteren sozialen Schichten, das demokratische Streben nach der Gesellschaft der Gleichen und Freien. Sie stehen zwar für Aufklärung und soziale Gerechtigkeit. Offen ist aber, welche Bedeutung dieses Erbe heute überhaupt noch hat (Nachtwey 2009: 7). Kommunistische Parteien dagegen dienen eher der Konservierung politischer Ideen der Vergangenheit und der Bewahrung politischer Traditionen, die einerseits in der Zukunft innovativ wirken können; andererseits jedoch liege in der Bewahrung auch der Vorteil, sich an die Ablehnung gescheiterter und verworfener Konzepte zu erinnern und darüber zu vergewissern (Köhler 2006: 46). Dennoch betont Köhler hier die immense und mittelbare Bedeutung, die auch von nicht-etablierten Kleinstparteien und politischen Gruppierungen ausgeht.

---

mehr als 250 Wahlsysteme gibt, die sich zwar auf die zwei Grundtypen der Mehrheitswahl und der Verhältniswahl zurückführen lassen. Sie alle unterscheiden sich aber darin, wie jeweils die Stimmen in Mandate umgerechnet werden. Sie unterscheiden sich aber auch bereits innerhalb eines Landes, etwa in der Bundespolitik, der Ebene des Nationalstaates und den Europawahlen. Allgemeine Antworten und Forderungen nach der Reform des Wahlrechts sind hier unzulässig und eher von den bekannten Vorurteilen geleitet, so Korte dort.

Die deutsche Linkspartei wurde zuweilen (u. a.) als *Renaissance einer neuen Sozialdemokratie*, als *Partei neuen Typs* aber auch als *gescheiterte Partei* bezeichnet (Rosa Luxemburg Stiftung 2007; Hoff 2014; Rugenstein 2013). Ferner offenbarte die Sozialdemokratie bisher wiederholt stets ihre offene Flanke zur links-grün-alternativen Ökologiebewegung der Grünen ab den 1970er-Jahren. March betont hier, dass sich insbesondere nach 1989/90 in nahezu allen europäischen Ländern alte und neue Parteien links von der Sozialdemokratie finden lassen. Als Kommunisten bezeichnen sich gegenwärtig und demzufolge nur noch wenige, wie auch ebenso wenige Kapitalismus und Demokratie kategorisch ablehnen würden als noch in den 1960/70er-Jahren. Mit unkritischer Haltung gegenüber ihrem sowjetischen Erbe, zentralistischer Organisation und revolutionärem Anspruch, so March, stellen jene Parteien, die sich weiterhin zum Kommunismus bekennen, ein Randphänomen dar (March 2008b). Etwa 60 Parteien dominieren so gegenwärtig das Bild europäischer Parteien im politischen Spektrum links von der Sozialdemokratie und den Grünen. Ein großer Teil hat sich zu europäischen Netzwerken unterschiedlicher Ausrichtung zusammengeschlossen. Eine europäische, d.h. in den unterschiedlichen Ländern Europas, einheitlich-homogene Linke erscheint dennoch so wenig realistisch, wie sie auch durchaus ähnliche Motive hat (March 2008: 3). Die Kategorisierung der unterschiedlichen Linksparteien in ganz Europa fällt in der Literatur sehr unterschiedlich aus, wenngleich die Euroskepsis (bzw. Ablehnung gegenüber der EU) und die soziale und nationale Frage als zentrale Achsen ihres Handelns gelten können.

March unterscheidet hier zunächst nach *extremer* und *radikaler* Linke. Als *extrem* gelten ihm so Parteien kommunistischer Ausrichtung; als *radikal* gelten demnach die Parteien neuen Typs. Für Janssen (Janssen 2013: 8) ist die Frage nach „*föderalistischem Euroskeptizismus*“ bedeutsamer, um die linken Parteien Europas einzuordnen. March dagegen betont, dass die in seiner Sicht *radikale Linke* zwar einen systemischen Wandel des Kapitalismus fordere, aber durchaus die demokratischen Rahmenbedingungen akzeptiert. Nicht die Revolution sei das Ziel, sondern die Bewahrung des sozialdemokratischen Wohlfahrtskonsenses, kombiniert mit Feminismus, Umweltschutz und Euroskepsis. Gemeinsam sei diesen Parteien der Protest gegen Globalisierung und Marktliberalisierung sowie die Forderung nach mehr direkter Demokratie und der Stärkung sozial Benachteiligter. Zudem bildeten sich nach 1989 Zusammenschlüsse linker Parteien mit grünen Parteien. Eine exakte wissenschaftliche Definition für den Begriff des Eurokommunismus bildete sich nach Dörr aber nicht heraus. Das wurde zum einen durch die hohe Politisierung des Themas und die relativ kurze Dauer einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Eurokommunismus verhindert. Wie alle anderen Begriffe dieses Diskurses blieb auch dieser Terminus recht vage, was erneut zahllose wie gegenseitige Interpretationen von links und rechts ermöglichte (Dörr 2016).

All jene Positionierungen nach links und rechts können im Ergebnis ohnehin nur im Schatten der Mitte gesehen werden. Gleichzeitig ist mit solch einer mehrdeutigen Mitte der Ort bezeichnet, der ebenso unbestimmt und daher in wechselseitiger Relation zu seinen Extremen gesehen werden muss (Münkler 2012). Verändern sich wie in ganz Europa die Realität und politische Praxis von Christdemokraten und Sozialdemokraten als Protagonisten der Neuen Mitte einer ‚*Arbeitnehmergeellschaft*‘ seit den 1960er-Jahren (Reinhardt 2014; Lafontaine 1999; Hombach 1998), verändern sich auch die Parameter links und rechts. Eine Erweiterung seit 2007 auf das deutsche Fünf-, Sechs- und Siebenparteiensystem (*CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne, Linke, AfD*) und die Zunahme und reziproken Spaltungen der neuen Kleinstparteien innerhalb jenes Ensembles erschweren zusätzlich eine eindeutige und selbstbewusste Identifikation.

Koalitionen sind in Deutschland im Allgemeinen schwierig, da jede Partei in der Regel auf die Durchsetzung ihrer originären wie ideologischen Ziele, Werte und Haltelinien beharrt, während dänische Parteien hier offenbar weniger Berührungspunkte haben. Hier dominieren zwar hauptsächlich Diskurse und Modelle der Konkurrenz- versus Konsensdemokratie. Gleichzeitig sind aber derartige Versuche einer solchen Definition wenig hilfreich. Denn jene Reinformen der Konkurrenz-, Konsens- oder Konkordanzdemokratie kommen in der politischen Wirklichkeit gar nicht vor. Demokratien sind ihrem Wesen nach sämtlich von Konkurrenz, Konsens und Konkordanz determiniert. Sie unterscheiden sich allein im Grad des Wettbewerbs und der Aushandlung. So lässt sich in allen

liberalen und westlichen Demokratien ein zunehmender Stellenwert an Konsenslösungen beobachten – eben jener Konsens, den Habermas hier in seinem Modell der Deliberation nahezu absolut setzt, der sich aber soziologisch nahezu ausschließt und den Konflikt auf allen Seiten erst begründet.

Der Begriff der Partei ist nach Lösche ein ‚*Allerweltsbegriff*‘, der in der Alltagskommunikation in unterschiedlichen Zusammenhängen gebraucht werden kann (Lösche 2006b). Man spricht bspw. von der *Mietspartei* innerhalb eines Mietshauses oder von *Konfliktparteien vor Gericht*. Wer *Partei nimmt* ergo: *Stellung bezieht*, bekennt sich damit umgehend zu einer bestimmten Gruppe, Partei, Position oder Person und distanziert sich zugleich von der anderen Seite. *Partei* wird etymologisch mit *Teilhaftigkeit* gleichgesetzt. Abgeleitet aus der lateinischen Wurzel *pars* bedeutet das Wort der *Partei*: *Teil einer Gesamtheit, Teil der Gesellschaft oder Teil der politisch aktiven Bürger zu sein* (ebd.). Eine politische Partei kann demzufolge in einer demokratischen Gesellschaft nicht losgelöst betrachtet werden und keine isolierte Position vertreten, sondern ist immer Teil einer größeren Gesamtgesellschaft. Eine Gegenüberstellung von Volk und Parteien hielt der Staatsrechtler und Verfassungsrichter Gerhard Leibholz 1974 für irreführend, „*weil es das Volk in dem zur politischen Wirklichkeit gewordenen massendemokratischen Parteienstaat liberaler Prägung überhaupt nicht gibt.*“ (Kremendahl 1978: 3, zit. Leibholz 1974: 76). Es seien gerade die Parteien selbst, die in einer Demokratie das Volk aktivieren und handlungsfähig machen (ebd.). Wäre die Partei ein absonderlicher Aggregatzustand, würde das eher auf ein totalitäres Regime und autoritäre Auffassungen hindeuten als auf eine plurale Demokratie. Eine *politische Partei* ist nach Hillmann (Hillmann 2007: 666): „*ein organisierter Zusammenschluss von Bürgern mit gemeinsamen weltanschaulichen Orientierungen, Wertvorstellungen, Zielen und Interessen*“, die in einem demokratischen Mehrparteiensystem und in Abgrenzung zu totalitären Ein-Parteien-Systemen einer Diktatur in Konkurrenz mit anderen Parteien versucht, durch Wahlen und parlamentarische Aktivitäten möglichst großen Einfluss auf Politik, Gesetzgebung und die Besetzung staatlicher Stellen zu gewinnen. Max Weber hatte Parteien (u. a.) definiert als

„*auf (formal) freier Werbung beruhende Vergesellschaftungen mit dem Zweck, ihren Leitern innerhalb eines Verbandes Macht und ihren aktiven Teilnehmern dadurch (ideelle oder materielle) Chancen (der Durchsetzung von sachlichen Zielen oder der Erlangung von persönlichen Vorteilen oder beides) zuzuwenden.*“ (Weber 2005: 211)

Dabei können Parteien sowohl kurzzeitige als auch auf Dauer angelegte Vergesellschaftungen innerhalb eines Verbandes sein. Außerhalb eines Verbandes, den sie beeinflussen wollen, sind sie grundsätzlich nicht möglich, so Weber. Ihre Ziele und Ausrichtungen können verschiedene Formen annehmen, wie der Patronage-Partei, die ausschließlich auf die Erlangung der Macht und Stellen durch ihre Leiter und Mitglieder ausgelegt ist. Möglich ist ferner die Repräsentation von Ständen oder Klassen. Hillmann fährt hier fort, dass sich nach Max Weber und Maurice Duverger folgende Partei-Typologien herausgebildet haben, nach denen man sie zunächst grob definieren kann:

- Organisationsstrukturen: Honoratioren-, Massen-, Kaderpartei.
- Zielvorstellungen: Weltanschauungs-, Programm-, Interessen-, Plattformpartei.
- Struktur der Mitglieder und Anhänger: Klassen-, Volks-, Standespartei.

Entstanden sind politische Parteien in Europa und den USA in der bürgerlich freien Gesellschaft erst nach 1789 infolge der Französischen Revolution, die sich von den bisherigen Ständen und vormaliger Ordnung (*Adel, Klerus, freie Bürger, Handwerker und Bauern*) gelöst hatte. Denn erst durch die Revolution von 1789 erhält die öffentliche Meinung eine beachtete Größe, die zuvor noch nach Rousseau als negativ konnotiert galt, und die es zu kontrollieren und möglichst zu unterdrücken galt (Geiger 1991: 346 ff.). Der Begriff der *politischen Kultur* entstand zeitgleich im 18. Jahrhundert, auch wenn der Begriff der *Politik* insbesondere im internationalen Kontext sehr mehrdeutig und

vielschichtig ist (*politics, polity, policy*).<sup>48</sup> In Deutschland entstanden erste Parlaments-Parteien jedoch erst im Revolutionsjahr 1848/49. Sie benannten sich zunächst nach den Frankfurter Gasthäusern, in denen sie sich trafen.<sup>49</sup> Ergänzt wurden sie um zahlreiche lokale Ortsverbände, die jedoch allesamt wenig organisiert auftraten. Außerhalb des Parlaments organisierte Parteien etablierten sich in Deutschland zunächst erst nach Gründung des Kaiserreichs 1870/71. Dennoch besaßen Parteien unter Bismarck im Kaiserreich keinerlei personellen Zugriff auf die staatliche Exekutive; sie verblieben „im Vorhof der Macht“, da mit Ausnahme der Hansestädte allein die Fürsten die Regierung einsetzten (Rudzio 1993: 6). Erst nach 1918 und der Weimarer Reichsverfassung von 1919 wurden Regierungen von Parteikoalitionen getragen. Die öffentliche Auseinandersetzung wurde fortan primär Gegenstand der Parteien, die ihre Entscheidungen in den Koalitionsausschüssen fällten. Die Linke setzte hier zudem Parteigremien ein. Dennoch galt die Weimarer Verfassung als Ausdruck obrigkeitshöriger Reminiszenzen und als wenig parteienfreundlich. Parteien galten dort als „extrakonstitutionelle Erscheinung“, der Reichspräsident als „Ersatzkaiser“ (Rudzio, ebd. zit. Triepel 1930). Im Kaiserreich (1871 – 1918) existierten mehr als zwei Dutzend Parteien; im Reichstag der Weimarer Republik (1919 – 33) saßen bis zu 17 Parteien. Zugleich jedoch arbeiteten die (bürgerlich-rechts-konservative) Zentrums- und die SPD von 1920 bis 1932 in einer schwarzroten (*Großen*) Koalition eng zusammen.

Frank Decker unterscheidet ähnlich wie Hillmann historisch nach:

- Elite- oder Kaderparteien bis zum Ende des 19. Jahrhunderts
- Massen- oder Massenintegrationsparteien von 1880 bis etwa 1960
- Volks- oder Allerweltparteien (*catch-all-parties*) seit etwa 1945
- Professionelle Wählerparteien seit den 1980er-Jahren (Decker 2013: 42).

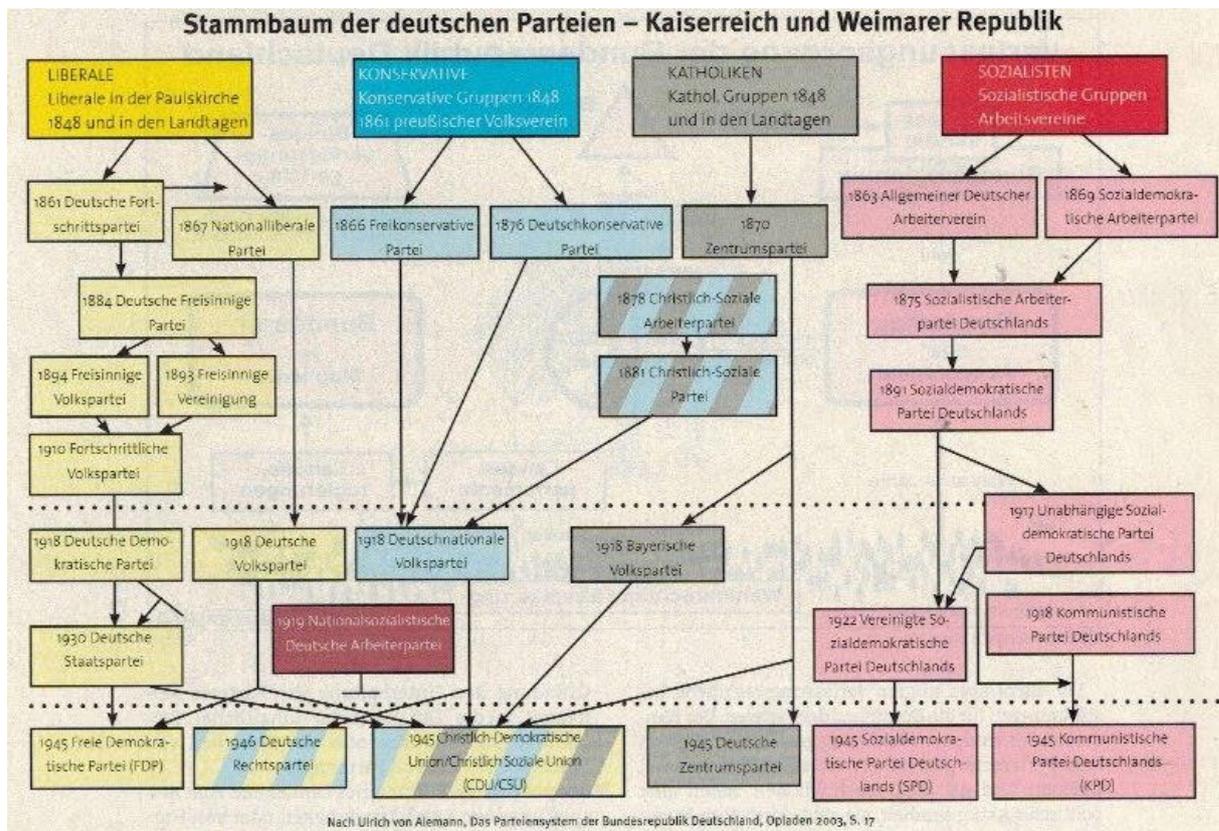
Paul Lucardie erläutert hier „drei Großfamilien“: die der *Liberalen, Sozialisten* und *Konservativen* mit deren „*entfernten Vettern*“ und „*angeheirateten Schwiegerfamilien*“ der „*Anarchisten, Kommunisten, Feministen, Grüne, Ökologen, Faschisten (usw.)*“ (Lucardie 2013: 61 f.); während Lösche hier vier Familien erkennt: *Liberale, Konservative, Katholiken* und *Sozialisten*. Historisch lassen sich die Sozialisten der Arbeiterschaft, die Liberalen dem Bürgertum, die Konservativen der Feudalaristokratie, dem Militär und den Beamten zuordnen. Dazu traten konfessionelle Gruppen wie die katholische Zentrumspartei, die ihren Namen schlicht daher trägt, dass ihre Sitzposition 1852 im Preussischen Abgeordnetenhaus zwischen Liberalen und Konservativen lag (s. Abb. 1).

---

<sup>48</sup> Ganz allgemein wird unter dem Begriff der *Politik* die Regelung der Angelegenheiten des Gemeinwesens durch verbindliche Entscheidungen verstanden, auf die Staat und Bürger in verschiedener Art und Weise Einfluss nehmen können respektive wechselseitig Ansprüche darauf anmelden. Abgeleitet wird der Begriff vom Lateinischen *politica, politicus* oder dem Griechischen *politiká*. Damit wurden klassischerweise die Angelegenheiten der griechischen Stadtstaaten, der *Polis*, bezeichnet. Bekannt ist hauptsächlich die Referenz zu Aristoteles' antikem gleichnamigem Werk *Politik*, nach der als eine der vier unbestrittenen Hauptthesen der Mensch ein soziales Wesen ist, das auf die Bildung von Gemeinschaft ausgerichtet ist (*zoon politicon*).

<sup>49</sup> Die konservative Rechte tagte im *Café Milani*; das konstitutionell-liberal-rechte Zentrum im *Casino*, im *Landsberg* und *Augsburger Hof*; das parlamentarisch-liberale, linke Zentrum im *Württembergischer Hof* und im *Westendhall*; die Demokratische Linke im *Deutschen Hof* und im *Donnersberg*. Entsprechend benannten sie sich.

Abbildung 1: Parteifamilien (Deutschland)



Quelle: Lösche 2006: 24

Die aktuellen gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung und Betätigung politischer Parteien finden sich in Deutschland im Parteiengesetz, im Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 21 - 79 BGB) und im Grundgesetz (Art. 9, 21 GG). Im internationalen Vergleich jedoch ist dieser Verfassungsrang der Parteien eine Ausnahme. Die konstitutionelle Verankerung der innerparteilichen Demokratie, die der deutsche Gesetzgeber den Parteien damit auferlegt, ist nahezu beispiellos, aber auch aus der Erfahrung der Diktatur der NSDAP plausibel. Das Bundesverfassungsgericht spricht daher vom Parteienprivileg, das sich hauptsächlich auf die staatliche Finanzierung und das mögliche staatliche Verbot einer Partei (Art. 2 Abs. 2 GG) bezieht (Jun 2015: 5). In Deutschland wurden seither zwei Parteien verboten: die rechtsextreme *Sozialistische Reichspartei* (SRP, 1952) und die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD, 1956).

Der Oberste Gerichtshof hat auch in Dänemark das Recht, Parteien zu verbieten, „die sich unter Anwendung von Gewalt betätigen oder ihre Ziele durch Gewaltanwendung, Anstiftung zur Gewaltanwendung oder ähnlich strafbare Beeinflussung Andersdenkender zu erreichen versuchen“. Ein Verbot aus anderen Gründen ist in Dänemark unzulässig (Schubert 2011: 65; s. auch: Grundlov Art. 78. Abs. 2). Seit 1941 ist mit dem *Kommunistloven* („Lov om Forbud mod kommunistiske Foreninger og mod kommunistiske Virksomhed“)<sup>50</sup> dort keine Partei mehr verboten worden. Allerdings ging das Gesetz dort von der deutschen Besatzungsmacht aus (Skou 2011: 392). Hier bleibt also Schubert etwas ungenau, wenn er von einer dänischen Besonderheit spricht. Außerdem hat dieses Verbot die Kommunisten eher gestärkt als geschwächt (Skou 2011: 393).

<sup>50</sup> „Gesetz zum Verbot gegen kommunistische Vereine und gegen kommunistische Tätigkeit“ (beschlossen vom Dänischen Reichstag am 22. August 1941).

Weitere Ansätze der Parteiensoziologie sind nach Hillmann:

- demokratietheoretische Ansätze,
- organisationssoziologische Ansätze,
- das Verhältnis zwischen Parteimitgliedschaft und Parteiführung,
- das Verhältnis zwischen Parteiorganisation und Parlamentsfraktion der Partei,
- die Zusammenhänge zwischen Mehrparteiensystemen und der Stabilität der staatlichen Regierungsgewalt,
- die Beziehungen zwischen Parteien und Interessenverbänden,
- die Tendenz der Entideologisierung zu Volks- und Allerweltparteien,
- das Missverhältnis zwischen dem Bildungsauftrag und der Korrumpierung aufgrund der Wählermaximierung und den Massenmedien,
- die Zusammenhänge zwischen Parteifinanzierung und der Abhängigkeiten einer Partei und
- die Auswirkungen von Wahlrechtsbestimmungen auf die Parteienstruktur.

Die vier wesentlichen Funktionen von Parteien als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft („*Sandwich-Parteien*“; Jäger 1993) lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- **Auswahlfunktion:** Rekrutierung der politischen Elite: „*vom Ortsrat bis zum Kanzleramt*“ (Lösche 2006: 12).
- **Vermittlungsfunktion:** Vertreter von Partikularinteressen und Vertreter der Nation.<sup>51</sup>
- **Interessenausgleichsfunktion:** Ziel ist die stete Kompromisslösung divergierender Interessen innerhalb wie außerhalb der Partei. Fehlen diese Katalysatoren, droht ein Machtkartell der Verbände ohne Pluralismus.
- **Legitimierungsfunktion:** Parteien übernehmen und ermöglichen so die Konsensualisierung und Prozessualisierung innerhalb der Demokratie. Ohne solche Regeln drohe der „*Bürgerkrieg*“ (Lösche 2006: 12). Kritiker sprechen hier von einer „*Mitmach-Falle*“ (Wagner 2014), die Partizipation über verschiedene Instrumente der Bürgerbeteiligung eher simuliert als ermöglicht und damit einzig das Handeln der Akteure selbst unmittelbar legitimiere anstelle der Interessen der beteiligten und betroffenen Bürger (Nanz und Fritsche 2012: 131).

Des Weiteren lassen sich zwei Hauptgruppen von Aufgaben, die politischen Parteien allgemein zukommen, skizzieren:

- **Intermediäre Aufgaben** zwischen Gesellschaft und Staat: Organisation von Wahlen, Rekrutierung des Personals, die Artikulation und der Ausgleich gesellschaftlicher Interessen.
- **Gouvernementale Aufgaben:** Regierungsbildung, Strukturierung des Parlaments durch Fraktionen, Bildung der Regierungsmehrheit und Opposition, Auswahl der Amts- und Mandatsträger.

Parteien lassen sich also auf vielfache Weise skizzieren, wodurch die Parteienkritik, auch diejenige, die von ihnen selbst ausgeht, um ein vielfaches komplexer wird. Politische Parteien unterliegen daher dem stetigen Wandel und Anpassungsdruck divergierender sozialer Realitäten.

### 3.2 Radikale Mitte zwischen Spaß- und Volkspartei?

Seinen nicht nur verbalen Ausdruck findet jene plurale Differenzierung in den sogenannten *Milieu-parteien* oder *Massenintegrationsparteien*, die auch als *Volkspartei* bezeichnet werden kann und historisch „*einen Katholiken oder Sozialisten von der Wiege bis zur Bahre*“ begleitete (Lösche 2006a: 18). Der Begriff der Massenintegrationspartei geht zurück auf den Soziologen Rainer M. Lepsius

---

<sup>51</sup> Lösche verweist hier auf den Politologen Ernst Fraenkel, der sinngemäß sagte: „*Erst wenn die Parteien und ihre Parlamentarier sich dazu bekennen, Repräsentanten von – zugespitzt formuliert – Sonderinteressen bzw. Sonderbedürfnissen zu sein, wird die freimütige Austragung von kollektiven Interessengegensätzen möglich. Dann wird auch ein daraus resultierender Kompromiss akzeptabel und die eigene interessengefärbte Position muss nicht mit dem Heiligenschein des Gemeinwohls umgeben werden.*“ (Lösche 2006: 12)

(Lepsius 1966), der in dem Zusammenhang bereits von „*sozialmoralischen Milieus*“ sprach. Lepsius bezeichnete sie „*als soziale Einheit, die durch das Zusammentreffen mehrerer Strukturdimensionen gebildet wurde*“, wie bspw. der Religion, Region, der wirtschaftlichen Lage und schichtenspezifischen Zusammensetzungen oder der gemeinsam kulturellen Orientierung. Die Milieus der Katholiken und Sozialisten wurden so jeweils durch ein eigenes Netzwerk zusammengehalten, das neben der Partei und Kirche eine ganze Reihe anderer Organisationen umfasste wie Sportvereine, Gewerkschaften, Genossenschaften, Freizeitangebote und Kultur- wie Bildungseinrichtungen. Gemeinsame Rituale, Symbole und Festtage bildeten den Rahmen der inneren Kohärenz sowie der jeweils systemischen und nicht selten konfliktbeladenen Abgrenzung nach außen. Die gemeinsame Verfolgung und Ausgrenzung jener Milieus unter Bismarck ab 1872 aufgrund der Sozialistengesetze von 1878 bis 1890<sup>52</sup> führte zu innerer und tatsächlicher Emigration der Betroffenen. Die Folge war eine Zersplitterung der politischen Kultur des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Ob das zum Untergang der ersten deutschen Demokratie geführt haben soll, ist jedoch höchst strittig ist, da die Arbeiterbewegung und Opposition durch die Repressionen eher gestärkt als geschwächt wurde (Lösche 2006a: 19). Da sich die Kommunisten 1918/19 von der Sozialdemokratie ablösten, führte das zu Doppelungen bei gegenseitiger Ausdifferenzierung der Vereine und Organisationen. Aufgrund zunehmender Säkularisierung und beginnender Individualisierung brachen jene Massenintegrationsparteien zusehends auseinander und wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zu den späteren *Volksparteien* der SPD und CDU (Lösche 2006a: 18 ff.).

Mittlerweile haben sich diese Milieubindungen zwar weitgehend aufgelöst. Dennoch dominieren bis heute die drei klassischen Images der Parteien, welche noch bis in die 1970er-Jahre hinein die reale Form der Konfliktlinien bestimmte, die heute nur mehr symbolischen Charakter haben:

- gewerkschaftliche und arbeitnehmersnahe Identität der Sozialdemokraten
- katholisch-konservatives Milieu der CDU/CSU
- bürgerliches Milieu der Freiberufler, Mittelständler und Bildungsbürger, die mit liberalen Parteien wie der FDP sympathisieren.

Peter Haungs konstatierte 1993, dass „*der gegenwärtige Zustand der Parteien wesentlich durch das Schrumpfen sozialer Milieus bedingt sei. Was diese Milieus früher für die Parteien leisteten, nämlich ‚Werte- und Konzeptionsproduktion‘, müssten diese nun selbst zustandebringen*“, was ihnen jedoch nicht mehr recht gelingt. Fraglich ist aber, ob sie dazu überhaupt in der Lage sind (Haungs 1993: 26). Haungs teilte diesen Pessimismus nicht und erinnert stattdessen, dass *gesellschaftliche Großkonzepte wie die Soziale Marktwirtschaft oder die Ost-West-Politik schließlich nicht von Parteigremien ausgearbeitet, sondern von denen schlicht ‚adoptiert‘ wurden*. Sie bleiben so in jenem äußerst fluiden Residuum sozialer Realität verhaftet, das nur mehr reagiert als souverän agiert.

Eine einheitliche Kategorisierung danach, was oder welche Partei denn nun abschließend eine ‚echte‘ Volks- o. Großpartei, eine Klein- oder Kleinst- und Splitter- o. Protest- und Spaßpartei (usw.) ist, wird es kaum geben. Zu unterschiedlich sind hier die unzählbaren Definitionen und Abspaltungen, die sich teilweise überschneiden, widersprechen oder durchaus in Ergänzung zueinander stehen können. Zum Teil sind derartige Definitionen und Versuche auch ideologisch, medial und normativ überformt oder hoch problematisch. Einig ist sich die Literatur einzig darin, dass der isolierte Blick nur auf Mitgliederzahlen, Programmatik und Wahlergebnisse (usw.) kaum adäquaten Aufschluss über die seriöse Einordnung einer Partei gibt, aber soziologische Einordnungen eher selten sind. Zudem sind diese Begriffe oft aus der eigenen deutschen Perspektive heraus besonders konnotiert.

---

<sup>52</sup> Am 19. Oktober 1878 verabschiedete der Reichstag mit der Stimmenmehrheit der Konservativen und Nationalliberalen das Gesetz „*wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie*“. Auf Grundlage des sog. „*Sozialistengesetzes*“ wurden innerhalb von zwölf Jahren etwa 1.300 Druckschriften und über 330 Arbeiterorganisationen und Gewerkschaftsverbände - darunter auch die SAP (*Sozialistische Arbeiterpartei als Vorläufer der SPD ab 1890*) - verboten und Tausende verhaftet.

Der Begriff und das Konzept der Volkspartei sind in Europa nahezu unbekannt oder unüblich. Eher taucht der Begriff vom *Volk* oder der *Volkspartei* in den Bezeichnungen der Parteien zwar auf, wie bspw. in vielen dänischen Parteien, die jeweils lagerunabhängig als *Folkeparti* firmieren oder der französischen *Union pour un mouvement populaire* (UMP), der spanischen *Partido Popular* (PP) und der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP) (usw.). Derart konnotierte Begriffe und Konzepte sind aber in den internationalen Medien und der politikwissenschaftlichen Fachsprache eher unüblich (Borchard et al. 2012). Der deutsche Begriff der Volkspartei erweist sich daher als ebenso inflationär wie antiquiert und problematisch in vielerlei Hinsicht. Insbesondere im Hinblick auf die belasteten ‚*Volks-Begriffe*‘ der NS-Diktatur scheint der Terminus diskreditiert. Seinem Ursprung nach war der Begriff *Volkspartei*, wie Grabow zeigt (Grabow 2012: 10, zit. Mintzel 1984: 22 f.): „*ein ideologischer Kampfbegriff konservativer, bürgerlicher und christlich-demokratischer Parteien gegen die kommunistischen, sozialistischen und sozialdemokratischen Arbeiterparteien.*“ Damit unterstrichen diese gegenüber den revolutionären Bestrebungen einer Minderheit, aus ihrer Sicht Vertreter des ganzen Volkes zu sein, das ihrer Meinung nach deutlich über die gesellschaftlichen Schichten der Arbeiter hinausging und eine breite Pluralität (und damit Konflikte der Deliberation, UL) widerspiegelte und absorbierte. Die Volkspartei müsse nach Karl Joachim Kierey in der Lage und auch willens sein, tatsächlich die von ihr betriebene Politik und ihrer Organisation nach außen hin vermittelnd darzustellen und die Gruppen am innerparteilichen Entscheidungsprozess teilhaben zu lassen sowie deren Interessen glaubhaft zu vertreten (Grabow ebd.; zit. Kierey 1972: 17 f.).

Uwe Jun (Jun 2015c) betont, dass der prägende Typus der bundesdeutschen Parteiendemokratie der Nachkriegsgeschichte eindeutig die Volkspartei war. Nach landläufiger Meinung ist (bzw. war) das eine Partei, die mit ihrem Programm nicht nur begrenzte Interessen- und Wählergruppen anspricht und deshalb Anhänger und Wähler in allen Bevölkerungsschichten hat. Tatsächlich galt lange Zeit einzig die CDU als Prototyp einer solchen Volkspartei, da sie zum einen interkonfessionell aufgestellt ist; und zum anderen durchaus schichtenübergreifend breite Teile der Bevölkerung repräsentiert und sich in Teilen mit den progressiven Ideen der Sozialdemokraten anfreunden konnten. Der historische Bezug zur katholischen Soziallehre machte sie sowohl für konservative wie christliche als auch links- und rechtsliberale Milieus interessant. Gleichzeitig absorbierte die CDU als „*Volkspartei der rechten Mitte*“ bis in die Gegenwart jeglichen Extremismus, was jüngst mit Aufkommen und Spaltungen der AfD ab 2013/15 ff. zusehends erodiert.<sup>53</sup> Allerdings setzte hier bereits 1983 mit der Partei der *Republikaner* ein erster Prozess der Spaltung und Transformation konservativer Milieus ein.

Dass konservativ Bürgerliche dagegen reaktionär am Vergangenen festhielten, ist nicht nur teleologisch und ontologisch problematisch, sondern schließt sich geradezu aus. Solch eine Praxis kommt zudem nicht nur in der soziologischen und politischen Realität - abgesehen von wenigen radikalen politischen oder evangelikalen Sekten und extremen religiösen Fundamentalisten - kaum vor. Sie würde sich auch selbst aufheben, da dann schnell nichts mehr da wäre, was zu bewahren, zu verteidigen oder zu erhalten ist, wenn die Perspektive derart fatalistisch und deterministisch regressiv wäre (Breuer 1993).<sup>54</sup>

---

<sup>53</sup> Aus internen Machtkämpfen innerhalb der 2013 gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) entstand 2015 die *Allianz für Fortschritt und Aufbruch* (*Alfa*), die nach einem gerichtlichen Namensstreit mit dem Verein „*Aktion Lebensrecht für Alle*“ in *Liberal-Konservative Reformer* (LKR) umbenannt wurde und zusammen mit dem Verein *Zukunft Deutschland* enttäuschte CDU-Wähler gewinnen möchte, während die reformierte AfD zusehends nationalistisch agiert und sich mit teils rechtsextremen Milieus wie der NPD, Pegida und Identitärer Bewegung (usw.) solidarisiert.

<sup>54</sup> Selbst die Zeugen Jehovas, die Amish People und der (sog.) Islamische Staat, die sich in ihrer rigiden Ideologie der modernen Welt fast vollständig verschließen, betreiben zahllose eigene Websites, Onlineforen, *Facebook*- und *WhatsApp*-Gruppen und nutzen freimütig alle ihnen zur Verfügung stehenden Kommunikations- und Transportmittel der Populärkultur und ihrer Ästhetik.

Zwar galt die historisch problematische Nähe und Kollaboration des Katholizismus, der die spätere Christdemokratie politisch begründet, zu antidemokratischen und totalitären Ideologien und Regimes als unstrittig. Dennoch zeigte sich später deren hohe europäische Integrationskraft und marktwirtschaftlich koordinierte Stabilisierungsleistung ihres Dritten Weges zwischen Sowjetkommunismus und dem ungezügelter Manchester-Kapitalismus der USA (Gehler et al. 2001: 13). Bemerkenswert daran scheint, dass sich hier die Christdemokratie als ideologischer Leitwolf sieht, der sich die Linke schlicht nur alternativlos angeschlossen respektive unterworfen hat. Dabei könnte die Perspektive auch genau anders herum lauten und die organisierte Sozialdemokratie als Idealtypus der Symbiose und Ergebnis politischer Deliberation gelten (Dahrendorf 1987). Zugleich bemerken Gehler et al. hier, dass man sicherlich nicht von einem 20. Jahrhundert als Jahrhundert der Christdemokraten sprechen könne, da allein der Katholizismus historisch keine ordnende Kraft ist. Zudem bildeten sich derart organisierte demokratische Parteien erst relativ spät und nach Ablösung der Militärdiktaturen ab den 1970er-Jahren in Spanien, Portugal oder Griechenland heraus. Katholisch-konservative Parteien gründeten sich etwa in Polen oder Ungarn sogar erst nach 1989 - während dort der offizielle Staatskommunismus ebenso wenig breite Unterstützung erfuhr (March 2008b, 2008a). Dennoch bemängeln Gehler et al. hier, dass sich die Parteienforschung „*besonders intensiv mit dem Liberalismus im 19. Jahrhundert und den sozialistischen Parteien (...) befasst hat, jedoch weitaus weniger und schon gar nicht systematisch europäisch vergleichend mit (...) christdemokratischen Parteien*“ (Gehler et al. 2001: 14). Der Befund mag verwundern, weil sie ja tatsächlich selbst Teil und Ergebnis jenes historischen und politisch geteilten Liberalismus sind, den sie ja selbst in Form des liberalen Rechtsstaates beanspruchen und gegen autoritär-totalitäre Tendenzen verteidigen. Eine orthodoxe Engführung nur auf den universellen christlichen oder katholischen Gedanken, wie sie es hier versuchen, geht gewissermaßen am Thema vorbei und isoliert sich selbst, so wie sich die frühen Sozialisten und Kommunisten selbst isolierten und gesellschaftliche Dynamiken nahezu völlig ignorierten (Honneth 2015).

So kommen denn auch die Autoren in ihrer Einleitung zu dem resignativen Schluss, dass (auch) die christdemokratischen Parteien in Westeuropa seit Mitte der 1960er-Jahre massiv an Zustimmung und Einfluss verloren haben und sich seither überall verstärkt marginale Kleinstparteien gegründet haben; „*stattdessen sind die Konservativen und die früheren Neofaschisten erstarrt*“ (Gehler et al. 2001: 19). Zwar blieb die CDU/CSU in Deutschland bisher in 51 von 68 Jahren (75 %) nach Kriegsende lange die stärkste Kraft im Bundestag, musste aber 1998 eine Niederlage hinnehmen, die sich freilich ab 2005 als nur geringfügige Delle wieder nivellierte. Außerdem haben Christdemokraten als einstige und beanspruchte Volkspartei längst links-/sozialliberale Kräfte integriert, statt sie zu bekämpfen und eine eigene Programmatik entwickelt.

In Dänemark hingegen gibt es weder historisch noch aktuell eine spezifisch starke christdemokratische Partei, wie etwa die CDU. Dennoch sieht sich die *Kristendemokraterne* zwar als Teil einer ganzen Familie solcher Parteien, die aber in den Wahlen seit 1971 weit unterhalb der 5-Prozent-Marke bleibt und sich relativ schnell in der rechts-/sozialliberalen Mitte der Venstre angesiedelt hat (Skou 2011: 408, 764).<sup>55</sup> Gleichwohl gibt es auch dort starke rechtspopulistische, nationalistische, selten aber extremistische Parteien, wie die *Fortschrittspartei* oder die *Dänische Volkspartei*, die sich 1995 (neu) gründete,<sup>56</sup> 2001 erstmals 22 Mandate (12 %) errang und damit drittgrößte Partei im Parlament war. Seit der Wahl 2015 stellt sie nun die zweitstärkste Fraktion und stützt eine

---

<sup>55</sup> Die Partei entstand 1970 als *Kristeligt Folkeparti*, hat aber 2003 ihren Namen in *Kristendemokraterne* geändert, um ein schärferes Profil gegenüber der rechtsliberalen Venstre-Regierung von Anders Fogh Rasmussen ab 2001 zu erreichen und sich gespalten.

<sup>56</sup> Zwischen 1941 und 1943 existierte bereits schon einmal eine *Dansk Folkeparti* als Zusammenschluss kleinerer, marginaler rechtsextremer Gruppen, wie der DNSAP, der nationalsozialistischen Arbeiterpartei Dänemarks und der *Dansk Socialistisk Parti* (usw.), die sich oft nach deutschem Vorbild ab 1930 autonom gründeten.

Venstre-Minderheitsregierung. Die eigentlich frühen bürgerlich Rechtskonservativen der Landbesitzer und Nationalliberalen fanden einst in der Højre-Bewegung von 1849 zusammen, die aber ebenso schnell zerfiel und heute durch die 1915 daraus hervorgegangene *Det Konservative Folkeparti* repräsentiert wird. Ihr schlechtestes Wahlergebnis lag 1975 bei 5,5 %, das beste bei 23,4 % 1984, während sie seither - wie auch die Sozialdemokratie - im steten Sinkflug ist und aktuell bei unter 10 % liegt. Dennoch verbindet auch sie eine historische Hassliebe zur Venstre und ein Konflikt zur rechten *Dansk Folkeparti* (Skou 2011: 164 f; 334, 397 f.).

Die gegenseitigen Klagen einer diffusen Mitte, die die klassischen Dualismen nahezu völlig absorbiert und die Extreme gestärkt hat, sind europaweit seit Jahrzehnten emergent; ihre Lösung oder Erklärung aber umso diffiziler. Der programmatische Wandel der SPD aufgrund des Erfurter Programms 1959 eröffnete den Raum für eine zweite Volkspartei „*der linken Mitte*“. Der SPD gelang es anschließend sich für eine sozial breiter gefächerte Anhängerschaft zu engagieren, was die Pluralität und Konkurrenz nach innen und außen noch einmal erhöhte. Eine erneute Wahlniederlage der CDU 1972 zugunsten der SPD sowie der Wechsel an der Partei- und Fraktionsspitze auf Helmut Kohl (*Wahl zum Bundesvorsitzenden 1973*) und Kurt Biedenkopf (*Wahl zum Generalsekretär 1973*) hatten zur Folge, dass sich die CDU dem massiven Ausbau ihrer Parteiorganisation widmete. Sowohl die Zahl der lokalen Verbände als auch die ihrer Mitglieder stieg danach erheblich (Grabow 2012: 11).

In Korrespondenz steht die *Volkspartei* damit zur *Mitgliederpartei*, die auf einen großen Bestand aktiver Mitglieder und Unterstützer und deren Ressourcen zurückgreifen kann. Ab den 1970/80er-Jahren etablierte sich aufgrund der Konkurrenz von SPD und CDU eine nahezu einheitliche Auffassung über die Definition der Volkspartei als Vertreter eines/einer

- inhaltlichen und ideologischen Pluralismus;
- schichtenübergreifenden Integrationskonzepten;
- mehrheitsfähigen Programmatik, die alle Wählerschichten anspricht;
- relativ ausgewogenen Mitglieder- und Wählerstruktur;
- dauerhaft auf allen politischen Entscheidungsebenen präsenten und aktiven Parteiorganisation;
- Entscheidungsverfahren nach den Grundsätzen der repräsentativen Demokratie.

Zugleich sind diese Kategorien recht allgemein gehalten, so dass sie breiten Raum für Interpretationen und Differenzierung eröffnen. Dennoch fällt eine eindeutige Definition und Berechnung der Anteile der Volkspartei jenseits aller publizistischen und politikwissenschaftlichen Versuche schwer, obgleich SPD und CDU ohne weiteres als bisherige Volkspartei der linken und rechten Mitte gelten können, deren Rückhalt dennoch ganz offenkundig schwindet (Grabow 2012: 8). Grabow spricht daher auch lieber von ihren Potentialen, anstatt den vielzitierten Niedergang der Volksparteien zu paraphrasieren. Für Hans Joachim Veen (Grabow, zit. Veen 1999) war die bisherige Leistung der Volksparteien ihre hohe konsensuale Integrationsleistung widerstreitender Interessen im Zeichen hoher Bürgerbeteiligungen. Das war schon einst und ist heute bei der aktuellen Lage einer digitalen wie hyperkomplexen und zersplitterten Mediendemokratie, in der Politiker und Parteien selbst zu Produzenten und Multiplikatoren der Nachrichten und Inhalte werden, umso schwerer zu vereinen.

Nach Definitionen Otto Kirchheimers (1965; Grabow 2012: 9) ist eine zukunftsfähige Volkspartei nicht zuerst eine wahlorientierte *catch all-Partei*, sondern eine *benefit all* oder zumindest *benefit many-Partei*. Das heißt, sie muss nicht zwingend allen Strömungen hinterherlaufen, sondern ihren eigenen Kern finden und verteidigen. Lösche betont hier, dass es seit den 1980er-Jahren mit Aufkommen der Grünen zu einem deutlichen Konzentrationsprozess der Parteien insgesamt gekommen ist, der zu Ampelkoalitionen und Aufweichen wie Kompromissen bisheriger Positionen auf Länderebene geführt hat, die zwar in den Bund hineinreichen, aber aktuell ebenso erodieren und sich davon entkoppeln. Mit der nachlassenden Integrationskraft der bisherigen Volksparteien SPD und CDU setzte jedoch zusätzlich eine Differenzierung an den Rändern ein, die mit Aufkommen der PDS in den neuen Bundesländern ab 1990 noch einmal zunahm und deren Dynamik mit Entstehen der Linkspartei ab 2007 allgemein zulegte.

Durch ihre hohe Mitgliederzahl sicherte eine *Volkspartei* bisher Legitimität und war durch vielfältige innerparteiliche Gruppierungen in Form von Arbeitsgemeinschaften und Faktionen in verschiedenen Milieus sowie Institutionen und sozialen Bewegungen verankert. Stachura (Stachura 2010: 27) verweist auf die hohe demokratische Notwendigkeit der flächendeckenden politischen Willensbildung und Legitimation, die von Parteien und Parlamenten und deren Verankerung ausgeht. Je höher diese Organisationsform ausfällt, desto höher liegt der Grad an Beteiligung idealtypisch. Der archimedische Punkt aller Parteien ist dennoch der Stimmengewinn, weshalb auch vormalige Volksparteien ihre Ausrichtung an den Wählern und der Bevölkerung und deren sozialer Realität bewirken (sollten), was zwangsläufig zu Differenzierung und Entideologisierung einer *Neuen Mitte* führt. Gleichzeitig bleibt die pfadabhängige Tradierung alter Werte bestehen, um nicht auch bisherige Stammwähler zu verlieren. Hier zeigt sich der von Kirchheimer genannte und allgemeine Konflikt der *benefit-many-party*, neue Stimmen zu gewinnen und alte zu erhalten, um dadurch letztlich den Machterhalt wie die eigene Finanzierung und Regierungsbeteiligung zu gewährleisten.

Die Funktion der Interessenaggregation steht damit neben der Mobilisierung der Wähler und Rekrutierung politischen Personals im Mittelpunkt der Volkspartei und zeigt die inflationäre Bedeutung dieser Zuschreibung. Zugleich scheint die Rückführung an bisherige Dimensionen der Mitgliederstärke nahezu ausgeschlossen. Die SPD verfügte 1976 im Peak über 1,1 Mio. Mitglieder, die CDU dagegen erst 1990 über 789.000; was sicherlich auch der Wiedervereinigung Deutschlands und neuer Attraktivität für ehemalige DDR-Bürger zu verdanken war (Bösch 2013: 216). Die Mitgliederzahlen der CDU lagen jedoch stets weit unter denen der SPD.

Schwieriger wird die Bestimmung der nötigen Mitgliederzahl, die eine Partei als solche ausweisen soll. Die Forschung favorisiert hier einen Anteil von 0,5 % der Wahlberechtigten. Bei 61,9 Mio. wahlberechtigten Deutschen wären das 309.500 Personen (Jun 2015c: 23). Diese Zahl erreichen jedoch nur SPD und CDU (2015), die ursprünglich als Volks- (o. Groß-)partei galten. Alle anderen Parteien mit Ausnahme der CSU verbuchen weit unter 100.000 Mitglieder: Linke, FDP und Grüne verzeichneten 2015 je ca. 60.000 Mitglieder, die CSU immerhin noch ca. 145.000. Als Maßstab einer Volkspartei galten in den 1970/80ern jedoch noch 700.000 Mitglieder und als unterste Grenze 30 % aller Wähler (Grabow 2012: 11). Zu bedenken ist, dass seit 1990 etwa 15 bis 17 Mio. Wahlberechtigte aus den neuen Ländern hinzugekommen sind und sich bisherige Aggregate aufgehoben haben.

Daraus folgt, dass aktuell alle anderen Parteien nach ihrer Selbstzuschreibung nur noch als *Mitgliederparteien* gezählt werden können, aber formal schon lange nicht mehr über die nötige Infrastruktur und Ressourcen verfügen, das Parteileben aufrecht zu erhalten. Daher sehen sich die Parteien alle längst als *Mitgliederparteien* - ganz gleich, ob sie nun 500.000 oder 500 Mitglieder haben. Sie sprechen damit ihrer Mitgliederbasis eine hohe Bedeutung zu und versuchen, der repräsentativen Demokratie auf diese Weise gerecht zu werden. Denn insbesondere Parteien kommt in dieser Sichtweise eine hohe Bedeutung zu als Agenten der Willensbildung, die *ihre ‚Fühler an der Gesellschaft haben sollen‘*. Elmar Wiesendahl wird eine Definition zugeschrieben, nach der Mitgliederparteien über einen festen und dauerhaften Mitgliederstamm verfügen, die sich eines Stamms an freiwilligen Mitgliedern und deren Ressourcen bedienen, um den Betrieb der Partei aufrecht zu erhalten. Mitgliederparteien weisen so zwei verschiedene Spielarten auf. Zum einen kann sie (1.) als *demokratische Mitgliederpartei* organisiert sein; das heißt, drei Prinzipien stehen im Vordergrund:

- Die Mitglieder können im innerparteilichen Entscheidungsprozess mitentscheiden.
- Interne Ämter sind den Mitgliedern vorenthalten; Nichtmitglieder sind ausgeschlossen.
- Die Parteiführung ist den Mitgliedern gegenüber rechenschaftspflichtig.

Zum anderen existiert (2.) die Verfasstheit als *elektorale Mitgliederpartei*. Vordergründiges Ziel ist die Wählerstimmenmaximierung, während die innerparteiliche Demokratie und Teilhabe eher sekundär sind. Lösche konstatierte 2006 jedoch, dass überhaupt nur etwa 10 % der Mitglieder aktiv am Parteileben teilnehmen (Lösche 2006: 50). Jun stellte unlängst fest, dass deren Anteil der über 60-Jährigen mehr als ein Drittel aller Wahlberechtigten ausmacht; der Anteil der unter 30-Jährigen liege dagegen bei weniger als der Hälfte mit 9,8 Mio. (Jun 2015b: 67). Korrespondierend mit der

allgemeinen Überalterung nicht nur der Parteien<sup>57</sup> lässt sich schlussfolgern, dass der Grad der Aktivität und Attraktivität der Parteien für Jüngere eher gering ist.

Dass jüngere Bürger ihre Stimme weitaus seltener abgeben und sich engagieren als ältere, ist dabei eine Binsenweisheit. Daraus lässt sich allerdings nicht schlussfolgern, dass langfristig (seit 1960) der Grad an politischem Interesse zurückgeht und etwa die Jugend unpolitischer wäre. Eher öffnet sich hier eine Schere zwischen den Formen klassisch politischen Engagements über spezifisch institutionalisierte Interessengruppen (*Parteien, Gewerkschaften*) und den Formen nicht-institutionalisierter politischer Beteiligung über Sport- und Freizeitvereine oder den allgemeinen Protest- und Beteiligungskulturen direkter Demokratie in Form von Demonstrationen, Ehrenamt, Petitionen, Referenden, Onlinekampagnen oder dem Produktboykott (usw.). Dennoch stellen sie die klassische Funktionsfähigkeit und Strukturen der traditionell zeit- und personalintensiven Organisationen (*Parteien und Gewerkschaften*) erheblich in Frage. Für Westdeutschland lässt sich dennoch insgesamt ein recht stabiler und mittlerer Organisationsgrad von 55 – 60 % feststellen, wenn man alle Organisationsformen der Freizeit- und Interessengruppen mit einbezieht. In Westeuropa sind nur die Bürger der Niederlande und Skandinaviens stärker organisiert; die vormaligen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland nivellieren sich zusehends (Weßels 2013). Zugleich droht allerdings die Überalterung dieser Strukturen. Seinen Ausdruck findet jene Schieflage in solch populären Formeln der ‚*Alte-Säcke-Politik*‘, deren Protagonisten die Gegenwart verwalten [respektive abwehren, UL] anstatt die Zukunft progressiv zu gestalten (Gründinger 2016). Derartige Belege finden sich beispielsweise in dem Altersbias der Referenden zum *Brexit* oder dem Schwangerschaftsabbruch in Irland 2018 (u. Ä.).

Für Dänemark lässt sich nach Informationen des Statistikamtes des Landes ganz allgemein feststellen, dass 2014 nahezu ein Viertel der Bürger (25 %) weit über 60 war, während dieser Anteil noch 1980 und bis zum Jahr 2000 konstant etwa ein Fünftel (20 %) betrug. Damit erhöht sich auch das Durchschnittsalter der Dänen stetig. Die Altersverteilung der jüngeren Dänen (0 – 19) hat sich im Vergleichszeitraum (1980 – 2014) trotz steigender Geburtenrate stetig um -5,1 Prozentpunkte auf zuletzt 23,6 % verschoben. 1980 lag dieser Wert noch bei 28,7 %. Bei der Altersklasse der Haupterwerbsfähigen der 20 bis 59jährigen ist der Anteil Schwankungen unterworfen, obwohl sich der Bedarf daran erhöht. Während er 1980 noch bei 51,1 % lag und bis 2000 auf 56,6 % zunahm, liegt er nun wieder bei 52,2 % auf dem Niveau vor 30 Jahren. Die entsprechende Beteiligungsstruktur liegt ähnlich wie in Deutschland, indem sich junge Menschen seltener engagieren oder organisieren. Gleichzeitig ist das Ungleichgewicht der Generationen kein Naturgesetz. Es verlagert sich immer wieder aufs Neue auf das Spannungsfeld politischer Deliberation und formiert dort neue Erscheinungsformen.

---

<sup>57</sup> Hier lassen sich zahllose Belege finden, dass sowohl die Mitglieder der Parteien, Betriebsräte, Gewerkschaften, Vereine und auch Beschäftigte in der Kommunalverwaltung jeweils oft 55 Jahre oder älter sind. Qualifizierter Nachwuchs fehlt häufig überall. Das hat zwar verschiedene Gründe, führt aber in der Summe zu einem massiven Ungleichgewicht politisch-performativer Deliberation.

Abbildung 2: Durchschnittsalter deutscher Parteimitglieder (2014)



Quelle: Jun 2015: 18

Jan Vahlenkamp widmete der Frage nach *Spaß-, Satire- und Protestparteien* seine Bachelorarbeit (Vahlenkamp 2014).<sup>58</sup> Bereits 1911 kam es zur Gründung einer als *Satirepartei* bezeichneten Vereinigung im damals zu Österreich-Ungarn gehörenden Prag. Der Schriftsteller Jaroslav Hašek<sup>59</sup> gründete mit neun Freunden die *Strana mírného pokroku v mezích zákona* („Partei des gemäßigten Fortschritts in den Schranken der Gesetze“), die aber neben ihren satirischen Texten kaum öffentlich in Erscheinung trat. Ähnliche Parteien folgten insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute in ganz Europa und Amerika. Für Deutschland lassen sich grob und ohne Anspruch auf Vollständigkeit folgende Gruppen festhalten: Der Kabarettist Werner Finck gründete 1950 in West-Berlin die *Radikale Mitte*, die aber eher ein kabarettistischer Verein blieb und nicht an Wahlen teilnahm. 1981 entstand in Hannover die *Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands* (APPD) aus der jugendlichen Punk-Szene, die sich aber erst 1998 offiziell nach den Statuten des Parteiengesetzes gründete und 2009 wieder auflöste, da auch sie ohnehin kaum zu Wahlen antrat. Seither tritt sie als lockeres Netzwerk von Pseudo-Anarchisten und Parodisten auf. Sie fällt aber eher durch Merchandise-Artikel als mit politischem Engagement auf. Extremistische Züge sind nicht erkennbar, so Viola Neu (Neu 2013a). In West-Berlin gründeten sich 1988 aus dem linksautonomen Spektrum die *Kreuzberger Patriotischen Demokraten/Realistisches Zentrum* (KPD/RZ). Sie sahen ihre Funktion zum einen

<sup>58</sup> Ich danke ihm für die freundliche Überlassung seiner Arbeit unter dem Titel: „*Satire als Ausdruck politischen Willens? Eine Befragung von Wählern der PARTEI.*“ Weite Teile seines Textes habe ich hier mit seiner ausdrücklichen Genehmigung übernommen und neu montiert.

<sup>59</sup> Größere Bekanntheit erlangte Hašek (\*1883 †1923) später als Autor des im Ersten Weltkrieg begonnenen, aber unvollendeten Romans *Der brave Soldat Schwejk*. Er starb 1923 an Tuberkulose und den Folgen seines exzessiven Alkoholismus.

im legalen Wahlboykott; und zum anderen in der absichtlichen Provokation aufgrund ihres Namens, der unweigerlich an die 1956 verbotene *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) und die links-extremistische Terrorgruppe und deren Frauengruppe mit großer Nähe zur RAF, die *Revolutionären Zellen/Rote Zora* (RZ) der 1970/80er-Jahre, erinnerte. Die Gruppe verortete sich zwar politisch links, bezeichnete sich aber dennoch als Partei der *extremen Mitte*. Die *Deutsche Biertrinker Union* (DBU) wurde in Rostock gegründet und kandidierte zur ersten freien Volkskammerwahl 1990 in der DDR. Der Theaterregisseur und Aktionskünstler Christoph Schlingensiefel hatte 1998 aus Anlass der Bundestagswahl die Partei *Chance 2000* gegründet, der allerdings schon während des Wahlkampfes das Geld ausging. Schlingensiefel bot die Partei daraufhin zum Verkauf an, woraufhin ihn der Bundeswahlleiter informierte, dass das nicht möglich ist. 2002 wurde in Magdeburg die *Spaßpartei für Deutschland* gegründet, deren Programm eine Mischung von satirischen und ernstgemeinten Themen junger Menschen war. Im August 2004 wurde die *Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative* gegründet, die fortan unter dem Akronym *Die PARTEI* auftrat und spielerisch Reminiszenzen bei allen Parteien nahm und zudem – wie auch die APPD – Embleme, Duktus und Symboliken der NSDAP und der SED parodiert. Sämtliche Posten im Bundesvorstand wurden zunächst personalidentisch mit Mitgliedern der Redaktion der satirischen Monatszeitschrift *Titanic* besetzt. Chefredakteur Martin Sonneborn wurde zum Bundesvorsitzenden, der seit 2014 als Organ der *PARTEI* Mitglied des Europäischen Parlaments ist und fortwährend mit skurrilen Aktionen auf sich aufmerksam macht. Das Auftreten solcher oft als *Spaßparteien* diskreditierten Bewegungen führt nicht selten zu Polarisierungen und der Frage, ob man ihr Erscheinen in Wahlkämpfen als humorvolle Randerscheinung, als inspirierende Bereicherung oder gar als Gefahr und Abwertung der Demokratie einordnen kann (Vahlenkamp 2014).

Außenseiter, Punks und selbsternannte ‚*Asoziale und Pöbel*‘ (APPD), die für ungehemmten Sex und exzessiven öffentlichen Alkohol- und Drogenkonsum werben, Arbeit kategorisch ablehnen („*Arbeit ist scheiße*“, so der bekannte Slogan der APPD) und mit dem Motto „*Dumm, aber schlau*“ werben, irritieren zumeist die breite etablierte Öffentlichkeit umso mehr, wenn sie tatsächlich in den Kommunalwahlen und darüber hinaus nicht selten respektable Stimmenanteile und Sitze holen.<sup>60</sup>

Die Begriffe und ihre jeweiligen Abgrenzungen als *Spaß-, Satire- oder Protestpartei* lassen sich aus wissenschaftlicher Sicht jedoch kaum aufrechterhalten, da die Kategorien des Parteiengesetzes (wie bspw. der Ernsthaftigkeit) recht vage bleiben. Zudem franst ihre Bedeutung insbesondere international zu den als (rechts-)populistisch bezeichneten Parteien oder der Anti-Establishment-Partei hin aus, die ihre Wahlkämpfe oft sehr unorthodox organisieren und sich selbst überinszenieren, wie etwa die dänische *Fortschrittspartei* oder die italienische *Fünf-Sterne-Bewegung* (usw.).

Der Terminus der *Spaßpartei* entstand hauptsächlich in Zusammenhang mit dem (sogenannten) *Projekt 18* im Bundestagswahlkampf der FDP 2002.<sup>61</sup> Als Urheber jener Kampagne galt Jürgen Möllemann, der sich explizit für das Konzept einer *Spaßpartei* aussprach. Für Presse und Öffentlichkeit war der Begriff damit in diesem Moment geboren. Die *PARTEI* bezieht den Begriff *Spaßpartei*

<sup>60</sup> Fast schon legendär ist der enorme Wahlsieg des damaligen Punks und parteilosen Straßensozialarbeiters Andreas Forte, der 2001 in Elmshorn als Bürgermeister kandidierte und tatsächlich 8,1 % erreichte. Eines seiner Hauptthemen war der freie Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit, der lokal verboten werden sollte.

<sup>61</sup> Infolge einer existenziellen Krise und massiven Stimmenverlusten der FDP 1998 entwarf der damalige Landesvorsitzende der FDP und Wahlsieger des Jahres 2000 in NRW, Jürgen Möllemann, eine neue Strategie, um neue Wählerschichten zu erreichen. Das Wahlziel lautete, den Anteil der Wählerstimmen von 6 auf 18 % zu verdreifachen. Sie scheiterte dennoch damit und erzielte bei der Bundestagswahl 2002 lediglich 7,8 %. Im Rahmen des Wahlkampfes trat der Spitzenkandidat Guido Westerwelle mit einem gelb-blauen US-Wohnmobil („*Guidomobil*“) auf, trug die Zahl der angepeilten 18 % unter den Schuhsohlen und trat (u. a.) in der Fernsehsendung *Big Brother* auf. Die breite Öffentlichkeit kritisierte das nicht selten als *Spaßwahlkampf*, dem der nötige Ernst fehle.

heute noch auf die FDP, lehnt ihn aber für sich selbst kategorisch ab, obgleich die herrschende Perspektive genau anders herum lautet.

Wer sich aber des Stilmittels der Satire bedient, dem können ernsthafte Ziele nicht per se abgesprochen werden, so auch Viola Neu (Vahlenkamp 2014; Neu 2013b). Denn hinter derart sarkastisch codierter Programmatik solcher Parteien stehen häufig durchaus ernst gemeinte politische, soziale oder wirtschaftliche Anliegen; wie etwa im Fall der *Piraten-Partei*, die sich zunächst 2006 in Stockholm gründete. Hintergrund war hier, dass die internationale Film- und Musikindustrie seit den 1990ern ihre wirtschaftlichen Verluste beklagte und die expansive Bewegung der Raubkopierer im Internet als *Piraten* und die Aneignung als *Produktpiraterie* bezeichnete. Da die späteren Gründer und frühen Netzaktivisten in Schweden ein illegales Internetforum zum Download betrieben (*The Pirate Bay*), gründete sich als ironische Antwort darauf am 1. Januar 2006 virtuell dort die weltweit erste *Piratpartiet* in Stockholm. Deren Parole lautete: *Kopieren ist nicht Stehlen!* Als Gründer gilt der ehemalige schwedische Microsoft-Manager und IT-Unternehmer Rickard Falkvinge (\*1972). Am 10.9.2006 gründete sich in Berlin-Mitte mit 52 Gründungsmitgliedern ein deutscher Ableger der Piraten-Partei, die sich schnell weltweit verbreitete. Hauptgrund war in Berlin ebenfalls die Kriminalisierung von Musikdownloads, neben der Kontroverse um Internetsperren für Kinderpornographie. Des Weiteren sorgten die Vorratsdatenspeicherung, ein Verbot von so genannten *Killerspielen* sowie das ACTA Abkommen (*Anti-Counterfeiting Trade Agreement; Handelsbeschluss gegen Produktpiraterie und für Urheberrechte*) für stetig steigenden Zulauf, der jedoch schnell wieder abbrach. All dem weit voraus ging allerdings die Gründung der *Electronic Frontier Foundation* 1990 durch John Perry Barlow (\*1947), der hauptsächlich als früherer Texter der Rockband *Grateful Dead* bekannt ist und als Anhänger des Techno-Libertarismus gilt, und dem Softwareentwickler und Unternehmer Mitchell Kapor (\*1950) in San Francisco. Mediale Selbstbestimmung und Bürgerrechte im Cyberspace sind deren Hauptanliegen.<sup>62</sup> Als Reaktion auf die Politik unter Bill Clinton (1993 – 2001) und deren erlaubte zensorische Eingriffe ins Internet (*Telecommunications Reform Act, 1996*) verfasste Barlow die „*Declaration of the Independence of Cyberspace*“ und trug sie am 8.2.1996 am Rednerpult des Weltwirtschaftsforums in Davos vor – und stellte sie ins Netz. Sie wurde millionenfach verbreitet und sorgte für ein breites Bewusstsein solcher Fragen (Lammers 2012; Häusler 2011).

Interessant ist mitunter die schnelle Systemintegration, Umwandlung, Spaltung und Auflösung solcher Gruppen. In Polen wurde bspw. 1990 vom Satiriker Janusz Rewiński die dortige *Polska Partia Przyjaciół Piwa (PPPP; Polnische Partei der Bierfreunde)* gegründet, mit dem Ziel, den Bier- anstelle des Wodkakonsums zu fördern. Als ihre Umfragewerte bei bis zu 6 % lagen, erklärten sich Wirtschaftsvertreter schnell bereit, den Wahlkampf zu finanzieren - unter der Bedingung, dass sie auf der Liste mitkandidieren dürften. Mit einem Ergebnis von 3,3 % konnte die PPPP im Jahr 1991 16 Abgeordnete in Fraktionsstärke ins Parlament entsenden. Daraufhin trennten sich die wirtschaftsnahen Parlamentarier von den satirisch Orientierten und formierten sich unter dem Namen *Polnische Wirtschaftsprogramm (Polski Program Gospodarczy – PPG)* neu. Nachdem die PPPP bei den Parlamentswahlen 1993 allerdings nur noch 0,1 % der Stimmen erzielte, folgte die Auflösung (Vahlenkamp 2014: 9).

Die Dynamik solcher Bewegungen lässt sich kaum noch abschließend aufzählen, da sie sowohl parallel zu als auch innerhalb und als Gegenbewegung der üblichen Parteien, zivilgesellschaftlichen Gruppen und Bürgerrechtsbewegungen (etc.) entsteht und zyklisch wieder erodiert. Ob und in wie weit sich jene Gruppen des Stilmittels der Parodie oder ernsthafter Interessen bedienen oder selbst Opfer der Parodie oder das Alltags werden, lässt sich daher kaum seriös abgrenzen, da jene Grenze

---

<sup>62</sup> Das Internet wurde zwar erst ab Mitte der 1990er populär. Dessen Anfänge reichen aber zurück bis in die 1950/60er-Jahre und ins US-Militär. Ende der 70er und Anfang der 80er entstehen das Wachstum und die Verbreitung des Internet für spezielle Gruppen, wie Informatiker, Behörden, Wissenschaftler, Hacker und Freaks. Ab 1990 wurde es dann auch weltweit frei und allgemein zugänglich.

auch bei quasi ernsthaften Parteien fließend sind. Ob man nun eine Position und ihre Formulierung für völlig unsinnig, lächerlich, fragwürdig, übertrieben oder ironisch hält, liegt so letztlich in der Wahrnehmung des Rezipienten.

Als Grundkomponenten der Satire gelten zunächst:

- der Angriff, da die gesellschaftliche Realität attackiert wird;
- die Indirektheit, da die Kritik stets ästhetisch verformt wird, und
- die Normrückbindung, da sie sich immer auf ein vorhandenes oder utopisches Ideal bezieht.

Als solches stammt der Begriff ursprünglich aus einer rein literarischen Gattung, der heutzutage auch auf viele andere Erscheinungsformen angewendet wird. In Deutschland ist der Begriff der Satire besonders eng mit dem Schriftsteller Kurt Tucholsky verbunden, der in seinem Aufsatz „*Was darf die Satire?*“ die berühmte Antwort gleich mitformulierte: „*Alles*“. Der Satiriker ist nach Tucholsky *ein gekränkter Idealist, der gegen das Schlechte in der Welt anrennt*. Die Nähe zur *Politik als Beruf* (Weber 1999) und dem Politiker ist emergent.

Zu absurden Forderungen im kommunalen Wahlprogramm der *PARTEI* in Lübeck befragt, entgegnete der Abgeordnete Langbehn, dass die Kernaussage darin liege, dass Wahlprogramme ohnehin nicht gelesen würden; und da andere Parteien die Versprechungen ihrer Programme ohnehin brächen, würde *Die PARTEI* eben keine ernsthaften Punkte im Wahlprogramm führen, so Vahlenkamp hier. Denn auf die Frage, „*ab wann ein Programm nicht mehr als ernsthaft betrachtet werden kann, gibt es keine letztgültige Antwort*“ (Vahlenkamp 2014: 6).

Häufig wird dagegen die Wahl solcher aussichtslosen Kleinstparteien oder von parteilosen Einzelpersonen als Aufforderung oder ‚*Denkzettel*‘ an die etablierten Parteien verstanden, sich im Sinne politischer Deliberation mit als dringlich empfundenen Themenfeldern zu beschäftigen. Oder sie gelten als Überdruckventil, um die Ablehnung der etablierten Parteien innerhalb des politischen Systems zu absorbieren. Dennoch ist sich die Politikwissenschaft hier uneins über derartige Charakterisierungen. Tatsächlich realpolitische und parlamentarische Erfolge solcher Kleinstparteien sind dennoch unabweislich, wie etwa die Beschwerde von Sonneborn bzgl. seiner 2009 zur Bundestagswahl nicht zugelassenen Partei vorm Bundesverfassungsgericht, die erst nach dem Wahltag möglich war. Vahlenkamp hält dazu fest, dass auch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die 2009 erstmals Wahlbeobachter nach Deutschland entsandte, diese Norm als reformbedürftig ansah und eine Änderung empfahl (Vahlenkamp zitiert: vgl. OSZE 2009: 23 - 24):

„*Der Deutsche Bundestag reformierte das Wahlrecht daraufhin mit einem Gesetz zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen. Die Fraktion Die Linke hatte ihren weitergehenden Antrag hierbei ‚Gesetzesentwurf zur Stärkung des Rechtsschutzes im Wahlrecht durch Einführung der Sonneborn-Regelung‘ genannt.*“ (Vahlenkamp 2014: 15)

Zudem gelang es der *PARTEI* 2005 das Thema Schleichwerbung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu parodieren und damit zu thematisieren. Anders als übliche Satiriker oder Komiker, wie etwa Hape Kerkeling alias *Horst Schlämmer* (Colagrossi et al. 2009), der als ironisch-fiktiver Politiker seiner *Horst-Schlämmer-Partei* (HSP) auftritt, dringt Sonneborn mit seiner realen Partei jedoch weit in die Wirklichkeit und in die herrschenden Rechtsstrukturen ein (Porzelt 2013: 246). Das stellte *Die PARTEI* auch im Februar 2014 erneut unter Beweis, als sie zusammen mit anderen Kleinstparteien vorm Bundesverfassungsgericht gegen die vom Bundestag beschlossene Drei-Prozent-Hürde bei der Europawahl klagte, und damit die generelle Streichung einer gesetzlichen Prozenzhürde bei dieser Wahl erwirkte (vgl. BVerfG, 2 BvE 2/13 vom 26.2.2014). Als Konsequenz wurde die Europawahl 2014 aufgrund dieser Entscheidung von einer relativ ungewöhnlichen Spannung begleitet. Unklar war, wie viele Kleinstparteien den Einzug fortan schaffen werden und sich die veränderte Gesetzgebung auf das Wahlverhalten der Bundesbürger auswirken wird. Aufgrund des in Deutschland angewandten Zählverfahren Sainte-Laguë bewirkt nun bereits ein Ergebnis von 0,5 % einen Sitz im Parlament (Vahlenkamp 2014: 17).

Insbesondere *Die PARTEI* wird aufgrund ihrer großen Nähe zur *Titanic* häufig in einem Zwiespalt zwischen Unterhaltung und Politik bzw. zwischen Fiktion und Realität wahrgenommen, der

dennoch im Sinne deliberativer Demokratietheorien keinesfalls zufällig entsteht. Der Medienwissenschaftler Benedikt Porzelt sieht im Parteivorsitzenden und Journalisten Sonneborn dennoch einen „*Fake-Politiker*“, bei dem die Grenze zwischen Real- und Kunstfigur verschwimmt (Vahlenkamp 2014: 16). Erschwerend kommt hier hinzu, dass so genannte Satireparteien selbst keinem der traditionellen Cleavages zuzuordnen sind und sie erst eine eigene Gattung bilden, die dennoch nicht außerhalb des politischen und sozialen Systems stehen. Damit widersprechen sie zwar dem klassischen Gegensatz von rechts und links; stehen aber tendenziell eher auf der kritisch-intellektuell-linken Seite - wobei sich erneut deren geringe dogmatische Ideologie mit Humor und Engagement paart. Dennoch entziehen sich derartige Parteien gewissermaßen - ähnlich wie Max Weber in seiner Vorrede zur *Politik als Beruf* - der bewussten Verantwortung und Lösung, da sie - wie Vahlenkamp für die *PARTEI* resümiert - eigene klare Inhalte umgehen und die empfundenen Missstände stattdessen mit Humor aufgreifen. Zugleich aber schätzen die Anhänger, dass solche Parteien keine (äußerlich sichtbaren) internen Machtkämpfe austragen, sondern mit einem künstlerisch-humorvollem Drang an die Wahlen herangehen, wie auch Reykjaviks Bürgermeister und vormaliger Komiker Jón Gnarr feststellte, dessen *Besti Flokkurinn* (*Beste Partei*) im Jahr 2010 in Island einen fulminanten Wahlsieg feiern konnte. Seine Partei wurde mit 34,7 % der Stimmen stärkste Kraft im kommunalen Parlament und regierte mit den Sozialdemokraten, die mit 19,1 % nur drittstärkste Kraft wurde. Die *Beste Partei* wurde allerdings nach Ende der Amtszeit von Jón Gnarr am 16. Juni 2014 aufgelöst.

Dennoch stehen Presse, Medien, Parteien, Politik und ihre Akteure in einem kaum auflösbaren sowie füreinander konstitutiven Verhältnis zueinander, in dem die Grenzen zwischen Fiktion, Realität, Interpretation und Satire zuweilen verlaufen. Max Weber betonte reichlich verärgert schon 1919 das Problem mit der so wörtlich *‚Pariakaste der unternehmerischen Presse der Journalisten und Lohnschreiber, die unter kapitalistischen Reproduktionsbedingungen schreiben und verkaufen, was „der Markt“ verlangt.‘* Deren Berichterstattung müsse zwar nicht unbedingt mit der objektiven Realität und den Ansprüchen der Politik vereinbar sein, hänge aber dem Politiker untrennbar wie ein *„Klotz am Bein“* (Weber 1999: 42 ff.). Peter Hoeres betont hier, dass der journalistische Trend zu Kommerz und Sensation bereits in der Weimarer Republik deutlich zunahm; die Entwicklung der Boulevardpresse und des amerikanisch und britisch geprägten *New Journalism* begann jedoch bereits in der Jahrhundertwende nach 1880 (Hoeres 2014: 90, 95).

Rückblickend ist die Klage über Rolle und Einfluss der Presse und Medien jedoch nicht neu, sondern ist so alt wie die Parteien und die Medien selbst. Eine Aufzählung der Medienkritik wäre daher endlos. Sie findet sich (u. a.) neben Webers frühen Befund bei Theodor Adorno 1948 (*„Kulturindustrie – Aufklärung als Massenbetrug“*), 1986 bei Neil Postman (*„Wir amüsieren uns zu Tode“*; (Postman 1986) oder 1998 bei Pierre Bourdieu *„Über das Fernsehen“* (Bourdieu 1998) und in solchen Schlagworten wie der *„Anne-Will-Republik“* und *„Christiansen als Ersatzparlament“*,<sup>63</sup> nachdem ein Großteil der Bevölkerung seine hauptsächlichen Informationen zu Parteien und Politik aus den semi-politischen Talkshows und anderen Formaten im Fernsehen bezieht. Dabei wurde das Medium Fernsehen 2014/15 in Deutschland durchschnittlich jeden Tag 259 Minuten (4,31 Stunden) genutzt. Die Tendenz verläuft seit 1990 deutlich steigend, wenn auch nach Altersklassen unterschiedlich verteilt (Abb. 3). Hier ist dennoch zu beachten, dass die Nutzer verschiedene Medien parallel nutzen können, also Zeitungen sowohl analog als auch digital lesen können und sowohl fernsehen als auch Radio hören und Zeitungen lesen und sich zudem im Internet informieren. Über die Intensität und Qualität der Mediennutzung sagen diese Daten jedoch nichts aus, da der Fernseher bspw. auch nebenherlaufen kann oder Zeitungen nur überfliegen werden. Des Weiteren gibt es erhebliche Qualitätsunterschiede innerhalb der zahlreichen Medien. Dazu ist zu ergänzen, dass

---

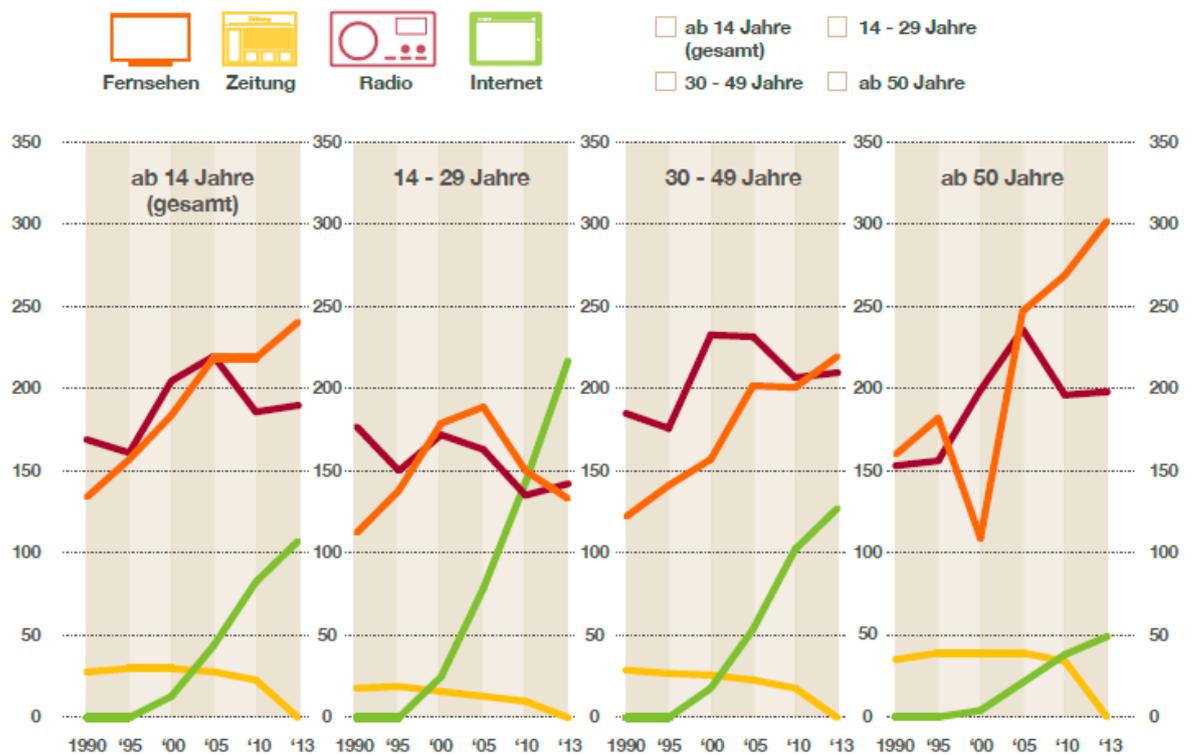
<sup>63</sup> *„Sabine Christiansen“* war von 1998 bis 2007 eine semi-politische Talkshow der gleichnamigen Moderatorin. Die ARD strahlte die Sendung wöchentlich am Sonntagabend aus. Daraus entstanden nicht selten meinungsbildende Diskurse, die sich ähnlich in aktuellen Formaten finden (*Anne Will; Günther Jauch, Beckmann, Markus Lanz usw.*).

nach jüngsten Angaben des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) Deutschland ein klassisches Zeitungsland ist. Deutschland gilt als der größte Zeitungsmarkt Europas. Während in Deutschland täglich 351 Tageszeitungen erscheinen, sind in Dänemark nur 30 Tageszeitungen zu verzeichnen. Das ist weniger als die Hälfte dessen, was in Schweden (75) oder Norwegen (74) verfügbar ist. Die Zeitung gilt so nach Verbandsangaben in Deutschland als seriösere Informationsquelle insbesondere für regionale und lokale Themen weit vor dem öffentlich-rechtlichen oder privatem Fernsehen, Radio oder Internet. Gleichzeitig gilt Dänemark als Vorreiter der digitalen Medien. Die Annahme, dass mit der Verbreitung des Internets alle anderen Medien an Aufmerksamkeit verlieren werden, hat sich insgesamt also nicht bestätigt. Strittig ist jedoch die Frage des wechselseitigen Einflusses der unterschiedlichen Medien auf die Demokratie und ihre Akteure.

Abbildung 3: Mediennutzung in Deutschland seit 1990

► Mediennutzung in Deutschland seit 1990

Nutzungsdauer tagesaktueller Medien in Minuten pro Tag



Quelle: Helmut Reitze / Christa-Maria Ridder (Hrsg.): Massenkommunikation VIII. Eine Langzeitstudie zur Mediennutzung und Medienbewertung 1964-2010. Baden-Baden, 2011.  
 \*Für 2013: Birgit van Eimeren / Beate Frees: Rasanter Anstieg des Internetkonsums. Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013. In: Media Perspektiven 7-8/2013, S. 368ff; Datenbasis 1. HJ 2013. Tageszeitung 2013: keine aktuellsten Daten.



Der Einfluss des Fernsehens, seiner Nachrichtensendungen oder Talkformate und Wahlwerbesspots war schon bei der Bundestagswahl 2005 enorm (Czok 2010: 112). Die tägliche Nutzungsdauer von Zeitungen und Zeitschriften lag dagegen 2014/15 bei nur 31 Minuten, kurz vor den Büchern mit 28 Minuten. Zusammengefasst wird diese Diskussion unter dem Schlagwort der *Mediendemokratie* oder dem *Infotainment*. Das heißt, die Bürger und Wähler sind im besten Falle oft pseudo-informiert anhand selektiver Informationen und dessen, was sie jeweils meinen aufgenommen zu haben (Czok 2010: 119). Im internationalen Vergleich ist der Befund durchaus ähnlich. Auch dänische Wähler wissen oft sehr wenig über (bspw.) makroökonomische Zusammenhänge (Paldam und Nannestad 2000). Dennoch kommen der Presse und den Medien aus Sicht der liberalen Demokratietheorien durchaus tragende Rollen der Gestaltung und Information zu; manche Autoren sehen die Medien und Journalisten in einer Rolle als Wachhund und Vierte Gewalt der Demokratie, indem sie auf Probleme und Verstöße der Parteien und ihrer Akteure hinweisen (Czok 2010: 102).

Aus Sicht der deliberativen Demokratie- und Diskurstheorien sind die Medien jedoch eher kritisch zu sehen, da damit einher zuerst die Herausbildung des Bürgers als Konsumenten geht. Hier taucht umgehend die Frage der Medienkompetenz auf. Das heißt, der Bürger und Konsument müsste die übermittelte Information und ihre Träger erst notwendigerweise einordnen und verstehen sowie die einschlägigen Diskurse dekonstruieren können. Ob das in der Realität gelingt, ist fraglich. Denn insbesondere Informationen aus dem Internet vermitteln zwar zunächst den Eindruck einer umfassend wie neutralen Suche und Darstellung, sie werden aber erst aufgrund der jeweiligen Suchalgorithmen generiert. Eine Vollerhebung und Auswertung sämtlich aller Informationen ist jedoch auch für Experten völlig unmöglich. Dazu kommt die Standortgebundenheit des Wissens und die Bedeutung der *strong ties* und *weak ties* der Netzwerktheorie (Granovetter). Das heißt, je stärker die Verbindungen innerhalb eines (sozialen) Netzwerkes sind, desto geringer ist der eigentliche Nutzenertrag und Wissenszuwachs. Ergo: Wer sich ausschließlich innerhalb seiner eigenen Community bewegt und häufig dieselben Informationen, Nachrichten- und Medienformate (etc.) nutzt, wird nichts wesentlich Neues erfahren und nur häufig seine eigene reduzierte Sicht der Dinge („*bounded rationality*“)<sup>64</sup> bestätigt finden (Stichwort: „*Filterblase*“). Abweichungen lassen sich eben dann eher als ‚*Lügenpresse*‘, *Fake News* oder Manipulationen der Regierung und alternative Fakten (etc. pp.) bezeichnen; bzw. Absender und Rezipienten gerieren sich dann zu einer falsch verstandenen Gegenöffentlichkeit und Opposition der Aufklärung authentischer Informationen.

Aus Sicht der partizipatorischen Demokratietheorien ist die Rolle der Medien somit ambivalent, da diese nur Informationen bereitstellen, die dem Adressaten lediglich Chancen der Partizipation ermöglichen. Die Rolle der Medien ist in der Sicht passiv, der Bürger selbst aktiv. Der Journalist (und Laie) steht so in einer Rolle der advokatorischen Funktion als Vertreter und Sprachrohr des Bürgers. Dieser kann sich dadurch bspw. in den verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung und Petitionen (usw.) engagieren und diese dadurch bspw. mit Hilfe der Medien verbreiten, wie im Internet, welches geringe Zugangshürden und hohe Streuung bietet (Czok 2010: 101 ff.). Gleichzeitig stehen Politiker und Parteiorgane allgemein in enger Beziehung zu den Medien, indem sie selbst diese gezielt zur Verbreitung ihrer Inhalte nutzen oder die Muster der Inhaltserzeugung der Medien kopieren. Die Botschaften und ihre Träger werden so erst medial aufbereitet, um eine erwünschte Reichweite und emotionale oder polemische Wirkung zu erzielen (Bourdieu 1998; Czok 2010: 118 f.). Als Medienstars, die ihre öffentliche Präsenz und den Wahlkampf absichtlich medial gestalteten, galten jedoch schon Kaiser Wilhelm II (Glaab 2008) sowie Willy Brandt in den 1960/70er-Jahren wie auch Gerhard Schröder in den 1990/2000er-Jahren. Die ästhetisch-mediale Inszenierung des NS-Regimes ist ebenso hinlänglich bekannt. Die doppelbödig inszenierte Beziehung der Polit-Prominenz zu den Medien ist also keineswegs ein zufälliges Phänomen der jüngeren Gegenwart.

Als relativ neues Phänomen erscheint dennoch, dass Politiker und Parteiorgane selbst völlig ungefilterte, zuweilen reichlich unbeholfene Nachrichtenformate innerhalb der Sozialen Medien (Twitter, Facebook, Instagram usw.) erstellen und verbreiten oder auch wieder eilig löschen und revidieren, wenn sie etwa im Affekt verbreitet wurden (Eicher 2017). Medien gelten so als klassische Intermediäre des politischen Systems, die in einem klassischen Spannungsfeld der Politik stehen, indem sie sowohl informieren als auch gestalten und unterhalten, aber den Diskurs erst selbst erzeugen, den sie selbst oder die Bürger und Politiker wechselseitig kritisieren.

Umso nötiger erscheint die analytische und sozioökonomische Betrachtung des Gegenstandes, die insbesondere aus sozialwissenschaftlicher Sicht von der medialen und publizistischen

---

<sup>64</sup> In den 1950er-Jahren entwickelte H. A. Simon das Prinzip der *begrenzten Rationalität* als Kritik der ökonomischen Theorien und menschlichen Verhaltens, da sich Akteure stets nur rational in Bezug auf ihr vereinfachtes Abbild der Realität verhalten und sie aufgrund ihrer begrenzten Informationsverarbeitungskapazität Entscheidungen oft irrational treffen, die der Komplexität der Realität nicht gerecht werden.

(Selbst-)Darstellung überlagert und verdrängt wird. Speziell zur politischen Linken füllen solche Artefakte weltweit ganze Archive, zahllose Onlineportale und Bibliotheken. Nicht zuletzt, weil jene Gruppen fortwährend und aufgrund der voran genannten Phänomenologie von unzählbaren Konflikten, Fusionen und gegenseitigen Abspaltungen gekennzeichnet sind. Ihre Zahl dürfte seit dem 18./19. Jahrhundert bis in die aktuelle Gegenwart in die Abertausende gehen, wenn auch freilich die meisten von ihnen kaum weiter öffentlich in Erscheinung getreten sind oder sich kurz nach ihrer Gründung – oft im Streit und der eigenen Marginalisierung – wieder aufgelöst haben. Wichtig ist aber zunächst zu erkennen, dass die Geschichte Deutschlands entgegen der These der bedeutenden Volks-/Großparteien (CDU/CSU, SPD) von kleinen und Kleinstparteien geprägt ist, wie neben Gehler et al. (Gehler et al. 2001) auch Jan Köhler (Köhler 2006) betont. Nicht selten geht zwar die Gründung einer Partei auf das Engagement sozialer Bewegungen der Zivilgesellschaft zurück; die Bindungen zwischen Bewegungen und Parteien werden jedoch zusehends schwächer. Köhler betont zugleich, dass die Rolle und Zahl sogenannter etablierter und nicht-etablierter Parteien und der Wählerwanderungen respektive Wechselwähler bisher recht wenig erforscht sind. Dazu tritt seit den 1980er-Jahren die Rolle zunehmender Nichtwähler, die die Wählerflexibilität noch einmal ergänzt.

Zwischen 1945 und 1983 zählte man bspw. ca. 500 Gruppierungen, die beanspruchten, eine politische Partei im Sinne des Parteiengesetzes zu sein (Köhler 2006: 40 f.). Ausgenommen all jene, wie etwa lokale Wählervereinigungen und Listen (u. Ä.), die diesen Status nicht erreichten oder aufgrund ihrer inhärenten Kritik an Parteien gar nicht anstreben. Allein 1950 entstanden ca. 30 neue Parteien, die nur vorübergehend größere Bedeutung erlangten (Jun 2015: 42). 1969 wurden 335 Vereinigungen gezählt, die ihre Unterlagen hinterlegt hatten. 110 Parteien haben zwischen 1949 und 1994 aktiv an Wahlen teilgenommen; etwa 30 Parteien gehörten bislang zum harten Kern des politischen Geschehens in Deutschland. 2005 umfasste das Anschriftenverzeichnis des Bundeswahlleiters noch 98 Gruppen; 2016 waren dort 116 politische Parteien (Stand: 19.1.2016) registriert. Insgesamt kann man so inklusive einer hohen Dunkelziffer von Gruppen, die nie weiter öffentlich in Erscheinung getreten sind (respektive ihre Unterlagen je zur Prüfung und Registrierung eingereicht haben) davon ausgehen, dass sich seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland ab 1949 zwischen 500 und bis zu 1.000 Parteien gegründet haben, von denen freilich der Großteil völlig irrelevant geblieben ist. Köhler betont hier, dass der Aufwand für die ordnungsgemäße Eintragung als Partei immens ist, was nicht selten neue und kleine wie engagierte Gruppen vor enorme Herausforderungen stellt, die sie oft nicht erfüllen können oder wollen. Oder sie scheitern an ihrer mangelnden Professionalität, einer fehlenden Gemeinsamkeit und den Formalitäten, so dass Neugründungen über die ersten Sitzungen und Aktivitäten kaum hinauskommen und ausreichende Mitglieder, Unterstützer, Infrastruktur oder Geldmittel (usw.) fehlen. Und selbst wenn sie diese Hürden erfolgreich genommen haben, ist die spätere Fluktuation hoch.

Einige dieser Gruppen stagnieren dennoch seit den 1970/80er-Jahren in einer dauerhaften, zuweilen sektiererischen Fundamentalopposition, wie etwa die *Deutsche Kommunistische Partei* (DKP) oder *Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands* (MLPD). Zahlreiche neuere Veröffentlichungen zu den deutschen linken Kleinstparteien und ihren Splittergruppen und Strömungen ab 1989/90 und deren Peripherie<sup>65</sup> beschränken sich zumeist auf tendenziöse Darstellungen, persönliche Meinungen und deskriptive Aneinanderreihung der historischen Ereignisse und Artefakte

---

<sup>65</sup> Sie lassen sich allesamt kaum einzeln aufzählen, da sie zum Teil den Namen ändern, neu entstehen oder ganz verschwinden, wie etwa der *Linksruck*, der sich 1993 als trotzkistische Organisation gründete und 2007 nach Gründung der Linkspartei auflöste, aber anschließend unter dem Namen *marx21* neuformierte. Zum Teil existier(t)en solche Gruppen innerhalb oder unabhängig von der Partei PDS und DIE LINKE; zum Teil verstehen sie sich als dezidierte Opposition oder Abspaltung dieser Partei(en) oder als außerparteiliche Organisation mit großer Nähe oder Distanz zur Linkspartei, wie bspw. die Linksjugend *solid* oder deren Hochschulgruppen und Listen, wie dem (reanimierten) SDS mit ihren

ohne tiefere Analyse des sozialen Wandels. Häufig dominieren hier zahlreiche genuin politische und journalistische Darstellungen, Querschnitte oder persönliche und biografische Rück- und Ausblicke (Ernst et al. 2012; Hultsch 2013; Maurer 2006; Redler 2012; Strohschneider 2014; Hoff 2014; Rugenstein 2013; Wolf 2016; Knabe 2010; Hiller 2009; Vollmer 2013). Max Reinhardt bemerkte zur SPD: „Eine historische Langfristuntersuchung (...) fehlt bisher ebenso wie eine soziologische Analyse des spezifischen inneren Machtfeldes der Sozialdemokratie.“ (Reinhardt 2014)

Steffen Hultsch hat die längst vergessene Entstehung der WASG in Ostdeutschland (bzw. Brandenburg) als Teilnehmer, wie sie von 2005 bis 2007 existierte, beobachtet (Hultsch 2013).<sup>66</sup> Diese Abspaltung der SPD galt 2003 zunächst nur als Westphänomen, das sich vorerst auf Berlin, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Bayern konzentrierte. Zudem lässt sich eine hohe Dichte und Konzentration der Veröffentlichungen unterschiedlicher Qualität um das Gründungsjahr der Linkspartei (*DIE LINKE*) und den Zusammenschluss mit der WASG 2007 feststellen, die anschließend wieder abflaute. Die historische Entwicklung speziell der Linkspartei kann zwar als relativ gut beobachtet, aber schlecht analysiert angesehen werden. Bekannt ist zwar sowohl der neuere Pfad von der SED/PDS 1989/90 über die (W)ASG 2003/04<sup>67</sup> und ihres Zusammenschlusses 2007; als auch jener historische Pfad zahlreicher früherer Ablösungen innerhalb und außerhalb der SPD-Milieus und der Grünen periodisch seit den 1970er-Jahren. Der politischen Linken innerhalb wie außerhalb der SPD gelingt es dennoch nicht, eine wesentlich neue sozioökonomische Konfliktlinie zu besetzen, die nicht auch schon in den etablierten Parteien seit Anbeginn im 18./19. Jahrhundert existiert.

DIE LINKE gilt somit als Manifestation einer gescheiterten Gesinnungspartei und Sammlungsbewegung der Beharrung sozialstaatlicher Arrangements und zahlreicher ideologischer Strömungen, Splittergruppen und deren reziproker Konflikte nach innen und außen. Die sozialen und ökonomischen Entwicklungen bleiben vor diesen Hintergründen allerdings weitgehend unbeachtet oder werden darunter subsumiert, anstatt sie herauszuarbeiten. Im Ergebnis beschäftigt sich die Literatur zu Parteien und politischen Akteuren fast ausschließlich mit deren Innenperspektiven und Konflikten sowie den Protagonisten als mit deren Beziehung zur Außenwelt (Lorenz 2011; Rugenstein 2013; Offe 2016). Das Spannungsverhältnis zwischen Partei und Bürger und der Frage, wer nun wem folgt, ist in der Fachwissenschaft umstritten. Damit stehen sowohl Parteien selbst als auch Politologen und Medien vor der schwierigen Herausforderung, sich selbst und ihre Organisationsprinzipien teilweise zu überwinden und zu hinterfragen, um eine bessere politische Deliberation und damit eine (Re-)Vitalisierung von Demokratie zu ermöglichen (Vössing 2014).

---

weiteren Verästelungen und Gegengruppen, die von außen kaum nachvollziehbar sind. Deren Aktivitätsgrad und Mitgliederstärke variiert naturgemäß erheblich. Die endgültige Zahl solcher Gruppen lässt sich kaum abschätzen, da sie ferner auf Bundes- und Länderebene oder lokal und international existieren und jeweils eigene Gruppen innerhalb anderer Parteien mit hoher Dynamik erzeugen.

<sup>66</sup> Hervorgegangen war die WASG Brandenburg aus einer Neugründung und Reanimierung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) von 1918, die sich 1990 aufgrund des Versuchs einer politischen Neuorientierung zur Erneuerung und Umgestaltung der DDR gründete. Nach der Volkskammerwahl vom März 1990 wurde es allerdings ‚sehr ruhig‘ um diese USPD, deren verbliebene Mitstreiter 2004 in Potsdam die WASG Brandenburg gründeten (Hultsch 2013: 9).

<sup>67</sup> Im Frühjahr 2004 traten nahezu zeitgleich zwei zunächst getrennte politische Formationen auf, die ab 2003 gegen die Agenda-Politik der SPD und Gerhard Schröder opponierten. Erstens die hauptsächlich von bayerischen Gewerkschaftlern der IG-Metall und Mitgliedern der SPD getragene ‚Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit‘ (ASG); und zweitens die von einem ‚linkssozialdemokratischen Dreieck‘ getragene ‚Wahlalternative 2006‘, bestehend aus Mitgliedern der in Hamburg erscheinenden Zeitschrift ‚Sozialismus‘, der Bremer Memorandum-Gruppe und der Abteilung Wirtschaftspolitik beim Berliner Bundesvorstand der ver.di. Beide Gruppen vereinigten sich im Sommer 2004 zum Verein ‚Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Wahlalternative‘. Im Zuge der Landtagswahl im Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen wurde der Verein in eine Partei umgewandelt und die WASG war gegründet (Zimmermann 2012; Redler 2012).

Die dänische Linke ist (mit Ausnahme der Sozialdemokratie) insbesondere im internationalen Zusammenhang tatsächlich bis auf wenige prominente Ausnahmen (Schmiederer 1969; Birke 2003b; Birke und Larsen 2007; Frenzel 2002) eher unbeachtet geblieben (Schubert 2011; Birke 2003b), was vermutlich an der außerhalb des Landes wenig verbreiteten Sprache liegen mag. Hier lässt sich ohne historische Expertise kaum eine abschließende Zahl ermitteln. Dänische Bibliotheken nennen hier zwar eine Reihe von unterschiedlichen Einträgen zu den verschiedenen linken Gruppen; deren Qualität kann dennoch nicht abschließend beurteilt werden. Einzelne Personen aus dem Umfeld dänischer Parteien sprechen dennoch von einer eher fragmentarischen Literaturlage (*deutsch, englisch, dänisch*) zu den dänischen Parteien, die erneut nur nach innen gerichtet sind und ebenso deskriptiv nur einzelne historische Phänomene oder persönliche und biografische Erlebnisse, Bezüge und Abschnitte dessen wiedergeben. Verschiedene Onlinepublikationen weisen oft nur einen jeweils zeitlich sehr kurzen Bezug zu bestimmten Phänomenen auf, wie etwa das Thema der Europawahlen oder parlamentarischen und medialen Debatten (u. Ä.). Der dänische Journalist Kaare R. Skou betont daher, dass mit seinem Lexikon 2005 der erste Versuch unternommen wurde, das gesammelte historische Wissen zu dänischer Politik zu vereinen (Skou 2011).

Bemerkenswert ist hier dennoch der Titel von Wilhelm L. Christiansen, der seine biografischen Erlebnisse in der Sozialdemokratischen Partei Flensburg (SPF) niedergeschrieben hat. Diese existierte zwischen 1945 und 1954 als deutsch-dänische Abspaltung der deutschen SPD, die um den Anschluss der deutschen an die dänische Sozialdemokratie warb und umgehend 1946 von der SPD ausgeschlossen und von der britischen Militärregierung sanktioniert wurde (Christiansen 1993). Dazu ist wichtig zu wissen, dass Flensburg von 1460 bis 1864 unter dänischer Krone stand und seither geografisch wie politisch heftig umkämpft war.<sup>68</sup> Infolge der Wirren des Ersten Weltkriegs, des Versailler Vertrags und der Abdankung des deutschen Kaisers votieren 1920 die Nordschleswiger (die deutsche Minderheit in Dänemark) schließlich mehrheitlich für eine Zugehörigkeit zu Dänemark; während sich die Südschleswiger (als dänische Minderheit in Deutschland) und die seinerzeit binationalen Einwohner Flensburgs dagegen zu 75 % und aus Parteidisziplin gegenüber der deutschen SPD und den Gewerkschaften für den Verbleib zu Deutschland entschieden. Ausschlaggebend war hier, dass Dänemark (bis heute) eine konstitutionelle Monarchie ist und die deutschen Sozialdemokraten 1920 um den progressiven Anschluss an die deutsche Republik warben. Ab 1933

---

<sup>68</sup> Die gemeinsame Geschichte der Region reicht zurück bis ins frühe Mittelalter. Im Jahr 811 trafen sich fränkische und dänische Führer an der Eider, um Frieden zwischen dem deutschen Kaiser und dem dänischen König zu schließen. Bis zur Auflösung des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation im Jahre 1806 war die Eider die Nordgrenze dieses Reiches. Dabei bildete sich Schleswig vom 10. Jahrhundert an als Grenzfürstentum Dänemarks heraus, gehörte aber seit 1386 zur deutschen Grafschaft Holstein und beheimatete seit jeher sowohl deutsche als auch dänische Volksgruppen. Anfang des 19. Jahrhunderts gewann der Gedanke nationaler Souveränität allerdings vermehrt Anhänger. Die Machtbereiche der Fürsten waren zuvor eher zufällig zusammengesetzt. Ab 1830 und der nachfolgenden Revolution 1848 wirkte sich diese Krise der Monarchie in eine Teilung der Region Schleswig aus. Nachdem der dänische König nationalliberale Minister der eiderdänischen Bewegung in seine Regierung in Kopenhagen übernommen hatte, führten die schleswig-holsteinischen Führer in Kiel einen Aufstand an. Dies bedeutete Krieg und führte zur Aufteilung der Bevölkerung in zwei feindliche nationale Lager: die dänisch orientierten Schleswiger und die deutschen Schleswig-Holsteiner, worauf Preußen Truppen zur Unterstützung schickte. Der Krieg endete 1850 mit einem dänischen Sieg über die Schleswig-Holsteiner, die nach dem Rückzug der Preußen allerdings isoliert standen. Die Großmächte erlaubten es Dänemark aber nicht, die Eidergrenze durchzusetzen. Stattdessen wurde kurzzeitig ein Gesamtstaat errichtet und Schleswig von Holstein getrennt. Im Ergebnis war es fast unmöglich, eine dauerhafte Lösung der dänischen Gesamtstaatsmonarchie zu finden, der sowohl Holsteiner, Schleswiger und Dänen zustimmen konnten. Das Ergebnis war ein neuer Krieg (1864), in dem Preußen und Österreich Dänemark besiegten, das daraufhin die Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg abtreten musste (Region Sønderjylland-Schleswig 2017b).

setzte allerdings die *große Ernüchterung der politischen Linken jener Region* ein. Nach 1945 sollte diese nationale Grenzfrage aus Sicht der Flensburger Sozialdemokraten nicht erneut von ihrer Partei und den Gewerkschaften entschieden werden (Christiansen 1993: 9 ff.). Dennoch scheiterten sie mit ihrem transnationalen Vorstoß – nicht zuletzt an den Alliierten.

In dem Zusammenhang muss auch die kontroverse Geschichte und Entstehung des Südschleswiger Wählerverbands (SSW) von 1948 gesehen werden. Kontrovers allein deshalb, weil sich ihre Rolle als Minderheiten- und Protestpartei lange Zeit zwischen einer Separationsbewegung der Bevölkerung in Dänen und Deutsche und Abspaltung eines neuen Bundeslandes Südschleswig bewegten, sie sich aber später für Nichtdänen und Koalitionen öffnete bzw. diesen Einfluss gezielt suchte und sich damit erneut der Kritik der dänischen Minderheit aussetzte. Dennoch blieb der SSW ein eher skandinavischer Ableger der linken Mitte in der norddeutschen Politik, die auch das Prinzip der bisher unüblichen Minderheitenregierungen nach Deutschland importierte und bewusst den Begriff der Partei vermied (Dietsche 2013).

Rein historisch lässt sich so zunächst über ein Dutzend linker Parteien in Dänemark beobachten. Diese weisen wiederum bis in die Gegenwart untereinander diverse Bezüge, gegenseitige Spaltungen, Ab- und Auflösungen, Fusionen und Konflikte auf, die sich erneut kaum im Einzelnen aufzählen und abbilden lassen (Nissen 2006; Birke 2003b; Skou 2011). Die gesamte dänische Linke hat ähnlich wie die deutsche Linke seit den 1920er-Jahren mit Gründung der Kommunistischen Partei (DKP)<sup>69</sup> aufgrund der russischen Oktoberrevolution 1917 über die Jahrzehnte in verschiedenen Epochen eine Reihe von kaum zählbaren Abspaltungen erlebt. So entstand 1959 aus der DKP die *Sozialistische Volkspartei (SF)*, die eng mit der westeuropäischen Linken der 1960er kooperierte und sich schon früh nach Kriegsende (1959) als erste von der sowjetischen Machtpolitik löste. 1966 bildete sich daraus die Abspaltung der Partei der *Linkssozialisten (Venstresocialisterne, VS)*, die sich schnell als Sammelbecken für allerlei radikale Gruppen und soziale Bewegungen verstand, was dazu führte, dass in den 1970ern bis zu drei linkssozialistische Parteien im Parlament saßen. Nach 1989 spalteten sich die dänischen Linken erneut in verschiedene marginale Gruppen wie bspw. der *KPiD, Kommunistische Partei in Dänemark* und der 1989 aufgrund dieser Spaltungen neu gegründeten *Einheitsliste (EL)*, die wiederum aus ehemaligen Mitgliedern der VS, der trotzkistischen SAP, der DKP und Einzelpersonen entstand, die seit 1994 als Opposition im Folketing vertreten ist (Birke 2003b).

Insbesondere politische Vergleichsstudien zum Begriff und der Definition des Extremismus sind in Europa aber rar und weitgehend unerforscht. Wer dazu arbeitet, betritt ein nicht nur intellektuelles Minenfeld, da ein weitaus größerer Konsens besteht, militante Formen des Extremismus zu untersuchen als intellektuelle, die sich ohnehin kaum nach links oder rechts unterscheiden lassen und verwischen. Hauptsächlich gilt das für Länder und Gesellschaften, in denen Extremismus nur in geringem Maß auftritt oder eine klare Abgrenzung zwischen Demokratie und Extremismus fehlt, wie etwa in Dänemark. Dort stoßen Formen eines harten Extremismus auf stabile demokratische Strukturen sowie auf eine tiefe Diskreditierung des Nationalsozialismus und Kommunismus. Andererseits finden sich dort Formen eines weichen Extremismus der rechten *Dänischen Volkspartei* und der linken *Sozialistischen Volkspartei*, die dennoch die immanente Systemkritik absorbieren und in Regierungshandeln transformieren (Jesse und Thieme 2011).

Dänemark wurde nach 1945 zwar als parlamentarische Monarchie knapp vier Jahrzehnte von Sozialdemokraten regiert, weist aber zugleich gegenüber Schweden und Norwegen häufiger nicht-sozialdemokratische Regierungen auf. Zugleich sind Mehrheitsregierungen in Dänemark die

---

<sup>69</sup> Hier steht das Akronym für die Dänische Kommunistische Partei. Das deutsche Pendant der DKP (Deutsche Kommunistische Partei) entstand erst 1968 aufgrund des Verbots der Vorgängerorganisation, der Kommunistischen Partei Deutschlands, KPD von 1918, die 1956 in Westdeutschland verboten wurde bzw. 1946 in Ostdeutschland (SBZ) mit der SPD zur SED zwangsvereinigt wurde.

Ausnahme. Seit 1909 hatte dort keine einzige Partei mehr die absolute Mehrheit im dänischen Parlament. Minderheitsregierungen unter Beteiligung der Links- oder Rechtsextremen sind dort der Regelfall. Die Entwicklung rechtspopulistischer Parteien in Europa ist jedoch nicht neu, sondern besteht seit Jahrzehnten (Decker 2006b). In Dänemark und Norwegen begannen derartige Bewegungen bereits in den 1970er-Jahren. Deren Themen waren zunächst die in ihrer Sicht ausufernde staatliche Bürokratie, Ablehnung gegenüber der EG, hohe Steuerbelastungen und mehr oder weniger die Annäherung zwischen den etablierten Parteien. Einwanderung und Rassismus spielten zunächst keine Rolle, sondern kamen erst in den späten 1980/90er-Jahren dazu (Rydgren 2006). Zugleich begann der Aufstieg des dänischen Rechtspopulismus 1973 mit dem EG-Beitritt und dem in der Literatur als *Erdrutschwahl* bezeichneten Erfolg der *Fortschrittspartei* (aus dem Stand 15,9 %) dort wesentlich früher als in anderen Ländern, wo Gruppen der rechten Peripherie mit regionalen Ausnahmen eher marginal blieben.

Populär sind insbesondere komparative Studien. Hier galt seit den 1990ern sowie vor dem Hintergrund von New Labour und der Erwerbslosigkeit (*Welfare to Work; Workfare; Flexicurity*) erhöhtes Interesse an der dänischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik und auch der Stadtsoziologie, das aber relativ schnell wieder stagnierte und aktuell kaum über das Niveau eines Zeitungsartikels oder Fachaufsatzes hinauskommt. Welchen Einfluss aber insbesondere linke Parteien auf diese Reformen der 1990er-Jahre („*More People in Work*“) hatten, ist unklar. Unklar bleibt aber auch, welchen Einfluss dieses zentrale Merkmal der Sozialstaatsreformen auf linke Parteien selbst hatte. Peter Birke sprach sich hier für eine eingehende Analyse der Wahldaten vergangener Jahrzehnte aus, die offenbar bis heute nicht vorliegt (Birke 2003b). Deskriptive Länderstudien, Aufsätze oder Einzeldaten zu Dänemark sind in dem Bezug zwar nicht selten. Deren Erklärungskraft ist dennoch begrenzt. Das politische Interesse an Skandinavien und Dänemark begann bereits in den 1960/70er-Jahren, als das Modell Deutschland noch als Erfolgsmodell galt. Denn zu Beginn der 1990er-Jahre erlebten die nordischen Länder ihre schwerste Wirtschaftskrise seit den 1920er-Jahren. Dänemark hat zudem seit Bewältigung seiner Rekordarbeitslosigkeit in den frühen 1980er-Jahren und 1993 von knapp 12,5 % neben den Niederlanden nun eine der weltweit höchsten Erwerbsquoten und Erwerbstätigenquoten in allen Segmenten bei einem bisher geringen Anteil an Langzeitarbeitslosen. Das machte den Blick nach Dänemark umso interessanter, da das Wirtschaftswachstum Skandinaviens vormals deutlich über dem EU-Durchschnitt lag. Das (sog.) *nordische Modell* hatte sich als Gegenentwurf des angelsächsischen und rheinischen Modells offenbar etabliert, erodiert gegenwärtig dennoch. Große Bekanntheit erlangten hier (u. a.) die Arbeiten des dänischen Sozialwissenschaftlers Gøsta Esping-Andersen (Esping-Andersen 2012), die jedoch nicht widerspruchsfrei blieben. Politisch-periodische Krisen waren aber auch dort seit dem 19. Jahrhundert nicht selten, sondern eher die Regel (Skou 2011: 9 ff.).<sup>70</sup> Bestimmte Phänomene zeigten sich dort zwar ähnlich, aber nicht in derselben Form und Auswirkung wie etwa in Deutschland. Die sozialdemokratischen Regierungen Dänemarks und ihre Koalitionen begegneten dem vermeintlich strukturierter, was zwar ihren populären Mythos begründet (Frenzel 2002; Blanke 2009), der aber sozioökonomisch bis heute relativ unreflektiert bleibt.

Zur Illustration der Mikroebene kann Kopenhagen als kulturelles und politisches Zentrum des relativ kleinen Landes dienen, das mit der frühen wie rasanten Modernisierung seiner Stadt (Drost 1996)<sup>71</sup> und Transformation des Hafens bereits ab den 1960er-Jahren (weit vor Hamburg in

---

<sup>70</sup> Folgt man seinem Text, handelt es sich um eine einzige Abfolge von reziproken Krisen seit 1848, die sich allenfalls nach 1945 bis in die 1990er etwas stabilisierten, deren Surrogate aber dennoch prekär blieben.

<sup>71</sup> Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war Kopenhagen eine reine Handelsstadt mit 130.000 Einwohnern. In der Folgezeit drängten jedoch bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts in den 1920/30er-Jahren immer mehr arbeitslos gewordene Beschäftigte aus der Landwirtschaft in die Stadt, die innerhalb weniger Jahre die heutigen Wohn- und Industriegebiete außerhalb der Stadt begründeten. Seit den frühen

den 1980er-Jahren)<sup>72</sup> nicht vollends den üblicherweise damit verbundenen Klischees und Stereotypen der Gentrifizierung<sup>73</sup> im Kontext von ‚bösen Investoren‘, Verdrängung und dem schlanken Staat entspricht, da die Stadt selbst dort investierte (Priebis 2007; Kittel 2013). Gleichzeitig war auch Kopenhagen seither geprägt von massiven sozialen und politischen Protesten, militanten Kämpfen („Häuserkampf“) und Polizeieinsätzen rund um die Stadtteile Vesterbro, Nørrebro, der alternativen ‚Freistadt Christiania‘ und dem Jugendzentrum *Ungdomshuset*<sup>74</sup> um die linksautonome und subkulturelle Szene (Schubert 2011), wie sie für Dänemark eher unüblich sind (Johansen 2010). Zwischen 1969 und 1985 wurden allein in Nørrebro bspw. 50 % der alten, zum Teil deutlich maroden Bebauung, die mit sozialen Problemlagen einherging, abgerissen. Im benachbarten Vesterbro stammten „bis 1990 99 % noch aus der Zeit vor 1919, 70 % der Wohnungen hatten kein Bad, 64 % keine Zentralheizung“, so die *Frankfurter Rundschau* (Gamillscheg 2012). Diese frühen Proteste gegen die Modernisierungen ordnen sich jedoch historisch ein in die allgemeine kulturelle Szenerie sozialer Proteste der Hausbesetzungen der 1970/80er-Jahre in ganz Europa und sind insofern kein auffälliges Phänomen. Zugleich spielten jene späteren Auseinandersetzungen in den 1990er-Jahren, etwa um das *Ungdomshuset*, in den Parteien der dänischen Linken zunächst nur eine untergeordnete wie kontroverse Rolle. Im Stadtteil selbst waren in den Folgejahren nur die *Einheitsliste* (EL) und die *Sozialistische Volkspartei* sehr engagiert. In der Kommune hatte sich seinerzeit nur die *Einheitsliste* mit parlamentarischen Mitteln eingesetzt; die Linksozialisten und Sozialdemokraten waren weit aus zurückhaltender und distanzieren sich stets zuerst von der Gewalt, ohne auf den Zusammenhang im Einzelnen einzugehen. Die Anhänger jenes linksalternativen Milieus „sind über die Linksozialisten sehr enttäuscht, teilweise auch wütend“, zitiert Peter Birke einen Aktivist des *Ungdoms-*

---

1970ern steigt die ständig wachsende Zahl der Einwohner in ganz Dänemark auf mehr als 5 Mio. (Ende 2016: 5,745 Mio.); wobei Kopenhagen tendenziell der Magnet der Bevölkerungsentwicklung bleibt. Ende 2016 zählte die Stadt 763.908 Einwohner. Das Umland verzeichnete 542.501 Einwohner, die gesamte Metropolregion Kopenhagen somit 1,3 Mio. Einwohner, also 22 % aller Einwohner des Landes.

<sup>72</sup> Der frühere Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD, 1981-88) schlug erst 1983 vor, *Hamburgs Zukunft liege nicht mehr in erster Linie auf dem Wasser, sondern immer stärker auf dem Land*. Das hieß, sich auf Produktion zu konzentrieren, die in Hamburg stattfindet, aber von vornherein den Wettbewerb mit anderen Konkurrenten auf dem nationalen Markt aufzunehmen und begründete die Standortpolitik.

<sup>73</sup> Der Begriff der *Gentrifizierung* ist historisch wie wissenschaftlich unbestimmt und umstritten. So ist unklar, was hier in welcher Weise abhängige und unabhängige Variable sein sollen und damit bezeichnet werden soll. Siehe dazu etwa Ingrid Breckner 2010 und das dazugehörige APuZ-Heft 17/2010, *Stadtentwicklung* (Bundeszentrale für politische Bildung 2010). Die politische Auseinandersetzung um einerseits nötige und andererseits kapitalgetriebene Modernisierung und den Strukturwandel einer Region ist demzufolge immer konfliktbeladen. Dazu treten neben der abstrakten Auseinandersetzung und der persönlich wie kollektiv empfundenen Bedrohung konkrete Maßnahmen der Umgestaltung oder erforderliche Erweiterung der Infrastruktur („*Urbanisierung*“). Insbesondere ruft die neue Rolle der Städte als Transformationsgegenstand des 21. Jahrhunderts zwischen Arbeiten und Leben in der Stadt nach neuen Ansätzen auf einer Vielzahl von Ebenen, die sich nicht mehr isoliert betrachten lassen. Die Vokabel der Gentrifizierung wird so sukzessiv zu einer ideologischen Chiffre.

<sup>74</sup> Das *Ungdomshuset* (dänisch, etwa: *Haus der Jugend*) war ein Gebäude im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro. Ursprünglich wurde es 1897 als *Folkets hus* (*Haus des Volkes; Volkshaus*) und Zentrum der Arbeiterbewegung fertiggestellt und blickte auf eine historische Bedeutung zurück. 1956 baute die Arbeiterbewegung ein neues Gebäude im benachbarten Stadtteil Vesterbro, um das marode Gebäude zu entlasten. Von 1963 bis 1978 stand es leer. 1982 stellte die Stadt Kopenhagen das Haus nach einer Besetzung als Jugendzentrum zur Verfügung. Es fungierte fortan als Treffpunkt und Veranstaltungsort jugendlicher Subkulturen und verschiedener linker Gruppen. Seit 1999 war das Haus Gegenstand vieler politischer Kontroversen zwischen der Stadt, den Nutzern und nach einem Verkauf an die evangelische Kirche den neuen Eigentümern des Hauses. Im März 2007 wurde das Gebäude geräumt und abgerissen.

*huset* (Birke und Larsen 2007: 132 ff.). Dennoch befürworteten nicht alle Mitglieder der EL das Engagement der Partei in jenem Milieu gleichermaßen. Die Sozialdemokratie gilt dort - ähnlich wie in Hamburg - traditionell als treibende Kraft der Modernisierungen seit 1948 und sukzessive den 1960er-Jahren und gleichsam als Feindbild linker Subkulturen. Damit kann die Situation dort als vergleichbar gelten mit jener um die Hamburger Hafestraßen-Häuser oder der *Roten Flora*, zu denen jene Aktivisten seinerzeit auch gegenseitig vernetzt und untereinander organisiert waren (Birke und Larsen 2007).

Seit 1996 wurde außerdem von der dänischen Regierung das (sog.) *Kvarterløft-Programm* aufgelegt, zu Deutsch etwa: *Quartiersanhebung*. Das bezeichnet ein Förderprogramm zur Revitalisierung benachteiligter Stadtteile wie Vesterbro und Nørrebro, das gemeinhin als *erfolgreich* gilt. Hauptsächlich, weil deren Bottom-up-Strategie die Bürgerbeteiligung in den Mittelpunkt stellt. Grundprinzip aller Entscheidungen ist der gemeinsame Konsens zwischen allen Beteiligten. Gefördert werden idealtypisch Projekte, die diesen Konsens erreichen (sollen). Hier existiert keine formale hierarchische Steuerung zwischen den Kommunen und lokalen Akteuren auf Stadtteilebene. Der Wert solcher Bürgerbeteiligungen wird demzufolge nicht vorrangig in einer besseren Planung, sondern in einer Stärkung der sozialen Netze gesehen. Die unterlegene Opposition spricht dagegen von der „*Diktatur der Demokratie*“, indem jene Mehrheiten die unterlegenen Minderheiten dominieren: „*Wer sich nicht anpasst, fliegt raus*“ (Gamillscheg 2012).

Damit weist die Stadterneuerung und politische Deliberation in Dänemark zwar starke Parallelen zur Entwicklungen in anderen europäischen Ländern auf (Schubert 2007); dennoch erreicht Dänemark hier offensichtlich eine klischeehafte Vorbildfunktion im Bereich der Umsetzung von konkreten Maßnahmen. Gleichzeitig weist Dänemark in dem Bezug eine geringere soziale Spaltung und hohe Kontinuität in der Regierungs- und Steuerungspolitik auf. Die Bilanz und ihre politische bzw. sozioökonomische Interpretation zwischen ‚*gentle or traumatic*‘, ‚*market and state*‘, ist dennoch hoch umstritten (Larsen und Hansen 2008), da sich die Elendsquartiere und deren Betroffene wie hohe Attraktivität der Viertel („*Drei Nutten und ein Millionär*“; Gamillscheg 2012) partiell weiterhin zeigen und Betroffene zuweilen „*als Penner auf der Parkbank, mit einer Plastiktüte voller Bier und einem großen verdreckten Hund*“, klientisiert werden (Frederiksen 2004: 102). Hier schließt der Diskurs jedoch an der Kritik am Begriff der *Gentrifizierung* (Bude 2016) an, da sich jenseits der diskursiven und selbstreflexiven Merkmale kaum nachweisen lässt, aus welchem Grund Bewohner das Viertel verlassen oder bevorzugen, da eine Fluktuation und Veränderung im Gegensatz zu ländlichen Regionen seit jeher zum Wesen und Selbstverständnis der Städte gehört:

„[E]ine [...] für die Vermeidung von Gentrifizierung sensible Stadtpolitik [erfordert] umfangreiches Detailwissen über die unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen städtischen Gebietstypen. Reine Prozessbeschreibungen und moralische Skandalisierungen reichen hierfür keineswegs aus. Erforderlich ist vielmehr eine gründliche interdisziplinäre, strukturelle wie prozessuale Stadtforschung, die auf verallgemeinerbare Ergebnisse oder zumindest auf Erklärungen der Ursachen von spezifischen räumlichen Entwicklungen ausgerichtet ist. Gentrifizierung lassen sich aus wirtschaftlich prosperierenden Städten kaum ausschließen, weil sie dort auch gebraucht werden. Auch eine Zwangsverlagerung dieser Bevölkerungsgruppen in Regionen mit Bevölkerungs- und Innovationsbedarf erscheint kaum realistisch. Viel wichtiger wäre es, mit Mitteln von Forschung und Praxis herauszufinden, wie die unterschiedlichen Potenziale von Gentrifizierung und der von ihnen ‚bedrohten‘ Bevölkerungsgruppen sinnvoll verknüpft und für eine demokratische Entwicklung von Städten und Regionen genutzt werden können“, so die Stadtsoziologin Ingrid Breckner ganz allgemein zu diesem schwierigen Diskurs (Breckner 2010).

Dennoch, so die einhellige Meinung, gab es keine Alternative zur Stadtsanierung, da die *Spekulanten die Häuser verfallen ließen und der gesamte Stadtteil Vesterbro eine einzige Ruine* gewesen sei. Die Politik sei zum Handeln gezwungen gewesen: „*Wer die Entwicklung bedauert, muss schon ein Slumromantiker sein*“, zitierte die *Frankfurter Rundschau* einen etablierten Bewohner des Quartiers (Gamillscheg 2012).

Fragt man angesichts solcher Phänomene sozialer und ökonomischer Disparitäten und ihrer Deutungsversuche, was denn nun aus welchem Grund links und gemäß dessen zu tun ist, stößt man an das Dilemma der hohen Selbstreferenzialität all jener Gruppen, die beanspruchen links zu sein und sich in diffusen Zuschreibungen verlieren. Damit schließen sich diese Gruppen fast automatisch gegenüber der sozioökonomischen Realität doppelt ab.

### 3.3 Links als selbstreferentielle Leerformel

Eine scholastische Positionsbestimmung, wer oder was denn nun spezifisch links oder rechts ist, muss bereits an der Komplexität politischer Prozesse und allgemeiner gesellschaftlicher Realität scheitern. Zwar scheint die Frage ebenso trivial, wie sie beim Versuch einer eindeutigen Antwort oder Erklärung an ihre natürlichen Grenzen stößt. Allein die wissenschaftliche Literatur zur Frage, was denn nun genau links ist, füllt weltweit ganze Bibliotheken (Seitz 2009). Nicht erst Anthony Giddens (Giddens 2000) stellte diese politische „*Gesäßgeographie*“ (Eichberg 2003)<sup>75</sup> in den 1990er-Jahren infolge der Erosion des Ostblocks in Frage. Auch in den 1970/80er-Jahren war diese Negation immer wieder von Bedeutung und fand ihr Idiom in der grün-alternativen Bewegung. Sie begann aber weitaus früher.

Die zahlreichen gegenseitigen Definitionen nach *links* und *rechts* sind wissenschaftlich kaum plausibel; eher dienen sie zuverlässig der variantenreichen Selbst- und Fremdzuschreibung nach innen und außen. Der simple Verweis auf typische Ideale, gemeinsame Interessenlagen oder Gemeinsamkeiten, die Linke und/oder deren Zielgruppen und Anhänger aufweisen, endet in der intellektuellen Sackgasse und der ewigen Rekursivitätsschleife des methodologischen Individualismus: Links ist, was man (bzw. wenn man sich selbst) für links hält – ganz gleich, ob politisch, historisch, inhaltlich, kulturell oder sozial (Brie und Spehr 2006: 1): „*Links, das sind Dreadlocks und wenn man Joints raucht, keinen militärischen Haarschnitt hat und eher locker drauf ist*“, so – neben Rudi Dutschke und Che Guevara – studentische Antworten einer Umfrage Mitte der 1990er (Brie und Spehr 2006: 1). Tatsächlich sucht die Rechte eher die Nähe zur Uniform und anderen Formen militärischer Ordnung. Womit allerdings der linke Charakter des Stalinismus und der konfuzianischen Diktaturen Ostasiens grundlegend infrage gestellt ist, so Henning Eichberg (Eichberg 2003). Sogar in den Geschlechterrollen hat sich diese Dichotomie eingegraben, indem Männerbünde eher zu Uniformen und der autoritären politischen Rechten tendieren, während der Feminismus mit wenigen Ausnahmen eher nach links neigt. Dagegen muss jede Abweichung dieser Idealtypen folgerichtig ‚*rechts*‘ (oder gar: *faschistisch*) sein. Dieser Positivismus stößt aber bereits an seine sehr engen Grenzen, wenn man etwa auf ‚*Rechte*‘ trifft, die exakt dem eigenen idealisierten Bild des ‚*Kiffers mit Dreadlocks*‘ entsprechen. Der Phänotyp des Skinheads als ‚*typischer Nazi*‘ erweist sich ohnehin als wenig brauchbar (Marshall 1997); obgleich schon das Superlativ des *Faschismus* als Gegner für die Gegenwart völlig unbrauchbar ist (Schmid 2016).

Bereits in den 1920er-Jahren begannen unter Josef Stalin in der UdSSR jene Diffamierungen nach *rechts* und *links*. Bois wies in seiner Dissertation über *Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik* bereits auf diese begriffliche Unschärfe des Begriffs der Linken und Rechten, des *Linksradikalismus*, *Linkskommunismus* und entsprechende *Schlagworte* und „*politische Kampfbe-griffe*“ hin (Bois 2015: 101): In der Literatur der KPD wurden unter Stalin zeitweise Begriffe gebraucht wie „*rechts*“, „*ultralinks*“, „*Linksoppositionelle*“ und „*Linkskommunisten*“, die intern (sog.) *Abweichler*, *Trotzkisten* oder *Verräter* diskreditieren sollten. Darüber hinaus entstand 1924 in der

---

<sup>75</sup> Der Ursprung jenes Begriffes lässt sich nicht zweifelsfrei klären. Bei Henning Eichberg taucht er in einem als Zusammenfassung aus seinem Buch *„Højre eller venstre?“* („*Rechts oder links?*“) bezeichneten Dokument im Internet auf. Dennoch benutzen viele Quellen diesen Begriff. Eichberg diskutiert hier die lohnende Frage und den Sinn solch einer falsch verstandenen Körperlichkeit und ihres Dualismus wie dessen Symbiosen.

UdSSR der Begriff des *Sozialfaschismus*. Urheber waren Grigori Sinowjew und Josef Stalin, die infolge des Linksschwenks der Komintern die SPD als Zwillingsbrüder der Faschisten und als Hauptfeind bezeichneten, was eine hohe Konkurrenz gegenseitiger Diffamierungen auslöste. Der Begriff des *Linksfaschismus* wurde seither recht uneinheitlich benutzt. Deutsche Sozialdemokraten bezeichneten deutsche Kommunisten seit etwa 1929 als *rotlackierte Faschisten*; Kommunisten benannten umgekehrt die Sozialdemokratie als *Rotfaschismus* oder *Sozialfaschismus*. Jürgen Habermas warnte 1967 vor einem linken Faschismus der APO, zog aber den Vorwurf zurück. Gleichzeitig überlebten diese Etikettierungen bis heute. Hauptsächlich findet sich dieser Jargon heute in rechten und rechtspopulistischen Foren zur Diffamierung der Linken und Linksextremen. Analog dazu wird oft der Begriff des *Ökofaschismus* zur Diskreditierung der grün-alternativen Bewegung verwendet (Gorz 1977: 75 ff.).

An kaum zählbaren Konflikten und „viele bitter zerstrittenen Fraktionen [...], deren jede sich an eine von nicht Eingeweihten kaum wahrnehmbare Nuance politischer Programmatik [...] klammert“ (Dahrendorf 1963: 37; s. auch Bois 2015: 35 zit. Werner Scholem 1926), mangelt es der Linken von Beginn bis in die aktuelle Gegenwart nicht. Der Unterschied zwischen Kommunismus, Sozialismus und den eigenen Zielen gerät ebenfalls oft sehr vage; zuweilen haben beide Formen hier große Gemeinsamkeiten, mitunter grenzen sie sich und ihre Anhänger aber scharf voneinander ab (Brezinka 1972: 43 ff.). Es scheint unmöglich, hier je einen gemeinsamen Konsens zu finden. Allein die Herleitung aufgrund spezifischer wie historischer Sitzordnungen im Parlament ist ebenso wenig hilfreich wie der Verweis auf die Jakobiner der Französischen Revolution 1789.

Ideengeschichtlich lässt sich dieser Antagonismus dennoch bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen, der sich bis in die jüngste Gegenwart hält. Gleichzeitig ergab er aber nur solange Sinn, wie er von den politischen Ideen her verfassungspolitische Fragen und Alternativen berührte; ob er also die Wahlmöglichkeit von Republik oder Monarchie, von Demokratie oder aristokratischer Elitenherrschaft beschrieb. Sobald diese Frage relativ früh ihre Zentralität verlor und überlagert oder ersetzt wurde durch die soziale, nationale und später die ökologische Frage der grün-alternativen Bewegung, wurde es zunehmend schwerer, diese Inhalte anhand der Parameter Rechts und Links zu bestimmen. An diesem Punkt setzten allerdings bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert diejenigen kritischen Stimmen an, die ein Ende der binären Einteilung vorhersagten und einen Dritten Weg in Form des *Social* bzw. *New Liberalism* und damit die Negation des Utilitarismus suchten (Gallus und Jesse 2001; Eichberg 2003). Sie begründeten damit den frühen Kommunitarismus, der das Gleichgewicht zwischen kollektiven, sozialen und individuellen Interessen über die (ideologisch erklärte) Gemeinschaft (wieder) herstellen sollte, der später in den 1930ern den *New Deal* der US-Regierung des Demokraten Roosevelt und in den 1980/90er-Jahren der US-Demokraten und von New Labour in ganz Europa begründete. Zu diesen Dritten Wegen gehörten aber auch die Vorläufer des europäischen Faschismus, der sich als *,ni droite, ni gauche‘ (weder rechts noch links)* definierte; obgleich sich im weiteren Verlauf zeigte, dass der Faschismus einen Gipfelpunkt der europäischen Rechten bildete, der dennoch genau genommen absichtlich zwischen diesen Polen changierte (Eichberg 2003). Denn Lebensreformbewegungen, Eugenik, Sexual- und Rassenhygiene galten seit Mitte des 19. Jahrhunderts zivilisatorisch als überaus fortschrittliche, weniger regressive Elemente und wurden auch vehement von Sozialisten und Sozialdemokraten vertreten (Kerbs und Reulecke 1998).<sup>76</sup>

---

<sup>76</sup> Die Lebensreformbewegungen lassen sich allesamt kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen, da sie sehr verschiedene Gruppen und Konzepte umfassten. Sie reichten von Nudisten, Körperfetischisten, Sport-, Ernährungs- und Gesundheitsfanatikern, der Arbeitersportbewegung, den sog. Wandervögeln und alternativ-progressiven Wohnformen über bürgerlich-unpolitische bis zunehmend kommerzielle, in einzelnen Fällen sektiererische, völkisch-rechtsradikale, marxistische, sozialreformerische und religiös-spirituelle Gruppen. Ihnen allen gemeinsam war der Versuch, ein selbstbestimmtes *,besseres Leben‘* und einen *,neuen Menschen‘* jenseits der Konventionen zu entwerfen. Teilweise bestand

Die Nazis griffen diese Elemente bereitwillig auf und pervertierten und integrierten die wilhelminische Rassenhygiene in ihre totalitäre Ideologie, die fast nahtlos an die Thesen der ‚*Reinheit des (Volks-)Körpers*‘ der Reformbewegten anschloss. Dennoch zeigte sich der frühe Nationalsozialismus als wenig stringente Bewegung, sondern geriet vielmehr in Konflikt mit jenen populären Massenreformbewegungen, die sie entweder kriminalisierten und verfolgten oder klug integrierten, wie im Fall der Nudisten und des neohellenischen Körperkults und seiner späteren Ästhetisierung durch Künstler wie Arno Breker oder Leni Riefenstahl und den entsprechend inszenierten Arbeitermassenspielen; die sich allerdings (neben den paramilitärischen Verbänden) in den 1920er-Jahren sowohl bei den Sozialisten und Kommunisten als auch den Faschisten zeigten (Eichberg 2013). Von 1933 bis 1936 entwickelte die NS-Kulturpolitik mit den sogenannten *Thingspielen* Formen, die angelehnt an jenen Begriff und die Arbeitermassenspiele der sozialistischen Bewegung der 1920er-Jahre entstanden. Hunderte oder Tausende von Akteuren traten dabei mit Zehntausenden von Zuschauern über Sprech- und Bewegungschöre in Interaktion. Diese Bewegung äußerte sich zudem in Festen besonderen Typs. Sie wurden als „*Massenspiele*“, „*Festspiele*“ oder auch mit quasi-religiösen Untertönen als „*Weihespiele*“ bezeichnet. Oft waren sie mit dem Arbeitersport, teilweise auch mit der Freidenkerbewegung verbunden. Wie die Entstehung dieser Feste, so ist auch ihr Verschwinden soziologisch sehr interessant (Eichberg 2013).

Poller behauptet, dass dieser Dualismus in mehr als 30 Ländern der Welt (von etwa 200, UL) auf fünf Kontinenten bedeutsam sei (Poller 2010: 161). Der allgemeine Antagonismus samt ihrer gegenseitig diffamierenden Zuschreibung findet sich so bereits bei den konservativen Tories und den liberalen Whigs im 17. Jahrhundert in England. In den 1730er-Jahren standen sich in Schweden die Partei der *Hüte* (*hattarne*) und *Mützen* (*mössorna; mösspartiet*) gegenüber, die aufgrund ihrer Ablehnung eines Krieges gegen Russland als ‚*Schlafmützen*‘ bezeichnet wurden. Erst nach 1789 mit Einführung der modernen Demokratie spitzte sich der Inhalt solcher Dualismen zu und wurde zum Widerspruch zwischen Umsturz und Bewahren, Reform und Revolution, obgleich schon die Begriffsgeschichte des Wortes der Revolution problematisch ist (Arendt 2016: 235 ff.).<sup>77</sup> Jedoch dominierten in Frankreich noch die Bezeichnungen der *Bergpartei* und der *Ebene*. Der *Berg* bezeichnete aufgrund der höheren Sitzposition im Nationalkonvent die radikalen Revolutionäre, der Name der *Ebene* bezeichnete die Partei der Gemäßigten aufgrund ihrer niedrigen Sitzposition. Erst 1830 unter König Louis Philippe etablierte sich jene bis heute bekannte parlamentarische Sitzordnung: Die Republikaner saßen zur Linken des Präsidenten, die Monarchisten rechts (Eichberg 2003).

Die Transformation dieser Begriffe, Milieus und Positionen ist seither emergent und lässt sich kaum noch mit schlichten Dichotomien einfangen. Ursprünglich galten bspw. die US-Republikaner als liberale Partei und die Demokraten der USA als eher konservativ, während sich diese Vorzeichen in den USA spätestens seit den 1960er-Jahren umkehrten, und sich in nahezu allen Ländern weltweit ähnlich finden lassen. Hier ist allerdings zu beachten, dass nahezu alle Parteien weltweit über entsprechend linke und rechte Flügel (*so genannte Faktionen*) verfügen. Daraus resultiert häufig

---

deren Ideologie aus dem Postulat ‚*Zurück zur Natur*‘; teilweise forderten sie dazu einen zeitgemäßen Fortschritt und die Überwindung der bisherigen Verhältnisse. Ihre Fortführung fanden diese Bewegung und der gesellschaftliche Konflikt in den grün-alternativen, antiautoritären 68er-Bewegungen, der Frauenbewegung und dem Auftauchen einer neuen radikalen Linken in den 1970er-Jahren. Das Reformhaus, der Kinderladen und der Fair Trade/Weltladen gelten noch heute als dessen späte Reminiszenz.

<sup>77</sup> Der Ursprung des Wortes der Revolution liegt in der Astronomie des 16. Jahrhunderts bei Kopernikus („*Über die Revolution der Himmelskörper*“) und beschreibt eher die Restauration (anstelle des Umsturzes) in Form einer wiederkehrenden Drehbewegung hin zum Ausgangspunkt („*revolvierend*“). In der politischen Theorie des 18. Jahrhunderts galt daher die Revolution noch als Restauration der bisherigen Verhältnisse. Erst im 19. Jahrhundert wurden Terminus und Metapher in der Form umgedeutet, dass der Mensch in die Verhältnisse und Gesetzmäßigkeiten eingreifen und sie verändern könne.

die entsprechende Bündnisfähigkeit nach außen, als auch die Konflikte im Innern einer Partei. Aufgabe eines Parteivorsitzenden ist es, die Parteiflügel zusammenzuführen, um möglichst viele Wähler zu erreichen (Reinhardt 2014: 27). Gleichzeitig entsteht damit der bildlich falsche Eindruck, bei dem Begriff der *Flügel* handele es sich um einen schlichten Antagonismus zweier streitender Kräfteblöcke, rechts und links, innerhalb einer Partei. Tatsächlich aber umfassen politische Parteien in aller Regel deutlich mehr als nur zwei Faktionen. Faktionen gelten so „als *Personalisierung und Institutionalisation (partei-)politischer Strömungen*“ (Reinhardt 2014: 27; zit. Köllner/Basedau 2006: 19). Daraus folgt aber auch, dass Parteien jeweils eine breite Vielfalt an Meinungen und Konflikten widerspiegeln; außerdem ist keineswegs klar, welche Position sich jeweils durchsetzt und Mehrheiten generieren kann.<sup>78</sup> Allein daran scheitert der Versuch, eine Partei, Gruppe oder Person eindeutig als *links* oder *rechts* zu etikettieren. Vielmehr verläuft die Linie innerhalb der Milieus, sodass der schlichte Klassenbegriff erneut viel zu hölzern ist. Stattdessen entsteht daraus eine eigene Dynamik, die sich in teils extremistischen Flügelkämpfen zeigt, die jedoch erneut nur wieder am Widerspruch der eigenen Rationalität scheitern.

Ihren klassischen und bleibenden Inhalt bekam diese politische Zweiteilung erst mit der revolutionären Demokratie und entsprechender Attitüde. Im antiken Rom oder im Mittelalter existierte keine politische Rechte oder Linke (Eichberg 2003). Die heutige Demokratie gilt Hauke Brunkhorst sogar als späte Errungenschaft der modernen Gesellschaft, die erst infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929, jahrzehntelangen, heftigen und blutigen sozialen Kämpfen und eines Weltbürgerkriegs entsteht (Brunkhorst 2017b).

Das Attribut *links* steht außerdem seit jeher in Zusammenhang mit *Unheilvollem* oder *Überflüssigem* (Regensburger 1963: 30). Dennoch schlägt das Herz der Volksweisheit und Physiologie nach zwar links (Lafontaine 2000); aber wichtig ist, dass man es trotzdem auf dem rechten Fleck hat. So soll man ferner den rechten Weg einschlagen und nicht mit dem linken Fuß aufstehen. Die rechte Hand gilt übertragend als bedeutend, aktiv oder als wichtige, einflussreiche Person bzw. Position. So sitzt etwa Christus zur Rechten Gottes. Ist jemand oder etwas weniger bedeutsam, lässt man es oder ihn links liegen oder macht es mit links (usw.). Entsprechende frühe Wörterbucheinträge übersetzen das Idiom *links* aus dem Lateinischen mit (lat.) *laevus* und *sinister*, was mit *ungünstig, unheilbringend, verkehrt, ungeschickt, unglücklich, böse* übersetzt wird (Regensburger 1963: 30).

Üblicherweise spricht man von einem Verhältnis der Rechts- zur Linkshändigkeit von 8:1. Eichberg ergänzt, dass *wir mit großer Mehrheit die rechte Hand für Aktivitäten bevorzugen, „die besondere Kraft oder Geschicklichkeit erfordern, etwa wenn wir etwas ‚machen‘, wenn wir ‚handeln‘ (...). Zwar brauchen wir auch die linke Hand. Sie hilft uns, gegenzuhalten, dem Druck entgegenzuwirken, der von der rechten Hand ausgeht. Aber die linke Hand ist bei unserer täglichen Arbeit weniger aktiv, normalerweise auch weniger trainiert und weniger geschickt. Die Linke ist gewissermaßen unsere theoretische Hand.“* (Eichberg 2003)

Diese Manifestation setzt sich neben der durchaus kulturell fortschrittlichen Handhabung der Musikinstrumente im unheilvollen Gebrauch der Waffen fort: *„Gewehre werden in der Regel für die Rechtshändigkeit konstruiert. Die linke Hand unterstützt, aber die rechte betätigt den – tödlichen – Abzug.“* Dazu kommt, dass *„[i]n den meisten Ländern [...] rechtsgerichtete Parteien und Regierungen länger regiert [haben] als die Linke. Die klassische Rolle der Linken ist die Opposition.“* (...) Die Linke hält zudem Abstand zur Macht: *„Sie fordert zwar Reformen, Veränderung, eventuell gar die*

<sup>78</sup> Besonders bekannt ist u. a. der frühe Konflikt der ‚*Reals*‘ und ‚*Fundis*‘ innerhalb der Grünen; aber auch die Kategorisierung und der Konflikt der rechtskonservativen und linken Flügel sowie der Jungsozialisten und des Seeheimer Kreises der SPD bestimmt oft den Diskurs. Jedoch auch die CDU und die Linkspartei verfügt über linke und rechte Flügel. Diese Konflikte werden in der Regel medial mit Personen oder Gruppen verbunden. Die FDP liegt traditionell im Spannungsfeld des Links-/Sozialliberalismus. 2014 spaltete sich daher in Hamburg die Partei *Neue Liberale* mit solchem Impetus von der FDP ab.

*Totalveränderung, die Revolution. Aber sie fordert in der Regel nicht ‚die Macht‘, so Eichberg (2003). Dennoch sei es nicht „etwa eine Sache der Feigheit, der Wirklichkeitsflucht, des Ausweichens. Sondern oppositioneller Habitus hat eine humanistische Pointe. [...] [D]ie ironische Parole ‚Keine Macht für niemand‘ bringt einen zutiefst humanistischen Traum zum Ausdruck. ‚Anarchie ist machbar, Herr Nachbar‘ – das ist sie gerade nicht, und eben darum behält der Spruch seinen antiautoritär-aufmüpfigen Klang.“ (Eichberg 2003) Der Rechtsruck linker Regimes ergibt sich für Eichberg allein aus dem Spannungsverhältnis von rechter und linker Hand. Neu sei an der Situation aber derzeit, dass nun „die Rechte mit der ‚linken Hand‘ gewählt wird und als Destruktionskraft herrscht, während die Linke sich als handlungsfähige ‚rechte Hand‘ präsentiert – Schröder, Blair, Nyrup Rasmussen – und damit das verbreitete Misstrauen gegen ‚die da oben‘ auf sich zieht. Damit öffnet sich die Frage nach der Systemopposition neu, für die die klassische revolutionäre Linke einst Antworten bereit hatte.“ (Eichberg 2003)*

Die Neue Rechte der Jahrtausendwende (2000) beklagte daher die ‚Vorherrschaft einer Linksmystik‘, nach der diese unheilvolle Zuschreibung völlig in Vergessenheit geraten sei. Hinsichtlich der Frage nach der Gewaltspirale herrscht in der Forschung kein Konsens darüber, ob nun Rechte oder Linke historisch ausschlaggebend dafür waren (Hoeres 2014: 23). Entsprechende Exzesse lassen sich zwar zurückverfolgen bis ins 19. Jahrhundert, die sich jedoch je nach Region und Autor erheblich unterscheiden oder sogar widersprechen. Nicht selten wurden solche Ereignisse später im Sinne nationalsozialistischer Ideologie nachträglich uminterpretiert, frei erfunden und instrumentalisiert. Fest steht jedoch, dass die politische Situation in Deutschland vergleichsweise mehr von gegenseitiger Gewalt geprägt war als bspw. in Frankreich oder Dänemark. Die Ausgangslage des verlorenen Ersten Weltkriegs 1918/19 führte in Deutschland dazu, dass die Extreme rechts und links radikaler und totalitärer waren, als etwa in Frankreich, wo sich Pariser Kommunisten mit den Gewerkschaften zusammenschlossen und sich nach dem gewonnenen Krieg um Verbesserungen für die Arbeiter sorgten. Berliner Kommunisten verharteten dagegen neben ihrer Rolle der Fundamentalopposition in der Gewalt gegenüber dem Staat und der Gesellschaft inklusive der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Das führte oft zu unterschiedlichen Reaktionen des Bürgertums und der Rechtsextremisten. Hoeres betont dort, dass man in solcher Ausgangslage keineswegs von hysterischem Anti-Kommunismus sprechen könne, da die Bedrohung dort real war und permanent auf Bürgerkrieg und Umsturz hindeutete. Allerdings war diese Trennung der politischen Lager schon zu Zeiten der Weimarer Republik und der Zwischenkriegsepoche in ganz Europa keineswegs so schlicht, wie häufig unterstellt wird. Viele Autoren wollen hier zwar eine neu beginnende Radikalisierung der Milieus erkennen, die erst in die Katastrophe des Zweiten Weltkriegs geführt haben soll. Übertritte der Personen zwischen den unterschiedlichsten politischen Gruppierungen bzw. viele Grautöne waren aber nicht selten, was sich in Deutschland am Kampf um die Republik, ihre politische Kultur und Symbolik zeigte (Hoeres 2014: 13 ff.).<sup>79</sup>

---

<sup>79</sup> Ein Beispiel für die zahlreichen historisch-politischen Konflikte und Spaltungen sind jeweils der Flaggenstreit um Schwarz-Rot-Gold der 1848er-Revolution oder Schwarz-Weiß-Rot des Kaiserreichs oder Kombinationen daraus und die Frage nach dem Nationalfeiertag, da Deutschland weiterhin den Reichstitel führte, wengleich unter Vorzeichen der Republik, Kaiser Wilhelm II. jedoch nach seiner Abdankung und dem Verfall der Monarchie deutlich diskreditiert schien. Dennoch hielten viele an alten Traditionen fest, was zu politischen Parallelwelten, Polarisierungen und Doppelungen führte. Karl Liebknecht (KPD) hatte in Berlin am 9. November 1918 um 16 Uhr die freie sozialistische Räterepublik Deutschland nach Vorbild der russischen Oktoberrevolution von 1917 ausgerufen, Phillip Scheidemann (SPD) dagegen 2 Stunden früher um 14 Uhr die Deutsche Republik in Form der parlamentarischen Demokratie. Die Entscheidungen über Feiertage und Flagge scheiterten stets an den Mehrheitsverhältnissen im Reichstag oder an den Ländern im Reichsrat. Die Sozialdemokraten sprachen entsprechend von Deutscher Republik, wie auch die Katholiken und Liberalen, die zunächst auch vom Deutschen Reich oder vom Deutschen Volksstaat sprachen. Von der Republik sprachen jedoch auch Rechte,

Links sei *mehr eine geistige Haltung als ein tatsächlicher Klassenbegriff*, so die Klage 1963 (Krüger 1963). Allein der Klassenbegriff ist wenig geeignet für die Herstellung einer spezifisch linken Identität. Das räumliche und physische Verschwinden von Proletariat und Arbeiterklasse aufgrund stillgelegter Fabriken galt schon Lenin 1921 als Grund der Beschwerde (Bois 2015: 54 f.), wie Horst Krüger rund 40 Jahre später. Hoeres (Hoeres 2014: 90 f; 120 f; 139 f.) verweist auf die Erosion der *Klassenkultur*, hin zu einer *Massenkultur* bereits in der Weimarer Republik allein aufgrund der dort neu entstehenden, schichtenübergreifenden wie kommerziellen Freizeitindustrie. Diese äußerten sich in Formen des *New Journalism* und amerikanischer Trivialliteratur in Form von Boulevardpresse, Groschenheften, Fußball, Boxen, Kinofilm und Radio. Die rein ideologisch-politische Bewegung der linken Arbeiterkultur konnte dem recht wenig entgegensetzen. Und tatsächlich betonen heutzutage nahezu alle Fußball- und Sportvereine und deren Anhänger, dass im Publikum der Rechtsanwalt klassenlos mit Bockwurst und Bier neben dem Fabrikarbeiter und Handwerker steht. Teilweise entstanden diese einst neuen Kulturformen aufgrund direkter US-Importe, teils waren es eigene, progressive Entwicklungen innerhalb der deutschen Kulturschaffenden im Film, Theater oder der Literatur. Kracauer schrieb, das Proletariat greife hauptsächlich zu Büchern abgestempelten Inhalts oder lese bestenfalls nach (und imitiert damit; UL), was ihm das so genannte Bürgertum – selbst eine Manifestation komplexer wie prekärer Arrangements und gesellschaftlicher Schichten – schon vorgelesen habe (Hoeres 2014: 138, zit. Kracauer 1963: 67). Anders herum imitieren kleinbürgerliche Schichten proletarische Milieus und deren Eigenarten und vice versa. Die Grenzen sind tatsächlich verschwommen, wenn auch nicht völlig aufgehoben: Der Arbeiter fährt, wie Brunkhorst hier rückblickend anmerkt, *zwar schon lange kein kleines Auto mehr und sein Boss ein großes, auch wenn beide im selben Stau stecken bleiben* (Brunkhorst 2017b). Mittlerweile fahren sie beide, sofern sie überhaupt eins besitzen, aufgrund des egalitären Marktes dasselbe Modell, wobei dem Manager und Angestellten im Außendienst das Fahrzeug ohnehin selten selbst gehört, sondern in der Regel geleast ist und erneut die These des marxistischen Eigentumsbegriffs negiert.

Die Welt der Arbeit und ihrer Beziehungen zur Gesamtgesellschaft muss vielmehr in drei *Kristallisationsformen* gesehen werden: *der proletarischen Lage, der Lage der Arbeiter und der Arbeitnehmerlage* (Castel 2008: 283). Allein die anthropologische Konstante in Form abhängiger oder freier Arbeit kann aus sich heraus noch lange keinen Klassenbegriff respektive Gegensatz von Arbeit, Eigentum und Kapital, Herrscher und Beherrschte, erklären. Denn allein mit dem Vertragsstatus wird der Arbeitnehmer selbst zum Eigentümer und glühenden Apologeten positiver Rechte und Ansprüche, die über die jeweilige Verfassung eines Landes und verschiedene Einzelnormen und Tarifverträge kodifiziert wie auch tradiert sind. Dazu kommen zahlreiche Veränderungen, Auseinandersetzungen und Überschneidungen um Normen und Werte innerhalb jener Gruppen. Die soziologische Analyse fällt hier gegenüber der polit-ideologischen oder marxistischen Zuschreibung (Thien 2015) deutlich komplexer aus und differenziert notwendigerweise Schichtungsmodelle im Zeitverlauf anstelle statisch-normativer Theoriemodelle. Dass der Klassenbegriff von Marx, der sich an den Produktionsverhältnissen und der Verfügungsgewalt an den Produktionsmitteln orientiert,

---

wenngleich eher diffamierend oder in Anführungszeichen, die ebenfalls den Terminus des Deutschen Reichs weiterhin benutzten. Kommunisten sprachen polemisch von Ebert- o. Hindenburg-Republik, Geldsack- o. Ausbeuterrepublik oder sog. Republik. Hitler sprach von Weimarer Republik oder abwertend vom *System*. Diese Spaltung war normativ aufgeladen, da sich die Protagonisten je nach Lager und Herkunft entweder zum unterstellten Schöngest der Klassik von Weimar bekennen wollten oder zum militaristischen Obrigkeitsstaat in Potsdam. Die Zuschreibung als Weimarer Republik war jedoch ohnehin wenig haltbar, da - aus reinen Sicherheitsgründen - in Weimar zwar am 6. Februar 1919, vier Monate nach Ausrufung der Republik in Berlin am 9. November 1918, die Nationalversammlung als verfassungsgebendes Gremium zwar in Kraft trat, aber das politische und kulturelle Zentrum weiterhin Berlin blieb. Die Bezeichnung als Weimarer Republik setzte sich eher bei Exilanten nostalgisch und retrospektiv erst in der zweiten Nachkriegszeit durch. Politische und soziale Ereignisse wurden also erst nachträglich glorifiziert oder disqualifiziert und instrumentalisiert (Hoeres 2014: 11 ff.).

modernen Gesellschaften kaum gerecht wird, hatte schon Theodor Geiger 1932 erkannt. Er bemühte sich stattdessen um die Analyse der sozialen Schichtung des deutschen Volkes (Neugebauer 2007: 15). Die Arbeitskraft der Manufaktur des 18. oder 19. Jahrhunderts hat wenig bis gar nichts zu tun mit dem Fabrik-, Werft- o. Industriearbeiter um 1900, 1920 oder 1930, die sich wiederum von den Tarifbeschäftigten und Facharbeitern, Angestellten oder Handwerkern 1950, 1960 und 1970 (usw.) erheblich unterscheiden. In der neueren Gegenwart muss insbesondere ab den 1970er-Jahren die Rolle und Bedeutung der doppelten Emanzipation (von) der Arbeit gesehen werden, obgleich schon die Nationalsozialisten eine Form der positiven Individualisierung in Form des Leistungslohnes und entsprechender KdF-Prämien einbrachten. Spätere Teilzeitmodelle – im Übrigen eine zentrale Achse zur Reproduktion des fordistischen Modells geschlechtlicher Arbeits- und Rollenteilung –, Humanisierung, Flexibilisierung und Digitalisierung schufen ihrerseits deutlich neue Erscheinungsformen, die sich endgültig vom Proletariat der Industriearbeiter des 19. Jahrhunderts gelöst haben - auch wenn Arbeit in Korrespondenz zum Sozialstaat deutlich die konstituierende wie konstituierte Konstante bleibt und stets neue, teils massive, teils latente Formen sozialer Unsicherheit und Ungleichheit erzeugt (Castel und Dörre 2009b; Bourdieu 2010; Böhle et al. 2010; Neugebauer 2007).

Hier muss man Armin Schäfer und Lea Elsässer (Elsässer und Schäfer 2016) deutlich widersprechen. Es mag sicherlich zutreffen, wie die Autoren nahelegen, „*dass sich die Befragten innerhalb einer sozialen Klasse in ihren Einstellungen systematisch ähnlicher sind als Befragte aus unterschiedlichen sozialen Klassen.*“ Aber die - wie auch immer geartete - Existenz einer *Arbeiterklasse* lässt sich kaum derart empiristisch anhand des Wahlverhaltens und der Antworten zu politischen Fragen ermitteln, auch wenn man wie die beiden, ermittelt, dass die Nichtwähler seit den 1980er-Jahren in den unteren sozialen Schichten weitaus stärker zunehmen als in den mittleren und oberen sozialen Schichten. Zumal dann nicht, als sich auch bei ihnen Differenzen innerhalb jener Milieus zeigen und sie hier ähnlich wie Habermas an der eigenen Normativität scheitern.<sup>80</sup>

Anders formuliert lässt sich die politische und soziale Identität einer spezifischen Gruppe nicht allein aus dem Handeln der Individuen erfassen und beschreiben. Sonst könnte man auch bspw. Männern und Frauen jene statische Rollen zuschreiben und würde die gesamte soziologische Debatte um *Sex and Gender* und des *Doing Class and Doing Gender* (West und Zimmerman 1987) beiseite wischen. Wieder anders formuliert ist das die ureigene, aber oft vernachlässigte Frage der Soziologie, die das Handeln selbst untersucht, anstatt „*dem sprichwörtlichen Indianer nicht nur erklären zu wollen, was ein Indianer ist, sondern auch noch vorzuschreiben, wie er zu leben hat, um so glücklich zu werden, wie ein soziologisch angeleiteter Indianer glücklich zu sein hat*“ (Vobruba 2017: 183, zit. Soeffner 2014: 112).

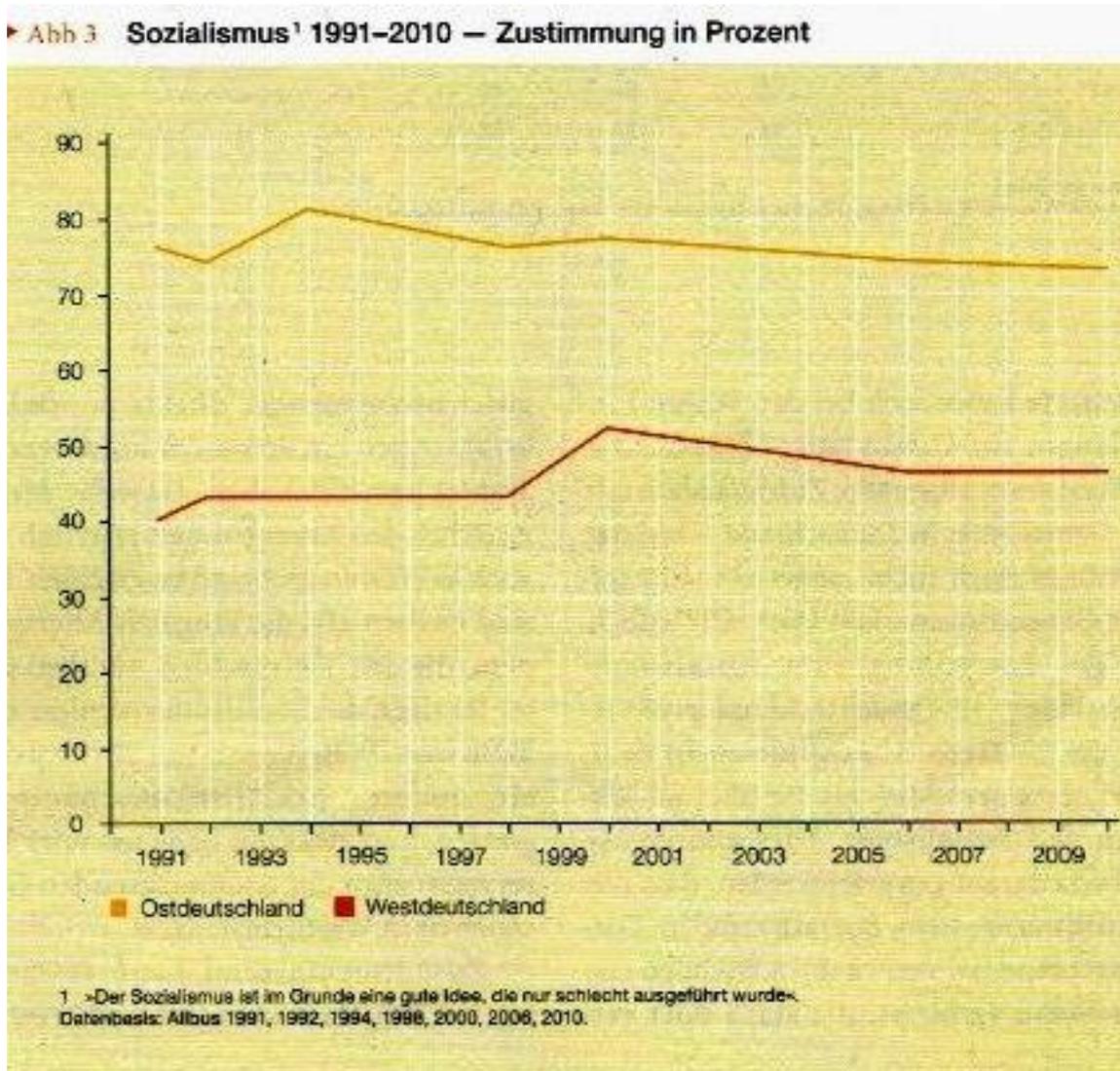
Zeuner und Wischermann hatten in ihrer Studie zu *Rot-Grün in den Kommunen* ebenfalls darauf hingewiesen, dass eine Operationalisierung der Kategorien nach rechts oder links schwierig ist, da sie allein die Frage nach dem Wertewandel nicht berücksichtigt (Zeuner et al. 1995). Linke wie rechte Einstellungen können so durchaus mit materialistischen oder post-materialistischen Werten (*mehr Geld, bessere Sozialleistungen versus mehr Partizipation, bessere Umwelt*) korrespondieren, sich ergänzen oder in Widerspruch dazu stehen, wie Neugebauer hier ebenfalls zu den politischen respektive sozialen Milieus in Deutschland zeigte. Das heißt, traditionelle Arbeiter als ursprünglicher Adressat linker Politik weisen nicht selten stark konservative, autoritäre, individualistische, patriarchalische oder nationalistische, teils rechtsextreme Züge auf oder wechseln problemlos von links nach rechts (Eribon 2016).

---

<sup>80</sup> Denn gleichzeitig bemerken die Autoren hier: „ (...) *using the occupational group as a measure for social class seems most suitable for our purpose.*“ Sie wählen also nur eine normative Annäherung anstelle einer soziologischen Analyse der Konflikte.

Lipset zeigte bereits 1981, dass Arbeiter traditionell nicht mit den Positionen linker Parteien und deren soziokulturellen Fragen übereinstimmen. Das hat jedoch keinen Effekt auf ihr Stimmverhalten, solange sie sich mit den wirtschaftlichen Positionen der linken Parteien identifizieren können, was sie selbst als Repräsentanz ihrer Klassenlage betrachten (Rydgren 2006). Was freilich nicht bedeutet, dass es tatsächlich ihre so bezeichnete Klassenlage ist, sondern einzig individuell ökonomisch und rein materiell begründet wird. Ebenso vertreten nicht selten Personen mit hohem Status, Einkommen und Prestige durchaus ideologisch linke Positionen. Eine weitere Konfliktlinie verläuft zwischen autoritären und libertären Politikkonzepten. Entsprechende Ergebnisse lassen sich ferner in den Items der politischen Einstellungen des ALLBUS entnehmen (Bundeszentrale für politische Bildung 2013). Fuchs und Roller betonen, dass bspw. die Einstellung und Haltung zu Sozialismus und Demokratie zwischen Anhängern rechter und linker Parteien und Ideologien in Ost und West durchaus strittig ist. Der Anteil der Arbeitslosen unter denen, die dem Sozialismus positiv und der Demokratie eher kritisch gegenüberstehen, liegt jedoch tendenziell in Ost und West höher. Dass der Sozialismus eine gute Idee war, die nur schlecht umgesetzt wurde, geben seit 1991 kontinuierlich etwa 45 % der Befragten in Westdeutschland an, während der Anteil der Befürworter in Ostdeutschland bei durchschnittlich 76 % lag (Abb. 4). Ab dem Jahr 2000 stieg der Anteil im Westen jedoch kurz deutlich an, auch wenn der Grund hier unklar bleibt. Bemerkenswert scheint dennoch, dass sich bisher kein Generationeneffekt einstellt, dass die jüngeren Menschen im Osten eher der Demokratie positiv gegenüberstünden, während sich der Kohorteneffekt jedoch bei der Frage nach der Befürwortung des Sozialismus zeigt. Ältere Menschen befürworten sowohl in Ost als in West eher den Sozialismus als jüngere (Fuchs und Roller 2013: 373). Die Konsequenz für Zeuner und Wischermann ist sowohl die Verortung einer Mitte als auch die gemäßigte Linke wie Rechte, sowohl in der Skala ihrer Befragung als auch politisch (Zeuner et al. 1995: 94 f.).

Abbildung 4: „Der Sozialismus war eine gute Idee, die nur schlecht umgesetzt wurde“



Quelle: Fuchs/Roller 2013: 373

Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder (Schroeder und Deutz-Schroeder 2015: 93) betonen in ihrer Studie zum Linksextremismus in Deutschland, dass sich eine saubere Trennlinie zwischen *demokratisch, gemäßigt, radikal oder extrem links* eingestellten Personen kaum ziehen lasse, da fast alle Studien zum Begriff des Linksextremismus und der Extremismusforschung seit den 1970er-Jahren auf sehr unterschiedliche Skalen und Items zurückgreifen. Zudem verwischen jene Trennlinien oft zwischen rechts- und linksextremen Milieus. In welches Milieu insbesondere Jugendliche hineinrutschen, sei eher zufällig. In der gegenseitigen Militanz unterscheiden sich jene Gruppen kaum voneinander. So beklagt denn auch Thomas Schubert (Schubert 2011: 74; Fn. 55), dass hier eine entsprechende Stringenz in der internationalen Forschung fehlt. Im Nachgang haben sich dennoch in der Literatur vier Merkmale als Kennzeichen eines politischen Linksextremismus herausgebildet:

- Überhöhung des Ethos menschlicher Fundamentalgleichheit
- Utopismus
- Antisystemischer Antikapitalismus
- Antipluralismus

Gleichzeitig ist schon die epistemische Abgrenzung, was exakt als Extremismus gilt, hoch volatil. Jesse (Jesse 2011: 13) wie auch Jaschke (Jaschke 2006) betonen hier, dass sich die Formen des politischen Extremismus als Teil der Politikwissenschaft national wie international vielfältig differenzieren lassen. Hier fehlen eine einheitliche Definition sowie eine übergreifende Einführung. Verkürzt gesagt wird politischer Extremismus ganz allgemein als Gegenpol des demokratischen Verfassungsstaates verstanden, „*der diesen ablehnt, ihn einschränken oder beseitigen will*“ (Jesse 2011: 15). Diese Intentionen treten jedoch, so Jesse, nicht immer deutlich in Erscheinung. Jaschke betont, dass der Begriff des Extremismus im Allgemeinen als *politischer Kampfbegriff* dient, der zur Diskreditierung politischer Gegner geeignet ist; wobei sich der Extremismus von rechts und links sui generis keineswegs immer nur auf die Beseitigung oder Einschränkung der Demokratie richtet. Deutlich wird das an zahlreichen unterschiedlichen Gruppen, wie bspw. militanten Tierschützern, Homophoben, religiös-orthodoxen Splittergruppen, Fundamentalisten, Terroristen, Islamisten, Waffenfetischisten und den zahlreichen neuen Varianten des *hate crime*. In den 1960er-Jahren traten bspw. verschiedene Formen der Neuen Linken auf, die durch studentische Protestformen in Verbindung mit philosophischer Aufklärung, kritischem Rationalismus, linksliberalem Intellektualismus und unorthodoxen Linksradikalismus und -extremismus begründet waren und eine Überwindung des Kapitalismus und der Marktwirtschaft (etc.) forderten. Deren Aktionsformen lagen in Demonstrationen, Happenings und Hausbesetzungen, die in den 1980er-Jahren eine Renaissance erlebten. Teile dieser Neuen Linken formierten sich zur RAF und weiteren kontrakulturellen, autonomen Gruppierungen. Auch wenn zum Teil erhebliche Zweifel an den grundlegenden demokratischen Werten des Pluralismus und der Toleranz jener zahllosen Gruppen durchaus angebracht sind, so gehört die Auflösung der Demokratie nicht primär zu deren Programmatik. Eher berufen sich diese Gruppen sogar – anders als rechtsextreme Gruppen der Weimarer Republik – oft auf die Demokratie als Legitimationsmittel und/oder nutzen ausdrücklich die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel des Rechtsstaates und seiner politischen Deliberation. Der Extremismus gilt so als pathologische und spiegelbildliche Begleiterscheinung westlicher, hoch entwickelter Demokratien und deren komplexer Arrangements sozioökonomischer Einflüsse und Defizite. Als zentrale Einflüsse einer Demokratie, die den Extremismus jeglicher Art begünstigen, gelten nach Jaschke:

- Staaten in der Übergangsphase von der Diktatur zur Demokratie.
- Soziale Verwerfungen, soziale Ungleichheit und mangelnde Partizipation.
- Dauerhafte und nicht auf Lebensphasen begrenzte Desintegration Einzelner oder bestimmter Gruppen.
- Schwelende, ungelöste ethnische und kulturelle Konflikte, die sowohl aufseiten der Mehrheits- als auch der Minderheitsgesellschaft zu Extremismus, Abgrenzung und Ausschluss führen.

- Zu starke staatliche Repression gegen Extremismus im Namen der Gesetzgebung und der Inneren Sicherheit, die stets neue Formen des Extremismus begünstigen.
- Zu schwache staatliche Repression gegen Extremismus, die jenen Extremisten quasi kampflos das Feld überlassen, etwa zur Abschaffung der Demokratie und ihrer Normen und Werte.

Für Dänemark können durchaus ähnliche Befunde angenommen werden, wie Thomas Schubert hier zeigt, der zudem auf eine „*auffällig dünn gesäte Literatur über skandinavische Linksparteien*“ in Betrachtung des politischen Linksextremismus hinweist (Schubert 2011: 74). Dem gegenüber steht sowohl in Dänemark als auch in Deutschland eine zum Teil gut organisierte, außerparteiliche soziale Linke und ein nichtparteilicher Extremismus von rechts und links.

Das *Wörterbuch der Soziologie* definiert den *Linksradikalismus* als (vom Lateinischen abgeleitet)<sup>81</sup>

*„bis auf die Wurzel gehende, von anarchistischen, marxistischen, sozialistischen und kommunistischen Ideen geprägte, mannigfaltig ausgeformte weltanschaulich-politische Strömung, die auf eine weitgehende, ggf. revolutionäre Umgestaltung der bestehenden Gesellschafts-, Wirtschafts- und Herrschaftsordnung ausgerichtet ist und dabei insbesondere durch Gleichheit, Kollektivismus und Internationalität bestimmte Lebensformen anstrebt.“*  
(Hillmann 2007: 505)

Dieser Linksradikalismus, so Hillmann, steigere sich aufgrund der eigenen Kompromisslosigkeit und der chronischen Missachtung bestehender Normen, Werte und Institutionen zum Linksextremismus, der sich selbst aufgrund der zahlreichen ideologischen, politischen und zeithistorischen Einflüsse zu einer Vielzahl von divergierenden Bewegungen, Organisationen, Parteien und Gruppierungen aufgefächert hat und gleichsam auf den Widerstand wirtschaftlicher und konservativer Interessen stößt.

Hinsichtlich der politischen Auseinandersetzung fällt zwar oft der Vorwurf des Konservatismus von links und rechts. Allein der Terminus und seine entsprechende Teleologie des *Konservatismus*, der konservativen Milieus, ist nach Kondylis, Mannheim und Breuer aber ein durchaus strittiger, unklarer bis unpassender Begriff. Karl Mannheim sieht den Begriff hier als Reaktion des Adels auf die Französische Revolution von 1789. Für Panajotis Kondylis stellt der Konservatismus damit ein geschichtlich abgeschlossenes Phänomen dar, das 1789 endete, da er unweigerlich an die Verteidigung des Adels als sozialer Träger gegen das aufstrebende Bürgertum gebunden war. Nach Mannheim enden Ideologien jedoch nicht, sondern entwickeln sich weiter und existieren parallel nebeneinander her. Das ist jedoch eine wenig soziologische Herangehensweise, da sie bedeutet, dass eine Denkgestalt und Ideologie auch dann überleben kann, wenn sie gar keinen sozialen Träger mehr hat. Zugespitzt heißt das, dass sie sich wohlmöglich einen neuen Träger selber schafft.

Diese Paradoxie lässt sich analog auf das Dilemma der Linken und alle anderen Ideologien und Parteien übertragen. Allein der Verweis auf *progressive* oder *reaktionäre* Kräfte läuft in die Sackgasse, da sich Gesellschaft stets verändert und genau zwischen jener Veränderung, Bewahrung und Überlieferung entsteht. Hoeres betont hinsichtlich solcher inneren Differenzierungsversuche hier das durchaus vergleichbare vitale Selbstverständnis der *white-collar-worker*, den Büroangestellten im weißen Hemd in der Weimarer Republik, die sich gezielt vom *blue-collar-worker*, dem klassischen Arbeiter im Blaumann, absetzten, obwohl sich ihre soziale Situation und das Einkommen kaum von jener der klassischen Arbeiter unterschied. Deutlich wurde das bspw. im bis heute schwelenden Konflikt um die frühen Angestellten-Gewerkschaften oder so genannte *Gelbe*<sup>82</sup> und

---

<sup>81</sup> *Spätlat.: radicalis = eingewurzelt; radikal = von Grund auf.*

<sup>82</sup> Bereits 1893 gründete Collinson mithilfe professioneller Streikbrecher-Organisationen die National Free Labour Association als wirtschaftsliberale Arbeitgeberorganisation. Die Bezeichnung als „*Gelbe*“

*Christliche Gewerkschaften*, die vielen bis heute als *unechte*, ergo: illegitime Gewerkschaften gelten, da sie nicht die mehrheitlichen Interessen der werktätigen Bevölkerung und des Proletariats vertreten würden. Obgleich eine normative Definition einer *echten* und *legitimen* Mehrheit soziologisch schwer fällt, da auch unliebsame Positionen zur politischen Deliberation gehören, selbst wenn sie vom politischen Gegner kommen (Vobruba 2017: 183). Vielmehr wird in solcher Haltung die absolute Neutralität des Staates zulasten eines ideologischen Partikularismus negiert. Ihnen wird zudem attestiert, einseitig und instrumentalisiert die Interessen der Arbeitsgeber zu vertreten und Dumping-Verträge abzuschließen. Ergänzt wird der Konflikt allerdings um anerkannte Berufs- o. Spartengewerkschaften, wie im Fall der Piloten, Ärzte oder Lokführer (u. Ä.), die relativ privilegierte Positionen vertreten. Allein die verfassungsrechtlichen Definitionen danach, was eine ‚echte‘ Gewerkschaft ist, ob und wann sie tariffähig ist, sind Gegenstand zahlreicher juristischer und politischer Auseinandersetzungen (Unterhinninghofen 2010; Kittner 2010).

So greift dann auch Axel Honneth den alten Geburtsfehler auf, dass der Sozialismus an präskriptiven und idealtypischen Vorstellungen, wie die Welt und ihre Akteure sein sollen und was entsprechend gut oder schlecht und folglich zu tun ist, scheitert. Er scheitert gewissermaßen an der Realität und dem Konflikt zu sich selbst. Denn unterstellt wird bereits, dass die Akteure die Perspektive ihrer Theoretiker und deren Annahmen exakt so übernehmen, rational verstehen und buchstäblich leben, was bekanntlich nie funktioniert hat und sich aufgrund doppelter Kontingenz kategorisch ausschließt. Zu beobachten ist das an unterstelltem Klassenverhalten der Arbeiterbewegung oder sonstigen Milieubindungen. Zumal hier eine Singularität hergestellt wird, die bereits im Ansatz scheitert. Was konkret ‚der‘ Sozialismus jenseits seiner intellektuellen Entstehung und plakativer Formeln sein soll, bleibt bis heute offen. Zumal die Erfahrung eines totalitären Sozialismus/Kommunismus und Marxismus/Leninismus im früheren Ostblock eben diese für die linke Mehrheit in Westeuropa deutlich diskreditierte. Dazu kam, dass historisch „*nicht nur kein revolutionäres Proletariat existierte, sondern die Industriearbeiterschaft selbst zur Minderheit in der Masse aller Lohnabhängigen geworden war...*“ (Honneth 2015: 70). So „*konnte es auch keine wie auch immer geartete Möglichkeit mehr geben, die sozialistischen Ideale weiterhin als bloß geistigen Ausdruck eines immer schon revolutionären Subjekts zu begreifen*“ (ebd.). Das scheiterte schon an drei empirisch beobachtbaren Gründen:

*„First [...] even in the Soviet era although communist parties were predominantly working-class parties, the majority of the working class did not vote for them. Second, compared with other far left parties, communists tend to have an older, more working class, more male and less educated electoral. [...] Third, the democratic socialist parties [...] have a much more left-libertarian electorate akin to green parties, attracting younger, more white collar and female supporters, with stronger support bases among student groups and the more educated, particularly among the public sector.“* (March 2008a: 11)

Honneth bemerkt, dass diese Abweichung bisher kaum hinreichend erkannt wurde, die auch mit dem Verweis auf eine zukünftige Entwicklung kaum mehr seriöser wird. Denn: allzu bekannt sind die einschlägigen Erklärungen von Übergangsstadien, die ‚*die Gesellschaft*‘ (was immer das sein soll; UL)<sup>83</sup> durchlaufen müsse. Dahrendorf schrieb hier, Marx sei wie Lenin zwar ein guter Soziologe gewesen, als sie jeweils feststellten, dass eine Diktatur des Proletariats notwendig sei. Sie seien aber

---

entstand später in Frankreich, als dort 1901 wirtschaftsliberale Werkvereine im Rahmen eines Streikbruchs die Farbe Gelb als Erkennungszeichen und Abgrenzung gegenüber den „*Roten*“ benutzten. Seither gelten derartige Vereinigungen als Begleiterscheinung des Kapitalismus und der Gewerkschaften (Unterhinninghofen 2020: 677).

<sup>83</sup> Die Soziologie leugnet selbstverständlich nicht die Existenz von Gesellschaft, sondern zweifelt vielmehr den Befund an, es handele sich dabei um einen spezifischen Adressaten oder Akteur mit imperativem Mandat. Die Gesellschaft ist so erheblich mehr als nur die Summe ihrer komplexen Teile, Annahmen und gegenseitigen Konstruktionen, die allein daraus bereits unbeherrschbar wird. Das heißt,

schlechte Soziologen, weil sie darin nur den bekannten Übergang zu etwas Neuem und Totalitärem, des Sozialismus zum Kommunismus, sahen. Denn niemand kann absehen, was überhaupt jemals in der Zukunft wann, woraus, zu welchem Zweck folgen soll und wird (Dahrendorf 1963: 40). Hier wird demzufolge absolute Rationalität und Beherrschbarkeit eher simuliert als unklare Realität antizipiert. Zudem verfügt jeder Akteur in dem Set über eine ganze Vielzahl an veränderbaren Perspektiven, Rollen und Ebenen im Zeitverlauf. Die Verfechter dieser These konstruieren hier mit dieser Übergangsmetapher eine zweite und dritte Zukunft, was eher an die US-Film-Trilogie *Zurück in die Zukunft*<sup>84</sup> erinnert als an soziologische Analyse. Zumal in dem Bild nicht mal die erste Zukunft der nächsten halben Stunde vorab bekannt ist. Ähnlich äußert sich hier Armin Nassehi (Nassehi 2015), der ähnlich wie Honneth und Barthelheimer (Barthelheimer 2015) bemerkt, dass die narrativen Lagerfeuer-Erzählungen kaum Evidenz aufweisen, eben weil es ausschließlich Erzählungen sind. An die kann man glauben und sich festhalten oder eben nicht. Sie können eben daher gar keine Evidenz aufweisen, weil sich die Realität ständig ändert, während man sie selbst zu verändern versucht. Das politisch-soziale Handeln ist somit schon in diesem Vakuum zwischen Vergangenheit und Zukunft gefangen (Arendt 2016).

Joachim Bischoff und Björn Radtke schrieben 2014 hinsichtlich des bekannten Diskurses „*dass linke Reformpolitik, die eine Alternative zum Neoliberalismus auf den Weg bringt, vom Nationalstaat aus im gegenwärtigen Kapitalismus kaum möglich ist und im Übrigen seit Jahren regelmäßig und grandios scheitert.*“ Dass das linke Spektrum jenseits der Sozialdemokratie nicht vom Niedergang der „*großen Reformpartei SPD*“ profitiere, stimmt die Autoren dort zwar nachdenklich, die dann aber doch nur wieder Altbekanntes der Politischen Ökonomie und der Agenda-Politik des politischen Mainstream wiederholen und sich erneut im Kreis drehen, wenn sie fordern, dass politische Utopien hinreichend konkret werden müssen (Bischoff und Radke 2014). Eher scheint, dass nötigen Konkretisierungen der Makel der Bürgerlichkeit anhaftet.

Dass sich neben linken auch rechtsextreme Parteien oft dem Attribut des Sozialismus verschreiben, etwa in Form und Varianten des *National(en) Sozialismus*, erschwert all diese Zuschreibungen, die zuweilen recht kuriose Formen zutage liefern, wie der Beschreibung der deutschen

---

wir stehen vor dem Paradox, dass der positive Vorteil für einzelne Subjekte und Systeme durchaus ein respektabler Nachteil für andere Gruppen, Personen, Systeme, Organisationen und deren Subsysteme sein kann und umgekehrt. Massive Interessenkonflikte sind so die Folge, die institutionell zwar geregelt, aber niemals aufgehoben werden. Eine Leugnung dessen gerät schnell dogmatisch und wird zur Ideologie anstelle eines Diskurses (s. Foucault 2014).

<sup>84</sup> Die Protagonisten dieser US-Science-Fiction-Komödie in drei Teilen (Regie: Robert Zemeckis, 1985, 1989, 1990), der jugendliche Marty McFly und der spleenige Wissenschaftler Doc Emmett Brown, reisen mittels einer Zeitmaschine, einem umgebauten DeLorean, kreuz und quer durch die Jahrzehnte ausgehend von 1985 abwechselnd nach 1955, 1985, 2015, 1885 und zurück, um jeweils spezifische Handlungen, die sie selbst oder die (zukünftigen) Eltern von Marty und deren Freunde dort vollzogen haben oder (nicht) vollziehen werden, wenn sich der Ursprung und Ablauf nicht ändert. So intervenieren sie laufend aktiv oder passiv in den Lauf ihrer persönlichen Lebensgeschichte und Heimatstadt über 160 Jahre, um bestimmte Begegnungen jeweils zu verhindern oder zu ermöglichen, die jedoch immer wieder neue Probleme ihrer eigenen Handlungen erzeugen oder erzeugt haben, die sie dann erneut zeitreisend wieder zu lösen versuchen. Was sie vor immer neue Schwierigkeiten und intendierte Folgen ihres nicht-intendierten Handelns und umgekehrt stellt. Zudem treffen sie dabei auf ihr Alter Ego, was die Situation ad absurdum führt. Die US Cartoon-Reihe *Family Guy* hatte diese Abfolge später parodiert, indem die Zeitreisenden dann im selben Moment mehrfach auf sich selbst treffen und sich töten müssen um bestimmte Abfolgen zu ändern, wobei unklar ist, wer überhaupt jeweils wessen Alter und Ego mit wessen Motiv und Datum ist und was daraus folgt, da die jeweiligen Akteure von Ego eine eigene Dynamik entwickeln, die sich dann unendlich potenziert.

NSDAP oder der französischen *Front National* als „linke, sozialistische Partei.“<sup>85</sup> Ergänzt wird dieses diffuse Bild mit der (deutschen) *Sozialistischen Reichspartei* (die 1952 verboten wurde) und der *Dansk Socialistisk Parti*, die beide tatsächlich eine klar rechtsextreme, nationalsozialistische Ausrichtung hatten. Wobei die dänische Partei aus der 1930 gegründeten *Dansk Nationalsocialistisk Parti* (DNSP) und der *Dänischen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei* (DNSAP) und deren zahllosen Sammlungs- und Spaltungsbewegungen der Jahre 1941 - 43 hervorging (Skou 2011: 164 ff.). Tatsächlich verstand sich der frühe Nationalsozialismus als ebenso diffuse Sammlungsbewegung mit Betonung antikapitalistischer Elemente, die einen Querschnitt des zeitgenössischen völkisch-nationalistischen Ideengemenges darstellten. Auffällig ist dennoch, dass rechte Parteien auch heute noch in Europa häufig wortgleich dieselben Themen besetzen wie linke Parteien (Offe 2016: 113 f.). Die Nennung des Wortes *sozial* (im Zusammenhang mit: *national*) im Programm der NPD (Hähnel 2010) etwa gerät inflationär; die Forderungen der NPD und der Linkspartei klingen in Teilen - insbesondere in der Kritik an internationalen Konzernen, der NATO, Europa und der EU - durchaus ähnlich. Die NPD versucht mitunter recht erfolgreich traditionelle Themen des Rechtsextremismus mit linkspopulistischem Protest zu verbinden und sich auf die Seite sozial benachteiligter Gruppen zu schlagen (Jun und Kreikenbom 2006: 33). Beliebte sind ferner die Montage und Instrumentalisierung entsprechend populärer Zitate von Rosa Luxemburg, Bertold Brecht oder Sophie Scholl (u. Ä.; s. Abb. 5).<sup>86</sup> Der Unterschied zur Linken liege hauptsächlich dort, dass Rechte ihre Forderungen nationalistisch, rassistisch und antidemokratisch motiviert begründen. Zusätzlich plädieren sie für eine Abschottung nach außen und für Abschiebung der in Deutschland lebenden Ausländer, die sie als Schuldige für soziale Probleme ausmachen (Brie und Spehr 2006: 2). Allerdings finden sich hier erneut Überschneidungen mit Teilen der Linken, die ebenso oft eine nationalstaatlich regulierte, nostalgische Lösung der 1960/70er-Jahre („*Wagenburg*“) favorisieren (Habermas 2013: 61 f.). Kritik an und Ablehnung gegenüber der EU und der Globalisierung ist hier beiden Gruppen, Rechten wie Linken, gemeinsam (Brangsch et al. 2014; Jannsen 2013). Luke March betont hier allerdings, dass für viele *far left parties* mit dem schrittweisen Zusammenbruch der UdSSR schon in den frühen 1980er-Jahren und spätestens nach 1989 *[by] turning off their material and financial life support* deren Hauptsponsor wegfiel. Das führte unweigerlich zu

„*more flexible strategic and ideological approaches. The common aim of all parties since 1989 has been to adopt a 'nationally authentic socialism', that is, to find identities that restore their domestic political legitimacy, stress the domestic socialist heritage and remove any 'taint' of identification with a 'failed project'. (...) Former communists [across Eastern Europe] (...) became social democrats.*“ (March 2008a: 5)

Zugleich führte das dazu, dass im internationalen Vergleich viele linke Gruppen entgegen ihrem Credo häufig antiliberal, nationalistische und nostalgische Haltungen zeigen. Insbesondere gilt das

<sup>85</sup> Frauke Petry (AfD) antwortete am 9. Oktober 2015 auf der Bundespressekonferenz auf die Frage eines spanischen Journalisten (El Pais) nach Kontakten zwischen AfD und Front National (FN) sinngemäß, der FN sei eine Partei, die sich im sozialistischen, im linken Bereich aufhält, also gäbe es keinerlei Berührungspunkte (Die AfD zur Asylpolitik - Komplette PK vom 9. Oktober 2015). Im Juli 2016 gab es allerdings nach Medienberichten ein Treffen mit den beiden Vorsitzenden der AfD und des FN, und im Januar 2017 folgte ein internationales Treffen der europäischen Rechten der ENF-Fraktion in Koblenz (u.a. mit Petry und Le Pen). Die NZZ berichtete am 13.12.2015: „*Der Front National wird häufig als rechtsextrem etikettiert. Das Wirtschaftsprogramm von Frankreichs stimmenstärkster Partei ist allerdings eher linksextrem, antikapitalistisch und marktfeindlich.*“ (Tzermias 2015).

<sup>86</sup> Hier wird regelmäßig auf rechten Webseiten (bspw. <http://www.pi-news.net/>), in Publikationen oder auf Demobannern (usw.) inflationär zitiert, etwa dass *die Freiheit immer die Freiheit des Andersdenkenden ist* (R. Luxemburg), um sich selbst als Kämpfer und Opposition für unterdrückte Presse- und Meinungsfreiheit und als unterdrückte Minderheit zu inszenieren sowie die Linke als Anhänger und Vertreter einer Diktatur oder als ‚*gewaltbereite Chaoten*‘ zu diskreditieren. Diese Haltung wird gegen Kritik vehement verteidigt.

für post- und neokommunistische Gruppen Osteuropas, ohne aber allein auf diese beschränkt zu sein.

Fast schon legendär ist dagegen die historische Nennung des ‚*Sozialismus aus christlicher Verantwortung*‘ im Ahlener Programm der CDU von 1947, der jedoch nur aus Gründen der partei-internen Integration des linken Flügels aufgenommen wurde. Der Begriff des *Demokratischen Sozialismus* bietet hier ebenfalls kaum hinreichende Klärung. Zwar galt der demokratische Sozialismus der SPD (1959) primär als Begriff der Abgrenzung gegenüber dem totalitären Kommunismus. Begründet wurde der Begriff durch Karl Kautsky nach der russischen Oktober-Revolution Anfang der 1920er-Jahre, um sich vom leninistischen Terror und vom Ziel einer *Diktatur des Proletariats* abzusetzen. Zahlreiche Gruppen haben diese Formel seither beansprucht. 1982 spaltete sich etwa die Gruppe der *Demokratischen Sozialisten* (DS) von der SPD ab, löste sich aber 1991 wieder auf. Im Hamburger Grundsatzprogramm der SPD von 2007 findet sich diese Formel bis heute (Dahremoeller 2007: 14, 16). Im Erfurter Programm der Linkspartei steht er wie selbstverständlich (DIE LINKE 2012: 27 ff.). Gleichzeitig begann hier mit Kautsky erneut der Wettbewerb der Interpretation des Begriffs (Seitz 2009). Im Godesberger Programm der SPD (1959) fand der Begriff nur „*noch Erwähnung, um den so deutlich unterlegenen Marxisten die vollständige Demütigung zu ersparen und die Partei nicht zu spalten*“, so Seitz (ebd.). Als „*Politfolklore*“ bezeichnete Seitz den Begriff, da „*die Demokratie verschiedene politische Leitideen toleriere, während Sozialismus streng genommen auf das Ideal einer (einzigen, UL) Gesellschaftsform hinweise, die das genau ausschliesse.*“ (Seitz 2009: 5)

Abbildung 5: „Sophie Scholl würde AfD wählen“



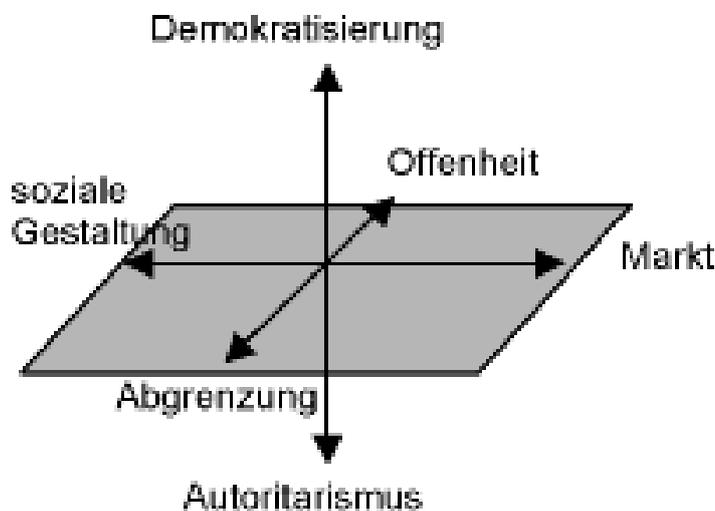
Quelle: Facebook, 16.1.2017

Eine befriedigende Antwort, was denn nun aus welchem Grund links oder rechts ist, und die über bekannte Beschreibungen und Forderungen hinauskommt, konnten alle publizistischen Versuche bisher kaum liefern. Oft bleiben die Darstellungen in den bekannten Schlagworten ihrer eigenen Phänomenologie stecken. Zu wandelbar und wenig greifbar scheint hier das (un-)spezifisch Linke, dass sich eher am Protest und Widerspruch am Bestehenden orientiert. Von „*Kulturpessimismus*“ und einem „*Zerrbild der gesellschaftlichen Wirklichkeit*“ sprach Wolfgang Brezinka über die Neue Linke der 1960er-Jahre (Brezinka 1972: 16). Versucht man, die Verortung, was denn nun links sein soll, grafisch oder schematisch aufzubereiten, setzt sich diese Heterodoxie nur fort.

Insbesondere in Westdeutschland lässt sich konstatieren, dass die Linke jahrzehntelang quasi eingekeilt war zwischen der orthodoxen Parteigeschichtsschreibung im Osten und einer sozialdemokratischen Hegemonialperspektive im Westen. Der Terminus einer Neuen Linken kann hier ebenso wenig überzeugen, da auch diese Phraseologie reflexhaft seit etwa 100 Jahren in Korrespondenz zur Sozialdemokratie auftritt. Bois bezeichnet bspw. die Gründung der KPD 1918/19 aufgrund der Novemberrevolution gewissermaßen als „*neue Linke*“ (bzw. als „*neue Partei*“) und erste linke Opposition infolge der Abspaltungen von der SPD nach Ende des Ersten Weltkriegs (Bois 2015: 106). Bereits 1920 verließ jedoch eine erste Generation des deutschen Linkskommunismus diese KPD wieder, um kurze Zeit später als neue Strömung viele inhaltlichen Positionen der bisherigen Opposition zu übernehmen. 1924 gelang dieser Flügel in die Parteiführung der KPD (Bois 2015: 35). Es entstand die vermeintlich erste Spaltung jener neuen linken Strömung (ebd.); obgleich diese Terminologie nach Auskunft der Friedrich-Ebert-Stiftung zu jener Zeit noch gar nicht existierte und schlicht nur als Opposition firmierte.

Brie und Spehr schlagen hier angelehnt an die Begriffe der Marktforschung folgende Grafik vor, die jedoch ebenso statisch wie hölzern gerät, wobei alternative Entwürfe anderer Autoren ebenso wenig originell sind (Abb. 6):

**Abbildung 6: Dimensionen von links und rechts**



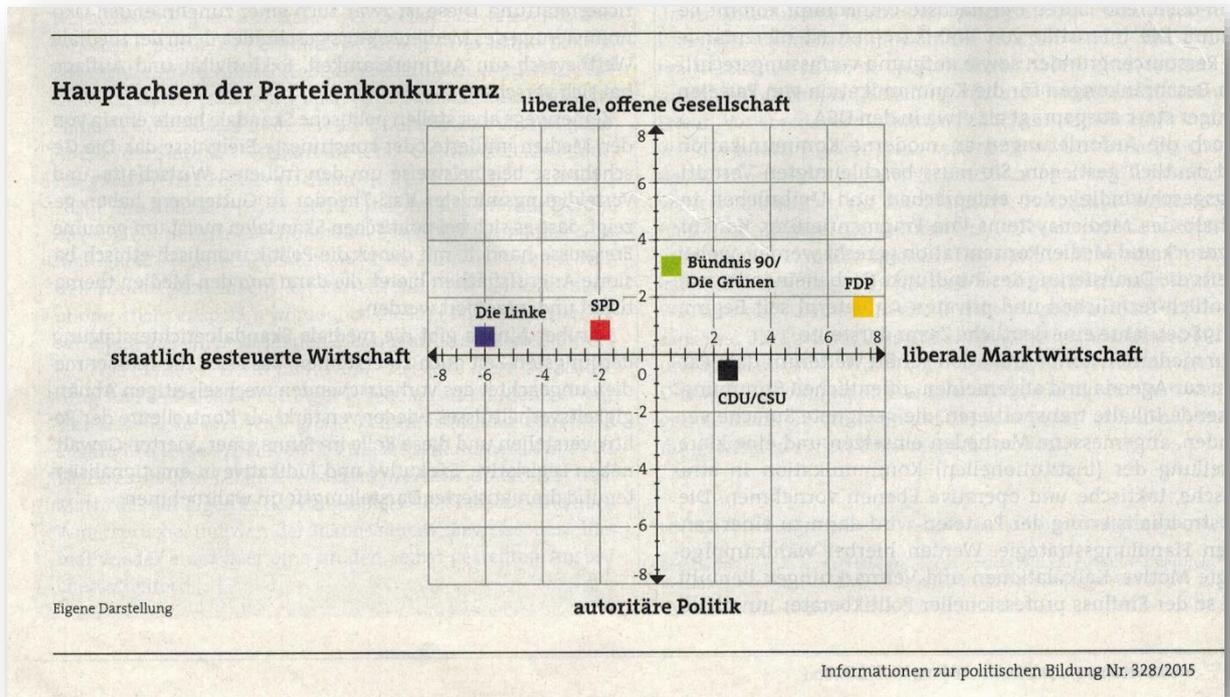
Quelle: Brie/Spehr 2006: 3.

Linke zeichnen sich demnach durch ihren Willen zur Gestaltung, Demokratie und Offenheit aus, während Rechte in der Sicht das Gegenteil dessen vertreten, oder sich Abweichungen davon eher als „*rechts*“ erkennen ließen (ebd.). Zugleich betonen sie, dass die Linke kein singulärer Ort und Raum

ist, sondern „*nur verschiedene Positionen (bezeichne), die man mehr oder minder als links bezeichnen kann.*“ Ulrich Maurer bescheinigte der PDS und WASG, *gar keine Partei*, sondern (durchaus berechtigt) „*eine Ansammlung von Strömungen und Individuen*“ zu sein, deren Bandbreite von *Kommunisten bis zu Privatisierern* reiche (Maurer 2006: 18). Innerhalb dieser Gruppen bewegen sich „*Karrieristen, Paradiesvögel, Gescheiterte, Strömungsweltreisende und Gewerkschafter*“, die dem Volk das unhaltbare Versprechen gegeben hätten, anders zu sein als die anderen. Hier schließt jedoch auch Maurer wieder an das alte Dilemma an, das schon Fritz Tarnow 1931 formulierte, mitwirken zu wollen, aber dennoch Teil ‚*des Systems*‘ zu sein, die „*Narrenrolle*“ im großen Spiel des

*Neoliberalismus zu spielen* (Maurer 2006: 19). Uwe Jun dagegen (Jun 2015b) illustrierte die Verortung der Parteienkonkurrenz folgendermaßen, aus dem aber ebenfalls die recht zentristische Orientierung deutlich wird, da sich alle Parteien mehr oder minder in der Mitte seiner Skala versammeln:

**Abbildung 7: Achsen der Parteikonkurrenz**



Claus Offe kommt hinsichtlich der ‚Hauptfronten der politischen Auseinandersetzung um eine europäische Integration‘ (Abb. 8) zu folgender Analyse (Offe 2016: 113):

**Abbildung 8: Hauptfronten der politischen Auseinandersetzung um europäische Integration**

	Nationalstaatlich (a)	Supranational (b)
„Links“ (1)	Renationalisierung der Klassenkonflikte	„positive“ Integration eines „sozialen Europas“
„Rechts“ (2)	Rechter Populismus in Opposition zu EU und vertiefter Integration	Marktliberale „negative“ Integration

Quelle: Offe 2016: 113

Nach Offe sehen die marktliberalen Vertreter der negativen Integration (b2) hier enorme Wachstumseffekte allein aufgrund der sozioökonomischen Skaleneffekte. Hier ist ‚der Markt immer gerecht‘, da es nach dem Modell stets in allen Bereichen zum nötigen Ausgleich kommt. Aus Sicht der Vertreter einer positiven Integration Europas (b1) ist das europäische Sozialmodell ein Erfolgsmodell, da es die Teilnehmer stets mit allem ausrüstet, was sie im Wettbewerb benötigen samt seiner komplexen Schutzmechanismen; die aber auch vom Marktteilnehmer jeweils die nötige und bedingungslose Anpassungsfähigkeit verlangen und erhebliche Umverteilungseffekte und Konkurrenz zwischen Regionen, Ländern und Akteuren voraussetzen, die jedoch tatsächlich und real kaum zu bewältigen respektive aufzulösen sind. Dagegen versucht der integrationsfeindliche Rechtspopulismus (a2) als Reaktion darauf, nationale Identitäten und Interessen zu verteidigen, die territorial und weniger sozial bestimmt werden, ohne aber selbst genau bestimmen zu können, was das eigentlich

sein soll. Die Nation gilt hier als unausweichliche Schicksalsgemeinschaft. Allerdings ist die Rechte hier wie die Linke innerlich tief gespalten zwischen neoliberalen Globalisierungsvisionen und einem kulturellen und politischen Ethnonationalismus. Die EU gilt hier als politischer Gegner, da sie zum einen „*die Union als eine supranationale Einrichtung betrachten, die ‚unsere‘ Nation illegitimen Regeln und Bedingungen unterwirft, beginnend mit der gemeinsamen Währung.*“ Zum anderen existiert hier neben dieser *vertikalen Konfliktspannung mit ‚Brüssel‘*, so Offe, eine weitere *horizontale* Linie, die zwischen den Mitgliedstaaten verläuft. Einwanderern aus Süd-/und Osteuropa und Flüchtlingen aus Drittstaaten werde so widerrechtlich gestattet, von *‚unseren‘* Ressourcen zu partizipieren. Die EU stellt so eine Art feindlicher Fremdherrschaft dar, gegen die man sich aus der Perspektive der Nation und der Populisten (rechts und links) wehren und die nationale Regierung stärken müsse. Während die Populisten der rechten Mitte im Norden sich gegen steuerfinanzierte Hilfen für Defizitstaaten wehrt, widersetzen sich linke Populisten im Süden gegen die Kürzungen ihrer Sozialleistungen und Löhne (usw.), die ihnen als Preis für Beistandsleistungen und als Weichenstellung in ihrem weiteren wirtschaftlichen Niedergang auferlegt wurden.

So haben linke wie rechte Populisten von jener *Krise* profitiert, ohne auch nur annähernd Lösungen zu haben oder diese anzustreben. Dabei besteht die linke Kritik aus einer *Renationalisierung des Klassenkonflikts* (a1). Hier dominiert neben der grundlegenden Kritik von links an der EU (etwa in Form der Waffenexporte oder der Liberalisierung des Gesundheitswesens usw.) die Hauptlinie darin, dass vor allem die südeuropäischen Populisten die EU als Verursacher der Schuldenkrise sehen. Sie werfen der EU mangelndes Krisenmanagement vor, dass sich insbesondere im Vorwurf an die vermeintlich gescheiterte Gemeinschaftswährung zeigt. Wolfgang Streeck hat sich hier durch seine Kritik mehrfach hervorgetan, „*dass die gemeinsame Währung die Euroländer nicht nur untereinander gespalten, sondern sie auch ihrer politischen Handlungsfähigkeit enteignet hat.*“ Streeck (Streeck 2015) vertritt hier, so Offe dort

„*ein nichtnationalistisches (linkes) normatives Argument für die Renationalisierung der Wirtschafts- und Geldpolitik in Europa – eine Politik, die sich nach den spezifischen Bedürfnissen der Staaten und ihrer Gesellschaften richtet und gegen die herrschende ‚Marktgerechtigkeit‘ Grundgesetze ‚sozialer‘ Gerechtigkeit in Europa zur Geltung bringt.*“

Danach müssen die Nationalstaaten und ihre demokratischen Institutionen von der EU zurückerobert werden (Offe 2016: 114 ff.). Die anschließende Diskussion füllte ganze Magazine. Elmar Altvater hielt dazu ähnlich wie auch Claus Offe hier fest, dass es ohne die Gemeinschaftswährung auch keine Gemeinschaft mehr geben kann (Altvater 2013); Jürgen Habermas hielt Streeck hier vor, dass er damit nur den Nationalismus schüre (Habermas 2013). Und Offe fasst zusammen, dass diese Form des linken Nationalismus kaum Unterstützung finden würde und zudem eine verantwortungslose Kettenreaktion auslösen würde, die sowohl die Verantwortlichen als auch die Opfer jener Währungs-, Wirtschafts- und Finanzkrise einfach sich selbst ohne Aussicht auf Lösung überlassen würde. Von einem unterstellten Siegeszug des Neoliberalismus beim Projekt des Euro will auch Offe hier nicht sprechen und weist das Argument als *bestreitbar* zurück (Offe 2016: 123).

Im Ergebnis wird die hohe gegenseitige Ambivalenz politischer Milieus und Konflikte deutlich. Die Attribute von links und rechts erscheinen tatsächlich wenig aussagefähig und sind eher Produkt endogener sozialer wie pluraler und individueller Differenzierungen, als dass sie exogene Kategorien beschreiben und inflationär als *Klassenkonflikt* bezeichnet werden können. Die populäre These und Frage, dass bzw. ob Sozialdemokraten christdemokratisch oder die Christdemokraten sozialdemokratisch oder gar sozialistisch und der Sozialismus quasi längst Staatsräson geworden sind (Brunkhorst 2017b) oder nicht, ist unauflösbar und rabulistisch. Denn sie endet im philosophischen Paradox einer logischen Kausalkette, deren Ereignisse gegenseitig und damit gleichzeitig Ursache und Wirkung darstellen, wie im bekannten Henne-oder-Ei-Problem. Sie leugnet vielmehr die Gestaltbarkeit sozialer Realität durch die Akteure selbst, ohne aber derart (geschichts-)deterministisch zu sein, wie in der marxistischen Perspektive stets beansprucht wird. Daraus entsteht durchaus das Paradox der ökonomischen Spieltheorie mit voller Transparenz bei gleichzeitig hoher Disparität wenig oder gar das intendierte Gegenteil zu erreichen. Jene Frage der „[...] *Sozialdemokratisierung der bürgerlichen Parteien wäre ein eigenes Thema*“, so Dahrendorf schon 1987,

was aber aus der theoretischen und sozioökonomischen Perspektive deliberativer Demokratie relativ einfach beantwortet werden kann, anstatt sich in der Aneinanderreihung empirischer Daten oder anekdotischer Evidenz zu üben. Winston Churchill mahnte 1951, als die britischen Tories wieder an die Macht kamen, „*man dürfe jetzt nicht versuchen, alles rückgängig zu machen, was die Labour-Regierung nach dem Krieg getan hatte, sondern müsse dem Sozialismus seinen Lauf lassen*“ (Dahrendorf 1987: 1027).

Offe schrieb hier unlängst, dass die politischen Lager in Europa mittlerweile sogar doppelt in sich gespalten sind: das rechte in eine Variante ethnonationaler Identitätspolitik und eine Strömung marktliberaler Wachstumsorthodoxie, das linke Lager in das Paradigma einer postmaterialistischen Politik autonomer Lebensweisen und das einer durchaus ebenfalls materialistisch verstandenen Politik sozialer Gerechtigkeit (Offe 2016: 113). Wer aber dann in welchem Umfang, welcher Art und Weise von solchen Prozessen der Umverteilung und Organisation respektive Integration auf europäischer Ebene und in welchem Zeitraum profitieren soll, und wer letztlich die Kosten dafür trägt, liegt völlig außerhalb der Erklärung solcher Fragen. Sie müssen vielmehr erst im demokratischen Konflikt bearbeitet werden, die dennoch in Gefahr geraten, zu einem ‚reinen Schwindel‘ zu werden, da sie aus der intendiert normativen Perspektive der Akteure erneut nahezu unlösbar werden und immer wieder aufs Neue nur in die Deliberation zurück verlagert werden. Unterdessen hält insbesondere die Linke starr an ihren eigenen Begriffen fest und isoliert sich selbst zusehends in ihren eigenen Angsträumen vor der nationalistischen Rechten, die sie damit gleichzeitig stärkt je mehr sie diese diskreditiert. Es gelingt ihr nicht, diesen Widerspruch zwischen national-sozialen, ökonomisch/ökonomistischen und nationalistischen Zuschreibungen aufzulösen und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Sie müsste jedoch jenseits der jeweils nationalen Grenzen und ihrer Terminologie soziale Verlierer und Gewinner benennen und erkennen, „*dass es [insbesondere in der globalisierten Weltgesellschaft] weder risikolose noch kostenlose Alternativen [der europäischen Integration] gibt*“ (Habermas 2013: 70), anstatt sich in die Normativität eigener Ideale zwischen Sein und Sollen zu flüchten. Dazu kam die Evidenz, dass aus den vormaligen (qualitativen) Wohlfahrtsstaaten zwangsläufig (quantitativ-ökonomistische) Wettbewerbsstaaten der gegenseitigen Konkurrenz nach innen und außen wurden (Offe 2016: 117 f.). Ergänzt wurde diese Ausgangslage durch den Wandel des einst ‚starken Steuerstaats‘ zum fortan ‚schwachen Schuldenstaat‘, „*der sich in die Zinsknechtschaft der Reichen begibt, um darin umzukommen*“ (Brunkhorst 2017b). Ob das freilich ein unausweichlicher oder gar intendierter Automatismus der vielzitierten ökonomischen, politischen und sozialen Sachzwangslogiken ist, bleibt in vielerlei Hinsicht kontrovers.

Historisch liegt der Hauptreferenzpunkt der Kritik der politischen Linken zwar seit über 150 Jahren bei der Sozialdemokratie in Korrespondenz zu genau diesem Paradox des Sozial-/und Wohlfahrtsstaates und seiner reziproken wie konsensualen Volatilität von Milieus und sozialer wie ökonomischer Realität. Gleichzeitig ringen sie aber alle zum einen um eine eigene Identität und zum anderen um nahezu dasselbe Wählerpotential (March 2008a; Brenke und Kritikos 2017) und erzeugen fortwährend Dissens wie Gewinner und Verlierer innerhalb dieser Milieus, die sich alle fortwährend überlagern ohne jemals eine Gemeinsamkeit auszubilden. Diese hoch diffizile Ausgangslage scheint nahezu aussichtslos und ausgeschlossen scheint, eine Lösung zu finden, die allen Bevölkerungsschichten, Gruppen, Individuen und funktionalen Systemen gleichermaßen gerecht wird. Jürgen Habermas geht dagegen von einer Gesellschaft aus, die ausschließlich über Konsens, Vernunft und intersubjektive Verständigung im Rahmen eines Diskurses integriert und funktioniert.

## 4 Das Spannungsfeld deliberativer Demokratie

Eine Annäherung dieses Dilemmas bietet die Theorie der deliberativen (ergo: beratenden, differenzierenden, partizipativen) Politik und Demokratie. Flankiert wird sie von den Fragen von *Faktizität und Geltung der Rechtsnormen* (Habermas 1992); obgleich auch dieser rechtstheoretische Ansatz soziologisch erneut an seine engen Grenzen stößt (König 2012). Denn diese ‚*Legitimation durch Verfahren à la Habermas*‘ (König 2012) zeigt sich ebenso kompromisslos gegenüber der Realität wie die Ökonomie, die auch Habermas nur erneut und normativ wieder ins theoretische Modell presst. Gleichzeitig ist der Begriff der deliberativen Demokratie selbst damit kein einheitlicher, sondern ebenfalls innerhalb dieses Rahmens selbst ein umkämpfter Allgemeinplatz, den viele Autoren unterschiedlich besetzen (Flügel-Martinsen et al. 2014; Jakobi 2000). Daher ist eine pauschale Kritik an Habermas’ Modell wenig hilfreich und wird weder ihm noch dem Gegenstand gerecht. Die Widersprüche und die Dominanz einer über Märkte gesteuerten Ökonomie als Auslöser der Ungleichheit sind Habermas bekannt. Er verweist aber darauf, dass das Recht durch den Perspektivenwechsel der Politischen Ökonomie seine theoriestrategische Rolle verliert.

Das Recht wird so in der marxistischen Perspektive zum Überbau der ökonomischen Basis einer Gesellschaft. Allerdings halte Marx hier nur an überkommenen Totalitätsbegriffen fest, die sich angesichts zunehmender funktionaler Differenzierung kaum noch durchhalten lassen (Habermas 1992: 65 f.). Die Frage nach der Realität der deliberativen Politik lässt Habermas bewusst offen und verweist stattdessen – völlig zu Recht – auf die empirische Methode der rekonstruktiven Soziologie (Habermas 1992: 349 f.). So geht Habermas dort davon aus, dass Vernunft, Verständigung, Einheit und Konsens bereits in den alltäglichen Routinen und Praktiken der Akteure und Institutionen eingeschrieben sind und nicht erst erfunden werden müssen. Dadurch würde der Kompromiss ja erst möglich. Genau dieser normative Kompromiss der Fremd- und Selbstzuschreibung rückt jedoch auch Habermas selbst in die Kritik. Denn offen bleibt, wie Habermas mit dem ungelösten Konflikt und sozialer Devianz sowie der Ungleichheit allgemein umgeht (Brunkhorst 2016b). Habermas schrieb später dazu, das deliberative Modell begreife die politische Öffentlichkeit gleichsam „*als Resonanzboden für das Aufspüren gesamtgesellschaftlicher Probleme und zugleich als diskursive Kläranlage, die aus den wildwüchsigen Prozessen der Meinungsbildung*“ die jeweils relevanten Themen herausfiltert und aufbereitet (Habermas 2008: 144). Offen ist dann sogleich, was mit den Themen geschieht, die als irrelevant gelten. Das heißt, an die Stelle der zahlreichen aggregierten Interessen und Meinungen der Einzelnen tritt nach Habermas die kooperative Suche nach gemeinsamen Lösungen. Diese richtet den Blick stärker auf die kognitiven Funktionen der Meinungs- und Willensbildung als auf die rationale Wahl oder politisches Ethos. Zugleich bleibt dieses Modell selbst rational und rekurriert auf den kategorischen Imperativ bei Kant. Regina Kreide widerspricht Habermas hier zwar nicht direkt, ergänzt aber, wenn sie sagt, es sei schließlich Aufgabe der rekonstruktiven Wissenschaft, „*jene normativen Ideale herauszuarbeiten, mit deren Hilfe die Verzerrungen des falschen Bewusstseins bloßgelegt werden können*“, wie im Falle der Habermas’schen Theorie und deren rationaler Rekonstruktion von kommunikativer Verständigung (Kreide 2016: 11). Politische Theorie, die über die Legitimität politischer Ordnungen Auskunft geben will, aber an ihre engen, normativen Grenzen der Realität stoße, *träume wohlmöglich nach Kant den ‚süßen Traum des ewigen Friedens‘* (Kreide 2016: 5). Jegliche soziale oder politische Abweichung oder Form von Terror und Gewalt erscheine solcher Theorie stets wie ein Stolpern auf dem Weg in eine bessere Gesellschaft; die Geschichtsschreibung werde so zur Gratulationsfeier eigener Leistungen (Kreide 2016: 12). Daher steht auch für Habermas am Anfang der deliberativen Demokratie und des kommunikativen Handelns die *doppelte Kontingenz* nach Talcot Parsons (1951).

Die Handlungskoordinationen von Ego und Alter sind zwar stets aufeinander bezogen, stehen aber gleichzeitig vor dem Problem der jeweils eigenen Selektion der Optionen und Alternativen, ohne hinreichenden Einfluss aufs Verfahren und die Entscheidung des jeweils anderen zu haben. Kommunikation und Diskurs scheinen so tatsächlich nahezu ausgeschlossen zu sein; während gleichzeitig die Kommunikation bei voller Übereinstimmung überflüssig ist. Nach Parsons ist ein

normativer Konsens verantwortlich fürs Gelingen der Kommunikation, der über die Sozialisation und gemeinsamen Werte zu einer Einheit führt. Hier beginnt dann folgerichtig Habermas mit seiner *Theorie des kommunikativen Handelns*. Gesellschaften werden so über kommunikatives Handeln integriert, das einen intersubjektiven Konsens und interaktionsrelevante Folgen erzeugt. Habermas fragt demzufolge, wie soziale Integration auf der Basis unwahrscheinlicher Kommunikation möglich ist, da es nicht mehr ausreicht, dass geltende Werte nur tradiert werden. Daraus folgt, dass sich die Subjekte selbst reflexiv ihre Werte aneignen, sie entwerfen, überprüfen oder wieder dynamisch verwerfen oder reanimieren. Gleichzeitig entsteht aus der Lösung bei Parsons bei Habermas daraus erneut ein Problem, wie er selbst einräumt (Habermas 1992: 23). Denn der Konsens ist durch den latenten Dissens und seine offene Äußerung stets erneut bedroht. Zudem würde eine Totalverweigerung zum Konsens jegliche gesellschaftlichen Prozesse blockieren. Die Lösung bei Habermas und Luhmann ist zunächst die ‚*Boykottierung des Boykottierens*‘ (Habermas zit. Luhmann 1984: 165), also der institutionellen Unterdrückung abweichenden Verhaltens gegenüber dem Common Sense (König 2012: 8). Habermas führt dazu drei Beschränkungen („*Inhibitoren*“) ein, die eine soziale Integration erst ermöglichen: *die Lebenswelt, ursprüngliche Institutionen, das moderne Recht* (Habermas 1992: 37 ff.). Freiheit ist also als intellektuelles Prinzip nur dort möglich, wo sie reguliert wird.

In archaischen und relativ undifferenzierten Gesellschaften wurde diese Gefahr des Dissenses hauptsächlich durch die *Lebenswelt* selbst und ihren *vormodernen Institutionen* stark eingeschränkt. Die *Lebenswelt* besteht für Habermas so aus den gemeinsam geteilten Überzeugungen und stellt für ihn eine Art massiven Hintergrundkonsens dar. Hier fließen die gemeinsam geteilten Deutungsmuster und Überzeugungen mit ein. Das kommunikative Handeln vollzieht sich so innerhalb dieses Musters und reproduziert sich gleichermaßen darin. Die *ursprünglichen Institutionen* erfüllen ihre Rolle mittels eines unanfechtbaren Autoritätsanspruchs, der mit der Androhung von Strafe und der Kraft gemeinsamer Überzeugungen seine abschreckende, sanktionierende Wirkung entfaltet. Im Falle der *Lebenswelt* geschieht diese Inhibition unbewusst; im Falle der *Institutionen* mehr bewusst als unbewusst (König 2012: 9). In der hoch modernen, differenzierten Gesellschaft eskaliert das Risiko des Dissenses mit zunehmender Interpretationsmöglichkeit allerdings erneut und verlagert sich zunächst auf das positive moderne Recht. Als Gründe sind zu nennen, dass durch die zunehmende Arbeitsteilung einerseits die Komplexität und soziale Differenzierung, andererseits die Problematisierung der Geltungsansprüche innerhalb der Lebenswelten zunehmen.

Neue Interaktionsformen, wie insbesondere das Internet des 21. Jahrhunderts (*Social Media; Web 2.0*), das Habermas hier 1992 noch nicht kennen konnte,<sup>87</sup> erhöhen exponentiell die Vielfalt und Kontingenz sozialen und kommunikativen Handelns und Erlebens erneut und lösen die vorherigen Deutungshoheiten und Autoritäten auf. Theodor Geiger sprach hier schon 1950 von *atomisierter Massengesellschaft*. Habermas spricht von *ausdifferenzierten, in sich pluralisierten und entzauberten Lebenswelten* (Habermas 1992: 43). Das kommunikative Handeln wird also aus den Institutionen entlassen und ist kaum mehr anschluss- und konsensfähig, sondern wird quasi individualisiert und selbst Gegenstand der doppelten Kontingenz um Ja- oder Nein-Botschaften des Dissens versus Konsens, der Totalität und Differenzierung. Das Ergebnis ist nach Habermas eine Funktionslücke, „*ein Bedarf nach einem kompensierenden Dissensinhibitor, der selbst unter diesen erschwerenden Bedingungen eine Integration der Gesellschaft (...) ermöglicht*“ (König 2012: 9).

Um diese Funktionslücke zu schließen, bietet sich das moderne Recht an. Jedoch muss das Recht dazu selbst den Anforderungen der Rezipienten gerecht werden. Nicht der Bürger folgt dem

---

<sup>87</sup> In seinem Titel ‚*Ach, Europa*‘ nimmt er kurz Stellung zu den Fragen des Internet, indem er dort sagt, der Hinweis auf das Internet könne die Zweifel am qualifizierten Beitrag der Massenkommunikation an der Beförderung deliberativer Politik nicht beheben, da sich das World Wide Web kaum von herkömmlichen Medien unterscheidet, die aus Bürgern zuvorderst Konsumenten machen, die zu einer weiteren diffusen Zersplitterung beitragen anstelle der diskursiven Kommunikation, die zum Konsens führen würde (Habermas 2008: 161 ff.).

Recht, sondern das Recht folgt dem Bürger, wie im Postulat der Marktwirtschaft und des Neoliberalismus, die sich gleichfalls als Ergebnis solcher diskursiven Dynamiken zeigen. Habermas nennt hier den *Doppelcharakter der Rechtsnormen*, bestehend aus *Faktizität und Geltung*. Diese Ambiguität bezeichnet er auch als *internes Spannungsverhältnis* des Rechts, das auch mit dem Dualismus der *Legalität versus der Legitimität* beschrieben werden kann. Damit bringt er zum Ausdruck, dass Recht, um seine integrative Wirkung zu entfalten, allen voran *legitim*, ergo: anerkannt und inkorporiert sein muss. Das stellt sich in modernen Zeiten umso schwieriger dar, da allein das Vorhandensein einer Ordnung noch lange nicht dessen Legitimität herstellt und dessen Abweichung erklärt. Faktizität und Geltung driften also immer mehr auseinander. Die Lösung scheint nach Habermas hier die „*vollständige Positivierung des bis dahin sakral gestützten und mit konventioneller Sittlichkeit verflochtenen Rechts als plausibler Ausweg aus der Sackgasse [...]*“ (Habermas 1992: 56). Das heißt, dass dem modern positiven (ergo: ausgehandeltem und veränderbarem) Recht hier gewissermaßen die Kohärenz von Faktizität und Geltung gelingt, die zuvor im Spannungsfeld zueinanderstanden. Das gelingt vor allem durch die Artikulation und Deliberation dieses Spannungsfeldes und dadurch, dass es sowohl einschränkt als auch entgrenzt und so eine wichtige Scharnierfunktion ausfüllt. Hauke Brunkhorst wendet dagegen ein, dass ein Begriff wie ‚*Freiheit*‘ oder ‚*Gleichheit*‘ nicht losgelöst existiert oder erodiert, sondern im alltäglichen Leben der Akteure tief verankert ist. Daher zeigt die Praxis über Sprache wechselseitig selbst, welche Begriffe Auskunft über die gesellschaftliche Realität und ihre Kritik geben. Sprache, Alltag und Diskurse bewegen sich so nicht in einem völlig herrschaftsfreien Vakuum der Disposition, wie Habermas zuweilen suggeriert (Kreide 2016: 12, zit. Brunkhorst 2014: 577 ff.).

Gleichzeitig stärkt Habermas damit die nötige Selbstreflexion der Akteure. Eingegrenzt wird dennoch nach Habermas zunächst das kommunikative Handeln allein aufgrund der Faktizität des jeweils geltenden Rechts durch Sanktionen. Entschränkt wird das kommunikative Handeln wiederum aufgrund der Geltungsbedürftigkeit eben jenes positiven Rechts. Das heißt, dass das Recht und seine Faktizität auch verändert werden und einer kritischen Überprüfung unterzogen werden kann. Der Doppelcharakter des Rechts bewirkt so gleichzeitig die Folgebereitschaft durch faktischen Zwang und die Geltung durch Einsicht, da darüber die Selbstgesetzgebung erst notwendig wie möglich wird. Das heißt, das Recht auf subjektive Freiheit gilt nur vor dem Primat der gleichen subjektiven Rechte, Pflichten und Freiheiten für alle. Erst damit kommt der eigentliche Legitimationsanspruch zur Geltung. So können sich die Bürger gleichermaßen und partizipativ als Autor und Adressat des Rechts verstehen (Habermas 1992: 153).

Diese Ausführungen leiten über zu den demokratietheoretischen Aspekten von Habermas' Theorie, die er als ‚*System der Rechte*‘ bezeichnet, das er gewissermaßen dem System politischer Machtstrukturen gegenüberstellt - ohne freilich eine Dichotomie von Ideal und Wirklichkeit anzustreben (Habermas 1992: 155, 349). Zugleich muss damit die Interdependenz zur Ökonomie mit einbezogen werden, die sich nicht herauslösen lässt - ganz gleich, wie man argumentiert, ob nun neoliberal oder sozialistisch und sozialdemokratisch oder konservativ (usw.) motiviert und begründet. Auch wenn sich über den ‚*richtigen*‘ Demokratiebegriff und dessen theoretische Annahmen und Konsequenzen endlos streiten lässt, entwickelt Habermas hier eine Brücke von der antiken Idee zur modernen Gesellschaft. Dennoch liegen in der antiken römischen und athenischen Variante zwei unterschiedliche Freiheitsbegriffe begründet, wie Schäfer hier bemerkt, so dass eine schlichte Übertragung in die Gegenwart problematisch ist (Schäfer 2015: 33). Die Folge ist eine unterschiedliche Interpretation und Abgrenzung der Freiheit, Gleichheit und Partizipation als politische und soziale Größe. *Die empirischen Bezüge normativer Demokratietheorien* fügt Habermas mit drei Elementen der herrschenden Theorie zusammen:

- die private Autonomie der Bürger,
- die demokratische Staatsbürgerschaft in Form der gleichmäßigen Inklusion freier und gleicher Bürger in die politische Gemeinschaft,
- eine unabhängige politische Öffentlichkeit, die als Sphäre freier Meinungs- und Willensbildung Staat und Zivilgesellschaft vereinigt.

Die funktionale Trennung von Staat und Wirtschaft dagegen erklärt, warum moderne und demokratische Gesellschaften auf die Vermittlung des öffentlichen Raumes angewiesen sind, in dem spontane Meinungsäußerungen der Bürger zugelassen sind und ihre jeweilige Resonanz finden (Habermas 2008: 140). Habermas beschränkt sich auf diese drei Prinzipien und argumentiert dennoch recht liberal, wenn er sagt, das entsprechende Verfassungsdesign Sorge für die ausreichende politische Teilhabe von möglichst vielen interessierten Bürgern durch:

- gleiche Assoziations-, Teilnahme- und Kommunikationsrechte für alle,
- periodische Wahlen und ggf. Referenden aufgrund eines inklusiven und egalitären Wahlrechts,
- den Wettbewerb zwischen Parteien, Plattformen und Programmen und
- das Mehrheitsprinzip repräsentativ zusammengesetzter Körperschaften.

Empirisch kann diese Behauptung als widerlegt angesehen werden (Brunkhorst 2016b; Schäfer 2015; Merkel 2016). Diese Kernelemente der Demokratie – gleiche Freiheitsrechte, demokratische Partizipation, Regierung durch öffentliche Meinung – sind zwar längst zu einem einzigen, liberalen Design verschmolzen, haben aber unterschiedliche ideengeschichtliche Traditionen, die kaum noch einzeln berücksichtigt werden. Regina Kreide betont hier, dass die politische Theoriegeschichte der letzten 30 Jahre maßgeblich durch verschiedene Spielarten liberaler Theorien geprägt und noch immer tonangebend sei (Kreide 2016: 5). Als einen der wichtigsten Traditionszusammenhänge der modernen westlichen Demokratien bezeichnen Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard den Liberalismus (Doering-Manteuffel und Leonhard 2015b: 15), auf den der Sozialismus nur zurückgreift (Honneth 2015). Die Unterschiede der Theorien und ihres Demokratieverständnisses verwischen dennoch zusehends. Diese liegen in der liberalen, republikanischen und deliberativen Überlieferung und deren unterschiedlichen Spielarten zu- und gegeneinander. Diese Begriffe und Ideen bilden ganze fragmentierte Familien, die sich kaum nur mit je einem Stichwort oder wenigen Sätzen abbilden lassen.

Historisch wie geografisch respektive nationalstaatlich hatten sie völlig unterschiedliche Voraussetzungen. Was bspw. nach US-amerikanischem Duktus als liberal gilt, trägt in europäischer Perspektive eher sozialdemokratische Züge, so Habermas gegen Rawls gewandt (Habermas 1992: 80); obgleich eine scholastische Abgrenzung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus schon außerordentlich schwerfällt. Die strenge und idealtypische Dichotomie von rechts und links lässt sich schon im Liberalismus nicht durchhalten. Dennoch muss insbesondere der soziale Liberalismus umfänglicher betrachtet werden, als ihn einzig auf die Stereotype persönlicher oder ökonomischer Freiheiten, Entscheidungen und bürgerlicher Zufriedenheit zu reduzieren. Freedon (Freedon 2015) schlägt hier vor, die Entwicklung des Liberalismus in verschiedenen Stufen zu betrachten, die nicht notwendig aufeinander aufbauen, bezogen sind oder chronologisch verlaufen müssen. Zudem haben sich in den Ländern Europas und Amerikas jeweils unterschiedliche Traditionen, Trägerschichten und Schwerpunkte des (sozialen) Liberalismus herausgebildet. Problematisch waren aber letztlich die Spannungen zwischen liberalem Partikularismus und Universalismus, die wie alle anderen politischen Theorien stets einen Mangel an konkreten Lösungen gegenüber den sozioökonomischen und politischen Problemlagen aufweisen.

Soziale Gerechtigkeit als konsensuales Ergebnis stellt sich im liberalen Modell dadurch ein, dass alle Bürger um die politische Waffen- und Chancengleichheit und die persönlichen Möglichkeiten wissen und diesen zustimmen; bzw. sie das System der Rechte und Freiheiten nachvollziehen und verändern können, selbst wenn es sie persönlich benachteiligt und sie den nötigen Kompromiss eingehen und ihn dadurch reproduzieren (Habermas 1992: 358 ff.). Im Ergebnis gilt der Liberalismus so aber im Wesentlichen als normativ, ahistorisch und undemokratisch, da er kaum über geeignete Analyseinstrumente verfügt, gesellschaftliche Veränderungen und Abweichungen zu erfassen und zu erklären. Er setzt die Zustände einzig voraus, wie die Welt und ihre Theorie samt rechtlicher Verfassung beschaffen sein sollen (Nonhoff 2016; Kreide 2016). Folglich kann (auch) der Liberalismus die Probleme seiner jeweiligen Zeit nicht erklären, sondern verweist stets nur auf sich selbst,

die Verfassung, das Recht und die öffentliche Vernunft durch Konsens (Nonhoff 2016: 22). Die liberale Tradition, wie sie vornehmlich in den USA, England und Europa dominiert (hauptsächlich nach John Locke und Thomas Hobbes), ist daher nahezu ausschließlich auf die rechtsstaatliche und daraus resultierende staatsbürgerliche Institutionalisierung der Menschenrechte (*Leben, Sicherheit, Eigentum, Meinungsfreiheit*) und die negativen Freiheitsrechte ausgerichtet - ergo der Abwesenheit von äußerem Zwang und dergleichen - die landläufig als ‚*Freiheiten der Moderne*‘ bezeichnet werden. Staatlich organisierte Abweichungen in Form von Steuern, Macht und Herrschaft, Ordnungspolitik oder Schule und Bildung, Infrastruktur, Verteidigung und Sicherheit (usw.) sind im Liberalismus bis heute begründungspflichtig.

Im Vordergrund steht damit die rechtsstaatliche Domestizierung der öffentlichen Gewalt (und damit deren widersprüchliche Anerkennung und Etablierung), während der eigentliche demokratische Prozess dennoch eher bescheiden bleibt (Schäfer 2015: 31). Das heißt, dass die Bürger nach liberaler Ansicht die Möglichkeit haben, ihre privaten Interessen als Kompromiss dergestalt zur Geltung zu bringen, dass sie sich letzten Endes über ihre Stimmabgabe und die Zusammensetzung der Parlamente zu einem einflussreichen Faktor aggregieren können (Habermas 2008: 141 f.). Die Ökonomie gilt hier als Privatangelegenheit. Zentral ist so für den Liberalismus die Frage, ob und wie überhaupt zwangsbewehrte Herrschaft, die immer die persönliche Freiheit und die der Anderen einschränkt, legitimiert werden kann. Dass ‚*Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist*‘, proklamierte gleichsam Rosa Luxemburg in ihrer Schrift *Die Russische Revolution* (1918) und brachte zum Ausdruck, dass Freiheit und sozialistische Demokratie notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche revolutionäre Entwicklung sind. So unterschiedlich sind die Perspektiven auf den gemeinsamen Gegenstand jedoch nicht, wenngleich die Rezeptionsgeschichte jenes Luxemburg-Zitats bedenklich ist.

Denn grundsätzlich gehen Liberale, Konservative, Republikaner und Sozialisten oder Kommunisten von einem (wenn auch normativen) kognitiven Lernprozess aus, aus dem heraus die Bevölkerung die politische Initiative ergreift. Ob und wie sich diese zu einflussreichen Mehrheiten organisieren können oder wollen, kann als Aporie gelten, da Minderheiten, die zu Mehrheiten werden, stets neue Minderheiten erzeugen und ausgrenzen. In welcher Gesellschaftsform sie alle gemeinsam leben (wollen), ist ebenso offen und führt zu einem nie endenden Konflikt. Milton Friedman fragte daher, wie man verhindern könne, dass die Regierung ein Monster wie Frankenstein wird, das schließlich die Freiheit vernichtet, zu deren Schutz wir doch die Regierung überhaupt erst eingesetzt haben (Friedman 1984). Negative Freiheit als Grundlage dessen verlangt zwar vorrangig den Schutz individueller Rechte; für Berlin ergibt sich daraus aber kein notwendiger Zusammenhang zwischen ihr und der Demokratie oder politischer Beteiligung. Denn auch ein autoritäres Regime und die Monarchie kann individuelle Rechte sichern, wohingegen die Demokratie jene Rechte mittelbar oder unmittelbar einschränkt (Schäfer 2015: 31, zit. Hayek 1971 und Berlin 2006). Es sei eine Täuschung von Liberalen und Demokraten zu glauben, dass Diktaturen nur unter dem Schutz der Bajonette überleben könnten, so Habermas (Habermas 1992: 352 f.).

Wieviel soziale und wirtschaftliche Gleichheit eine Demokratie benötigt, damit politische und dadurch soziale Gleichheit überhaupt möglich wird, hängt so nicht zuletzt vom zugrunde gelegten Freiheitsbegriff negativer und positiver Freiheiten<sup>88</sup> selbst ab (Schäfer 2015: 30). Denn nicht allein

---

<sup>88</sup> Die *negative Freiheit* beinhaltet nach Isaiah Berlin, „*dass ich von anderen nicht behelligt oder gestört werde. Je größer der Bereich der Ungestörtheit, desto größer ist meine Freiheit*“, so Berlin. Während aber Hobbes die Freiheit durch die Abwesenheit aller äußeren Hindernisse charakterisiert und damit die Unterwerfung unter einen absoluten Herrscher rechtfertigt, sieht Locke die Regierung in der Verpflichtung, die Rechte der Bürger zu schützen. Dazu zählen nach Locke die Eigentumsrechte hinsichtlich Leben, Freiheit und Besitz. Negative Freiheit bedeutet dann auch, sich weder für Politik zu interessieren noch zu engagieren. *Positive Freiheit* dagegen ist nach Berlin auf das Engagement angewiesen, seine Regierung wählen zu können. Ihr wohnt aber auch die Gefahr inne, anderen normativ einen

die rechtliche Gleichheit und gleicher Zugang zu gleichen Rechten und Verfahren aller Bürger im Liberalismus, sondern die annähernd gleiche, tatsächliche Ausübung dieser Rechte gewährleistet erst individuelle Freiheit. Denn offenkundig zeigte sich, dass der ursprüngliche Liberalismus diejenigen begünstigt, die aufgrund ihrer sozioökonomisch exponierten Position die individuellen und politischen Freiheiten überhaupt nutzen konnten.

Spätestens nach Ende des Kalten Krieges schien alles auf eine liberale ‚Eine-Welt-Ordnung‘ (Kreide 2016: 6) von Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Liberalismus hinzudeuten. Liberale Theorie, Politik und Gesellschaft befanden sich nahezu in einer Symbiose, die dennoch schnell wieder erodierte. Gleichzeitig lässt sich schwerlich von nur einer einzigen Form des Liberalismus sprechen, da er sich rückblickend einer Vielzahl an Reformulierungen, Varianten sowie zahlreichen Pfadabhängigkeiten gegenüber sieht (Doering-Manteuffel und Leonhard 2015a): *„Nichts dürfte der Sache des Liberalismus so sehr geschadet haben wie das starre Festhalten einiger seiner Anhänger an gewissen groben Faustregeln, vor allem an dem Prinzip des Laissez-faire“*, so etwa Hayek in seiner bekannten Ablehnung des Keynesianismus (Ptak 2007: 27, zit. Hayek 1971: 37). Milton Friedman zitierte später Joseph Schumpeter mit den Worten, dass die Feinde des Systems des privaten Unternehmertums es bedauerlicherweise für weise gehalten haben, seinen Namen anzunehmen. Während eine intellektuelle Bewegung des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts einzig die persönliche Freiheit betonte, wurde im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert der Liberalismus mit einer ganz anderen Betonung verwendet. Fortan galt die Bereitschaft, so Milton Friedman, *sich bei der Erreichung von allgemein anerkannten Wünschen in erster Linie auf den Staat zu verlassen und nicht mehr auf private und freiwillige Vereinbarungen. Die Stichworte hießen jetzt ‚Sozialstaat‘ und ‚Gleichheit‘ und nicht mehr ‚Freiheit‘*. Damit hat sich aber gleichzeitig die Perspektive umgekehrt. Während der Liberale des 19. Jahrhunderts in der Ausweitung der Freiheit den effektivsten Weg sah, Gleichheit und einen sozialen Staat zu erreichen, betrachteten die Liberalen des 20. Jahrhunderts den Wohlfahrtsstaat und die Gleichheit als Voraussetzung oder als Alternative zur Freiheit. Des Weiteren wurde dieser Wandel in wirtschaftspolitischer Weise sichtbar: Der Liberale des 19. Jahrhunderts setzte sich für politische Dezentralisation ein, wohingegen der Liberale des 20. Jahrhunderts die zentrale Staatsmacht favorisierte (Friedman 1984: 9 f.).

In England etwa ist der Liberalismus seit der Revolution von 1688 als politische Strömung etabliert. Mit der *Bill of Rights* wurde 1689 das Verhältnis zwischen Parlament und Monarchie geregelt, das dem Parlament ein starkes Widerstandsrecht gegenüber dem König einräumt.<sup>89</sup> Demokratische Rechte standen dort allerdings weniger im Vordergrund als das starke Parlament. Der frühe Liberalismus des John Locke im 17. Jahrhundert war so noch von der Vorstellung geprägt, der Mensch befinde sich von Natur aus im Zustand idealer Handlungsfreiheit und sei nicht vom Wollen anderer abhängig. John Stuart Mill schrieb etwa zwei Jahrhunderte später, im Falle einer Begrenzung der Freiheit liege die Beweislast bei denen, die sie einschränken wollen und nicht bei denen, deren Freiheit eingeschränkt werde.

---

bestimmten Lebensstil diktieren zu wollen. Daher sind beide Freiheitsformen nur miteinander im Kontext zu sehen und nicht losgelöst voneinander zu betrachten. Berlin verteidigt daher den Begriff *negativer* Freiheiten, wenngleich er den Wert *aktiver* Freiheiten als Mittel andere Ziele zu erreichen, anerkennt und als elementares Bedürfnis bezeichnet (Schäfer 2015: 31 f.).

<sup>89</sup> Aus dieser Zeit und der *Bill of Rights* geht die Unverletzlichkeit der Wohnung (heute etwa: Art. 13 GG) hervor, die erst viel später unter der populär verklärten Maxime ‚*My Home is my Castle*‘ bekannt und uminterpretiert wurde. Verschiedene Quellen sprechen hier von dem englischen Juristen Edward Coke (1552 – 1634) als Urheber, der schrieb, dass es einem Hausherrn gestattet sein müsse, seinen Besitz gegen Angreifer mit Waffengewalt zu verteidigen: *A man's home is his castle. In der Bill of Rights etwa: „The right of the people to be secure in their ... houses ... against unreasonable searches and seizures shall not be violated.“*

In Frankreich zeigte sich der Liberalismus infolge der Revolutionen von 1789 und 1848 hauptsächlich als ökonomische und politisch rechte Variante; während sich der Liberalismus in Deutschland hauptsächlich von der bürgerlichen Seite einer urbanen Mittelschicht zeigte, die „*its wallets on the right and its heart, or more specifically, its civic conscience on the left*“ trage (Freeden 2015: 65).

In Deutschland etablierten sich liberale Ideen daher erst 100 Jahre später infolge der Französischen Revolution von 1789 und des anschließenden Jakobinischen Terrors. Als Reaktion erkannten deutsche Liberale, dass individuelle Freiheiten wie Bürger- und Menschenrechte wirksamer gegen radikale Herrschaft abgesichert, ergo reguliert und kodifiziert werden müssen. Das liberale Bürgertum in Deutschland wandte sich so zwar gegen den bevormundenden Polizeistaat und die feudale Gesellschaft - erzeugte aber zugleich die ersten Widersprüche. Das liberale Bürgertum stritt außerdem für die nationale Einheit und eine freiheitliche Gesamtverfassung anstelle des Partikularismus. Die Liberalen bewegten sich dort 1848, ähnlich wie die Sozialisten, zwischen Reform und Revolution, zwischen Begeisterung für die Revolution und Ablehnung seiner Deformierung. Insbesondere dem Land Preußen gelang aber von innen heraus sowohl die rechtliche Emanzipation seiner Bürger und die Suspendierung des Adels; zugleich erwies es sich als reformfähiger Obrigkeitsstaat mit starrer Bürokratie. Dagegen standen die zahllosen Partikularinteressen der Handwerker, Bauern, Arbeiter und Landarbeiter. Diese forderten in einer Vielzahl lokal unterschiedlicher Protestaktionen eine Lösung ihrer individuellen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Die landwirtschaftlichen Milieus kämpften so insbesondere für Agrarreformen. Wurden ihre Forderungen erfüllt, erlosch zumeist ihr Interesse an weiterem revolutionärem Protest. Gemeinhin gilt solches Vorgehen als Revolution von oben, die den Graswurzelbewegungen der Bevölkerung zuvorkommen sollte. Der Parlamentarismus spielte in Deutschland so nicht die entscheidende Rolle wie bspw. in England. Der Schwerpunkt lag in Deutschland eher auf dem Rechts- und Verfassungsstaat, in dem Normen und nicht Menschen herrschen (Hellfeld 2015: 123 ff.); wenngleich diese Formulierung recht universal gilt und kaum für Deutschland isoliert beansprucht werden kann. Thomas Mann äußerte nach dem Zweiten Weltkrieg, dass der bürgerlich-liberalen Emanzipation des 19. Jahrhunderts nunmehr eine soziale Emanzipation jenseits des Totalitarismus folgen müsse; die ‚*bürgerliche Revolution*‘ müsse sich vielmehr ins Ökonomische fortentwickeln, die liberale Demokratie müsse nun sozialer werden (Doering-Manteuffel und Leonhard 2015b: 13).

#### 4.1 Wunderland Dänemark?

Dänemark, das mit seiner historischen Ausrichtung auf den Seehandel die industrielle Revolution und den Marxismus quasi übersprungen hat, gilt als tatsächliche Dienstleistungsgesellschaft. Im direkten Ländervergleich fällt die äußerst geringe Bedeutung der Industrialisierung und seiner institutionellen und kollektiven wie marxistisch geprägten Arrangements auf. Das zeigt sich historisch nicht zuletzt in der differentiellen Struktur der Betriebe und Gewerkschaften. Nicht starke und solitäre Industriegewerkschaften, wie etwa in Deutschland, dominieren hier das Bild, sondern eine breite Varianz an Interessenvertretungen in nahezu allen Beschäftigungsbereichen samt den tertiären Bereichen – wenn auch dieser Organisationsgrad insgesamt rückläufig ist. Da die dänischen Gewerkschaften die freiwillige und oft privat oder betrieblich ergänzte Arbeitslosen-, Unfall- und Sozialversicherung organisieren, die in Deutschland als gesetzliche Pflichtversicherung besteht, fiel der Organisationsgrad dort lange mit ca. 80 – 90 % der Beschäftigten umso höher aus. In Deutschland variieren diese Werte je nachdem, welcher Parameter angesetzt wird; jedoch ist der Grad an gewerkschaftlicher Organisation an allen abhängig Beschäftigten hier insgesamt sehr gering und liegt bei ca. 20 bis 30 %. Je höher die Beschäftigtenzahl eines Großunternehmens in Deutschland liegt, desto eher sind diese Mitglieder einer Gewerkschaft. In Dänemark sind diese Strukturen anders auf alle Berufsgruppen verteilt. Dänische Gewerkschaften sind zudem aktiv und institutionell in die Governance-Strukturen mit eingebunden, was ihre hohe Mitgliederzahl noch einmal erklärt. Leistungen erhalten hier anders als in Deutschland nur Mitglieder der jeweiligen Gewerkschaft. Das bedingt eine hohe Regelungsweite und -dichte der Tarifverträge, die dennoch sukzessiv abnimmt.

Erling Frederiksen betont, dass auch in Dänemark der Organisationsgrad aufgrund politischer Konflikte und der zunehmenden Bedeutung der privaten und freiwilligen Versicherungen rückläufig ist. Das ursprünglich linke und sozialdemokratische Milieu hat sich spätestens seit den 1970er-Jahren schrittweise von den Gewerkschaften distanziert und vice versa; während die Gewerkschaften und die Partei der Sozialdemokraten immer mehr staatstragend wurden und sich die Kluft zusehends erhöht hat (Frederiksen 2004). Je nach spezifischer Gewerkschaft und Branche nähern sich die Werte gegenwärtig dem Durchschnitt deutscher Verteilung an. Junge Menschen, die eine Ausbildung oder ihren Job in der Privatwirtschaft beginnen, treten nicht mehr automatisch in die zuständige Gewerkschaft ein; dennoch konnte der öffentliche Dienst bisher auf deutlich steigende Mitgliederzahlen zurückblicken (Birke 2008).

Viele der Initiativen universalistischer sozialer Leistungen kamen so allerdings von den bürgerlichen Parteien, während Sozialdemokraten und Gewerkschaften bereits 1976 aufgrund ihrer Vormachtstellung gegen eine entsprechend motivierte universalistische Sozialreform votierten. Vormalig waren jene Leistungen ausschließlich Sozialdemokraten und ihrer Selbstorganisation der Arbeiterbewegung (ähnlich wie in Deutschland im 19. Jahrhundert) vorenthalten. Das führte zum völligen Ausschluss vieler Menschen und Milieus, die ihnen eben nicht nahestanden und zu hoher sozialer Exklusion und Spaltung. Bis Anfang der 1960er-Jahre war der Empfang von Fürsorgeleistungen zudem mit dem Verlust bürgerlicher Rechte wie dem Wahlrecht verbunden. Fortan entstanden ab Ende der 1970er und in den 1980er-Jahren zwar immer neue, aber nicht minder repressive bürgerliche Sozialstaatsarrangements, um die vormalig repressive Dominanz der in sich abgeschlossenen Sozialdemokratie zu brechen, die sich bis heute fortsetzen. Der eigentliche Reformprozess bestand so aus einer Vielzahl einzelner Schritte und erstreckte sich über Jahrzehnte. Die Sozialstaatsleistungen wurden fortan verstaatlicht, was als Vollzug und Erweiterung des universalistischen Sozialstaatsprinzips verstanden wurde. Anders formuliert muss man konstatieren, dass dieses universalistische Prinzip bis heute keineswegs so stark in die politisch linken Parteien Dänemark eingezogen ist, wie klischeehaft oft unterstellt wird. Vielmehr herrscht das breit akzeptierte paternalistische Paradigma der Rechte und Pflichten und entsprechender teils scharfer Sanktionen.

Hier muss aber auch die im Vergleich zu Deutschland sehr geringe Zahl an Unternehmen und Arbeitsplätzen und ihrer Verteilung gesehen werden, die sich institutionellen Regeln naturgemäß entziehen: „*Most workplaces are small: Denmark has a nearly 289,000 permanent workplaces.*“<sup>90</sup> (...) Dem standen 2014 gegenüber:

„[...] *299,800 active enterprises in Denmark. The most enterprises are in Trade and transport (22 per cent) and Business services (17 per cent), while 10 per cent of the enterprises have their main activity in agriculture, forestry and fishery. 7 per cent have their main activity in manufacturing, mining and quarrying, and utility services.*“<sup>91</sup> [...] *Almost half of the workplaces are situated in Jutland, while about 30 per cent are found in the metropolitan area. A little less than 3.05 million jobs are being performed at these workplaces“*, [...] *„On average, there are about ten jobs per workplace, but the size of the workplaces varies much. A great*

<sup>90</sup> Zum Vergleich: Allein bei der Volkswagen AG waren im Jahr 2013 weltweit 572.800 Personen beschäftigt. Im DB-Konzern arbeiten weltweit über 300.000 Menschen und allein in Deutschland über 195.000 Mitarbeiter. In ganz Dänemark gibt es nicht mal annähernd so viele Arbeitsplätze wie Beschäftigte innerhalb eines einzigen deutschen Großkonzerns. Entsprechende Angaben in Deutschland weisen schnell Anteile in Millionenhöhe auf. So zählt man in Deutschland rund 4 Mio. Unternehmen und ca. 40 Mio. Beschäftigte.

<sup>91</sup> Das Statistikamt (Bisgaard 2017) zu dieser Unterscheidung: *„The Danish business structure can be described by two business levels: Enterprises and workplaces. The enterprise is the general level, which is legally and financially responsible for the operation of the enterprise. A workplace is an organizationally delimited part of an enterprise with a given address, which produces mainly one type of goods or services. Thus, workplaces are the sites where the physical production of the goods or services takes place.“*

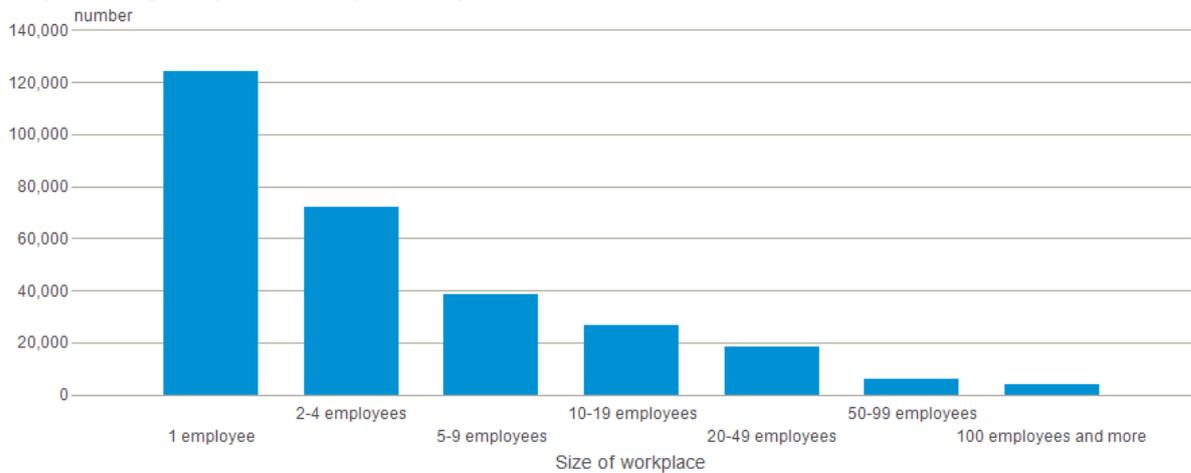
*majority of the workplaces are small. Two thirds of the workplaces have less than five jobs, and slightly less than 10,000 in Denmark have 50 or more jobs. The large workplaces are concentrated around the major cities. Workplaces are very small especially in agriculture and fishery as almost 90 per cent of the workplaces in these industries have lesser than five jobs. Most workplaces comprise only one job, and the person working at such workplaces is usually the owner himself. The largest workplaces are found in manufacturing and in services. As regards services, large workplaces are particularly common in public service activities.” (Bisgaard 2017)*

Dabei liegt der statistische Anteil von ca. 75 % der Beschäftigten im tertiären Sektor in Deutschland und Dänemark nahezu gleichauf, wenn auch die Verteilung anders gestaltet ist.

**Abbildung 9: Verteilung der Beschäftigten in Dänemark 2015**

**Workplaces**

Industry (DB07 10-grouping): **TOT Industry, total** | Region: **All Denmark** | Time: **2015**

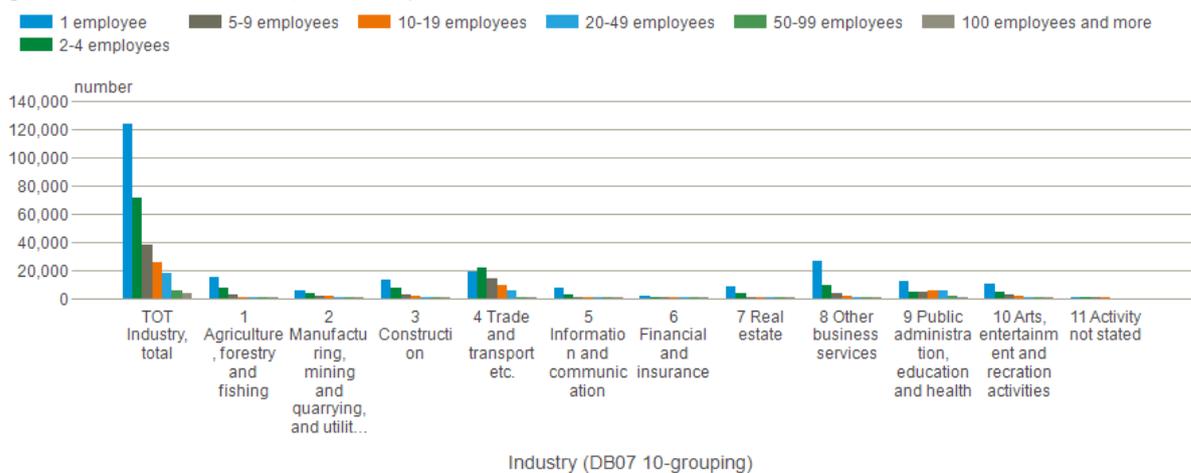


Source: Statistics Denmark

**Abbildung 10: Dänische Arbeitsplätze nach Branchen und Beschäftigten**

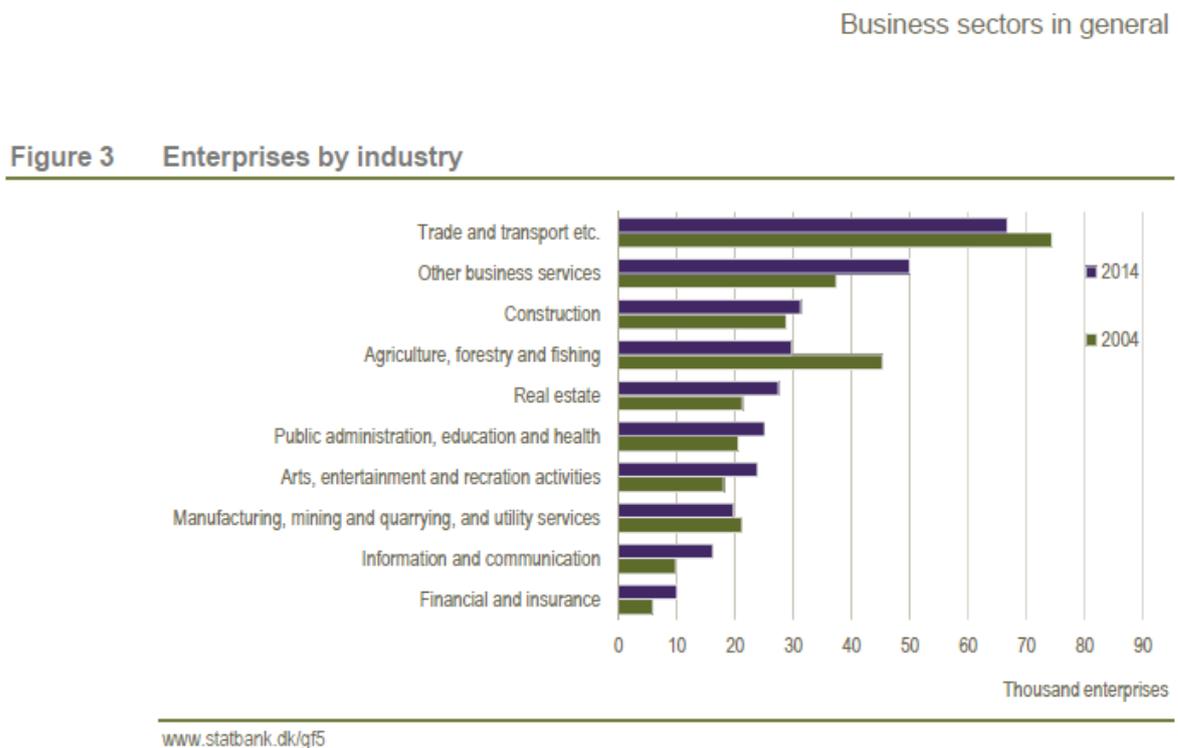
**Workplaces**

Region: **All Denmark** | Time: **2015** | Size of workplace:



Source: Statistics Denmark

Abbildung 11: Business sectors in general (Denmark)



Source: Statistics Denmark (Bisgaard 2017)

Dazu kommt, dass:

*“The Danish business structure is characterized by many small enterprises with less than 10 full-time employees (93 per cent). Nevertheless, more than 1.3 million fulltime employees – or 62 per cent of all full-time employees – work in the largest enterprises with 100 or more full-time employees. The section with the largest concentration is financial and insurance where 80 per cent are employed in the largest enterprises, while this group accounts for only 6 per cent of the full-time employees in agriculture, forestry and fishing.”* (Bisgaard 2017)

Zum Teil widerspricht das Land den üblichen Zuschreibungen politischer Ideologien von ‚Mehr Markt, weniger Staat‘. Der US-Linke und demokratische Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders attestierte dem Land sogar einen Staatssozialismus anhand hoher sozialer Homogenität und traditionell linker Erfolge. Die Folge waren international enormer Spott und Widerspruch, nicht nur in Dänemark – und ein Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft und dem Freihandel (Brøns-Petersen 2015). Tatsächlich aber ist dem Land offenbar eine erfolgreiche, neo-sozialdemokratische Politik mit dem Markt statt gegen ihn (‚politics against markets‘; ‚politics within markets‘) gelungen, ohne dass sich vordergründig die bekannten oder prognostizierten Probleme zeigten (Decker 2003; Frenzel 2002).

Dänemark könnte aufgrund seiner ausgeprägten Konsensstruktur, die Konflikte auf der untersten deliberativen Ebene auszutragen, und seiner kleinteiligen Ökonomie der Tertiärisierung fast als neo-feudalistisch bezeichnet werden. Kompromisse wurden hier zwar historisch erkämpft und der Monarchie abgerungen, dennoch zeigt sich weiterhin eine paternalistische Grundstruktur nach der entsprechende Freiheiten auch gewährt werden müssen, die sich in Deutschland eher in hoher Abhängigkeit von staatlich bürokratischer Regulierung zeigt, die in Dänemark freilich ähnlich verläuft, aber anders organisiert wird.

Für Dänemark muss dennoch festgehalten werden, dass eine schlichte Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit hier problematisch ist, da die Gegenüberstellung solch verschiedener Daten, Länder und Merkmale allein aufgrund der Größe, des Systems und Allokationsleistung des Arbeitsmarktes, der Ökonomie und ihres Bildungssystems wenig aussagekräftig ist. Dennoch fällt im OECD-Vergleich auf, dass die Zahl der befristeten Jobs insgesamt (*temporary employment, including apprentices and trainees, 16-29 years-old, 2013, OECD Employment Database*) in Deutschland mit 52,9 % (für alle Tätigkeiten) mehr als doppelt so hoch liegt als in Dänemark mit 20,9 %. Dennoch liegt der Anteil der *young people neither in employment, education nor training (15-29, 2013)* in beiden Ländern nahezu gleichauf und in Dänemark sogar wenige Prozentpunkte höher als in Deutschland. Das WSI wies 2009 darauf hin, dass atypische Beschäftigung in Dänemark eher unüblicher oder gar untypisch ist. Zwar habe der Anteil von Teilzeitkräften in der letzten Zeit etwas zugenommen. Im Gegensatz zu einer Reihe anderer europäischer Ländern ist der dänische Arbeitsmarkt „*aber weiterhin von einem dominierenden Kern in regulärer Vollzeit tätiger Arbeitnehmer mit unbefristeten Arbeitsverträgen und einer viel kleineren und relativ stabilen Randgruppe von atypischen Beschäftigungsverhältnissen gekennzeichnet*“ (Bredgaard et al. 2009: 36). Dennoch fällt im bilateralen Vergleich die hohe Flexibilität der absolut kleinen Ökonomie Dänemarks auf, die sich gegenüber der bisherigen These der positiven Skaleneffekte und der Stabilität Deutschlands allein aufgrund der Größe seiner Volkswirtschaft umgekehrt hat. Der Bereich der Dienstleistungen ist in Deutschland jedoch tendenziell eher von Prekarität gekennzeichnet, in Dänemark dagegen weniger (Bredgaard et al. 2009).

Im Ergebnis liegen hier noch viele offene Fragen, die sich von rein ideologischen Thesen längst emanzipiert haben. So müsste geklärt und dezidiert verglichen werden, welche spezifischen Bereiche der Dienstleistungen in Deutschland und Dänemark besonderer Prekarität ausgesetzt sind und aus welchem Grund. Denn zweifellos zeigen sich die bekannten zivilisatorischen Konflikte moderner Gesellschaften dort ähnlich, etwa in Form zunehmender Ungleichheit und der Haushaltskonsolidierungen zulasten des Wohlfahrtsstaates und der Beschäftigung (Ritzau 2017; Frederiksen 2004). Ein Rückblick in die politische Geschichte des Landes verdeutlicht das.

Im agrarisch geprägten Dänemark tauchten Begriff und politische Konzepte des Liberalismus erst relativ spät in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts infolge der Krise der absolutistischen Monarchie auf.<sup>92</sup> Vorher wurde der Begriff ‚liberal‘ dort als neutrales Adjektiv benutzt und bezeichnete im Dänischen: „*open-minded, generous and noble. The connotations could vary from one context to another, but being ‘liberal’ always referred to moral qualities, something that related to the character of an educated and (therefore) open-minded person.*“ (Nevers und Olsen 2015: 241) 1827 galt der Begriff lexikalisch in Dänemark jedoch ebenso als Substantiv und bezeichnete ‚*a friend of a free form of government*‘. 1837 wurde der Liberalismus dort definiert als ‚*free-mindedness*‘, ‚*love of free constitutions*‘ und als ‚*a strive for a free form of government, for free development of mankind’s spiritual abilities and for free execution of inborn rights; free-mindedness (opposite of Servilismus).*“ (ebd.) Inspiriert wurden dänische Liberale hauptsächlich von den politischen Entwicklungen in Deutschland und Frankreich. 1848/49 folgte dort daraus der Übergang von der absolutistischen zur konstitutionellen Monarchie, die das Land und seine Verfassung jenes Jahres bis heute prägt. Jene frühen und bürgerlichen Liberalen wurden landläufig als Nationalliberale bezeichnet, ohne dass sich diese Bezeichnung näher etablierte. Vielmehr war es ein zentrales Anliegen der politisch aktiven Bevölkerung in den meisten Zentren der Revolution 1848/49, in Europa Nationalstaaten erst zu schaffen, die um Fragen der Demokratisierung der politischen Herrschaftssysteme und Neuordnung der Sozialverfassungen ergänzt wurden. Die Liberalen - bzw. die sich als solche verstanden - galten als urbane Akademiker. Eine liberale Partei im Wortsinne gab es in Dänemark nie, wenn auch die Venstre als älteste Partei Dänemarks heute als solche gilt, die sich 1870 als Vertretung der Bauern und Landbevölkerung gründete, die dennoch auf der Seite der demokratischen Linken der 1840er-Jahre aktiv blieb. Die Liberalen, wie auch der Bischof Ditlev Gothard Monrad als ihr führender Vertreter und Vater des Grundgesetzes (*grundlov*) von 1849, verachteten die Idee einer Parteigründung sogar ausdrücklich.

Politische Parteien entstanden in Dänemark, ähnlich wie in Deutschland, erst ab 1849 und formierten sich ab 1870 als parlamentarische Organe. „*In 1849, people were not expected to express their views through parties but via individuals who were elected solely on the basis of their personal qualities and points of view.*“ (Folketinget 2012) Dennoch hielt die Euphorie für den Liberalismus dort zunächst kaum bis 1900, da der Liberalismus zum einen in ganz Europa früh diskreditiert wurde, was sich in Dänemark nach dem Deutsch-Dänischen Krieg 1864 noch stärker zeigte. Zum anderen hatte der Liberalismus auch dort keine adäquate Antwort auf die soziale Frage. Sozialisten und christliche Konservative griffen diese Kritik 1878 dort in der üblichen Art und Weise auf, dass der Liberalismus keine Gesellschaft kenne, sehr stark individualisiere und die Wurzel des Bösen sei (etc.).<sup>93</sup> Monrad antwortete daraufhin im selben Jahr,

„*[t]he essence of liberalism [...] was precisely that the state should provide for the common good and only for the common good, and never take side for one or another: ‘This is the reason why the state so often keeps back and lets the forces in the civil society fight for themselves. The fear is that interference will do more harm than good.’*“ (Nevers und Olsen 2015: 242, zit. Monrad 1878)

<sup>92</sup> Nevers und Olsen sprechen hier von einem Aufsatz in dem Journal *Tritogenia*, der aus dem Schwedischen übersetzt 1829 auf Dänisch erschien, (which) *explained the concept as an application of Enlightenment principles, in particular the principle of reason, to the sphere of politics to reinforce the contemporary reaction against reactionary attempts to return to the ancient regime.* (Om Liberalismen, in: *Tritogenia: Et Månedsskrift, udgivet som Fortsættelse af Minerva*, vol. 3 (1829), pp. 123-137)

<sup>93</sup> So die Kritik des Bischofs von Kopenhagen, Hans Lassen Martensen, der 1878 *Den Christelige Ethik: Den specielle Deel*, vol. 1-2, *København*, veröffentlichte. Seiner Auffassung nach vernachlässigte der Liberalismus die Bedeutung von Gesellschaft und des Gemeinwohls, der einzig den freien Wettbewerb und den Kampf aller gegen alle fördere. Martensen entwickelte Sympathien für den Sozialismus und sprach, wie andere Zeitgenossen, vom *christlichen Sozialismus*.

Damit bewegt sich diese Terminologie zwar durchaus im semi-intellektuellen und politischen Mainstream der Debatten um den Liberalismus; im dänischen Kontext war sie dennoch ein markanter Wendepunkt. Denn eine Ideologie des Laissez-faire und *Survival of the Fittest* war damit in Dänemark kaum verbunden. Das Hauptziel der Liberalen Dänemarks war die Überwindung des *ancien regime*, was denen in den 1840/50er-Jahren auch zunehmend gelang. 1857 resultierte daraus ein Gesetz *on free enterprise [...] but they never defined the free market as the essence of 'liberalism'; the ,ism' was rarely used in the heated debate on free competition* (Nevers und Olsen 2015: 243). Eher stand die Unabhängigkeit im Fokus. Die Spaltungen und Differenzen des dänischen Liberalismus begannen nicht zuletzt mit der Ökonomisierung und Industrialisierung, die in Dänemark allerdings nie den Umfang erreichten wie in Deutschland, England oder den USA. Hinzu kam, dass viele dänische Liberale im 19. Jahrhundert aufgrund der Demokratiefrage zur politischen Rechten (*Højre*)<sup>94</sup> wechselten.

In der dänischen Geschichte ist diese Epoche bekannt als *the age of the constitutional battle*, einer parlamentarischen Auseinandersetzung über die Beziehung zwischen der Regierung und den demokratischen Kräften im Parlament. Während die *Højre* argumentierte, dass die Regierung nach der Verfassung einzig durch den König ernannt werden müsse, argumentierte die zunehmende linke Seite (*Venstre*), dass der König nicht dazu ermächtigt werden dürfe, eine Regierung gegen die Mehrheit der unteren Kammer durchzusetzen. Nach drei Jahrzehnten (1901) gab die Rechte schließlich nach und akzeptierte eine Regierung unter der Mehrheit der unteren Kammer des Landstings.<sup>95</sup> Dieses Spannungsverhältnis der Minderheitsregierungen und Parteien existiert bis heute. Seit 1909 hat dort keine Partei mehr die Mehrheit, um allein zu regieren. Diese frühe demokratische Allianz bestand im Parlament hauptsächlich aus den beiden Gruppen (samt einer unüberschaubaren Zahl an Untergruppen) der Sozialdemokraten (gegr. 1871)<sup>96</sup> und der *Venstre*-Partei. Entscheidend ist aber, dass die älteren Liberalen, die in dieser Demokratie-Debatte über die Verfassung unterlagen, sich der Rechten zuwandten und der Liberalismus deshalb fälschlich als antidemokratisch und rechts diskreditiert wurde. Während Monrad eine hegelianische Balance anstrebte und auf die *Venstre*-Bewegung zuing, wechselten viele Alt-Liberale die Seiten und wandten sich den Konservativen zu, die sich dann gemeinsam gegen die Demokraten stellten. Das Ergebnis war eine politische Spaltung, wie sie eher in Großbritannien bekannt, aber für Dänemark bisher untypisch war.

Sofern man überhaupt neben der akademischen Oberschicht der Städter ein Milieu des Liberalismus ausmachen konnte, war es die *Venstre*-Bewegung der Landbevölkerung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Auf der Gegenseite grenzten sich jedoch Teile der *Venstre* von den städtischen Akademikern ab, aber nicht von akademischen Schriften aus Mitte des 19. Jahrhunderts. Die ländlichen Anhänger und Anführer der *Venstre* waren zudem häufig durch den intellektuellen Grundtvig inspiriert, der zunächst als bekennender Monarchist und Antiliberaler galt, aber dennoch an der bürgerlichen Revolution 1848 teilnahm und Mitglied der dänischen Nationalver-

---

<sup>94</sup> *Højre* und *venstre* bezeichnen im Dänischen ganz neutral die Positionen und Attribute *rechts* und *links*.

<sup>95</sup> Das Landsting war die Erste Kammer im dänischen Reichstag, der mit der Verfassung vom 5. Juni 1849 entstand und die absolutistische Monarchie beseitigte. Die zweite und gleichberechtigte Kammer war das Folketing. Im Zuge der Verfassungsreform von 1953 wurde das Landsting jedoch abgeschafft. Das Folketing übernimmt seither als alleinige Kammer die Kompetenzen und Aufgaben. Der Begriff des Ting (oder je nach geografischem Idiom: *Thing*, *Ding*) geht zurück auf die frühzeitlichen germanischen und nordischen Begriffe der demokratischen Volks- und Gerichtsversammlung.

<sup>96</sup> 1871 wurde *Den Internationale Arbejderforening for Danmark* gegründet; 1876 folgte die Umbenennung in *Det Socialdemokratiske Arbejderparti*, 1878 *Det Socialdemokratiske Forbund*. Erst 1961 änderte die Partei den Namen in *Socialdemokratiet* (Sozialdemokratie).

sammlung wurde. Dort verabschiedete er zusammen mit Monrad die Verfassung und die konstitutionelle Monarchie. 1866 profilierte er sich als Führer der linken Opposition, der allerdings auch völkische und nationalistische Ideologien vertrat.<sup>97</sup>

Schließlich muss auch die nationalistische, außenpolitische Rolle und Verantwortung der Liberalen Dänemarks betrachtet werden, die sie zusätzlich diskreditierte. Die alte dänische Monarchie reichte ursprünglich vom Polarkreis bis nach Lauenburg weit hinter Hamburg. Zwischen 1380 und 1864 erstreckte sich ein dänisches Großreich im Norden Europas, und das Land unterhielt weltweit zahlreiche Kolonien.<sup>98</sup> Daher strebten die Nationalliberalen um Monrad eine Erweiterung des dänischen Nationalstaates in Holstein an, was 1864 zum Krieg mit Preußen, der Niederlage und dem Rückzug Dänemarks aus der Region Schleswig führte. Monrad emigrierte daraufhin 1865 nach Neuseeland, kehrte aber 1869 zurück und verteidigte 1878 den Liberalismus gegen den Bischof Martensen, oszillierte aber selbst zusehends zwischen Højre und Venstre.

Daraus folgte letztlich eine Neuorientierung des Liberalismus durch die Intellektuellen in der Jahrhundertwende zum 20. Jahrhundert, die fortan als *New Liberalism* bekannt wurde. Ähnlich wie im Rest Europas gestaltete sich dieser *Neue Liberalismus* als Ideologie sozialer Reformen eines sozialliberal-demokratischen Staates mit einem justiziablem System der Bürgerrechte. Zugleich zählte diese Reform als Ausdruck ‚*neuer Radikalität*‘ (Nevers und Olsen 2015: 244). Die Liberalen wurden fortan aufgrund ihrer Internationalität und innerhalb ihrer Partei der Venstre als ‚*European Venstre*‘ und ‚*the radical left*‘ (*radikale venstre*) bekannt. Politisch führte das zu einer neuen Sammlungsbewegung namens *Københavns liberale Vælgerforening* (*Liberaler Wählerverein Kopenhagen*), die sowohl die ältere Generation der Liberalen und die neue Generation an Akademikern an sich band, die sich bisher kaum zu den Liberalen als politische Strömung zählte. 1905 bildete sich daraus die Partei *Det Radikale Venstre* (*Die Radikale Linke*), deren Konzeption weniger der Liberalismus als vielmehr der Radikalismus war. Das Attribut *radikal* galt hier im Sinne einer konsequent antikonservativen und pazifistischen Grundhaltung.<sup>99</sup> Daraus folgte, dass jene Gruppen, die bspw. in England unter dem Label des *New Liberalism, a liberalism based on a positive attitude towards social policy and social reform*, bekannt wurden, in Dänemark schlicht bis heute nur als ‚*Radikale*‘ firmierten. Damit unterscheidet sich diese Gemengelage auch von den schwedischen Liberalen und deren *Liberale Samlingspartiet* von 1900 und deren Nähe zu den Sozialdemokraten im Kampf um mehr Demokratie, die in den 1920ern bis 1934 zwei verschiedene liberale Parteien begründete, die wiederum in die *Folkepartiet/Sveriges liberala parti* (seit 2015: *Liberalerna; Die Liberalen*) übergingen und urbane und ländliche Milieus vereinigte. Damit glich die Entwicklung in Schweden eher der in Großbritannien als der in Dänemark (Nevers und Olsen 2015: 245).

Nach der Abspaltung der *Radikale Venstre* von der Venstre wurde diese immer mehr zur alleinigen Vertretung der Bauern und deren politischen sowie ökonomischen Interessen. Deshalb weisen Nevers und Olsen hier darauf hin, dass dieser Wendepunkt in der dänischen Geschichte bedeutsam ist, um den Wandel des Liberalismus zu verstehen. Denn die entscheidende Verbindung sei, dass *“Danish farmers from the early days of Venstre were strong proponents of free trade, not*

---

<sup>97</sup> Das Leben und Wirken von Nikolai Frederik Severin Grundtvig (\*1783 †1872) lässt sich kaum in wenigen Sätzen zusammenfassen und füllt ganze Bibliotheken. Er gilt als zentrale Figur in der Geschichte Dänemarks, der das Land und die Kultur entscheidend geprägt hat. Grundtvig war Schriftsteller, Dichter, Philosoph, Historiker, Pfarrer, Pädagoge und Politiker. Für Details s. bspw. das Grundtvig-Forum: <http://www.grundtvig.dk/>

<sup>98</sup> Dänemark gilt als eine der ersten europäischen Kolonialmächte. Zu seinem Staatsgebiet gehörten Norwegen, die Herzogtümer Schleswig und Holstein, die Färöer, Grönland, Island, ein Teil der afrikanischen Goldküste (Dänisch-Guinea, heute Ghana) und einzelne Inseln im Indischen Ozean über die Karibik bis in die Arktis.

<sup>99</sup> Gegenüber dem allgemeinsprachlichen, abwertenden Gebrauch des Wortes der Radikalität, des Radikalismus, bezeichnet er hier die grundsätzliche Position, die aus festen Überzeugungen heraus vertreten wird.

*least because of their large export of agricultural goods* (Nevers und Olsen 2015: 245).“ Dennoch muss konstatiert werden, dass sich die Venstre in der Anfangszeit gar nicht auf die Konzepte des Liberalismus und Freihandels bezog. Diese Ausrichtung entstand erst nach dem Ersten Weltkrieg. Eher war die Venstre eine Ansammlung von frühen Demokraten, die gegen Monarchie und Absolutismus opponierten. Deren frühe liberale Bezüge auf die Ökonomie erstaunen allerdings, wenn man sich klarmacht, dass im übrigen Europa erst sehr viel später davon ausgegangen wurde, Demokratie, Staat und Ökonomie als untrennbares Ganzes zu denken.

Deutlich wird am Beispiel Dänemarks so auch die hohe Pfadabhängigkeit, aus der heraus die Geschichte und Ökonomie des Landes erst zu verstehen ist und die sowohl rückblickend als auch gegenwärtig und zukünftig die Perspektive hoher Flexibilität erklärt. Diese erklärt sich keineswegs aus den bekannten Klischees hoher sozialer Homogenität (u. Ä.), oder mit einer tradierten Perspektive aus dem Blick der Industrialisierung nach deutschem Vorbild. Sie erklärt sich vielmehr aus der frühen agrarischen Tradition des Landes. Als solche war sie fortwährend einer hohen Anpassung an den Markt ausgesetzt, anstatt gegen ihn zu opponieren. Deutlich wird das zudem an der neofeudalistischen Struktur der tertiären Ausrichtung des Arbeitsmarktes, die zwischen Freiheit, Regulierung und Abhängigkeit changiert.

## 4.2 Symbiose von Markt, Ökonomie und Sozialismus?

Dennoch sieht sich auch der Sozialismus der Notwendigkeit einer Neuorganisation der Ökonomie und Wiedereinbettung des Marktes gegenüber, der dem Kapitalismus liberaler Prägung offenbar entglitten ist. Die ökonomische Debatte kann ohnehin nicht anhand der ethischen oder moralischen und politischen Kategorien um Ungleichheit oder Ungerechtigkeit geführt werden, da dies keine ökonomischen Begriffe sind. Vielmehr geht es stets um knappe Ressourcen und die Vorstellung der gerechten Teilhabe am gesellschaftlichen und ökonomischen Leben. John Stuart Mill und Joseph Schumpeter formulierten den Sozialismus ebenfalls als ökonomische Neuordnung der Ressourcen, weniger als moralische oder ethische Neuordnung im Sinne der Französischen Revolution von 1789 (Honneth 2015: 27 f.). Freeden versucht dagegen zu zeigen, dass der Begriff des Liberalismus in Europa selbst schon im historischen Rückblick zwischen konkurrierenden Ideologien und dem Sozialismus (und umgekehrt) eingeklemmt ist:

*„Dwarfed by authoritarianism or overshadowed by socialist and Marxist radicalisms, liberalism could not enjoy the free run and the breathing space under which it flowered in the UK. [...] The phrase ‚liberal socialism‘ has a strange sound to many who are accustomed to current political terminology. The word ‚liberalism‘ [...] has been so much the preserve of the bourgeoisie in the past, that today a socialist has a difficulty bringing himself to use it. In Bernsteinian hues, Rosselli saw socialism as ‚nothing more than the logical development, taken to its extreme consequences of the principle of liberty. Socialism [...] is liberalism in action.‘“* (Freeden 2015: 58)

Als *Wurzel des Sozialismus* bezeichnete dann auch Friedrich Engels 1892 den Liberalismus (MEW Bd. 38, S. 288). Honneth bemerkt hier, dass die frühsozialistischen Gruppierungen einen inneren Widerspruch in der Französischen Revolution entdeckten, der dadurch bedingt sei, dass die geforderte Freiheit rein rechtlich und auf den Einzelnen bezogen verstanden wurde. Daher laborierten sie alle, an dem Versuch, den liberalen Begriff der Freiheit dergestalt zu erweitern, dass er mit dem Ziel der Brüderlichkeit vereinbar wird (Honneth 2015: 31). So gesehen stellt der Sozialismus von Anfang an eine Bewegung dar, die zwar immanente Kritik an der modernen, kapitalistisch verfassten Gesellschaftsordnung formuliere, aber dennoch deren normative Legitimationsgrundlagen und Widersprüche von *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* akzeptierte. Sie alle entwarfen folgerichtig keine Alternativen zum individualisierten Freiheitsbegriff des Liberalismus, selbst wenn sie allesamt auch über intersubjektive Bezüge und Gemeinschaftsformen nachdachten (Honneth 2015: 33 f.). Das Denken der sozialistischen Theoretiker bleibt ausschließlich in der wirtschaftlichen Sphäre (des Marktes; UL) als zentraler Ort der Verteilung stecken, gepaart mit der reflexiven Rückbindung an

eine bereits vorhandene Oppositionskraft und der Vorstellung eines geschichtsphilosophischen Determinismus. Nicht allerdings sozioökonomische, sondern intellektuelle Aspekte haben sich im Denken der Protagonisten jener Epoche niedergeschlagen, die allesamt von der Epoche der Aufklärung und dem Fortschrittsglauben jener Zeit, von gesetzmäßigen Entwicklungen der Gesellschaft beeinflusst, waren (Honneth 2015: 81).

Der Liberalismus zeigte sich dagegen genuin als Bedingung gemeinsamen Zusammenlebens, der gewissermaßen vom frühen Wohlfahrtsstaat des 19. Jahrhunderts adaptiert wurde. Der Liberalismus oszillierte dennoch zwischen verschiedenen antidemokratischen, nationalistischen und elitären Positionen im Konflikt zur Demokratiebewegung des 19. Jahrhunderts (Freeden 2015: 58 f.). Friedrich Naumann gilt als einer der ersten (wenn auch nicht ausschließlich), die den sozialen Liberalismus vor allem mit der Idee staatlicher Wohlfahrt und hoher Rationalität noch vor 1914 in Deutschland etablierten, sich aber letztlich nicht vollends durchsetzen konnte. Zugleich galt das als Brückenschlag zwischen Linksliberalen und Sozialdemokraten in Deutschland. Dennoch, so Llanque, gab es keinen einheitlichen Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Das lag zum einen an der Sammlungsidee der liberalen Parteien Deutschlands, wie bspw. der *Fortschrittspartei* von 1861 (DFP) und den zahllosen Vereinigungs-, Transformations- und Trennungsprozessen der Gruppen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Zum anderen kamen hier unterschiedliche, teilweise rivalisierende Interessen und Personen zusammen, die sich nach idealistischen und materialistischen Vorstellungen unterschieden. Dazu zählten gewerkschaftliche Motive, aber auch Vertreter der Industrie und Repräsentanten des Mittelstandes. Spannungen entstanden zwischen großstädtischen Berliner Milieus und eher ländlichen Milieus des Südwestens sowie Anhängern akademischer und pragmatischer Ansätze. Deshalb gelang den linksliberalen Gruppierungen aufgrund der daraus resultierenden Kakophonie keine einheitliche Theoretisierung zur Lösung der Probleme des Liberalismus und der Demokratie. Teile der Linken waren zudem ideologisch zur Diktatur geschwenkt, die Bildungsbürger hatten erhebliche Vorbehalte gegenüber jeglicher Form der Demokratie, und das Parlament stand in weiten Teilen noch in der geistigen Tradition des Kaiserreichs. Hinzu kamen die Folgen des Krieges und der Hyper-Inflation, die viele Bürger nicht von der Demokratie und dem Liberalismus in Form von Verfassung, Nation und Republik überzeugten (Llanque 2015: 163 f.).

Die Demokratisierung der Weimarer Republik scheiterte nicht zuletzt am Konflikt politischer Deliberation. Das zeigte sich hauptsächlich in der konkurrierenden Interpretation politischer Vokabeln und Diskurse. Das Gefühl gemeinsamer Identität sei der modernen Gesellschaft zwischen Großstaat, Maschinenwelt, Massen und der Urbanität verloren gegangen, so Theodor Heuss 1920. Die moderne Volksgemeinschaft sei daher als Aufgabe zur Überwindung der Klassengegensätze zu verstehen. Diese könne aber nicht mehr vorgefunden werden, sondern müsse erst mittels der Demokratie hervorgebracht werden. Hugo Preuss mahnte jedoch, dass diese Aufhebung zu einem ‚*Einheitsbrei*‘ führen würde, der nur durch den lebendigen Parteienkampf verhindert werden könne. Denn die Forderung nach Einheit sei insbesondere auf engstirnige Parteien selbst zurückzuführen. Staatsbürgerliche Gemeinsamkeit und Gleichberechtigung schlössen sich daher nicht aus, sondern ermöglichen der Volksgemeinschaft erst, sich selbst zu regieren, so dass sie auf die Diktatur zur Errichtung einer Volksgemeinschaft von außen verzichten könne (Llanque 2015: 171). Theodor Heuss verstand in einer derart konstituierten Demokratie eine *Umgangsform im Modus der Selbstregierung*, die dennoch nach Meinecke *frei von jeglicher Leidenschaft* sein müsse. Die Republik schien ihnen als das Ideal jener Vorstellungen. Problematisch gerieten dennoch die linksliberalen Begriffe des *Volkes* in der *Volksgemeinschaft*, die sich zunächst aus den politischen und ethnischen Begriffen der *Nation* und des *Volkstums* zusammensetzten und Minoritäten außerhalb der Weimarer Republik miteinschließen sollte, aber dennoch rassistische Komponenten eröffnete, die die Linksliberalen um Heuss ablehnten (Llanque 2015: 171). So scheiterte nicht nur der Begriff der linksliberalen Volksgemeinschaft, sondern auch der intendierte kognitive Lerneffekt der Bevölkerung auf dem Weg zur Republik, Demokratie und Selbstregierung und damit der Linksliberalismus von Weimar selbst (Llanque 2015: 179). Zugleich zeigte sich, dass die Interpretation und Bindungskraft der Begriffe und Milieus buchstäblich flüchtig ist.

Das gemeinsame Soziale zeigte sich dennoch - ähnlich wie im Sozialismus - bei der Etablierung und Unterscheidung sozialer und individueller Rechte und Freiheiten, die sich aber kaum hinsichtlich ihrer Ansprüche und Auswirkungen gegeneinander abgrenzen lassen. Honneth hält dazu fest, dass soziale und individuelle Freiheit dagegen überhaupt keinen Widerspruch darstellen müssen, wie es die frühen Sozialisten behaupteten und sich damit selbst isolierten.<sup>100</sup> Ihre Sicht war stark von der frühen Industrialisierung und dem Industrialismus geprägt, aus der sie soziale Differenzierung und Pluralität nicht denken konnten und wollten. Das zentrale Argument der Sozialisten war damit die negative Individualisierung aufgrund der rechtlich exponierten Isolierung des Einzelnen in der neuen Rechtsordnung des Marktes.

Im Gegensatz dazu hatten Teile der Liberalen bereits früh damit begonnen, sich mit den gesellschaftspolitischen Konsequenzen zu beschäftigen, die spätestens seit dem 18. Jahrhundert aus der Unterscheidung verschiedener Sozialsphären im Denken und Handeln resultieren, die ihren jeweils eigenen Funktionslogiken folgten, so Honneth mit Luhmanns *Gesellschaft der Gesellschaft* (Honneth 2015: 124, zit. Luhmann 1997). Hobbes, Locke und Hume setzten sich früh mit der Frage auseinander, dass mit der Differenzierung von ‚Moralität‘ und ‚Legalität‘ auch die beiden Subsysteme ‚Gesellschaft‘ und ‚Staat‘ voneinander zu trennen sind, die jeweils ihren eigenen Logiken folgen. So trennte sich jeweils die Sphäre des Privaten von der Sphäre des Öffentlichen, wobei das Private für Liberale bis heute herausgehoben steht. Daraus resultierte die historisch relativ junge Disziplin der Politischen Ökonomie, die ihrerseits auf eine strikte Trennung von Wirtschaft und Staat (respektive staatlichem Handeln und deren Eingriffe) insistierte.

Das Recht sollte nach Hegel die Funktion der Sicherung der Privatautonomie übernehmen. Die frühen Sozialisten sahen in diesen Ansätzen einer sozialen Differenzierung eine absichtliche Negation des Kapitalismus und wischten diese liberalen Argumente mit wenigen Überlegungen beiseite, wie Marx in seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (Honneth 2015: 124 f.). Zugleich, so bemerkt Freedon hier, könne das Soziale in verschiedene Richtungen interpretiert werden, wie zunächst die Anerkennung der gegenseitigen menschlichen Abhängigkeit in sozialer Einheit; ein Argument, das aus liberaler Sicht häufig gegen Marx' schlichten Begriff der *Klasse* angeführt wurde. Ein Kernargument von Mills sei zwar die strikte Beachtung der freien Entwicklung von Individuen, deren sozialer Kontext aber unstrittig ist.<sup>101</sup> In dieser Sichtweise sei natürliche Freiheit als solche nicht ausreichend, um eine gute Gesellschaft mit zufriedenen Individuen zu gewährleisten. So ergaben sich aus jener Tradition erst die positiven Ansprüche, die dennoch im Laufe der Zeit häufig reformuliert wurden. Entscheidend war aber die Frage danach, was ein solches Recht als Anspruch überhaupt begründet. Nach Hobhouse sind Rechte Erwartungen, wie etwa *social welfare*: „*It was the function of the State to secure conditions under which its citizens are able to win by their own efforts all that is necessary to a full civic efficiency.*“ (Freedon 2015: 61, zit. Hobhouse 1911: 158) Die Individuen sollten so aus liberaler Sicht vor Hindernissen geschützt werden, die sie in ihrer freien Entwicklung beeinträchtigen. 1909 formulierte der Liberale Hobson seine ‚*Wunschliste*‘ von Dingen, die ein liberaler Staat per Rechtsanspruch gewährleisten sollte: *free land, free travel, free power, free credit, security, justice and education*. Niemand könne frei sein, der nicht all diese Freiheiten erreicht habe. Beachtlich sei, so Freedon, dass diese Argumentation auf *Freiheit*, nicht etwa auf

<sup>100</sup> Honneth sagt dazu an anderer Stelle, dass durch die eigene Fixierung des Sozialismus auf Bewegungen der zukünftigen Befreiung von gesellschaftlichen Abhängigkeiten und Barrieren nicht nur der Nachteil einhergeht, immer nur einen kleinen Teil der Gesellschaft temporär zu repräsentieren, sondern er widerspricht sich ebenfalls selbst, wenn er dadurch zum Sprachrohr derer werden will, die ihre Interessen noch gar nicht artikuliert oder erkannt haben. Damit offenkundig wird der Konflikt jeder politischen Theorie, ihre Träger normativ erst selbst zu bestimmen anstatt sich soziologisch an der Realität der Träger zu orientieren (Honneth 2015: 115).

<sup>101</sup> Elementar ist hier die Dialektik von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung, etwa bei Max Weber oder der Begriff von Gemeinschaft und Gesellschaft bei Tönnies oder Plessner im Konflikt zum ‚*sozialen Radikalismus*‘ (Müller 2015: 136 f.).

*Gleichheit* abzielte, da die Begründung nur die Möglichkeit dessen einschloss, diese Ziele persönlich zu erreichen (Freeden 2015: 61). Wie man aber diese Ziele tatsächlich erreichen sollte, die bis heute kaum umfänglich erreicht sind, dazu schweigen die Autoren des 19. und 20. Jahrhunderts.

Zwangsläufig gelangt man infolgedessen zur Notwendigkeit einer Gouvernementalität und Wirtschaftspolitik respektive staatlicher Ordnungspolitik und Regulierung (Müller 2015). Claus Offe hält zum späten Begriff und Modell des Sozialliberalismus kritisch fest, dass die Gemeinsamkeit der markt- wie sozialliberalen Politik sei, dass sozialpolitische Leistungen mit Vorrang vorsorgend und individualistisch ausgelegt sind, das heißt sie sollen zur aktiven Eigenverantwortung befähigen. Bedarfs- und Notlagen sollen so nicht mehr ex post nach einem Äquivalenzprinzip staatlich kompensiert werden. Vielmehr sollen die potentiell Betroffenen selbst ex ante befähigt werden, den Risiken aus dem Weg zu gehen bzw. sie durch eigene Vorsorge und Anpassung progressiv zu bewältigen. Dem zugrunde liegt die *downstream*-Perspektive, die im Bedarfsfall eine Grundausstattung gewährleistet, die Notlage zu überwinden. Dem entgegen steht die *upstream*-Logik des konventionellen Bismarck-Modells, die in vorausliegenden Lebensphasen bereits erbrachte Erfolge durch proportionale Lohnersatzleistungen und andere Rechte honoriert, wie im Fall der Altersrente, die hoheitlich gewährt wird – im Gegensatz zu marktlich organisierten Angeboten individueller Leistungen. Damit sollen paternalistische Ansätze überwunden und der Akteur ermutigt werden, seines eigenen Glückes Schmied zu sein. Was Ergebnis dieser Prozesse des Schmiedens ist, unterliegt so der persönlichen Freiheit, Entscheidung und Verantwortung des Individuums.

Den Wandel der Politik beschreibt Offe hier als Abkehr von der Idee staatlich organisierter, normierter Problemlösung, die sich der Dynamik stellt, die sie selbst verursacht hat. An deren Stelle tritt das Politikziel, die Bürger mit hinreichend materiellen und immateriellen Ressourcen auszustatten. Das persönliche Scheitern oder Desinteresse ist hier inklusive. Daraus ergibt sich ein größeres Gewicht von verschiedenen zwischenstaatlichen oder privaten Dienstleistungen in Form der Infrastruktur für Bildung, Versorgung etc., den (u. a.) die Linke als Dritten Weg und qualitativen Wachstumspfad ihrer Sozialen Dienstleistungen beschreibt. Der vorherige Bismarck'sche Sozialstaat reduzierte sich auf die rein monetäre Leistung. Sozialliberale Sozialpolitik verwende ihre Mittel im Gegensatz dazu auf Dienstleistungen, die der jüngeren und mittleren Generation zugutekommen, während die konservative Sozialpolitik zum erheblich größeren Anteil des Gesamthaushalts Geld an die ältere Generation in Form von Renten auszahlt. Der Bürger kommt hier schon früh in die arbeitssoziologische Rolle der Klientenmitwirkung als Koproduzent (*Prosumer*) der Dienstleistungen, die er dennoch völlig freiwillig übernimmt und als Substrat seiner individuellen Freiheit sogar ausdrücklich verteidigt.

Ein weiterer Unterschied zur bisherigen konservativen Sozialpolitik liegt darin, dass im sozialliberalen Modell universalistisch der Bürger anstelle des Arbeitnehmers oder des Armen adressiert wird. Das heißt, nicht mehr erworbene Senioritätsrechte aufgrund der Beschäftigung oder staatlicher Paternalismus sind ausschlaggebend, sondern soziale Rechte und Pflichten des Sozialbürgers („*social citizenship*“), der sich stets selbst sowohl entwickeln wie entscheiden kann, was für ihn am besten ist („*From Chance to Choice*“).

Ein weiterer Unterschied besteht in der Beitragsfinanzierung des konventionellen und der Steuerfinanzierung des sozialliberalen Modells, die den apostrophiert mündigen Bürger erneut nur als mündigen Konsumenten sieht und neue makroökonomische und damit politische Spielräume eröffnet.

Zusammenfassend hält Offe hier kritisch fest, dass die positive Egalisierung der Chancen nahezu ausschließlich auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes ansetzt, der dazu zunächst bestimmte Voraussetzungen erfüllen muss. Als solche gelten die (bessere) Mobilisierung und Marktgängigkeit des Erwerbspersonenpotentials, die jedoch interdependent selbst an hohe sozioökonomische Voraussetzungen gebunden sind. Diese sieht der Autor in Deutschland ebenso wenig gegeben wie eine zuverlässige Exitoption des Bürgers, das Modell zu verlassen. Das heißt, die notwendige Vollbeschäftigung scheint in offenen und differenzierten, technologisch entwickelten Volkswirtschaften fraglich, die erst jenes sozialliberale Modell tragen und reproduzieren würde. Zudem, so Offe, sei fraglich, ob beim Bürger tatsächlich sowohl eine so weitsichtige Rationalität wie auch

das vitale Interesse an politischer Autonomie und Deliberation vorausgesetzt werden kann, das ein solches System honorieren würde, das ebenfalls in Deutschland nachweislich kaum real existiert (Offe 2007). Problematisch wird dennoch immer wieder, hier eine exakte Grenzziehung und Ebene zu finden, die das Maß erlaubter respektive notwendiger und hinreichender Einmischung sowie unzulässiger Gängelung einer Tyrannei und ihrer Ausgestaltung kennzeichnet, die ein Ergebnis vorwegnimmt. Die externen Bedingungen eröffnen hier jedoch oft erst Spielräume.

Insbesondere der Erste Weltkrieg erforderte und eröffnete in allen Ländern gleichzeitig neue Handlungs- und Interpretationsspielräume. Für dänische Linksliberale und Sozialdemokraten stellte sich die Frage, wie man gleichzeitig neutral bleiben, aber dennoch Handel treiben könne, um den nötigen Warenaustausch mit landwirtschaftlichen Produkten und die Wirtschaft selbst aufrechtzuerhalten. Infolge dessen erschien der unregulierte Handel des 19. Jahrhunderts fortan wenig opportun; Regulierung erschien notwendig. Daraus näherten sich Radikale Venstre und Sozialdemokraten inhaltlich, politisch und in der Praxis an. Eben diese Annäherung der Sozialliberalen mit Sozialdemokraten gilt es zentrales Element der politischen Geschichte Dänemarks des 20. Jahrhunderts. Der Venstre galt diese Koalition als Bedrohung, da sie in ihrer Sicht eine Verbindung aus Radikalismus und Sozialismus war, die eine neue Ära der Tyrannei begründen würde, die man nach 1849 überwunden glaubte. Daraus folgte eine antisozialistische Kampagne der Venstre nach Ende des Krieges, die ihren Liberalismus als Antwort auf die Versuche der Regulierungen der radikal-liberalen, sozialen und demokratischen Allianz und deren vermeintlich staatlichen Absolutismus formulierte. Allerdings formulierte J.V. Christensen 1930, dass der Liberalismus

*„had taken a special path in the Danish case. (...) Danish liberalism was carried by Venstre, resulting in a special form of liberalism; a more practical form of liberalism, more down-to-the-earth than doctrinaire. Christensen thus talked of a certain ‚Danish liberalism‘ that firmly believed that ‚the state should intervene as little as possible in the people’s free development of its business possibilities‘, but at the same time supported the social laws of the late nineteenth century: simple health insurance, economic support for the elder etc.“* (Nevers und Olsen 2015: 247, zit. Christensen 1930)

Diese Publikation<sup>102</sup> löste eine kontroverse Debatte der nachfolgenden Jahre und Autoren aus. Erik Eriksen, Harald Nielsen und Thomas Madsen-Mygdal reagierten darauf mit jeweils anderen Narrativen. Eriksen und Nielsen sahen die Wurzeln des Liberalismus im antiken Griechenland und der Jüdischen Tradition begründet. Entsprechend argumentierten sie, der moderne Liberalismus sei hauptsächlich *„born with the idea of religious freedom, which had been especially strong in the Netherlands and Great Britain from where it travelled to North America. Its essence was individual liberty and the idea of the state as the protector of this liberty.“* Exakt diese Idee sei es gewesen, die sich im 19. Jahrhundert in Europa ausbreitete und Dänemark und seine Verfassung von 1849 entsprechend beeinflusste (Nevers und Olsen 2015: 248). Der Liberalismus galt ihnen als Zugeständnis, dass der Mensch ein soziales Wesen ist, das darum weiß, dass das Zusammenleben von vornherein die Freiheit des Anderen beschneidet; dennoch bestand die Besonderheit des Liberalismus ihrer Meinung nach darin, dass man die Grenzen der Freiheit jedes Bürgers so weit wie möglich fasst. Den Staat sehe man dann als machtvolle Organisation, der diese Freiheit schafft und verteidigt (ebd.).<sup>103</sup> Ihre Interpretation des Liberalismus galt fortan als *New Liberalism*, da der *„pure or old liberalism“* überholt sei.

Der Liberalismus des modernen Dänemark ist so in zwei Teile zerfallen: einerseits der rechte, volkstümliche und populäre (*folkelig*) Liberalismus mit (linken) Wurzeln in der agrarisch-bürgerlich-rechten Tradition, und andererseits der intellektuelle, urban-linke Liberalismus der Radikalen Venstre. Die erste Version liege in der Nordischen Tradition der Freiheit begründet, die den Weg für erste Agrarreformen im späten 18. Jahrhundert sowie für die Bauernbewegungen Mitte

<sup>102</sup> Jørgen Valdemar Christensen: *Liberalismen i Danmark*, København 1930.

<sup>103</sup> Erik Eriksen; Harald Nielsen: *Liberalismen i Danmark*, Odense 1935, S. 13 f.

des 19. Jahrhunderts ebnete, und folglich im zweiten Pfad, der bis in die Gegenwart zum Common Sense und fortan Gegenstand der politischen Konflikte wurde. Die vormalige Unterscheidung zwischen Demokraten und Konservativen wurde so in ein System politischer Parteien überführt. Auf der rechten Seite standen fortan Venstre und *Det konservative Folkeparti* (*Konservative Volkspartei*), die aus Resten vormaliger rechter Gruppen entstanden. Auf der linken Seite fanden sich *Det Radikale Venstre* und die schnell wachsende Gruppe der Sozialdemokraten. Die hauptsächliche Trennlinie beider Blöcke war jene nach der Frage staatlicher Regulation.

Der Anti-Regulationskurs der Venstre *was definitely not a winning strategy*, so Nevers und Olsen (Nevers und Olsen 2015: 249). In den 1930ern galt jene Strategie als Ursache für eine neuerliche Wirtschaftskrise und erforderte eine Redefinition ihres Liberalismusbegriffs, wobei der Unterschied und die Abgrenzung zur Sozialdemokratie in der Neudefinition in den folgenden Jahren zusehends verwischten. 1934 konstatierten die Sozialdemokraten ebenfalls, dass *the old liberal system has broken down* (Nevers und Olsen 2015: 249). In den 1940er-Jahren sah sich der globale Liberalismus einer Revitalisierung gegenüber, die bis in die 1970er reichte und sich in vielen Ländern Europas und den bekannten Publikationen von Hayek oder Popper (usw.) zeigte. 1947 gründete sich im Zuge dessen die Mont-Pèlerin-Society, die jedoch auch nur eine von vielen derartigen Organisationen war, um liberale Visionen neu zu gestalten. Ende 1943 vollzog sich die Revitalisierung des Liberalismus in Dänemark, als der kriegsbedingte Einfluss Deutschlands in Europa und Dänemark erodierte. Das Ergebnis war auf der einen Seite der Sozialliberalismus und auf der anderen Seite der moderne Marktliberalismus. Der Liberalismus stand fortan nicht mehr in der Krisen-Rhetorik der 1930er-Jahre und fand Zuspruch außerhalb der Venstre und ihres konservativ-agrarischen, rechtsliberalen Milieus und bei anderen Parteien, wie den Sozialdemokraten. Zugleich wurde die Ideologie breiter und sollte als allgemeine dänische Lebensanschauung (*livssyn*) verstanden werden. Daraus resultierte die Notwendigkeit einer Harmonisierung des kulturellen und ökonomischen Liberalismus, der fortan staatliche Eingriffe zuließ, um etwa die soziale Ungleichheit zu beheben. Thorkil Kristensen (*Venstre*) definierte als zentrale Figur jener Debatte die Geschichte des ökonomischen Liberalismus

*„as an eternal oscillation between free markets and a more state controlled economy, and he described how free market liberalism had allegedly led to economic crisis and state intervention in the interwar period. He explained the causes of the crisis of free market liberalism with reference to modern society’s complexity, changeability and lack of balance, as well as to the strongly organized character of modern economy, which believed to be heavily influenced by strong interest organisations“* (Nevers und Olsen 2015: 251, zit. Kristensen 1944).<sup>104</sup>

Für die Nachkriegszeit empfahl Kristensen eine Balance, aber nicht binär zwischen Intervention und freiem Markt, sondern *between a model that involved state intervention and a model in which power was concentrated at interest groups* (ebd.). Das Resultat war eben jener realistisch-pragmatischer Liberalismus, der die sozioökonomischen Probleme der jeweiligen Zeit, etwa die Arbeitslosigkeit, per Regulation bewältigen, aber die individuelle Freiheit aufrechterhalten und sich von dogmatischen Varianten lösen sollte. Im Ergebnis vereinigten sich dort die politischen Konzepte des Sozialismus mit denen des Liberalismus im Sozialliberalismus, die zuvor seit den 1920er-Jahren getrennt verliefen, was das Konzept für breite Schichten attraktiver machte, aber dennoch für weitere Polarisierung sorgte. Zugleich war dies keine Unterbrechung der Tradition der Venstre, sondern stand in der Kontinuität der Sozial- und Agrarreformen der rechtsliberalen Partei seit Beginn im 19. Jahrhundert. Kristensen verließ die Venstre dennoch später aufgrund von Meinungsverschiedenheiten.

Insbesondere Vertreter der Wirtschaft befürworteten naturgemäß seit den 1930er-Jahren den unregulierten Handel früherer Jahrzehnte und sahen staatliche Interventionen kritisch. 1943

<sup>104</sup> Thorkil Kristensen: Statsindgreb og Økonomisk Frihed, Samfunds Krav, Nr. 1-2, 1944, pp. 1-13.

veröffentlichte Alfred S. Halland sein Schlüsselwerk *Planøkonomi eller liberalisme? (Planwirtschaft oder Liberalismus?)* mit den üblichen Klischees und Vorwürfen.

1945 veröffentlichten die Sozialdemokraten ihr Programm *Fremtidens Danmark (Das Dänemark der Zukunft)*, das zunächst mit stark sozialistischer, antiliberaler Attitüde auftrat. Diese diente jedoch eher dem Zweck, die nach der deutschen Kapitulation und Besetzung aufstrebenden Kommunisten aufzuhalten und zu integrieren, deren Erfolg zu kompensieren. Der Kern des Programms war eine weitreichende *state-driven modernization of the Danish economy that was to be carried out in coordination with the private sector and with a focus on the industrial sector* (Nevers und Olsen 2015: 253). Die reflexhaften Reaktionen der anderen Parteien und der Wirtschaft waren erwartungsgemäß stark emotional und lösten die eilige Gründung einer Interessenvertretung der Wirtschaft aus, die EO/Erhvervenes Oplysningsråd (*Information Council of the Trades and the Industries*), die schnell mehr als 30 Vertreter versammelte und politischen Einfluss suchte. Diese EO vernetzte sich schnell international, etwa zur Mont Pèlerin Society. Als erster Gast kam Hayek 1946 nach Kopenhagen zu einem Vortrag mit breiter Wirkung. Daraus entstand eine neuerliche Debatte des sozialen Liberalismus im Konflikt zur Planwirtschaft „*but also the idea the state had to play an active role in establishing and upholding free markets and effective competition*“, die abermals den Bruch mit dem traditionellen, unregulierten Liberalismus bedeutete und den modernen Liberalismus umso mehr stabilisierte (Nevers und Olsen 2015: 254). Als verblüffender Nebeneffekt gilt, dass der politische und soziale Liberalismus in Dänemark ab 1945 zwar weit öffentlich rehabilitiert war, aber sich keine der politischen Parteien zu ihm bekennen wollte, obwohl sie alle dezidiert liberale Positionen vertraten.

Die Schwierigkeiten der Versuche solch rein scholastischer Abgrenzungen zeigen sich bis heute in der populären Formel, wie sie bspw. der dänische Premierminister und Sozialdemokrat Hans Hedtoft 1948 ironisch äußerte: „*Yes, we are all liberals*“, und damit zugleich die Negation starrer Ideologien formulierte, die mit der Realität nicht kompatibel sind (Nevers und Olsen 2015: 258). Damit bewegt sich diese problematische Semantik in langer Tradition: „*The earliest example I've seen for the trope is Thomas Jefferson's 'We are all republicans, we are all federalists,' in his first inaugural address*“, zitiert Jeffrey Kluger Ben Zimmer. Der britische Liberale William Harcourt äußerte 1888: „*We are all socialists now*“, wie auch wortgleich der dänische Konservative John Christmas Møller 1945, auf den sich Hedtoft hier 1948 mit seinem Wortspiel bezog (Nevers und Olsen 2015: 258). 1965 äußerte zudem Milton Friedman „*We are all Keynesians now*“, was später der konservative US-Präsident und Republikaner Richard Nixon 1971 in seiner ersten Person Singular formulierte. Ob und wie weit das jeweils ironisch oder positiv bestätigend gemeint ist, lässt sich oft nur schwer trennen. Das Problem liegt allerdings weniger in der vermuteten Idealisierung und Unterstützung oder Exponierung solcher Positionen, sondern in der inflationären Nivellierung, die automatisch eintritt: „*We are all is considered a subcategory of what's known as a 'snow clone,' a language template that gets riffed-on and repurposed over and over again*“ (Kluger 2012). Wenn wir also alle ‚*Berliner*‘ (J.F. Kennedy) oder Keynesianer, Liberale und Sozialisten (usw.) sind, liegt darin nichts Besonderes oder Bedrohliches mehr und negiert sich selbst. Zugleich deutet es das Dilemma moderner liberaler Gesellschaften an, politisch zwischen allen Stühlen zu stehen, in dem rechts und links keine hinreichenden Merkmale mehr bilden können, die Unterschiede sich also mittelbar auflösen. Die Alternativen bewegen sich dann nur noch innerhalb eines Gesamtrahmens und stehen nicht mehr außerhalb dessen; sie sind also gar keine echten Alternativen mehr im teleologischen Sinne, sondern werden getragen von einem breiten wie nahezu obligatorischen Konsens.

In den späten 1940er-Jahren suchten Venstre und Radikale Venstre so erneut nach Konzepten, Sozialismus und Liberalismus weiter zu vereinen. Zwei der Sprecher dieser Bewegung waren die Ökonomen der Radikalen Venstre, Bertel Dahlggaard und Kjelt Philip. Philip befürwortete individuelle und ökonomische Freiheiten, die jedoch von einer Verantwortung für das gesamte Volk getragen wurden. Mit dieser Konzeption der Rechte und Pflichten, die auf das Gründungsprogramm von 1905 zurückging, zeigten sich Venstre und Sozialdemokratie einverstanden. Vielmehr markiert dieser Dualismus erst das konsensuale Verhältnis zwischen Liberalismus, Sozialismus, Freiheit und

Gleichheit innerhalb der dänischen Regierungskoalitionen zwischen 1945 und 1968: „*Det radikale Venstre tried to divide Danish politics in three trends: ,a socialistic, a moderate conservative and a modern social liberal.’*“ (Nevers und Olsen 2015: 256)

Der historische Ausbau des Wohlfahrtsstaates war so allerdings gar kein originäres Projekt der Sozialdemokratie, sondern getragen von einem Konsens von allen vier Parteien der Venstre, Radikale Venstre, der Konservativen Volkspartei und der Sozialdemokratie (Frenzel 2002: 93). Venstre dagegen entwickelte zwar bereits 1938, noch vor den Sozialdemokraten, eine keynesianische, antizyklische Fiskalpolitik, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ökonomisches Wachstum zu ermöglichen und ihre agrarische Klientel vor den Folgen der ökonomischen Krisen zu schützen. Zugleich fielen sie aber immer wieder in die alten Debatten der 1920er-Jahre des unregulierten, rein ökonomischen Marktliberalismus zurück und stagnierten dort bis weit in die 1950er-Jahre. Staatliche soziale Unterstützung sollte danach einzig auf den worst case reduziert sein: „*Venstre embraced a residual model based on means towards self-help.*“ (Nevers und Olsen 2015: 256) Die Sozialdemokratie dagegen verfolgte zwar in den 1920/30er-Jahren unter Stauning eine nationale, aber noch keine keynesianische Reformstrategie (*Danmark for Folket; Dänemark für das Volk*), avancierte aber damit zur dominanten Partei des Landes. Der Keynesianismus der Sozialdemokraten wurde aber erst nach 1945 (und Keynes' Tod, UL) deren wichtigste Doktrin der Wirtschaftspolitik. Man betrieb so eine aktive Wachstumspolitik innerhalb des kapitalistischen Systems zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates (Frenzel 2002: 91 ff.):

„*The Social Democratic Party grew from a demand to provide everybody with decent living conditions and democratic rights. The focus was the wellbeing of the individual (...)* In 1884 the first two Social Democratic MPs were elected and in 1909 the party joined a coalition government headed by a Social Liberal Prime Minister. (...) From 1924 - 1982 the Social Democratic Party held governing power with only a few exceptions and was the driving political force in developing the Danish welfare society. Until 2001 the Social Democratic Party remained the biggest political party.“ (Bille 1999)

In der Gründungsphase bestand, so Frenzel, eine hohe Affinität zum deutschen Vorbild der Sozialdemokratie August Bebel. Das erste Programm 1876 (*Gimle-Program, benannt nach dem Tagungsort, das Restaurant Gimle bei Kopenhagen*) war eine nahezu wörtliche Übernahme des Gothaer Programms der SDAP (als Vorläufer der SPD), das um agrarische Programmpunkte erweitert wurde (Frenzel 2002: 91). Das zweite Grundsatzprogramm von 1913 (*Program for Socialdemokratiet i Danmark*) wurde vom Erfurter Programm der SPD beeinflusst und trug markant marxistische Züge, wie die Forderung nach der staatlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und eine marxistisch orientierte Gesellschaftsbeschreibung. Bemerkenswert ist, dass dieses Programm offiziell bis 1961 galt. Die Differenz zur dänischen Realpolitik war offensichtlich. Ab 1923 trennte man daher die Grundsatzprogramme von den in deutlich kürzeren Intervallen beschlossenen Arbeitsprogrammen.

Vergleiche man das erste Viertel des 20. Jahrhunderts, so Freedon (Freedon 2015), stelle man starke Gemeinsamkeiten zwischen dem britischen Linksliberalismus und der skandinavischen Sozialdemokratie fest, die sich vor allem im Versicherungsgedanken und dem nationalstaatlichen Budget zeigten. Denn diese Form des liberalen Humanismus ließ sich fortan erfolgreich ökonomisieren. Dennoch entzweite sich auch der britische Linksliberalismus infolge des Ersten Weltkriegs in radikale Gruppen und in Anhänger, die zur Labour Party übertraten. Die britische Labour Party gilt jedoch aufgrund des Fehlens einer marxistischen Tradition und ihres historischen Staatsreformismus als europäischer Sonderweg. Während die Labour Party ähnlich wie in Dänemark von den Gewerkschaften im 19. Jahrhundert gegründet, finanziert und kontrolliert wurde, entwickelten sich in Deutschland mit der SPD Partei und Gewerkschaften erst später, dafür zunächst parallel. Die britischen Gewerkschaften waren im späten 19. Jahrhundert dagegen noch eng mit der Liberal Party verbunden. Aufgrund ihrer schwierigen Interessenartikulation innerhalb der Liberal Party suchten die Gewerkschaften fortan einen unabhängigen Kanal für die Repräsentation ihrer Interessen. Daraus entstand 1900 das *Labour Representation Committee* (LRC), das die gewerkschaftliche Vertretung im Parlament sichern sollte. Das LRC wurde dann 1906 in Labour Party umbenannt und galt

zunächst als Assoziation kleinerer sozialistischer Parteien, Vereine und Gewerkschaften. Im Ergebnis gewann die Labour Party bis zum Zweiten Weltkrieg Autonomie gegenüber den Gewerkschaften, während sich die SPD den Gewerkschaften umgekehrt annäherte, so dass die deutsche und britische Sozialdemokratie zwei entgegengesetzte Entwicklungen annahm. In Großbritannien galt der Kapitalismus im 19. Jahrhundert zudem bereits als weitaus entwickelter als in Deutschland (oder Dänemark, UL), so dass hier völlig andere Voraussetzungen galten (Nachtwey 2009: 46 ff.). Peter Birke hält dazu fest, dass das bürgerliche Spektrum und die Milieus in Dänemark, wie in Skandinavien überhaupt, traditionell sehr zersplittert sind. Die vergleichsweise bescheidene Arbeiterbewegung entwickelte sich in Dänemark aufgrund eines traditionell hohen Gewichts der Agrarwirtschaft relativ spät erst nach 1945 in den 1960er-Jahren aufgrund rascher Industrialisierung und Neuorganisation der Arbeit. Die häufigste Regierungskonstellation in Dänemark war bis in die Gegenwart ein sozialliberales Bündnis (Birke 2003b). Darüber hinaus sind die Bindungen sozialer Milieus, Vereine, Gewerkschaften oder der Protestbewegungen weniger eng an Parteien orientiert als bspw. in Deutschland, wo sie ebenfalls erodieren. Hier fällt aber im Vergleich auf, dass Partei und Gewerkschaft in Dänemark ursprünglich identisch waren:

„*The Social Democratic Party was founded in 1871 as the International Working Mens' Association for Denmark. At that time, the political party and the trade union were one organization. The purpose of the party was to unite the rapidly growing working class in a political party based on a socialist foundation*“ (Bille 1999).

Gleichzeitig verfügten die Gründerväter der dänischen Sozialdemokratie über keinerlei marxistische Bildung oder Hintergründe. Deren Motive waren schlicht die Empörung und Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung, *all mixed with a dash of a romantic approach for the project* (Frenzel 2002: 91, zit. Bille 1999: 43). Im Ergebnis waren die dänischen Sozialdemokraten nach Ende des Zweiten Weltkriegs deutlich von den Ideen von Keynes und dem (sog.) ‚funktionalen Sozialismus‘ in Schweden beeinflusst, der hauptsächlich von den Ökonomen Gunnar und Alva Myrdal vertreten wurde. Der oft hineininterpretierte Gedanke staatlicher Steuerung stand allerdings unter dem Einfluss des Marshall-Plans und der USA, die ihren Wiederaufbau in Europa an Bedingungen knüpfte; obgleich der Marshall-Plan in Dänemark nur begrenzten Erfolg zeigte. Er kann also keineswegs als originär dänische Eigenart beschrieben werden und steht sogar eher im Konflikt dazu.

Dennoch war der Unterschied zwischen Venstre und den Sozialdemokraten in den 1950er-Jahren so marginal, dass *raised the questions as to whether Venstre became a social democratic party in disguise* (Nevers und Olsen 2015: 259). Das musste zwangsläufig zu einer Entideologisierung zuvor starrer Fronten führen. Die ideologische Differenz zeigte sich aber weiterhin im Welfare State, den die Venstre mit der Konservativen Volkspartei in den 1950er-Jahren reduzieren, während die Sozialdemokraten ihn ausbauen wollten (VK-Plan).<sup>105</sup> Der Welfare State galt der Opposition als Hindernis der individuellen Freiheit und Initiative, der zudem die eigene Verantwortung der Individuen für ihr Leben unterminiere. Beachtlich ist, dass dieses Konzept als originär ökonomisches Programm entworfen, aber als moralische Kritik des Liberalismus verstanden wurde. Die Zeitgenossen und Kritiker der Diskussion konnten jedoch kaum eine kulturell-liberale Position mehr in der Venstre erkennen, sondern vielmehr die zuvor erkannte Stagnation in Positionen der 1920/30er-Jahre. Das führte 1963 zu erneuten Interpretationskämpfen über den Begriff und das Verständnis des Liberalismus sowie 1965 zur Neugründung der Partei *Liberal Centrum (Liberales Zentrum)*, die allerdings 1969 wieder aufgelöst wurde. Der Welfare State jedoch wurde erst zum Ausgangs- und Kumulationspunkt des sozialliberalen, kulturellen und politisch-demokratischen Liberalismus des Landes, dem die Venstre keine eigenen kulturellen und politischen oder demokratischen Entwürfe, Werte und Erfolge mehr entgegensetzen konnte. Dazu trat, dass die Kultur rein agrarischer Milieus im 20. Jahrhundert schnell an Bedeutung verlor und demzufolge auch der rein ökonomisch-wirt-

<sup>105</sup> Am 4. Oktober 1959 entworfen als Alternative zur dominierenden Sozialdemokratie.

schaftlich geprägte Liberalismus der Bauern implodierte. Sozioökonomische Veränderungen der Klientel in den 1950 bis 70er-Jahren taten ihr Übriges. Frauen und untere soziale Schichten der Arbeiter kamen zur neuen urbanen Erwerbsbevölkerung dazu, die um und von deren sozioökonomische Probleme noch ergänzt wie flankiert wurden, die allerdings weit außerhalb der Kompetenzen der Venstre lagen, aber mehr im Spektrum der Sozialdemokraten. Außerdem schlossen sich immer mehr Geistliche den Sozialdemokraten oder Sozialisten an. Das hatte auch den Verlust der traditionellen wie demokratischen Heimvolkshochschulbewegung (*folkehøjskoler*)<sup>106</sup> der Venstre zur Folge, da auch viele Lehrer zu den Sozialdemokraten wechselten. Nicht zuletzt verpasste die Venstre einst die Chance, ihre politökonomischen Entwürfe des Wirtschaftsliberalismus für breitere Schichten anschlussfähig zu machen (Nevers und Olsen 2015: 263).

Insgesamt folgt daraus eine hohe Ambivalenz und innere Dynamik der politischen Milieus und Begriffe. Die zeigt sich neben Dänemark auch im Fall der Weimarer Republik bei hoher und gleicher Ungleichzeitigkeiten dieser Verläufe. Diese kumulieren allerdings zu unbefriedigender sozialwissenschaftlicher Analyse. Insbesondere in der Zwischenkriegszeit der Weimarer Republik zeichnete sich für Tim B. Müller eine wesentliche Konvergenz des demokratischen Kapitalismus in Kombination mit dem sozialliberalen Wohlfahrtsstaat ab. Müller spricht daher (nicht widerspruchsfrei; UL) von der Etablierung der ‚sozialen Demokratie‘ in den europäisch-atlantisch-pazifischen Demokratien. Ralf Ptak verortet diese Diskussion - insbesondere im Zusammenhang mit der Genese des Neoliberalismus - dagegen eher in die Auseinandersetzung um den Wirtschaftsliberalismus im 19. Jahrhundert (Ptak 2007: 16). Man müsse, so Müller, hierbei Staat und Verwaltung sowohl als funktionale wie auch als programmatische und konstitutive Akteure dieses Sozialliberalismus und demokratischen Wohlfahrtsstaates sehen, nicht als Antagonisten, wie in den politisch-polemisch Debatten der letzten Jahrzehnte oft geschehen.

Müller setzt sich so mit der These und den Autoren des Neoliberalismus, wie Hayek oder von Mises, auseinander, die den demokratischen Staat hauptsächlich als autoritär, paternalistisch und freiheitseinschränkend oder totalitär bezeichnen und Demokraten wie Liberale in ein Kontinuum von Faschismus, Nationalsozialismus und Stalinismus stellen. Vielmehr kämen zahlreiche Impulse zu liberalen und demokratischen Reformbemühen der Kriegs- und Zwischenkriegszeit aus der staatlichen Verwaltung heraus. Der Autor nennt hier explizit die keynesianische Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik und deren Rolle des fiskalischen Gemeinwohls, das sich zuvorderst am Individualwohl orientiere und damit eine pluralistische Symbiose erreichte. Politische Freiheit sei so nicht ohne ökonomische Gleichheit denkbar, was bedeute, dass Gemeinwohl und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. So führt Müller hier die Entstehung der westlichen und skandinavischen Wohlfahrtsstaaten eher auf den sozialen Liberalismus als auf den Sozialismus zurück (Müller 2015: 127 ff.). Zudem, so Müller, bildete sich die moderne Wirtschaftspolitik als Grundlage dessen in vielen westlichen Demokratien erst in der Zwischenkriegszeit heraus, die als *keynesianische Revolution* bezeichnet wurde.<sup>107</sup> Kollektive Solidarität und individuelle Selbstbestimmung waren so nach Müller keine Gegensätze der Weimarer Wirtschaftspolitik, sondern gehörten zusammen. In den Begriffen fand sich zwar eine Gemengelage unterschiedlicher Traditionen sozialdemokratischer, kathe-dersozialistischer, preußisch-hegelianischer, nationalistischer Begriffe und Motive. Nicht das Mi-

---

<sup>106</sup> Diese verstanden sich ursprünglich als informelle und politische Bildungseinrichtungen für die Landbevölkerung und Erwachsenenbildung, ergo für jene, die bisher keine Chance auf formale Bildung erhalten hatten. Sie gehen auf Grundtvig zurück, bestehen seit 1844 bis heute und gelten als Besonderheit dänischer Traditionen.

<sup>107</sup> Das eigentlich Revolutionäre bestand in der Entdeckung der Konjunkturpolitik als Element der Wirtschaftspolitik, indem Keynes explizit die Nachfragefunktion entdeckte, die zuvor nicht thematisiert wurde. Damit löste Keynes die Neoklassik des 19. Jahrhunderts ab, die davon ausging, dass sich jedes Angebot schon seine Nachfrage selbst schaffen werde.

schungsverhältnis der Ideologien sei aber daran interessant, sondern die Herausbildung einer sozialliberalen Kultur und die ökonomische Strategie der wirtschaftspolitischen Führungsschicht der Republik, so Müller (Müller 2015: 138 f.). Das wirtschaftspolitische Selbstverständnis ging so von der Prämisse aus, dass eine staatliche Regulierung der Volkswirtschaft erforderlich sei. Dabei wurde die Bedeutung des Staates für die kapitalistische Wirtschaft zwar nicht erst dort entdeckt, aber in der Weimarer Republik näher ausformuliert.

Dieser recht kurzfristigen Perspektive kann man alleine anhand des Beispiels Dänemarks und der Debatte um den Liberalismus durch Ptak mühelos bestreiten und widerlegen. Auch Max Weber dürfte hier vermutlich mit seinen zahllosen Beispielen aus der Antike widersprochen haben. Den späteren Neoliberalismus verbindet zudem eine Hassliebe zum ursprünglichen Liberalismus, der sich zwar einerseits auf die ökonomischen Annahmen der Klassik des 18./19. Jahrhunderts<sup>108</sup> bezieht, aber andererseits seine dezidierte Abgrenzung zum Liberalismus betont (Ptak 2007: 16). Insofern handelt es sich daher nicht um eine *neue* Form, die erst in Weimar oder danach entsteht, sondern die als sozioökonomischer Konflikt und Widerspruch zwischen *oikos* und *polis* seit jeher inhärent ist und sich regelmäßig weiter formiert und fortlaufend reformuliert.

Das republikanische Staatsbürgerethos steht im krassen Gegensatz zu solch instrumentalistischer Auffassung der (neo-)liberalen Demokratie (Schäfer 2015: 33). Hier kommt das Pathos zur nationalen Selbstbestimmung zum Ausdruck. Die Einflüsse liegen hauptsächlich in der Französischen Revolution 1789 und beim Humanismus der Renaissance bei Autoren wie Rousseau oder Harrington. Unter dem Begriff der Republik wurde jedoch historisch Unterschiedliches verstanden. Im 18. Jahrhundert bildete die Republik zunächst den Gegenentwurf zur Monarchie, die jedoch sowohl aristokratisch als auch demokratisch organisiert sein konnte. Des Weiteren stellte sie das Gegenteil von Anarchie und Diktatur dar und wurde schließlich im Zuge der französischen und amerikanischen Revolutionen als demokratische Antwort auf Aristokratie und Monarchie entworfen. Im deutschen Sprachgebrauch dagegen existiert keine Definition, die über das Gegenteil der Monarchie hinausgeht, wie in anderen Ländern (Schäfer 2015: 15). Kaum jemand bezeichnet sich in Deutschland selbst als Republikaner, „um nicht als Parteigänger einer rechtsradikalen Partei oder amerikanischer Konservativer verdächtigt zu werden.“ (Schäfer 2015: 15). Als Republikaner im ursprünglichen Sinn gilt jemand, *der Demokratie im revolutionären Sinne leben will, tagtäglich, auch gegen Widerstände und Obrigkeiten, der sich für die Aufklärung und Menschenrechte einsetzt*, so Schäfer hier mit Walter Jens (1976). Der republikanische Ansatz konzentriert sich daher auf die Erneuerung der verallgemeinerten politischen ‚*Freiheiten der Alten*‘ unter den modernen Bedingungen einer funktional differenzierten Gesellschaft. Daraus folgt, dass die Regierungsgewalt hier nicht bloß verrechtlicht und von den vorpolitischen, wirtschaftlichen Interessen der Bürger abhängig gemacht werden soll; vielmehr steht die vom Volk ausgehende, sich selbst begründende, reproduzierende Staatsgewalt konstitutiv für den gesellschaftlichen Zusammenhang. Ziel und Zweck ist daher im republikanischen Modell die Ermöglichung einer von vereinigten Bürgern gemeinsam hergestellten Praxis der politischen Selbstbestimmung. Nicht die Ermöglichung der autonomen Lebensführung der privaten Bürger steht hier im Mittelpunkt, sondern die Ermöglichung der politischen Rechte, die nicht mit den negativen Rechten der Privatleute verwechselt werden dürfen, die sich zuerst als Konsument oder Klient, also weitgehend unpolitisch verstehen (Habermas 2008: 143).

Nach Pettit und Skinner beharren Republikaner darauf, dass man ohne eine eigene Einmischung solange unfrei ist, wie man von den willkürlichen Entscheidungen anderer abhängig ist

---

<sup>108</sup> Hauptsächlich verbunden mit den britischen Nationalökonomem Adam Smith, Thomas Robert Malthus, David Ricardo, John Stuart Mill und dem Franzosen Jean-Baptiste Say. Sie stellten vor allem den wirtschaftlichen Eigennutz des einzelnen Menschen und die Auswirkungen dieses Handelns auf das Gemeinwohl in den Vordergrund. Die neoklassische Theorie des 19. Jahrhunderts stellte dagegen die Wirtschaft vor allem als System von Märkten dar, auf denen Angebot und Nachfrage durch die Güterpreise ins Gleichgewicht gebracht werden.

(Schäfer 2015: 34). Verschiedene politische Aversionen des 19. Jahrhunderts gegen den Begriff der Demokratie, der untrennbar mit der Republik verbunden ist, führten allerdings zur Diskreditierung der Republik und der Republikaner allgemein; aber auch Republikaner selbst zeigten oft Divergenzen zur Demokratie. So zitiert Armin Schäfer das *Lexikon der Politikwissenschaft* mit den Worten, dass der Republikanismus nicht mit dem Pluralismus moderner Gesellschaften vereinbar sei und ferner Minderheitenrechte gefährde, in eine Erziehungsdiktatur mit Tugendterror münden könne und eine Tendenz zum Nationalismus bestehe; Symptome die ihm eher nostalgisch anmuten (Schäfer 2015: 16).

Eine adäquate Reanimierung der positiv besetzten Werte des Republikanismus führt Schäfer hier mit dem Begriff des *Neorepublikanismus* ein. Um das Verhältnis von Freiheit und Partizipation zu charakterisieren, unterscheidet Armin Schäfer hier zwei unterschiedliche Formen des Neorepublikanismus. In der Literatur existieren verschiedene Begriffe, die dennoch das gleiche Spannungsfeld bezeichnen. Zum einen können hier, so Schäfer, ‚elitär-demokratische‘ und ‚radikal-demokratische‘ Versionen des Republikanismus unterschieden werden. Erstere zielen reaktionär auf Machtkontrolle und Gewaltenteilung sowie auf begrenzte Partizipation. Zweitere bezeichnen eher progressiv demokratische Reformen, die mehr Partizipation ermöglichen (Schäfer 2015: 17). Dazu gehören ethisch-aristotelische und nicht-ethisch geprägte Definitionen eines ‚guten Lebens‘, die sich gegenüber individuellen Lebensentwürfen neutral verhalten, so lange die Freiheit der anderen durch sie nicht beeinträchtigt wird. Hierzu zählen Rawls‘ ‚bürgerlicher Humanismus‘ und sein ‚klassischer Republikanismus‘ sowie der Terminus von Niesen, der zwischen ‚Zivilrepublikanismus‘ und ‚Kantischem Republikanismus‘ unterscheidet (Schäfer 2015: 33). Der *neorömische Republikanismus* sieht politische Partizipation als instrumentell mit Freiheit verknüpft. Fremdherrschaft und Beherrschung werden hier abgelehnt. Dagegen sieht das aristotelische Modell des *neoathenischen Republikanismus* politische Beteiligung - im Sinne von Berlins *positiver Freiheit* – als einen intrinsischen Wert. Im Modell römischer Prägung bedeutete Freiheit für das Volk hauptsächlich den Schutz vor willkürlicher Herrschaft durch die Aristokratie. Nicht die Partizipation, sondern die Herrschaft der Gesetze garantierte dort die Freiheit. Im athenischen Modell dagegen war die aktive Beteiligung der Bürger gleichbedeutend mit Freiheit. Frei war nur, wer über die Anliegen des Gemeinwohls mitentschied. Die Gemeinsamkeit beider Modelle liegt dennoch darin, dass sie die individuelle Freiheit gefährdet sehen, wenn Beteiligungsrechte ungleich in Anspruch genommen werden. Partizipation und die Abwendung von Politik sind für Republikaner daher keine Privatangelegenheit, wie für das liberale Modell, sondern politisch. Nicht zufällig eröffnete die Frauenbewegung in den 1970ern mit der Parole, dass das Private politisch ist, ein neues Politikfeld.

Hier zeigt sich, dass auch das neorömische Modell zunächst von negativer Freiheit ausgeht. Dennoch führt das Modell neben der positiven und negativen Freiheit einen dritten Freiheitsbegriff ein, der zunächst unerheblich erscheint. Hier erscheint der Begriff der Nichtbeherrschung bzw. Freiheit als Abwesenheit von Beherrschung und Fremdherrschaft. Das Resultat sind unterschiedliche Schlussfolgerungen, die sich daraus ergeben, wenn auch der Unterschied marginal zu sein scheint, so Schäfer. Abgesehen von dem Wert eigener Intervention betrachtet der neorömische Ansatz nicht jede Form der Einmischung von außen als Beschränkung der eigenen Freiheit. So können manche Eingriffe der Republik zwar in Konflikt mit den individuellen Absichten geraten, aber sie schränken die persönliche Freiheit nicht ein. Manche Formen der Eingriffe sind so erst notwendig, um bspw. Machtasymmetrien, Interessengegensätze oder Diskriminierungen auszugleichen oder zu verhindern. Hayek schrieb hier, das Verbot seinen Nachbarn zu töten, schränke zwar das eigene Recht, das zu tun zugunsten des Nachbarn massiv ein, sei aber durchaus sinnvoll und zu verteidigen, da es bedeutet, selbst nicht getötet zu werden. Entscheidend ist stets das Maß der Legitimation, wie Habermas fortwährend beteuert (Habermas 1992). Dennoch bleibt das stete Spannungsfeld von Deliberation und Partizipation auch im neorömischen Modell bestehen (Schäfer 2015: 34 f.).

Im neoathenischen Modell dagegen ist das Verhältnis von politischem Engagement (ergo: Deliberation) nicht nur instrumentell mit Freiheit verbunden, sondern dafür konstitutiv. Das politische (*deliberative*) Handeln ist hier exponiert. Nur durch die Verständigung mit anderen auf gemeinsame Ziele werde ein höheres Maß individueller Freiheit erst möglich, weil Regeln und Normen

nicht von außen diktiert werden, sondern durch das eigene Handeln erst entstehen. Hier schließt Schäfer durchaus an Habermas und das kommunikative Handeln an, ohne ihn direkt zu zitieren (Schäfer 2015: 35). Zugleich liegt hier eine zentrale Ursache am Unbehagen an der Demokratie, die Partizipationswünsche zwar weckt, aber umgehend wieder kassiert, da der Staat als Polis stets auf die neutralen Prozesse und Verfahren der Verfassung verweist und ohnehin stets Neutralität gegenüber seinen Bürgern als Demos wahren muss, aber dennoch auf die Fragen des ‚guten Lebens‘ verpflichtet ist:

*„Alle Versuche, sich in öffentlicher Debatte darüber zu verständigen, wie etwa die Abtreibungs-, Einwanderungs- oder Steuerpolitik zu gestalten sind, seien zum Scheitern verurteilt, wenn jede Haltung zu diesen Fragen als vordiskursiv gegeben, privat und damit gleichermaßen legitim erscheine. Politik kann für Liberale, so die republikanische Kritik, nichts anderes als der Kampf zwischen unabänderlichen und häufig unversöhnlichen Interessen sein, weil schon der Versuch als intrusiv gelte, sein Gegenüber zu überzeugen (Barber 2003: 20). Im Gegensatz dazu besteht aus republikanischer Sicht der Sinn von Demokratie darin, mögliche Gemeinsamkeiten auszuloten und eigene Überzeugungen durch Diskussionen zu revidieren (Sunstein 1988: 1545; Pettit 1999: 187 – 188), so Schäfer hier zusammenfassend (Schäfer 2015: 36).*

### 4.3 Kritik und Paradox politischer Deliberation

Das deliberative Element hat, so Habermas, in der Geschichte der politischen Ideen weitaus weniger Spuren hinterlassen als die voran genannten Ideen des Liberalismus und Republikanismus. Die Schwäche des Liberalismus sei dennoch, nicht erklären zu können, warum sich Menschen überhaupt politisch beteiligen und nicht vollends ins Private zurückziehen sollten. Denn dadurch, so Schäfer, untergrabe man die Demokratie (und damit die eigene Freiheit, UL) die man ursprünglich verteidige. Die plumpe Analogie von Märkten zur Demokratie greift hier zu kurz, da sich die individuellen Präferenzen eben nicht per *invisible hand* zu einer höheren Rationalität verbinden. Kosten-Nutzen-Analysen zeigen zudem, dass das einzelne Gewicht der Stimme tatsächlich so gering ist, dass ein rationaler Akteur tatsächlich keinen Grund hat, seine Stimme bei der Wahl oder Referenden (u. Ä.) abzugeben. Habermas erkennt in dem *voter's paradox* jedoch keinen Widerspruch, da sich Begründungen und Ergebnisse stets diskursiv bilden und nicht schon vorher bereitstehen. Das heißt, dass sich Bürger kaum von der Wahl abhalten lassen, selbst wenn qualifizierte Beobachter sie auf die geringe Chance und Realisierbarkeit der Stimme und ihrer Intentionen aufgrund des Wahlrechts oder der Mehrheitsverhältnisse hinweisen. Die legitimierende Funktion der Wahl funktioniert daher nur, eben *weil* sie unter empfundenen Gerechtigkeitsaspekten stattfindet, dass jede Stimme mit gleichem Gewicht zählt. Ähnlich funktioniert das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das kollabieren würde, wenn die Bürger trotz schlechter oder gegenteiliger Prognosen auf die Klage bei Gericht (u. Ä.) verzichten würden, um *ihr* Recht zu bekommen. Hier beginnt der Konflikt zum Recht als machtvolle Ressource - nicht zuletzt im (Neo-)Liberalismus. Zugleich dürfen solche impliziten Annahmen nicht mit empirischen Aussagen verwechselt werden, so Habermas (Habermas 2008: 150). Die Divergenz ist also der stete Begleiter jedes Diskurses. Dazu kommt, dass deliberative Begründungen zwar komplexe und anspruchsvolle Formen der Kommunikation sind, die nicht frei von Einflussnahme sind, die nach Habermas dennoch auf die gewöhnliche Alltagspraxis zurückgehen, Zusammenhänge zu problematisieren und Inhalte zu verifizieren oder zu falsifizieren. Entscheidend seien hier die persönliche Betroffenheit und der jeweilige Kontext des Akteurs – neben den normativen Beschränkungen der demokratischen Meinungs- und Willensbildung, der Qualität und Ergebnis des Diskurses selbst. Sozialwissenschaftliche Forschung muss sich demnach immer am kontrafaktischen Gehalt solcher Präsuppositionen orientieren.

Hinsichtlich der Abweichung vom erwarteten Ergebnis verweist Habermas stets auf die empirische Bedeutung solcher Fragen, die mitunter weit über die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes hinausgehen und zu den Fragen des *framing* führen (Habermas 2008: 154). Erst ein Mindestmaß

an republikanischem Bürgersinn führt dazu, sich als Teil einer politischen Gemeinschaft zu verstehen und entsprechend seiner Freiheitswerte zu engagieren (Schäfer 2015: 36). Insbesondere den parlamentarischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts diente die Idee einer deliberierenden Öffentlichkeit, „die als Transformationsriemen zwischen der Zivilgesellschaft und den institutionalisierten Beratungs- und Entscheidungsprozessen des Staates fungiert“ als Inspiration (Habermas 2008: 143). Insbesondere angesichts der modernen elektronischen Revolution der Kommunikationsmöglichkeiten wäre denkbar, das deliberative Paradigma zu reanimieren, so Habermas dort. Um allein die vormals normativen Ideen der Theoretiker an die komplexe gesellschaftliche Realität anzukoppeln, wäre diese Methode schon reizvoll, *die nicht wieder am Dementi der Tatsachen scheitert*.

Der normative Kern bei Habermas liegt, so auch König an dieser Stelle, im Ideal der autonomen Selbstbestimmung einer Rechtsgemeinschaft, die sich über die gemeinsame Praxis der Staatsbürger selbst herstellt und bestimmt (Habermas 1992: 153; König 2012: 12). Dabei handelt es sich um eine Rechtsgemeinschaft als eine Assoziation freier und gleicher Bürger zueinander. Die moderne, differenzierte Gesellschaft passt so zunächst kaum in das Muster der antiken Idee einer freien Selbstverwaltung. Habermas betont dennoch, dass aber gerade diese Idee von ihr als ‚Rechtsstaat‘ adaptiert und proklamiert wird. Dessen anerkannte, legitime Verfahren und das System der positiven Rechte stellen somit ein notwendiges Ensemble zur Implementierung eines Ideals der Selbstverwaltung her. Dabei sind zwei Mechanismen notwendig:

1. Die politische Willensbildung muss in angemessener Form der Rechte ermöglicht werden.
2. Dieser Wille muss dann auch tatsächlich umgesetzt werden.

Dazu führt Habermas hier die Begriffe der kommunikativen Macht und der administrativen Macht ein. Die kommunikative Macht umfasst so die Macht, die vom Volk ausgeht (Art. 20, Abs. 2, Satz 1). Der demokratische Prozess des Republikanismus sah dagegen den Wert einer expressiven Willensäußerung, während das liberale Modell die Funktion der Willensäußerung als Rückbindung des aufgeklärten Bürgertums an die Regierung verstand. Dagegen erwartet das deliberative Modell die Einbettung des Wählerwillens in die Entscheidung, um dadurch die Qualität der Entscheidung selbst zu verbessern. Die kommunikative Macht gilt als symmetrisches Phänomen, das sich spontan und dynamisch zwischen Akteuren immer dann bildet, wenn diese aufeinandertreffen und kollektiv organisiert sind. Das heißt, sie steht dem Individuum gerade nicht zur Verfügung, das sich aber umso mehr darauf beruft und das Recht damit anerkennt und ihm Geltung verschafft.

Die administrative Macht dagegen gilt so als jene Befehls-, Sanktions- und Organisationsmacht des Staates, also von Exekutive, Legislative und Judikative. Diese ist demzufolge immer asymmetrisch verteilt, wie bei allen Begriffen von Macht und Herrschaft (Max Weber). Wobei die administrative Macht ihren Aggregatzustand verändert, so lange sie an die diskursive, deliberative Meinungsbildung gekoppelt bleibt. Die kommunikative Macht umfasst so die Konkurrenz öffentlicher Meinungen. Für Habermas sind so beide Machtformen negativer und positiver Freiheiten untrennbar aufeinander angewiesen und jeweils füreinander konstitutiv. Das heißt, die kommunikative Macht benötigt das Instrument der administrativen Macht allein schon zur Umsetzung des gebildeten Willens, aber auch um die Voraussetzungen des eigenen Entstehens und Überlebens zu gewährleisten. Die administrative Macht dagegen benötigt die kommunikative Macht allein schon zur demokratischen Legitimation und zum Machterhalt.

Daraus folgt, dass derselbe institutionelle Komplex der Demokratie stets aus verschiedenen Blickwinkeln wahrgenommen wird, die sich allerdings auf die oben genannten drei Perspektiven (*private Autonomie, demokratische Staatsbürgerschaft, unabhängige politische Öffentlichkeit*) verteilen und dadurch determinieren. Denn das vorherrschende Ideal ist das einer liberal verfassten politischen Gemeinschaft, die die politische Identität einer Bevölkerung wie auch die politische Kultur eines Landes prägen (Habermas 2008: 144 f.). Elementar für die kommunikative Macht nach Habermas sind neben dem ‚System der Rechte‘ der Diskurs und das Prinzip der Demokratie. Inhaltlich bestehen diese Rechte aus den formalen und liberalen Grundrechten, wie sie Eingang in die meisten Rechtsordnungen in aller Welt gefunden haben. Habermas fasst sie bewusst als abstrakte Rechtskategorien, deren konkrete Umsetzung im Einzelfall stets interpretationsbedürftig bleibt.

Das System der Rechte bildet für die kommunikative Macht so jedoch nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Denn das Grundrecht allein kann aus liberaler Tradition nicht gewährleisten, dass die Rechtssubjekte und private Individuen auch von ihrem Recht Gebrauch machen oder es einfordern und umsetzen. Dieses Dilemma umfasst zwei Ebenen: Es ist

- erstens nicht ausgeschlossen, dass das vorhandene System der Rechte überhaupt nicht realisiert wird.
- Zweitens ist nicht ausgeschlossen, dass die Bürger, selbst wenn ihnen die Rechte eingeräumt werden, davon tatsächlich keinen Gebrauch machen und nicht teilhaben (wollen) am Diskurs und der eingeräumten Autonomie.

Der Grund ist, dass sie sich - aus welchen Gründen auch immer - zurückziehen und sich anderen Dingen widmen oder nach Max Weber schlicht resignieren. Die Rechtsnormen stellen es dem Bürger demzufolge frei, sich überhaupt zu beteiligen. Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung etwa stellt es ihm frei, sich überhaupt zu äußern; das Wahlrecht schließt auch mit ein, eben nicht an der Wahl teilzunehmen und seine Stimme nicht abzugeben (usw.). Die positiven Grundrechte bleiben so stets eine Offerte (Habermas 1992: 165). Anders formuliert bleiben die kommunikative Macht und das System der Rechte stets eine „*Meinung, auf die sich viele öffentlich geeinigt haben*“ (Habermas 1992: 182 f., zit. Hannah Arendt), die erst in den Dialogen und Diskursen notwendig zum Ausdruck kommt. Damit ist die kommunikative Macht nach Habermas erst ein Resultat von Deliberation, also von Verfahren der Beratung und Meinungs- und Willensbildung in Diskursen (König 2012: 15).

Das Diskursprinzip gilt dann für rechtliche wie für moralische Handlungsnormen gleichermaßen, obgleich die Rechtsnormen im Unterschied zu Moralnormen den originären Unterschied der Gesetzgebung markieren und dadurch den Meinungs- und Willensbildungsprozess determinieren. Daraus leitet sich das Demokratieprinzip ab, das aus eben jener institutionellen Verschränkung von Diskursprinzip und Rechtsnorm entsteht und legitimiert wird. Hier zeigt sich ferner das Dilemma jedweder Opposition, entweder keinen konkret hinreichend mehrheitlichen Einfluss oder zu geringe Kenntnisse des Verfahrens selbst zu haben. Zwar besitzen sie formal als Bürger dieselben Rechte, argumentieren aber häufig eher wert- als normenzentriert. Deutlich wird aber auch daran, wie König bemerkt, wie stark Habermas auf die Verbindung der soziologischen Theorie des kommunikativen Handelns mit der politischen Theorie der deliberativen Demokratie abzielt und sie normativ mithilfe der neutralen Verfahren und Diskurse und des Konsenses voraussetzt. Der buchstäbliche Konflikt ist quasi vorprogrammiert. Allein die kommunikative Macht des Bürgers ist nicht ausreichend. Sie ist vielmehr nur ein Element, das um die staatliche und ökonomische Macht und Interessen von Unternehmen, Märkten und bürokratischen Organisationen und Systemen ergänzt und flankiert wird – bzw. von ihr stark unter Druck gerät. Das Resultat sind vermachtete Strukturen der konkurrierenden Akteure in Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft.

In Anlehnung an Parsons erkennt auch Habermas an, dass neben der Kommunikation auch Systeme eine nicht minder elementare Form der gesellschaftlichen Integration gewährleisten, die sich anhand eigener Codes der Problematisierung und damit dem öffentlichen Diskurs zum Konsens weitgehend entziehen. Dazu gehört zunächst das administrative System mit seinem originären Medium der administrativen Macht sowie das ökonomische System mit seinem primären Steuerungsmedium Geld. Insbesondere das ökonomische System und die Administration neigen dazu, sich gegenüber dem Bürger abzuschotten und sich ungeachtet der externen Effekte jeglicher Kontrolle zu entziehen (Habermas 1992: 58; König 2012: 18). Habermas bezeichnet diese Problemlagen als *rechtsexterne* und *rechtsinterne* Spannung zwischen Faktizität und Geltung. Diese Machtstrukturen ökonomischer und administrativer Macht setzen demzufolge den Gesetzgebungsprozess und die deliberative Politik unter Druck und fordern sie gleichsam heraus. Die freie Willensbildung würde zwar weiterhin ungehindert stattfinden, aber eine effektive Umsetzung würde am Widerstand der Systeme scheitern und das Ideal deliberativer Demokratie ad absurdum führen. Die Lösung dieser Spannungen liegt für Habermas erneut im Rechtsstaat. Nur dieser könne das Primat des Rechts als grundlegendem Integrationsmedium gegenüber der Ökonomie und administrativer Macht durchsetzen. Märkte und bürokratische Organisationen werden so rechtlich institutionalisiert, sodass

kein gesellschaftlicher Bereich dem anderen den Rücken zukehren kann und sich allein auf seine eigene Faktizität verlassen kann. Dennoch können das Arrangement positiver Rechte und der Rechtsstaat allein keine Gewähr für die Transformation der kommunikativen Macht in die administrative Macht oder die Ökonomie leisten. Daher stellt sich nicht nur für König hier die Frage nach der soziologischen Evidenz deliberativer Politik in demokratischen Gemeinschaften (König 2012: 19).

Ferner lautet die Frage, welches Gewicht dem rechtsstaatlich regulierten Regelkreislauf zukommt. Unklar ist also, wie das Verhältnis der Steuerung von administrativer durch die kommunikative Macht aussieht. Nach Habermas gibt es zwar im politischen Alltag Widerstände gegen den rechtsstaatlich organisierten Machtkreislauf; diese seien jedoch überwindbar und stellen das Modell der deliberativen Demokratie nicht grundsätzlich in Frage. Im Kern von Habermas' Argumentation steht so das Konzept einer dichotom verlaufenden deliberativen Politik. Diese Dichotomie wird bestimmt durch Prozesse institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Meinungs- und Willensbildung. Auf die institutionalisierten Prozesse entfallen so (a) die offiziellen Konsultationen und Verlautbarungen eines hoch ausdifferenzierten, rechtsstaatlichen und politischen Systems. Als nicht-institutionalisierte Prozesse gelten (b) die spontane, katalytische Meinungsbildung innerhalb der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit. Die Crux, so König, liege in der eigentlichen Legitimität und Legitimation politischer Entscheidungen, die in der Regel relativ langfristig angelegt sind, aber abhängig sind von sehr kurzfristigen, affektiven Entscheidungen und Meinungen (König 2012: 20).

Habermas bedient sich dazu eines Zentrum-Peripherie-Modells des politischen Systems von Peters (Habermas 1992: 429 ff.). Das politische System gliedert sich so in ein Zentrum, das aus Verwaltung, Regierung, Gerichten, Parlament und Parteien besteht; und aus einer Peripherie, bestehend aus Zivilgesellschaft, Interessengruppen, Verbänden und Öffentlichkeit. Die Legitimität der Entscheidungen des Zentrums ist so abhängig von der katalytischen Meinungs- und Willensbildung der Peripherie, die jedoch häufig aufgrund der jeweiligen Systemlogiken umgangen wird. Damit dreht sich die Logik gewissermaßen erneut im Kreis; und der Öffentlichkeit werden stattdessen nur die Ergebnisse parlamentarischer Arbeit präsentiert, anstatt sie am Verfahren zu beteiligen. Leere Parlamente, in denen dann nur noch zum Schein oder folgenlos diskutiert wird, werden so schließlich zum Legitimationsproblem, so Hauke Brunkhorst (Brunkhorst 2016b).

Die moderne Demokratie ist so nach Rousseau eben nicht nur *Mehrheitsherrschaft*, „sondern ein öffentliches, kooperatives, egalitäres und inklusives Verfahren zur Lösung gesellschaftlicher Probleme“ (Brunkhorst 2016b). Hier wird die Marktalogie deutlich, die der als ‚neoliberal‘ diskreditierten Sozialen Marktwirtschaft idealtypisch den Vorrang einräumt und zugleich genau daran grandios scheitert. Entscheidend ist dabei, wie diese Mehrheiten zustande kommen. Denn mächtige ökonomische Interessen dringen illegitim in den Gesetzgebungsprozess ein, die sich zudem rechtsstaatlicher Verfahren bedienen. Für Habermas spricht das jedoch nicht grundsätzlich gegen das Modell der deliberativen Politik, da hier auch legitimes Entlastungspotential für den Bürger liegt. Die Systemlogik des Zentrums, der administrativen und ökonomischen Macht, entlaste so den Bürger von der aufwändigen Deliberation und reduziere notwendigerweise die Komplexität. Die Grenze zum simplifizierenden Populismus und berechtigter Interessenartikulation wird dadurch allerdings fließend. Daraus folgt aber auch, dass die Entscheidungen hoch selektiv getroffen werden, was wiederum dem Ideal einer Deliberation widerspricht. Claus Offe bemerkt hier ergänzend, dass das Kapital dagegen gar nicht argumentiert, sondern stumm seiner Wege geht (Offe 2016: 26). Aufgrund des Rechtsstaates und der Parlamente hat der Bürger nach Habermas dennoch zu jedem Zeitpunkt die Möglichkeit der Intervention, Information oder der Kommunikation. Im Ergebnis liegt die Macht dann idealtypisch wieder beim Bürger und der kommunikativen Macht, so dass über die Gerichte und Parlamente stets eine Intervention und Rückkopplung möglich ist. Auf diese Weise ergänzen sich die Interessengegensätze, so Habermas. Dennoch ist diese Form der Deliberation notwendigerweise erneut an zwei bedeutende Voraussetzungen gebunden:

1. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft müssen im Namen der Bürger jene Prozesse des Zentrums überwachen können. Sie müssen also die Missstände überhaupt erst intellektuell hinreichend wahrnehmen, verstehen und einordnen können.

2. Und sie müssen die Missstände entsprechend thematisieren können (Habermas 1992: 435).

Damit verschiebt sich, so auch Habermas dort, ein großer Teil jener normativen Erwartungen deliberativer Politik auf die peripheren Strukturen, ergo: die zivilgesellschaftliche Peripherie und deren kommunikative Macht. Wolfgang Merkel hält dagegen fest, dass Tempo und Umfang der Deliberation von Regierungen und Parteien vorgegeben werden. Parlamente, Justiz und die Zivilgesellschaft spielen dabei eher Nebenrollen, so Merkel. Zudem stünden die demokratischen Institutionen des Staates unter hohem funktionalem Anpassungsdruck, da Bürger und Demos sich an dem Output derer orientieren, was den subjektiven Legitimitätsglauben an die staatlichen Organe aufrechterhält. Andernfalls drohen die Verfahren und Institutionen dysfunktional zu werden (Merkel 2016: 5). Hier tut sich der offene Widerspruch respektive Konflikt zu Habermas idealisierter Perspektive auf, der damit unlösbar wird. Habermas wiederum interpretiert dagegen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft als informelle Netzwerke nicht-institutionalisierter, aber allen zugängliche Kommunikation, die mehr oder minder in der Lage sind, eine resonanzfähige, autonome Öffentlichkeit herzustellen; also eine Öffentlichkeit, die in der Lage ist, jene genannten Defizite qualifiziert aufzufinden, und die ferner in der Lage ist, diese adäquat zu bearbeiten und öffentlich darzustellen. Dabei gelten ihm aggregierte Positionen einer Vielzahl individueller Meinungen hier ebenso wenig wie die Ergebnisse von Umfragen als öffentliche Meinung. Habermas bezieht sich daher auf die Herstellung einer annähernden Markttransparenz nahezu vollständiger Informationen und ihres gegenseitigen Austausches, der zur Kontroverse und schließlich Lösung führen soll (Habermas 1992: 438; König 2012: 22).

Hier wird erneut die eingangs genannte, hohe Normativität und Willkür des Habermas'schen Modells deutlich. Denn allein die hohe Qualität der Diskurse ist für ihn entscheidend, um ein „*ein Maß für die Legitimität des Einflusses, den öffentliche Meinungen auf das politische System ausüben*“ zu finden (Habermas 1992: 439). Dabei geht Habermas erneut von einer nötigen Differenzierung aus zwischen Akteuren und Publikum, die in der öffentlichen Meinung um Aufmerksamkeit ringen. Die letzte Instanz der Öffentlichkeit bleiben jedoch die privaten Individuen und Laien, die sich zum Publikum versammelt haben und die entsprechend die Relevanz der Themen setzen, was sie interessiert, was aber nicht zwingend die qualifizierte Mehrheit repräsentiert. In der Konsequenz führt das (idealtypisch) zum erneuten Diskurs und zum ewigen, nie endenden Regress und Konflikt oder dem schlichten Abbruch des Verfahrens. Damit stützt Habermas letztlich die Marktthese individueller und organisierter Interessen und damit den Neoliberalismus. Umgekehrt, kann sich der Neoliberalismus reinen Gewissens auf Habermas und das Prinzip der politischen Deliberation berufen.

Im Ergebnis geht Habermas dann von einer Kontinuität der öffentlichen Meinung aus, die bei den privaten Interessen der Bürger beginnt und bei professionell vorgetragener Öffentlichkeitsarbeit sozusagen endet. Damit ist diese Vorstellung typisch für das Modell der deliberativen Demokratie, die davon ausgeht, dass es keinen Bruch zwischen Bürger und Repräsentant gibt, ihn sogar möglichst vermeidet. Die entsprechende Zivilgesellschaft bei Habermas kennt jedoch idealtypisch keine Manipulation oder aktive Beeinflussung; obgleich die Rhetorik, so Habermas, *ihr Janusgesicht der deliberativen Leistung aus der welterschließenden Kraft neuer Vokabulare, wie der einschränkenden und manipulativen Wirkung suggestiver und entflammender Metaphern verdankt* (Habermas 2008: 154). Parteien schließt er aus seinem sehr restriktiven Begriff sogar aus, ebenso wie Interessenverbände und Unternehmen (Habermas 1992: 443 ff; König 2012: 23). Seine zivilgesellschaftlichen, freiwilligen Assoziationen beziehen sich daher einzig auf nichtstaatliche, nichtökonomische, bürgerliche Vereinigungen wie in NGOs, Bürgerforen oder die Neuen Sozialen Bewegungen nach 1968. Die Impulse jener Gruppen beziehen die Akteure entsprechend aus der jeweils eigenen Lebenswelt und den Stimmen des politischen Systems als Sprachrohr der Bürger. König wendet dagegen ein, dass solch eine Idealisierung nicht mit soziologischen Untersuchungen übereinstimmt (König 2012: 23). Habermas sieht, so König, darin wie so oft keinen Widerspruch, da es stets eine empirische Frage sei, „*ob die kritische Funktion einer Öffentlichkeit im Einzelfall wahrgenommen*

werde oder nicht“ (ebd.). Zugleich beginnt aber genau damit die Lücke abnehmender Repräsentation, die heute wie gestern im Raum steht und nach Erklärung verlangt; und stärkt die These des Neoliberalismus als Gegenaufklärung (Schui 2003: 23), der überholte Traditionen und Werte bereitwillig über den Haufen wirft und das Individuum notwendig mobilisiert wie hinreichend (ent-)politisiert.

Habermas' Modell weist fraglos einige Schwachstellen respektive Ungenauigkeiten auf. So betonte der Staatsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde bereits 1976 in sozialliberaler Tradition (*Böckenförde-Theorem*), dass der demokratische Rechtsstaat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht schaffen kann. Die Demokratie gilt analog wie die Soziale Marktwirtschaft als *modus vivendi*, die politische Gleichberechtigung und den nötigen Diskurs darüber zwar gestattet, aber keinen Konflikt darüber und dadurch Dissens vermeidet, sondern erst als Grundlage dessen ermöglicht. Zugleich sehen Demokratie und Marktwirtschaft – im Gegensatz zur Diktatur - damit eben keine finale Lösung vor, sondern lassen die Konflikte als (un-)regulierten wie emergenten Prozess dezidiert zu, die problemlos wie ungelöst nebeneinander her existieren können. Insofern stimmt die These von Habermas zwar, dass Kommunikation und Diskurs der primäre, demokratische Weg sind. Ob der Konflikt aber tatsächlich gelöst wird, hängt entscheidend von der Perspektive, dem Verfahren und dem Engagement wie der Frustrationstoleranz der Rezipienten ab. Denn insbesondere Recht und Justiz, auf die sich Habermas derart kapriziert, kennen in ihrem binären Code immer nur Sieger und Besiegte, Schuldige und Nichtschuldige oder unlösbare Fälle, Zuständigkeiten und Legitimation durch Verfahren (Luhmann 2013), Recht und Unrecht.

Und bei aller Euphorie für den Rechtsstaat muss seine originäre Trägheit berücksichtigt werden. Das heißt, das Recht kann der allgemeinen Realität stets nur hinterherlaufen, sie aber nicht vorwegnehmen, sondern nur entsprechend bearbeiten und innerhalb der eigenen systemischen Grenzen ‚lösen‘. Was nicht in den jeweiligen Zuständigkeitsbereich des Rechts und der Gerichte, Organe, Länder oder Parlamente (usw.) fällt, kann genuin nicht von denen gelöst werden. Wolfgang Merkel bemerkt dazu, dass sich hier zwar erste Anzeichen einer Verschiebung der nationalen Entscheidungskompetenzen von der Legislative zur supranationalen Exekutive zeigen, wie im Fall der EU-Institutionen des Europäischen Rats, der Ministerräte und der Europäischen Kommission,<sup>109</sup> deren empirische Evidenz allerdings noch offen ist (Merkel 2016: 11). Das Recht presst also die Realität nur erneut wieder in die eigenen Normen und Institutionen – wie zuvor Habermas mit seinem Theorem. Max Weber schrieb hier treffend, die Jurisprudenz überprüft nicht, ob es das Recht und damit sich selbst geben sollte oder nicht, sondern verweist stets auf sich selbst und seine formalen Regeln und Verfahren (Weber 2006: 27 f.). Dazu treten Ermessensfragen des Rechts, der Richter und des weiteren Justizpersonals wie Staatsanwälte, Rechtsanwälte, Rechtspfleger (usw.) sowie letztlich Regelungslücken und unbestimmte Rechtsbegriffe in den Gesetzen.

Letztlich hängt die Legitimität aber auch davon ab, ob die Rezipienten die Regeln, Normen und Werte überhaupt selbst anerkennen und hohes *Commitment* aufbringen für die rechtsstaatlichen, demokratischen Verfahren und ihre Ergebnisse. Oder ob sie nicht nur starrköpfig auf den Vollzug und die Bestätigung der eigenen, persönlichen Sichtweise und vermeintliche Mehrheitsmeinung und Minderheitenrechten beharren. Das bezeichnet Habermas hier mit den unüberschaubaren Alternativen des Handelns und doppelter Kontingenz. Sie setzt sich aber im Rechtsstaat nur fort, anstatt dort aufgelöst zu werden. So besteht ferner die hohe Gefahr, dass sich auch das Recht

---

<sup>109</sup> Unter der *Exekutive* wird hier nach gängiger politikwissenschaftlicher Konvention in modernen Demokratien diejenige der drei staatlichen Gewalten verstanden, die verfassungsgemäß dafür zuständig ist, die Beschlüsse der gesetzgebenden Gewalt auszuführen. Sie umfasst insofern die Regierung als oberste politische Spitze und die Verwaltung, die sowohl vorbereitende als auch vollziehende Aufgaben zu erfüllen hat. Es entspricht ferner dem Prinzip der Gewaltenteilung, dass die unabhängigen Staatsorgane, um politisch wirksam handeln zu können, miteinander verschränkt werden. Dies wird in parlamentarischen Regierungssystemen dadurch deutlich, dass die Exekutive an der Gesetzgebung beteiligt ist und die Mehrheit der gesetzgebenden Gewalt die Regierung unterstützt.

selbst systemisch abschließt gegenüber der Umwelt, wie das Habermas von der administrativen und ökonomischen Macht behauptete und vermachtete Konflikte skizzierte, die dann über den Rechtsstaat und die Zivilgesellschaft qualifiziert gelöst werden sollen. Im Ergebnis täuscht Habermas damit eine Rationalität nur vor, die gar keine ist, sondern erneut im permanenten Widerspruch stecken bleibt. Daher bleibt die normative Frage nach der Gerechtigkeit (auch) im Recht ungelöst, wenn (respektive: weil) es eben nicht zuständig ist oder einzig auf geltendes Recht verweist, das die (empfundenen, gefühlten oder vorhandenen) Missstände toleriert. Last but not least treten zu diesen systemischen Problemen die Rechtsnormenhierarchie und konkurrierende Normen, die oft nur mit juristischer Expertise bearbeitet werden können. Nicht ohne Grund verweisen die Vorworte in den gängigen Gesetzesausgaben darauf, dass solche Texte vorrangig für Juristen verfasst und nicht für den herkömmlichen Heimgebrauch geeignet sind, nachdem man versucht, dort irgendeine Textstelle und einen Paragraphen zu finden, der aufs eigene Problem passt, um die umgehende Lösung zu antizipieren respektive zu erzwingen.

Hier beginnt Georg Jellinek mit seiner Diskussion um die normative Kraft des Faktischen (Anter 2004), also der rechtspositivistischen Frage, ob eine Norm auch dann gilt, wenn sie niemand sie befolgt; und der umgekehrten Frage, ob man durch ein bestimmtes Verhalten eine neue Regel für alle schaffen kann, so dass sie mittels politischer Macht und nicht weiter begründeter Setzung von einem Sein auf ein Sollen schließt. Das heißt, die politische Macht wird dann zur Praxis und zum geltenden Recht allein durch ihre Kraft und die Anerkennung der schweigenden Mehrheit. Der Rechtsstaat würde damit zwar weit überdehnt, wenn bspw. bisherige Rechte verändert, eingeschränkt oder ganz gestrichen werden; aber gleichsam voll ausgeschöpft, wenn über Rechtsfortbildungen oder gar der strafbaren Rechtsbeugung (§ 339 StGB) an die Stelle der alten Normen neue entstehen, die durch das Parlament und die Bevölkerung legalisiert und legitimiert werden.

Das Grundgesetz hat daher - wie die meisten Verfassungen der verschiedenen Länder der Welt - aus gutem Grund verschiedene Schranken, die einen zivilisatorischen Rückfall verhindern sollen. Ob aber jene Normen dann tatsächlich neu, und nicht nur wieder neu belebte alte Inhalte sind, ist eine offene Frage. Dahrendorf schrieb daher 1979, dass der vermeintliche Fortschritt keineswegs ein solcher im Wortsinne sein muss. Er könne auch bedeuten, dass eine Entwicklung regressiv verläuft ist. Für Hauke Brunkhorst besteht die Geschichte daher als soziale Evolution; nicht im marxistischen Sinne der Reproduktion der Produktionsverhältnisse, sondern eher noch durch das Recht. Zwar schließt auch Brunkhorst keinen Rückschritt aus, aber das Recht könne als ‚*normative Rückfallssperre*‘ dienen, die Regressionen, wenn nicht verhindern, aber doch einschränken können.

Nicht zuletzt besteht immer das Risiko des Justizirrtums oder des Verfahrensfehlers, der durch die positiven und negativen Grenzen des liberalen Rechtsstaates begleitet und sanktioniert wird. Daraus folgt, selbst wenn der Rechtsstaat mit seinen Organen und Gesetzen für den jeweiligen Fall zutreffen, sind dem Recht aus gutem Grund sehr enge Grenzen gesetzt, in denen es jeweils handeln und entscheiden kann. Denn zuerst besteht die Verfassung nahezu weltweit im liberalen Schutz des Bürgers vor dem Staat. Die Umsetzung der Entscheidung wiederum liegt bei den Akteuren selbst, deren Nichtbeachtung erneut Sanktionen aufgrund und ausschließlich des Rechts nach sich zieht. Insofern ist der normative Verweis von Habermas, der Bürger könne sich jederzeit an die Gerichte und Parlamente wenden, sehr rational und funktional gedacht und fängt den ungelösten Konflikt eben gerade nicht ein, sondern lässt ihn im Raum stehen und überlässt ihn sozusagen markt- und sozialliberal sich selbst. Die Lösung ist nach Habermas die Konzentration jener Vielzahl an unterschiedlichen Meinungen und Stimmungen, die sich aus eben dem Diskurs ergeben und einen neuen Diskurs erstellen sollen. Geiger plädierte dagegen für eine (nicht minder normative) massenhafte Aufklärung und Bildung der Bevölkerung als Souverän - wie allerdings viele andere vor und nach ihm. Dennoch erhöht jene idealisierte Bildung erst die Komplexität und das Nichtwissen eher, als sie zu reduzieren und verschärft damit den Konflikt. Säkulare Rationalität eröffnet eben

auch fortwährend den Raum einer endlosen Kette von untereinander konkurrierenden und verschärkten Gegenrationalitäten und Begründungen, da auch der Zweifel selbst dann in Zweifel gezogen werden kann (Arendt 2016; Pohl und Türcke 1991).<sup>110</sup>

Daher kann eben auch die Demokratie selbst nur als *modus vivendi* operieren. Sie sei insofern immer radikal, als dass sie auf keinem sicheren Grund steht, so Nonhoff, weshalb sie sich und ihren Demos aus freien Gleichen nur in einer demokratischen Praxis begründen könne (Nonhoff 2016: 34). Der Unterschied zur plebisitären Demokratie liege darin, dass diese als Verfahren verstanden wird, mit dem die Gewissheit über den Volkswillen erlangt wird und in einer Entscheidungssituation Eindeutigkeit und Unwiderlegbarkeit generiert werden könne. Das kann als längst widerlegt bzw. diese Annahme als hoch problematisch angesehen werden (Jäger 1993; Rudzio 1993). Eine radikale Demokratietheorie dagegen beginnt mit der Überlegung, „*dass Demokratie nur dann möglich ist, wenn man die Unsicherheit und Instabilität der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse akzeptiert.*“ (Nonhoff 2016: 30) Politik wird so stets die oligarchische Herrschaft von Menschen über Menschen implizieren [und damit legitimieren, UL] und damit deren Gleichheit sui generis aufheben. Daraus folgt, dass Krisen entweder auf Differenzen innerhalb jener Oligarchie zurückgehen. Oder sie rekurren auf die Kritik derjenigen, die das demokratische Versprechen auf Anerkennung und Partizipation als gleiche Freie (und: freie Gleiche) nicht erfüllt sehen. Die radikale Demokratietheorie nimmt so den zweiten Teil in ihren Fokus. Sie konzentriert sich nicht auf die Konflikte innerhalb der konstituierten Macht, sondern nimmt die prekäre Relation zwischen konstituierter und konstituierender Macht in das Zentrum ihrer Auseinandersetzung. Rancière spricht vom ‚*Anteil der Anteillosen*‘, so Nonhoff.

Diese Exklusion begründet sich dann aus zwei Ebenen: Zum einen finden die Ausgeschlossenen in der etablierten Welt keine Anerkennung als Gleiche; zum anderen und noch viel grundlegender, besteht kein Grund ihnen überhaupt zuzuhören, wenn sie auf ihre soziale Situation aufmerksam machen wollen (Nonhoff 2016: 32). Daraus resultiert die Rolle und das damit einhergehende Problem des neuen Prekariats des 21. Jahrhunderts, dass es nach der schlichten Annahme und dem Heilsversprechen der Moderne gar nicht geben sollte und dem Anschein nach schnell zu beheben sein sollte. Klaus Dörre und Robert Castel formulierten hier angesichts solcher Prekarität und Ausgrenzung, dass sich dieses Prekariat eben dadurch auszeichne, dass es für die Mehrheitsgesellschaft quasi gar nicht existiert, dass es also gar keinen Unterschied machen würde, ob oder wenn es sie nicht gäbe. Sie sind im direkten Wortsinne: *überflüssig* (Castel und Dörre 2009b).

Zugleich ist diese These der Überflüssigkeit und Überzähligkeit soziologisch hoch problematisch und nicht frei von Deutungskämpfen. Zum einen markiert dieser Begriff eine semantische Differenz zur Arbeitslosigkeit, die offensichtlich noch behoben werden kann. Zum anderen lasse sich mit Marx darauf verweisen, „*dass die Arbeiterbevölkerung unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise strukturell an ihrer eigenen ‚Überzähligmachung‘ beteiligt ist*“, so Bescherer (Bescherer 2009: 81). Des Weiteren bleiben auch diese Ausgeschlossenen stets Teil der Arbeitsgesellschaft, die sie ja erst dergestalt ausschließt (Sondermann et al. 2009). Außerdem lässt sich dieser ursprünglich französische Diskurs der Prekarität und Überflüssigkeit nur schwer oder bestenfalls bedingt auf andere Länder, wie etwa auf Deutschland oder Dänemark, übertragen. Hier muss zudem die deutsche Sondersituation berücksichtigt werden, die von einer fundamentalen soziologischen Fehlprognose begleitet wurde. Noch bis in die 1990er-Jahre sprach man dort von einer Verteilungskrise ‚*der dicken Bäuche*‘, die von Insider- und Outsider-Debatten am Arbeitsmarkt beherrscht wurde. Dem steht jedoch die neuere These entgegen, dass die förmliche Erwerbsarbeit

---

<sup>110</sup> Als fatales Vermächtnis Martin Luthers gilt, dass er die Herrschaft einer neuen Rationalität begründete, die von magischer Angst getrieben ist und damit elementar der Rationalität als solcher ontologisch entgegensteht und Scheinrationalitäten und Emotionalität begründet. Der Zweifel ist aber auch Grundlage der Philosophie allgemein, was sich unterschiedlich im politischen Denken und Handeln niederschlägt, wie Hannah Arendt hier ausführlich diskutiert.

selbst ihre Qualität und Bedeutung verliert, die zuvor zentrale Institution der Lebenstätigkeit zu sein, die norm- und wertgeleitet Orientierung gibt.

Im Ergebnis befindet sich die deutsche Debatte zwischen offizieller Beschwichtigung und gesellschaftlicher Problemaufschaukelung und der Aufspaltung der Lohnarbeitsgesellschaft in verschiedene Zonen unterschiedlicher sozialer Kohäsion und Prekarität, ergo: Schichten, die sowohl unter- als auch zueinander von zahlreichen Konflikten und unterschiedlich (bzw. kaum) ausgeprägter Solidarität gekennzeichnet sind (Castel und Dörre 2009a: 11 ff.). Klaus Dörre bezeichnete diese Situation als ‚*Integrations-Desintegrations-Paradoxon*‘, indem die Betroffenen ihre eigene soziale wie prekäre Lage selbst erst hinreichend und aufgrund intrinsischer Motive zukünftiger Verbesserungen herstellen und stabilisieren und sich permanent selbst aktivieren, ohne sich je daraus befreien zu können (Dörre 2009: 54). Im Sinne der radikalen Demokratietheorie müssten diese Exkludierten eine gemeinsame Bühne aber erst erzwingen, da sie sich nicht auf die Rolle als mehrheitliche Vertreter des öffentlichen Diskurses angehört und ernst genommen zu werden, weder verlassen können, noch können sie diese Position argumentativ erstreiten oder sich darauf berufen, da sie bisher schon nicht wahrgenommen wurden. Sie besitzen also keinerlei Rolle, Mandat, Lobby und Funktion (Geißler 1976), überhaupt zu sprechen, selbst wenn sie ein Mandat, in einer Partei oder wo auch immer, erringen. Ihre Position ist demzufolge hoch volatil und fragil – eben prekär im Wortsinne. Außerdem scheitert der Diskurs an unterschiedlichen Rationalitäten und Bedürfnissen, wie Dörre am Beispiel der gewerblichen und prekären Arbeitskräfte zeigt, die von Gewerkschaften kaum wahrgenommen und vertreten werden, wie auch jene Personen selbst reziprok kaum Interesse an den Gewerkschaften [oder Parteien, UL], also der Repräsentanz, haben, da diese wiederum an ihnen kaum Interesse zeigen. Die Kluft zwischen allen Seiten wächst also zusehends und stabilisiert sich gegenseitig. Ergänzt man diesen Dualismus noch um die Medien und die aktuelle Debatte der oben genannten *Fake News* und *Lügenpresse*, wird schnell deutlich, dass jene Abgehängten insgesamt kaum noch eine stabile Basis besitzen, der sie vertrauen und die sie reziprok ernst nimmt. Mehr noch: „[d]ie politisch aktiven Bürger der linksliberalen wie kosmopolitischen Mittelschichten können erstaunlich gut mit sozioökonomischer und politischer Ungleichheit leben. Sie genügen sich zunehmend selbst in moralischen Diskursen einer kulturell und kognitiv abgekoppelten Zivilgesellschaft“ (Merkel 2016: 11).

*Dass Teilen Spaß macht*, wie etwa die Linkspartei propagiert(e), endet freilich auch in der Linken am eigenen Geldbeutel und der (nicht nur ideologischen) Verteidigung des eigenen Wohlstandes gegen die vielzitierten ‚*Schmarotzer*‘, die anstrengungslos profitieren wollen und fortwährend dem Bild der eigenen Heilsökonomie widersprechen. Insbesondere in den Gewerkschaften und linken Parteien dominiert das Narrativ, man habe für die heutigen Errungenschaften hart gekämpft und sie dem Kapital abgerungen. Das gebe man nicht bereitwillig auf und fordere daher Solidarität (mindestens in Form der finanziellen Beiträge oder des Bekenntnisses) mit jenen Gruppen und Vertretern. Hier schließt sich aber der Kreis, wenn die Betroffenen oft wechselseitig kaum Interesse an jenen Gruppen haben, da sie weder ihre Positionen vertreten, noch ihre materielle Lage kaum unmittelbar verbessern können und ihnen zudem die Ressourcen, nicht zuletzt in Form der finanziellen Mittel, für eine Mitgliedschaft fehlen und die gegenseitigen Diskurse und Lebenswelten nicht anschlussfähig sind. Kumulativ ergänzt wird diese Problemlage zusätzlich aufgrund abnehmender Identifikation sowohl mit korporatistischen Verbänden als auch mit der jeweiligen Tätigkeit und den Produkten selbst. Zusammengefasst lässt sich das als das Dilemma der prekären Dienstleistungs-/Mc-Jobs beschreiben, die Amitai Etzioni 1986 (Etzioni 2018) erstmal als Terminus prägte.

In der Soziologie wurde über kaum einen Begriff bisher so viel geschrieben und diskutiert, wie über den Begriff der Solidarität. Was dieser schillernde Begriff jedoch genau bezeichnet, bleibt aber jenseits seiner Emphase und Imperative unklar. Nicht ohne Grund ist die Diskussion um Armut im Wohlfahrtsstaat, bzw. um jene Marginalisierten des Arbeitsmarktes und der Gesellschaft, bisher relativ indifferent geblieben (Süß 2010). Vielmehr verstehen sich die heute Marginalisierten oft selbst kaum als arm (Schulz 2007), sondern eher als benachteiligt, wie Dörre und Castel hier hinrei-

chend darstellen, wenn sie von den unterschiedlichen Zonen sozialer Unsicherheit anstatt von Armut sprechen. Dazu kommt, dass die Debatte um Minderheiten neben ethnischen, kulturellen, sozialen und sexuellen Minoritäten (u. Ä.) auch Frauen (immerhin die Hälfte der Weltbevölkerung) umfasst, die zuvor eher weniger repräsentiert und politisch engagiert waren, als dass sie eine tatsächliche, benachteiligte und ausgegrenzte Minderheit bilden. Eher ergibt sich eine mittelbare Diskriminierung aus der permanenten Überlagerung von strukturellen Kontexten, die oft selbst gewählt wurden, wie etwa das Ehegattensplitting, die Berufswahl oder das Problem unfreiwilliger Teilzeit und der Familien- und Sorgearbeit und vieles andere mehr. Wer also überhaupt wen in solch einer Perspektive als quasi legitime Minderheit anerkennt, behandelt oder als solche bezeichnet, ist nicht nur zivilisatorisch problematisch.

Wolfgang Merkel bemerkt hier, dass sich derartige und vermeintliche Krisen der Demokratie so keineswegs kumulativ zeigen, sondern eher Fragen der Qualität der Demokratie umfassen (Merkel 2016). Denn die gegenwärtige Diskussion um Minderheiten entspricht nicht mehr jener der Sklaven der USA des 19. Jahrhunderts im Kampf um Gleichheit. Nonhoff zitiert hier ein historisches Beispiel jener Abolitionistenbewegung der USA im 19. Jahrhundert, die sich in schwarze und weiße Anhänger teilte. Die schwarzen Sklaven konnten so keinesfalls in die etablierte Ordnung des weißen Amerikas integriert werden, da es für Schwarze (und Indigene, UL) seinerzeit keinerlei Maßstäbe an Recht und Gerechtigkeit sowie keine allgemeingültigen Prinzipien gab. Sie galten schlicht nicht als Menschen. Sofern eine Annäherung überhaupt möglich war, dann nicht zu den Bedingungen der bisherigen weißen Herren, sondern nur im Zuge einer neuen Ordnung, die nicht auf paternalistische Weise entstehen dürfe, Gutes für die Betroffenen tun zu wollen. Vielmehr gehe es um die tatsächliche Anerkennung als freie Gleiche, die sich eben nicht nur auf gleiche Rechte reduziere, sondern alltäglich gelebt werden müsse. Die Eigenständigkeit als freie Gleiche könne aber nicht von oben gewährt werden, „*sie muss dadurch erstritten werden, dass sie sich der Vereinnahmung widersetzen*“ (Nonhoff 2016: 33).<sup>111</sup> Das politisch freie Subjekt bildet sich danach erst in der Negation einer bestehenden Herrschaftsordnung, kraft derer es seine Präsenz als Gleicher und der Gleichheit erst erkämpft und ex post wirksam wird. Das erinnert durchaus an die Passage des Kommunistischen Manifests, nach der man die Bourgeoisie erst stützen und dann stürzen solle, aber nicht der Selbsttäuschung jenes Feindes zum Opfer fallen dürfe. Auf analytischen Ebene umfasst das zwei dialektische Dimensionen: zum einen die quantitative Erweiterung durch das stete Hinzukommen neuer Gruppen von Menschen; und andererseits die qualitative Neuordnung dessen, wer aus welchen Gründen wie viel und wofür zählt, wer also welche Rechte und Positionen beansprucht und erhält. Daraus folgt aber, dass politische Ideologien sui generis der krisenhaften Reformulierung und Prozessen der Rekonstituierung eines Demos von Freien und Gleichen nie gerecht werden können (Nonhoff 2016: 34). Man könnte hier interpretieren, dass sie die Ungleichheit damit noch verschärfen, statt sie aufzuheben.

Dieses Spannungsfeld eröffnet durchaus reizvolle Fragen nach der Einordnung politischer Parteien insbesondere der politischen Linken, die sich häufig als Sprachrohr der Unterdrückten generieren. Diese Frage ordnet sich ein in die vielfachen und nicht minder komplexen Dilemmata alter und neuer Parteienkritik; das heißt, sowohl der inneren als auch der äußeren Auseinandersetzung um deren Rechtfertigung versus den Angriff auf Parteien selbst untereinander.

## 5 Dilemmata alter und neuer Parteienkritik

Max Weber wies bereits auf das Dilemma hin, dass eine idealtypische Trennung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik und entsprechender Entscheidungspraxis und Bewertung nur in

---

<sup>111</sup> Nonhoff zitiert hier den schwarzen Abolitionisten Frederick Douglass (\*1818 †1895), der 1853 in New York auf die Alterität der schwarzen, versklavten Bevölkerung hinwies.

der Theorie existiert; vielmehr seien sie keine Gegensätze, sondern ergänzen sich erst notwendigerweise in der Praxis und begründen damit erst ihren eigenen Theoriezusammenhang, der wieder an das reziproke Verhältnis der Praxeologie anschließt (Vobruba 2017). Das führt zweifellos zu Konflikten (Weber 1999: 83 ff.). In einer anderen Lesart lassen sich Gesinnung und Verantwortung als Wert- und Normenzentrierung bezeichnen und begründen erneut das komplexe Spannungsfeld politischer Deliberation und der Spaltung in Befürworter und Gegner. In Zeiten starker sozialer Erregung eröffnet die moderne Massendemokratie zwar immer wieder charismatischen Personen die Chance, das Vertrauen der Massen zu gewinnen. An die Stelle des (*„geliehenen“*) Charismas tritt jedoch unweigerlich das Ringen um Versachlichung – und damit um fachliche Kompetenz. Eine weitere Frage ist die nach tatsächlichem Einfluss und ihrer hohen Wechselseitigkeit und Normativität der Akteure und ihrer Verfahren.

Linken Parteien, Bewegungen und ihren Vertretern wird allzu oft attestiert selbst schnell Teil der bürgerlichen Mitte und Gesellschaft zu werden, die sie ursprünglich bekämpfen. Ob das *gut* oder *schlecht* ist, hängt entscheidend von der Perspektive ab, spricht aber grundsätzlich für die hohe Flexibilität und positive Integrationskraft eines rechtstaatlichen Parteiensystems und deliberativer Demokratie. Die Linke steht dennoch fortwährend in dem Dilemma, sowohl quasi lindern als auch aktiv verändern und gestalten zu wollen. Damit läuft sie jedoch der Aktualität der eigenen Entwicklung regressiv immer nur hinterher, anstatt die Rolle der Avantgarde einzunehmen, die sie beansprucht. Jens Hacke betont hier, dass bereits die prominente wie völlig unbestimmte Formel von Willy Brandt (SPD) 1969, nach der man fortan *„mehr Demokratie wagen“* wolle, darin endete, dass jene Demokratisierung *„die strikte Beachtung der parlamentarischen Demokratie“* zur Voraussetzung haben müsse (Hacke 2016: 14 f. zit. Brandt 2001: 219). Zugleich sei dies die endgültige Absage an den früheren Sozialismus sowie die revolutionäre Neue Linke der 1960er-Jahre und drücke die klassische top down-Perspektive des Kanzlers qua Amt auf die Demokratie aus. Die SPD war damit unweigerlich – wie alle übrigen Sozialdemokraten Europas – zur Staatspartei geworden, ohne selbst Staat zu sein. Jenseits aller plakativen Appelle war dennoch lange Zeit die These vom *sozialdemokratischen 20. Jahrhundert* populär, *an dessen Ende wir (fast) alle Sozialdemokraten geworden sind* (Dahrendorf 1983: 16).

Mittlerweile befinden wir uns im ersten Fünftel des 21. Jahrhundert und viele populäre wie historische Gewissheiten geraten ins Wanken. Dennoch zieht sich die Frage der historischen Evidenz und ihrer Renaissance des sozialdemokratischen Jahrhunderts bis in die aktuelle Gegenwart (Meyer 2016). Gleichzeitig war jene frühe Regierungserklärung der SPD ein Akzent gegen das antiplurale Programm der *„formierten Gesellschaft“* Ludwig Erhardts (CDU) von 1965, nach der jeder seinen Pflichtbeitrag zur gesellschaftlichen Stabilität beitragen müsse, ohne starr auf seine Rechte und Ansprüche zu beharren. Denn die moderne, arbeitsteilige wie *„erfolgreiche“* Wirtschaft könne nur im Zusammenwirken Vieler entstehen. Damit verfügt zwar jeder Einzelne über enorme Machtmittel, die er aufgrund der Leistungsverweigerung einsetzen und den Wirtschaftsprozess letztlich lähmen, die Gesellschaft erpressen könne, wird aber ebenso diskriminiert um zurückzustecken. Für Ludwig Erhard war die formierte Gesellschaft zuallererst Mahnung, in einer Zeit zunehmender Verteilungskämpfe die Abhängigkeit aller von allen zu beachten.

Hier wird der Konflikt divergierender Interessen der Deliberation allzu deutlich, der durch Konsens und Kompromiss gleichzeitig bearbeitet wie unterdrückt wird, aber dennoch zur Kohäsion führen (soll). Politiker und Parteien aller Lager umgeben sich so stets mit dem Nimbus des omnipotenten, staatlich legitimierten Moderators (sic!) für Zusammenhänge, die genuin gar nicht in ihre Verantwortlichkeit fallen. Diese Konstellation wird erschwert durch zum Teil hohe Anspruchs- und Erwartungshaltungen vieler Bürger, die Politiker, Parlamente und Parteien als persönliche Dienstleister betrachten (Pirkl 1993; Haungs 1993). Das heißt, sie erwarten den möglichst umgehenden Vollzug und die Stabilisierung persönlicher Ansprüche und Verhältnisse, sowie die Abwehr von Veränderungen. Dazu tritt eine recht diffuse Kritik *„am System“*, die sich durch mediale Verzerrung mitunter selbst stabilisiert und dadurch überhöht wird (Haungs 1993). Oft ist *„die Politik“* (als reichlich diffuse Verortung) aber gar nicht der richtige Adressat des Unmuts, was Kritiker umso mehr be-

stärkt ‚mehr (direkte/plebiszitäre) Demokratie‘ in Form von Bürgerbeteiligung und Volksentscheiden (u. Ä.) zu fordern (Nanz und Fritsche 2012; Holtmann 2012b) – Intentionen, die allerdings in den Konflikt zu politischer Willkür und Parteinahme geraten. Parlamenten und Parteien werden so die Problemlösungskompetenz und das Mandat abgesprochen (Kleinert 2012; Holtmann 2012b). Oft gelten sie sogar als Teil des Problems. Bereits 1974 wurde aber konstatiert, dass der Begriff der ‚Demokratisierung‘ nie endgültig definiert wurde (Kaltefleiter und Veen 1974: 7).

Ob und inwieweit man das Narrativ der (erfolgreichen oder erfolglosen) Demokratisierung teilt oder nicht, hängt nicht zuletzt vom eigenen Standpunkt ab. Jens Hacke urteilt, dass von jenem Zauber der normativen wie mobilisierenden Kräfte und Ideale der 1970er-Jahre *„heute nicht mehr viel übrig ist“* (Hacke 2016: 6 f.). Der entsprechende Befund und sein Narrativ des starken sozialdemokratischen Jahrhunderts in Union mit ebenso starken Gewerkschaften und ihrer Legitimation scheint dennoch nicht zuletzt aufgrund deutlich zurückgehender Zustimmungswerte, massiver Legitimationskrisen und Mitgliederzahlen lange ebenso obsolet zu sein. Denn die deutsche SPD und die britische Labour Party haben in den letzten 40 Jahren mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verloren (Nachtwey 2009: 9). Noch dramatischer ist die Situation der dänischen Sozialdemokratie. Legt man den Höchstwert von 1950 (283.907) zugrunde, dann verlor die Partei in den letzten 67 Jahren über 245.000 Mitglieder oder mehr als 86 % (Stand 2017: ca. 38.000). Nirgendwo fiel der Mitgliederschwund so drastisch aus wie bei der dänischen Sozialdemokratie (Frenzel 2002: 180 f.). Dahrendorf verband mit seiner Formulierung aber durchaus mehr als nur den Namen, das Programm, Wahlergebnisse und die Mitgliederzahlen einer Partei, sondern vielmehr *„eine politische Sammlungsbewegung für Liberale, Demokraten, Volksparteien, Republikaner, Zentrumsparteien, Radikale und sogar Konservative. In seinen besten Möglichkeiten war das Jahrhundert sozial und demokratisch“* (Dahrendorf 1983: 16). Jene These besage ja auch nicht,

*„dass Sozialdemokraten ein Jahrhundert lang regiert hätten, sondern dass sie ein Jahrhundert lang treibende Kraft der politischen Entwicklung waren, bis sie am Ende (...) zur ‚natürlichen Regierungspartei‘ wurden und prompt ihre Kraft verloren“* (Dahrendorf 1987: 1023).

Fragen nach der tatsächlichen Evidenz oder dem Ende eines solchen sozialdemokratischen Jahrhunderts waren jedoch bereits 1979 zu hören, als die deutsche Sozialdemokratie unter Kanzler Schmidt tatsächlich ‚stark‘ war und ihre höchsten Mitgliederzahlen (über 1 Mio.) verzeichnete (Dahrendorf 1979: 147). Sie wiederholen sich periodisch bis in die Gegenwart und werden genauso oft widerlegt, wie sie erneuert und bestätigt werden und sich die Sozialdemokraten in ganz Europa als staatstragend generierten. Zum einen waren in Deutschland aber von acht Bundeskanzlern seit 1949 bis heute nur drei (37,5 %) sozialdemokratisch; bei den 12 Bundespräsidenten seit 1949 waren es nur zwei bzw. aktuell drei (16 bzw. 25 %).<sup>112</sup> Die fünf fast vergessenen und eher unbekanntes sozialdemokratischen Kanzler während der Weimarer Republik (*Ebert, Haase, Scheidemann, Bauer, Müller*) muss man eher als Unfall der Geschichte betrachten, da ihre Amtszeit oft nur wenige Wochen und Monate andauerte. Zum anderen dauerte diese Epoche sozialdemokratischer Regierungen nach 1949 selbst bei Dahrendorf 1983 nur 13 von 34 Jahren (38 %) und war zudem krisenanfällig, also keineswegs stabil und oft wenig populär, wie etwa bei Kanzler Helmut Schmidt (1974 – 1982) oder vorher bei Willy Brandt (1969 – 1974) und später unter Gerhard Schröder (1998 – 2005). Außerdem bestanden bisher drei Bundesregierungen als Große Koalitionen unter christdemokratischem Vorsitz.<sup>113</sup> Ob und in wie fern man dort sozialdemokratische Einflüsse oder Hindernisse daran geltend machen kann, ist eine dialektische Frage des Standpunktes und nahezu unauflösbar. Wolfgang Merkel kritisierte 1992, *dass jene Stimmen, die von einem Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts sprechen, deren vitale Wandlungsfähigkeit „sich an die Umwelt anzupassen und ihrerseits auf sie einzuwirken“ vernachlässigen* (Frenzel 2002: 299, zit. Merkel 1992).

<sup>112</sup> Gustav Heinemann (1969-1974), Johannes Rau (1999-2004), Frank-Walter Steinmeier (seit 2017)

<sup>113</sup> 1966-69, 2005-09, seit 2013 und außerdem die sechsmonatige Regierung der DDR 1990.

Zwar gelten die Themen der Sozialdemokratie und der gesamten Linken und Grünen in jeder Epoche als aktueller denn je; die *magische Wiederkehr der Sozialdemokratie* in den 1990er-Jahren in Europa galt Martin Frenzel 2002 schon „*als Schnee von gestern*“ (Frenzel 2002: 304). Dieser wirft speziell der deutschen Sozialdemokratie mehrfach intellektuelle Fantasie- und Orientierungslosigkeit und gravierende Inkompetenz vor, während er gegenüber der dänischen Sozialdemokratie seine (zweifelhafte) Bewunderung ausdrückt, denn auch sie verlor massiv Stimmen, Mitglieder und schon früh die Regierungsmehrheit. Peter Birke hielt daher gegen Frenzel gerichtet fest, dass der Ruf skandinavischer Sozialdemokraten außerhalb der Landesgrenzen offenbar besser als in den jeweiligen Ländern selbst ist (Birke 2003a: 887 f.).

Fragen nach der Transformation oder Spaltung der Sozialdemokratie (Bischoff 2005) vom sozialdemokratischen ins autoritäre oder neoliberale Zeitalter beschäftigen die Autoren dennoch regelmäßig. Allerdings paraphrasieren die Meisten solcher Protagonisten nur die bekannten Allgemeinplätze von 1983 (Dahrendorf 1983), ohne irgendetwas Neues zu erklären. Ulrich Lang (SPD) sprach 1983 im *SPIEGEL* aufgrund der Dahrendorf-Veröffentlichung fast euphorisch vom Beginn des „*sozialliberalen Zeitalters*“ (Lang 1983). Thomas Meyer forderte unlängst in den ‚*Frankfurter Heften*‘ „*Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert*“ und unterbreitet zwar Vorschläge, die dennoch im moralischen Pathos stecken bleiben. Schaut man zu Horst Krüger (Krüger 1963) und Ralf Dahrendorf (Dahrendorf 1983) und seiner berühmten Diagnose, das sozialdemokratische Jahrhundert sei zu Ende, da die Ziele dieser Bewegung fast alle erreicht sind und sie nicht nur die Gesellschaft, sondern sogar die Programme aller Parteien sowie das öffentliche Bewusstsein prägten, kommt Thomas Meyer dort zu dem Schluss, dass sie heute, nach drei Jahrzehnten neoliberaler Dominanz, komplett überholt ist: „*Ausmaß und Gründe dafür müssen die sozialdemokratischen Parteien jetzt sorgfältig analysieren, wenn ihnen ein echter Neuanfang gelingen soll.*“ (Meyer 2016: 4) Dagegen könnte man freilich argumentieren, dass es gar keinen derart intendierten Neuanfang oder ein ‚*Zurück in die Zukunft zur guten alten Zeit*‘ (o. Ä.) gibt. Das markiert vielmehr die Klischees, die Köhler bereits mit der Frage um eine weniger damit verbundene ‚*sinnstiftende Ordnung*‘, *als vielmehr um die Sehnsucht der Menschen danach* diskutierte (Köhler 2010: 238), die aber erst ex post auf dem Weg politischer Deliberation zustande kommt und dann regelmäßig am eigenen rationalen und affektiven Anspruch und Widerspruch scheitert.

Dass solche Charakterisierungen stets zeit- und kontextabhängig und damit standortgebunden sind, ergo von der jeweiligen Perspektive, Rationalität und Akteurskonstellationen abhängig sind, ist unstrittig. Ob man mit jenem Jahrhundert je nach Standpunkt vermeintliche Denkverbote, Tabus und den vielzitierten ‚*linken Tugendterror*‘ des ‚*links-rot-grün-versiffen 68er-Mainstream*‘ (Sarrazin 2014)<sup>114</sup> oder die vom ‚*Monopolkapital*‘ absichtlich gesteuerte Negation von rechts und links erkennen möchte, unterliegt allerdings eher der eigenen Meinungsfreiheit als dem wissenschaftlichen Exkurs, obgleich sich eine gewisse regressive Dogmatik bei der Linken im Konflikt mit sich selbst und ihrem Gegner nicht leugnen lässt (Scheu 2017). Dass sich die bürgerlich-konservative Rechte dagegen stets scharf von der Linken abgrenzt und diese deutlich diskreditiert, ist wenig überraschend. So behauptete der Verleger und ehemalige CDU-Abgeordnete Horst Poller, dass die konservative Politik erst die Krisen bewältigt habe, die sozialistisches Wunschdenken schafft. Bemerkenswert ist, dass Poller hier auf einen von ihm selbst verlegten Titel aus dem Jahr 1979 verweist, mit den Worten:

---

<sup>114</sup> Diese Formulierung findet sich bei allerlei Quellen (bspw. AfD), die sich als neurechte, bürgerliche Opposition verstehen und ist keineswegs auf den ehemaligen Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin, der im Übrigen bis heute SPD-Mitglied ist, beschränkt. Ein Parteiausschlussverfahren aufgrund seiner Äußerungen überstand er 2011. Der frühere Bundeswirtschaftsminister und stellvertretende Parteivorsitzende Wolfgang Clement trat 2008 wegen inhaltlicher Differenzen aus der SPD aus, die sich seiner Meinung nicht ausreichend nach links abgrenze und den Grundsatz der Meinungsfreiheit massiv verletze.

„Und es ist nicht so, dass das niemand gesehen hätte. Ich erinnere mich an [...] den [...] Titel [...]: ‚Die programmierte Krise – Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik.‘<sup>115</sup> Aber solche Warnungen verhallten ungehört. Stattdessen machte sich in allen politischen Lagern immer mehr sozialistisches Wunsdenken breit und überwucherte, was von Ludwig Erhards sozialer Marktwirtschaft übriggeblieben war. Dieser Linkstrend, teils verkündet als sozialistische Ideologie, teils durch schleichende Sozialdemokratisierung hält weiter an (...)“ (Poller 2010: 9).

Bezeichnend aber ist, dass Poller hier seine eigentlich angekündigte Antwort, wie denn nun die konservative Politik diese Probleme tatsächlich gelöst hat, schuldig bleibt und stattdessen fortwährend ein „Übergewicht linker Werte“, dass sich „offenbar (sic!) [auch in der CDU] herausgebildet (hat)“ beklagt (Poller 2010: 164). Er ist sich also selbst gar nicht ganz sicher, ob es tatsächlich so ist, sondern bleibt im fortwährenden Lamento stecken, was alles hätte besser sein können.

Die Herausgeber der Bestandsaufnahme einer vergleichenden Analyse christdemokratischer Parteien in Europa (Gehler et al. 2001) beginnen ihren Titel ebenso mit der Frage nach der tatsächlichen Evidenz des sozialdemokratischen Jahrhunderts – und sind hier sichtlich skeptisch hinsichtlich jeglicher Festlegungen. So waren zwar Ende 1998 elf von 15 EU-Regierungen<sup>116</sup> sozialdemokratisch geführt, dennoch sei der Sozialdemokratie bereits in den 1960/70er-Jahren ihr ideologisches Leitmotiv der Umverteilung abhandengekommen. Sie ersetzten es, so die Autoren, schnell mit behutsamen Reformen bei fairer Lastenteilung. Mit der Harmonisierung von Modernisierung und (dem Schlagwort von; UL) sozialer Gerechtigkeit gewannen sie fortan in Westeuropa Wahlen. Dennoch erschienen neoliberale Transformationsprogramme vielen in Mittel- und Osteuropa als wenig attraktiv und mit zu hohen Kosten verbunden, so dass reformkommunistische Parteien wieder an die Macht kamen, so die Autoren, die hier eher ein Jahrhundert der autoritären Ideologien und Diktaturen sehen wollen, dem Luke March allerdings widerspricht und genau umgekehrt eine Entwicklung der Parteien links von der Sozialdemokratie vom Marxismus zum Mainstream erkennt (Gehler et al. 2001; March 2008b). Zwar traten europäische Sozialisten schon früh für eine rasche Demokratisierung ein; dennoch konnten auch sie insbesondere in der Zwischenkriegszeit den Bankrott der Demokratie nicht aufhalten und ihre Agenda der sozialen Frage nicht adäquat lösen (Gehler et al. 2001). Aufgrund der historischen Ausgangslage nach dem Zweiten Weltkrieg scheint für Gehler et al. dennoch der Einfluss christdemokratischer Parteien in Europa kurz zu überwiegen. Hauptsächlich drücke sich das im Prinzip des liberalen Rechtsstaates und der parlamentarischen Demokratie aus; obgleich sich der Leser sodann fragt, was daran evident christdemokratisch und eben nicht sozialdemokratisch ist (dazu etwa: Dahrendorf 1987: 1023 f.). Insbesondere die rechtspopulistische *Dänische Volkspartei* betonte immer wieder die neue Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts zu sein (Birke 2003a). Die portugiesischen Sozialdemokraten beschrieben sich einst gleich selbst als Mitte-Rechts-Partei (Dahrendorf 1987: 1021).

Abermals stößt man hier an das Problem der akteurs- und kontextbezogenen Perspektive, Verortung, ihrer Rationalität und der gesellschaftlichen Konstruktion von Wirklichkeit (Berger und Luckmann 2016), weder das Eine wie das Andere je valide definieren und abgrenzen zu können. Man ist im Ergebnis im doppelten Boden von reziproker Wirklichkeit und Realität gefangen. Sie eröffnet erst jene Dialektik der Sprache als *linguistic turn* und Hauptinstrument reziproker Legitimation oder Abwehr.

So war der frühe staatlich organisierte nord-/westeuropäische und universalistische Wohlfahrtsstaat sowohl in Deutschland als auch in Dänemark tatsächlich keine originäre Erfindung der Sozialisten und Sozialdemokraten. Vielmehr war er Produkt der Liberalen und der Bürgerlichen und ihrer Kompromisse und wurde im Ergebnis selbst relativ schnell verbürgerlicht. Vielmehr muss hier

---

<sup>115</sup> Biedenkopf, Kurt H.; Miegel, Meinhard; Baumgarten, Ralph W. (1979): Die programmierte Krise. Alternativen zur staatlichen Schuldenpolitik. 1. Aufl. Stuttgart: Verl. Bonn Aktuell (IWG-Impulse, 3).

<sup>116</sup> Von 1995 bis 2004 bestand die EU aus 15 Ländern. Anschließend erfolgte die sog. Osterweiterung zur EU 25, bis hin zur EU 28 seit 2013.

der sozioökonomische Kontext des so genannten langen 19. und kurzen 20. Jahrhunderts und seiner kulturellen wie politischen Ausgangslage mit einbezogen werden (Hellfeld 2015; Hobsbawm 1995). Insbesondere der Punkt zunehmender Nationalstaatlichkeit mit Überwindung der patrimonialen Monarchie und der zersplitterten Fürstentümer sowie die Zunahme politischer wie rechtlicher Souveränität eröffnet hier ein eklatantes Spannungsfeld, das die Linke oft nonchalant überspringt. Denn mit der fortan neu gewonnenen Souveränität beginnt erst umgehend die neue Unsicherheit, die durch neue Interdependenzen mehr schlecht als recht gelöst wurde.

Auf der anderen Seite konkurrierender Interpretationen taucht in ganz Europa schnell der Vorwurf des Populismus auf (Decker 2006b; Müller 2016). Das ist der Fall, wenn sich Parteien, Bürger und Akteure zu Inhalten äußern, die außerhalb ihrer Kompetenz und ihres Einflusses liegen, obgleich dies (u. a.) die originäre Aufgabe von Parteien in einer Demokratie ist. Das heißt, der Vorwurf des Populismus fällt streng genommen in sich zusammen, wie Stefan Breuer hier betont (Breuer 2006: 142 f.). Alperen Atik spricht daher vom ‚*deliberativen Populismus*‘.<sup>117</sup> Die Installation neuer Begriffe sei mithin überflüssig, so Breuer. Oft lautet daher die Forderung, eine ‚*starke Hand*‘ müsse hier eingreifen, um ‚*die Ordnung*‘ wiederherzustellen. Marktapologeten vertrauen dagegen mehr in die vielzitierte *unsichtbare Hand des freien Marktes*, die bereits bei Adam Smith nur eine Fiktion geblieben ist (Sedláček 2013).

Die Konsequenz der Nichteinlösung und (vermeintlich) ‚*gebrochener Versprechen*‘ (Rudzio 1993: 9) ist jene Dynamik, die seit den 1970er-Jahren als Politik-/Parteienverdrossenheit oder als Krise der politischen Repräsentation gekennzeichnet wird und schnell ihre zahlreichen Schlagworte und vermeintliche Lösungen findet. Allein daraus entsteht eine hoch komplexe Dynamik der Parteien nach innen und außen im Kampf um Wählerstimmen, Mitglieder, Koalitionen, Mehrheiten und Ergebnisse. Theo Waigel schrieb hier 1993, dass die vermeintlich einfachen und schnellen Lösungen der Gegenwart dagegen erst die viel größeren Probleme der Zukunft schaffen (Waigel 1993: 7). Was sich aber rückblickend als ‚*richtig*‘ oder ‚*falsch*‘ erwiesen hat, kann für die Zukunft das genaue Gegenteil bedeuten. Die Folge sind eine ganze Reihe von gegenseitigen Missverständnissen und Wissenslücken, die dennoch den rationalen Anspruch erheben, eine sinnhafte Erklärung zu liefern. Eine weitere, keineswegs abschließende, Problemstellung liegt darin, dass sich die Bewertungsmaßstäbe dessen, was jeweils als Problem, Phänomen und Lösungszusammenhang erkannt oder definiert wird, laufend reziprok verändern. Oberreuther verweist bspw. an dieser Stelle darauf, dass der Sturz des CDU-Kanzlers Ludwig Erhard aufgrund ökonomischer Krisenstimmung 1966 aus seiner Sicht 1987 völlig ungerechtfertigt schien (Oberreuter 1987: 12): *ein Wirtschaftswachstum von 5,6 %, eine Arbeitslosenquote von 0,5 % und Einkommenszuwachs von 10,5 % 1965 waren Werte, die seither nie wieder erreicht wurden*. Bereits 1978 hatte der Politologe Hans Kremendahl (Kremendahl 1978) den Titel ‚*Vertrauenskrise der Parteien? Parteienstaat zwischen Verfassungsauftrag und Parteienverdrossenheit; Ursachen, Alternativen, Reformen*‘ veröffentlicht. Peter Haungs schrieb ihm hier 1993 bereits zentrale Stichworte der späteren Diskussion zu (Haungs 1993: 21). Ernst Hessenauer (Hessenauer 1961) schrieb zuvor - ähnlich wie Theodor Geiger 1950 - im März 1957 von der ‚*Überforderung des Staates und Staatsverdrossenheit*‘. Diese Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen, womit die Frage der Gesetzmäßigkeit auftaucht.

Das allgemeine Misstrauen gegen Politik und das Parlament, das infolgedessen gern als ‚*Schwatzbude*‘ bezeichnet wird,<sup>118</sup> Parteien und Demokratie oder ‚*das Establishment*‘ („*die da*

<sup>117</sup> Erscheinen in Vorbereitung.

<sup>118</sup> Abgeleitet vom altfranzösischen Ursprung *parlement* (= *Unterhaltung, Erörterung*) lässt sich das Parlament durchaus abschätzig als entsprechender Ort der Debatten als „*Schwatzbude*“ bezeichnen. Insbesondere Autokraten und Gegner der Demokratie, wie Kaiser Wilhelm II. und Otto von Bismarck, bezeichneten das Parlament in der Weimarer Republik oft als eben solche und brachten damit zum Ausdruck, dass dort nur sinnentleert diskutiert würde, aber keine Handlungen folgten. Aber auch Rosa

oben“) ist in Deutschland und ganz Europa keineswegs neu, wie allgemein suggeriert wird. Es zeigt sich vielmehr von Beginn an im 18./19. Jahrhundert bis heute kontinuierlich. Dennoch lässt sich diese Kritik trotz ihrer Kontinuität kaum vom Kaiserreich auf die Weimarer Republik, zum Dritten Reich und der Bonner oder Berliner Republik übertragen. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Voraussetzungen, Motive und Begründungen, wie Haungs hier skizziert; obgleich sie dennoch manche Übereinstimmungen aufweisen, wie etwa die Beute-Metapher und ihre antiliberalen Kritik (Haungs 1993: 21, 26).<sup>119</sup> Andere Übereinstimmungen finden sich in der Rolle der Presse und Medien oder in der zunehmenden Individualisierung und Zersplitterung der Milieus.

Der vielzitierte Rückzug ins Private aufgrund allgemeiner gesellschaftlicher Unruhe fand bereits in der Zeit des Biedermeier im 19. Jahrhundert statt und wiederholt sich periodisch bis in die Gegenwart, wie Cornelia Koppetsch (Koppetsch 2013) mit ihrer ‚Wiederkehr der Konformität‘ zeigt. Auch der Hinweis auf Korruption, Lobbyismus und Parteienfilz („Vetternwirtschaft“) findet bereits vor über 100 Jahren in den USA statt (s. *Tammany Hall*; Weber 1999: 51). Häufig bleibt aber der Referenzpunkt der eigentlichen Parteienkritik unklar, so dass hier historische Tatsachen, wissenschaftliche Disziplinen und politische Zitate und Argumente beliebig ummontiert werden, wie etwa das Bonmot: „*Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!*“, dessen exakter Ursprung und Kontext sich ohne historische Expertise kaum noch zweifelsfrei eruieren lässt (Lange 2009), das aber umso reger für alles Mögliche benutzt wird.<sup>120</sup> Problematisch wird, wenn mit den immer selben Argumenten völlig unterschiedliche Epochen, Verhältnisse und Zusammenhänge kritisiert werden.

Während in der noch jungen Bundesrepublik Deutschland bis in die 1960er-Jahre hinein der Begriff des Parteienstaats positiv besetzt war, wurden in den 1980er-Jahren erste Stimmen vonseiten der Staatsrechtslehre lauter, die von einer ‚*Hypertrophie des Parteienstaates*‘ und einer ‚*Partei-buchwirtschaft*‘ sprachen. Zielte die Kritik der Staatsrechtler während der 1980/90er-Jahre auf eine Übermacht der Parteien, die es zu begrenzen gelte, zeichnete sich für die Politikwissenschaft im selben Zeitraum eher eine Krise der Parteien und des Parteienstaats selbst ab. Gemeinhin gilt die Bundesrepublik Deutschland aber als positiv besetzter Parteienstaat (Rudzio 1993; Holtmann 2012a). Diese Bezeichnung kann im Weiteren für die meisten entwickelten, westlichen und demokratischen Länder gelten. Während aber jener Begriff für die Vorgänger der Bundesrepublik völlig unzutreffend gewesen wäre, wird der Begriff heute völlig selbstverständlich benutzt. Zugleich ist

---

Luxemburg brachte ihre Kritik gegenüber einem Parlament zum Ausdruck, das vor vollendete Tatsachen gestellt als reine „*Ja-sage-Maschine*“ einzig nur die Folgen und Kosten der außerparlamentarischen Politik bestätigen sollte. Linke und Rechte lehnten das Parlament so aus unterschiedlichen Gründen ab. In der aktuellen medialen Berichterstattung wird der Begriff der *Schwatzbude* erneut polemisch benutzt.

<sup>119</sup> Haungs rekurriert hier auf die polemische Diskussion und das allgemeine Misstrauen, dass sich Politiker einzig am Staat persönlich bereichern würden und alle unter einer Decke stecken, nur eigene Interessen im Blick hätten, korrupt wären (usw.). Dieser Vorwurf findet sich seit dem 19. Jahrhundert bei Rechten und Linken.

<sup>120</sup> Ein großer Dank gebührt hier Regine Schoch aus der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn für ihre Recherche: Einigkeit herrscht zwar darüber, dass diese Formulierung zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten der SPD-Reichstagsabgeordneten 1914 auftaucht. Sie lässt sich aber heute nicht mehr namentlich einer Person oder Gruppe als Urheber zuordnen. Grund war die mehrheitliche Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten. Zugleich war das der Auslöser für die Abgeordneten und den linken Flügel der Basis sich von der offiziellen Politik der SPD zu distanzieren und letztendlich 1917 abzuspalten (erst USPD, dann KPD). Wobei das Attribut „*links*“ zu dieser Zeit als Begriff gar nicht existiert, sondern schlicht nur als *Opposition* bezeichnet wurde. Harald Lange nennt es einen „*Schlachtruf*“ und kommt dem diffusen Ursprung damit vermutlich am nächsten. Er wurde fortan bei Reden und Auftritten der staatstragenden SPD-Politiker von der protestierenden Basis skandiert und zieht sich bis in die jüngste Gegenwart und deren Pop- und Protestkultur.

diese Bezeichnung an konkrete Voraussetzungen gebunden, die ihn sogleich wieder angreifbar machen. Einen positiv besetzten Begriff des ‚Parteienstaats‘ entwickelte der Staatsrechtler Gerhard Leibholz, indem er früh einen Gestaltwandel feststellte vom *repräsentativen Parlamentarismus* hin zum modernen *massendemokratischen Parteienstaat*. Das heißt, die Parteien sind in die Verfassung integriert; Wahlen sind nicht mehr auf die reine Überlassung des freien Mandats nach Art. 38 GG gebunden, sondern ein plebiszitäres Bekenntnis zu Parteien, die als Sprachrohr des Volkes auftreten. Die Handelnden sind dann nicht mehr individuelle Abgeordnete, sondern Parteien und Fraktionen als Intermediäre der Politik. Daraus folgt nach Leibholz (1958), dass dem einzelnen Abgeordneten die Legitimität fehlt, eine abweichende Linie seiner Partei und Fraktion zu verfolgen. Die Rolle übernehmen fortan Parlamente als Stätte, an der sich gebundene Parteibeauftragte treffen (Rudzio 1993: 6 f; zit. Leibholz 1958). Rudzio betont dort, dass diese theoretische Sichtweise empirisch wenig gesichert ist, aber dennoch bisher gute Orientierungspunkte gegeben habe. Die Intention von Leibholz muss zudem im Kontext der frühen Bundesrepublik und ihrer historischen Abneigung zu Parteien allgemein gesehen werden. Im Konflikt steht der Begriff zudem zu ‚Staatsparteien‘, die dem Klischee nach in Westdeutschland personell eng mit dem öffentlichen Dienst verwachsen sein sollen, sowie der Rolle der Staatsparteien der DDR.<sup>121</sup> Dennoch sind jene Definitionen hier viel zu undifferenziert. Eine Scheidelinie, ob es sich um einen Parteienstaat handelt oder nicht, muss viel komplexere Erklärungen finden. Ob und wie weit diese Bezeichnung positiv oder negativ zu beurteilen ist, hängt von verschiedenen Punkten und Abwägungen ab.

Unter einer Massendemokratie versteht Czok hier in Abgrenzung zu einer bürgerlich getragenen Demokratie die Ausformung der heutigen ideologisch und von Milieus weitgehend entkoppelten Demokratie. Diese sei gekennzeichnet durch leicht manipulierbare und irrationale Stimmbürger, die im Gegensatz zur vormaligen bürgerlichen Demokratie durch kein einheitliches Wertesystem mehr getragen und verbunden ist (Czok 2010: 66). Man könne demzufolge eher von einer Wettbewerbsdemokratie sprechen, die keineswegs positiv besetzt ist. Rudzio dagegen nennt hier positiv konnotiert die Aspekte der:

- Einbeziehung der Parteien in das Verfassungsgefüge,
- mit Wahlen verbundene Richtungsentscheidungen,
- Transparenz der Parteien für den Wähler,
- Rekrutierung und Qualifizierung des politischen Personals durch Parteien und deren Personal,
- Unabhängigkeit aufgrund der staatlichen Parteienfinanzierung (Rudzio 1993: 13).

Für die weitere positive Definition eines Parteienstaates spricht nach Rudzio eindeutig die verfassungsmäßige Integration über Art. 21 GG, die Parteien nach herrschender Rechtsmeinung zu Vermittlern zwischen Staat und Gesellschaft, nicht aber zu Staatsorganen selbst erhebt. Gewählt werden in Deutschland primär Parteien über das Verhältniswahlrecht, nicht aber einzelne Abgeordnete als solche. Dem entgegen steht jedoch allgemein die Notwendigkeit einer Koalitionsbildung, die von jedem Koalitionspartner in Form der Personen und Parteien Kompromisse abfordert. Weniger die Wahl als vielmehr die Koalitionsverhandlungen entscheiden so über den tatsächlichen Inhalt der Politik der Parteien. Die entscheidenden Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik seien so aufgrund parlamentarischer Mehrheiten vollzogen worden, ohne jemals Gegenstand eines

---

<sup>121</sup> Unter dem Begriff der *Staatspartei* wird sowohl und insbesondere in diktatorischen Staaten mit Einparteiensystem (*Einheitspartei*) die Partei, verstanden, welche die Herrschaft im Staat allein ausübt, als auch eine Partei, die alle wichtigen Staatsorgane und weite Bereiche des öffentlichen Lebens bestimmt und kontrolliert. Der Begriff ist damit ambivalent, da er auch demokratische Parteien mit staatstragenden Funktionen kennzeichnen kann. Eine Regierungspartei (wie die SPD oder CDU) wird häufig als ‚*Staatspartei*‘ bezeichnet, ohne diese üblicherweise in die Nähe einer Diktatur zu rücken.

Wahlkampfes gewesen zu sein (Rudzio 1993: 9).<sup>122</sup> Eine Akklamation durch das Volk sei stets erst nachträglich erfolgt. Wäre diese Zustimmung ausgeblieben, hätte es an der Bindungswirkung der vorrangigen Entscheidung dennoch nichts mehr ändern können.

Hier zeigt sich der allgemein unterstellte Konflikt, der Bürger habe keinerlei Einfluss auf die Entscheidung der Politiker und der Politik. Diese Auffassung verkennt jedoch die eigentümliche Funktionsweise der Demokratie und der Parlamente sowie der Verfassung in Form des Grundgesetzes von 1949, der Bundesgesetze und ihrer jeweiligen Organe. Benedikt Czok betont hier, dass es zu den typischen Kennzeichen eines modernen politischen Systems gehöre, die legitime Geltung bindender Entscheidungen fraglos anzuerkennen, ohne bei Abweichung das gesamte System infrage zu stellen (Czok 2010: 78). Dennoch bleibt der Bürger zunächst nur auf seine Stimmabgabe beschränkt; der Wahlausgang bleibt dennoch auch in pluralen Mehrparteiensystemen nahezu folgenlos und absorbiert keinerlei Konflikte (Czok 2010: 80) – weder gesellschaftlich noch innerhalb oder zwischen den Parteien, ihren Abgeordneten und Koalitionen.

Als exemplarisch kann hier die Diskussion um den Gegenstand des Gemeinwohls gelten. Wolfgang Jäger schrieb bereits 1993 im Rahmen der diffusen Kritik an Parteien, Politik und Politikern, man müsse der ‚hochtrabenden Art‘, wie die Begriffe jenes Diskurses, etwa die der Missachtung des Volkswillens und Gemeinwohls benutzt werden, Einhalt gebieten (Jäger 1993: 17); Inhalte, die gegenwärtig und erneut zumeist aus rechtspopulistischen Kreisen mit dem Schlagwort des ‚Volksverräters‘ oder des ‚Hochverrats‘ (etc. pp.) belegt werden. Denn offen ist bereits, was sie eigentlich jenseits ihrer plakativen Termini und der als Partikularinteressen der Parteien bezeichneten Belange, ausdrücken sollen. Denn diese beanspruchte Terminologie eines *Volkswillens* ist hoch problematisch und verweist auf das stete Spannungsfeld zahlreicher divergierender Partikularinteressen versus eines unbestimmten Gemeinwohls (Jäger 1993: 17 f.).

Diese Dichotomie der Interessenlagen steht damit in langer, unauflöslicher Beziehung zueinander, wie Strünck hier zeigt (Strünck 2014). Hier habe sich seit langem eine Arbeitsteilung zwischen Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaften eingeschpielt. Ökonomen erklären der Öffentlichkeit, warum bestimmte politische Maßnahmen gut (oder schlecht; UL) für das Gemeinwohl sind und Juristen erläutern, dass bestimmte Maßnahmen im öffentlichen Interesse lägen. Politikwissenschaftler dagegen seien in kritischer Attitüde realistischer, während Juristen und Ökonomen „*normative Wunschkonzerte aufführen und politische Naivität an den Tag legen*“ (Strünck 2014). Das Gemeinwohl steht dennoch in einem andauernden Spannungsfeld, in dem der demokratische Kompromiss immer mehr kompromittiert wird. Die Politik- und Sozialwissenschaft tut sich naturgemäß schwer, allgemeingültige Kriterien zu finden, anhand der man *gute* oder *schlechte* Politik respektive Kompromisse beurteilen soll und verlagert diese Aspekte nur zurück in die Politik und ihr Alltagsgeschäft selbst. Daraus ergibt sich durchaus ein Paradox, eben das zu kritisieren, was man kaum kritisieren kann, da es sich der Bewertung genuin entzieht. Damit gilt dieser Befund nicht nur für die Wissenschaft, sondern auch für Wähler und Bevölkerung selbst. Strünck vermutet hier eine Mut- und Ratlosigkeit, in der insbesondere die Politikwissenschaft jedwede Art von Politik und deren Status quo akzeptieren muss.

Will man eine Wörterbuchdefinition des Gemeinwohls zugrunde legen, versteht Hillmann darunter einen „*auf das steigende Wohlergehen der Gesellschaft ausgerichteten Wert*“ (Hillmann 2007: 272). Dieser erlaube den Angehörigen einer Gesellschaft und Gemeinschaft hinsichtlich ihrer Handlungsmotive dazu beizutragen, mit gemeinsamen Zielen bei gleichzeitig optimaler individueller Zielerreichung erfolgreich zusammenzuwirken. Im Wesentlichen ist das aber nur die Beschreibung dessen, was bereits Max Weber unter politischen Parteien verstand. Der Begriff des Gemeinwohls sei ferner zur Charakterisierung der Herrschafts- und Kooperationsbeziehungen zwischen

---

<sup>122</sup> Als Beispiele nennt er hier die Wendung zur sozialen Marktwirtschaft 1948, die Entscheidung des deutschen Wehrbeitrags 1952, die Ostverträge 1970/72, die ‚*geistig-moralische Wende*‘ 1982 oder der Wiedervereinigungsprozess 1990.

Staat, Gesellschaft und den einzelnen Bürgern gedacht, so Hillmann dort, da der Staat seinen Zweck nicht nur in sich selbst, seiner Machtentfaltung oder mythischen Überhöhung findet. Vielmehr soll der Staat in einer für alle am Bestehen eines solchen Staates interessierten und tätigen Bürger optimalen Ordnung zum Ausdruck kommen.

Gegenüber den Antworten monistischer Demokratietheorien ist nicht nur Wolfgang Jäger skeptisch, der die gemeinsame Leistung von Staatsrechtslehre, Politikwissenschaft und politischer Bildung nach 1945 darin sieht, Vorstellungen eines einheitlichen Volkswillens und eines ‚*wahren Gemeinwohls*‘ als Fiktionen und elitäre Manipulationen zu entlarven (Jäger 1993: 18). Pluralistische Willensbildung sei daher nur aus der Berücksichtigung der Vielfalt der Individual- und Gruppeninteressen anhand der anerkannten Regeln möglich, aber umso schwieriger, da es sich stets um eine Fragmentierung des politischen Entscheidungsprozesses handelt. Das Ergebnis sind die fortwährenden *checks and balances* (Jäger 1993: 19). Strittig ist zudem, ob sich das jeweils konkrete Gemeinwohl lediglich als Summe der individuellen Interessen ergibt. Unklar ist dann, ob erst rückblickend oder bereits vorher festgestellt werden kann, ob ein konkretes Vorhaben dem Gemeinwohl tatsächlich dient. Das Ergebnis sind stets massive Konflikte politischer Deliberation, da die konkrete inhaltliche Bestimmung des als Gemeinwohl definierten Bereiches immer von den Interessen und Zielen derjenigen abhängig ist, die sich darauf berufen und es in Abgrenzung zum Individualgut und dem politischen Gegner diskursiv bestimmen wollen. Dazu treten letztlich die unklaren Marktbedingungen der Finanzierung, Eigentumsfragen, Zuständigkeiten, Rechtsfragen und kommunale Haushaltslagen politischer Ziele, die sich außerdem fortwährend überlagern.

Die populäre Annahme und Kritik, einzelne Parteien oder jeweils ihre Abgeordneten könnten (nicht) oder müssten unmittelbar (mehr) Einfluss nehmen im Sinne des Wählerauftrags oder eines diffusen Gemeinwohls, verkennt neben der Willkür, die dort läge, zum einen bereits die Schranke des freien Mandats nach Art. 38 GG als auch die Funktionsweise der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie, wie auch des Föderalismus und der Gesellschaft insgesamt (Jäger 1993). Allein die Verfassungsorgane unterliegen weitaus weniger und aus gutem Grund dem Einfluss der Parteien als die Parlamente. Peter Haungs sieht hier mehr Ohnmacht als politische Allmacht und Einfluss, die jene Kritiker Parteien, Medien und ihren Protagonisten gerne unterstellen (Haungs 1993: 31). Arne Heise konstatierte nach Abraham Lincoln, dass Demokratie im Kapitalismus sicher nicht (entgegen der populären Annahme, UL) die Regierung des Volkes durch das Volk sei, aber es dennoch keine Alternative zur Demokratie gebe (Heise 2011: 10). Der Begriff der Demokratie muss ohnehin als politische Reaktion auf die bürokratische Obrigkeitsstaatlichkeit des 19. Jahrhunderts gesehen werden, die sich stets auch mit Humor und Kritik paarte: Während die neutrale Bürokratie in den USA und Großbritannien zur Überwindung eines Beute- und Korruptionssystems des übermächtigen starken Staates eingesetzt wurde, galt die Bürokratie in Deutschland umgekehrt als Ausdruck des starken Staates: *„Demokratisierung hieß hier nicht zuletzt die Instrumentalisierung der Bürokratie für die Ziele der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Parteipolitisierung kann [...] als ein Weg dahin verstanden werden.“* (Jäger 1993: 17)

Hier zeigt sich der Widerspruch, dass jedoch auch Parteien an verbindliche Regeln und dynamische Prozesse nach innen und außen gebunden sind, die sie zu überwinden glauben, was unweigerlich Konflikte auslöst. So skizziert Rudzio, dass bspw. die unterstellte Verbindlichkeit von Parteitagsbeschlüssen begrenzt ist hinsichtlich der imperativen Handlungsleitung von Mandatsträgern und Regierungsmitgliedern. Die Verfassungswirklichkeit lasse hier eine Grauzone, die sich immer wieder in spektakulären Entscheidungen zeige, wie Anfang der 1970er-Jahre bei der SPD und großstädtischen Parteiorganisationen mit der Frage des imperativen Mandats (Rudzio 1993: 10, zit. Kalfleiter/Veen 1974: 246 ff.). Ein weiteres Beispiel sei auch die Debatte der SPD 1992 zur Asylrechtänderung, bei der die Bundestagsfraktion erst die Entscheidung ihres Parteitags abwartete; wie auch die Grünen jenes Recht der vermeintlichen Vorentscheidung für sich in Anspruch nehmen. Beispiele lassen sich hier bis in die aktuelle Gegenwart zahlreich finden. Jedoch stößt diese Idee bindender Mandate schnell an seine natürlichen Grenzen, da erstens der Wille einer Partei aufgrund doppelter Kontingenz nur bedingt präzise und abschließend formuliert werden kann, um ihn in Koalitions- oder Regierungsgespräche zu tragen. Zweitens lässt die Infrastruktur einer Partei und

ihrer Gremien solche Verhandlungen und ein abgeleitetes Imperativ gar nicht zu, da sich diese (i. d. R.) selten treffen und ohnehin dort keine Lösung für alle einheitlich akzeptabel ist. Komplexe Gesetzgebungsverfahren entziehen sich daher und aus gutem Grund dem einseitigen Einfluss von Parteien. Diese sind ohnehin zumeist Koalitionsgespräche; das heißt, die Arbeit und Gespräche verlagern sich in die Gremien und Ausschüsse, die wiederum mit unterschiedlichen Vertretern der Regierungs- wie Fraktions- und Parteispitzen besetzt sind. Diese Komplexität mehrerer Ebenen hat zur Folge, dass jene Vertreter regelmäßig auf die Vorteile und Positionen der eigenen Rationalität und Heuristik achten und nur dieser Reflexionsebene folgen.

Dazu tritt speziell die föderale Struktur Deutschlands, die dazu führt, dass im Bundesrat Vertreter der einzelnen Länder vertreten sind, die ihrerseits auf Mehrheiten angewiesen sind. Problematisch gerät aber die Annahme, hier würden sich bestimmte Interessengruppen verabreden, die Ziele zum eigenen, materiellen Vorteil zu beeinflussen. Eher verweist diese Behauptung auf die historisch antiliberalen These der Parteienfeindlichkeit und deren Beute-Metapher (Haungs 1993). Arne Heise erscheint es daher fraglich, ob es jemals möglich sein wird, eine Gesellschaft derart zu gestalten, dass es keinerlei materiellen Interessengegensätze mehr gibt, selbst wenn sie sozialistisch oder kommunistisch sein sollte (Heise 2011: 8 f.).

Dennoch kann man Parteien nicht nur allein von ihrer Organisationsform und Typologie her beurteilen kann, sondern muss auch ihre Aufgaben in den staatlichen Institutionen erkennen. Die politikwissenschaftliche Literatur bezeichnet das als *party in government* oder *party in public office*, der sichtbaren Partei in Regierungsverantwortung (Lösche 2006: 10; 31 ff.). Aber auch in zahlreichen anderen Organen sind Vertreter der Parteien zu finden, wie bspw. im Rundfunkrat oder in Aufsichtsräten, Behörden, Justiz und kommunaler Verwaltung (usw.). Das bleibt nicht widerspruchsfrei und führt oft zu dem Vorwurf der oben genannten ‚Parteibuchwirtschaft‘ (Haungs 1993: 21). Dazu treten die Parteien auf Ebene der Ortsvereine und die *party in central office* als Binneneinheit mit Präsidium, Geschäftsstellen und Außenwirkung. Nach dem deutschen Parteiengesetz sind Parteiorganisation und Fraktion zwar insbesondere finanziell strikt voneinander zu trennen; in der politischen Praxis gehören sie jedoch eng zusammen.

Dazu tritt der signifikante Unterschied der Regierungs- und Verwaltungsbeteiligung einer Partei im kommunalen oder nationalen und supranationalen Zusammenhang (*EU, Bund, Land, Kommune*) und dem zentralen Unterschied der hauptamtlichen Mitarbeiter neben den ehrenamtlich Engagierten. Es führt hier nicht selten zu Konflikten innerhalb der Partei, wenn etwa die Fraktion oder ein führendes Mitglied der Partei und Verwaltung öffentlich anders handelt als es die Mitglieder der Parteibasis für richtig erachten. Jäger nennt hier den Begriff der ‚Sandwich-Partei‘ für Parteien, „die als Verbindungsglied zwischen dem Willen des Volkes und den staatlichen Organen“ eingeklemmt sind (Jäger 1993). Realität und Rationalität sind auf kommunaler und Länderebene dennoch eine deutlich andere als auf nationaler oder supranationaler Ebene der EU, des Staates oder im föderalen Zusammenhang auf Ebene der deutschen Bundesländer und Kommunen. Sie sind aber nicht getrennt voneinander zu betrachten.

Gleichzeitig betonen viele Autoren hier die hohe Bedeutung der kommunalpolitischen Ebene als Erprobungsfeld insbesondere für kleine und neue Parteien. Die Grünen wurden bspw. bereits 1985 - fünf Jahre nach ihrer Gründung - erstmals Koalitionspartner der SPD in Hessen, lange bevor sie 1998 in die Bundesregierung eintraten. Die PDS tolerierte von 1994 bis 1998 in Sachsen-Anhalt die rot-grüne Landesregierung und regierte 1998 bis 2002 in Mecklenburg-Vorpommern in der Koalition mit SPD und CDU. Fast zehn Jahre regierten die PDS und DIE LINKE die Bundeshauptstadt in einer rot-roten Koalition mit der SPD, auch wenn es sich bei PDS und Linkspartei allerdings häufig um mehr oder minder erfahrene Parteimitglieder handelte, die in anderen Parteien oder Fraktionen bereits aktiv waren. Anders herum zeigt sich schnell die Entzauberung von politischen Eintagsfliegen und Amateuren (Weber 1999: 64 f.), die zunächst mit großem Achtungserfolg starten und im parlamentarischen Koalitionsgefüge zumeist verwischen oder nur mit einem einzigen Parolen-Thema (*Law and Order; Ausländer raus; digitale Bürgerrechte; Arbeit; Sozialstaat usw.*) und einer einzigen Leitfigur auftreten und sich dann auflösen. Beispiele sind neben jenen fluiden Gruppen der Wendezeit der DDR 1990 die Hamburger *Schill-Partei* bzw. *Partei Rechtsstaatlicher Offensive (PRO)*,

die 2001 aus dem Stand 19,4 % erreichte, oder andere nahezu unbekannt gebliebene Parteien. Sie alle kamen oft nicht über ihre kurze lokal-regionale Bedeutung hinaus, wie die AFB, Arbeit für Bremen. Sie ging 1995 aus Reihen der Bremer SPD und anderen Splittergruppen hervor, die aus dem Stand 10,7 % erreichte und sich 2002 wieder auflöste, nachdem sie 1999 nur noch 2,4 % erreichten und viele Mitglieder verlor.

Insbesondere die SPD hat seit ihrer Gründung 1890 regelmäßig zahllose Abspaltungen erlebt, die oft schnell wieder verschwanden (Reinhardt 2014, Rugenstein 2013). Im Grunde ist die gesamte europäische Sozialdemokratie selbst Produkt der ideologischen Spaltungen und Kämpfe seit 1863. Max Reinhardt bezeichnet die Geschichte der SPD gar als eine Geschichte der Trennungen (Reinhardt 2014: 28). Insofern ist die Geschichte der Entstehung der WASG ab 2003 nicht wesentlich neu. Dennoch ist die Gründung der ursprünglichen *Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit* innerhalb der SPD hier ein Sonderfall, wie Rugenstein hier zeigt. Noch nie habe es eine Organisation geschafft, sich als linke, neo-sozialdemokratische Alternative zur SPD zu etablieren (Rugenstein 2013: 7).<sup>123</sup> Dennoch wurde auch sie relativ schnell Opfer ihres eigenen kurzen Erfolgs und Teil sozioökonomischer und politischer Normalität zwischen Spaltung und Fusion (Redler 2012), deren Fusionsergebnis heute als ebenso gescheitert gilt (Ernst et al. 2012).

Max Weber betonte, dass Demokratie immer zu Spaltung führt, da der politische Betrieb genuin ein Interessenbetrieb ist. Eine relativ kleine Zahl politisch Interessierter schafft sich über Werbung und Geldmittel Gefolgschaft und gestaltet Wahlen. Zwangsläufig, so Weber, führt das zu politischer Spaltung der wahlberechtigten Bürger in aktive und passive Elemente, die auf absoluter Freiwilligkeit beruht und sich eben nicht durch Wahlpflicht oder andere Formen der Maßregelung aufheben lässt (Schäfer 2015: 227 f.). Mehrheit entscheidet, so das bekannte Postulat, das zur demokratisch legitimierten „*Tyrannie der Mehrheit*“ (Tocqueville; respektive „*Diktatur der Demokratie*“) über die unterlegene Minderheit führt, die jedoch nur marginale Minderheiten ausgehandelt haben. Aktive Gefolgschaft und Führerschaft sowie passive Wählerschaft sind nach Weber so notwendige Lebenselemente jeder Partei und damit das Dilemma der Demokratie. Armin Schäfer argumentiert hier ähnlich, wenn er sagt, die Formen direkter Demokratie, etwa in Form der Bürgerbeteiligung und der Reform des Wahlrechts, verschärfe entgegen der Intention die Ungleichheit, da sich als paradoxes Ergebnis stets jene engagieren, die bereits etabliert sind im Sinne der Mehrheitsgesellschaft (Schäfer 2015: 23).

Bemerkenswert daran scheint, dass sich die vielzitierte Parteienverdrossenheit seither nicht nur unter den Wählern, sondern auch zunehmend unter Parteimitgliedern zeigt. Dabei ist dieser Verdrossenheit keineswegs auf ein bestimmtes Milieu beschränkt, sondern zeigt sich sowohl bei der SPD fortlaufend seit Mitte der 1970er-Jahre und dem Regierungswechsel von Brandt zu Schmidt, als auch bei der CDU ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, als deren ‚*geistig-moralische Wende*‘ nicht umgehend die erhofften Ergebnisse zeigte. Die Abneigung der Grünen gegen die eigene Partei sei notorisch, so Peter Haungs hier (Haungs 1993: 22 f.); und wie sich nicht zuletzt in der Linkspartei allein schon anhand von Gysis legendärer Abrechnungsrede auf dem Göttinger Parteitag von 2012 zeigte, der von gegenseitigem Hass zwischen Partei und Fraktion sprach, der sich bis in die jüngste Gegenwart zeigt. Seither ist der Verlust der Mitglieder für alle Parteien nicht mehr aufzuhalten. Oskar Niedermeyer vermeldete im Juli 2015, dass die Linkspartei mit 5 % den stärksten Rückgang an Mitgliedern im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen hatte, was sich auch deutlich am Fall der Zahlen seit 1990 (SED/PDS) ablesen lässt.<sup>124</sup> Der Rückhalt an Parteibindungen geht seither stark zurück. Everhard Holtmann betont in dem Zusammenhang die hohe Bedeutung der traditionellen

---

<sup>123</sup> Prominente Beispiele der frühen zahlreichen Abspaltungen sind die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (USPD), die *Sozialistische Arbeiterpartei* (SAP), die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) und die *Demokratischen Sozialisten* (DS), um nur einige bekanntere zu nennen.

<sup>124</sup> Die Linkspartei gilt als Rechtsnachfolgerin der PDS/SED.

Verankerung der Milieus als auch die im internationalen Vergleich auffallend intensive Programmbindung („*weltanschauliche Prinzipienfestigkeit*“; „*geschlossene Landeskirche mit strenger Orthodoxie*“) deutscher Parteien (Holtmann 2012b). Die Forschungsgruppe Wahlen konstatierte hierzu, dass sich im Jahr 1972 noch 20 % der Wähler mit keiner einzigen Partei identifizieren konnten; im Jahr 2009 stieg deren Anteil auf 38 %. Die Zahl der Wähler, die sich dagegen stark mit einer Partei identifizierten, sank im gleichen Zeitraum von 55 auf 32 % (Heise 2016; Jun 2015a). Daraus folgt (nicht nur), dass die Zahl der Nicht- und Wechselwähler seither stark zunimmt und die Legitimation, die Rekrutierungsfähigkeit, der Aktivitätsgrad und das Engagement der Mitglieder stark abnehmen (Spier 2011). In Dänemark lässt sich (auch historisch) ähnliches beobachten, wenn nicht gar der Grad an Parteibindung noch geringer ist: *“Today, very few people who vote on election day are members of the party they vote for”* (Folketinget 2012).

Für Haungs lassen sich im Wesentlichen für das 19. und 20. Jahrhundert drei Traditionslinien der Parteienkritik unterscheiden: *die konservative, die liberale und die demokratische Kritik*. Holtmann betont, dass die zahlreichen Formungen und Umformungen der deutschen Parteienlandschaft in langen Wellen, aber dennoch aufgrund hoher Pfadabhängigkeit recht unbeirrbar konstant verlaufen sind.<sup>125</sup> Diese traten zum Teil lange vor dem Beginn eines eigentlichen Parteienstaates auf, teils aber auch erst mit ihm (Holtmann 2012b). Während Parteien im konservativ-autoritären Kaiserreich unter Bismarck ohnehin als Quelle allen Übels galten, betrachtete etwa Moissei Jakowlewitsch Ostrogorski (ähnlich wie Max Weber) zu Beginn des 20. Jahrhunderts amerikanische und britische Parteien aus liberal-demokratischer Perspektive. Ostrogorski wandte sich gegen die Professionalisierung und Bürokratisierung der Parteien und Parlamente. Aus seiner Sicht war die Entwicklung der Parteiendemokratie eine Bedrohung des liberalen und demokratischen Parlamentarismus. Als Vertreter der radikal-demokratischen Parteienkritik kann Robert Michels (Michels 1911) gelten, der sich eingehend mit der frühen Sozialdemokratie auseinandersetzte.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg riss die Auseinandersetzung um Parteien nicht ab, wie der Beitrag von Karl Jaspers 1966 aus konservativ-liberaler Sicht zeigte; und die sich in den 1980/90er-Jahren mit der staatsrechtlichen Auseinandersetzung um eine Übermacht der Parteien wiederfand. Diese seien *„machtversessen auf den Wahlsieg und machtvorgessen bei der Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgaben.“* (Haungs 1993: 20, zit. Weizsäcker 1992) Dem früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (CDU) *„fehlte bereits in den frühen 1980er-Jahren der Glaube an die Überlebensfähigkeit der Parteiendemokratie“*, die sich immer mehr zu einer *„Demoskopiedemokratie“* entwickle (ebd.). Für eine Begrenzung der staatlichen Macht zugunsten bürgerlicher Freiheiten auch im Umfeld der Parteiendemokratie sprachen sich der spätere Verfassungsrichter Dieter Grimm 1983 und auch der rechtskonservative Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim mehrfach aus. Während es noch in den frühen Jahren der Bundesrepublik um die Anerkennung der legitimen Rolle der politischen Parteien bei der Willensbildung ging, so seien diese nun besonders kontrollbedürftig, da sie sich den Staat *„zur Beute machten“*, so von Arnim (Haungs 1993: 21). Dass die Politik *„an der alten Idee der Kontrollversuche bei erlebtem Kontrollverlust hängen bleibt“*, schrieb unlängst Armin Nassehi als Kommentar zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus 2016 (Nassehi 2016). Oft liegt aber das apostrophierte Problem in den Parteien und ihrer wechselseitig veränderten Realität und Dynamik sozialer Differenzierungen und deren wechselseitiger Beziehung zur Umwelt (Scheuch 1993: 53 ff.).

Eine höhere Akademisierung und Bildungsquote wie prosperierende Entwicklung der Bevölkerung und der Wirtschaft in und seit den 1960/70er-Jahren führte (u. a.) auch zu mehr Akademikern in der SPD; einer Partei, die sich ursprünglich als Arbeiterpartei verstand. *„Dankbarkeit ist bekanntlich nicht das beherrschende Motiv von Wählern“*, so Dahrendorf an dieser Stelle über Ar-

---

<sup>125</sup> Einen ähnlichen Mitgliederschwund auf nahezu selben Niveau wie heute verzeichnete die SPD bereits in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre, so Holtmann dort.

beiter, die in den sogenannten Wirtschaftswunderjahren nach dem Zweiten Weltkrieg zu Angestellten oder Hausbesitzern geworden waren und sich fortan von sozialdemokratischen Parteien kaum noch vertreten fühlten (Dahrendorf 1987: 1032). Die SPD galt so spätestens seit den 1960/70er-Jahren und ihrer absoluten Hochphase als ‚*akademisiert*‘ und verbürgerlicht. Allerdings spotteten auch schon Max Weber und Robert Michels zu Anfang des 20. Jahrhunderts ähnlich über die bürokratisierte SPD und das Verhältnis der Akademiker in einer Arbeiterpartei (Michels 1911). Tatsächlich ließ Weber oft kein gutes Haar an den frühen Sozialdemokraten und ihren ‚*Parteibeamten*‘ (Weber 2005: 1065 f; 1070; 1077).

Weber entdeckte den Gegenstand der Vereine und Parteien zwar erst relativ spät für seine soziologischen Analysen, was ihrer Schärfe der Argumente keinen Abbruch tut.<sup>126</sup> Er betonte dennoch, dass insbesondere rational organisierte Parteien wie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ein wichtiges Gegengewicht zur ‚*Demokratie der Straße*‘ bilden (Weber 2005: 1102). Dem Bürger und Wähler selbst traute er offenbar nicht viel zu. Gleichzeitig betonte Weber dort bereits 1918, dass ein reines Zweiparteiensystem in den ‚*Industriestaaten schon infolge der Spaltung der modernen ökonomischen Schichten in Bürgertum und Proletariat (...) unmöglich*‘ ist. Das Zweiparteiensystem sei ohnehin nur im Falle eines aristokratischen Parlaments, nicht aber in der Demokratie möglich (Weber 2005: 1089). Mindestens vier, eher aber fünf große Parteien samt Koalitionen seien in Deutschland wahrscheinlich (Weber 2005: 1090). Damit griff Weber der erst viel späteren Entwicklung der Bundesrepublik weit vor, die erst in den 1980/90er-Jahren mit Gründung der Grünen in den späten 1970er-Jahren sowie ab 2007 mit Gründung und Fusion der Linkspartei zu einer echten etablierten Mehrparteiengesellschaft wurde – wenn auch freilich zuvor hunderte marginale Gruppen existierten (Köhler 2006). Bis in die 1960/70er hinein dominierte dort ein System der drei Parteien mit CDU/CSU, SPD und FDP. Zuvor galt Deutschland nach 1949 als Zweiparteienstaat (CDU/SPD), der vermeintlich ‚*Stabilität*‘ gewährleistete.

Dahrendorf beschrieb 1987 das ‚*Elend der Sozialdemokratie*‘, das sich im Grunde bis heute als Identitätskrise und vermeintliches Versagen der Sozialdemokratie wie der gesamten Linken fortsetzt. Die Schlagworte sind bekannt und wiederholen sich seit über 100 Jahren: Die SPD habe aktuell die arbeitende Mitte aus dem Blick verloren; gleichzeitig sei ‚*[d]as sozialdemokratische Bild von der arbeitenden Mitte diffus und illusionär*‘ (Bischoff und Radke 2016). Der SPD wird dort ‚*gefährliche Orientierungslosigkeit*‘ zugeschrieben. Sie würde damit dem Populismus von links und rechts einen Boden bereiten, da jene Formen Ausdruck der unteren Mittelschichten wohlhabender Gesellschaften seien, die sich nicht mehr vertreten fühlen (ebd.). Zugleich ist diese Verortung und Definition der Autoren soziologisch sehr ungenau und selbst gefährlich nahe am Populismus.<sup>127</sup>

---

<sup>126</sup> Max Weber (\*1864 †1920) wurde offensichtlich erst durch das Ende 1910 erschienene Buch seines Freundes Robert Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens*, inspiriert, sich mit Parteien näher zu befassen. Breuer (Breuer 2006: 96) datiert Webers entsprechende Arbeiten auf die Zeit von 1912 bis 1914. Ferner nahmen Demokratie und Demokratisierung bei Weber bis 1903 und dem Ausscheiden aus dem Professorenamt keinen nennenswerten Platz ein, obgleich er nacheinander Mitglied mehrerer Parteien war. Politisch bevorzugte Weber jedoch Anfang der 1890er-Jahre eher die Konservativen. Erst nach 1904 und seiner Amerikarreise wandelte sich sein Verhältnis zur Demokratie. Eine Charakterisierung Webers fällt zusehends schwerer. Den einen galt er anfangs als Reaktionär bismarckscher Prägung, vielen dagegen als Linksliberaler, anderen als Romantiker, ohne seine soziologischen Bemühungen als solche zu würdigen (Breuer 2006: 4). Seine breiten Ausführungen zur Herrschaftssoziologie lassen Breuer dagegen ratlos zurück, warum Weber dennoch eher als ‚*demokratischer Prügelknabe*‘ denn als Musterschüler galt. Wieder andere bezeichnen ihn als Zentristen, einer vermittelnden linkssozialistischen Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung.

<sup>127</sup> Eine soziale wie politische Verortung des Populismus ist nahezu unmöglich, da der Populismus keine Ideologie ist, wie etwa der Liberalismus oder Marxismus, Sozialismus, Faschismus (usw.), also gar keine Trägerschichten aufweist. Er gilt als dünne oder partielle Ideologie, die verschmolzen oder nahezu

Dahrendorf schrieb das Gleiche etwa 30 Jahre vorher. Als „*Weder-noch-Partei*“ bezeichnete Matthias Micus die SPD im März 2016 (Micus 2016).

Dazu tritt die doppelte Entfremdung der Milieus von den Parteien und umgekehrt. Die junge und intellektuelle Linke habe den Bezug zur Unterschicht nahezu gänzlich verloren und sich selbst kosmopolitisiert, so Wolfgang Merkel in einem Zeitungsinterview (Pausch 2016). Diese Kontroverse lässt sich allerdings seit Jahrzehnten verfolgen. Sie betrifft die Grünen seit langem ebenso und fast wortgleich (Bois 2008; Probst 2013; Dahrendorf 1987; Dolezal 2006; Haas 2006; Zeuner et al. 1995; Wallraff 2017): „*Die Hoffnung der Welt ruht derzeit auf einer grünen Bundesrepublik, während die deutschen Grünen in eine politisch immer hoffnungslosere Lage driften*“ (Eilenberger 2017). Allerdings galt die Partei der Grünen bereits bald nach ihrer Gründungsphase 1977/1980 als etabliert und als „*ökologische FDP der Besserverdiener*“ (Bois 2008: 32; Probst 2013: 178), als Partei „*frustrierter Beamter*“ (Dahrendorf 1987: 1035) und der „*Karrieristen und Opportunisten*“ (Bois 2008: 32). Spätestens seit 1998 und der Regierungs- und Koalitionsbildung mit der SPD im Bund galten die Grünen endgültig als etabliert, die zuvor die parlamentarische Opposition im Bundestag bildete (Jun 2015: 45). Sie stellt jedoch historisch ein Korrelat der zahlreichen Neuen Sozialen Bewegungen der außerparlamentarischen und radikal-systemoppositionellen, zumeist studentischen, Opposition der Friedens-, Anti-Atom-, Frauen- und Umweltbewegungen der frühen 1970/80er-Jahre dar. Ursprünglich verstand sie sich als Anti-Partei-Partei, die dennoch Partei bleibt (Haungs 1993: 27). Ob es sich bei den Grünen und den Neuen Linken nach 1968 um deren (erfolgreichen) Marsch durch die Institutionen (Rudi Dutschke) handelte oder nicht, ist durchaus strittig (van Hüllen 2008); obgleich hier jeder Akteur erneut je nach biografischer Perspektive und politischem Standpunkt und Milieu eine andere Meinung hat. Paul Lucardie bezeichnete die Grünen als „*angeheiratete Schwager der Sozialisten*“ mit „*dünnere Ideologie*“ (Lucardie 2013: 63). Sie heute noch als *links* zu bezeichnen, gleicht vielen dennoch einem Sakrileg.

Für die dänische Sozialdemokratie (SD) lassen sich zwar analog „*Erfolge ohne Wählerdank*“ konstatieren (Frenzel 2002: 239). Reüssierend bemerkte Frenzel dort, dass Dänemarks Sozialdemokraten insbesondere seit Ende der 1980er-Jahre (als sie ihre Regierungsmehrheit längst verloren hatten, UL) das dreifache Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in Form der politisch-ökonomischen, elektoralen und organisatorischen Zwangslage „*virtuos*“ gelöst hätten (Frenzel 2002: 291). So sei es der SD im Gegensatz zur SPD gelungen, entgegen allen Bedrängnissen eine kohärente Programmatik zu entwickeln, die von Beginn an keine *one-issue-Politik* war, etwa in Form der Sanierung der Staatsfinanzen. Die Hauptunterschiede seien hier die erfolgreiche Trias aus effizienter Wirtschafts- und grüner Wachstumspolitik, einer Wohlfahrtspolitik mit aktivierenden, utilitaristischen und inkludierenden Faktoren und ein aktiver Ökoreformismus. Verbunden waren diese Elemente mit einem strikten Stabilitäts- und Konsolidierungskurs in der Geld- und Fiskalpolitik, ohne jedoch neokeynesianische, antizyklische Finanzpolitik auszuschließen (Frenzel 2002: 292 f.).

Die Grüne Partei (*De Grønne*) hatte sich zwar 1983 in Dänemark nach westdeutschem Vorbild gegründet, blieb aber bei den Parlamentswahlen recht erfolglos und stagnierte bei etwa 1 %. 1996 bildete sich daraus die *Demokratische Erneuerung* (*Demokratisk Fornyelse*), die aber noch erfolgloser blieb (Skou 2011: 299). 1989 gründete sich zwar zuvor die linksradikale *Enhedslisten – de rød-grønne*, die allerdings bis 2007 ebenso eher marginal blieben und bei durchschnittlich 2 bis 3 % stagnierten, bis sie 2015 ihr Ergebnis mehr als verdreifachen konnten (7,7 %). Die eigentliche Wirkung eines tatsächlichen ‚*Erfolgs*‘ steht dennoch aus.

---

wahllos kombiniert wird mit Elementen aus anderen Weltanschauungen. Das Phänomen des Populismus ist so eher flächendeckend präsent als partiell; auch die Zuschreibung zu Parteien als Urheber und Adresse ist daher schwer möglich (Decker 2006a; Lucardie 2011). Gemeinsam ist dem Populismus die Suche nach Schuldigen und einfachen Erklärungen.

Man könnte im Ergebnis wie seinerzeit schon Max Weber tatsächlich von einer gewissen Stagnation, Desillusionierung oder auch von Verzweigung der politischen Akteure sprechen. Vielmehr drängt sich die Frage auf, weshalb der Gestaltungsraum aller Parteien relativ gering zu sein scheint, deren Dringlichkeit der Themen offenbar, aber ungelöst im Raum steht, selbst wenn sie über Jahrzehnte die Regierungsmehrheit, eine entsprechende Koalition bilden und/oder als Opposition im Parlament vertreten sind. Folgt man stellvertretend für eine ganze Reihe anderer Autoren Ralf Dahrendorf, Max Weber und Stefan Breuer, tritt diese Dynamik verlorener Legitimation im Konflikt zur Restauration politischer Parteien unabhängig vom Zeitpunkt der Beobachtung ein: „*Mit der Inklusion immer größerer Massen in die politische Ordnung wird auch der Parteibetrieb unvermeidlich zu einer Sache von Fachleuten.*“ (Breuer 2006: 97; nahezu wortgleich: Forsthoff 1971: 19) Das ist zwar insoweit noch trivial. Noch in der Weimarer Reichsverfassung waren Staat und Wirtschaft strikt getrennt, gerieten aber durch die zunehmende gesellschaftliche Arbeitsteilung und Differenzierung unter Druck. Hoheitliche Aufgaben konnten so nicht mehr allein aus eigenem Fachwissen bestritten werden, so dass die charismatischen Führer (Max Weber) schnell an genau die Grenzen stoßen, die sie zuvor selbst eröffnet haben. Stefan Breuer (Breuer 2006: 135 ff.) verweist daher auf den allgemeinen Funktionswandel der Parteien und neue Rand-Parteien vergleichbarer Industriestaaten. Das rekurriert für ihn darauf, dass die Repräsentation als solche im Wandel begriffen ist, der sich jedoch nicht mehr mit den bekannten Stichworten und Milieus einfangen lässt, dem Schäfer hier dennoch widerspricht (Schäfer 2015: 123 ff.).

Vielmehr müssen hier weitere qualitative und sozioökonomische Merkmale und Rahmenbedingungen in die Analyse mit einbezogen werden. Denn der Zusammenhang von Demokratieverhalten und wirtschaftlicher Entwicklung gilt als zweifellos (Dittrich 1993; Schäfer 2015). Allerdings ist die vielzitierte Politikverdrossenheit keineswegs gleichbedeutend mit der Unzufriedenheit breiter Schichten, sondern deutet eher auf soziale Schiefen hin. Die Demokratie gilt in Deutschland im europäischen Vergleich bei aller Kritik dazu als eine der stabilsten. Des Weiteren kann der allgemeine Unmut der Wähler und Bürger auch positiv als Zeichen und Ausdruck höherer Kritik und einer kritischeren Haltung und der Auseinandersetzung und politischem Engagement gegenüber den Parteien und Akteuren verstanden werden. Die eindeutige Milieubindung und ihre reziproke Zuschreibung lässt zwar trotz Schäfers gegenteiliger Analyse (Schäfer 2015) ohne Zweifel nach, was die Sozialdemokratie offenbar am stärksten trifft, die jedoch am ehesten in der Lage sein sollte die Verlierer der Modernisierung anzusprechen (Decker 2013: 23). Dennoch müsste diese Analyse vielmehr auf die soziale Differenzierung gerichtet sein als sich auf starre, homogene Milieus zu fokussieren, die nachweislich nicht existieren (Sinus 2017). Deutlicher als die Billigung geringer Einkommensdifferenzen ist zwar nahezu für die gesamte europäische Sozialdemokratie heute die Emphase für Gleichberechtigung, Minderheitenschutz und Genderpolitik. Ein entsprechender Wertewandel des Postmaterialismus lässt sich aber schon 1977 bei Ronald Inglehart feststellen, der erst die seinerzeit aufkommende Friedens- und Umweltbewegung nach 1968 stärkte, so dass dieser Befund erneut nicht sehr originell ist. Die *Piraten*<sup>128</sup> bilden hier nur ein weiteres prominentes Beispiel von

---

<sup>128</sup> Die *Piraten* verzeichneten in ihrem Ursprungsland Schweden nach ihrer Gründung 2006 und in ihren besten Zeiten mit 7,1 % (Europawahl 2009) aus dem Stand und 50.000 Mitgliedern dort einen Achtungserfolg. Sie galten dort zeitweilig als drittgrößte Partei des Landes. Mittlerweile ist die Partei nicht nur dort in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Sie zählte zum März 2012 dort noch ca. 8.600 Mitglieder (SZ v. 28.3.12; S. 7). Aktuell (10.5.2016) zählt die *Piratpartiet SE* laut eigener Webauskunft noch 4.105 Mitglieder; Tendenz sinkend (PirateWeb - Pirate Party Administration). In Deutschland befindet sich die Partei ebenso im freien Fall, nachdem ihr zu Beginn (2006) Großes zugeschrieben wurde, sie schlagartig Mitglieder anzog. In Spitzenzeiten verzeichnete die Partei in Deutschland fast 35.000 Mitglieder. Das ist etwa die Hälfte dessen, was die etablierten Kleinparteien FDP, Linke und Grüne jeweils aufbringen. Im April 2017 zählte sie noch 11.624 registrierte Mitglieder, von denen allerdings nur 4.441 stimmberechtigt sind. Ehemals führende Köpfe verließen die Partei seither. Zudem ist ihre politische

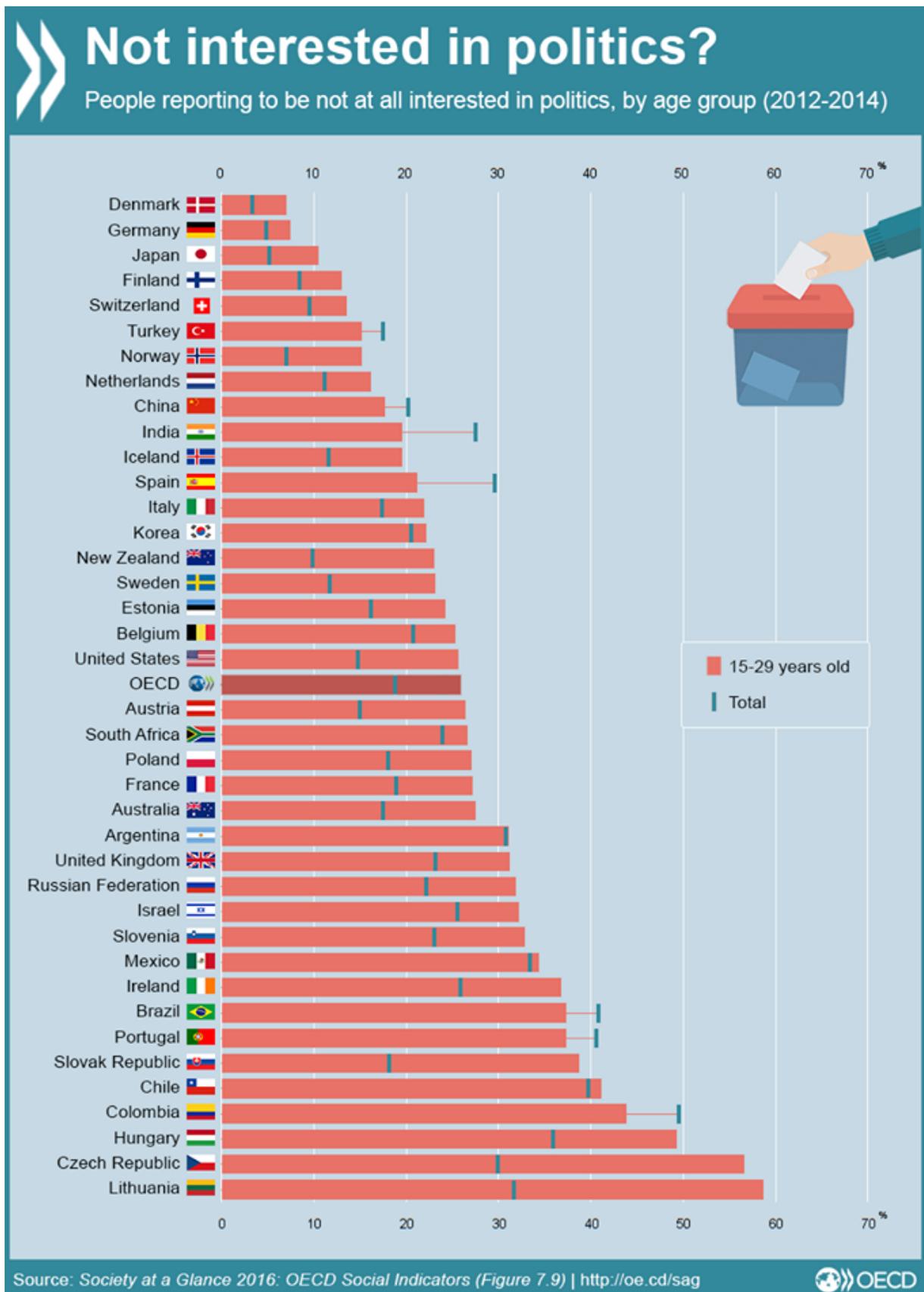
vielen anderen, marginalen oder eher unbekannt gebliebenen respektive mittlerweile vergessenen Parteien. Beispiele anderer Parteien und Gruppen gibt es unendlich viele, die vorübergehend im Sinne ihrer Anhänger grandios starteten, Abspaltungen erlebten und anschließend zerfielen oder sich gänzlich auflösten (Köhler 2006: 48; Vollmer 2013: 28 ff.).

Erstaunlicherweise trifft der Befund gesunkener Sympathie- und Vertrauenswerte gegenüber Parteien in unterschiedlicher Ausprägung auf ganz Europa und die OECD zu. Der Trend zeigt sich jedoch bereits seit den 1980er-Jahren (Dittrich 1993). Deutschland liegt im europäischen Vergleich zwar im Mittelfeld, wenngleich Parteien hier den letzten Platz der Vertrauensskala belegen (Jun 2015: 72). Im OECD-Vergleich liegt aber der Anteil derer, die angeben, gar nicht an Politik interessiert zu sein, in Deutschland und Dänemark mit unter 10 % dennoch nahezu gleichauf (s. Abb. 12). Wobei der Anteil junger Menschen (15 – 29) in beiden Ländern etwa doppelt so hoch als in der Gesamtbevölkerung, aber immer noch deutlich weit unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Dennoch liegt der Anteil der desinteressierten jungen Dänen offenbar noch leicht hinter dem der deutschen Jugendlichen (OECD 2016b: 130 ff.). Grundsätzlich geben jüngere Wähler (18 - 24) in der OECD ihre Stimme seltener ab als Ältere (25 - 50). Ihre Wahlbeteiligung liegt im Durchschnitt ca. 16 % niedriger als jener der Erwachsenen (25 - 50). Im Ergebnis sind etwa 25 % der 15 bis 29jährigen in der OECD gar nicht an Politik interessiert (OECD 2016b: 130 ff.). Dänemark bildet hier die bekannte Ausnahme. Dennoch bilden sich auch in Dänemark Ausnahmen von eben jener Ausnahme und das Land weist ähnliche sozioökonomische Problemlagen auf, wie sie sich nahezu in allen OECD-Staaten finden lassen.

---

Ausrichtung bis zuletzt unklar, sie oszillieren zwischen links, grün und liberal und einer konservativen und wirtschaftsliberalen wie prekären Technikelite sowie einer Ein-Themen-Partei der digitalen Bürgerrechte junger Kreativer um die 30, die ganze Textteile ihrer Programme wortgleich aus anderen Parteien übernommen hatten (Lammers 2012).

Abbildung 12: Not interested in politics? (OECD)



Die vormalige Deutsche Demokratische Republik (DDR), hervorgegangen 1945 infolge des Zweiten Weltkriegs aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), bildet hier zweifellos eine Besonderheit deutscher und europäischer Geschichte. Bei Gründung der DDR 1949 bestanden auf deren Staatsgebiet fünf Parteien: die *Sozialistische Einheitspartei Deutschlands* (SED), die *Christlich-Demokratische Union Deutschlands* (CDU) und die *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands* (LDP bzw. LDPD). Die *National-Demokratische Partei Deutschlands* (NDPD) und die *Demokratische Bauernpartei Deutschlands* (DBD) kamen bereits 1948 auf Anordnung Stalins dazu. 1946 wurden zuvor die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) und die *Kommunistische Partei Deutschlands* (KPD) zur SED zwangsfusioniert. Alle Parteien waren jedoch seit Sommer 1945 in einer (sog.) Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien zusammengeschlossen, der später als *Demokratischer Block* oder *Nationale Front* bezeichnet wurde. Deren wichtigste Norm lautete bis zum Ende der DDR 1990, dass Beschlussfassung auf dem Wege der Vereinbarung erfolgt und nicht durch Abstimmung: „Mit anderen Worten: Einstimmigkeit war Voraussetzung, um politische Entscheidungen wirksam werden zu lassen. (...) Es musste so lange verhandelt werden, bis alle Beteiligten zustimmten.“ (Lapp 2010: 49) Damit sollte eine neue Qualität demokratischer Willensbildung erreicht werden, die auch als *Blockpolitik* bezeichnet wurde und das vormalige ‚Parteiengetzänk‘ der Weimarer Republik verhindern sollte. Die Mitgliedschaft in der *Einheitsfront* war obligatorisch und wurde bis in die 50er-Jahre durch die Sowjets scharf überwacht und bei Abweichung scharf sanktioniert. Das politische System der DDR übernahm diese Praxis der Kontrolle und blieb so über vier Jahrzehnte nahezu abgeschlossen. Bis 1989 waren ausschließlich die genannten fünf Parteien zugelassen, die zusammen 2,75 Mio. Mitglieder zählten, von denen freilich 84 % bzw. 2,3 Mio. auf die SED entfielen. Wahlen, so Lapp hier, wurden als Einheitswahlen organisiert, so dass die Blockparteien bis 1990 nach einem vorab festgelegten Schlüssel die Mandate verteilten, die keineswegs die politische Meinung der Bürger, sondern die der SED repräsentierte.

Auch wenn die Dominanz der SED unabweislich war, so gelang den anderen Blockparteien zusammen mit den Kirchen dennoch die Artikulation der Interessen ihrer rund 475.000 Mitglieder. Dazu kam allerdings, dass die Kirche noch 1989 rund 5,5 Mio. Mitglieder (mehr als doppelt so viele wie die SED) umfasste, die traditionell stark mit der Ost-CDU verbunden war. Die SED und ihre überzeugten Anhänger konnten das lange als Ausweis der Meinungspluralität ihres Landes jenseits der Diktatur und des politischen Systems vermitteln, obgleich die Mitwirkungsrechte marginal waren und Fraktionsbildungen strikt untersagt waren. Jegliche Opposition wurde kriminalisiert und scharf sanktioniert. Dennoch subventionierte die SED insgeheim die Blockparteien und mit großem Abstand die Ost-CDU, um dort Bündnispartner, auch in den Kirchen, zu generieren. Aufgrund der zunehmenden innenpolitischen Unruhen der DDR in den 1980er-Jahren nahm die Zustimmung zu den kleineren Blockparteien jedoch zu und gegenüber der SED stark ab. In der zweiten Hälfte der 80er-Jahre war es zudem zu einer stärkeren Oppositionsbewegung der friedens-, menschenrechts-, und umweltpolitischen Bürgerinitiativen gekommen. Das Ergebnis von 1989 ist hinreichend bekannt und führte zur Auflösung des Blocks und zum Erstarken der Ost-CDU. Alle anderen Parteien verließen ebenfalls den Einheitsblock, konnten aber politisch nicht überleben, da sie längerfristig keine Mehrheiten für ihre Positionen, keinen Anschluss und auch keine Unterstützung in Westdeutschland mehr finden konnten (Lapp 2010: 49 ff.). Die SED transformierte sich zur *Partei des demokratischen Sozialismus* (PDS) und musste sich zwischen drohendem Verbot, massivem Mitgliederverlust und Marginalisierung, der Distanzierung vom Stalinismus sowie der ersten Intention zur Reformierung der alten DDR und der verbliebenen Solidar- und Interessengemeinschaft ehemaliger SED-Mitglieder (Klatt 1993: 48) mehrfach neu erfinden, deren Überlebensfähigkeit Klatt 1993 von der Integrationskraft der Sozialdemokraten abhängig machte.

Über die Gründe des politischen und ökonomischen Zusammenbruchs der DDR gibt es bis heute sehr unterschiedliche Ansichten, die jeweils politisch und ideologisch motiviert und unterschiedlich überzeugend sind, die zwischen mikro- und makroökonomischen und globalen Perspektiven und unterschiedlichen biographisch-persönlichen und politischen Narrativen oszillieren.

Dazu gehören (u. a.) die globalen Rahmenbedingungen, etwa der Situation des Wettrüstens der Sowjetunion und der USA sowie der europäischen Machtverhältnisse, die mutmaßlich zum finanziellen Zusammenbruch des gesamten Ostblocks und der Wiedervereinigung Deutschlands führten. Letztlich bleiben sie alle wissenschaftlich ohne adäquate Antwort, da sie nur jeweils Interpretationen bestimmter Sachzusammenhänge abbilden (Volkman und Timpf 2001; Kombinatdirektoren 2013). Das bekannte Diktum, dass die DDR als Unrechtsstaat letztlich qualitativ implodiert sei, ist ebenso umstritten (Nakath 2013), da es keine valide Definition dieses Terminus gibt. Die sozio-/makroökonomische und abstrakte These von Herbert Schui, dass eine Diktatur erhebliche Probleme mit der Finanzierung und Aufrechterhaltung ihres Sozialstaates und im Ergebnis mit intendiert bzw. verordnet politischer Deliberation hat, scheint hier noch am plausibelsten (Schui 2003: 21). Hier muss erneut erwähnt werden, dass eine Diktatur keineswegs nur die individuellen und sozialen Rechte einschränkt und delegitimiert, sondern im Gegenteil enorm stabilisiert, legalisiert und legitimiert und damit reziprok für hohe Rechtssicherheit und Commitment für jene sorgt, die sie damit stabilisiert; während umgekehrt der (sog.) freiheitlich-liberal-demokratische Rechtsstaat die persönlichen Rechte legal noch beschneidet. Manch einer sieht daher die Alternative in eben der Diktatur, die nicht erst den mühsamen Umweg der freien Deliberation und Entscheidungsunsicherheit sucht. Das Dilemma findet sich dann in der Frage der tatsächlichen Artikulation und Partizipation der unterschiedlichen Gruppen, die in der Diktatur naturgemäß separiert und verfolgt oder gar ermordet werden, während die Demokratie sie als Marktwirtschaft zulässt und entsprechend mehr oder minder umständlich (ergo: demokratisch) organisiert, was zwangsläufig zu Dissens führt. Das zeigte sich auch in jenem äußerst fluiden Zeitraum der DDR nach 1989.

Karl-Heinz Dittrich konstatierte 1993, dass die Parteineigung im wiedervereinten Deutschland in den neuen Ländern tendenziell schwächer war als in den alten Ländern, was aber wenig überraschend ist, da die emotionale Nähe und Identifikation zu den Parteien noch fehlte, sofern die Bürger der ehemaligen DDR die neuen Parteien und ihre Akteure nicht bereits aus dem vormaligen Westfernsehen kannten. Zum Teil gründeten sich aber auch dort infolge des Zusammenbruchs der Blockparteien umgehend zahlreiche neue Parteien und Gruppen, die dennoch schnell wieder erodierten. Wahlentscheidungen wurden so oft situativ getroffen. Weniger informierte Bürger der neuen Länder wählten so bei den ersten freien Wahlen 1990<sup>129</sup> eher die CDU. Allerdings fiel auf, „dass die Parteien und Politiker im Westen deutlich schärfer kritisiert wurden als im Osten“ (Dittrich 1993: 17). Die im Vergleich doppelt so hohe soziale Deprivation im Osten führte dennoch zu einem psychischen Mechanismus und Vehikel der Wahlentscheidungen mit anti-staatlichem Impetus völlig überzogener Erwartungen.

Hartmut Klatt hielt dazu fest, dass die vormaligen Blockparteien zunächst noch über einen hohen Professionalitäts- und Organisationsgrad, eine ausgebaute Infrastruktur und Massenpublikationen verfügten, die mit Unterstützung aus dem Westen eine programmatische und personelle Erneuerung anstrebten. Aus diesen Parteien entstanden nach der apostrophierten Wende<sup>130</sup> zahlreiche Bürgerbewegungen, wie etwa das *Bündnis 90*. Hier schloss sich eine Vielzahl basisdemokratischer Sammlungsbewegungen zusammen, wie das *Neue Forum* (NF), *Demokratie Jetzt* (DJ) und die *Initiative Frieden und Menschenrechte* (IFM). Dazu traten eine Reihe von Parteineugründungen, wie der *Demokratische Aufbruch* (DA), die *Grüne Partei* und die *Deutsche Forumspartei* (DFP). Zu einer weiteren Kategorie gehörten Neugründungen, die nicht in erster Linie aus Bürgerinitiativen hervorgingen, wie die SPD (bzw. zunächst: SDP, *Sozialdemokratische Partei in der DDR*), die DSU (als

<sup>129</sup> Volkskammerwahl der DDR (18. März), Kommunalwahlen der DDR (6. Mai), Landtagswahlen BRD, Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus (2. Dezember), Bundestagswahl BRD (2. Dezember).

<sup>130</sup> Der Begriff der *Wende* gilt als politisch umkämpft, da der vorletzte Staatsratsvorsitzende der DDR, Egon Krenz, den Wende-Begriff 1989 in die politische Auseinandersetzung einbrachte, um etwaigen Begriffen einer *Friedlichen Revolution* und den Bürgerbewegungen insgesamt zuvorzukommen und sich selbst damit an die Spitze des Dialogs der Reformen zu setzen.

Pendant zur West-CSU), die Ost-FDP und die USPD und spätere Ost-WASG (Hultsch 2013; Klatt 1993). Als vierte Kategorie zählte die PDS als Rechtsnachfolgerin der SED. Um allerdings aussichtsreiche Positionen für die Volkskammerwahl 1990 zu erreichen, bildeten sich Wahlbündnisse und Listen, die zu einer weiteren Zersplitterung der Parteien führte. Klatt spricht hier von insgesamt 24 Parteien, Bündnissen und Listen. CDU, DA und DSU bildeten die *Allianz für Deutschland*, die als Fraktionsgemeinschaft geführt wurde; LDP, DFP und FDP bildeten den *Bund Freier Demokraten* (BFD). Die *Grüne Partei* bildete zusammen mit dem *Unabhängigen Frauenverband* (UFV) eine Listenvereinigung. Das Ergebnis der Volkskammerwahl 1990 führte allerdings schnell zu einer Ernüchterung, Neustrukturierung und Konsolidierung der neuen Parteien. Bei einer Wahlbeteiligung von 93,4 % erreichte die *Allianz für Deutschland* fast die Hälfte der Wählerstimmen, allein die CDU erreichte 40,8 %. Die SPD erreichte mit 21,9 % den zweiten Platz vor der PDS mit 16,4 %; die Liberalen der BFD kamen auf 5,3 % und das Bündnis 90 erzielte 2,9 % der Stimmen, während die Grünen nur 2 % erreichten. Unter anderem führte das zu Austrittswellen und Resignation gegenüber der empfundenen Bedeutung alter Seilschaften, obgleich sich dort deutliche personelle Neuerungen bei allen Gruppen und Auflösungen oder Stagnation der Splitterparteien zeigten (Klatt 1993: 43). Wahlentscheidend war hier vor allem die fiskalisch hoch umstrittene Aussicht auf die Wiedervereinigung („*Einheit*“) und die gemeinsame Währungs- und Wirtschaftsunion des CDU-Bundeskanzlers Helmut Kohl (Klatt 1993: 36). Insbesondere das *Neue Forum* des *Bündnis 90* setzte aber zunächst auf die Fortexistenz einer sozialistisch-reformierten DDR anstelle der Wiedervereinigung, unterlag aber bei den Wahlen 1990 mit knapp 3 %.

Bemerkenswert scheint aus heutiger Sicht, dass rechtsradikale Splittergruppen und die Partei der *Republikaner* in den neuen Bundesländern zunächst keine Rolle spielten<sup>131</sup> und keine Anknüpfungspunkte in den DDR-Parteien hatten (Klatt 1993; Rellecke 2010). Diese entwickelten sich erst nach der Jahrtausendwende infolge des (sog.) *Deutschland-Pakts* der DVU und der NPD, die selbst zuvor mit anderen rechtsextremen Splittergruppen im Westen mit der eigenen Marginalisierung kämpften. Dennoch zeigte sich für die CDU 1993 mit der Gründung des *Christlich-Konservativen Deutschlandforums* (CKDF) das Problem der Abgrenzung zur äußeren Rechten,<sup>132</sup> da vielen die ostdeutsche CDU als zu liberal erschien (Klatt 1993: 44).

Die Sozialdemokraten scheiterten an der letztlich fatalen Assoziation vieler ehemaliger DDR-Bürger zur vormals ‚*roten Diktatur der SED*‘ und ihrer kritischen Oppositionshaltung in Westdeutschland, auch gegenüber der Einheit und Währungs- und Wirtschaftsunion. Das Bündnis 90 war - wie auch die Ost-Grünen - nach 1990 nicht mehr überlebensfähig, so dass sie sich 1993 in Ost und West jeweils zur Fusion auf Bundesebene unter dem Namen Bündnis 90/Grüne entschlossen.

Im weiteren Verlauf nach 1990 zeigte sich eine weitere Stabilisierung respektive Nivellierung der herkömmlichen politischen Lager und Parteien nach außen bei gleichzeitiger Ausdifferenzierung nach innen, die sich im weiteren allerdings kaum noch von Westdeutschland unterscheidet und allenfalls um regionale oder historische Besonderheiten ergänzt wird (Kost et al. 2010). Zwar bildete sich noch 1992 das parteiübergreifende *Komitee für Gerechtigkeit*, um den spezifischen Interessen der Ostdeutschen eine Stimme zu verleihen, das als Bürgerbewegung charakterisiert

<sup>131</sup> Abgesehen freilich von einer ganzen Reihe militanter, fremdenfeindlicher und rechtsextremistischer Übergriffe in den 1990er-Jahren, wie bspw. 1992 in Rostock-Lichtenhagen oder Hoyerswerda 1991. Sie gingen jedoch eher von gewaltbereiten Personen und Gruppen und einem sehr diffusen Mob aus, die selten politisch organisiert resp. interessiert und nicht parlamentarisch vertreten waren. Ob und inwiefern sie aus dem Westen organisiert oder eher *home-grown phenomena* waren und sich als Zeichen zunehmender sozialer Deprivation zeigten, ist umstritten.

<sup>132</sup> Die Partei der *Republikaner* entstand allerdings bereits 1983 in München als rechts-konservative Abspaltung der CSU, die zeitweilig vor allem im Westen Zulauf verbuchte und anschließend wieder in die Marginalisierung abrutschte. Rechte Abspaltungen von der CDU/CSU sind so bis in die jüngste Gegenwart mit der AfD und deren Abspaltungen nicht selten und erzielen zumeist regional Achtungserfolge. Sie werden zumeist als Flügelkämpfe bezeichnet.

wurde. Ziele des Komitees waren hauptsächlich der Minderheitenschutz für Ostdeutsche und eine eigene Körperschaft nach Art einer dritten Parlamentskammer, die gegen Beschlüsse des Bundes intervenieren könne. Die Bonner Republik und ihre Parteien reagierten erwartungsgemäß negativ. Bemängelt wurde, dass solch eine Kammer die Einheit nicht befördern, sondern eher verhindern und die Spaltung vorantreiben würde. Jener Versuch einer ostdeutschen Sammlungsbewegung zur Repräsentation scheiterte relativ schnell, da es ihr an ernsthafter Konzeption, überzeugenden Führungsfiguren und Kohäsion fehlte. Stattdessen zeigte sich eine sehr diffuse Kritik, die von völlig unrealistischen Forderungen begleitet wurden. Mit den Beispielen radikaler Demokratietheorie ist solch eine Separierung politischer Interessen wenig hilfreich, wie sich hier erneut zeigte.

Dennoch lassen sich weiterhin latente Konflikte und Differenzen zwischen Ost und West konstatieren, die sich periodisch zwischen gemeinsam *Geteilte(r) Geschichte, Signaturen des Übergangs* (Holtmann 2009) und sehr unterschiedlichen Narrativen bewegen (Bösch 2015). Dazu kam allerdings, dass sich das westdeutsche Milieu der Linken - abgesehen von ideologischen Splittergruppen - zum Teil bereits früh (Krüger 1963) deutlich gegen die ostdeutsche Linke und die vermeintliche Systemalternative abgrenzte und diese zudem deutlich diskreditierte: „*Es gibt Beispiele von linken Intellektuellen, die ein Menschenalter in West-Berlin verbrachten, ohne jemals einen Fuß in den Osten gesetzt zu haben.*“ (Semler 2003: 3) Umgekehrt sahen viele überzeugte Sozialisten der DDR – abgesehen von materiellen Interessen des ‚Westpakets‘ – zum Westen seit jeher keinerlei Berührungspunkte (Kirchenwitz 2003). Das Milieu der Linken zeigte sich hier bereits als wenig homogen. Während sich dennoch in den 1990ern eine erste gesamtdeutsche Identität bildete, nahmen die Differenzen in den 2000er-Jahren wieder zu, was sich auch in der Konjunktur der Parteien, wie der PDS und späteren Linkspartei zeigte, die erneut mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit punktete - die allerdings auch zusehends erfolgreich von Gruppen der rechtsnationalistischen und bürgerlich-konservativen Peripherie belegt wird. Im Ergebnis wird mittlerweile eine Aufarbeitung der Aufarbeitung der DDR im geschichtskulturellen Diskurs gefordert (Handro und Schaarschmidt 2011).

Vergleicht man diese spezifisch deutsche Sondersituation mit Dänemark, erscheinen dennoch Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede politischen Handelns. Das dänische Parlament (*Folketing*) hält hier in einer kurzen Übersicht fest, dass „*[w]hen the Constitutional Act was adopted in 1849, Denmark got its first democratic Parliament, the Rigsdag [Reichstag, UL], consisting of the Folketing and the Landsting. At that time, there were no parties*“ Ursprünglich handelte es sich um zwei (bzw. drei) Parteien: die Konservativen (*originally the Party of the Right [Højstre, UL] and the Liberal Party [Venstre, UL] (originally the United Liberal Party)*), die sich innerhalb des Reichstags gründeten.

„*The Social Democratic Party, unlike the Conservatives and the Liberals, was formed outside the Rigsdag. (...) in 1871, and from the beginning the party established a strong party organisation. At first, the main task was to gain as many members as possible. It was only during the 1880s that the party was able to obtain a few seats in the Folketing.*“ (Folketinget 2012)

Die Entwicklung verläuft hier durchaus ähnlich wie in Deutschland, wo sich Parteien zunächst in Gasthäusern trafen, sich danach benannten und erst nach 1870 zusehends etablierten. Die sozialen und politischen Entwicklungen am Ende des 19. Jahrhunderts führten

„*to a sharper division of society. Common to each of the three parties mentioned above was that they were attached to a given occupational group or class. The Right-Wing Party to landed proprietors and civil servants, the United Liberal Party to farmers, and the Social Democratic Party to workers. Moreover, it can be said of both the United Liberal Party and the Social Democratic Party that they were part of a more comprehensive organisation or movement, the cooperative movement and the workers' movement respectively. About 1920, these parties and movements played a very important role in the organization of Danish society.*“ (Folketinget 2012)

So zählt man heute in Dänemark zwar seit 1918 rückblickend zunächst etwa bis zu 35 Parteien aller Lager, die im Folketing vertreten waren oder an den Wahlen dazu teilgenommen haben. Diese Zahl

kann aber schon nicht abschließend sein, da sich auch hier historisch auf allen Seiten seit jeher zahlreiche Spaltungen und Neugründungen gezeigt haben, die jedoch weitaus nicht alle an den Wahlen teilgenommen haben. Das Folketing hält dazu fest:

*„The formation of a number of new parties during the 20th century came about because of a split in the respective parliamentary groups. (...) Finally, there are parties and local party lists whose candidates only run in municipal elections and not for the Danish Parliament.“*  
(Folketinget 2012)

Hier muss aber unterschieden werden nach der Parteigründung, die grundsätzlich (wie auch in Deutschland und den meisten Demokratien) jedem Bürger zur Verfügung steht, und der Teilnahme an einer Wahl:

*„In order to be eligible to stand for Parliament, parties must either have been elected to Parliament beforehand or have collected a number of signatures corresponding to 1/175<sup>133</sup> of the votes cast at the latest election. In 2007, the number of votes required was 19,185.“*  
(Folketinget 2012)<sup>134</sup>

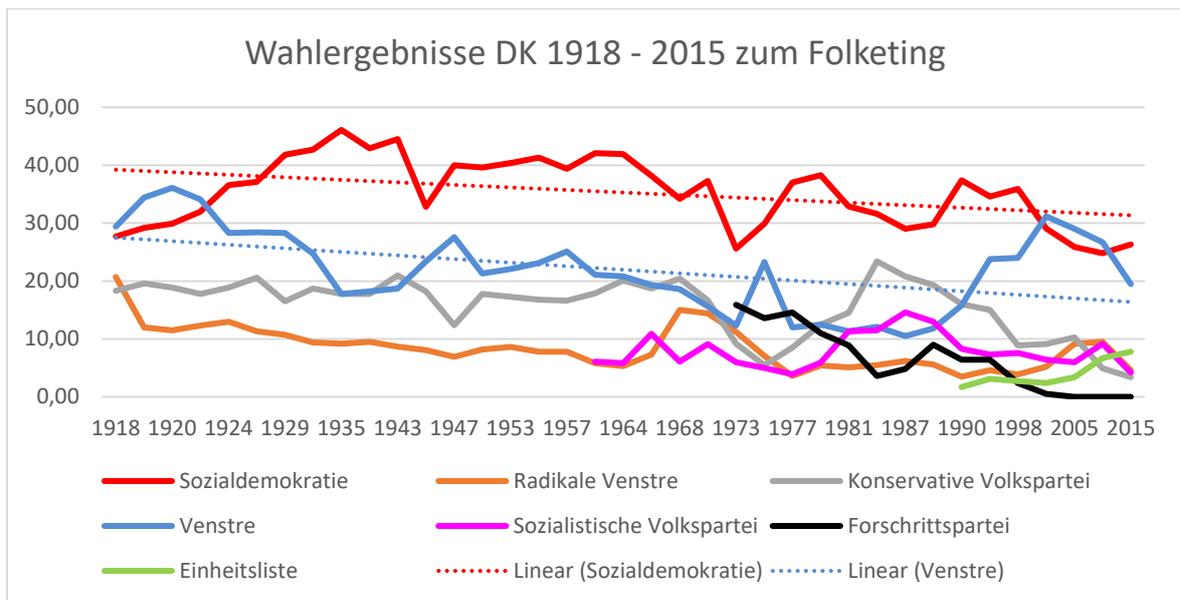
Daher ist die Zahl der Wahlparteien in Dänemark deutlich geringer als in Deutschland. Zudem muss hier die deutlich geringere Größe, Einwohnerzahl und Struktur des Landes berücksichtigt werden, die mit Deutschland kaum vergleichbar ist. Dennoch ist die Fluktuation oder Resignation und Dynamik jener Akteure in Dänemark aber ähnlich wie in Deutschland. In Dänemark gelten Parteien - wie noch in Deutschland bis 1949 - als politische Vereine (s. Art. 78; *Danmarks Rige Grundlov*). Betrachtet man allerdings die Verteilung der Stimmen und Mandate der Folketingwahlen seit 1918, so fällt die relativ stabile Konzentration der vier großen Hauptparteien der Sozialdemokratie, Radikale Venstre, Konservative Volkspartei und Venstre auf, die erst 1973 mit der oben genannten Erdrutschwahl der Fortschrittspartei (*Fremskridtspartiet*, 15,9 %) verändert wurde. Eine direkte Konsequenz dieser Wahl war zwar, dass sich die Zahl der Parteien im Parlament kurz von fünf auf zehn verdoppelte. Dennoch fiel der Anteil der Klein- und Protestparteien bei den folgenden Wahlen 1975 bis 1998 wieder deutlich ab, um dann - wie im Fall der Fortschrittspartei und der Sozialistischen Volkspartei (SF) - zwar kurz wieder leicht anzusteigen; aber dennoch blieb die Fortschrittspartei weit unterhalb der Ergebnisse von 1973 und ist heute bedeutungslos. Die SF konnte ihre Anteile in den 1980er-Jahren zwar deutlich steigern, fiel aber dennoch ab 1990 wieder ab (Skou 2011: 763 ff.). Hintergrund der Entwicklung 1973 waren die zunehmenden Konflikte der 1960/70er-Jahre, denen aber auch eine seit den 1960ern wachsende Mittelschicht gegenüberstand, die sich entsprechend abgrenzte und reagierte. Aktuell (2017) sind zwar 13 Parteien im Parlament vertreten, die Regierung besteht dennoch nur aus Venstre, Liberal Alliance und Konservative Folkeparti. Der Trend verläuft also auch in Dänemark recht stabil, wenn auch abwärts. Kleinstparteien blieben auch hier relativ einflusslos und konnten sich kaum etablieren (Abb. 13, 14). Dennoch sind sie oft für recht bunte Koalitionen verantwortlich.

---

<sup>133</sup> Nach: *Folketing (Parliamentary) Elections Act; Part 3; Parties Entitled to Participate in General Elections*: 175 ist die Zahl der nationalen Parlamentssitze (zzgl. jeweils 2 Sitze für Grönland und die Färöer, die hier nicht relevant sind, so dass das dänische Parlament auf 179 Sitze kommt). Aber: *“No voters’ declarations are required in the case of the party of the German minority.”*

<sup>134</sup> In Deutschland werden für die Teilnahme an einer Wahl gesetzlich mindestens 200 Unterstützungsunterstützten von Wahlberechtigten des jeweiligen Wahlkreises benötigt. Die Landesliste einer nicht etablierten Partei muss von 1 von Tausend der zur letzten Bundestagswahl Wahlberechtigten des jeweiligen Bundeslandes, jedoch höchstens von 2.000 Wahlberechtigten, unterzeichnet sein, so der Bundeswahlleiter.

Abbildung 13: Die 7 stärksten Parteien seit 100 Jahren (DK)



Quelle: (Skou 2011) und Statistics Denmark; eigene Darstellung und Auswahl<sup>135</sup>

<sup>135</sup> Die Daten bei Skou reichen nur bis 2005, so dass ich hier die Daten 2011 und 2015 ergänzt habe.

## Abbildung 14: Summary Parliamentary Elections 1990 – 2011 (Denmark)

Dataset: Denmark: Parliamentary Elections 1990-2011 (summary)

Year  Party  Measure: Votes % 

Party	V	SD	DF	SF	K	RV	LA	EL	KD	CD	FRP	FK	Green	RF	DHP	Dfo	M	Ind	Electorate	Votes	Valid votes	Invalid votes	Total
1990	15.79	37.39	-	8.30	15.97	3.55	-	1.67	2.29	5.11	6.44	1.79	0.85	0.53	0.02	-	-	0.31	100.00	82.84	82.19	0.65	82.84
1994	23.30	34.56	-	7.28	15.02	4.59	-	3.15	1.85	2.84	6.43	-	-	-	-	-	-	0.98	100.00	84.25	83.42	0.83	84.25
1998	24.01	35.93	7.41	7.56	8.92	3.85	-	2.70	2.51	4.31	2.42	-	-	-	-	0.32	-	0.05	100.00	85.95	85.30	0.65	85.95
2001	31.25	29.08	12.00	6.37	9.07	5.19	-	2.40	2.28	1.77	0.56	-	-	-	-	-	-	0.03	100.00	87.15	86.26	0.88	87.15
2005	29.03	25.84	13.25	5.99	10.27	9.18	-	3.40	1.73	1.01	-	-	-	-	-	-	-	0.26	100.00	84.54	83.85	0.68	84.54
2007	26.26	25.47	13.86	13.04	10.39	5.12	2.81	2.17	0.87	-	-	-	-	-	-	-	-	0.02	100.00	86.59	85.99	0.60	86.59
2011	26.73	24.81	12.32	9.20	4.94	9.50	4.98	6.68	0.79	-	-	-	-	-	-	-	-	0.05	100.00	87.74	86.90	0.84	87.74

V	Liberal Party (Venstre)
SD	Social Democrats (Socialdemokraterne)
DF	Danish People's Party (Dansk Folkeparti)
SF	Socialist People's Party (Socialistisk Folkeparti)
K	Conservative People's Party (Konservative Folkeparti)
RV	Danish Social Liberal Party/Radical Left (Det Radikale Venstre)
LA	Liberal Alliance (as New Alliance (Ny Alliance) in 2007)
EL	Red-Green Alliance (Enhedslisten De Rød-Grønne)
KD	Christian Democrats (Kristendemokraterne)
CD	Centre Democrats (Centrumsdemokraterne)
FP	Progress Party (Fremskridtspartiet)
FK	Common Course (Fælles Kurs)
Green	Green Party (De Grønne)
RF	Justice Party (Retsforbundet)
DHP	Humanist Party (Det Humanistiske Parti)
Dfo	Democratic Renewal (Demokratisk Fornyelse)
M	Minority Party (Minoritetspartiet)
Ind.	Independents

Quelle: (Norwegian Centre for Research Data 2017)

An dieser Stelle kann man nach den Mechanismen und der Struktur fragen, die zu solchem Engagement, aber auch zum attestierten Wandel, zu Resignation, Chance oder Scheitern führen. Die Belege und Diskussionen darüber sind endlos. Mit Max Weber gesprochen ist der tatsächliche Handlungsrahmen der Politik sehr schmal, da Recht, Verwaltung und Gesetz bereits vorab enge Grenzen setzen. Das beginnt schon mit der Gründung einer Partei, die wie oben gesehen, an erhebliche juristische und formale Kriterien gebunden ist. Zudem müssen jene Akteure ein Mindestmaß an intellektueller und organisatorischer Kompetenz vorab mitbringen. Reine Empörung reicht als Grund für eine Parteigründung nicht aus, wenn sie auch oft das zentrale Motiv sein mag. Ist die Partei dann gegründet, steht sie aus gutem Grund in einem engen Korsett der Verfassung. Aber auch ihre eigene, wechselseitige soziale Realität und Einbettung holt sie bereits schnell ein. Sehr schön hat der Jurist Otto Mayer 1924 diesen Strukturfunktionalismus auf eine Formel gebracht in dem reichlich umstrittenen Kalauer: „*Verfassungsrecht vergeht, Verwaltungsrecht besteht.*“<sup>136</sup> Arnold Gehlen sprach davon, dass insbesondere Juristen die Normen der diversen rechtsstaatlichen Institutionen in reale Handlungen übersetzen, da grundsätzlich „*jeder Verwaltungsakt bestreitbar ist*“ und somit der validen Überprüfung Stand halten muss (Gehlen 1961: 9 f.). Max Weber erläuterte bereits 1919, dass Juristen (bis heute; UL) nicht ohne Grund den Großteil aller politischen Ämter und Funktionen

<sup>136</sup> Der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts (1958 – 1969), Fritz Werner, hat 1959 demgegenüber das "*Verwaltungsrecht als konkretisiertes Verfassungsrecht*" bezeichnet. Es handelt sich jedoch bei beiden um polemische Zuspitzungen, die innerhalb der Jurisprudenz nicht haltbar sind, da beide Behauptungen die hohe gegenseitige Interdependenz der Normen und Rechtskreise vernachlässigen.

ausmachen (Weber 1999: 38 ff.). Sie beherrschen demzufolge neben den Rechtsnormen das Rollenspiel und die nötige Neutralität, ohne an die vertretene Position selbst glauben zu müssen. Politiker nannte Weber dort wörtlich „*Schauspieler*“, die ihre Rolle nur aus persönlicher Eitelkeit überzeugend spielen, ohne das eigene Handeln überschauen oder verstehen zu können und in Gefahr geraten, Schein und Wirkung mit Wirklichkeit zu verwechseln (Weber 1999: 69). Ralf Dahrendorf schrieb Regenbogenkoalitionen und sozialen Bewegungen daher wenig Gestaltungskraft zu, da „*soziale Bewegungen im Fraktionsgehege naturgemäß schwächer sind als auf der freien Wildbahn.*“ (Dahrendorf 1987: 1023) Und Alex Demirović notierte zur Situation der griechischen Syriza im Konflikt mit der EU unlängst, Regieren reiche nicht: „*Die Linke gewinnt mit Wahlerfolgen und Regierungsbildung nicht auch schon relevante Gestaltungsmacht.*“ (Demirovic 2015: 13); und fordert wenig originell eine radikale Demokratisierung Europas und seiner Institutionen.

Wenig originell allein deshalb, weil demokratische Institutionen originär an bürokratische (ergo: starre) Regelungen gebunden sind, die Linke offensichtlich derart missbilligen. „*Eine demokratische (oder plebiszitär) gewählte Führung ohne ein Parlament und ohne rational-bürokratische Parteien bedeutet eine Emotionalisierung und Unstetigkeit der Politik, denn ‚die Masse‘ (...) denkt nur bis übermorgen*“, so Stachura mit Weber (Stachura 2010: 27; Hervorh. im Original; s. auch Weber 2005: 1102). Zugleich sind weder Weber noch Stachura hier blind für die Risiken solch einer regulativen Governance-Struktur und der These der starken Bürokratie, wenn betont wird, dass dadurch die „*Domestizierung der bürokratischen Maschine durch den charismatischen Führer*“ drohe. Stachura betont, dass sich das nötige Gleichgewicht zwischen politischen Parteien, Parlament, ihrer Führung und der Staatsbürokratie zwar einstellen kann (respektive sollte), was jedoch nicht auf Konsens, sondern auf Konflikt beruht. Diese Konflikte können als *konstitutive* und als *regulative* Konflikte bezeichnet werden. Wobei der „*springende Punkt*“ für Stachura darin liegt, dass „*die Bewältigung der konstitutiven Eigenaufgabe (nicht) ohne regulativen Druck von außen möglich ist*“ (Stachura 2010: 24).

Es handelt sich also letztlich um Machtfragen; oder wie Habermas es letztlich ausdrückte: um vermachtete Strukturen, die schwer zu durchdringen sind. Hat eine Partei erst mal die apostrophierte Macht übernommen, reproduziert sie die Ungleichheit als Herrschaft von Menschen und Normen über Menschen und andere Normen und jene Dispositive und Narrative, die aber genuin außerhalb dessen liegen. Damit stehen insbesondere linke, aber auch Oppositionsparteien ganz allgemein, seit jeher in dem Dilemma zwischen Reform und Revolution, Regierung und Opposition. Oder eben vor der Herausforderung, das zu bekämpfen, was sie selbst verteidigen und umgekehrt. Oder wie es Fritz Tarnow 1931 auf dem Parteitag der SPD in Leipzig ausdrückte, in einer schwierigen Doppelrolle sowohl als Arzt wie auch als Erbe am Krankenbett des Kapitalismus, der entweder heilen oder mit Gift nachhelfen wolle, um „*lieber heute als morgen die ganze Hinterlassenschaft des kapitalistischen Systems in Empfang nehmen [zu] wollen*“ (Tarnow 1931: 20). Nur, was folgt daraus, nach Antritt des Erbes? Max Weber urteilte 1919 recht bissig, dass voraussichtlich nach 10 Jahren „*wenig, vielleicht nicht gerade nichts, aber wenigstens dem Scheine nach wenig in Erfüllung gegangen ist*“, was sich jene Anhänger und Vertreter politischer Kämpfe der Novemberrevolution 1918/19 („*Gesinnungspolitiker*“) jener Jahre versprochen. Die persönliche Konsequenz der Betroffenen sei neben „*Verbitterung oder Banausentum, einfaches stumpfes Hinnehmen der Welt und des Berufes oder, das dritte und nicht seltenste: mystische Weltflucht (...)*“ (Weber 1999: 84 f.). Die Struktur des Revolutionsstaates (1919) erlaubte zwar seinerzeit „*absoluten Dilettanten kraft Verfügung über die Maschinengewehre die Macht über die Verwaltung*“; eine grundlegende Neuerung des Fachbeamtentums und der nötigen Verwaltung ergebe sich aber daraus nicht, so Weber (Weber 1999: 36).

Diese äußerst pessimistischen Einschätzungen provozieren zweifelsohne eine Überprüfung der jüngsten Gegenwart hinsichtlich des Reformismus linker Parteien. Dennoch zeigt sich, dass allein die Wandlung sozialer Bewegungen zwischen Parlamentarismus, Jurisdiktion, Bürokratie und vermachteter Expertokratie als Grund nicht ausreicht. Vielmehr ist es ja oft erst das Motiv, die Macht zu übernehmen oder zumindest als dessen Gestalter und treibende Kraft in der Opposition aktiv zu werden. Dennoch steht damit die Frage im Raum, wie sich Wählerwanderung, abnehmende

Wahlbeteiligung und entsprechende Delegitimation verstehen lassen. Denn eine niedrige Wahlbeteiligung weist immer auf eine ungleiche Verteilung hin, da die Bereitschaft zur Wahlbeteiligung oder Nichtwahl nicht in allen sozialen Gruppen gleich verteilt ist. Obgleich auch dieser Befund allein noch nicht ausreicht, um von einer (vielzitierten) Krise der Demokratie zu sprechen, da Wahlen stets nur eine von sehr vielen und keineswegs abschließende Form des politischen Engagements darstellt. Der Akt der Wahl ist zwar nach Art. 20 GG der einzige formal zugelassene, stellt aber das zentrale wie legale Merkmal der Legitimation des Volkes gegenüber seinen Vertretern dar. Somit stärke die ordnungsgemäße Wahl nach Meinung des Bundesverfassungsgerichts gleichzeitig die Legalität als auch die demokratische Legitimität parlamentarischer Entscheidungen und Vertreter und der positiven Grundrechte (Czok 2010: 74). Gleichzeitig jedoch beeinflussen die Wahl und das Wahlergebnis kaum die Entscheidung der Parlamentarier, die in vermutlich allen westlichen Gesellschaften formal über ein freies Mandat unabhängig gegenüber dem Wähler und jeglichen Weisungen sind. Und auch Konflikte innerhalb der Parteien werden so durch Wahlen kaum vermieden oder absorbiert, so Czok mit Luhmann (Czok 2010: 80, zit. Luhmann 1969: 162). Allein daraus ist die Annahme, solch ein imperatives Mandat, führe zur Lösung, eher eine Illusion als eine adäquate Lösung (Kaltefleiter und Veen 1974).

Hier lohnt ein weiterer Blick zu Webers Herrschaftssoziologie und dem für die Demokratietheorie wichtigen Verweis auf das Plebiszit und Charisma (Breuer 2006: 119 f.). Das heißt, die reine Anerkennung und Legitimation der Stellvertreter per Zustimmung stellt streng genommen noch keine Wahl im rational-legalen und demokratischen Sinne dar. Entscheidend ist das für die Frage der Neigung, überhaupt wählen zu gehen respektive eben nicht zu wählen oder alternative Formen der Partizipation, des Protests und Engagements zu wählen. Denn die allgemeine Beteiligungskultur direkter, plebiszitärer Demokratie in Form von Demonstrationen, Ehrenamt, Petitionen, Referenden, Onlinekampagnen oder dem Produktboykott und der Zahl der regen Parteigründungen (usw.) weisen dennoch auf eine intakte Demokratie hin, wenngleich Wahlbeteiligung und Stimmenanteile permanent sinken. Hier existiert ein signifikant positiver Zusammenhang, indem die Teilnahme zur Wahl deutlich steigt, wenn jemand an alternativen Beteiligungsformen teilnimmt (Schäfer 2015: 18). Mit höherer Bildung steigt so auch die Wahrscheinlichkeit, das eine wie das andere zu tun. Die Nichtwahl drückt allerdings entgegen den herkömmlichen Erklärungsmustern nicht die Übereinstimmung aus, sondern die Unzufriedenheit. Gleichwohl existieren hier unterschiedliche Deutungsmuster der Motive von Nichtwählern (Schäfer 2015: 93). Denn zum einen ist das gegenwärtige Zeitalter wirtschaftlicher Liberalisierung auch von einem Rückgang der Wahlbeteiligung allgemein gekennzeichnet, so dass sich der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland im internationalen Vergleich auf keinem auffälligen Niveau befindet. Zum anderen ist die Frage entscheidend, wie sich die Gruppe der Nichtwähler verteilt, da es hier durchaus signifikante Muster gibt, die sich auch im Lebensverlauf abbilden (Schäfer 2015: 92 ff.). Das heißt, hier lassen sich mikrosoziologische Kohorteneffekte wie Lebenszyklus- und Periodeneffekte abbilden, die auch mit dem Wohnort, Viertel und Status korrespondieren (Schäfer 2015: 100, 147 ff.). Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen Bildungsgrad und Einkommen keineswegs deckungsgleich, da es auch Geringqualifizierte mit hohem Einkommen und die inverse Konnotation gibt, etwa Vogels ‚*Grenzgänger am Arbeitsmarkt*‘; Vogel 2006; Schäfer 2015: 86).

In Dänemark verharrt die Wahlbeteiligung auf dauerhaft hohem Niveau, während sie in Deutschland seit den 1970/80er-Jahren permanent abfällt. Die politischen und sozialen Rahmenbedingungen dagegen sind in beiden Ländern ähnlich und durchaus vergleichbar. Gleichzeitig gilt Dänemark als eines der egalitärsten Länder der OECD mit einem hohen Grad an Zufriedenheit gegenüber der Demokratie, in dem die Ungleichheit zudem sank - auch wenn Ungleichheit keineswegs mit Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten korrespondieren muss (Schäfer 2015: 18, 67 f.). Hierzu passt der Befund, dass in Ländern mit höherer Wahlbeteiligung unter sonst gleichen Bedingungen die Umverteilung und die Sozialausgaben tendenziell höher ausfallen. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass sich Mitte-links-Parteien in Ländern mit hoher Wahlbeteiligung programmatisch weiter links positionieren (Schäfer 2015: 88). Gleichzeitig bewegt sich diese politische Formel

und Verortung des unbestimmt Linken permanent in einem intellektuellen Vakuum voller Widersprüche. Auffällig ist ferner, dass Sozialdemokraten und andere Parteien des linken Spektrums in Dänemark traditionell durchweg höhere Wahlergebnisse erzielen als in Deutschland, wo Linkspartei und SPD eher in benachteiligten Quartieren mit geringer Wahlbeteiligung hohe Ergebnisse erzielen. Die Grünen stehen allerdings traditionell etwas außerhalb jenes Musters, da sie zumeist relativ etablierte soziale Schichten repräsentieren.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung, so Schäfer, wirke sich aber nicht, wie oft vermutet, negativ auf diese Mitte-Links-Parteien aus, da sie zum einen die gemeinsamen Motive und den Zusammenhang von Wählern und Nichtwählern nicht berücksichtigen. Zum anderen „fällt der negative Effekt einer niedrigen Wahlbeteiligung für linke und libertäre Parteien in der Tendenz geringer als für rechte und autoritäre Parteien aus“ (Schäfer 2015: 148 f.). Hochburgen linker Parteien liegen dennoch sowohl in Dänemark als auch Deutschland tendenziell in den Großstädten, die sich bekanntlich seit jeher ihrer liberal-intellektuellen und politischen Freiheit rühmen.<sup>137</sup> Gleichzeitig sind aber auch die Großstädte gespalten in arme und reiche Quartiere, was sich im Wahlverhalten erneut reziprok ausdrückt. Das ist für Schäfer Beleg genug zu konstatieren, dass die Wahlteilnahme und Parteienwahl keineswegs zufällig, sondern entlang von Klassenlinien verläuft und sich eben in der Nichtwahl jener Klassen ausdrückt: „Korreliert man die Arbeitslosenquote als Indikator für die soziale Lage mit der Wahlbeteiligung, zeigen sich so starke Zusammenhänge, wie sie in den Sozialwissenschaften nur selten entdeckt werden.“ (Schäfer 2015: 143, 22)

Hier beginnt allerdings die Diskussion und ihre zuweilen ideologische Überlagerung um den feinen, aber wichtigen Unterschied zwischen Klassen, Klassenlagen und Klassifizierungen. Oft werden diese Unterschiede völlig gleichgesetzt, anstatt die wichtigen Unterschiede herauszuarbeiten. Die Politikwissenschaft greift hier zwar auf verschiedene Ansätze zurück, die sich nach Jahrzehnten der Forschung als relativ belastbar gezeigt haben. Diese lassen sich im Wesentlichen auf vier verschiedene Betrachtungs- und Untersuchungsdesigns beschränken.

- der soziologische Erklärungsansatz
- der individualpsychologische Ansatz
- das Modell rationalen Wahlverhaltens
- das Modell der sozialen Milieus

Daraus wird aber bereits die hohe wechselseitige Komplexität deutlich, die sich keineswegs gegenseitig ausschließt, sondern im Idealfall im Sinne sozialwissenschaftlicher Forschung perfekt (aber: normativ, UL) ergänzt, wie Korte hier betont (Korte 2013: 96). Man stößt dabei erneut an Habermas' normativ-hermeneutischen Zirkel, der gegenüber der Abweichung hilflos bleibt. Schäfer bemerkt dazu, dass, wer den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und politischer Beteiligung eruieren möchte, mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert ist.

Die Theorien sind daher keineswegs so schlüssig, wie sie zunächst vermuten lassen; die Items und Variablen hinsichtlich der Ressourcen wie Bildung oder Einkommen (usw.) zeigen sich oft uneinheitlich. Allein in Deutschland gibt es kaum Einigkeit darüber, was bspw. und jenseits der Alltags Sprachlichkeit als ‚hochqualifiziert‘ gilt; in der EU und OECD setzt sich diese Disparität nur fort, die sich dann kaum noch seriös vergleichen lässt. Die Wahltheorien lassen sich daher ergänzen um

---

<sup>137</sup> Dass ‚Stadtluft frei macht‘, gilt als häufig ideologisch fehlinterpretiertes Zitat des frühen Mittelalters, da es sich stets auf die positiven Grundrechte des Stadtbürgers, ergo Handwerkers oder Kaufmanns, bezieht, die jedoch zuvor erworben oder verliehen werden mussten. Zuwanderer und Unqualifizierte aus der Landwirtschaft hatten so kaum eine reale Möglichkeit, diese Freiheit tatsächlich zu erwerben und zu genießen. Eher gilt es als früher Beleg der Legende, es vom Tellerwäscher zum Millionär schaffen zu können. Insbesondere den Nachkommen wurde aber häufig das Bürgerrecht verliehen. Das Faktum gilt als Beispiel der frühen Regulierung, etwa durch die Zünfte und damit dem Tausch der Abhängigkeiten der Landwirtschaft gegen das Stadtrecht.

die *Ressourcentheorie* und der *Theorie relativer Machtdifferenzen* und disparater Verteilung, das heißt der unterschiedlichen Nutzung und Verteilung der jeweiligen Ressourcen.

Stein Rokkan und Seymour Lipset entwickelten im Rahmen eines makrosoziologischen Modells 1967 die *Cleavage-Theorie* anhand gesellschaftlicher Konfliktlinien, die historisch für das Entstehen westeuropäischer Parteien bedeutend waren - obgleich der Rückschluss von Makrodaten auf das Individualverhalten stets problematisch ist. Historisch lassen sich diese Konfliktlinien (*cleavages*) grob unterscheiden in den klischeehaften Konflikt der Moderne zwischen Kapital und Arbeit infolge der Industrialisierung und der Säkularisierung sowie zwischen Stadt und Land, der auch ein Konflikt zwischen bäuerlichen und handwerklichen Wirtschaftssektoren war, und schließlich zwischen Zentrum und Peripherie, der sich zwischen zentralistischen Tendenzen und autonomen Regionen abspielte. Der religiös-konfessionelle und der Klassenkonflikt sind nach Decker die zwei Hauptlinien (Decker 2013: 24 zit. Rokkan 1980).

Es liegt auf der Hand, dass diese Stereotype gegenüber jeglicher Differenzierung allzu blind sind und blinde Flecken lediglich reproduzieren, anstatt sie aufzuheben. Der makrosoziologische Ansatz setzt daher stark normativ auf die enge Bindung und Entwicklung der Parteien aufgrund dieser Konfliktlinien und stabile Allianzen, wie sie allenfalls im 19. Jahrhundert zu beobachten waren, aber dennoch eher Stereotype ausbildeten als reale Identitäten und moderne soziologische Rollenkonflikte. Insbesondere die stetig zunehmende egalitäre Demokratisierung und Liberalisierung machte das Modell der *cleavages* nahezu wertlos. Denn der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital läuft bereits ins Leere, wenn seine restaurierte Version von Management und Arbeitnehmergesellschaft daran scheitert, dass jene ‚*Manager*‘- auch bei zuweilen exponierten Einkommen und Positionen - selbst relativ ungeschützte lohnabhängige Beschäftigte und Opfer der Arbeitsteilung sind,<sup>138</sup> die mit dem vormaligen Bourgeois und Industriellen des 19. Jahrhunderts rein gar nichts mehr zu tun haben, während gewöhnliche Arbeitnehmer selbst oft über direkte oder indirekte Kapitaleinkommen und Gewinnbeteiligungen ihrer Arbeitgeber oder anderer Unternehmen verfügen, die selbst Gewerkschaften verteidigen (Priewe 2007; Steger et al. 2017).<sup>139</sup> Dazu kommt, dass jene Termini des *Managers*, der *Führungskraft* und der *Führungsposition* sehr inflationär gebraucht werden und infolgedessen in der Wissenschaft selbst hoch umstritten sind,<sup>140</sup> wie das Statistische Bundesamt feststellte (Körner und Günther 2011). Diese Theorie der *cleavages* von Arbeit und Kapital

---

<sup>138</sup> Für leitende Angestellte etwa gelten nicht die besonderen institutionalisierten Schutzrechte des Arbeitsrechtes hinsichtlich Arbeitszeit, Kündigungsschutz und Betriebsverfassungsgesetz. Sie besitzen ferner kein aktives und passives Wahlrecht bei der Wahl des Betriebsrats, kein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Einstellung, Umgruppierung, Versetzung und Entlassung, wohl aber im Rahmen der Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer. Sie bleiben zwar echter Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes, zugleich aber besteht keine einheitliche gesetzliche Definition des Begriffes und er steht gewissermaßen zwischen den Positionen als Arbeitgeber und dessen Repräsentant und Arbeitnehmer zugleich.

<sup>139</sup> Jan Priewe notierte hier 2007, dass in Deutschland das Produktivvermögen (*ergo: kapitalbasierte Mitarbeiterbeteiligungen oder Investivlöhne*) mit ca. 15 % zwar nur einen kleinen Teil des Vermögens der privaten Haushalte ausmacht, während Beschäftigte in anderen Ländern durchaus in stärkerem Maße davon profitieren, etwa in den USA, Großbritannien und Frankreich. Hier haben die Arbeitnehmer vor allem über die kapitalgedeckte Altersvorsorge einen höheren Anteil am Produktivvermögen. Insbesondere Wohneigentum und risikoaverse Altersvorsorge werden stattdessen in Deutschland bevorzugt. Zudem können diese Formen staatlich gefördert werden. Deren Bilanz ist umstritten. Priewe sieht hier vor allem die Gefahr, *dass dadurch Flächentarifverträge ausgehöhlt werden, wenn jene Leistungen nicht on top gezahlt werden*. Gegen diese Art der lukrativen Beteiligung spricht also nichts grundsätzlich. Damit verwischt die Grenze zwischen Lohn- und Kapitaleinkommen und ihrer Milieus dennoch und schafft privilegierte Beschäftigte und deren Konfliktlinien.

<sup>140</sup> Nach der Rechtsprechung ist *leitender Angestellter*, wer ausreichend bedeutsame unternehmerische Aufgaben wahrnimmt, dabei einen erheblichen Entscheidungsspielraum zu verantworten hat und dies

ignoriert somit fast fahrlässig die gesamte arbeitssoziologische Forschung zu Arbeit, Betrieb und Organisation und deren zahlloser inhärenter Konflikte der Arbeitsteilung und Autonomie. Der zweite historische Konflikt von Zentrum und Peripherie löst sich zwar nicht auf, wird aber in modernen Nationalstaaten mit hoher Governance marginaler, da sich urbane Räume global und sukzessive als Attraktionspunkte zeigen. Rolle und Einfluss der Kirchen und Bauern werden ebenfalls immer marginaler. Die Industrialisierung kann als nahezu abgeschlossen gelten und steht nun selbst vor der Bedrohung und Erneuerung durch die Digitalisierung, wie sie mit dem Schlagwort der vierten industriellen Revolution oder alternierend als *Industrie 4.0* bezeichnet wird, die von stetig zunehmender Rationalität, digitaler Vernetzung und *künstlicher Intelligenz* gekennzeichnet ist.

Ergänzt wird dieses Modell der Wahltheorien daher von mikrosoziologischen, sozialstrukturellen Perspektiven, indem Wahlverhalten immer auch Gruppenverhalten ist. Weniger der Einfluss der Massenmedien oder der Wahlwerbung ist danach entscheidend, sondern eher die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe. Je höher die soziale Kohäsion, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit einer Abweichung in der Wahlentscheidung. Überlagern und verschieben sich jedoch diese Loyalitätsforderungen, reagieren die Akteure mit der Reduzierung des politischen Interesses, dem Rückzug ins Private und dem zeitlichen Aufschub der Wahlentscheidung. Hier muss zuerst die Entscheidung getroffen werden, welches Rollenset nun relevanter ist.

Einen Perspektivenwechsel nimmt dagegen die individualpsychologische Erklärung ein. Hier wird behauptet, der Wähler entwickle eine längerfristige emotionale Bindung an eine Partei. Diese Identifikation wird demnach im Laufe der Sozialisation erworben und verfestigt sich. Bei der Wahlentscheidung wird diese Orientierung mit der jeweiligen Partei und den Kandidaten abgeglichen und führt in einem Kontinuum entweder zu Dissonanzen oder hoher Übereinstimmung. Zusätzlich zum soziologischen Modell werden hier situative Momente berücksichtigt. Diese drücken sich in den bekannten Items der Umfragen („*Sonntagsfrage*“) aus, etwa nach der Beliebtheit der Kandidaten, der Kompetenzzuschreibung, der Zufriedenheit und der Rangfolge der politischen Probleme (usw.). Im Ergebnis findet hier eine Kombination der anderen Variablen statt in Form der Gruppenzugehörigkeit, dem Milieu und der Sozialstruktur. Hier existieren zudem seit mehr als 20 Jahren hinreichend miteinander vergleichbare Umfragereihen, so dass Modellaussagen auf einer hohen theoretischen Ebene möglich sind, so Korte (Korte 2013: 104).

Eine dritte Variante ist das Modell des rationalen Wahlverhaltens. Anthony Downs konzentrierte sich in seiner ökonomisch ausgerichteten Theorie in den 1950er-Jahren ganz auf die Analyse der individuellen Kalküle. Danach wird die persönliche Wahlentscheidung durch den maximal zu erzielenden politischen Nutzen determiniert. Der derart rationale Wähler entscheidet sich demnach für die Partei, von deren Politik er sich den größten Nutzen verspricht. Der Rationalitätsbegriff bezieht sich jedoch nicht auf die Ziele der handelnden Personen, sondern auf den Einsatz der verfügbaren Mittel, also rein ökonomisch auf effektive, selbstgewählte Ziele gemäß seinem subjektiven Werturteil. Diese Entscheidung ist hochgradig von den statistischen und wirtschaftlichen Indikatoren geprägt, wie der Arbeitslosenquote oder den Wachstumszahlen und der Inflationsrate. Diese Werte gleicht der Wähler mit der Vergangenheit und der jeweiligen Regierungspartei ab und überträgt sie in sein eigenes Modell der Zukunftsannahme und Wertekanons, und wählt dann die Partei, der er am ehesten zutraut, das zu erreichen. Die Grenzen jenes Rational-Choice-Modells liegen auf der Hand, da die laienhafte Prognosefähigkeit und Interpretation sehr begrenzt ist, und sie zudem sehr stark durch die individuelle Parteipräferenz und selektive Filter geprägt und entgegen der Annahme sehr kurzfristig angelegt und widersprüchlich ist (Heise 2011: 4). Außerdem lässt

---

auch seiner Stellung und seinem Vertrag entspricht, oder wer zur selbstständigen Einstellung und Entlassung berechtigt ist, Generalvollmacht oder Prokura besitzt oder eigenverantwortlich Aufgaben wahrnimmt. Hier entsteht demzufolge ein breiter Interpretationsraum, in dem de jure nicht jede operative, (teil-)autonome Führungskraft und de facto so bezeichnete Funktions- und Hierarchieebene leitender Angestellter im Sinne des Rechts ist.

sich mit diesem Modell nicht erklären, warum eine Person überhaupt zur Wahl geht, ihr fernbleibt oder Kleinstparteien wählt, die kaum Einfluss auf die Politik und keinerlei Aussicht auf ein Regierungsamt haben, da der Anteil sowohl der einzelnen als auch der aggregierten Stimme rein numerisch bei ca. 60 Mio. Wahlberechtigten in Deutschland ohnehin völlig bedeutungslos ist (s. o.: *voter's paradox*).

Die vierte Variante ist das Modell der sozialen Milieus, das ursprünglich 1979 aus der Konsumforschung des Heidelberger Sinus-Instituts entwickelt wurde. Das Modell wird noch am ehesten der sozialen Vielfalt und ihrer hohen Dynamik gerecht, die sich eben nicht mehr mit homogenen, statischen und ideologisch-normativ überformten Stereotypen abbilden lässt, wie noch im Modell der Cleavages oder den Annahmen der frühen Nachkriegsjahre anderer Autoren. Zudem negieren die sozialen Milieus jenes Modells die herkömmlichen Begriffe, wie etwa der *Arbeiterklasse*. Wie eingangs erwähnt, entsprechen hier die ökonomisch definierten Schichten nicht zwangsläufig den sozialen Schichten. Sie zeichnen sich eben nicht durch gemeinsame Interessen oder eine geteilte Kommunikation o. Ä. aus, sondern durch ihre pluralistische Abgrenzung, Diversifikation, Variation und Überschneidung gleichermaßen. Die Einteilung erfolgt vielmehr zum einen anhand der genannten adaptiven, inkrementellen oder graduellen Formen des Wandels durch soziale Selektion, und zum anderen aufgrund eines relativ plötzlichen, katalytischen oder revolutionären Wandels, der sich eben nicht durch seine Anpassungsfähigkeit sozialer oder natürlicher Selektion auszeichnet, sondern durch seine völlig spontane Ordnung, ohne sich aber darauf allein festzulegen.

*„Das Modell der Sinus-Milieus wird [daher; UL] kontinuierlich an die soziokulturellen Veränderungen in der Gesellschaft angepasst. Auch in diesem Jahr wurde das Modell aktualisiert: Die Milieugrößen haben sich etwas verschoben, und einige Milieu-Profile – insbesondere die der beiden Zukunftsmilieus – wurden präzisiert“,* so die SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH auf ihrer Homepage (Sinus 2017).

Hier fließen Einstellungen zu Arbeit, Familie und Konsumverhalten ebenso mit ein, wie Wunschvorstellungen, Ängste oder Zukunftserwartungen. Bereits 1992 wurde diese Untersuchung aus der Konsumforschung im Auftrag der SPD von der Sinus-Gruppe und dem Polis-Institut aktualisiert und auf das Wahlverhalten übertragen. Die Sinus-Forscher empfahlen der SPD sich stärker um das neue Arbeitnehmermilieu der *Neuen Mitte* (Hombach 1998) zu bemühen, das sowohl demografisch als auch forschungshistorisch ein junges Milieu sei. Der Altersdurchschnitt liege deutlich unter 50; charakteristisch seien mittlere Bildungsabschlüsse sowie Berufe der sozialen Dienstklasse.

Für die SPD, deren Mitglieder (wie in fast allen Parteien) dagegen im Durchschnitt ca. 59 Jahre alt sind, ist aber das zentrale Merkmal ihres Milieus bisher der Medianwähler aus der Facharbeiterschaft – die allerdings eher CDU wählen (Neugebauer 2007: 71) – und dem mittleren Einkommensdezil (Heise 2011: 4, zit. Vester 2000: 17 f.). Milanovic (Milanovic 2000) konnte dagegen zeigen, dass der Medianwähler im Rahmen des Rational-Choice-Modells ein relativ armes Individuum ist, mit einem Einkommen unter dem Mittelwert mit Umverteilungsinteressen (Heise 2011: 4). Zugleich ergeben sich in der Realität aus dem Versuch der Übertragung und Ableitung des Medianwählertheorems verschiedene Probleme der Annäherung (Apolte 2010). Damit hat (nicht nur) die SPD bis heute das Problem, dass sie Anhänger in sehr heterogenen Milieus hat, für die Politik nicht mehr ausschließlich eine Frage der richtigen oder falschen Ideologie ist (Korte 2013: 105 ff.). Vielmehr dominiert ein pragmatisches Problemlösungsmanagement, wie es Giddens in seinem Dritten Weg formulierte und eine Erneuerung der sozialen Demokratie empfahl (Giddens 2000). Heise betont dagegen ähnlich wie Schäfer, dass sich die Wähler an relativ stabilen ideologischen Grundausrichtungen aufgrund von Milieu, Herkunft und Weltanschauung etc. orientieren, die von medial vermittelten Konnotationsprozessen überlagert werden. Desto einseitiger wird jedoch auch das eigentliche Agenda-Setting. Tatsächlich finden sich Anteile von Bürgern, die der Linken zugerechnet werden, oder jenen, die sich selbst dort verorten, in den sozialen Milieus der Sinus- und Infratest-Gruppen (Abb. 15, 16), deren jeweilige Wertorientierungen mit denen anderer Parteien nahezu gleich verteilt oder gar identisch sind, oder um deren Interpretation der Begriffe sie alle gemeinsam streiten. Gero Neugebauer hielt daher 2007 in seiner Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung fest, dass sich eine hohe Ambivalenz in den Ergebnissen der politischen Untersuchungen zeigt, die sich kaum

noch einfangen oder mit wenigen Begriffen bedienen lässt und die keinerlei Handlungsanweisungen mehr zulassen. Allein der Begriff der *Sozialen Gerechtigkeit* bezieht sich so auf alle möglichen Politikbereiche - also auf Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Familien- und Bildungspolitik (etc.). Sie lässt sich dennoch sowohl durch eine höhere Subsidiarität als auch durch staatliche Umverteilung (und: *law and order*; UL) erreichen und eröffnet originär divergierende Erwartungen. Zudem findet sich eine fordernde Haltung gegenüber dem Staat in allen gesellschaftlichen Schichten - samt derer, in denen gar keine sozialen Schieflagen existieren (Neugebauer 2007: 137 f.). Hier zeigt sich die oben genannte Ambiguität des starken Staates, der begrifflich zwar nach allen Seiten hin oszilliert, aber dennoch sozioökonomisch eine klare Linie präjudiziert. Arne Heise sieht allein darin die Evidenz des neoliberalen Paradigmas mangelnder Alternativen: „*In diesem Sinne kann vom ‚Ende der Ideologien‘ gesprochen werden, was eigentlich besser als ‚Ende konkurrierender Ideologien in der Medialität‘ bezeichnet würde [...]*“ (Heise 2011: 5; Markierungen im Original)<sup>141</sup>

Erstaunlicherweise können sich, wie Dahrendorf einst behauptete, dennoch europaweit konservativ-liberale Parteien besser und ohne Reputationsverlust auf einen Tabubruch ihrer reziprok postulierten Ideologien einlassen, als ur-sozialdemokratische und traditionell skeptische, sozialistisch-linke oder grün-alternative Parteien, da sie oft stärker am politischen Machterhalt interessiert sind als das linke Lager, das sich dann umso besser dämonisieren und tabuisieren lässt. Die Prekariats- und Unterschichtsdebatten von Kurt Beck und Franz Münterfering Mitte des Jahrtausends taten ihr Übriges zu jener Polemisierung, sowohl ihrer eigenen Klientel als auch der gesamten Debatte um Milieus und Alternativen. Sie haben also in Teilen genau die Milieus verschreckt, die sie eigentlich wählen sollten, und damit zugleich die bürgerlich-politische Rechte und Liberale gestärkt, die sich von der Linken doppelt angrenzen und das meritokratische Versprechen umso mehr hochhalten. Interessant ist jedoch auch hier, dass bspw. das Milieu der *autoritätsorientierten Geringqualifizierten* einer TNS Infratest Studie aus dem Juni 2006 (7 %) zwar einerseits wenig Interesse an Politik zeigte, aber dennoch auf einem durchschnittlichen Niveau Mitglied in Parteien oder Gewerkschaften ist und langfristige Parteineigungen, besonders häufig für die SPD, sich aber in Wahlen häufig unentschieden zeigte. Das *abgehängte Prekariat* (8 %) dagegen zeigte bei geringer Qualifikation und unterdurchschnittlichem Politikinteresse aber einen relativ hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, aber kein Interesse an Parteien und wählte dennoch überdurchschnittlich oft links, tendiert aber auch zu rechtsextremen Parteien (Neugebauer 2007: 81 ff.). Dazu tritt, dass die Präferenzen der Wählermilieus von außen betrachtet durchaus hoch widersprüchlich sein können, aber subjektiv für sie selbst sehr plausibel sind. Ausländer, Flüchtlinge und Einwanderer können durchaus selbst ausländerfeindlich sein, und Homosexuelle sind durchaus ultra-konservativ und reaktionär oder selbst in Teilen homophob (Berry 2016).<sup>142</sup> Personen, die sich der Linken zurechnen, sind selbst oft ausländerfeindlich oder homophob und vereinen Haltungen auf sich, die dem Klischee widersprechen, auch wenn ihre Motive allesamt unterschiedlich sind. Die Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft (HMKW) fand in dem Kontext zusammen mit dem DRK heraus, dass „*[d]as Wertebild der Flüchtlinge in zentralen politischen Teilen am ehesten dem der AfD-Anhänger und anderer rechtspopulistischer Bewegungen (ähnelt)*“ (Freytag 2016).<sup>143</sup>

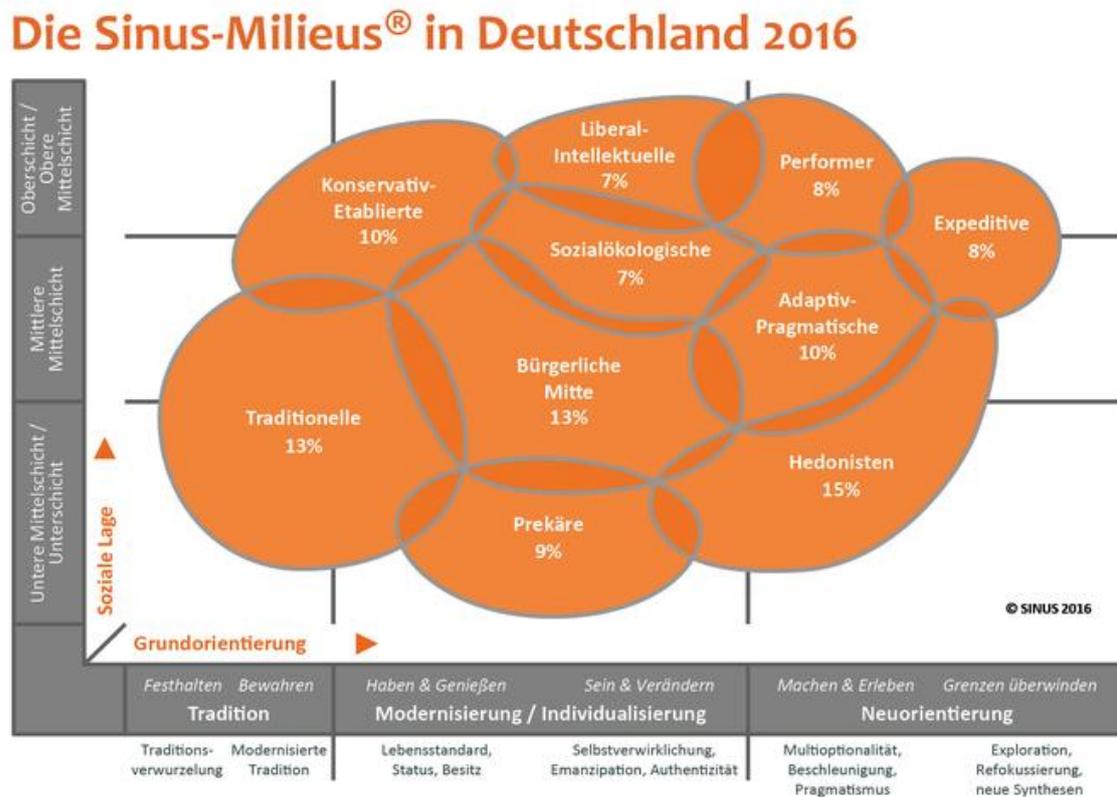
---

<sup>141</sup> Heise recurriert auf Fukuyamas *‚Ende der Geschichte‘* (1989), das als Ende jener Ideologien zu verstehen sei, so Heise dort. Zugleich schrieb aber Daniel Bell (s. Bell 1960) bereits 1960 vom *end of ideology* und *on the exhaustion of political ideas in the fifties*.

<sup>142</sup> Diese Diskussion findet sich in allerlei einschlägigen Queer-Foren und zahlreichen Medienberichten. Häufig dominiert hier eine laienhafte Psychologisierung, die mit der Freud'schen Verdrängung der eigenen Sexualität erklärt wird, die zu solch autoritären Effekten führe. Sie zeigt sich paradoxerweise sowohl bei offenen Homosexuellen als auch bei jenen, die ihre sexuelle Orientierung verbergen und gesellschaftliche Ächtung oder die ihrer Primärgruppe fürchten.

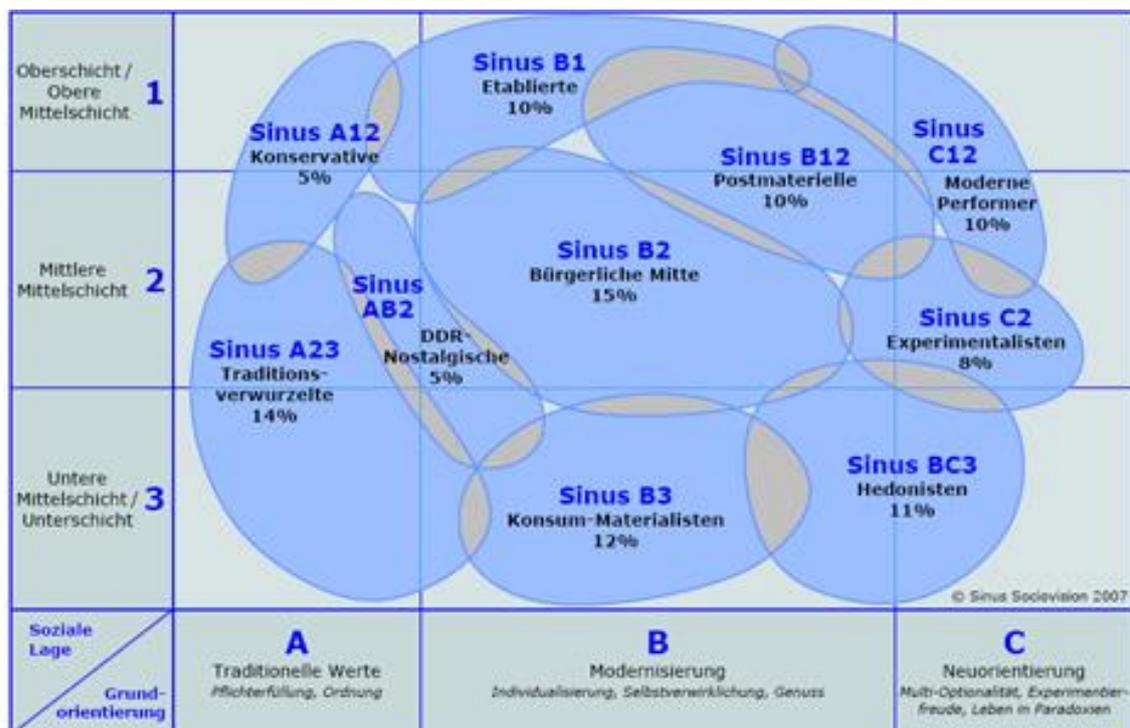
<sup>143</sup> Die Studie war bisher laut Anfrage beim Autoren (Mai 2017) nicht regulär publiziert worden, fand aber ihren Weg in die Presse.

Abbildung 15: Sinus Milieus 2016



2007 verteilten sich diese Milieus dagegen vollkommen anders und wurden zudem anders benannt. Seither findet sich das (sog.) *Kartoffelmodell* in vielen Varianten (Abb. 16):

Abbildung 16: Sinus Milieus 2007





## 6 Divergenz aufgrund Differenzierung

Aus dieser hohen Komplexität und ihrer neuen Unübersichtlichkeit (Habermas 1986) lässt sich ableiten, dass sich zunächst nichts ableiten lässt. Die Statistiken zeigen dennoch stets das altbekannte Bild individueller Merkmale und soziologischer Verteilung: Besonders junge bis 25 und ältere Menschen über 70 wählen seltener als die mittlere Altersgruppe und Frauen zeigen tendenziell eine geringere Wahlbeteiligung. Dafür wählen Gewerkschaftsmitglieder häufiger als Nichtmitglieder (wenn auch nicht zwingend links, UL)<sup>144</sup> und die Beteiligung von Arbeitslosen liegt unter der von Nicht-Erwerbslosen (Schäfer 2015: 84). Das Ergebnis ist eine vielfach beklagte Entkoppelung, die kausal mit der Zunahme der Ungleichheit gleichgesetzt wird, die sich aber eher in disparater Deliberation zeigt, die sich quer über alle Aggregatsformen legt. Der Begriff der Ungleichheit kann zwar zweifellos als die zentrale politische, aber nicht minder inflationäre, Vokabel der Moderne gelten. Ungleichheit gilt vielmehr als ein sehr beziehungsloser Sammelbegriff für die Summe unterschiedlicher Teile, Begriffe und Ebenen. Allein die Problematisierung der Ungleichheit selbst wird schnell problematisch, da ihr eigentlicher Referenzpunkt der Kritik – wie schon hinsichtlich der Parteien – völlig unklar bleibt. Oft oszilliert er zur ‚Ungerechtigkeit‘ oder ‚Unsicherheit‘ (u. Ä.) hin (Mau und Schöneck 2016); oder diffuse Ursachen und Effekte werden verwechselt oder gleichgesetzt. Damit wird der Begriff zuweilen moralisch, ethisch und emotional hoch aufgeladen und nahezu wertlos, da hier erneut allerlei subjektive Eindrücke verallgemeinert oder vermischt werden, die keine wissenschaftliche Kategorie und Plausibilität mehr bilden und sich der Untersuchung damit vollends entziehen. Die OECD nennt hier etwa zur Ungleichheit (*Inequality*) acht Subkategorien: *Inequality and Income, Tax, Gender, Regions, Health, Well-being, Education, Innovation* (OECD 2016a). Hier ließen sich mühelos noch weitere Bezüge herstellen, da immer alles mit allem zusammenhängt: „*People with poor physical or mental health are less likely to work and more likely to be unemployed than people in better health*“, so die OECD. Hinsichtlich der Morbiditäts- und Mortalitätsraten sozialer Milieus ist dagegen schon lange bekannt, dass *wer arm ist, früher sterben muss* (Oppolzer und Steinkühler 1986). Die strukturellen Folgen und Zusammenhänge der Ungleichheit sind enorm. Ihre Abgrenzung ist umso diffiziler.

Allein die *soziale Ungleichheit* bezeichnet - insbesondere als Forschungsgegenstand - keineswegs jedwede Form der Unterschiedlichkeit, Abweichung und Abgrenzung zwischen den einzelnen Menschen, Gruppen oder Geschlechtern und ihren jeweiligen Merkmalen. Eine Gesellschaft und ihre sehr unterschiedlichen Teile und Teilsysteme können per se schon nicht homogen sein und all ihren Mitgliedern die gleichen Voraussetzungen gewährleisten, da jede systemische Grenzziehung immer ein *drinnen* und *draußen* markiert. Dabei ist es nahezu unerheblich, ob es sich um archaische Stammes- oder hochmoderne Gesellschaften handelt, wie sich bereits bei Tönnies zeigte (Tönnies 2012).<sup>145</sup> Zudem ist nicht jede Art und Erfahrung des individuellen Leids und der Ausgrenzung oder Armut aus soziologischer Sicht sofort kausal mit dem Begriff der *Ungleichheit* oder der *Prekarität* gleichzusetzen, die ebenso oft fälschlich als Synonym für Ungleichheit und Benachteiligung verwandt wird (Castel und Dörre 2009b). Hier trifft sich die soziologische Theorie eher beiläufig mit Hayek, der bekanntermaßen ähnlich argumentierte, dass die Armut nicht die individuelle Freiheit aufhebt, da sie eher als bedauerliches Unglück zu sehen ist. Absolute Armut, jener Zustand kurz vorm Verhungern in existenziell-materieller Not, kann in modernen westlichen Gesellschaften ohnehin als Randphänomen gelten – ohne sie damit freilich marginalisieren zu wollen. Zudem ist der

<sup>144</sup> Die Diskussion um Rechtsextremismus in den Gewerkschaften ist seit Jahrzehnten in ganz Europa virulent. Sie nimmt aber gegenwärtig durch die *Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD* (AidA 2018), die seit kurzem verstärkt in die Betriebsräte drängt, wieder an Fahrt auf.

<sup>145</sup> Nach Tönnies' eher rechtsphilosophischer Untersuchung von *Gemeinschaft und Gesellschaft* kann die Weltsicht entweder *rational* oder *emotional-traditional* sein, wobei sich diese Perspektiven aber nicht gegenseitig ausschließen, sondern stets ein Dilemma erzeugen.

Lebensstandard in westlichen Gesellschaften – auch für Arme – bereits verhältnismäßig hoch. Dass die Armut in Deutschland ein gepflegtes Gesicht hat und nicht mehr durch hohle Wangen und äußere Schabigheit hervortritt, wurde bereits 1965 im SPIEGEL thematisiert (Süß 2010: 123). Problematisch ist dagegen stets die relative Armut als mangelnde Kaufkraft und Ausgrenzungsmechanismus in jener Wohlstandsgesellschaft; obgleich sich Armut in viele einzelne Kategorien unterteilt und umso fataler auswirkt (Paugam 2008), aber soziologisch kaum erforscht ist (Süß 2010). Menschen gelten zwar nach statistischer Definition der OECD gemeinhin als armutsgefährdet, wenn deren verfügbares Haushaltseinkommen weniger als 50 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung beträgt. Das Einkommen eines Haushalts kann sich jedoch originär aus sehr verschiedenen Quellen und Personen zusammensetzen und sowohl kumulieren als sich aber auch regressiv verringern, etwa durch die Steuerprogression und Transferentzugsraten (u. Ä.). Allein schon die Frage und Methode, ob und wie man Ein-Personen-Haushalte, Senioren oder Studenten, die klassischerweise als arm (im Sinne geringer Einkommen) gelten, gesondert berechnet und ausweist oder nicht, führt schon zu ganz anderen Ergebnissen. Ergänzt man das Modell um Kinder als klassisches doppeltes Armutsrisiko und deren Familienkonstellationen (*alleinerziehend, Paarkonstellationen und Erwerbsstatus*), wird die Ausgangslage kompliziert und nominale Einkommen gelten als Armutsfaktor, die absolut gesehen relativ hoch liegen.

Hier wird bereits die Komplexität der Berechnungen deutlich: Denn in Deutschland und der EU liegt die statistische Armutsschwelle in Abweichung von der OECD (< 50 %) bei weniger als 60 % des mittleren Einkommens. In Dänemark gibt es hingegen gar keine offizielle Armutsquote, aber eine rege Diskussion darüber, da Armut nach Ansicht der Experten dort immer nur relativ und individuell zu anderen gesehen wird, aber nicht normativ politisch oder sozial vereinbart werden kann (Social- og Integrationsministeriet et al. 2013). Damit wird die Schwelle absoluter Werte, die es zu überwinden gelte, freilich zugunsten der statistischen Werte ständig nivelliert respektive negiert und erneut von zahlreichen Fragen der Verteilung und Verwendung, nämlich der Einkommens- und Verwendungsarmut, begleitet, die durchaus im Widerspruch zueinanderstehen können. Problematisch geraten zudem die Effekte der Verteilung. Denn wenn alle nahezu ähnlich ‚reich‘ wären und ausnahmslos über nominal hohe Einkommen und Sozialstandards verfügten, wären im Ergebnis alle gleich arm, da Einkommen, Armut und Reichtum stets nur als relativer Wert der Medianverteilung gemessen wird, egal wie hoch oder niedrig die Ausgangszahlen sind. Wissenschaftstheoretisch gesprochen handelt es sich bei all diesen postulierten Werten um statische Projektionen anstelle der dynamischen Prognosen. Sie setzen also einen aktuellen Zeitwert mit der Zukunft gleich und übertragen ihn, anstatt die Effekte, etwa des sozioökonomischen und technischen Wandels und der Verteilung selbst, zu berechnen. Selbst wenn man argumentieren würde, dass es sich bei den relativen Werten um rein willkürliche Konventionen handelt, die problemlos verändert werden können, wäre das Problem der Abstände nicht aufgehoben - egal, wo sie liegen. Die relative Einkommensarmut und Ungleichheit bleibt selbst dann bestehen, wenn ausnahmslos alle gleichverteilt (also mit einem Gini-Koeffizienten von Null) Einkommensmillionäre wären, aber einige Wenige von diesen (in Form der Varianz) dann - etwa über Glück und Zufall, Vererbung, Heirat, Veräußerung und Familien- und Arbeitseinkommen, Vermögen, Immobilien, Zinsen und Sparguthaben, Spekulation oder Steuerpolitik (usw.) - noch mehr hätten als der Rest der übrigen, armen Millionäre. Dazu treten Effekte der Distinktionsmerkmale des Konsums, der Steuerflucht und die ungleiche Verteilung der Ressourcen und Kapitalien, wie sie etwa Bourdieu in den *Feinen Unterschieden* schon früh in den 1970er-Jahren in Frankreich skizzierte (Bourdieu 2014). Das heißt, Gesellschaft und Ökonomie funktionieren ganz anders, als jene Apologeten der Umverteilung es glauben machen oder meinen, regulieren zu können. Hier kommt eine Vielzahl anderer Mechanismen und individueller Präferenzen zum Tragen, die mit dem Schlagwort der sozialen Gerechtigkeit, der Ungleichheit oder der Umverteilung nur unzureichend erfasst werden können.

Zu diesem Diskurs treten ferner die statistischen Messziffern der Armutsgefährdungsraten und ihrer jeweils differenzierten Verteilung.<sup>146</sup> Selbst in Dänemark, das sowohl für seine ‚hohen‘ (ergo: numerisch geringen) Gleichheitsziffern der Ginikoeffizienten als auch für seine vermeintlich hohen Sozialleistungen berühmt ist, liegen die tatsächlichen Armutsgefährdungsraten je nach Gruppe, Zeitraum und Maßstab deutlich über oder nahezu gleichauf mit jenen der deutschen Werte oder der EU und OECD-Werte; etwa für Erwerblose, junge Menschen oder *persons not economically active* (Fink und Tálos 2007; Statistics Denmark 2017). Jene These hoher Sozialleistungen bleibt für Dänemark ohnehin ein Mythos, der sich kaum ausräumen lässt (Lammers 2009; Frederiksen 2004).<sup>147</sup> Eine hohe Staatsquote und ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat schützen demnach nicht vor relativer Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit; weder in Skandinavien noch im Rest Europas oder der Welt. Hier taucht zudem die berechtigte Frage auf, ob ein Sozialstaat und bürgerschaftliches Engagement nicht die reziproke Abhängigkeit und Ungleichheit verfestigt und Armut erst stabilisiert anstatt sie aufzuheben. Ulrich Lang (SPD) fragte daher 1983 im *SPIEGEL*, ob es sich schon um einen Sozialstaat handelt, wenn man die paternalistische Armenfürsorge des 19. Jahrhunderts nur auf die Grundsäulen der versicherungsrechtlichen Füße stellt (Lang 1983). Die Literatur dazu ist seit Jahrhunderten endlos (Townsend et al. 2011).

Gleichzeitig ist der entgegengesetzte Begriff des Reichtums schwer abzugrenzen, da die Festlegung objektiver Kriterien für Begriffe wie Einkommenshöhe, Liquidität, Bonität, Einfluss, Besitz, Wohlstand oder Vermögen (usw.) problematisch ist und große Vermögen ohnehin statistisch kaum erfasst werden. Hier gibt es naturgemäß dutzende Definitionen, wie man Reichtum deuten und ab- bzw. begrenzen könne und wo nun der übermäßige Luxus und Überfluss beginnt, der durchschnittliche, materielle und immaterielle (*verdiente*) Wohlstand der (*nivellierten*) Mittelschichten endet und wo jeweils die Grenzen zwischen Unten, Oben und Mitte liegen. In Shakespeares Drama *König*

---

<sup>146</sup> Der deutsche Armuts- und Reichtumsbericht erläutert hier: „Bei der alleinigen Betrachtung von Armutsrisikoquoten bleibt unberücksichtigt, wie weit das Einkommen der Armutsrisikobevölkerung unter der jeweiligen Grenze liegt. Um auch diesen Aspekt der ‚Armutsrisikointensität‘ einzubeziehen, werden ergänzend relative Armutsrücken berechnet. Dieser weitere Indikator ist definiert als Differenz zwischen Armutsrisikogrenze und Median der Nettoäquivalenzeinkommen der Personen unter der Armutsrisikogrenze in Relation zur Armutsrisikogrenze. Das Armutsrisikoproblem ist bei gegebener Armutsrisikoquote umso größer, je niedriger die Einkommen der Betroffenen – was sich auch im Median dieser Gruppe niederschlägt – ausfallen. Auch Veränderungen der Armutsrisikoquote sind je nach der damit einhergehenden Armutsrisikointensität unterschiedlich zu beurteilen.“ (BMAS 2017)

<sup>147</sup> In meiner Masterarbeit ging ich bereits jener Frage generöser Sozialleistungen in Dänemark nach. Im Ergebnis ließ sich feststellen, dass es sich tatsächlich um Mythen und Klischees längst vergangener Jahrzehnte handelt, sofern sie überhaupt jemals galten. Zu nennen ist, dass jene oft genannte Transferleistung in Höhe von 90 % des letzten Einkommens faktisch gar nicht in der Breite existiert, sondern sich mittelbar nach Höhe des Einkommens regressiv gestaffelt auswirkt. Denn die Lohnersatzleistung ist gesetzlich auf maximal 849 DKK (2017) pro Tag und 4.245 DKK/Woche (bei 5 Tagen) gedeckelt. Das entspricht max. rund 562 €/Woche und ca. 2.244 € im Monat, die als Arbeitslosengeld (*Arbejdsløshedsdagpenge*; s. § 46 lov om arbejdsløshedsforsikring; Gesetz der Arbeitslosenversicherung), gezahlt werden. Zusätzlich unterscheidet das dänische Recht hier nach Vollzeit- (1.924 h/p.a.) und Teilzeitbeschäftigung (1.258 h/p.a.), die sich auf Anspruch und Auszahlung der Leistung auswirken (s. auch: borger.dk 2017). Jene 90 % gelten also mittelbar und nur rein formal für die unterste Einkommensgruppe der Vollzeitäquivalente, die jedoch aufgrund der nominal hohen Einkommen real kaum unterschritten wird. Zudem zahlt der Leistungsempfänger, anders als in Deutschland, die üblichen Steuern auf den Betrag. Der Steuersatz ist individuell und stark abhängig von den persönlichen Einkommensverhältnissen, Schuldenlasten etc. In seltenen Fällen liegt dieser bei 25 %, ansonsten sind Werte zwischen 30 und 40 % typisch. Im Ergebnis fällt das tatsächliche Transfereinkommen in Dänemark durchaus niedriger aus als in Deutschland. Die Beitragsbemessungsgrenze liegt in Deutschland aktuell bei ca. 6.350 €, die Transferleistung bei 67 % des letzten Nettoeinkommens (mit Kindern) bzw. 60 % ohne Kinder.

*Lear* (1606) entgegnet der alternde König bereits auf den Vorschlag, sich doch nun im Alter von der Hälfte seiner Ritter zu trennen, da er doch gemäß seines Standes ohnehin mehr als genug habe, reichlich verärgert, man solle ihm nicht sagen, was angemessen ist, da dann selbst ein Bettler mit seinem nackten Leben noch mehr als genug hat. Am einfachsten scheint da noch die bekannte Gleichsetzung von Reichtum und Einfluss, die aber ebenso wenig schlüssig ist. Einschlägige Banken und ihre Milieus der Broker und Consultants definieren jeweils selbst recht kryptisch, wen sie als ‚reich‘ (oder ‚superreich‘) und einflussreich bezeichnen und als Klientel ablehnen oder akzeptieren, wie bspw. das *Manager Magazin* berichtete (Gottschalck 2014). Eines von vielen ihrer einschlägigen Kriterien ist ein dauerhaftes Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar an liquiden Mitteln – nicht an Besitz, Immobilien oder Beteiligungen (o. Ä.). Zugleich würde damit jemand unterhalb dieser Million nicht als reich gelten, was dem allgemeinen hermeneutischen Sprachverständnis widersprechen würde bzw. erneut Fragen aufwirft, ob ein Unternehmer reich ist oder nicht, und ob es sich um Unternehmens- oder persönlichem Privatkapital handelt und wie dieses jeweils als Buch- und Realwert verteilt und zu bewerten ist. Huffschtmidt hatte schon früh darauf hingewiesen, dass diese Unterscheidung zwischen privaten und persönlichen Vermögen öffentlich kaum thematisiert, aber umso öfter skandalisiert wird, ohne sie tatsächlich zu verstehen (Huffschtmidt 1972).

Mitunter ist man erstaunt über die Selbst- und Fremdzuschreibungen und den nervösen Alarismus der Mittelschichten (Vogel 2009: 21 ff.). Auch ideologisch unverdächtige OECD-Studien belegen, dass jene Übergänge zwischen arm und reich fließend sind. Viele wären überrascht, wie reich sie eigentlich sind, die sich aber selbst arm rechnen und umgekehrt – respektive zu welcher Gruppe man sie statistisch zählt (Pew Research Center 2017; *The Economist* 2016).<sup>148</sup> Ob die Mittelschicht also tatsächlich erodiert, oder ob ihr nur jeweils andere Mitglieder angehören, kann demnach als ungelöste statistische, ideologische und soziale Aporie gelten, weist aber zugleich auf eine hohe gesellschaftliche wie situative Mobilität, Ambivalenz und Chancengleichheit hin, nicht auf Stagnation oder Verfall - wie nicht zuletzt seit Thomas Manns autobiografischem Titel der *Buddenbrooks* im Jahr 1900 regelmäßig beklagt wird. Allein der (ideologische) Begriff des Mittelstandes für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zerfällt so in viele einzelne, widersprüchliche, sich überlagernde Kriterien, abhängig nach Umsatz, Zahl der Beschäftigten oder Bilanzsumme (usw.).<sup>149</sup>

Hillmann notierte dazu im *Wörterbuch der Soziologie*, dass die zahlreichen theoretischen Versuche, die Entstehung und gesellschaftliche Wirksamkeit, die (soziale) Ungleichheit zu erklären oder

---

<sup>148</sup> Unter dem Titel: „*The one per center next door. You may be higher up the global wealth pyramid than you think*“, diskutierte das Magazin *The Economist* eben diese Frage der globalen Verteilung und dessen Berechnung anhand von Besitz, Einkommen und Vermögen: „*Some of those railing against the global elite probably do not know they belong to it.*“ (*The Economist* 2016)

<sup>149</sup> Allgemeingültig statistische Kriterien zur Abgrenzung des Mittelstandes existieren nicht. Nach einer häufig verwendeten Klassifizierung gelten Unternehmen mit einem Jahresumsatz (nicht: Gewinn) von mehr als 1 Mio. Euro bzw. weniger als 50 Mio. Euro oder mit zehn bis 499 Beschäftigten als mittelständisch. Die Grenze zu Kleinst- und Großunternehmen und Konzernen ist hier bereits fließend, da es zu Überlagerungen jener Kriterien kommt. Differenziert man noch einmal nach der Beschäftigungswirkung am Arbeitsmarkt, wird die Lage diffizil: So zählte man 2013 in Deutschland über 3,6 Mio. Unternehmen zu den kleinen und mittleren Unternehmen, die in der Summe für 16,14 Mio sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verantwortlich sind. Das entspricht ca. 60 % aller derart Beschäftigten und 99,6 % aller Unternehmen. Dem gegenüber standen 2012 lediglich 14.381 (sog.) Großunternehmen (0,3 % aller Unternehmen, >500 Beschäftigte), so das Bonner Institut für Mittelstandsforschung (IfM 2016). Im öffentlichen Dienst als kleinstem Bereich sind etwa 4 Mio. Menschen beschäftigt. Das heißt, allein die Verteilung der Arbeitsplätze und Unternehmen zeigt, dass eine relativ kleine Anzahl an Unternehmen und Sektoren dennoch für erhebliche Teile der Beschäftigung verantwortlich ist: 0,3 % sind für rund 40 % der Beschäftigung verantwortlich.

zu überwinden, zum Teil sehr widersprüchlich bleiben. Für die politische Ebene gilt durchaus dasselbe, indem nicht alles, was dort problematisiert wird, problematisch ist, sondern eher auf den problematischen Diskurs rückverweist. Einerseits wird bereits in der antiken griechischen Gesellschaftslehre bei Aristoteles die Ungleichheit als natürliche, unüberwindbare Differenz der Menschen erklärt, da diese aufgrund der jeweiligen Veranlagungen und Begabungen bereits sehr unterschiedlich ausgestattet sind. Andererseits ging die bürgerliche Sozialphilosophie des 18./19. Jahrhunderts dagegen von der natürlichen Gleichheit der Menschen aus. Ähnlich begründeten die jakobinischen Anhänger der Französischen Revolution, die eine Herrschaft aufgrund der persönlichen Eignung und nicht der Vererbung, von Gottes Gnaden und Abstammung proklamierten, ihr gleichsam radikales Demokratieverständnis der Gleichheit aller Bürger, insbesondere vor dem Gesetz. Diese These gilt gemeinhin als Kern linker Forderungen und Ideale, aber auch der Neoliberalen und des klassischen Liberalismus, die sich damit von konservativen Milieus der Monarchisten absetzten.

Soziale Ungleichheit wird demzufolge erst als Produkt gesellschaftlicher Entwicklungen und individueller Bestrebungen zur Überwindung des Naturzustandes und letztlich zum Abschluss des Gesellschaftsvertrages nach Rousseau (1763) betrachtet. Als solche kann die soziale Ungleichheit zwar ohne weiteres überwunden werden, wenn man nur will. Aber sie bleibt nicht folgenlos, sondern reproduziert die Ungleichheit aufgrund ihrer neu gewonnenen Freiheit erst, die sie ursprünglich überwinden will. Man denke bspw. an die zahllosen Metaphern und Narrative der Aufstiegs-gesellschaft, in der sich (fast) jeder zur Mittelschicht zählt (s.o.: Sinus-Milieus) und seines eigenen Glückes Schmied ist; es vom Tellerwäscher zum Millionär oder ins Kanzleramt<sup>150</sup> schaffen zu können (usw.). Allerdings bleibt allein die natürliche Differenz auch in diesen Perspektiven weiterhin bestehen: So kann zwar in dieser Perspektive jeder den Aufstieg schaffen, aber durchaus nicht alle.

Dem entgegen stehen die lose gedanklich verbundenen Konzeptionen des 18./19. Jahrhunderts von Joseph Townsend, Thomas Robert Malthus oder Charles Darwin, die von einer natürlichen Selektion der Menschen und ihren Fähigkeiten und entsprechendem Engagement bzw. ihrer Trägheit ausgehen. Jeglicher sozialpolitische Eingriff und Initiative gegen Armut, die Märkte und Verteilungsfragen gilt demnach als hoch problematisch, da diese Interventionen die Armut, Ungleichheit und Passivität sowie die Abhängigkeit zum Staat damit nur unnötig verschärfen und unendlich reproduzieren, statt sie letztlich aufzuheben, so etwa Townsend 1786, der damit noch vor Malthus, Darwin und weit vor Hayek die Schlüsselgedanken unregulierter Märkte und individueller Freiheiten des Liberalismus und viel späteren Neoliberalismus des 20. Jahrhunderts vorweg nahm (Townsend et al. 2011).

Zahlreiche soziologische Theorien versuchen dagegen die Funktion der sozialen Ungleichheit zu klären. Das heißt, sie wird als unvermeidbar angesehen, da sie erst infolge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Fortschritts notwendigerweise entsteht. In dieser Perspektive gilt die Ungleichheit als individueller Stimulus der Stellenbesetzung und Qualifikation, die an die systemischen Funktionen des Rechts und seiner Sanktionen und die Herrschaft gekoppelt sind. Ulla Ralfs konstatiert, dass die soziale Ungleichheit per se durch zahlreiche Asymmetrien gekennzeichnet ist. Im Vordergrund stehen damit die ungleiche Verteilung und der Zugang zu Lebenschancen und der jeweiligen nötigen Bedingungen ihrer Reproduktion und Schließung, die jedoch systematisch erfolgen müssen und nicht als Zufall entstehen; sofern nicht der Zufall und das individualisierte Glück, ähnlich einer Lotterie, selbst zum Prinzip und zur Regel erhoben wird. Glück ist sicherlich wünschenswert, aber als soziale Kategorie wenig hilfreich, das es schwer greifbar und unberechenbar, also wenig objektivierbar ist, so Dahrendorf zum Begriff der *Lebenschancen* (Dahrendorf 1979: 38).

---

<sup>150</sup> Der frühere Bundeskanzler der SPD (1998 – 2005) und Rechtsanwalt Gerhard Schröder (\*1944) stammte aus „sehr ärmlichen Verhältnissen“, wie er selbst immer wieder fast mythisch betont (Quelle: <http://gerhard-schroeder.de/biografie/>, Zugriff am 15.1.2017).

Allein der Begriff des *Lebens* kann an dieser Stelle genuin nicht die vollumfängliche Definition des biologischen Wesens Mensch und seiner philosophischen, anthropologischen oder phänomenologischen Bedeutung einfangen, wie auch der Begriff des *Menschen* schon weit außerhalb der Soziologie liegt. Der Mensch und seine Existenz sind so eine hoch komplexe Ansammlung diverser biologischer, medizinischer, psychologischer, chemischer und sozialer Prozesse, sodass die Soziologie ganz klassisch von Akteurskonstellationen, Ordnungs- und Rollenbezügen, dem sozialen, sinnhaften Handeln und den vielfachen impliziten wie expliziten Konflikten um diese Formen spricht.

Bezieht man die Ökonomie in die Analyse der Ungleichheit mit ein, wird's kompliziert. Die Frage, ob und wie sich ökonomische Ungleichheit in Form der ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung etwa positiv oder negativ auf die gesamtwirtschaftliche und soziale Entwicklung auswirkt, wird seit langem in der Wissenschaft und Politik besonders kontrovers diskutiert. Ob und inwieweit diese ökonomische Ungleichheit im Zusammenhang mit sozialer Ungleichheit steht, ist keineswegs so einfach zu beantworten, respektive abhängig vom jeweiligen Modell, den zahlreichen eingangs genannten Bedingungen und ihren gegenseitigen Perspektiven (Behringer et al. 2016). So sind bspw. die makroökonomischen Effekte steigender Einkommensungleichheit historisch kontingent und zudem stark abhängig von länderspezifischen Institutionen und deren Rahmenbedingungen. Dazu kommen Formen der außenwirtschaftlichen Beziehungen und Ungleichgewichte, die jeweils sehr unterschiedliche Folgen haben können (Worswick 1994). Der positivistische OECD-Vergleich der mehr oder minder bekannten Länderkennzahlen, etwa zwischen Deutschland und Dänemark hinsichtlich der Einkommensverteilung und Armutsquoten (Abb. 17, 18), ist zwar zunächst eindrucksvoll, aber dennoch wenig aussagefähig, da solche Werte nichts über Entstehung, Verwendung und Verlauf der Daten aussagen (können).

**Abbildung 17: Einkommensverteilung und Armut: DE, DK und OECD**



So konstatiert die Friedrich-Ebert-Stiftung dann auch, dass vor dem Hintergrund des aktuellen Stands der empirischen Forschung zwei wirtschaftspolitische Einschätzungen plausibel erscheinen:

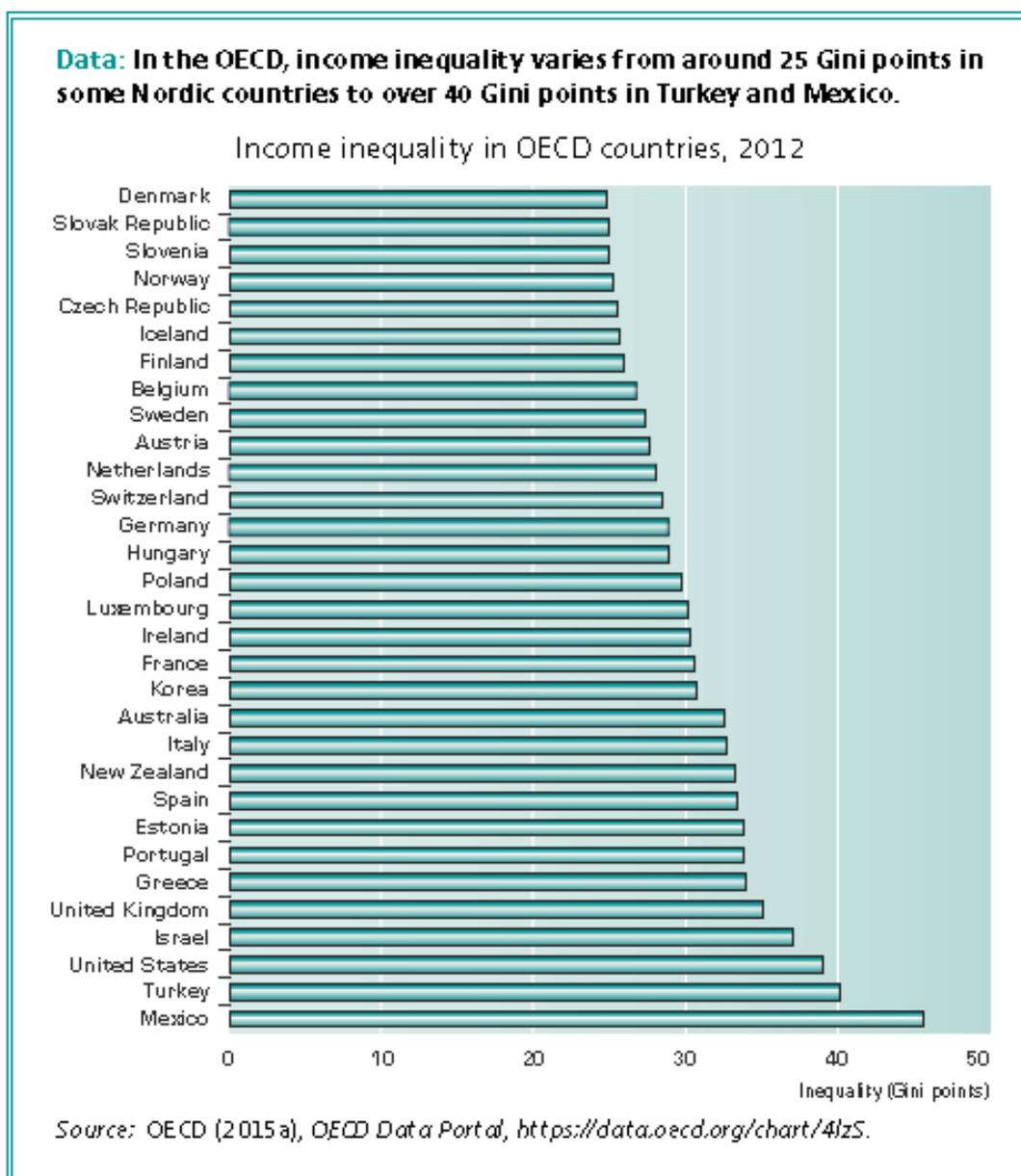
1. Eine vorsichtige Bewertung der Literatur lautet nach Krugman, dass es eine Vielzahl sich widersprechender Wirkungsstränge gibt, so dass wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen nicht auf einer Argumentation über den Zusammenhang von Ungleichheit und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung aufbauen sollten. Das bedeutet, dass staatliche Umverteilung nicht per se als wachstumsförderlich aufgefasst werden sollte. Das heißt aber auch,

dass eine Umverteilungspolitik, die aus nicht-ökonomischen Gründen, wie etwa der Stärkung der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit angezeigt sein könnte, nicht per se wachstumsschädlich ist.

2. Die risikofreudigere Bewertung der vorliegenden Forschungsergebnisse dagegen lautet, dass das Thema Ungleichheit auch deswegen in den Mittelpunkt einer politischen Agenda gestellt werden sollte, da eine Reduzierung der Ungleichheit Wachstumsgewinne für alle bringe (Behringer et al. 2016: 32, zit. Krugman 2015, Stiglitz 2015).

So ist die Frage nach der Ungleichheit in der OECD weder eine einfache, die nur nach *ja* oder *nein* unterscheiden würde, noch eine einheitliche, wie die immense Flut an Literatur zu diesem Begriff seit Jahrhunderten zeigt. „*Die Aussage, Deutschland sei eines der ungleichsten Länder der industrialisierten Welt, ruft immer wieder erbitterten Widerstand hervor*“, so Marcel Fratzscher unlängst in einem Zeitungsartikel (Fratzscher 2016). Dänemark gilt dagegen zwar klischeehaft als sehr homogenes Land. Problematisch ist allerdings, was damit überhaupt in welchem Zusammenhang und Verlauf gemessen, verglichen und entsprechend bezeichnet werden soll (s. Abb. 17, 18) und ob sich dieser Zustand auf andere Länder übertragen lässt. Eine pauschale Erklärung ist, gemessen am Gini-Koeffizienten, jene nach dem Grad der Umverteilung und den Abständen zwischen den Einkommensgruppen, die in Dänemark offensichtlich geringer ausfallen als in Deutschland (Fink und Tálos 2007). Die Frage nach der angeblichen hohen Steuerlast zur Finanzierung des Sozialstaats, die jene Dänen angeblich bereitwillig zahlen, wird aber dort ebenso kontrovers diskutiert (Rasmussen und Stræde 2016; Brøns-Petersen 2015), wie auch die zahlreichen ‚*Steuermythen*‘ in Deutschland nicht widerspruchsfrei bleiben (Kiziltepe 2016; Rietzler et al. 2017). Allen solchen Mythen gemeinsam ist, dass sie häufig und insbesondere im öffentlichen Diskurs von wenig Fachlichkeit oder hoher Ideologie gekennzeichnet sind, die Daten verkürzt und die allein daraus ihre Kraft der Argumente schöpfen, dass sie jeweils als Beiträge des politischen Gegners gekennzeichnet werden.

Abbildung 18: Income inequality in OECD 2012



Im weiteren Spannungsfeld steht die politische Ungleichheit. Sie bezeichnet das Missverhältnis und den Konflikt um die angemessene Repräsentation und Partizipation der Bürger, die sich kaum adäquat auflösen lässt. Denn die Frage und das Verhältnis nach der beanspruchten Gleichheit in der Demokratie ist so alt wie eben jene Demokratie selbst. Seit der griechischen Antike lautet der Anspruch, die Herrschaft im Staate auf die Norm politischer Gleichheit der Bürger zu verpflichten, sie auf den Willen der Gesamtheit oder zumindest eines maßgeblichen Teils der Stimmbürger zu gründen und die zeitlich befristet Regierenden auf die Rechenschaft gegenüber den Regierten festzulegen. Wer aber dann letztlich das aktive, passive und exklusive Wahlrecht erhält und in welcher Form tatsächlich nutzt, ist eine bis heute offene Frage. Kritiker der Demokratie sehen darin den Beleg ihrer Unzulänglichkeit, da bis heute zwar nur Privilegierte wählen dürfen, die aber für ihre Entscheidung weder haftbar gemacht werden können, noch seien sie in der Lage diese intellektuell zu überblicken. Frauen, Fremde, Besitzlose, Arbeiter, Sklaven oder Ungebildete und Unterprivilegierte seien kaum in der Lage politisch vernünftig zu urteilen, so lautete in der Antike und noch in der Weimarer Republik die Missbilligung der Demokratie, während diese Thesen im 21. Jahrhundert

in den westlichen Demokratien zwar kaum noch Gehör finden, aber durchaus eine Renaissance erleben. Deutlich wird das Dilemma der systemischen Abgrenzung versus des beanspruchten Universalismus und Utilitarismus, etwa wenn erneut diskutiert wird, ob bereits Kinder unmittelbar ab der Geburt (Zirpins 2007; Uekermann 2017; Gründinger und Finkbeiner 2013) oder Jugendliche ab 14 oder 16<sup>151</sup> und Einwanderer und Minderheiten<sup>152</sup> ohne deutsche Staatsbürgerschaft wählen dürfen, da sie in der Perspektive als ausgegrenzt gelten. Gleichzeitig verfügen sowohl Kinder und Jugendliche als auch Migranten über mehr oder minder mächtige Lobbyorganisationen und Sprecher (bzw. im Fall der Kinder über Eltern und entsprechende Rechtsnormen und -positionen), über die sie nach Habermas' Modell der deliberativen Demokratie jederzeit hinreichend Einfluss nehmen können, was sie selbst wechselseitig stärkt. Kritiker bemängeln dort den Paternalismus, dass Kinder rechtlich als Besitz oder Sache der Eltern (wie etwa ein Haustier) gelten, obgleich diese Position zweifelhaft ist, da sie keine rein materielle Rechtsposition begründen, sondern komplexe Schutzrechte determinieren. Zudem würde die Gleichheit der Stimme verzerrt, wenn Elternteile die Stimmzettel ihrer Kleinkinder bekämen oder übernähmen, die nachweislich nicht in der Lage sind, rational zu entscheiden. Führt man den Gedanken hier fort, wäre schon die Frage virulent, wie solche Anteile adäquat auf die Eltern zu verteilen wären, wenn es sich um Alleinerziehende handelt (usw.). Hebt man die Bindung an die Staatsbürgerschaft auf, öffnet man mitunter dem Wahltourismus Tür und Tor, der die Stimmabgabe erneut verzerrt; bzw. eine neuerliche Regulierung wird notwendig, die erneut Gruppen und Personen diskriminiert. Die Stimmabgabe ist allerdings nur der geringste und relativ wirkungslose Teil der politischen Deliberation. Wer sie aber allein darauf reduziert oder derart exponiert, hat das Verfahren offenkundig nicht verstanden. Dabei ist die Idee, dass eine authentische politische Willensbildung materieller Absicherung bedarf, alt und geht auf die Bewegung der englischen Levellers des 17. Jahrhunderts zurück. Karl Marx modifizierte das Argument später, das anschließend darauf hinauslief, Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und eine Sozialpolitik als Grundlage der gegebenen Verhältnisse zu fordern, um daraus die Voraussetzung für den Kampf um weitere Errungenschaften zu schaffen (Vobruba 2017: 184). Die Exklusivität des Wahlrechts wird dennoch verständlich, wenn man sich verdeutlicht, dass das Wahlrecht infolge eines Richterspruchs entzogen werden kann, etwa aufgrund einer Straftat und Inhaftierung oder wer sich aufgrund einer Anordnung nach § 63 StGB in Verbindung mit § 20 StGB in einem psychiatrischen Krankenhaus befindet. Zudem verlieren Personen das Wahlrecht, für die ein dauerhafter gesetzlicher Betreuer eingesetzt ist. Das mag in der tatsächlichen Wirkung vermutlich äußerst marginal sein, zeigt aber insgesamt die hohe politische Regulierung und (nicht nur) intellektuelle, exklusive Privilegierung des Wahlrechts für bestimmte Gruppen.

Ungleichheit allgemein kann sich so als Mangel an Ressourcen und Partizipation hinsichtlich der Bildungschancen, der politischen Teilhabe, des Einkommens und der allgemeinen wie multivariaten Verteilung ausdrücken. Das heißt, nicht jeder Einzelne wiederum ist im selben Maße von den Einschränkungen, Erleichterungen oder unterschiedlichen Zugängen und Motiven betroffen. Der

---

<sup>151</sup> Zurzeit können Jugendliche in Deutschland ab 16 nur auf Kommunalebene und teilweise auf Landesebene wählen. Dabei ist die Diskussion, ob sie bereits mit 14 oder früher auch an der Bundestagswahl teilnehmen dürfen, schon länger virulent.

<sup>152</sup> Als nationale Minderheiten mit Wahlrecht gelten in Deutschland bereits die Dänen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die Angehörigen des sorbischen Volkes mit deutscher Staatsangehörigkeit, die Friesen deutscher Staatsangehörigkeit und die Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit. Parteien nationaler Minderheiten müssen bei Bundestagswahlen keine Unterstützungsunterschriften bringen. Die 5-Prozent-Hürde wird auf sie nicht angewendet. Bei den Europawahlen sieht das Europawahlgesetz allerdings keine Sonderregelungen für Parteien nationaler Minderheiten vor, da Ausnahmen nicht erforderlich sind. Bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament sind die Völker der Mitgliedstaaten je für sich Minderheiten. Die Volkszugehörigen aus einem anderen Mitgliedstaat können durch die Abgeordneten dieses Mitgliedstaates im Europäischen Parlament mitrepräsentiert werden, so der Bundeswahlleiter auf seiner Homepage.

Blick ist damit auf eine sehr spezifische Art von Differenzierungen gerichtet, die sich kaum anhand rein numerischer Abbildungen und spezifischer Gruppen erklären lassen. Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland etwa hat seit seiner Einführung im Januar 2015 so bislang sehr unterschiedliche Reaktionen für unterschiedliche Beschäftigtengruppen gezeigt. Negative Beschäftigungseffekte gab es zwar bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten, deren Zahl im Januar 2015 saisonbereinigt um etwa 90.000 Personen sank. Nach Informationen des IAB-Arbeitsmarktspiegels wurde aber etwa die Hälfte dieser Mini-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt (Bellmann et al. 2016), so dass diese Bilanz auch regional ganz unterschiedlich ausfällt, je nach dem, was hier dezidiert in Beziehung gesetzt und betrachtet wird. Dazu kommt, dass Arbeitslosigkeit als solche kein statischer Block ist, wenngleich Einzelne durchaus dauerhaft in ihr verharren. Gesellschaftlich verändert sich diese Größe allerdings laufend, weil hier sowohl neue Stellen und ganze Branchen geschaffen werden und andere aufgelöst werden oder zeitlich verzögert erodieren. Die Bilanz entsteht aber erst statistisch nach Ablauf der Bemessungsperiode, während sich aber die Parameter der Beurteilung ebenso dynamisch verändern. Die atypische Beschäftigung ist außerdem in ihrer Wirkung nicht generell für Alle rein singular positiv oder negativ zu beurteilen.

All diese sich fortwährend überlagernden Differenzierungen müssen in ihrer Wirkung erst notwendigerweise nicht nur verschieden sein, sondern eine Besser- oder Schlechterstellung für bestimmte Gruppen charakterisieren, um sie wissenschaftlich diskutieren zu können. Sofort allerdings stößt man auf das Hindernis, diese Kategorisierung nach *besser/schlechter* normativ festzulegen und hinsichtlich ihrer exakten Wirkungen zu beurteilen, was angesichts zunehmender pluraler Differenzierungen zusehends schwerer fällt. Eine zentrale Linie ist zwar die nach dem zur Verfügung stehenden Geldeinkommen, obgleich sich Einkommen originär aus diversen Quellen und ihrer Kombinationen untereinander ergeben und überlagern kann und des Weiteren nach Haushalts-, Pro-Kopf- oder Familieneinkommen und Jahres-, Stunden- oder Monatseinkommen sowie Arbeits- und Kapital- und Transfereinkommen (usw.) unterschieden werden muss. Die primäre Einkommensquelle aus Erwerbseinkommen und Löhnen ist so aber nur eine einzige Größe, die in Beziehungen zu anderen steht, wie dem Sozialeinkommen eines Haushalts. Und auch hier zeigen sich auf der Makroebene der Volkswirtschaft statistische und reale Abweichungen, je nachdem wie das nationale Einkommen berechnet, abgebildet und verteilt wird. Selbst Teuerungsraten bilden isoliert betrachtet nichts Wesentliches ab.<sup>153</sup>

Eine weitere Kategorie ist die der Ungleichheit faktischer Lebensverhältnisse und der Verfügungskraft darüber (Ralfs 2016).<sup>154</sup> Dass der Blick für diese Differenzen geschärft wird, so Ralfs, hat deutlich mit den akuten Verteilungsproblemen der Gegenwart in ganz Europa zu tun, die sich zum erheblichen Teil aus der extensiv zunehmenden Individualisierung und sozialen Differenzierung ergeben. In der Soziologie setzen sich daher zunehmend ressourcenorientierte Ansätze durch, die an der Akkumulation von Kapitalien in individuellen Lebensverläufen ansetzen. Die Gegenstände und ihre Begriffe vom *Sozialkapital* und den Netzwerkanalysen gehen letztlich von stark individualisierten Bezügen und Strategien aus, die offenbar kein Kollektiv mehr hinreichend herstellen kann. In ihrer langen Forschungstradition zur sozialen Ungleichheit hat die Soziologie damit die Aspekte der Ungleichheit faktischer Lebensverhältnisse und der Ungleichheit des Verfügens über Ressourcen unterschiedlich miteinander kombiniert. Drei Forschungsperspektiven lassen sich dabei voneinander unterscheiden und in eine chronologische Reihenfolge bringen (Ralfs 2016).

---

<sup>153</sup> Konkurrierende Begriffe sind etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP), das Sozial-/Nationaleinkommen, das Volkseinkommen oder das Bruttonationaleinkommen (BNE). Hier werden jeweils unterschiedliche Einkommensarten und Werte, real und nominal, erfasst und verrechnet. Diese Werte können so erheblich je nach Intention voneinander abweichen und somit etwas völlig anderes bezeichnen.

<sup>154</sup> Einzelne Teile des Textes zur sozialen Ungleichheit sind hier mit freundlicher Genehmigung dem Skript des *Grundkurses Soziologie* von Ulla Ralfs am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg entnommen und leicht verändert oder ergänzt. Ulla Ralfs gebührt hier großer Dank für diese sehr gelungene wie komprimierte Darstellung und Überlassung des hoch komplexen Themas.

Zunächst ging es um die Frage, ob und wie die unterschiedlichen Arten der Ungleichheiten miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Hier steht die Frage im Raum, wie sich die Stellung der Menschen im Kontext ‚ihrer‘ Gesellschaft erklären lassen. Der bekannteste Ansatz dieser Art ist die *Klassenanalyse* nach Marx. Diese zeigt, dass und wie sich Ungleichheiten in kapitalistischen Gesellschaften mit dem Besitz und die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel herstellen und verbinden lassen. Im Zentrum stehen hier die *Klassenlagen*. Ungeachtet der Frage der empirischen Evidenz solch eines Forschungsansatzes enthält diese begriffliche Konzeption einige reichlich fragwürdige Annahmen. Denn Ungleichheitsbezüge existieren soziologisch gesehen zwischen gesellschaftlichen Akteuren einzig als *soziale Beziehungen*. Soziale Beziehungen können sich damit sowohl innerhalb als auch zwischen Klassen und Schichten abspielen. Werden aber diese Klassenbegriffe mithilfe von dualen und logisch sich ausschließenden Kategorien konstruiert, wie Marx das tat, so ergeben sich bestimmte Komplikationen für die Analyse der intermediären Ebenen des sozialen Systems sowie den Intra-Klassen-Beziehungen zueinander. Das heißt, wenn Interklassenbeziehungen als antagonistisch konzipiert werden, können sie auch nur mit Hilfe eines dichotomen und konfliktorientierten Begriffsapparats verstanden werden. Daraus folgt, dass auf der Ebene des Intra-Klassenkonflikts die Betonung von *Kampf und Konkurrenz* (Max Weber) zugunsten einer nahezu friedlichen Kontur aufgegeben wird, wie sie in den Begriffen der Arbeiterklasse und des Proletariats erfolgt. Wird der Klassenbegriff entlang einer dualistischen Struktur angeordnet, ist man gezwungen, soziale Gruppen in die eine oder andere Klasse einzuordnen. Das wiederum führt zu Anomalien bei jenen Gruppen, deren Perspektiven und Lebenslagen soziologisch nicht mit denen übereinstimmt, was als charakteristisch für die jeweilige Klassenlage angesehen wird. Daraus folgt ein nahezu unlösbares Problem gegenüber dem Phänomen sozialer Ungleichheit, die auf ethnischen, religiösen und geschlechtlichen (usw.) Differenzierungen basieren. Denn solche Phänomene werden als Ergebnisse kultureller oder biologischer Andersartigkeit und Abweichung angesehen, die zudem historisch determiniert sind - und eben nicht: *sozial*.

Nimmt man Marx hier beim Wort, hätte der Kapitalismus aber alle diese Differenzierungen beseitigen und eine ausschließlich dualistische Klassenstruktur erzeugen müssen. In der aktuellen Gegenwart des frühen 21. Jahrhunderts ist die Welt jedoch durch Konflikte und Verteilungskämpfe *innerhalb* einer Klasse erschüttert und nicht von Konflikten *zwischen* Klassen (Ralfs 2016). Überspitzt gesagt, ließe sich formulieren dass Arme immer schon arm waren und sich deren soziale Lage kaum nennenswert verändert, sondern „nur“ verfestigt hat (Gellermann 1987; Becker und Haerendel 2010; Geißler 1976). Es sind demzufolge nicht die Armen und Benachteiligten, die gegen die Reichen aufbegehren, sondern die verunsicherte Mitte, die sich fortwährend bedroht fühlt und untere Gesellschaftsschichten, die quasi nach unten treten und jemanden suchen, der in der gesellschaftlichen Hierarchie noch etwas tiefer steht als sie selbst (Castel und Dörre 2009b; Castel 2008; Vogel 2009; Zuckmayer 1931).<sup>155</sup>

Eine zweite Forschungsperspektive orientiert sich daher an der Frage, ob und in welcher Art und Weise sich Menschen im Verhältnis zueinander als gleich-, höher- oder minderwertig empfinden und verhalten (Ralfs 2016). Dazu tritt die Frage, ob sie damit letztlich selbst Produzenten dieser beklagten Ungleichheit sind.

---

<sup>155</sup> Deutlich wird das an dem populären Klischee und Ausspruch, dass „*die Ausländer uns die Arbeit wegnehmen*“; oder der Erklärung, „*man sei ja nicht rechts, aber...*“ Hier kann auch der jeweils unterlegene Gegenpart der eigenen Gruppe eingesetzt werden, wie Leiharbeiter oder Arbeitslose, Alkoholiker (usw.), die vermeintlich die eigene soziale Lage und Position erklären resp. gefährden und in der Perspektive als ‚*Schmarotzer*‘ bezeichnet werden, obwohl die eigene soziale Differenz zu denen kaum wahrnehmbar ist. Selbst Obdachlose grenzen sich untereinander deutlich ab als Trinker, Drogenabhängige oder Gammler, Bettler und Ausländer, zu denen man selbst nicht gehört und sich klaren Regeln für den eigenen Alkoholkonsum und Tagesablauf (usw.) unterwirft. Dass der eigene und offene Widerspruch für einen selbst nicht zu gelten scheint, hat Carl Zuckmayer in seinem ‚*Hauptmann von Köpenick*‘ literarisch sehr schön formuliert (Zuckmayer 1931).

Die dritte Perspektive zielt auf charakteristische Begünstigungen oder Benachteiligungen von Bevölkerungsgruppen. Diese ergeben sich zumeist aus den spezifischen Bedingungen der Ungleichheitskriterien bzw. aus der spezifischen Bewältigungsstrategien der Betroffenen. Damit sucht diese Forschungsperspektive nicht nach jenen Ungleichheiten, die sich quer durch die Gesellschaft ziehen, sondern nach jenen Mustern, wie sie spezifisch sind für bestimmte Gruppen. Diese Perspektive lässt sich als *Frage der sozialen Lagen* bezeichnen. Allerdings hat sich diese Forschungsperspektive zumindest in Deutschland seit einiger Zeit zu sehr auf die spezifischen Unterschiede der sozialen Lagen benachteiligter Gruppen kapriziert. Damit beschäftigt sie sich sehr stark mit den Unterschieden der jeweiligen Lagen, ohne sie tatsächlich gesellschaftlich oder empirisch erklären zu können, wie etwa Karl Marx oder Max Weber das versuchten. Problematisch daran ist, dass die Ungleichheitsforschung jene Disparitäten nicht nur aufzeigen, sondern vielmehr erklären sollte, wie sie entstehen und welchen Kontext sie aufweisen. Das heißt, sie sollte zeigen, für welche Gesellschaftsschicht Ungleichheiten charakteristisch sind und für welche nicht, und in welcher Epoche sie auftreten statt sie nur zu beschreiben. Eine Kombination aus allen drei genannten Ansätzen sieht etwa die frühe Konzeption von Pierre Bourdieu vor, die sowohl durch objektive Kapitallagen als auch Prozesse sozialer Schließung über Distinktion und deren Verfestigung charakterisiert werden. Bei ihm gehen die spezifischen Milieus und Habitusformen eine theoretische wie auch eine empirisch anwendbare Symbiose ein (Ralfs 2016).

Diese Tendenzen reziproker Abgrenzungen führen allerdings gegenwärtig zu einer Vielzahl von Überschneidungen und Imitationen, setzen sich im politischen Feld fort und werden dort noch anhand der Lebenswelten pluralisiert, wie etwa die Studien des Sinus Instituts (Sinus 2017) und anderer Markt- und Meinungsforschungsinstitute seit langem schon zeigen: Bürgerlich etabliert-konservative Bürger wählen so bspw. (nicht mehr) zwangsläufig bürgerlich konservative, rechte Parteien oder sind in denen engagiert und Mitglied ihrer jeweiligen Honoratiorengruppen, auch wenn diese Neigung inklusive der Wahlneigung in diesen Milieus statistisch höher liegen mag. Sie tendieren aber nicht selten zu links-/sozialliberalen oder sozialistischen und grünen Parteien oder enthalten sich der Wahl und den politischen Lagern ganz, nicht ohne freilich rein situativ politische Stellung zur akuten Nichtwahl zu beziehen. Dieser Zusammenhang bildet aber längst keine eindeutige Heuristik mehr ab, wie etwa noch zu Zeiten von Max Weber oder Karl Marx. Sie lässt sich ferner kaum noch an Kleidungsstilen oder ihrer inhärenten Ordnung ablesen, wie dem schwarzen Anzug und Zylinder. Diese Art der Differenzierung liegt aber weniger daran, „*dass die Bourgeoisie alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet und den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt hat*“ (Marx und Engels 2010: 22). Sondern es waren zu einem Großteil eben auch Versuche gesellschaftlicher und sozioökonomischer Emanzipation innerhalb dieser Gruppen und ihrer Umwelt selbst. Max Weber hatte sich in seinem Vortrag zur *Wissenschaft als Beruf* (Weber 2006) schon eingehend mit der Frage der Emanzipation aus feudalen und plutokratischen Verhältnissen (des Wissenschaftlers) beschäftigt und die Vorzüge einer Anstellung betont, die auch in größerer sozialer Unabhängigkeit für das Auditorium selbst mündet.

Allem zugrunde lag schon bei Weber die hohe Autonomie aufgrund gesellschaftlicher Arbeits- und Rollenteilung, die erst zu einer weiteren Differenzierung und Etablierung der heute souveränen Einzeldisziplinen geführt hat. Zweifellos entstand daraus eine neue Form der Rationalität, die zu immer neuen Formen gesellschaftlicher Pluralität und konkurrierender Realitäten vertikaler wie horizontaler und gleichzeitig positiver wie negativer Mobilität geführt hat. Diese Perspektive muss sich allerdings von der Mikroebene einzelner Schicksale lösen, wenn sie Aussagen über deren Progressivität und Regression machen will.

Zusammen mit hoher Autonomie fällt allerdings auch die Erosion kollektiver Gruppen und starrer Vereinbarungen, die erst eine immer extensivere Dynamik sozialer Differenzierungen ausgelöst haben, wie sie zu Zeiten von Marx oder Weber kaum denkbar schienen. Die aktuelle Zahl bspw. unterschiedlicher Cola-Marken und Sorten und der Varianten des VW Golfs lässt sich kaum noch abschließend definieren; sie alle finden, suchen und generieren aber jeweils ihren emanzipierten Käufer-Markt und die entsprechende Nachfrage sowohl in dem einen Milieu als auch in einem völlig

anderen entgegengesetzten. Diese Dynamik lässt sich aber nicht mehr umkehren und evoziert fortan ihre zahllosen Widersprüche und deren Peripherien. Der Begriff und Gegenstand der Jugendsubkulturen ist so ebenfalls eine Erscheinungsform der jüngeren Gegenwart, die sich insbesondere in den letzten 50 Jahren immer mehr ausdifferenziert haben, auch wenn sich konstant kaum mehr als 20 bis 25 % der Jugendlichen einer Generation solchen Subkulturen anschließen. Ihre Merkmale reichen über diverse Konsum-, Kleidungs-, Freizeit-, Musik-, Identitäts-, Abgrenzungs- und Beteiligungsformen, die sich längst nicht mehr auf den schlichten Dualismus einer rein politischen Oppositionsrolle der Post-68er-Generation und der rein unpolitischen, materialistischen oder hedonistischen Jugend der Gegenwart reduzieren lässt. Ethnische Differenzierungen treffen hier mittlerweile auf soziale und politische Milieus und generieren fortwährend sowohl gänzlich neue Mischformen als auch ihre Antagonismen. Allein die jüngere Literatur zu jenem Begriff ist nahezu endlos und wird sowohl von Pädagogen als auch von Sozialwissenschaftlern und Journalisten bearbeitet (Helsper et al. 2006; Scherr 2009; Gerlach 2006; Castel 2009b).<sup>156</sup> Wobei allein schon der Zeitraum, die jeweilige Altersklasse und Interpretation, was überhaupt als *Jugend* und *Kindheit* oder *Adoleszenz* und deren jeweils typisches - ergo: zugeschriebenes - Verhalten gilt, schon dem fortwährenden Wandel unterworfen ist. Zwar gilt gemeinhin die Phase der biologischen Geschlechtsreife im Alter von etwa 12 bis 14 Jahren als Pubertät und Übergang vom Kindesalter zur Jugend bis zur derzeit<sup>157</sup> gesetzlichen Volljährigkeit (bzw. Mündigkeit und volle Geschäftsfähigkeit) mit 18, dennoch ist hier kein eindeutiges Ende der Jugend definierbar, wenn allein schon Bildungs- und Ausbildungszeiten immer weiter nach hinten verlagert und entgegen der Intention ausgedehnt werden, und wie oben genannt, das Wahlrecht für Kinder gefordert wird. Gemeinhin wird zwar das Alter von 25 bis 27 Jahren als Übergang ins Erwachsenenalter genannt, dennoch bleibt offen, wodurch diese normative Setzung gerechtfertigt ist.

Das wäre alles durchaus weniger bedeutsam, wenn nicht daraus die hohe gesellschaftliche Kontingenz, ihre Beliebigkeit und ihre reziproke Möglichkeit der Bewältigung deutlich würde, die sich im Bereich der politischen Parteien und ihrer Anhänger nur fortsetzt. Die gesamte Linke bewegt sich im Ergebnis selbst in einem doppelt pluralisierten Umfeld, das jeweils nach innen und außen schon deutlich differenziert auftritt. Luke March (March 2008a, 2008b) versuchte bspw. - ähnlich wie Claus Offe (Offe 2016) - zu zeigen, dass die progressive, radikale neue Linke, die gegenüber der extremen Linken der Altkommunisten eher moderat auftritt, sich in vier verschiedene Gruppen differenziert, die wiederum in sich gespalten sind und diverse Bezüge untereinander aufzeigen:

- Reformkommunisten
- Demokratische Sozialisten
- Populistische Sozialisten
- Sozialistische Populisten

Dass es sich bei der Linken insgesamt um klassische Arbeiterparteien handelt, ist schon lange widerlegt (Schmiederer 1969: 63 f; zit. Lipset 1963), da heute insbesondere *demokratische Sozialisten* (March 2008b) in der Regel eine urbane und formal hoch qualifizierte, gebildete, sehr junge und oft weibliche Wählerschaft ansprechen, die in den übrigen Parteien eher unberücksichtigt bleiben. Zudem verfügen sie oft über gute Beziehungen zu NGOs und den Einrichtungen der Zivilgesellschaft. Drei Gruppen von Anhängern lassen sich nach March grob unterscheiden:

- Anhänger linker Subkulturen und der 1968er-Generation, von denen viele schon weit vor 1989 in kommunistischen Gruppen oder Gewerkschaften aktiv waren und die traditionell junge intellektuelle Milieus, wie etwa Studenten, anziehen.

---

<sup>156</sup> Dazu auch etwa das APuZ-Heft Nr. 27/2010 vom 5. Juli 2010 zum Thema *Jugendkulturen*.

<sup>157</sup> Bis zum 31. Dezember 1974 galt in der Bundesrepublik Deutschland die Volljährigkeit erst mit dem 21. Geburtstag. In der DDR galt sie bereits ab 1950 mit 18 Jahren. Am 22. März 1974 beschloss der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Senkung des Volljährigkeitsalters von 21 auf 18 Jahre (Quelle: Deutscher Bundestag).

- Unzufriedene Mitte-Links-Wähler: Nach March kam bisher „[e]in Viertel der Zuwächse bei den Parteien links der Sozialdemokratie [...] von ‚abtrünnigen‘ Mitte-Links-Wählern (so 2005 in Deutschland, 2006 in den Niederlanden und 2007 in Dänemark). Der Rest kommt von liberalen oder grünen Parteien sowie von Nichtwählern. In Ländern mit starken grünen Parteien (z. B. Finnland, Schweden) sind linke Parteien deshalb weniger erfolgreich als in Ländern ohne grüne Parteien (wie Dänemark oder Norwegen). In Deutschland trifft diese Aussage insofern zu, als dass Die Linke in Ostdeutschland weit mehr Unterstützung hat als in Westdeutschland, wo die Grünen wiederum stärker sind.“ (March 2008b: 6 f.)
- Protestwähler: Hier zeigt sich ein buntes und volatiles Konglomerat an Gruppen, da der Terminus des *Protests* recht weit gefasst ist, und unklar bleibt, was die eigentliche Intention solcher Wähler ist (Vahlenkamp 2014). Zudem entschieden sich bisher auffällig oft Erst- und ehemalige Nichtwähler für Linksparteien jenseits der Sozialdemokratie, die nun allerdings sukzessiv nach rechts, in Deutschland etwa zur AfD, tendieren – obgleich auch dieser Trend schon wieder stagniert und sogar rückläufig ist und schließlich auch diejenigen mobilisiert, die den Rechtspopulismus ablehnen und verhindern wollen (Schäfer 2017).

Die erste Gruppe der *Reformkommunisten* (March 2008b) dagegen versucht ihre historisch längst überholte Ideologie und Emblematisierung nach Zusammenbruch des Ostblocks in die Gegenwart zu übertragen und kombiniert sie freimütig mit modernen Elementen des Feminismus und Umweltschutzes oder direkter Demokratie, während sie Elemente der extremen Alt-Linken zu adaptieren versuchen. Häufig treten sie als Marxisten, Leninisten, Stalinisten, Trotzisten, Maoisten (usw.) mit relativ unkritischer Haltung gegenüber ihrem sowjetischen Erbe auf. Dennoch sind ihre ultra-orthodoxen Perspektiven und das Vokabular sowie die Ideologie von jenem Erbe geprägt, und die Termini orientieren sich weiterhin am zentralistisch-stalinistisch/leninistischen Parteienprinzip und dem Kalten Krieg als Kulisse.

Die zweite Gruppe der *Demokratischen Sozialisten* lehnt dagegen jegliche zentralistischen und totalitären Ideologien strikt ab - wie auch den (unterstellten) Neoliberalismus der Sozialdemokratie. Sie setzen sich eher für qualitative Verbesserungen der Minderheitenrechte und den Umweltschutz, Feminismus, alternative Lebensentwürfe und direkte Demokratie ein und sind in der Regel offen gegenüber möglichen Koalitionen. Eine dezidiert makroökonomische Perspektive, die sich von ihren plakativen Forderungen löst, fehlt aber in aller Regel. Eine Hauptposition ist der Ökosozialismus, der Aspekte der Ökonomie mit kritischer Attitüde gegenüber dem Kapitalismus als Synthese verbinden will. Klassische Beispiele sind hier die ‚*Nordic Green Left-Parties*‘ aus Skandinavien.

*Populistische Sozialisten* als dritte Gruppe berufen sich zwar auf ähnliche Werte, sind aber stärker durch ihre anti-elitären Anti-Einstellungen und einen Eklektizismus einer reinen Protestpartei geprägt, ohne konkrete Lösungen anzubieten. Sie verstehen sich als Sprachrohr der ‚*einfachen Leute*‘ mit der „*emphasis on identity rather than class concerns*“ (March 2008a: 3). Als Beispiel kann die deutsche Linkspartei und ihre Vorgängerorganisation der PDS gelten, die mit eingängigen Slogans auftritt (bspw.: „*Wahltag ist Protesttag*“; PDS 1994; „*Bundeswehr raus aus Afghanistan*“; „*Reichtum besteuern*“ usw.; DIE LINKE 2017).

*Sozialistische Populisten* schließlich zeichnen sich durch eine starke Führerfigur aus, mit der sie auch die Grenzen zwischen rechts und links und einem Personenkult verwischen. Sie treten häufig in Lateinamerika und dem fragilen Raum Osteuropas auf, wo die politischen Lager weniger stabil und definiert sind und auf größere soziale Schief lagen treffen als etwa in Westeuropa. Zudem überdauern sie in der Regel oft keine Legislaturperiode. Allerdings überschneiden sich all diese idealtypischen Kategorien und verändern sich laufend innerhalb dieser Zuschreibungen. Sie können daher durchaus stilbildend für westeuropäische Linke sein:

„*Since 1990 all far left parties have become more populist in terms of defining the ‚working class‘ ever more broadly to reach beyond the traditional blue-collar-worker strata, and nationalistic in terms of trying to present themselves as defending national workers [...]*“ (March 2008a: 4).

Nicht nur post-sowjetische Linke sind seither zusehends entideologisiert und orientieren sich eher an kurzfristigen und pragmatischen Lösungen „*rather than endlessly debate the nature of socialism*“ (March 2008a: 5).

March betonte 2008 zwar, dass die größten Zuwächse seinerzeit bei den Linksparteien in Deutschland, Irland und den Niederlanden lagen, während ihre Unterstützung in Frankreich, Italien und Spanien abnahm. Die demokratischen Sozialisten in den nordischen Ländern hatten ihre stabilsten Ergebnisse, während die populistischen Sozialisten in Deutschland ihre dynamischste Entwicklung durchlaufen (March 2008b: 4). Damit unterstreicht er rückblickend deren hohe Dynamik. Denn mittlerweile hat sich diese Lage mit der Situation bspw. in Dänemark, Portugal, Spanien und Griechenland im Zeitraum von etwa 8 Jahren stark verändert, auch wenn die einst euphorische Situation in Südeuropa längst zurück gekehrt ist zum politischen *business as usual* (Brunkhorst 2016a, 2017a).

Als Gründe für den Erfolg und das Scheitern der Parteien links von der Sozialdemokratie nennt March hier dennoch gute Ansätze, wie die

- Modernisierungskrise, die allerdings aus sich selbst heraus entsteht („*Zeitgeist*“) und damit wenig valide auftritt,
- historische Verwurzelung
- und den Protestcharakter jener Bewegungen.

Mit der zunehmenden Deindustrialisierung, Verlagerung und Rationalisierung ganzer Bereiche und der damit vermeintlichen einhergehenden Auflösung des sozialdemokratischen (Wohlfahrts-)Konsenses der Gewerkschaften und Parteien als auch der fortschreitenden Globalisierung folgten die Proteste all jener, die sich dennoch stets nur für den kurzen Moment der Geschichte als ‚*Verlierer der Modernisierung*‘ zu Wort melden und dann umgehend wieder in Vergessenheit geraten (Brunkhorst 2012: 275). Dazu kommt die subjektive Wahrnehmung und Enttäuschung, dass der Staat seine Aufgaben, wie die Kontrolle der Grenzen oder des Wohlfahrtsstaates, nicht mehr ausreichend erfüllt. All diese Gründe geraten jedoch recht inflationär, da kaum klar wird, was sie im Detail eigentlich genau bezeichnen und fordern (Neugebauer 2007).

Als wichtigste Bedingung für eine starke Linke erscheint March hier deren historische Verwurzelung und damit deren Pfadabhängigkeiten samt ihrer Narrative. In Ländern mit einer starken marxistischen Tradition, wie bspw. in Frankreich, Portugal oder Deutschland, sind Parteien links der Sozialdemokratie daher besonders erfolgreich. In einigen osteuropäischen Ländern, wie etwa in Polen, fehlt eine solche radikale Linke fast völlig, weil der Kommunismus dort schon vor 1989 kaum breite Unterstützung fand. Auch in Dänemark gab es kaum eine derart stark organisierte radikale Linke jenseits der Sozialdemokratie, sondern eher marginale Gruppen, die eher aufgrund des Wahlrechts und der geringen 2-%-Hürde ins Parlament gewählt wurden, die oft in der Marginalisierung und dem ewigen Konflikt zueinander stagnierten.

Hohe Arbeitslosigkeit oder allgemeine Unzufriedenheit bilden zwar oft den Nährboden für eine starke Linke, sie sind aber keineswegs automatisch Garant und Voraussetzung für deren Erfolg, wie sich empirisch allerorts beobachten lässt, da hier materielle Interessen den inhaltlich qualitativen Aspekten überwiegen, die von rechts erheblich ‚*besser*‘ bedient werden (Stichwort: „*Weltsozialamt*“).<sup>158</sup>

---

<sup>158</sup> Mit der Parole, man könne nicht das Sozialamt der ganzen Welt sein, positioniert sich insbesondere in Deutschland, Österreich und der Schweiz die politische Rechte gegen Zuwanderung und (in ihren Augen) den ‚*Asylmissbrauch*‘, während für Inländer in ihrer Sichtweise vergleichsweise kein oder zu wenig Geld bereitstünde. Das Motiv der Flüchtlinge sei daher aufgrund des hohen Wohlfahrtsniveaus im Nordwesten ausschließlich materiell begründet und schade der Bevölkerung, die dann das Nachsehen habe. Ähnliche Positionen finden sich aber auch in ganz Skandinavien und Europa. Sie finden sich aber auch in Teilen in der Linken.

So ist für March dann auch der drittichtigste Grund für den Erfolg von Parteien links der Sozialdemokratie ihr Protestcharakter. Dieser gedeiht in solchen Ländern, in denen weniger als 60 % der Bevölkerung mit der Demokratie zufrieden sind, und in denen über 40 % die Globalisierung als Bedrohung empfinden (March 2008b: 5). Dänemark entfällt hier allerdings im EU-15-Vergleich aufgrund der dauerhaft hohen Zufriedenheit und mangelnder Kategorien für eine starke Linke. Reine Protestparteien - wie einst die Fortschrittspartei - sind hier relativ erfolglos. Allerdings muss sich die Linke diese Protestrolle europaweit oft mit den Grünen und vor allem aber zunehmend mit der Rechten teilen, die auch antieuropäische Ressentiments weitaus plausibler vertritt.

Dass der Föderalismus die äußere Linke begünstigt, sieht March hier nicht. Zwar sind die Rahmenbedingungen für Protestparteien in föderalistischen Systemen besser, da sich diese besser auf kleinteilig regionaler und Länderebene etablieren können; dennoch sind Parteien links von der Sozialdemokratie eher in zentralistischen Systemen erfolgreich (March 2008b: 6) – auch wenn der Grund hier unklar bleibt und mitunter in die Koinzidenz fällt. So könnte ein Grund ihre stärkere Normalisierung und Integration in den Zentralstaaten (wie etwa die Sozialistische Volkspartei in Dänemark, UL) sein, die in föderalen Ländern vermutlich eher separiert bleiben, wie im Fall der deutschen Linkspartei, die eher auf regionale Wahlerfolge zurückblicken kann als auf starke Erfolge im Bund.

Die erfolgreichsten Parteien links von der Sozialdemokratie agieren so europaweit weitgehend nicht mehr starr ideologisch, sondern folgen einem pragmatischen Kurs, indem sie sich jeweils auf Sachthemen konzentrieren. Sie verfügen dementsprechend über charismatische und nicht minder populistische Führungspersönlichkeiten und mobilisieren ihre Wähler mit ökosozialistischen oder populistischen, antielitären Positionen. Allerdings begünstigt ihr sozioökonomisches Umfeld und insbesondere das der EU einen weiteren Zuwachs solcher (Links-)Parteien, woraus sich die fortwährende Spaltung und Opposition erklärt. Politische Akteure sollten deshalb nicht versuchen, diese Parteien zu dämonisieren oder zu marginalisieren, wie Luke March hier vorschlägt. Denn Erfahrungen zeigen, dass eine Ausgrenzung der Parteien (nicht nur) links von der Sozialdemokratie diese nur stärkt (March 2008b; Rydgren 2006). Ob es sich dabei tatsächlich um intendierte und ex ante berechenbare Strategien oder vielmehr um deren nicht-intendierte ex post Nebenfolgen ihres kommunikativ-sozialen Handelns handelt, kann als Dilemma der Politik gelten. Und ob sich daraus tatsächlich Wählerstimmen (und für wen?) generieren ließen oder sie Stimmen gekostet („Wählerwanderung“) und sich nun die Parteien vom Wähler oder umgekehrt gelöst haben, kann sicherlich als Aporie des Wahlverhaltens und Frage der Politikwissenschaft gelten, da es hier genuin zu hoher Dynamik und Mobilität auf allen Seiten kommt.

Festhalten lässt sich aber, dass sich die Unterstützung der apostrophierten Arbeiterklasse zwischen 1966 und 2001 für die Linke bspw. in Dänemark von 81 auf 41 % halbierte. Besonders hoch war der Verlust in der Gruppe der jungen Arbeiter, weshalb die Sozialdemokratie ihre einstige Vormachtstellung dort schon relativ früh verlor; obwohl sie ohnehin nie so stark war wie die schwedische oder norwegische Sozialdemokratie (Rydgren 2006) - die gleichsam seit langem erodiert (Birke 2003a). Tatsächlich fielen die ersten drei Jahrzehnte sozialdemokratischer Dominanz auf die Zeit vor 1980. Sie begann ohnehin erst temporär 1924 - 26 und wurde fortwährend von anderen Koalitionen und Regierungen unterbrochen. Ihre eigentliche langfristige Dominanz im Folketing begann erst 1947 und endete 1982 (Skou 2011: 727 ff.). Seither wird Dänemark eher von bürgerlichen Regierungen und sozial-/rechtsliberalen Koalitionen bestimmt (Schymik 2008). Selbst die Sozialdemokratie rückte auch dort früh nach rechts.

Da die Bedeutung rein sozioökonomischer Fragen sui generis für sozialistische Parteien sukzessive abnimmt (March 2008b; Rydgren 2006), gewannen europaweit spätestens in den 1990ern alternative Fragen an Politisierung, wie etwa Fragen der Migration, der inneren Sicherheit und der europäischen Integration. Die dänische Sozialdemokratie, der Frenzel hier noch viel Respekt zollte, verlor nach Rydgren im Zuge ihres Dritten Weges - dessen Takt allerdings Großbritanniens New Labour vorgab - immer mehr ihre ideologische und strategische Orientierung. Der Partei gelang es nicht, eine gemeinsame Linie aufzubauen, die zudem durch die Entideologisierung der Wirtschaftspolitik - die auch Frenzel mühelos anerkennt - beschleunigt wurde. In diese Lücke sprang allerdings

und nach der vielzitierten Erdrutschwahl 1973 zunächst die *Fortschrittspartei* - die jedoch aufgrund ihrer thematischen Engführung an der Steuerpolitik schnell wieder an Gewicht verlor (Skou 2011: 550) - und seit Mitte der 1990er-Jahre die rechte Dänische Volkspartei, der es gelang, diese Konflikte fortan erfolgreich zu ‚ethnisieren‘ und damit politisch zu moralisieren (Rydgren 2006: 168).

Gleichzeitig ließ sich feststellen, dass die dänischen Bürger mit ihren Politikern und der Demokratie sowie dem allgemeinen Wohlfahrtsniveau ihres Landes damals wie heute relativ zufrieden sind. Das gilt umso mehr, wenn auch parallel Armutsraten, soziale Probleme und Ausgrenzung (unter linker wie rechter Ägide) allgemein zunehmen. Gleichzeitig zeigte sich im Rahmen dessen früh eine hohe pragmatische Integrationskraft der etablierten Parteien samt der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mit den rechtspopulistischen Parteien inhaltlich zusammenzuarbeiten, was zwar zum einen tatsächlich deren Legitimität stärkte, aber zum anderen deren Marginalisierung als *Märtyrer* (March 2008b: 7) respektive Stärkung und Radikalisierung als Anti-Establishment- und Protest-Partei verhinderte. Problematisch ist dennoch bis heute die Einschätzung, ob sich die Etablierten aufgrund dessen zum Handlanger der Rechtspopulisten machten oder umgekehrt, und es sich im Ergebnis genuin um einen nationalistischen Wohlfahrtschauvinismus oder inhärente Probleme deliberativer Demokratie handelt.

Der damalige Parteivorsitzende der rechtsliberalen Venstre, Anders Fogh Rasmussen, veröffentlichte bereits 1999 im Parteiorgan der *Dansk Folkeparti* einen Artikel, der andeutete, dass er sich eine Kooperation gut vorstellen könne, um eine von ihm angestrebte ‚Systemveränderung‘ zu erreichen. 2001 gelang die Dänische Volkspartei dann erstmals in eine privilegierte Position im Parlament, die sie seither ausbaut, ohne aber ihre rassistische Rhetorik abzulegen. Dennoch wird sie in Dänemark selten als *extremistisch* oder *rassistisch* bezeichnet (Rydgren 2006; Birke 2003a).

Dass die europäische Sozialdemokratie gegenüber der europäischen Integration einen blinden Fleck hat, konstatierte bereits Wolfgang Merkel 2001 und auch die Friedrich-Ebert-Stiftung noch 2015: die europapolitischen Formate der Linken sind zersplittert und weisen kaum ebenen übergreifende Kontinuitätslinien auf (Butzlaff und Micus 2015: 12). Zwar gibt es hier exklusive Beispiele gut funktionierender internationaler Arbeit und Kooperationen, wie etwa in Berlin und einzelnen Gruppen innerhalb von SPD, Grünen und Linkspartei, diese bilden aber eher die Ausnahme und lassen sich kaum in der Breite ihrer Parteienbasis reproduzieren. Zudem dominiert in der EU eher das Primat der Ökonomie als das der Politik, was eine Annäherung und Identifikation mit Europa jenseits dieser Bipolarität äußerst schwierig macht (Frenzel 2002: 307). Zwar hätten die Finanzkrise, linke Wahlerfolge und spektakuläre Nachrichten zu den Parteien Syriza und Podemos in Griechenland und Spanien vor dem Hintergrund sozialer Krisen und der Proteste im Rahmen der EZB-Eröffnung in Frankfurt im März 2015<sup>159</sup> sowie der Austausch mit Akteuren aus den europäischen Krisenstaaten Manchem die konkreten Auswirkungen des Abstraktums Europa erst bewusst gemacht; dennoch sei auffällig, wie wenig die Mitglieder linker Parteien in Deutschland

„insgesamt über Mechanismen der Politikentscheidungen sowie über mögliche Mitarbeitensformate auf europäischer Ebene Bescheid wissen. Dies mag mit dazu beitragen, dass die Ebene der europäischen Politik für die jeweilige Basis der Parteien nicht unbedingt im Zentrum ihrer Forderung nach weiterer Beteiligung steht und das Interesse daran oft vergleichsweise gering bleibt“ (Butzlaff und Micus 2015: 11).

Die *Europäische Linke* (EL) als eine Variante des transnationalen Parteienzusammenschlusses von Linksparteien tritt bei Europawahlen zudem gar nicht öffentlich in Erscheinung, weil ihre derzeit 19

---

<sup>159</sup> Vertreter der EZB äußerten im Rahmen der Proteste, dass man ihre politische Rolle maßlos überschätze, da sie einzig für Währungsfragen zuständig seien, die mit der Politik überhaupt wenig zu tun hätten.

Mitgliedsparteien der Fraktion der GUE/NGL<sup>160</sup> im Europäischen Parlament bei den nationalen Wahlen teilweise gegeneinander konkurrieren. Die *Sozialistische Internationale* (SI) als ein weiterer Zusammenschluss der *social democratic, socialist and labour parties* kann trotz ihrer weltweit 150 Mitgliedsparteien als ebenso marginalisiert gelten. Die deutsche SPD verließ daher die SI 2013 um die ‚*Progressive Allianz*‘<sup>161</sup> zu gründen, einem weiteren globalen Netzwerk von *more than 130 parties and organisations*, das seither öffentlich kaum bekannt ist und als erneuter Ausdruck der hohen Zersplitterung der Linken dienen kann. Ergänzt man diese Kakophonie um deren parteinahe Think Tanks und Stiftungen, wie bspw. das parteiübergreifende *Institut Solidarische Moderne* oder das *Institut für Gesellschaftsanalyse* der Rosa-Luxemburg-Stiftung (u. v. a. m.), bekommt der Begriff der Mosaiklinken seine genuine Bedeutung, der ohnehin als Begriff politischer Rhetorik zwischen Diffamierung und Überhöhung changiert. Die endgültige Zahl all jener Allianzen lässt sich kaum ermitteln. Zudem vertreten die Linken Europas nicht nur in Währungs- und Wirtschaftsfragen untereinander extrem divergierende, diffuse und sehr ambivalente Positionen, die sich allesamt zwischen der sofortigen Auflösung und Ablehnung der Europäischen Union, der Renationalisierung und der schrittweisen Restauration oder Stärkung der EU und seiner Institutionen bei gleichzeitiger Betonung ihrer pro-europäischen Haltung bewegen. Deren größter gemeinsamer Nenner ist zwar die Formulierung des ‚*Sozialen Europas*‘ als ‚*Social State*‘ und Ablehnung des Freihandels und der damit verbundenen negativen Marktintegration (*verstanden als Beseitigung von zwischenstaatlichen Handelsbeschränkungen*).<sup>162</sup> Von inhaltlicher Kohärenz sind sie aber alle weit entfernt (Candeias 2013; Janssen 2013; Butzlaff und Micus 2015; Heilig 2016; March 2008b, 2008a).

Die jeweils nationalen Gemeinsamkeiten lassen sich grob zusammenfassen als Begrenzung der Privatisierung, Forderung der Arbeitszeitverkürzung, ein verbessertes Recht auf Abtreibung, Legalisierung bestimmter Drogen und mehr direkte Demokratie. International fordern sie mehr Handelskontrollen, nukleare Abrüstung und die Abschaffung bzw. Reformierung der Weltbank und NATO sowie nachhaltiges Wirtschaften, so etwa March, der hier generell feststellte,

„*dass Parteien links der Sozialdemokratie ihre reine Oppositionsrolle aufgegeben haben und sich längst für Koalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen öffnen. In Ländern, in denen die Linke allerdings an der Regierung beteiligt war, sank ihre Unterstützung bei den folgenden Wahlen rapide. Die Verluste waren besonders hoch in Ländern, in denen es alternative Protestparteien gab.*“ (March 2008b: 7)

Was March hier als Dilemma bezeichnet, ist aber eher trivial, da solche Parteien in den Koalitionen zwar versuchen die Regierungspolitik nach links zu verschieben; ihre Möglichkeiten sind (insbesondere international) dahingehend aber sehr begrenzt. Zudem stellen sie als kleinerer Koalitionspartner ohnehin nur sehr wenige Minister bestimmter Ressorts, deren Einfluss und wechselseitige

<sup>160</sup> Hier zeigt sich der fortwährende Kampf um Namen und Neugründungen. Nach einer Reihe von Spaltungen und neuen Allianzen der frühen Kommunisten ab 1973 gründete sich 1989 daraus die *Gauche Unitaire Européenne* (GUE) oder auf Englisch die *European Unitarian Left* und ab 1992 *European United Left*. Ab 1995 erweiterte sich diese Gruppe (u.a.) um skandinavische Parteien und nannte sich fortan *Nordic Green Left* (NGL). *The group was renamed the Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left, with GUE/NGL as the standard acronym*. Seither existiert sie als *group of 52 Members from 19 different political delegations and 14 Member States*, so ihre Eigendarstellung.

<sup>161</sup> „*We already work together closely with various regional party networks such as the Party of European Socialists (PES), the Group of Socialists and Democrats in the European Parliament, the Network of Social Democracy in Asia (SocDem Asia), the Central African Progressive Alliance (CAPA) and the Arab Social Democratic Forum (ASDF). We also maintain intensive and strategic relations with the International Union of Socialist Youth (IUSY)*“, so deren Selbstdarstellung.

<sup>162</sup> Dagegen werden mit dem Begriff der ‚*positiven Integration*‘ alle Maßnahmen bezeichnet, die zur Etablierung neuer Politikfelder und Institutionen auf der Ebene der EU führen, wie etwa zur Errichtung einer eigenständigen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie bewegen sich also in einem permanenten Spannungsfeld der Re- und Denationalisierung.

Popularität entsprechend marginal ist. Im Ergebnis nähern sich die diskursiven Positionen an und erzeugen wiederum erst das eigentliche Dilemma, dass ein mehr oder minder breiter Konsens der Parteien entsteht, den die Wähler aber offensichtlich verloren glauben und die Sozialdemokratie dafür beschuldigen, ihre Interessen (*die, der Wähler*) verraten zu haben. Die Kritik dreht sich also immer wieder im Kreis, wenn sowohl eine Restauration als auch Überwindung der Sozialdemokratie als erneuter Verrat gebrandmarkt wird. Eher besteht die Gefahr, die eigene Position damit radikal zu isolieren. Außerdem widersprechen die diversen Haltungen in kritischer Attitüde zudem äußerlich kaum der Politik der EU und ihrer Institutionen des *Social Europe*:

„In general, far left parties support ‚social‘ Europe‘ and pursue European cooperation in order to formate common policies and campaigning strategies that further labour, women´s and enviromental rights but oppose ‚political Europe‘, ‚military Europe‘ and ‚market Europe‘.“ (March 2008a: 12)

Friedrich Engels war sich bereits der Bedeutung und Kontroverse um den Freihandel versus Schutz-zöllen 1848 sehr wohl bewusst und tendierte unter bestimmten, interdependenten Voraussetzungen gemeinsamer sozialer Emanzipation zu einer Unterstützung des Freihandels: „*Mit einem Wort, das System der Handelsfreiheit beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinne, meine Herren, stimme ich für den Freihandel.*“ (MEW Band 4, S. 458) Tatsächlich existiert die Idee eines europäischen Gleichgewichts der Völker und Nationen seit dem Westfälischen Frieden von 1648 und kehrt seither regelmäßig immer wieder. Auf dem 2. Internationalen Friedenskongress in Paris hielt der Schriftsteller Victor Hugo am 21.8.1849 seine vielbeachtete Rede, in der er die Vereinigten Staaten von Europa ohne jegliche Form der Beschränkung prognostizierte, die sich als Terminus seither periodisch wiederholen, die aber dennoch sowohl innerhalb der Sozialisten und Kommunisten als auch bei Bürgerlichen und Industriellen umgehend unterschiedliche Assoziationen weckten. Fortan oszillieren sie alle zwischen Ablehnung und Befürwortung solch einer Allianz und ihrer negativen oder positiven marktlichen Ausgestaltung und deren Details.

Eine weitere Besonderheit der deutschen Linkspartei hielten Butzlaff und Micus hier fest, indem sie konstatierten, dass diese insbesondere in den alten Bundesländern auf der lokalen und regionalen Ebene Mitglieder sehr pluraler Gruppierungen links von SPD und Grünen zur Bündelung der jeweiligen Kräfte einlädt. Infolgedessen finden sich dort oftmals Anhänger der *Deutschen Kommunistischen Partei* sowie diverser lokaler antifaschistischer, antikapitalistischer, antimilitaristischer Anti-Gruppen und parteilose Linke. Dadurch bietet die Linkspartei dem Betrachter ein sehr schillerndes Bild, das jegliche Kohärenz geradezu behindert (Butzlaff und Micus 2015: 5). Gleichzeitig betonte die Linkspartei einst, dass sie im Hinblick auf ihre europäische Bündnispolitik vor allem mit den Grünen konkurriere. Der sei es einst gelungen, für die Europawahlen 2009 Sven Giegold (vormals Attac) und Barbara Lochbihler (vormals Generalsekretärin von Amnesty International Deutschland) als Kandidaten für das Europäische Parlament aufzustellen (Jannsen 2013: 27). Ob das freilich wahlentscheidend ist, kann offen bleiben und rückverweist an die innere Systemlogik von Parteien und deren hoher Scheinrationalität im politischen Alltag auf diversen Ebenen. Deutlich wird das jeweils an ihren sozialen Framings und Widersprüchen.

Die 1989 gegründete und nach eigener Zuschreibung pluralistische und basisdemokratische, leninistisch orientierte Einheitsliste (*Enhedslisten - De rød-grønne*) entstand zunächst nur als Wahlbündnis der stark zerstrittenen, teils zuvor aufgelösten Kleinst- und K-Gruppen und parteilosen Einzelpersonen der politischen Linken Dänemarks. Nach einer kurzen Übergangsphase voller gegenseitiger interner Vorbehalte gelang ihr letztlich die Parteigründung. Dennoch versteht sie sich bis heute eher als parlamentarischer Arm der sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen denn als Partei. Sie gilt ferner als dänische Schwesterpartei der deutschen Linkspartei; und ist anders als die deutsche LINKE dezidiert Gegner der EU und will diese durch ein neues System der sozialen, nachhaltigen und demokratischen Kooperation der Nationalstaaten ersetzen. Um das zu erreichen, arbeitet sie mit anderen europäischen Linksparteien und externen Experten zusammen und bekämpft den Nationalismus. Sie setzt sich allerdings für eine Renationalisierung der Gesetzgebungskompetenzen ein und fordert den Austritt Dänemarks aus der EU. Tatsächlich hält sich eine traditionelle Ablehnung gegenüber der EU in dem Land, das erst 1973 unter großen inländischen

Protesten der EG beitrug, wie in ganz Skandinavien.<sup>163</sup> Deren langfristiges Ziel lautet, dass der Sozialismus innerhalb des Kapitalismus nicht erreichbar ist und die EU jegliche Reformen auf diesem Weg behindert. Ein dezidiertes Programm zur Überwindung der EU hat sie dennoch bis heute nicht, vertritt aber eine ganze Reihe pragmatischer und ideologischer Positionen, die ambivalent bleiben und den üblichen Klischees solcher Gruppen entsprechen,<sup>164</sup> ergo: Arbeitnehmerfreizügigkeiten einerseits zu erhalten, ohne aber arbeitsrechtliche Standards andererseits zu verändern; die kapitalgetriebene Globalisierung müsse durch eine soziale Globalisierung ersetzt werden. Als typische Wähler und Anhänger gelten die 68er-Generation und junge Menschen der Subkulturen, weniger Arbeiter, die sich eher der Linken insgesamt ab- und der Rechten zuwenden. Der Einfluss der Partei auf die Gewerkschaften ist zudem verschwindend gering. Als deren Hochburg gilt Kopenhagen (Janssen 2013; Ehedslisten 2017; Johansen 2010; Birke 2003b).

Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks (*Socialistisk Folkeparti, SF*), die einst mit Gründung und Ablösung von der DKP 1959 als hoffnungsvolle Partei der Neuen Linken galt, stand umgehend im Spannungsfeld der Kommunisten und Sozialdemokraten (SD) und galt relativ schnell als ‚sozialdemokratisiert‘. Das zeigte sich hauptsächlich zum einen in der Frage der Spaltung und Konvergenz einer breiten Reformbewegung der Arbeiterbewegung, die sich gegen jegliche revolutionäre Politik wandte; und zum anderen in der frühen Anziehungskraft der SF gegenüber den enttäuschten respektive progressiven Anhängern der Kommunisten, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Zudem rüttelte die SF einst an den bisherigen Fronten und plädierte seinerzeit für einen Dritten Weg einer konsequenten Politik der souveränen Neutralität und Unabhängigkeit von den Parteien des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts, woraufhin sich die dänischen Kommunisten scharf von der SF abgrenzten und damit selbst isolierten. Die Sozialdemokratie war allerdings nie ernsthaft von links bedroht. Der Wahlsieg der SF 1961 (6,1 %) veränderte allerdings diese Ausgangslage nicht zuletzt im Parlament und zog auch vermehrt Gewerkschaftler an (Schmiederer 1969: 51 ff.). Hier gab es fortan starke Gemeinsamkeiten zwischen Sozialdemokraten, Arbeitern, Gewerkschaften und der SF, so dass auch hier für die Wähler oft nicht mehr trennscharf war, was originär der SF oder der SD zuzuschreiben war. Dennoch waren fortan weder Teile der Arbeiter und Gewerkschaften, der Sozialdemokraten und der SF radikalisiert worden, noch sind all diese je weiter nach links gerückt. Eher war die SF rückblickend in einigen Punkten ihrer Politik öfter zu umstrittenen Kompromissen bereit, was erst viel später als (desaströse) *Blockkonfrontation (oder Blockpolitik)*<sup>165</sup> bezeichnet wurde. Frühe Wähleranalysen zeigten bereits, dass ihre Anhänger über ein vergleichsweise hohes Einkommen verfügten und aus urbanen Räumen stammten; was die These früher Akademisierung und Professionalisierung des linken Milieus (*Max Weber, Robert Michels*) auch dort bestätigte

---

<sup>163</sup> Schweden trat erst 1995 der EU und, wie auch Dänemark 2001, dem Schengenraum bei. Das Land ist wie auch Dänemark nicht Mitglied der EWWU, des gemeinsamen Europäischen Währungs- und Wirtschaftsraums. Schweden ist ferner nicht Mitglied der NATO, wohl aber Dänemark und Norwegen, das wiederum weder Mitglied der EU noch der EWWU ist.

<sup>164</sup> *Changing the world by do not doing anything*, so der häufige Vorwurf innerhalb der progressiven Linken.

<sup>165</sup> 2011 bildeten sich rechts und links (blau und rot, so deren typische Farben) zwei nahezu gleichstarke Blöcke der Parteien, die aus wahltaktischen Gründen ihre Mehrheiten suchten und vorab eng kooperierten. Nicht die einzelnen Stimmen der Parteien sollten mehr entscheidend sein, sondern jene des jeweiligen Blocks. Dennoch gewann der rote Block und damit die Linke trotz seines Vorsprungs von zwei Sitzen nicht die Wahl, da die Venstre im blauen Block stärkste Partei vor den Sozialdemokraten blieb. Gestärkt wurden letztlich temporär die Ränder rechts und links, geschwächt wurde die Sozialdemokratie, die fortan ihre Integrationsfähigkeit nach links offenbaren musste, was ihr nicht gelang und die Linke damit destabilisierte. Peter Birke sprach dennoch bereits 2003 von solcher kritischen *Blockpolitik*.

(Schmiederer 1969: 63): Nicht das abgehängte Proletariat und Prekariat, sondern in der Regel Hochqualifizierte und sozioökonomisch Etablierte wählen bis heute tendenziell eher links oder grün. Nach einem weiteren Erfolg bei den Parlamentswahlen 1966 und einem Stimmenzuwachs von neun auf 20 von 175 Sitzen (10,9 %) beschloss die SF eine sozialdemokratische Regierung ohne Ministerämter für die SF zu tolerieren. Als sie dann 1967 einen staatlichen Eingriff gegen vermeintliche Rechte der Arbeiter<sup>166</sup> unterstützte, führte das zum Aufruhr und letztlich der Spaltung der SF, die sich ohnehin schon mit massiven internen Konflikten rechter und linker Flügel konfrontiert sah (Schmiederer 1969: 164 ff.). Ein Großteil der Funktionäre trat empört aus, um am 17. Dezember 1967 die *Venstresocialisterne*, VS (*Linkssozialisten*) zu gründen, die in den Parlamentswahlen 1968 vier Sitze (2,0 %) erhielt, während die Zahl der SF auf 11 Sitze zurückging (6,1 %). Im Folketing war die VS von 1968 bis `71 und 1975 bis `90 vertreten, hat sich aber spätestens 1998 mit der *Enhedslisten* mehr oder minder vereinigt, existiert aber dennoch weiter als äußerst marginale Gruppe fort (Skou 2011: 696). Seither dominieren sehr volatile Entwicklungen der Gewinne und Verluste der Stimmen im Spiegel der politischen und zeitgeschichtlichen Eindrücke der 1970/80er und `90er-Jahre, die sich auch jeweils in der gegenseitigen Annäherung und Abgrenzung gegenüber der Sozialdemokratie zeigten. 1999 kritisierten bspw. Stimmen innerhalb der SF um Christine Antorini, die später zur SD wechselte, die permanente Weigerung der Linken, sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen und forderten, eine höhere Eigenverantwortung und Konkurrenz innerhalb der Gesellschaft anzuerkennen (Birke 2003b: 15). Weiteren Einfluss hatte ferner das Ergebnis der späteren Mitte-Links-Koalition der links-/sozialliberalen Regierung Helle Thorning-Schmidt (2011 - 2014) aus Sozialdemokratie, Radikale Venstre und Sozialistischer Volkspartei, in der die SF kurz aufgewertet wurde, da sie erstmals in ihrer Geschichte - wenn auch nur kurz - Regierungsfähigkeit im nationalen Parlament bewies. Dennoch verließ die SF diese Regierung 2014 aufgrund massiver interner Konflikte um eine Teilprivatisierung des staatlichen Energiekonzerns *Dong Energy* und Verkaufs an Goldman Sachs. Sie trug aber innerhalb der Lokal- und Regionalparlamente und in Bürgermeisterämtern bereits früh und regelmäßig Privatisierungen mit, die ihrer offiziellen Parteilinie widersprachen (Birke 2003b: 18). Für Verwirrung sorgte ferner, dass sich SF seit den frühen 2000er-Jahren zusätzlich im Europäischen Parlament mit den grünen Parteien und im nordischen Zusammenhang mit den rot-grünen Parteien verbunden fühlt, während die *Enhedslisten* den Zusatz zwar im Namen trägt, sich aber eindeutig der radikalen Linken zuordnet und mit der grünen Ökologiebewegung kaum Berührungspunkte hat. So ist die SF mit der Linkssozialistischen Fraktion im Nordischen Rat und der Nordischen Grünlinken Allianz (NGLA) assoziiert. Die Partei hat zudem einen Beobachterstatus bei den Europäischen Grünen und hat 2004 die GUE/NGL-Fraktion im Europaparlament verlassen zur Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA). Die Partei erklärte, sie wolle nicht länger einer Gruppe kommunistischer, linksradikaler Parteien angehören. Andererseits war sie 1991 aktives Gründungsmitglied des Neuen Europäischen Linken Forums (NELF), aus dem 2003 die Europäische Linke (EL) hervorging. Seitdem die SF ihre wahlpolitische Strategie derart geändert hat, ist sie auch kaum noch an den Aktivitäten des Sozialforums und den dahinterstehenden Bewegungen beteiligt. Allerdings waren einige ihrer Mitglieder bei den alternativen klimapolitischen Veranstaltungen während des Kopenhagener Klimagipfels im Dezember 2009 aktiv, ohne dass die SF eine originär grüne Partei ist. Sie wurde oft mit dem linken Flügel der deutschen Grünen verglichen, die dennoch eher zu Positionen der ehemaligen PDS tendiert, mit der sie früh kooperierte. Mit der deutschen Linkspartei ist sie dagegen nicht mehr verbunden. Dennoch war die Ökologiebewegung seit den 1970ern in der dänischen Linken zwar stets prominent vertreten, wenn auch als eigenständige Partei bisher wenig erfolgreich. Die grüne *Alternativet* wurde erst 2013 durch Uffe Elbæk, der vormals der *Radikale Venstre* angehörte, gegründet, trat 2015 erstmals zur Wahl an und erzielte 4,8 % und 9 Sitze. Deren politischer Erfolg kann bisher kaum beurteilt werden. Ein Bruch mit dem

---

<sup>166</sup> Die Regierung stornierte einen Lebenshaltungskostenzuschuss.

Kapitalismus ist längst nicht mehr Strategie der SF. In einem Artikel der Tageszeitung *Politiken* erklärte der einstige Parteivorsitzende Villy Søvndal 2010, der Weg, moderne und komplexe Gesellschaften zu verändern, sei der der schrittweisen Reform, es seien nicht die Wege, die die Stabilität völlig zerstören<sup>167</sup> (Johansen 2010: 264). Die Partei hat sich seit Anfang der 90er-Jahre aus einer EU-kritischen Position hin zu einer Pro-EU-Haltung bewegt, was eine kritische Haltung gegenüber der EU-Politik für sie nicht ausschließt, wie z. B. die Anerkennung der Marktwirtschaft als Basis der Gesellschaft, die dennoch eine größere wirtschaftliche Umverteilung benötige. Sie hat den EU-Lissabon-Vertrag offiziell vollständig unterstützt. Dissens gibt es lediglich bezüglich der Ausformung solch einer Marktwirtschaft der EU, wie etwa jener Opposition gegen die Einführung des Euro bzw. der EWWU in Dänemark - einer der traditionellen dänischen Vorbehalte am Maastrichter Vertrag. Des Öfteren wurde in dänischen Medien und in Korrespondenz zur *Dänischen Volkspartei* die Rechtswende in der Innen- und Realpolitik der SF thematisiert, die sie selbst stets mit dem Hinweis auf notwendige Kompromisse zurückweist (Johansen 2010: 266). Sie kann daher als Musterbeispiel der *frequent traveller* gelten, die quasi laufend auf der Sinnsuche nach Koalitionen und dauerhaften sowie neuen Erfolgen der eigenen Identität sind, die sie ohne weiteres nach allen Seiten anschlussfähig hält und dennoch ihre linke Orientierung aufrechterhält, aber langfristig Anteile verliert.

Die 1905 als pazifistische Abspaltung der Venstre gegründete *Radikale Venstre* (RV) ist seit 1976 Teil der *Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa* (ALDE) - in der auch die deutsche FDP organisiert ist - und wird häufig aus Sicht der deutschen Linken als neoliberal bezeichnet. Die Venstre wiederum ist seit 1992 ebenfalls Mitglied der ALDE. Sie sind also beide in derselben Fraktion im Europäischen Parlament vertreten. Die pro-europäische *Radikale Venstre* führt den Namenszusatz *Danmarks social-liberale parti* oder wird in ihrer Kurzform nur als ‚*Radikale*‘, im internationalen Kontext aber als *Sozialliberale*, bezeichnet, die sich ebenfalls den Grünen punktuell angenähert hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg plädierte sie ebenfalls für eine hohe Neutralität Dänemarks, unterstützt aber bis heute dezidiert die EU und UNO. Sie war bereits früh zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit. Bereits von 1909 bis 1910 konnte die RV den Regierungschef stellen und erneut von 1913 bis 1920. Seither haben sich unterschiedliche Koalitionen ergeben, in der die RV mit unterschiedlicher Intensität vertreten war oder zur Opposition gehörte. Mitte der 1960er-Jahre wandte sie sich stärker dem bürgerlichen Lager zu, was zu einer Mehrheitsregierung mit Rechtsliberalen und Konservativen führte. Anschließend stützte die RV sowohl den konservativen Ministerpräsidenten Poul Schlüter (1982 – 93) als auch den Sozialdemokraten Poul Nyrup Rasmussen (1993 – 2001). In den folgenden zehn Jahren der bürgerlichen Venstre-Kabinette von Anders Fogh Rasmussen und Lars Løkke Rasmussen hatte die RV zunehmend die starre Blockpolitik kritisiert, da sie keinen Einfluss mehr auf die Regierungsbildung nehmen konnte. 2005 erzielte sie wiederum ihr bestes Ergebnis seit über 30 Jahren und verdoppelte ihre Mandate nahezu von 9 auf 17 Sitze (Skou 2011: 557 ff; 727 ff.). Dennoch ließ sich ihr Zuwachs an Mandaten nicht in konkreten Einfluss umwandeln. Ein Richtungsstreit entbrannte, infolgedessen sich am 7. Mai 2007 ein Teil des rechten Parteiflügels abspaltete. Naser Khader und Anders Samuelsen gründeten daraufhin die *Ny Alliance* (ab 2008: *Liberal Alliance*), die gegenwärtig mit 13 Abgeordneten im Folketing vertreten ist. Im Ergebnis zeigt sich auch hier eine hohe Dynamik, die sich aber im Gegensatz zur SF trotz ihrer linken Wurzeln von der Sozialdemokratie und der klassischen Linken längst distanziert hat, statt sich dieser anzunähern. Diese Annäherung fand die RV relativ früh im sozialliberalen Spektrum, während sich die Venstre schon relativ schnell verbürgerlichte. Das deutsche Attribut der Linken passt nicht so recht zur dänischen Gruppe, die den Begriff in Namen führt.

Die Äußerungen der deutschen Linkspartei zur EU bleiben hier ebenfalls reichlich diffus. So schrieb Thilo Jannsen, dass die Europäische Union für die Linkspartei zwar eine „*unverzichtbare*

---

<sup>167</sup> Die dänische Tageszeitung *Politiken* brachte am 5. Januar 2010 eine Reportage von Villy Søvndal: *Vejen til enregering med SF* (Der Weg zu einer neuen Regierung mit der SF).

*politische Handlungsebene*“ sei; aber gleichzeitig positioniert sie sich ablehnend zur derzeitigen politischen Verfasstheit der EU, jedoch grundsätzlich positiv zur fortschreitenden europäischen Integration und zur EU als Ebene der politischen Gestaltung. Sie forderte 2007 „*zudem ein System der Gewaltenteilung in einem föderalen, subsidiär organisierten europäischen Regierungssystem*“ (Jannsen 2013: 25). Die aktuellen Äußerungen auf der Homepage der Partei deuten eher auf parteiinterne Strömungen und deren Spannungen hin, keine Position auszugrenzen um – wie auch im Programm deutlich wird – für möglichst viele anschlussfähig zu sein: „*Wir kämpfen zusammen mit Allen, die einen Neustart der Europäischen Union wollen - demokratisch, sozial, ökologisch, friedlich*“ (Die Linke 2017a). Ihre weiteren Formulierungen und jeweiligen Änderungsanträge der Parteitage über ein ‚*Europa der Menschen statt der Banken und Konzerne*‘, so gängige Abfassungen, bleiben regelmäßig in den internen Faktionskämpfen stecken, ohne inhaltlich je viel zu bewegen. Die *Antikapitalistische Linke* (als eine von vielen internen Strömungen) etwa meint, unter kapitalistischen Bedingungen sei ein Neustart der EU illusorisch, und man strebe stattdessen ein solidarisches, sozialistisches und demokratisches Europa von unten an. Dem gegenüber steht ein weiteres innerparteiliches Lager,

*„das die ‚EU als politisches Kampffeld für sozialen Fortschritt und internationale Solidarität nutzen‘ will und ‚mit konkreten Initiativen für ein soziales Europa‘ punkten will. Ein entsprechender Parteitageantrag wurde unter anderem vom Forum demokratischer Sozialismus, ostdeutschen Landesverbänden und Europapolitikern unterstützt. Es gebe eben nicht nur das Europa der Banken und Konzerne, sondern ‚noch eine andere Seite der EU‘ - und diese wird in Zeiten der Brexit-Debatte immer mehr Menschen bewusst: Man kann auch Errungenschaften der EU verlieren. In dem Antrag wird unter anderem auf die Charta der Grundrechte, die Personenfreizügigkeit und EU-Richtlinien etwa zum Gesundheitsschutz verwiesen“*, so der Journalist Tom Strohschneider vom Hannoveraner Parteitag der Linkspartei 2017 (Strohschneider 2017; Markierungen im Original).

Ähnlich äußert sich dort die Strömung der *Emanzipatorischen Linken*, die sich gegen ein ‚*Zurück zum Nationalstaat*‘ und zu einer ‚*nationalen Währungssouveränität*‘ positioniert; womit das Thema des Euro als Gemeinschaftswährung und zweiter Grundkonflikt innerhalb der Linkspartei benannt ist. Hier schließt die Partei, wie so häufig in der Vergangenheit und ihren kontroversen Debatten, zur gegenwärtigen Währungsunion an. So wird in der Linkspartei unter anderem (ähnlich wie in der AfD; UL) auch die Position vertreten,

*„ein Ausstieg aus dem Euro könne in eine progressive Richtung gewendet werden. Auch deshalb beantragt die Antikapitalistische Linke, daran zu erinnern, dass die PDS ‚die Einführung des Euro abgelehnt‘ habe. Die Entwicklung seither zeige (...), ‚wie richtig diese Haltung war‘.“*<sup>168</sup> (Strohschneider 2017)

Hier hält sich das Klischee, Deutschland gehe es ohne Gemeinschaftswährung und mit einer nationalen Einzelwährung besser (Habermas 2013; Offe 2016; Altwater 2013). Die innerparteilichen Diskussionen darüber bleiben aber stets in recht geheimnisvollen und ideologischen Halbsätzen stecken. So fordert die Antikapitalistische Linke etwa, dass „*die Linkspartei ‚das Recht von Euro-Mitgliedsstaaten‘ verteidigen solle, aus dem Euro auszusteigen; allerdings nur, wenn das ‚im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung sein‘ könne, wenn solch ein Exit ‚mit sozialistischer Politik verbunden ist‘.“* (Strohschneider 2017) Hier zeigt sich erneut das eingangs benannte *Gefangenendilemma* nahezu der gesamten Linken, zu meinen, dass eine so bezeichnete Mehrheit auch tatsächlich eine solche als homogene Masse abbildet und zu absolut homogenen, statischen Entscheidungen tendiert. Ein weiteres Lager der Linkspartei auf ihrem Parteitag 2017 spricht sich daher für eine visionäre *Republik Europa* aus, da die innere Kohärenz der EU fehle, die derzeit nicht mehr als Verbund

---

<sup>168</sup> Banken und Finanzmärkte rechnen bereits seit 1999 in Euro. Die Bargeld-Einführung am 1. Januar 2002 vollendete nur die Wirtschafts- und Währungsunion, die die EU-Mitgliedsländer im Maastrichter-Vertrag 1992 vereinbart haben.

von Nationalstaaten ist. Die Krise der EU sei nämlich gar keine rein ökonomische, sondern auch eine politische Krise fehlender Legitimation. Als Ziele auf diesem Weg werden unter anderem die Wahlrechtsgleichheit, direkte Beteiligung, Einbindung der Regionen über eine zweite Kammer und das Verbot der finanziellen Einflussnahme auf politische Entscheidungen genannt (Strohschneider 2017). Wobei dann umgehend wieder das systemtheoretische Dilemma der Aus- und Eingrenzung bestünde, und zur Frage führt, wie sich die Neuerung zum bestehenden unterscheidet.

## Fazit

Die Fragestellung dieser Arbeit lautet, warum die politische Linke ihre selbst definierten Ziele und Erfolge in Form dauerhafter Anhänger und Wählerstimmen nicht erreicht und sie darüber hinaus kaum Mobilisierungspotential besitzt, um einer besseren Gesellschaft näherzukommen. Daher wurde versucht zu zeigen, dass die politische Linke in einem permanenten Spannungsfeld deliberativer Demokratie steht, genau das zu befürworten und selbst erst auszulösen, was sie ansonsten ablehnt und umgekehrt.

Den Kern bildete dabei die Frage nach der sozialen Ungleichheit, die (auch) die Linke offensichtlich nicht hinreichend auflösen oder zumindest einschränken kann, wie sie sich in ihrer Programmatik erhofft. Sie scheitert zum einen bereits daran, dass sie die entstehenden Konflikte fortwährend in die Deliberation zurückverlagert, anstatt, dass sie tatsächlich gelöst wären oder selbst konkrete Lösungen hätte, die nicht nur aus Verlagerungen bestehen. Sie scheitert des Weiteren an dem Versuch absoluter Antizipation ihrer normativen Annahmen und Wirkungen, und zum anderen an der hohen Komplexität sozialer Differenzierung, in der die intendierten Wirkungen mitunter realisierter Ideen regelmäßig unterschiedliche, teils widersprüchliche Auswirkungen zeigen, die erneut Konflikte auslösen. Das zeigt sich hier zwar weniger als spezifisches Problem einer einzelnen Partei, sondern als grundsätzliches Problem aller Parteien und Akteure jedweder Ausrichtung. Die Linke, die sich selbst sogar als Konglomerat diverser („pluraler“) Strömungen versteht und genau das nach innen teils fordert und unterstützt, teils aber auch deren Spaltungen kritisiert, exponiert sich aber mit ihrer an absoluter Gewissheit grenzenden gesellschaftlichen Kritik, bestimmte Schritte umsetzen zu wollen und deren konkrete Folgen und Ursachen vorab zu kennen und beheben zu wollen. Dadurch wird deren Kritik aber auch gleichzeitig sehr diffus und beliebig, die sich dann vom eigentlichen Bezugspunkt löst und in einer Generalkritik verliert. Allein auf das Problem doppelter Kontingenz und vermachteter Strukturen als hinreichende Erklärung zu verweisen, erklärt aber noch lange nicht notwendig die Schwäche der politischen Linken, die zudem von strukturellen, sozioökonomischen und politischen Erklärungen begleitet wird. Die durch sie benannten Probleme werden daher fast unlösbar, weil sie diese hohe Dynamik überhaupt nicht berücksichtigen, sondern sie diese umgekehrt vereinfachen wollen.

Anhand der doppelten Kritik des Neoliberalismus wurde daher skizziert, warum es der Linken nicht gelingt, ihre stets proklamierten Alternativen zum Neoliberalismus oder Kapitalismus herstellen oder anleiten zu können. Denn die apostrophierte Lösung findet sich so innerhalb (nicht: außerhalb) der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme wie der Ökonomie oder dem Recht und der Politik (usw.), an deren jeweiliger Peripherie und in deren Zusammenwirken, die sich aber alle jeweils einer externen Steuerung aus sich selbst heraus völlig entziehen und ihre Folgen erst dynamisch daraus entwickeln.

Daraus resultieren zum Teil problematische Lösungsansätze, die weder ihren hohen, dahinstehenden, moralischen und politischen Ansprüchen noch dem Gegenstand selbst gerecht werden können, wie im weiteren Verlauf gezeigt wurde. Das zeigt sich umso mehr, wenn historische Tatsachen vertauscht und verklärt oder mit der Gegenwart gleichgesetzt werden. Oftmals stehen solche Bezüge sogar außerhalb ihrer semipolitischen Analyse oder sind sogar völlig unbekannt, die aber genau umgekehrt darin hätten integriert werden müssen, anstatt sie mit normativen und moralischen Wertungen zu überziehen.

Politischen Parteien daher eine omnipotente Problemlösungskompetenz zuzuschreiben und sie als Avantgarde oder Repräsentant einer bestimmten Gesellschaftsschicht oder spezifischen Gruppe zu betrachten, geht daher in die Irre, da sie vielmehr Teil dessen sind und damit erneut vor dem Problem politischer Deliberation stehen. Sie können also selbst keine externe und finale Lösung erarbeiten, die nicht wieder Teil der ursprünglich endogenen Probleme ist und kaum einen Bezugspunkt zur exogenen Umwelt aufweist. Selbst wenn sie Teil ihrer (durch sie selbst kritisierten) Umwelt sind, stehen sie vor den doppelten Herausforderungen der Transformation und der Sandwich-Position ihrer Rollenbezüge innerhalb sozioökonomischer Teilsysteme und drehen sich geradezu auf dem blinden Fleck im Kreis. Damit ist weniger das herkömmliche Argument bestimmter Sachzwangslogiken gemeint, die nicht aufhebbar wären – denn sie sind es sehr wohl – als vielmehr der soziale Konflikt, der aus eben dieser Auseinandersetzung folgt.

Anders formuliert werden Akteure erst reziprok vergesellschaftet über Systeme und Normen, die sie selbst fortwährend schaffen oder verwerfen. Damit entsteht aber das nahezu unlösbare Dilemma, dass Akteure unabhängig vom jeweiligen Lager und der Position als Mehrheit oder Minderheit zwar sprechen und handeln könnten; ihr soziales Handeln entspricht dann aber mitunter nicht den anerkannten Regeln des Diskurses und sie erstellen zwangsläufig eine Gegenöffentlichkeit, die sich am Markt der Meinungen beweisen oder dort implodieren muss. Daher wurde hier die extrem hohe Ambivalenz und Dynamik des gesamten Diskurses erläutert.

Hier wird allerdings schon der Grundkonflikt des Abstraktums der Demokratie deutlich, die fortwährend auf die Konkretisierung der individuellen und sehr kleinteiligen Lebenswelten der Individuen trifft. Die Diskussionen um singuläre Lösungen bewegen sich in ganz Europa seit jeher in einem hoch volatilen Rahmen variabler Referenzgrößen und ihrer konkurrierenden Interpretationen, die sich fast täglich im Spiegel medialer Eindrücke umso schneller ändern können.

Das eigentlich Entscheidende aber ist, wie die Legitimation sozioökonomischer Prozesse hergestellt wird. Und die zeigt sich als relativ stabil in dem Sinne, dass Minderheiten kaum Gehör finden, solange sie originär in der Unterzahl gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und der jeweiligen Norm des Teilsystems sind, die allerdings selbst keinen homogenen Block bilden und in viele sich überlagernde und konkurrierende Einzelgruppen und ihrer jeweiligen Peripherie zerfallen.

Dass all jene Minoritäten tatsächlich zur respektablen Mehrheit werden, hängt zum einen von dieser selbst ab, inwiefern diese Minoritätsbelange die breite und legale wie legitime Mehrheit berühren oder nicht, respektive ob und wie sie integriert werden (wollen) oder nicht; ob also deren Meinung zum Common Sense wird oder nicht. Anders formuliert dürfen etwa ethnische, politische, kulturelle, soziale und sexuelle Minderheiten ohne Weiteres in nahezu jeglicher Form partizipieren, aber nur in ihrer legalen Abstraktion und legitimierten Eigenschaft und Rolle als Staatsbürger, nicht aber in ihrer beanspruchten persönlichen Meinung und Betroffenheit ihrer jeweiligen sozialen Nische.

Das Verharren in jener souveränen oder radikalen Minderheit entspricht aber eher dem intellektuellen Prinzip und Dilemma des (Neo-)Liberalismus als des Sozialismus, der ohnehin eine reichlich diffuse Vokabel bleibt und sich einer zuverlässigen Definition vollends entzieht. Das zeigt sich allzu deutlich an dem aussichtslosen Versuch, das Attribut links als politisch-soziale Zuschreibung zu definieren. Ganz schlicht formuliert eröffnet so jede Form der Rationalität unabhängig von jedem Lager seine eigene Form der Gegenrationalität und erzeugt eine endlose Kette an Begründungen von Abwehr und Verteidigung, die per gemeinsamen Diskurs und seinen Regeln zwar geordnet, aber nicht zwingend gelöst werden (sollen und können).

Mit nur einem Satz gesagt, besteht das Fazit dieser Arbeit schlicht darin, dass die hohe ökonomische und moralische Rationalität politischer Begriffe, ihrer Ideologien und Praxeologien denen selbst zum Verhängnis geworden ist, die sich umso mehr darauf berufen. Je mehr die These rationaler oder ökonomischer Vernunft in Anschlag gebracht wird, umso mehr vereinnahmt sie den Protagonisten selbst, wendet sich gegen ihn und eröffnet Raum für Interpretationen. Sie verhindert damit geradezu, dem Neoliberalismus entgegen zu wollen.

Die Linke wird so allerdings selbst im Kern neoliberal motiviert und ist solchen Axiomen doppelt ausgeliefert, da sie selbst stets einen unsichtbaren markt- und sinnadäquaten, überindividuellen Nutzen und Ertrag staatlicher Investitionen und Transaktionen unterstellt. Das Vokabular der unterschiedlichen politischen Gruppen lautet oft sogar wortgleich, etwa wenn von ‚*Generationsgerechtigkeit*‘ oder ‚*Verschwendung*‘ die Rede ist. Einzig die Interpretationen unterscheiden sich graduell.

Diese Übereinstimmungen müssen aber nicht unbedingt mit der sozioökonomischen Realität übereinstimmen, da persönliche Beobachtungen stets subjektiv überformt und in Bezug auf die Komplexität des politischen, aber auch ökonomischen Systems unangemessen sind. Sie zeigen sich analog in der Diskussion um die Evidenz oder Erosion des vielzitierten sozialdemokratischen Jahrhunderts.

Daraus resultiert aber auch, dass all jene sozial-geografischen und politisch-moralischen Verortungen nach Mitte, Unten, Oben, Rechts und Links, Auf- und Abstieg und der vertikalen wie horizontalen Gliederung der Gesellschaft, wie auch der Suche nach Schuldigen, stets problematisch sind. Ihnen allen gemeinsam ist, dass sie regelmäßig normativ versuchen, eine wissenschaftliche (Re-)Produktion normativer Ordnungsvorstellungen des Sozialen zu erreichen, die insbesondere aus soziologischer Sicht nahezu unmöglich ist.

Problematisch ist solch eine Zuschreibung schon deshalb, weil sich ohnehin die meisten Akteure irgendwo in der mehr als diffusen Mitte verorten, der schon untereinander kaum eine Kohärenz gelingt. Diese Teilgruppen fühlen sich dort dennoch permanent bedroht, ohne konkret benennen zu können, durch was genau.

Hauptsächlich dreht sich dieser Konflikt um den verloren geglaubten wohlfahrtsstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Konsens, der eigentlich eher ein Wertestreit um den richtigen und falschen Konsens im Sinne der Akteure ist und der sich in eben der geforderten Pluralität manifestiert wie verfängt. Positivistische Debatten um Armut, Reichtum und Ungleichheit verhaken sich so regelmäßig untereinander, ohne inhaltlich tatsächlich viel erklären zu können. Vielmehr werden die skandalisierten Effekte und ihre vermeintlichen Lösungen nur an schwer erreichbare Sphären verlagert oder gleichsam per Narrativ mystifiziert, sodass sie völlig aussagelos werden und damit genau das Gegenteil ihrer beanspruchten Rationalität auslösen.

Dieser Widerspruch zeigt sich exemplarisch am Beispiel Dänemarks: Hier zeigen sich Effekte und Stereotype, die letztlich nicht mit der sozioökonomischen und politischen Realität übereinstimmen und eher Klischees repräsentieren. Dazu gehören die Thesen vom starken und nahezu kostenlosen wie generösen Sozialstaat und hoher sozialer Homogenität (etc. pp.), die als Errungenschaften einer starken Sozialdemokratie in Union mit den Gewerkschaften gelten, die jedoch eher als politischer und historischer wie umkämpfter Kompromiss im Rahmen vieler verschiedener Diskurse unter Federführung bürgerlicher Kräfte und exogener Einflüsse entstanden sind. Sie entstanden eben daher nicht aufgrund zugeschriebener Klischees von innen heraus. Zudem lässt sich Dänemark eben nicht mit dem Blick tradierter deutscher Perspektiven der Industrialisierung erklären. Dazu sind die jeweiligen Volkswirtschaften und die politische Geschichte beider Länder viel zu unterschiedlich, um hier Gleichlautendes zu überführen in eine annähernd gemeinsame Perspektive.

Schlussendlich dreht sich die Analyse der politischen Linken und ihrer Konflikte im Kreis, da sie stets nur beschreibt, was ohnehin unstrittig ist: dass es sich um eine Vielzahl nebeneinander existierender Milieus und Phänomene handelt, die kaum eine Art der Kohäsion zulassen und die Spaltung umso mehr vorantreiben, je mehr man sie überwinden will. Oder in Kurzform: Kohäsion erzeugt Spaltung.

## Literaturverzeichnis

### Literaturverzeichnis

- AidA (2018): Impressum | AidA. Interessengemeinschaft Arbeitnehmer in der AfD (n.e.V.). <https://www.facebook.com/aidabund>. Online verfügbar unter <http://aidabund.de/impressum/>, zuletzt geprüft am 11.06.2018.
- Allmendinger, Jutta. (2016): Mehr Bildung, größere Gleichheit. Bildung ist mehr als die Magd der Wirtschaft. In: Steffen Mau und M. Nadine Schöneck (Hg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700), S. 74–82.
- Altvater, Elmar (2010): Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise. Hamburg: VSA-Verl. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/zbw/607376015.pdf>.
- Altvater, Elmar (2013): Der politische Euro. Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (5), S. 71–79.
- Anter, Andreas (2004): Die normative Kraft des Faktischen. Das Staatsverständnis Georg Jellineks. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Staatsverständnisse, 6).
- Apolte, Thomas (2010): Das Medianwählertheorem - Eine kritische Betrachtung in Theorie und Praxis. Hg. v. Westfälische Wilhelms-Universität Münster. Institut für Ökonomische Bildung (Seminar zu speziellen Problemen der Wirtschafts- und Finanzpolitik.), zuletzt geprüft am 07.04.2017.
- Arendt, Hannah (1964): Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen. Von der Autorin durchges. und erg. dt. Ausg., 11. - 16. Tsd. München: Piper (Piper paperback).
- Arendt, Hannah (2016): Zwischen Vergangenheit und Zukunft. 4. Auflage. München: Piper (Übungen im politischen Denken, 1).
- Axelrod, Robert (2000): Die Evolution der Kooperation. Studienausg., 5. Aufl. München: Oldenbourg (Scientia nova).
- Ayaß, Wolfgang (2010): Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Sozialversicherung bis zur Jahrhundertwende. In: Ulrich Becker und Ulrike Haerendel (Hg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Unter Mitarbeit von Gerhard A. Ritter. Bonn: Dietz (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 87), S. 17–43.
- Barr, Nicholas A. (1993): The economics of the welfare state. 2. ed. London: Weidenfeld and Nicolson.
- Barthelheimer, Peter (2015): Berichterstattung als Erzählung? Werkstattgespräch. SOEB. SOFI. Berlin, 07.12.2015, zuletzt geprüft am 26.04.2016.
- Beck, Ulrich (2016): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. 23. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1365 = N.F., 365).
- Becker, Ulrich; Haerendel, Ulrike (Hg.) (2010): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Unter Mitarbeit von Gerhard A. Ritter. Wissenschaftliches Festkolloquium zum 80. Geburtstag von Gerhard A. Ritter. Bonn: Dietz (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 87). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-8012-4198-8>.
- Behörden Spiegel (2017): Lang geplante Agenda: Dänemark spart durch Digitalisierung jährlich 300 Mio. Euro / Vertrauen durch Digitalisierung. ICT Solutions AG Trier - [www.ict.ag](http://www.ict.ag). Online verfügbar unter <http://www.behoerden-spiegel.de/icc/Internet/sub/d46/d4601fbc-c21f-b510-02ab-0c205d1cbf29,,,aaaaaaaa-aaaa-aaaa-bbbb-0000000000003&uMen=1f75009d-e07d-f011-4e64-494f59a5fb42.htm>, zuletzt aktualisiert am 10.05.2017, zuletzt geprüft am 16.05.2017.

Behringer, Jan; Theobald, Thomas; van Treeck, Till (2016): Ungleichheit und makro-ökonomische Instabilität. Eine Bestandsaufnahme. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (Gute Gesellschaft - Soziale Demokratie #2017 plus).

Bell, Daniel (1960): *The end of ideology; On the exhaustion of political ideas in the fifties*. Glencoe, Ill.: Free Press.

Bellmann, Lutz; Bossler, Mario; Dütsch, Matthias; Gerner, Hans-Dieter; Ohlert, Clemens (2016): Folgen des Mindestlohns in Deutschland: Betriebe reagieren nur selten mit Entlassungen. In: *iab*, zuletzt geprüft am 27.08.2016.

Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (2016): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Unter Mitarbeit von Monika Plessner. 26. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag (Fischer, 6623).

Berry (2016): Viele homophobe Menschen sind selbst homosexuell, sagt neue Studie. Hg. v. Hollywood Tramp. Online verfügbar unter <http://www.hollywoodtramp.de/studie-wie-viele-homosexualitaet-steckt-in-homophobie/>, zuletzt geprüft am 11.05.2017.

Bescherer, Peter (2009): Die 'Überzähligen' - Ausschluss aus dem Erwerbssystem, räumliche und soziale Ausgrenzung. Zur Einführung. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009), S. 81–83.

Bille, Lars (1999): *The Danish Social Democratic Party*. In: Robert Ladrech und Philippe Marlière (Hg.): *Social Democratic Parties in the European Union. History, Organization, Policies*. s.l.: Palgrave Macmillan, S. 43–55, zuletzt geprüft am 12.12.2016.

Birke, Peter (2003a): »Wir sind die Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts«. Rechtsparteien in Dänemark. In: *UTOPIE kreativ* (156), S. 885–898, zuletzt geprüft am 31.01.2017.

Birke, Peter (2003b): Skizze zu Geschichte, Programmatik und aktueller Politik der linkssozialistischen Parteien in Dänemark: Socialistisk Folkeparti und Enhedslisten. Hg. v. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin (Textreihe des Bereichs Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung), zuletzt geprüft am 25.06.2016.

Birke, Peter (2008): Die „soziale Gewerkschaftsbewegung“ – Dänemark als Beispiel. In: *WSI Mitteilungen* (1), S. 31–37, zuletzt geprüft am 18.04.2017.

Birke, Peter; Larsen, Chris Holmsted (Hg.) (2007): *Besetze deine Stadt! Bz din by! ; Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen*. Berlin: Assoziation A, zuletzt geprüft am 23.01.2017.

Bischoff, Joachim (2005): *Die SPD und die Zerstörung des "Rheinischen Kapitalismus". Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verl. (Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2005,7).

Bischoff, Joachim; Radke, Björn (2014): *Parteien links der Sozialdemokratie*. Hg. v. Prager Frühling. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1131.parteien-links-der-sozialdemokratie.html>.

Bischoff, Joachim; Radke, Björn (2016): *Gefährliche Orientierungslosigkeit (neues deutschland)*. Online verfügbar unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/997383.gefaehrliche-orientierungslosigkeit.html>, zuletzt geprüft am 25.06.2016.

Bisgaard, Margrethe Pihl (2017): *Business sector in general. Enterprises in general*. Hg. v. Statistics Denmark. Statistics Denmark. Copenhagen (Statistical Yearbook 2017), zuletzt geprüft am 14.07.2017.

Blanke, Bernhard (2009): Erzählungen zum aktivierenden Staat. In: *Verwaltung & Management* 15 (3), S. 115–125.

- BMAS (2017): Glossar: Relative Armutsrisikolücke. BMAS. Berlin. Online verfügbar unter [http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Glossar/Functions/glossar.html?cms\\_lv2=62674&cms\\_lv3=62680](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Service/Glossar/Functions/glossar.html?cms_lv2=62674&cms_lv3=62680), zuletzt geprüft am 24.02.2017.
- Bogedan, Claudia (2011): Unterschiedliche Pfade - gleiche Herausforderungen: Deutsche und dänische Wohlfahrtskapitalismen im Wandel. In: *WSI Mitteilungen* (12), S. 659–666.
- Böhle, Fritz; Voß, G. Günter; Wachtler, Günther (2010): Handbuch Arbeitssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (SpringerLink : Bücher).
- Bois, Marcel (2008): Kein verlässlicher Bündnispartner. In: *marx21* (4), S. 30–33.
- Bois, Marcel (2015): Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Essen: Klartext Verlag. Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=1991893>.
- Boll, Christina; Leppin, Julian (2013): Unterwertige Beschäftigung von Akademikerinnen und Akademikern. Umfang, Ursachen, Einkommenseffekte und Beitrag zur geschlechtsspezifischen Lohnlücke. Unter Mitarbeit von Franziska Synowski. Hg. v. HWWI. Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut. Hamburg (HWWI Policy Paper, 75), zuletzt geprüft am 11.02.2017.
- Boltanski, Luc (2010): Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2006): Der neue Geist des Kapitalismus. 1. Aufl. [s.l.]: Herbert von Halem Verlag (Édition discours).
- Borchard, Michael; Michael Borchard; Karsten Grabow; Christoph von Hehl (Hg.) (2012): Volks- und Grossparteien in Deutschland und Europa. Stand und Perspektiven. Sankt Augustin: KAS, zuletzt geprüft am 26.02.2016.
- borger.dk (2017): Arbejdsløshedsdagpenge. borger.dk. Online verfügbar unter <https://www.borger.dk/arbejde-dagpenge-ferie/Dagpenge-kontanthjaelp-og-sygedagpenge/Arbejdsloeshedsdagpenge>, zuletzt geprüft am 22.03.2017.
- Bösch, Frank (2013): Christlich Demokratische Union (CDU). In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 203–218.
- Bösch, Frank (Hg.) (2015): Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970-2000. Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 1636).
- Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2054).
- Bourdieu, Pierre (2010): Die zwei Gesichter der Arbeit. Interdependenzen von Zeit- und Wirtschaftsstrukturen am Beispiel einer Ethnologie der algerischen Übergangsgesellschaft. Konstanz: UVK-Verl.-Ges (Édition discours, 25).
- Bourdieu, Pierre (2014): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Unter Mitarbeit von Bernd Schwibs. 24. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 658).
- Brangsch, Lutz; Dellheim, Judith; Wolf, Frieder Otto; Zimmer, Gabi (2014): Die "Europäische Frage" und die Linken. Wer heute die Debatte bestimmt und wie eine andere Richtung eingeschlagen werden könnte. In: *Standpunkte* (5), S. 1–4.
- Breckner, Ingrid (2010): Gentrifizierung im 21. Jahrhundert. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Stadtentwicklung. Aus Politik und Zeitgeschichte. (17), S. 27–32.

- Bredgaard, Thomas; Larsen, Flemming; Madsen Kongshoj Per; Rasmussen, Stine (2009): Flexicurity und atypische Beschäftigung in Dänemark. In: *WSI Mitteilungen* (1), S. 31–38.
- Brenke, Karl; Kritikos, Alexander S. (2017): Wählerstruktur im Wandel. In: *DIW Wochenbericht* 84 (29), S. 595–606, zuletzt geprüft am 19.07.2017.
- Breuer, Stefan (1993): *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt: Wiss. Buchges.
- Breuer, Stefan (2006): *Max Webers tragische Soziologie. Aspekte und Perspektiven*. Tübingen: Mohr Siebeck. Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2773009&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2773009&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).
- Brezinka, Wolfgang (1972): *Die Pädagogik der Neuen Linken*. Stuttgart: Seewald.
- Brie, Michael; Spehr, Christoph (2006): *Was ist heute links?* Unter Mitarbeit von Marion Schütrumpf. Ahrensburg, Berlin. In: *kontrovers. Beiträge zur politischen Bildung*. (1), zuletzt geprüft am 07.05.2016.
- Brödner, Peter; Carl, Friedrich; Heintze, Cornelia; Oehlke, Paul; Peter, Gerd (2009): *Das nordische Modell - eine Alternative?* Hamburg: VSA-Verl. (Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 2009,5).
- Bröning, Michael; Mohr, Christoph P. (2017): *Flucht, Migration und die Linke in Europa*.
- Brøns-Petersen, Otto (2015): *The Danish Model: Don't try this at home*. Hg. v. The Local Denmark. Online verfügbar unter <https://www.thelocal.dk/20151105/the-danish-model-dont-try-this-at-home>, zuletzt geprüft am 05.10.2016.
- Brunkhorst, Hauke (2012): Die Aktualität des Marxismus in der Krise – Revisionen eines Theorieprogramms. In: *SozW* 63 (3), S. 273–281. DOI: 10.5771/0038-6073-2012-3-273.
- Brunkhorst, Hauke (2014): *Parlamentarismus und egalitäre Massendemokratie*. In: Oliver Flügel-Martinsen, Daniel Gaus, Tanja Hitzel-Cassagnes und Franziska Martinsen (Hg.): *Deliberative Kritik - Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns. Unter Mitarbeit von Rainer Schmalz-Bruns. Wiesbaden: Springer VS, S. 223–244.
- Brunkhorst, Hauke (2016a): *Krise und Kritik: Für eine Repolitisierung Europas*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (1), zuletzt geprüft am 12.02.2016.
- Brunkhorst, Hauke (2016b): *VII. Deliberative Politik – ein Verfahrensbegriff der Demokratie*. In: Peter Koller und Christian Hiebaum (Hg.): *Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung*. Berlin, Boston: De Gruyter (Klassiker Auslegen, 62), S. 117–134.
- Brunkhorst, Hauke (2017a): *Comes the End of the Western Legal Tradition? – The world after Brexit, Trumpism, and the great authoritarian turn*. In: *Culture, Practice and European Policy* (1), S. 35–39, zuletzt geprüft am 17.01.2017.
- Brunkhorst, Hauke (2017b): *Kapitalismus und Demokratie in der Krise. Versuch einer Aktualisierung der Marxschen Krisentheorie*. Karl-Marx-Haus Trier, 10.04.2017.
- Buchanan, Allen Edward (2000): *From chance to choice. Genetics and justice*. 1. publ. Cambridge u.a.: Cambridge Univ. Press.
- Bude, Heinz (2016): *Brennpunkte sozialer Spaltung*. In: Steffen Mau und M. Nadine Schöneck (Hg.): *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700), S. 16–26.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2010): *Stadtentwicklung. Aus Politik und Zeitgeschichte*. (17).
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.) (2013): *Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Burth, Andreas (2016a): Basiswissen Kommunal Finanzen. Hg. v. Haushaltssteuerung.de, zuletzt geprüft am 11.04.2017.

Burth, Andreas (2016b): Haushaltssteuerung.de :: Weblog :: Zur Bedeutung öffentlicher Unternehmen. Andreas Burth. Online verfügbar unter <http://www.haushaltssteuerung.de/weblog-zur-bedeutung-oeffentlicher-unternehmen.html>, zuletzt aktualisiert am 21.01.2017, zuletzt geprüft am 01.03.2017.

Butzlaff, Felix; Micus, Matthias (2015): Europa in den Parteien: Wege der Beteiligung. In: *Indes 4* (4). DOI: 10.13109/inde.2015.4.4.1.

Caesar, Rolf; Lammers, Konrad; Scharrer, Hans-Eckhart (Hg.) (2005): Europa auf dem Weg zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt? Eine Zwischenbilanz der Lissabon-Strategie. Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv; Konferenz. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges (Veröffentlichungen des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA), 76).

Candeias, Mario (2013): Linke Strategien in der Eurokrise. Eine Übersicht einschließlich einer kommentierten Synopse der europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Analysen / Rosa-Luxemburg-Stiftung). Online verfügbar unter <http://www.rosalux.de/publication/39479/linke-strategien-in-der-eurokrise.html>.

Castel, Robert (2008): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. 2. Aufl., (Sonderausg.). Konstanz: UVK Univ.-Verl. Konstanz (Édition discours, 44). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-86764-067-1>.

Castel, Robert (2009a): Die Wiederkehr der sozialen Unsicherheit. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009), S. 21–34.

Castel, Robert (2009b): Negative Diskriminierung. Jugendrevolten in den Pariser Banlieues. Unter Mitarbeit von Thomas Laugstien. 1. Auflage. Hamburg: Hamburger Edition. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1200904272248166.pdf>.

Castel, Robert; Dörre, Klaus (2009a): Einleitung. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009), S. 11–18.

Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hg.) (2009b): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Konferenz. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009). Online verfügbar unter [http://haw-hamburg.ciando.com/shop/book/index.cfm/fuseaction/show\\_book/bok\\_id/22395](http://haw-hamburg.ciando.com/shop/book/index.cfm/fuseaction/show_book/bok_id/22395).

Christiansen, Wilhelm L. (1993): Meine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Flensburg. Sozialdemokraten zwischen Deutsch und Dänisch, 1945 - 1954. Flensburg: Studiefdelingen ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig (Studiefdelingens udgivelser / Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig, 32). Online verfügbar unter [http://star.dcbib.dk/publikationer/032\\_WL\\_Christiansen\\_Meine\\_Geschichte\\_der\\_Sozialdemokratischen\\_Partei\\_Flensburg.pdf](http://star.dcbib.dk/publikationer/032_WL_Christiansen_Meine_Geschichte_der_Sozialdemokratischen_Partei_Flensburg.pdf).

Colagrossi, Angelo; Gosejohann, Simon; Kamp, Alexandra; Kerkeling, Hape (2009): Horst Schlämmer - isch kandidiere! Alexandra Kamp ; Simon Gosejohann. Regie Angelo Colagrossi. München: Constantin Film.

Crouch, Colin (2015): Postdemokratie. 11. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2540).

Czok, Benedikt W. (2010): Demokratische Legitimation im 21. Jahrhundert. Eine rechtssoziologische Untersuchung des Legitimationsdefizits unter dem Aspekt der Stimmungsdemokratie Theodor Geigers. Univ., Diss.--Zürich, 2010.

Dahremoeller, Claudia (2007): Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der SPD. Beschlossen auf dem Hamburger Bundesparteitag der SPD am 28. Oktober 2007. 1. Aufl., zuletzt geprüft am 24.02.2016.

Dahrendorf, Ralf (1963): Links in der Bundesrepublik? In: Horst Krüger (Hg.): Was ist heute links? München: Paul List, S. 35–43.

Dahrendorf, Ralf (1965): Bildung ist Bürgerrecht. Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik. Bramsche/Osnabrück: Nannen-Verlag (Die Zeitbücher).

Dahrendorf, Ralf (1979): Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch, 559).

Dahrendorf, Ralf (1983): Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus. 3. Aufl., 16. - 20. Tsd. Stuttgart: DVA.

Dahrendorf, Ralf (1987): Das Elend der Sozialdemokratie. Beobachtungen. In: *Merkur* 41 (466), S. 1021–1038.

Dahrendorf, Ralf (1998): Anmerkungen zur Globalisierung. In: Ulrich Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition zweite Moderne), S. 41–54.

Dall Schmidt, Torben (2015): Lokale und regionale Gebietskörperschaften an der deutsch-dänischen Grenze. Ein Vergleich der Region Syddanmark (Dänemark) und dem Land Schleswig-Holstein (Deutschland) = Lokale og regionale myndigheder ved den dansk-tyske grænse ; en sammenligning af Region Syddanmark (Danmark) og Land Schleswig-Holstein (Tyskland). Aktualisiert, März 2015. Padborg: Region Sønderjylland-Schleswig Regionskontor & Infocenter.

Decker, Frank (2003): Die Dänen haben es vorgemacht. Ein Vergleich mit der sozialdemokratischen Politik in Dänemark legt bloß, woran es der SPD als Regierungspartei am meisten fehlt. Hg. v. Berliner Republik. Online verfügbar unter <http://www.b-republik.de/archiv/die-dnen-haben-es-vorgemacht>, zuletzt geprüft am 05.10.2016.

Decker, Frank (2006a): Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Lizenzausg. für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 547), S. 9–33.

Decker, Frank (Hg.) (2006b): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Lizenzausg. für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 547).

Decker, Frank (2013): Parteidemokratie im Wandel. In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 21–60.

Demirovic, Alex (2015): Regieren reicht nicht. Der Fall Griechenland zeigt: Europa muss radikal demokratisiert werden. In: *Rosalux* (3), S. 13–14.

Die AfD zur Asylpolitik - Komplette PK vom 9. Oktober 2015. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=SrsdFzxlC8Y>, zuletzt geprüft am 07.05.2016.

Die Linke (2012): Programm der Partei DIE LINKE. Beschluss des Parteitages der Partei DIE LINKE vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt, bestätigt durch einen Mitgliederentscheid im Dezember 2011. Berlin.

Die Linke (2017a): Europa geht anders. Sozial, friedlich, demokratisch. Hg. v. Die Linke. Online verfügbar unter <https://www.die-linke.de/politik/positionen/europa/>, zuletzt geprüft am 03.06.2017.

Die Linke (Hg.) (2017b): Grundsatzdokumente: DIE LINKE. Online verfügbar unter <https://www.die-linke.de/partei/grundsatzdokumente/>, zuletzt geprüft am 13.07.2017.

Dietsche, Hans-Jörg (2013): Südschleswiger Wählerverband (SSW). In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 413–421.

Dittrich, Karl Heinz (1993): Parteibindung und politische Orientierung im vereinten Deutschland. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien Sonderheft, 1993,4), S. 14–19.

Doering-Manteuffel, Anselm; Leonhard, Jörn (Hg.) (2015a): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Theodor-Heuss-Kolloquium "Liberalismus im 20. Jahrhundert"; Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus; Franz-Steiner-Verlag. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12).

Doering-Manteuffel, Anselm; Leonhard, Jörn (2015b): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Aufriss einer historischen Phänomenologie. In: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12), S. 13–32.

Dolezal, Martin (2006): Globalisierung, neue Konfliktlinien und die Position der Grünen. Eine Analyse am Beispiel Deutschlands. In: Uwe Jun (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 97–116.

Dörr, Nikolas R. (2016): Eurokommunismus als Teil der historischen Kommunismusforschung. Hg. v. Docupedia. Online verfügbar unter [http://docupedia.de/zg/Eurokommunismus#Was\\_versteht\\_man\\_unter\\_.E2.80.9EEurokommunismus.E2.80.9D.3F](http://docupedia.de/zg/Eurokommunismus#Was_versteht_man_unter_.E2.80.9EEurokommunismus.E2.80.9D.3F), zuletzt geprüft am 03.10.2016.

Dörre, Klaus (2009): Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009), S. 35–64.

Dose, Dominik (2017): Viele Bürger können sich ihre Medikamente nicht leisten. In: *Der Nordschleswiger*, 15.05.2017. Online verfügbar unter <https://www.nordschleswiger.dk/de/daenemark-politik-gesellschaft/viele-buerger-koennen-sich-ihre-medikamente-nicht-leisten>, zuletzt geprüft am 16.05.2017.

Drohse, Franziska (Hg.) (2009): Was ist heute links? Thesen für eine Politik der Zukunft. Frankfurt: Campus-Verl.

Drost, Hathumar (1996): Stadterneuerung in Kopenhagen. In: Harald Bodenschatz und Michael Bräuer (Hg.): Stadterneuerung im Umbruch. Barcelona, Bologna, Frankfurt am Main, Glasgow, Hamburg, Köln, Kopenhagen, Leipzig, München, Nürnberg, Paris, Rostock, Rotterdam, Wien und Berlin. unveränd. Nachdr. Berlin: Technische Univ. Univ.-Bibliothek Abt. Publ (Arbeitshefte des Instituts für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin, 50), S. 240–256.

Eichberg, Henning (2003): Rechte Hand, linke Hand und keine dritte. Über die Zweiteilung politischer Positionen.

Eichberg, Henning (2013): Das Fest der Bewegung. Arbeitermassenspiel und NS-Thingspiel. In: *SportZeiten. Sport in Geschichte, Kultur und Gesellschaft* 13 (1), S. 7–44, zuletzt geprüft am 06.04.2017.

Eicher, David (2017): Politik und Social Media: Die fünf größten Fehler deutscher Politiker auf Instagram. Hg. v. Horizont Online. Online verfügbar unter <http://www.horizont.net/marketing/kommentare/Politik-und-Social-Media-Die-fuenf-groessten-Fehler-deutscher-Politiker-auf-Instagram-159994>, zuletzt geprüft am 03.08.2017.

Eilenberger, Wolfram (2017): Es gibt eine deutsche Leitkultur: die Grünen! In: *Philosophie Magazin* (4). Online verfügbar unter <http://philomag.de/es-gibt-eine-deutsche-leitkultur-die-gruenen/>, zuletzt geprüft am 17.05.2017.

Elsässer, Lea; Schäfer, Amin (2016): Group Representation for the Working Class? Opinion Differences among Occupational Groups in Germany. Hg. v. Max Planck Gesellschaft für Gesellschaftsforschung. Köln (MPIfG Discussion Paper, 16/3), zuletzt geprüft am 26.04.2017.

Engartner, Tim (2007): Privatisierung und Liberalisierung - Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors. In: Christoph Butterwegge (Hg.): *Kritik des Neoliberalismus*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 87–133.

Enhedslisten (2017): EU programme of The Red-Green Alliance. THE ANNUAL CONGRESS OF ENHEDSLISTEN/THE RED-GREEN ALLIANCE, 14 - 16 MAY 2016. Hg. v. Enhedslisten. Online verfügbar unter <http://org.enhedslisten.dk/english/eu-programme-red-green-alliance>, zuletzt geprüft am 03.06.2017.

Erhard, Ludwig (2009): *Wohlstand für alle*. Köln: Anaconda Verl. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1200903302197380.pdf>.

Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*. Unter Mitarbeit von Tobias Haberkorn. Deutsche Erstausgabe, Erste Auflage. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp Sonderdruck).

Ernst, Klaus; Händel, Thomas; Zimmermann, Katja (Hg.) (2012): *Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE*. Hamburg: VSA-Verl.

Esping-Andersen, Gøsta (2012): *The three worlds of welfare capitalism*. Reprint. Cambridge: Polity Press.

Esping-Andersen, Gøsta (2015): Welfare regimes and social stratification. In: *Journal of European Social Policy* 25 (1), S. 124–134. DOI: 10.1177/0958928714556976.

Etzioni, Amitai (2018): The Fast-Food Factories: McJobs Are Bad for Kids. Hg. v. Washington Post. <https://www.facebook.com/washingtonpost>. Online verfügbar unter [https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1986/08/24/the-fast-food-factories-mcjobs-are-bad-for-kids/b3d7bbeb-5e9a-4335-afdd-2030cb7bc775/?noredirect=on&utm\\_term=.109b0f68f438](https://www.washingtonpost.com/archive/opinions/1986/08/24/the-fast-food-factories-mcjobs-are-bad-for-kids/b3d7bbeb-5e9a-4335-afdd-2030cb7bc775/?noredirect=on&utm_term=.109b0f68f438), zuletzt geprüft am 10.06.2018.

Faust, Michael; Thamm, Lukas (2016): Wie viel „Finanzmarktkapitalismus“ gibt es in Deutschland? In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Exklusive Teilhabe - ungenutzte Chancen Dritter Bericht*. 1. Auflage. Bielefeld: Bertelsmann, W.

Fink, Marcel; Tálos, Emmerich (2007): Defizite sozialstaatlicher Absicherung. Österreich, Deutschland, Großbritannien und Dänemark im Vergleich. In: Martin Kronauer und Gudrun Linne (Hg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. 2., unveränd. Aufl. Berlin: Ed. Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 65), S. 385–420.

Flügel-Martinsen, Oliver; Gaus, Daniel; Hitzel-Cassagnes, Tanja; Martinsen, Franziska (Hg.) (2014): *Deliberative Kritik - Kritik der Deliberation*. Festschrift für Rainer Schmalz-Bruns. Unter Mitarbeit von Rainer Schmalz-Bruns. Wiesbaden: Springer VS.

Folketinget (2012): *Political Parties*. Hg. v. Folketinget. Online verfügbar unter <http://www.the-danishparliament.dk/Publications/Political%20Parties.aspx>, zuletzt geprüft am 29.03.2017.

Forsthoff, Ernst (1971): *Der Staat der Industriegesellschaft. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland*. München: Beck (Beck'sche schwarze Reihe, 77).

Foucault, Michel (2014): *Die Ordnung des Diskurses*. Erw. Ausg., 13. Aufl. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verl. (Fischer-Taschenbücher Fischer-Wissenschaft, 10083).

- Fraenkel-Haeberle, Cristina; Kropp, Sabine; Palermo, Francesco; Sommermann, Karl-Peter (Hg.) (2015): Citizen participation in multi-level democracies. Leiden: BRILL (Studies in territorial and cultural diversity governance, 5). Online verfügbar unter <http://gbv.ebib.com/patron/FullRecord.aspx?p=2006472>.
- Franz, Peter; Kronthaler, Franz (2003): Olympia als Hoffnungsträger regionaler Entwicklungspolitik: Wirtschaftliche Effekte der für eine Ausrichtung der Olympischen Spiele 2012 in Leipzig geplanten Infrastrukturinvestitionen. In: *Wirtschaft im Wandel* (7), S. 203–209.
- Fratzscher, Marcel (2016): Einkommensverteilung: Das Märchen vom Märchen der Ungleichheit. Hg. v. ZEIT ONLINE GmbH. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-07/soziale-ungleichheit-deutschland>, zuletzt aktualisiert am 17.07.2016, zuletzt geprüft am 28.08.2016.
- Frech, Siegfried; Schmid, Josef (Hg.) (2004): Der Sozialstaat. Reform, Umbau, Abbau? Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verl. (Basisthemen Politik). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-89974-120-9>.
- Frederiksen, Erling (2004): Null-Euro-Jobs: Die "aktive Sozialpolitik" und die "Landesorganisation der Erwerbslosen" in Dänemark. Unter Mitarbeit von Peter Birke. In: Peter Birke und Christiane Schneider (Hg.): *Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark*. 1. Aufl. Hamburg: GNN-Verl. (Hamburger Skripte Sonderheft), S. 91–110.
- Freden, Michael (2015): Social Liberalism in European Perspective since the late nineteenth century. In: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hg.): *Liberalismus im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12), S. 55–67.
- Frenzel, Martin (2002): Neue Wege der Sozialdemokratie. Dänemark und Deutschland im Vergleich (1982 - 2002). Wiesbaden, s.l.: Deutscher Universitätsverlag. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-663-10891-7>.
- Freytag, Ronald (2016): Flüchtlinge 2016. Studie der HMKW zu Demokratieverständnis und Integrationsbereitschaft von Flüchtlingen 2016. Hg. v. HMKW. Berlin, zuletzt geprüft am 25.04.2017.
- Friedman, Milton (1984): Kapitalismus und Freiheit. Ungekürzte Ausg. Frankfurt/M.: Ullstein (Ullstein-Buch Ullstein-Sachbuch, 34222).
- Fuchs, Dieter; Roller, Edeltraut (2013): Einstellungen zu Demokratie und Sozialstaat. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 370–376.
- Gallus, Alexander; Jesse, Eckhard (2001): Was sind Dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (16/17), S. 6–15, zuletzt geprüft am 19.11.2016.
- Gamillscheg, Hannes (2012): Gentrifizierung in Kopenhagen: Drei Nutten und ein Millionär. Hg. v. Frankfurter Rundschau. Online verfügbar unter <http://www.fr-online.de/kultur/gentrifizierung-in-kopenhagen-drei-nutten-und-ein-millionaer,1472786,16692678.html>, zuletzt geprüft am 25.01.2017.
- Gehler, Michael; Kaiser, Wolfram; Wohnout, Helmut (Hg.) (2001): Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert. Christian democracy in 20th century Europe = La démocratie chrétienne en Europe au XXe siècle. Wien: Böhlau (Historische Forschungen Veröffentlichungen, 4).
- Geißler, Heiner (1976): Die neue soziale Frage. Analysen und Dokumente. 1. Aufl. Freiburg i.Br.: Herder (Herderbücherei, 566).
- Gellermann, Uli (Hg.) (1987): Armut in der Bundesrepublik. Texte und Bilder. Köln: Pahl-Rugenstein.

Gerlach, Julia (2006): Zwischen Pop und Dschihad. Muslimische Jugendliche in Deutschland. 1. Aufl. Berlin: Links.

Giddens, Anthony (2000): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie. 1. Aufl., [Nachdr.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition zweite Moderne). Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FR11999072885569.pdf>.

Glaab, Sonja (2008): Wilhelm II. und die Presse - Ein Medienkaiser in seinem Element?

Gmeiner, Jens (2013): Die "Zukunftspartei" Schwedens? : Die Schwedische Sozialdemokratie zwischen erfolgreicher Vergangenheit und unsicherer Zukunft. Hg. v. Friedrich Ebert Stiftung. Berlin (Internationale Politikanalyse), zuletzt geprüft am 31.01.2017.

Gorz, André (1977): Ökologie und Politik. Dt. Erstausg., [1. - 13. Tsd.]. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verl. (Rororo Aktuell, 4120).

Gottschalck, Arne (2014): Vermögen: Reich oder "nur" wohlhabend - wo liegt die Grenze? Hg. v. Manager Magazin. Online verfügbar unter <http://www.manager-magazin.de/lifestyle/artikel/vermoegen-reich-oder-nur-wohlhabend-wo-liegt-die-grenze-a-976367.html>, zuletzt aktualisiert am 20.06.2014, zuletzt geprüft am 24.02.2017.

Grabow, Karsten (2012): Was heißt Volkspartei heute - und morgen? In: Michael Borchard, Michael Borchard, Karsten Grabow und Christoph von Hehl (Hg.): Volks- und Grossparteien in Deutschland und Europa. Stand und Perspektiven. Sankt Augustin: KAS.

Grau, Alexander (2016): Politische Krise - Die Agonie der Linken. Online verfügbar unter <http://www.cicero.de/berliner-republik/die-agonie-der-linken/60990>, zuletzt geprüft am 05.06.2016.

Gründinger, Wolfgang (2016): Alte Säcke Politik. Wie wir unsere Zukunft verspielen. 1. Auflage. Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus.

Gründinger, Wolfgang; Finkbeiner, Felix (2013): Bundestagswahl: Auch Jugendliche wollen wählen! Hg. v. ZEIT ONLINE GmbH. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/2013/39/jugend-wahl-recht-bundestagswahl>, zuletzt aktualisiert am 23.04.2017, zuletzt geprüft am 23.04.2017.

Gysi, Gregor (2007): Die Linkspartei - 3. Tagung des 10. Parteitages. Online verfügbar unter [http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view\\_html/zid35932/bs1/n0](http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35932/bs1/n0), zuletzt geprüft am 30.05.2016.

Haas, Melanie (2006): Innovation mit einer neuen bürgerlichen Partei? Die Grünen nach der Bundestagswahl 2005. In: Uwe Jun (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 201–222.

Haberler, Gottfried (1955): Prosperität und Depression : eine theoretische Untersuchung der Konjunkturbewegungen ; mit einem Anhang: Weitere Bemerkungen zum Pigou-Effekt - Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand der Konjunkturtheorie. 2. Aufl. Tübingen: Mohr [u.a.].

Habermas, Jürgen (1986): Die neue Unübersichtlichkeit. [3. Aufl.]. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 1321 = N.F., 321).

Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Mit einem Vorwort zur Neuauflage 1990. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 891).

Habermas, Jürgen (1992): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 1361).

Habermas, Jürgen (2008): Ach, Europa. 1. Aufl., Orig.-Ausg (Edition Suhrkamp, 2551).

Habermas, Jürgen (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Vom Elend der nationalstaatlichen Fragmentierung in einer kapitalistisch integrierten Weltgesellschaft. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58 (5), S. 59–70.

Hacke, Jens (2016): "Mehr Demokratie wagen". Karriere einer Zauberformel. In: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): *Mittelweg 36*. Hamburg: Hamburger Edition HIS Verlagsges. mbH, S. 5–28.

Hähnel, Jörg (2010): Arbeit. Familie. Vaterland. Das Parteiprogramm der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD). Beschlossen auf dem Bundesparteitag am 4./5.6.2010 in Bamberg. NPD, zuletzt geprüft am 14.02.2016.

hamburg.de (2017): FHH Beteiligungsbericht. Hg. v. Finanzbehörde. Freie und Hansestadt Hamburg. Online verfügbar unter <http://www.beteiligungsbericht.fb.hamburg.de/index.html>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2017, zuletzt geprüft am 01.03.2017.

Handro, Saskia; Schaarschmidt, Thomas (Hg.) (2011): *Aufarbeitung der Aufarbeitung. Die DDR im geschichtskulturellen Diskurs*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag (Reihe Politik und Bildung, 65).

Hanimann, Carlos (2016): Linke Identitätspolitik: «Egal was die Linke macht». Hg. v. WOZ. Online verfügbar unter <https://www.woz.ch/-74ce>, zuletzt aktualisiert am 24.11.2016, zuletzt geprüft am 24.11.2016.

Hans Böckler Stiftung (Hg.) (2009): Rückbesinnung auf den Staat. *WSI Mitteilungen* 62 (5). Frankfurt: Bund.

Hartz, Peter (1996): *Das atmende Unternehmen. Jeder Arbeitsplatz hat einen Kunden*. Frankfurt/Main: Campus-Verl.

Haungs, Peter (1993): Alte und neue Parteienkritik. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): *Die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien Sonderheft, 1993,4).

Häusler, Martin (2011): *Die Piratenpartei. Freiheit, die wir meinen ; neue Gesichter für die Politik*. Berlin [u.a.]: Scorpio.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (1993): *Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte*. Wiesbaden, s.l.: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-663-10065-2>.

Heilig, Dominic (2016): *Die Linke in Europa. Sozialistische Parteien in der EU*. New York, zuletzt geprüft am 21.04.2016.

Heise, Arne (2011): Vom "Nationalen Keynesianischen Wohlfahrtsstaat" zum "Globalen Nozickschen Minimalstaat". Oder: Die Transformation der Gesellschaft in der Demokratie und einige offene Fragen. Hg. v. Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Fachbereich Sozialökonomie. Universität Hamburg. Fakultät WiSo. Hamburg (Discussion Papers, ISSN 1868-4947/27).

Heise, Arne (2012): *Die "Soziale Marktwirtschaft" unter Globalisierungsbedingungen - eine kritische Bestandsaufnahme*. Hg. v. Zentrum für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Fachbereich Sozialökonomie. Universität Hamburg. Fakultät WiSo. Hamburg (Discussion Papers, ISSN 1868-4947/33).

Heise, Arne (2016): *Pluralismus in den Wirtschaftswissenschaften*. Hg. v. Hans Böckler Stiftung. IMK Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Düsseldorf (ISSN: 1861-2180), zuletzt geprüft am 04.06.2016.

Heller, Ágnes (2016): Von der Utopie zur Dystopie. Was können wir uns wünschen? (Edition Konturen).

Hellfeld, Matthias von (2015): Das lange 19. Jahrhundert. Zwischen Revolution und Krieg 1776 bis 1914. Lizenzausgabe. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Band 1648).

Helsper, Werner; Krüger, Heinz-Hermann; Fritsche, Sylke; Sandring, Sabine; Wiezorek, Christine; Böhm-Kasper, Oliver; Pfaff, Nicole (2006): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss (Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration). Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy1405/2006482455-d.html>.

Hessenauer, Ernst (1961): Überforderung des Staates und Staatsverdrossenheit. 2. Aufl. Der Landesbeauftragte f. Staatsbürgerl. Bildung in Schleswig-Holstein.

Hiller, Philipp (2009): Was gelingt der PDS? Die Fusion zur Partei DIE LINKE: Geteilte Basis, vereinte Fraktion? Gemeinsamkeiten und Differenzen bei den Einstellungen der Mitglieder sowie der Arbeit der Bundestagsabgeordneten aus der WASG und der Linkspartei.PDS. Dissertation zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie. Universität Hamburg, Hamburg. Fachbereich Sozialwissenschaften, zuletzt geprüft am 26.05.2016.

Hillmann, Karl-Heinz (2007): Wörterbuch der Soziologie. Mit einer Zeittafel. 5., vollst. überarb. und erw. Aufl. Stuttgart: Kröner. Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2818660&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2818660&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Hobsbawm, Eric J. (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Sonderaufl. für die Zentralen für politische Bildung. München, Wien: Hanser. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/F19951116WEISSM-100.pdf>.

Hoeres, Peter (2014): Die Kultur von Weimar. Durchbruch der Moderne. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1541).

Hoff, Benjamin-Immanuel (2014): Die Linke: Partei neuen Typs? Milieus, Strömungen, Parteiform ; eine Flugschrift. Hamburg: VSA Verl.

Hoffmann, Dierk (Hg.) (2005): Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49 - 1989. München: Oldenbourg (Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte / Schriftenreihe, Sondernr).

Holtmann, Everhard (2009): Signaturen des Übergangs. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (28), S. 3–9, zuletzt geprüft am 26.04.2016.

Holtmann, Everhard (2012a): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1289).

Holtmann, Everhard (2012b): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder. Bonn: BpB (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 1289).

Hombach, Bodo (1998): Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte. 3. Aufl. München: Econ-Verl. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/F1998101531045.pdf>.

Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung. 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201510104690433.pdf>.

Horn, Gustav et al. (2017): ZUR ROLLE DER NOMINALLÖHNE FÜR DIE HANDELS- UND LEISTUNGSBILANZÜBERSCHÜSSE. Eine ökonometrische Analyse für Deutschland. In: *IMK Report* (125), zuletzt geprüft am 20.04.2017.

Huffschmidt, Jörg (1972): Die Politik des Kapitals. Konzentration und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. 8. Aufl. Frankfurt: Suhrkamp.

Hultsch, Steffen (2013): Die WASG und Ostdeutschland. Ein kritischer Blick aus Brandenburg auf die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Berlin: Edition Bodoni.

Institut für Bankhistorische Forschung (Hg.) (2013): Derivate und Finanzstabilität : Erfahrungen aus vier Jahrhunderten ; [... 34. Symposium des Instituts für bankhistorische Forschung]. Stuttgart: Steiner.

Jäger, Wolfgang (1993): Politik und Politiker in der repräsentativen Demokratie. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Politische Studien. Der Souverän und seine Repräsentanten. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien, Sonderheft, 1993,8), S. 12–20.

Jakobi, Tobias (2000): Ansätze der Theorie deliberativer Demokratie. Arbeit zur Erlangung eines Magister Artium. Philosophisch-Historische Fakultät der Universität Heidelberg, Heidelberg. Institut für Politische Wissenschaft, zuletzt geprüft am 28.11.2016.

Jannsen, Thilo (2013): Linke Parteien in Europa. Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014. Hg. v. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin (Studien).

Jaschke, Hans-Gerd (2006): Politischer Extremismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (Elemente der Politik).

Jesse, Eckhard (Hg.) (2011): Extremismus in den EU-Staaten. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92746-6>.

Jesse, Eckhard; Thieme, Tom (2011): Extremismus in den EU-Staaten. Theoretische und konzeptionelle Grundlagen. In: Eckhard Jesse (Hg.): Extremismus in den EU-Staaten. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 11–34.

Johansen, Inger V. (2010): Die Linke und die radikale Linke in Dänemark. In: Birgit Daiber, Cornelia Hildebrandt und Anna Striethorst (Hg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa. Berlin: Dietz (Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung; Bd. 52), S. 251–269.

Jun, Uwe (Hg.) (2006): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Konferenz. Frankfurt am Main: Campus-Verl.

Jun, Uwe (2015a): Aktuelle Herausforderungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Parteien und Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung (328). Berlin: IBRo, S. 63–73.

Jun, Uwe (2015b): Krise oder Wandel? In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Parteien und Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung (328). Berlin: IBRo, S. 67–73.

Jun, Uwe (2015c): Parteiensystem und Parteienwettbewerb. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Parteien und Parteiensysteme der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung (328). Berlin: IBRo, S. 36–40.

Jun, Uwe; Kreikenbom, Henry (2006): Nicht nur im Schatten der Macht. Zur Situation kleiner Parteien im deutschen Parteiensystem. In: Uwe Jun (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 13–36.

Kaltefleiter, Werner; Veen, Hans-Joachim (1974): Imperatives Mandat: die Bindung von Mandatsträgern in d. Verfassungswirklichkeit d. Bundesrepublik Deutschland. Kiel: Amt f. Staatsbürgerl. Bildung in Schleswig-Holstein.

Kerbs, Diethart; Reulecke, Jürgen (1998): Handbuch der deutschen Reformbewegungen. 1880 - 1933. Wuppertal: Hammer. Online verfügbar unter <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/type=rezbuecher&id=153>.

Kirchenwitz, Lutz (2003): 1968 im Osten – was ging uns die Bundesrepublik an? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (45), S. 6–8.

Kittel, Sören (2013): Verschönerung, aber bloß nicht diese Gentrifizierung! Hg. v. Berliner Morgenpost. Berlin. Online verfügbar unter <http://www.morgenpost.de/berlin/article113087062/Verschönerung-aber-bloss-nicht-diese-Gentrifizierung.html>, zuletzt geprüft am 25.01.2017.

Kittner, Michael (2010): Kommen die "Gelben" zurück? In: Thomas Dieterich (Hg.): Individuelle und kollektive Freiheit im Arbeitsrecht. Gedächtnisschrift für Ulrich Zachert. Unter Mitarbeit von Ulrich Zachert. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges, S. 595–604.

Kiziltepe, Cansel (2016): Mythen | steuermythen.de. Hg. v. Cansel Kiziltepe. Berlin. Online verfügbar unter <http://steuermythen.de/mythen/>, zuletzt geprüft am 30.08.2016.

Klatt, Hartmut (1993): Die Parteienstruktur in den neuen Ländern. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien Sonderheft, 1993,4), S. 34–51.

Kleinert, Hubert (2012): Krise der repräsentativen Demokratie. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (38-39), S. 18–24.

Kluger, Jeffrey (2012): Viewpoint: The Problem with the "We Are All..." Trope. Does our chorus of empathy miss the mark? Hg. v. Time Magazin. Online verfügbar unter <http://ideas.time.com/2012/10/22/the-problem-with-the-we-are-all-trope/>, zuletzt geprüft am 13.12.2016.

Knabe, Hubertus (2010): Die Wahrheit über DIE LINKE. 1. Aufl., komplett überarb. und aktual. Ausg. Berlin: List (List-Taschenbuch, 60964).

Köhler, Jan (2006): Nicht-etablierte Parteien. Funktionen und Rechtsfragen. In: Uwe Jun (Hg.): Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 39–57.

Köhler, Peter A. (2010): Das Ende des schwedischen "Volksheims"? In: Ulrich Becker und Ulrike Haerendel (Hg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Unter Mitarbeit von Gerhard A. Ritter. Bonn: Dietz (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 87), S. 213–238.

Koll, Willi (2016): Vom Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zum Wohlstands- und Nachhaltigkeitsgesetz. In: *Wirtschaftsdienst* (1).

Kombinatsdirektoren (2013): Jetzt reden wir. Was heute aus der DDR-Wirtschaft zu lernen ist. 1. Aufl. Berlin: BEBUG (Edition Berolina).

König, Tim (2012): In guter Gesellschaft? Einführung in die politische Soziologie von Jürgen Habermas und Niklas Luhmann. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-19365-6>.

Koppetsch, Cornelia (2013): Die Wiederkehr der Konformität. Streifzüge durch die gefährdete Mitte. Frankfurt, New York: Campus. Online verfügbar unter [http://www.content-select.com/index.php?id=bib\\_view&ean=9783593420189](http://www.content-select.com/index.php?id=bib_view&ean=9783593420189).

Koppetsch, Cornelia (2016): Soziale Schliessung, Nonkonformismus und Protest. In: Franz Walter (Hg.): Ende des Non-Konformismus. *Indes. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* 2016 Heft 03. 1., Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 32–42, zuletzt geprüft am 29.11.2016.

Körner, Thomas; Günther, Lisa (2011): Frauen in Führungspositionen. Ansatzpunkte zur Analyse von Führungskräften in Mikrozensus und Arbeitskräfteerhebung. In: *Wirtschaft und Statistik*, S. 434–452, zuletzt geprüft am 21.04.2017.

Korte, Karl-Rudolf (2013): Wahlen in Deutschland. 8., überarb. und aktualisierte Aufl. Bonn: bpb Bundeszentrale für politische Bildung (Zeitbilder, 9).

Korzilius, Sven (2008): Arbeitsethik, Sozialdisziplinierung und Strafrecht in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. In: *telegraph* (116/117), S. 123–133.

Kost, Andreas; Rellecke, Werner; Weber, Reinhold (Hg.) (2010): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck.

Kreide, Regina (2016): Das Schweigen des politischen Liberalismus. In: Regina Kreide, Martin Nonhoff, Jörg Schaub, Frank Nullmeier, Frieder Vogelmann und Wolfgang Kraushaar (Hg.): *Mittelweg 36*, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Politische Theorie in der Krise. neue Ausgabe. Hamburg: Hamburger Edition, HIS, S. 5–20.

Kremendahl, Hans (1978): Vertrauenskrise der Parteien? Parteienstaat zwischen Verfassungsauftrag u. Parteienverdrossenheit ; Ursachen, Alternativen, Reformen. Berlin: Landeszentrale für Polit. Bildungsarbeit.

Kronauer, Martin; Linne, Gudrun (Hg.) (2007a): Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität. 2., unveränd. Aufl. Berlin: Ed. Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 65). Online verfügbar unter [http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2693366&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.ddb.de/cgi-bin/dokserv?id=2693366&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Kronauer, Martin; Linne, Gudrun (2007b): Flexicurity: Leitbild, Rhetorik oder halbherziger Kompromiss? In: Martin Kronauer und Gudrun Linne (Hg.): *Flexicurity. Die Suche nach Sicherheit in der Flexibilität*. 2., unveränd. Aufl. Berlin: Ed. Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung, 65), S. 9–28.

Kronthaler, Franz; Franz, Peter (2003): Methoden und Probleme der Abschätzung regionalökonomischer Effekte großer Sportveranstaltungen. In: *Tourismus Journal* 7 (4), S. 439–455.

Krüger, Horst (Hg.) (1963): Was ist heute links? München: Paul List.

Lafontaine, Oskar (2000): Das Herz schlägt links. [Jubiläumsausg.]. Düsseldorf: ECON. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/SD1200810051961714.pdf>.

Lambsdorff, Otto Graf von (09.09.1982): Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Archiv des Liberalismus, zuletzt geprüft am 09.04.2017.

Lammers, Uwe (2009): Flexicurity. Faktoren interner und externer Flexibilität im deutsch-dänischen Vergleich. Masterarbeit. Universität Hamburg, Hamburg. Fachbereich Sozialökonomie.

Lammers, Uwe (2012): Piraten Partei. Bewegung, Hintergründe & Zusammenhänge. Impulsreferat. Die Linke. LAG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen. Hamburg, 16.04.2012.

Lammers, Uwe; Maleck, Kristin (2015): Dabeisein ist alles? Chancen und Risiken einer Hamburger Olympia-Bewerbung 2024/28. Hg. v. Linksfraction Eimsbüttel. Hamburg. Online verfügbar unter <http://www.linksfraktion-eimsbuettel.de/bezirksversammlung/gutachten/>, zuletzt geprüft am 29.01.2017.

Lamping, Wolfram; Koschützke, Albrecht (Hg.) (2002): Der aktivierende Staat. Positionen, Begriffe, Strategien. Studie für den Arbeitskreis Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung (Digitale Bibliothek).

- Lang, Ulrich (1983): Vor einem sozialliberalen Zeitalter? Der SPD-Politiker Ulrich Lang über Ralf Dahrendorf: "Die Chance der Krise". In: *Der Spiegel*, 1983 (12), S. 40–45.
- Lange, Harald (2009): "Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!". Inhalt und Folgen eines Schlachtrufs. In: Simone Barck (Hg.): *Verrat. Die Arbeiterbewegung zwischen Trauma und Trauer*. Berlin: Dietz, S. 36–45, zuletzt geprüft am 05.05.2017.
- Lapp, Peter Joachim (2010): Die Staatsparteien der DDR. In: Andreas Kost, Werner Rellecke und Reinhold Weber (Hg.): *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck, S. 49–70.
- Lapuente, Roberto J. de (2018): *Rechts gewinnt, weil Links versagt. Schlammschlachten, Selbstzerfleischung und rechte Propaganda*. 1. Auflage. Frankfurt: Westend.
- Larsen, H. G.; Hansen, A. L. (2008): Gentrification--Gentle or Traumatic? Urban Renewal Policies and Socioeconomic Transformations in Copenhagen. In: *Urban Studies* 45 (12), S. 2429–2448. DOI: 10.1177/0042098008097101.
- Lepsius, M. Rainer (1966): Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte : Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, S. 371–393.
- Lessenich, Stephan (2017): G20-Gipfel: Warum es eine Linke braucht. In: *Zeit Online*, 20.07.2017. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/kultur/2017-07/g20-gipfel-linke-globalisierung-kapitalismuskritik>, zuletzt geprüft am 04.09.2017.
- Llanque, Marcus (2015): Der Weimarer Linksliberalismus und das Problem politischer Verbindlichkeit. Volksgemeinschaft, demokratische Nation und Staatsgesinnung bei Theodor Heuss, Hugo Preuss und Friedrich Meinecke. In: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hg.): *Liberalismus im 20. Jahrhundert*. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12), S. 157–181.
- Lorenz, Robert (2011): *Parteibildung der Kärner und Charismatiker*. Online verfügbar unter <http://www.demokratie-goettingen.de/studien/parteibildung-der-karner-und-charismatiker-linke>, zuletzt geprüft am 28.11.2016.
- Lösche, Peter (2006a): *Geschichte und Entwicklung in Deutschland*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Informationen zur politischen Bildung (292)*, S. 15–24.
- Lösche, Peter (2006b): *Wahrnehmung in der Öffentlichkeit*. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Informationen zur politischen Bildung (292)*, S. 4–6.
- Lucardie, Paul (2011): *Populismus: begriffshistorische und theoretische Bemerkungen*. In: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*. Münster: Waxmann, S. 17–38.
- Lucardie, Paul (2013): *Zur Typologie der deutschen Parteien*. In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): *Handbuch der deutschen Parteien*. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 61–76.
- Luhmann, Niklas (2013): *Legitimation durch Verfahren*. 9. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 443).
- Lutz, Burkart (1989): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*. Frankfurt, New York: Campus-Verl. (Campus, 1026), zuletzt geprüft am 17.03.2016.
- Maiwald, Kai-Olaf (2010): Editorial. In: *Zeitschrift für Rechtssoziologie* (1), S. 3–8.

March, Luke (2008a): Contemporary far left parties in Europe. From Marxism to the mainstream? Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Internat. Policy Analysis, Div. for Internat. Dialogue (International Policy Analysis).

March, Luke (2008b): Parteien links der Sozialdemokratie in Europa. Vom Marxismus zum Mainstream? Berlin, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung Internat. Politikanalyse Abt. Internat. Dialog.

Marshall, George (1997): Skinhead nation. Dunoon: S.T. Publishing.

Martens, Helmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder O. (Hg.) (2001): Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Marx, Karl; Engels, Friedrich (2010): Manifest der Kommunistischen Partei. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, Nr. 8323).

Masani, Pesi Rustom (1990): Norbert Wiener. 1894 - 1964. Unter Mitarbeit von Norbert Wiener. Basel: Birkhäuser (Vita mathematica, 5).

Matzig, Gerhard (Hg.) (2005): Der große Graben. Das Ende der Konsensgesellschaft. München: Süddeutsche Zeitung.

Mau, Steffen (2016): Die halbierte Meritokratie. In: Steffen Mau und M. Nadine Schöneck (Hg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700), S. 36–45.

Mau, Steffen; Schöneck, M. Nadine (Hg.) (2016): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700). Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/235224/un-gerechte-un-gleichheiten>.

Maurer, Ulrich (Hg.) (2006): Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung. Berlin: Ed. Ost. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD120070106807298.pdf>.

Meine, Hartmut (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! Hamburg: VSA-Verl.

Merkel, Wolfgang (2016): Krise der Demokratie? Anmerkungen zu einem schwierigen Begriff. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Repräsentation in der Krise? Bonn.

Meyer, Thomas (2016): Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert. In: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte* (7/8), S. 4–8, zuletzt geprüft am 22.05.2017.

Michels, Robert (1911): Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, zuletzt geprüft am 29.03.2016.

Micus, Matthias (2016): SPD: Ein krachendes Weder-noch – Göttinger Institut für Demokratieforschung. Online verfügbar unter <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/spd-krachendes-weder-noch>, zuletzt geprüft am 25.06.2016.

Milanovic, Branko (2000): The median-voter hypothesis, income inequality, and income redistribution: an empirical test with the required data. In: *European Journal of Political Economy* (16), S. 367–410, zuletzt geprüft am 07.04.2017.

Møller Stahl, Rune; Møller Mulvad, Andreas (2015): What Makes Scandinavia Different? What accounts for the Nordic Countries' strong welfare states? Hint: It's not white homogeneity. Hg. v. Jacobin. Online verfügbar unter <https://www.jacobinmag.com/2015/08/national-review-williamson-bernie-sanders-sweden/>, zuletzt aktualisiert am 08.02.2017, zuletzt geprüft am 08.02.2017.

Mouffe, Chantal (2011): "Postdemokratie" und die zunehmende Entpolitisierung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (1-2.), S. 3–5.

Müller, Albrecht (2004): Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren. München: Droemer. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD12005082354355.pdf>.

Müller, Jan-Werner (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Originalausgabe, 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp Sonderdruck).

Müller, Tim B. (2015): Die Geburt des Sozial-Liberalismus aus dem Geist der Verwaltung. Zur Erfindung der modernen Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik. In: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12), S. 127–155.

Münch, Richard (2016a): Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus. In: Sylke Nissen, Karin Lange und Georg Vobruba (Hg.): Soziologie Jg. 45 (2016) 4. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ISSN 0340-918X. 1. Auflage, neue Ausgabe. Frankfurt: Campus (Soziologie, 16/4), S. 412–440.

Münch, Richard (2016b): Mehr Bildung, größere Ungleichheit. Ein Dilemma der Aktivierungspolitik. In: Steffen Mau und M. Nadine Schöneck (Hg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700), S. 65–73.

Münkler, Herfried (2012): Mitte und Maß. Der Kampf um die richtige Ordnung. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verl. (Rororo, 62693).

Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden (Göttinger Studien zur Parteilorschung).

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. 2. Auflage (Edition Suhrkamp).

Nakath, Detlef (Hg.) (2013): Unrechtsstaat DDR? Sichtweisen in europäischen Nachbarländern. Potsdam: WeltTrends (Potsdamer Textbücher, 17).

Nanz, Patrizia; Fritsche, Miriam (2012): Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter [http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user\\_upload/Bibliothek/Ebooks/1%20frei/Handbuch\\_Buergerbeteiligung.pdf](http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user_upload/Bibliothek/Ebooks/1%20frei/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf).

Nassehi, Armin (2015): Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss. Hamburg: Murmann.

Nassehi, Armin (2016): Politiker, hört die Signale. Das Ergebnis der Berlin-Wahl ist Ausdruck einer überforderten Gesellschaft. Die üblichen politischen Rituale taugen nicht mehr. Hg. v. Süddeutsche.de GmbH. Online verfügbar unter <http://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-politiker-hoert-die-signale-1.3172291>, zuletzt geprüft am 23.09.2016.

Nassehi, Armin (2017): G20: Eine Linke braucht es nicht mehr. In: *Zeit Online*, 13.07.2017. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/kultur/2017-07/g20-linke-gewalt-kapitalismuskritik-globalisierung-essay>, zuletzt geprüft am 04.09.2017.

Neu, Viola (2013a): Anarchistische Pogo-Partei Deutschlands (APPD). In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 142–144.

Neu, Viola (2013b): Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative - Die PARTEI. In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 359–361.

Neuendorff, Hartmut; Peter, Gerd; Wolf, Frieder Otto (Hg.) (2009): Arbeit und Freiheit im Widerspruch? Bedingungsloses Grundeinkommen - ein Modell im Meinungsstreit. Hamburg: VSA Verlag.

Neugebauer, Gero (2007): Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn: Dietz. Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2911197&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=2911197&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Nevers, Jeppe; Olsen, Niklas (2015): Liberalism and the Danish Welfare State. The Danish Case in a European Perspective. In: Anselm Doering-Manteuffel und Jörn Leonhard (Hg.): Liberalismus im 20. Jahrhundert. Stuttgart: Franz Steiner Verlag (Wissenschaftliche Reihe / Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Band 12), S. 239–267.

Nissen, Andreas (2006): Kommunistisk Arbejderparti (KAP). Online verfügbar unter <http://www.leksikon.org/art.php?n=1317>, zuletzt geprüft am 27.01.2017.

Nonhoff, Martin (2016): Krisenanalyse und radikale Theorie der Demokratie. In: Regina Kreide, Martin Nonhoff, Jörg Schaub, Frank Nullmeier, Frieder Vogelmann und Wolfgang Kraushaar (Hg.): Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Politische Theorie in der Krise. neue Ausgabe. Hamburg: Hamburger Edition, HIS, S. 21–37.

Norwegian Centre for Research Data (2017): European Election Database (EED). Norwegian Centre for Research Data. Online verfügbar unter [http://www.nsd.uib.no/european\\_election\\_database](http://www.nsd.uib.no/european_election_database), zuletzt geprüft am 17.05.2017.

Nullmeier, Frank (2016): Politische Theorie des Komparativs. Soziale Vergleiche und gerechte Gesellschaft. In: Regina Kreide, Martin Nonhoff, Jörg Schaub, Frank Nullmeier, Frieder Vogelmann und Wolfgang Kraushaar (Hg.): Mittelweg 36, Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Politische Theorie in der Krise. neue Ausgabe. Hamburg: Hamburger Edition, HIS, S. 56–73.

Oberreuter, Heinrich (op. 1987): Stimmungsdemokratie. Strömungen im politischen Bewusstsein. Zürich: Ed. Interfrom; Osnabrück; Fromm (Texte + Thesen, 205).

OECD (2016a): Inequality. OECD. Online verfügbar unter <http://www.oecd.org/inequality.htm>, zuletzt aktualisiert am 27.05.2016, zuletzt geprüft am 29.08.2016.

OECD (2016b): Society at a Glance 2016: OECD Publishing.

Offe, Claus (2007): Was ist "Sozialliberalismus"? Charakteristik einer neuen Gesellschaftspolitik. In: *Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte* (3), S. 28–31, zuletzt geprüft am 26.10.2016.

Offe, Claus (2016): Europa in der Falle. Deutsche Erstausgabe, 2. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Oppolzer, Alfred; Steinkühler, Franz (1986): Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben. Soziale Unterschiede in Gesundheit und Sterblichkeit. Hamburg: VSA-Verl.

Paldam, Martin; Nannestad, Peter (2000): What do voters know about the economy? A study of Danish data, 1990–1993. In: *Electoral Studies*, S. 363–391, zuletzt geprüft am 05.03.2017.

Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Ed.

Pausch, Robert (2016): Politisches Engagement: "Junge Linke haben Bezug zur Unterschicht verloren". Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/campus/2016-06/politisches-engagement-junge>

linke-studenten-parteizugehoerigkeit?utm\_content=zeitde\_redpost\_link\_sf&utm\_campaign=ref&utm\_source=facebook&utm\_medium=social&utm\_term=facebook\_zonau-dev\_int&wt\_zmc=sm.int.zonau-dev.facebook.ref.zeitde.redpost.link.sf, zuletzt aktualisiert am 23.06.2016, zuletzt geprüft am 23.06.2016.

Peichl, Andreas; Ungerer, Martin (2017): Mythos oder Realität: Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher? In: *ifo Schnelldienst* 70 (10), S. 3–4, zuletzt geprüft am 29.06.2017.

Pew Research Center (2017): Are you middle class in Western Europe? Hg. v. Pew Research Center. Online verfügbar unter <http://www.pewglobal.org/interactives/european-middle-class-calculator/>, zuletzt aktualisiert am 20170424, zuletzt geprüft am 30.04.2017.

PirateWeb - Pirate Party Administration. Online verfügbar unter <https://pirateweb.net/Pages/Public/data/MemberCountHistoryPerGeography.aspx>, zuletzt geprüft am 10.05.2016.

Pirkl, Fritz (1993): Vorwort. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Politische Studien. Der Souverän und seine Repräsentanten. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien, Sonderheft, 1993,8), S. 3–4.

Pohl, Friedrich Wilhelm; Türcke, Christoph (1991): Heilige Hure Vernunft. Luthers nachhaltiger Zauber. 2. Aufl. Lüneburg: zu Klampen.

Poller, Horst (2010): Mehr Freiheit statt mehr Sozialismus. Wie konservative Politik die Krisen bewältigt, die sozialistisches Wunschdenken schafft. München: Olzog. Online verfügbar unter <http://www.gbv.de/dms/faz-rez/FD1201101172959733.pdf>.

Porzelt, Benedikt (2013): Politik und Komik. "Fake-Politiker" im Bundestagswahlkampf. Berlin: Lit (Studien zur politischen Kommunikation, Band 10).

Postman, Neil (1986): Amüsieren wir uns zu Tode? Ein Plädoyer gegen d. Werte-Zerstörung durch mehr Fernsehen ; Vortrag d. Medienpädagogen auf e. Tagung d. Studienzentrums Weikersheim am 7. u. 8. Juni 1986. Wetzlar: Idea (Dokumentation / Informationsdienst der Evangelischen Allianz, Nr. [19]86,14).

Priebs, Axel (2007): Kopenhagen und sein Hafen. Transformation und Reintegration der stadtnahen Waterfront. In: Dirk Schubert (Hg.): Hafen- und Uferzonen im Wandel. Analysen und Planungen zur Revitalisierung der Waterfront in Hafenstädten. 3., durchges. und teilw. überarb. Aufl., Orig.-Ausg. Berlin: Leue (Edition Stadt und Region, 3), S. 219–245.

Priewe, Jan (2007): Vom Arbeitnehmer zum Mitunternehmer? Überschätzte Wirkungen von Kapital und Gewinnbeteiligungen. In: *WSI Mitteilungen* (12), S. 678–684, zuletzt geprüft am 22.04.2017.

Probst, Lothar (2013): Bündnis 90/Die Grünen (Grüne). In: Frank Decker und Viola Neu (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. 2., überarb. und erw. Aufl., Lizenzausg. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 1331), S. 166–179.

Ptak, Ralf (2007): Grundlagen des Neoliberalismus. In: Christoph Butterwegge (Hg.): Kritik des Neoliberalismus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 13–86.

Ralfs, Ulla (2016): Grundkurs Soziologie. Skript. Universität Hamburg, Hamburg. Fachbereich Sozialökonomie.

Rasmussen, Martin Møller Boje; Stræde, Jakob (2016): "Danmark har verdens højeste skatter! Nej vi har ej! Jo vi har! Nej...". Hg. v. Mandag Morgen. Online verfügbar unter <https://www.mm.dk/skattetryk/>, zuletzt geprüft am 29.08.2016.

Raupach, Björn (2017): Erfolgsfaktoren im Innovationsmanagement. Die Reform des öffentlichen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Hamburg. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-658-16590-1>.

Recktenwald, Horst Claus (1975): Wörterbuch der Wirtschaft. 7., völlig neue Aufl. Stuttgart: Kröner (Kröners Taschenausgabe, 114). Online verfügbar unter [http://www.gbv.de/dms/faz-rez/750923\\_FAZ\\_0012\\_12\\_0005.pdf](http://www.gbv.de/dms/faz-rez/750923_FAZ_0012_12_0005.pdf).

Redler, Lucy (2012): Das Verschwinden der WASG. Lehren aus drei Jahren WASG für die Zukunft der Linken. 1. Aufl. Berlin: SAV.

Regensburger, Marianne (1963): Zur Bedeutungsgeschichte des Wortes "links". In: Horst Krüger (Hg.): Was ist heute links? München: Paul List, S. 29–35.

Region Sønderjylland-Schleswig (2017a): Gesundheitswesen. Krankenversicherung in Dänemark. Hg. v. Region Sønderjylland-Schleswig. Online verfügbar unter <http://www.region.de/region/de/regionswissen/verwaltung-infrastruktur/soziale-strukturen/gesundheitswesen.php>, zuletzt geprüft am 07.04.2017.

Region Sønderjylland-Schleswig (2017b): Nationale Entwicklung im 19. Jahrhundert. Die nationale Teilung des Grenzlandes 1830-64. Hg. v. Region Sønderjylland-Schleswig. Online verfügbar unter [http://www.region.de/region/de/regionswissen/geschichte/19\\_20\\_jahrhundert/nationale-entwicklung.php](http://www.region.de/region/de/regionswissen/geschichte/19_20_jahrhundert/nationale-entwicklung.php), zuletzt geprüft am 13.05.2017.

Reinhardt, Max (2014): Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel nach 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus. 1. Aufl. Dortmund: SPW-Verl.

Rellecke, Werner (2010): Sachsen - vom "roten Königreich" zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem. In: Andreas Kost, Werner Rellecke und Reinhold Weber (Hg.): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck, S. 341–359.

Reuter-Boysen, Christiane (2010): Artikulation von Fraueninteressen - Die Rentendiskussion in der frühen DDR im Spiegel von Eingaben. In: Ulrich Becker und Ulrike Haerendel (Hg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Unter Mitarbeit von Gerhard A. Ritter. Bonn: Dietz (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 87), S. 81–102.

Rietzler; Katja; Scholz, Birger; Teichmann, Dieter; Truger, Achim (2017): IMK Report Nr. 126, Mai 2017 (126), zuletzt geprüft am 30.05.2017.

Ritzau (2017): Dänen verspüren Abbau ihres Wohlfahrtsstaates. Rückgang kommunaler Stellen für Experten Ursache der Entwicklung. In: *Der Nordschleswiger*, 23.03.2017.

Roesler, Jörg (2008): Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre »Argumente« produzieren. Berlin: Dietz (Reihe: Texte / Rosa-Luxemburg-Stiftung, 43), zuletzt geprüft am 29.04.2016.

Rosa, Hartmut (2016): Verstrickt im Steigerungsspiel: Wie der Kampf gegen Ungleichheit diese reproduziert. In: Steffen Mau und M. Nadine Schöneck (Hg.): (Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten. Bonn: Suhrkamp (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 1700), S. 27–35.

Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.) (2007): Die Linke. Chance oder Scheitern? Diskussion zwischen Jens König, Oliver Nachtwey und Katina Schubert. Hamburg (Hamburger Skripte, 17), zuletzt geprüft am 09.05.2016.

Rudzio, Wolfgang (1993): Die Bundesrepublik Deutschland - ein Parteienstaat? In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien Sonderheft, 1993,4), S. 5–13.

Rugenstein, Jonas (2013): Nach der günstigen Gelegenheit. Die Entwicklung der LINKEN in Westdeutschland nach 2009. Stuttgart: Ibidem-Verl. (Göttinger Junge Forschung, 18).

Rydgren, Jens (2006): Vom Wohlfahrtschauvinismus zur ideologisch begründeten Fremdenfeindlichkeit. Rechtspopulismus in Schweden und Dänemark. In: Frank Decker (Hg.): Populismus in Europa. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Lizenzausg. für die Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, 547), S. 165–190.

Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror. Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland. 3. Aufl. München: Dt. Verl.-Anst.

Schäfer, Amin (2017): Landtagswahl NRW: Weniger Nichtwähler dank der AfD? In: *Zeit Online*, 16.05.2017. Online verfügbar unter <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-05/landtagswahl-nrw-wahlbeteiligung-afd>, zuletzt geprüft am 12.06.2017.

Schäfer, Armin (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Schriften aus dem MPI für Gesellschaftsforschung, 81). Online verfügbar unter [http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok\\_id/1523789](http://ebooks.ciando.com/book/index.cfm/bok_id/1523789).

Scharpf, Fritz W. (2000): Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle? Lehren aus dem internationalen Vergleich. Max Planck Institute for the study of of societies. Max Planck Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. München, 07.06.2000.

Scherr, Albert (2009): Jugendsoziologie. Einführung in Grundlagen und Theorien. 9., erw. und umfassend überarb. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss (Lehrbuch).

Scheu, René (2017): Meinungsfreiheit: «Die Linke macht den Menschen wieder zum Gefangenen seines Stands». In: *Neue Zürcher Zeitung*, 20.05.2017. Online verfügbar unter [https://www.nzz.ch/feuilleton/meinungsfreiheit-die-linke-macht-den-menschen-wieder-zum-gefangenen-seines-stands-ld.1295031?utm\\_content=buffer2607b&utm\\_medium=social&utm\\_source=facebook.com&utm\\_campaign=buffer](https://www.nzz.ch/feuilleton/meinungsfreiheit-die-linke-macht-den-menschen-wieder-zum-gefangenen-seines-stands-ld.1295031?utm_content=buffer2607b&utm_medium=social&utm_source=facebook.com&utm_campaign=buffer), zuletzt geprüft am 20.05.2017.

Scheuch, Erwin K. (1993): Krise des politischen Systems. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Die Parteien im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien Sonderheft, 1993,4).

Scheuerle, Thomas; Glänzel, Gunnar; Knust, Rüdiger; Then, Volker (2013): Social Entrepreneurship in Deutschland. Potentiale und Wachstumsproblematiken. Hg. v. Centrum für soziale Investitionen und Innovationen. Universität Heidelberg, zuletzt geprüft am 06.06.2016.

Schmid, Ulrich M. (2016): Über Sinn und Unsinn eines Begriffs: Wie tot ist der Faschismus? Neue Zürcher Zeitung AG, Schweiz. Online verfügbar unter <http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/ueber-sinn-und-unsinn-eines-begriffs-wie-tot-ist-der-faschismus-ld.14120>, zuletzt aktualisiert am 18.04.2016, zuletzt geprüft am 18.04.2016.

Schmiederer, Ursula (1969): Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Eine Partei der Neuen Linken. Probleme sozialistischer Politik. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.

Schrattenstaller, Margit (2013): Staatsquoten — Definitionen, Grenzen der Vergleichbarkeit und Aussagekraft. In: *Wirtschaftsdienst* 93 (3), S. 204–206. DOI: 10.1007/s10273-013-1509-1.

Schröder, Gerhard; Blair, Tony (1999): Aktivierungsdiskurs: Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, zuletzt geprüft am 01.06.2016.

Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika (2015): Gegen Staat und Kapital - für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland - eine empirische Studie. Frankfurt am Main: Peter Lang Edition (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, Band 22). Online

verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&AN=965925>.

Schubert, Dirk (Hg.) (2007): *Hafen- und Uferzonen im Wandel. Analysen und Planungen zur Revitalisierung der Waterfront in Hafenstädten*. 3., durchges. und teilw. überarb. Aufl., Orig.-Ausg. Berlin: Leue (Edition Stadt und Region, 3).

Schubert, Thomas (2011): *Extremismus in Dänemark*. In: Eckhard Jesse (Hg.): *Extremismus in den EU-Staaten*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, S. 65–81.

Schui, Herbert (2003): *Was eigentlich ist Neoliberalismus?* In: *Journal für Entwicklungspolitik* 19 (3).

Schulz, Claudia (2007): *Ausgegrenzt und abgefunden? Innenansichten der Armut; eine empirische Studie*. Berlin: LIT Verl. (Protestantische Impulse für Gesellschaft und Kirche, Bd. 6). Online verfügbar unter [http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3028479&prov=M&dok\\_var=1&dok\\_ext=htm](http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3028479&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm).

Schymik, Carsten (2008): *Neue Normalitäten in Dänemark. DIE FOLKETINGSWAHL 2007 UND DIE ZUKUNFT DER DÄNISCHEN EU-AUSNAHMEN*. Hg. v. Friedrich Ebert Stiftung. Stockholm.

Sedláček, Tomáš (2013): *Die Ökonomie von Gut und Böse*. Unter Mitarbeit von Ingrid Proß-Gill. Taschenbuchausg., 1. Aufl. München: Goldmann (Goldmann, 15754).

Seitz, Norbert (2009): *Was heißt heute links, was heißt heute Sozialismus?* In: *Die Politische Meinung* (476), S. 69–73. Online verfügbar unter <http://www.kas.de/wf/de/33.16997/>, zuletzt geprüft am 19.11.2016.

Semler, Christian (2003): *1968 im Westen – was ging uns die DDR an?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (45), S. 3–5, zuletzt geprüft am 14.04.2017.

Sinus (2017): *SINUS-Milieus Deutschland*. Hg. v. SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH. Online verfügbar unter <http://www.sinus-institut.de/sinus-loesungen/sinus-milieus-deutschland/>, zuletzt aktualisiert am 21.04.2017, zuletzt geprüft am 21.04.2017.

Skou, Kaare R. (2011): *Dansk politik A-Å*. 2. udgave: Aschehoug; [sælges på internettet].

Social- og Integrationsministeriet et al. (2013): *En dansk fattigdomsgrænse. Analyser og forslag til opgørelsesmetoder*. København: Kolofon.

Sondermann, Ariadne; Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang; Behrend, Olaf (2009): *Die Überzähligen - Teil der Arbeitsgesellschaft*. In: Robert Castel und Klaus Dörre (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main: Campus-Verl. (Sozialwissenschaften 2009), S. 157–167.

Spier, Tim (Hg.) (2011): *Parteimitglieder in Deutschland*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verl.

Stachura, Mateusz (2010): *Politische Führung: Max Weber heute*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (2-3), S. 22–27.

Statistics Denmark (2017): *Risk of Poverty by socioeconomic status, income level and time*. Hg. v. Statistics Denmark. Online verfügbar unter <http://www.statbank.dk/10518>, zuletzt geprüft am 23.03.2017.

Steger, Thomas; Rainer Sieg; Norbert Kluge (2017): *Belegschaftsaktionäre in deutschen Großunternehmen*. Hg. v. Hans Böckler Stiftung. Düsseldorf (38), zuletzt geprüft am 30.05.2018.

Stehr, Nico (2001): *Wissen und Wirtschaften. Die gesellschaftlichen Grundlagen der modernen Ökonomie*. Orig.-Ausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1507).

Stiglitz, Joseph. E. (2016): Neoliberalismus ist heilbar. Die Kritik an der Globalisierung erreicht die westlichen Mittelschichten – kein Wunder. Friedrich Ebert Stiftung. Online verfügbar unter <http://www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/neoliberalismus-ist-heilbar-1579/>, zuletzt geprüft am 25.10.2016.

Streeck, Wolfgang (2015): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus ; Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012. Erw. Ausg., 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft, 2133).

Strohschneider, Tom (2014): Linke Mehrheit? Über Rot-Rot-Grün, politische Bündnisse und Hegemonie ; eine Flugschrift. Hamburg: VSA Verl.

Strohschneider, Tom (2017): Neustart? Ausstieg? Republik? Europa und der Linksparteitag: Über Euro-Fragen, Absagen an Veränderungschancen und die Idee, die EU selbstbewusst besser zu machen. Hg. v. Neues Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.neues-deutschland.de/m/artikel/1053478.neustart-ausstieg-republik.html>, zuletzt geprüft am 09.06.2017.

Strünck, Christoph (2014): Gibt es ein Recht auf Gemeinwohl? Öffentliche Interessen im Blickwinkel von Rechts- und Politikwissenschaft. Wiesbaden: Imprint: Springer VS (essentials).

Süß, Winfried (2010): Vom Rand in die Mitte der Gesellschaft? Armut als Problem der deutschen Sozialgeschichte 1961-1989. In: Ulrich Becker und Ulrike Haerendel (Hg.): Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart. Unter Mitarbeit von Gerhard A. Ritter. Bonn: Dietz (Reihe Politik- und Gesellschaftsgeschichte, 87), S. 123–139.

Tarnow, Fritz (1931): Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse. Referat, gehalten auf dem Leipziger Parteitag der S.P.D. am 1. Juni 1931. Berlin: Dietz.

The Economist (2016): The one per center next door: You may be higher up the global wealth pyramid than you think. Hg. v. The Economist (Business and Finance). Online verfügbar unter <http://www.economist.com/news/business-and-finance/21710771-new-analysis-how-worlds-wealth-distributed-you-may-be-higher-up?fsrc=scn/fb/te/bl/ed/>, zuletzt geprüft am 02.05.2017.

Thien, Hans-Günter (2015): Klassen in der aktuellen Diskussion. Einige Überlegungen. In: *Kurswechsel* (4), S. 6–17, zuletzt geprüft am 23.02.2016.

Tönnies, Ferdinand (2012): Studien zu Gemeinschaft und Gesellschaft. Hg. v. Klaus Lichtblau. Wiesbaden: Springer VS (Klassiker der Sozialwissenschaften).

Townsend, Joseph; Lepenies, Philipp; Krüger, Christa (Hg.) (2011): Über die Armengesetze. Streitschrift eines Menschenfreundes. 1. Aufl. Berlin: Suhrkamp (Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 1982).

Tzermias, Nikos (2015): Wirtschaftsprogramm des französischen Front national: Anleitung zum Desaster. Neue Zürcher Zeitung AG, Schweiz. Online verfügbar unter <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/anleitung-zum-desaster-1.18661710>, zuletzt aktualisiert am 13.12.2015, zuletzt geprüft am 08.05.2016.

Uekermann, Johanna (2017): Alle müssen wählen dürfen! Johanna Uekermann will das Wahlalter auf null Jahre absenken. Denn niemand wisse wirklich, was Kinder und Jugendliche wollen – außer sie selbst. Hg. v. Neues Deutschland. Online verfügbar unter <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1046006.alle-muessen-waehlen-duerfen.html?sstr=uekermann>, zuletzt aktualisiert am 25.03.2017, zuletzt geprüft am 23.04.2017.

Ulrich, Peter (2016): Prekäre Wissensarbeit im akademischen Kapitalismus. Strukturen, Subjektivitäten und Organisationsansätze in Mittelbau und Fachgesellschaften. In: Sylke Nissen, Karin Lange und Georg Vobruba (Hg.): *Soziologie Jg. 45* (2016) 4. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ISSN 0340-918X. 1. Auflage, neue Ausgabe. Frankfurt: Campus (Soziologie, 16/4), S. 388–411.

Unterhinninghofen, Hermann (2010): "Gelber" Anachronismus. Zu Fehlentwicklungen im Koalitionsrecht. In: Thomas Dieterich (Hg.): Individuelle und kollektive Freiheit im Arbeitsrecht. Gedächtnisschrift für Ulrich Zachert. Unter Mitarbeit von Ulrich Zachert. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges, S. 676–686.

Vahlenkamp, Jan (2014): Satire als Ausdruck politischen Willens? Eine Befragung von Wählern der PARTEI. Bachelorarbeit. Universität Hamburg, Hamburg. Fachbereich Sozialwissenschaften, zuletzt geprüft am 22.04.2016.

van Dyk, Silke; Reitz, Tilman (2017): Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem. In: *Soziologie* 46 (1), S. 62–73.

van Hüllen, Rudolf (2008): Die West-68er und ihr „Marsch durch die Institutionen“. Die West-68er und ihr „Marsch durch die Institutionen“. In: Bernhard Vogel und Matthias Kutsch (Hg.): 40 Jahre 1968. Alte und neue Mythen - eine Streitschrift. Orig.-Ausg. Freiburg: Herder, S. 131–158.

Vester, Michael (2011): Postindustrielle oder industrielle Dienstleistungsgesellschaft: Wohin treibt die gesellschaftliche Arbeitsteilung? In: *WSI Mitteilungen* (12), S. 629–639, zuletzt geprüft am 18.11.2016.

Vobruba, Georg (2017): Die Kritikkontroverse. Problem der Unterscheidung von Theorie und Praxis. In: Sylke Nissen, Karin Lange und Georg Vobruba (Hg.): *Soziologie* Jg. 46 (2017) 2. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ISSN 0340-918X. 1. Auflage, neue Ausgabe. Frankfurt: Campus (Soziologie, 17/2), S. 173–190.

Vogel, Berthold (2006): Grenzgänger der Arbeitswelt. In: *Mitbestimmung* (12). Online verfügbar unter [https://www.boeckler.de/20212\\_20220.htm](https://www.boeckler.de/20212_20220.htm), zuletzt geprüft am 04.09.2017.

Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Univ., Habil.-Schr. u.d.T.: Vogel, Berthold: Wohlstandsfragen--Kassel, 2008. 1. Aufl. Hamburg: Hamburger Edition. Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-86854-200-4>.

Vogel, Berthold (2011): Die Staatsbedürftigkeit der Gesellschaft. Hamburg: Hamburger Ed. Online verfügbar unter <http://www.his-online.de/verlag/hamburger-edition/>.

Volkman, R.; Timpf, S. (Hg.) (2001): 10 Jahre Beitritt der DDR zur BRD. Von der gescheiterten Systemalternative zur mustergültigen Modernisierung?: HWP (10 Jahre Beitritt der DDR zur BRD: von der gescheiterten Systemalternative zur mustergültigen Modernisierung?). Online verfügbar unter <https://books.google.de/books?id=QygKngAACAAJ>.

Volkman, Rainer; Lammers, Uwe (2014): Standort-Politik – wieso, weshalb, warum? Hg. v. Uwe Lammers. Hamburg.

Vollmer, Andreas Michael (2013): Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz. Univ., Diss. u.d.T.: Vollmer, Andreas M.: Entstehung, Geschichte und Bilanz der Partei 'Arbeit & soziale Gerechtigkeit - Die Wahlalternative' (WASG)--Chemnitz, 2012. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Parteien und Wahlen, 5). Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.5771/9783845245249>.

Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.) (2016): Einstürzende Neubauten. *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis* (3). Berlin.

Voß, G. Günter; Pongratz, Hans J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie : KZfSS* 50 (1), S. 131–158.

Vössing, Konstantin (2014): Parteien und Bürger: Wer folgt wem? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. (22/23), S. 40–45, zuletzt geprüft am 19.11.2016.

Wagenknecht, Saha (2013): Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft. Aktualisierte und erw. Neuausg., ungekürzte Ausg., 2. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv, 34783).

Wagner, Thomas (2014): Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. 2. Aufl. Köln: PapyRossa-Verl. (Neue kleine Bibliothek, 193).

Waigel, Theo (1993): Erwartungen an die Politik. Der Beitrag des Politikers. In: Hanns-Seidel-Stiftung (Hg.): Politische Studien. Der Souverän und seine Repräsentanten. Grünwald: Atwerb-Verl. (Politische Studien, Sonderheft, 1993,8), S. 5–11.

Wallraff, Lukas (2017): Kommentar: Die Bienen und die Grünen: Selbstironische Widersprüche. Hg. v. Die Tageszeitung taz. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!5406064/>, zuletzt aktualisiert am 12.05.2017, zuletzt geprüft am 17.05.2017.

Weber, Max (1999): Politik als Beruf. Frankfurt am Main: Büchergilde Gutenberg.

Weber, Max (2005): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie ; zwei Teile in einem Band. Frankfurt, M., Affoltern a.A.: Zweitausendeins; Buch 2000 (Die Zweitausendeins Klassiker-Bibliothek).

Weber, Max (2006): Wissenschaft als Beruf. [Nachdr.]. Stuttgart: Reclam (Universal-Bibliothek, 9388).

Weber, Melinda; Scheck, Barbara (2012): Impact Investing in Deutschland. Bestandsaufnahme und Handlungsanweisungen zur Weiterentwicklung. Hg. v. Impact in Motion. Bertelsmann Stiftung, zuletzt geprüft am 06.06.2016.

Weiß, Johannes (2015): In wessen Namen? Über den Vertretungsanspruch von Intellektuellen. In: Georg Vobruba (Hg.): Soziologie Jg. 44 (2015) 4. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie ISSN 0340-918X. Unter Mitarbeit von Sylke Nissen und Karin Lange. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Campus (Soziologie, 15/1), S. 399–410.

Werner, Harald (1994): Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt. Bonn: Pahl-Rugenstein (Podium progressiv, 26).

Weßels, Bernhard (2013): Politische Integration und politisches Engagement. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 363–369.

WEST, CANDACE; ZIMMERMAN, D. HO.N. (1987): Doing Gender. In: *Gender & Society* 1 (2), S. 125–151. DOI: 10.1177/0891243287001002002.

Wickert, Ulrich (2013): Redet Geld, schweigt die Welt. Was uns Werte wert sein müssen. Taschenbuchausg., 1. Aufl. München: Goldmann (Goldmann, 15735).

Wolf, Harald (2016): Rot-Rot in Berlin. 2002 bis 2011: eine (selbst-)kritische Bilanz. Hamburg: VSA Verl.

Worswick, David (1994): Das Ende der Vollbeschäftigung? In: *WSI-Mitteilungen* Jg. 47 (H. 6), S. 338–345.

Zeuner, Bodo; Wischermann, Jörg; Kux, Ursula (1995): Rot-Grün in den Kommunen. Konfliktpotentiale und Reformperspektiven ; Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern. Opladen: Leske + Budrich.

Zimmermann, Katja (2012): Prolog: Das Verschwinden der WASG. In: Klaus Ernst, Thomas Händel und Katja Zimmermann (Hg.): Was war? Was bleibt? Wege in die WASG, Wege in DIE LINKE. Hamburg: VSA-Verl., S. 9–19.

Zirpins, Frank (2007): Kinder wählen: Wahlrecht ab null. Hg. v. ARD.de. tagesschau.de. Online verfügbar unter [http://web.ard.de/themenwoche\\_2007/zukunft/kinder-sind-zukunft/kinder-sind-hellwach/wahlrecht-ab-null/-/id=520626/nid=520626/did=576342/dv32nf/index.html](http://web.ard.de/themenwoche_2007/zukunft/kinder-sind-zukunft/kinder-sind-hellwach/wahlrecht-ab-null/-/id=520626/nid=520626/did=576342/dv32nf/index.html), zuletzt geprüft am 23.04.2017.

Zuckmayer, Carl (1931): Der Hauptmann von Köpenick. Ein dt. Märchen in 3 Akten. Berlin: Propyläen-Verl.